



AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852



vom 03. Oktober 2024

**Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V.
Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)**

Auflage: Verteiler von rund 2.400 Konten

www.ostmitteleuropa.de

www.westpreussen-berlin.de

Anschrift der Redaktion: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage

Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen



Oppeln / poln. Opole: Stadtzentrum.- *Quelle: Wikipedia*

Seiten A a bis A e: Übersicht in Karten

Seite A f: Impressum

Danach das Inhaltsverzeichnis für Teil A von insgesamt 7 Seiten



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbige: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

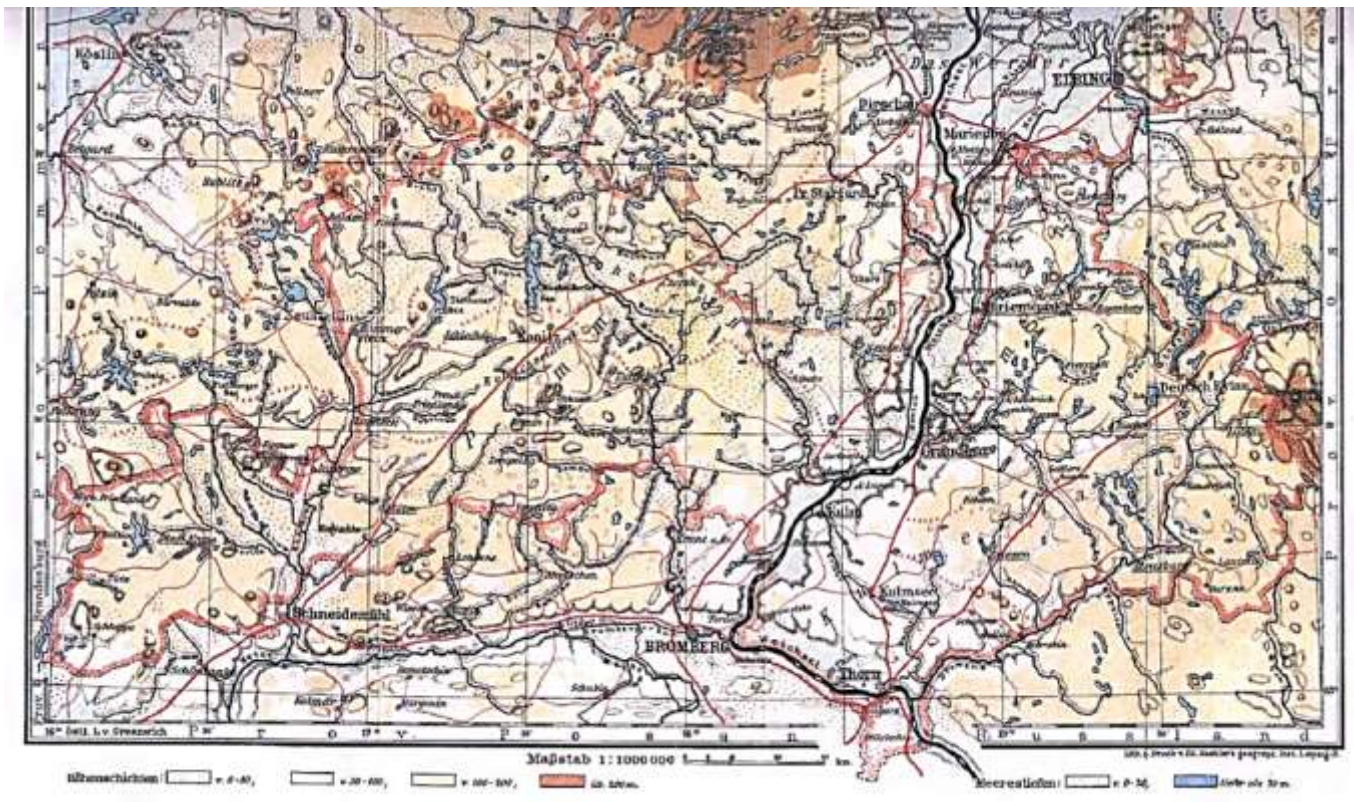
Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr: <https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>



Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945.-

<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>.

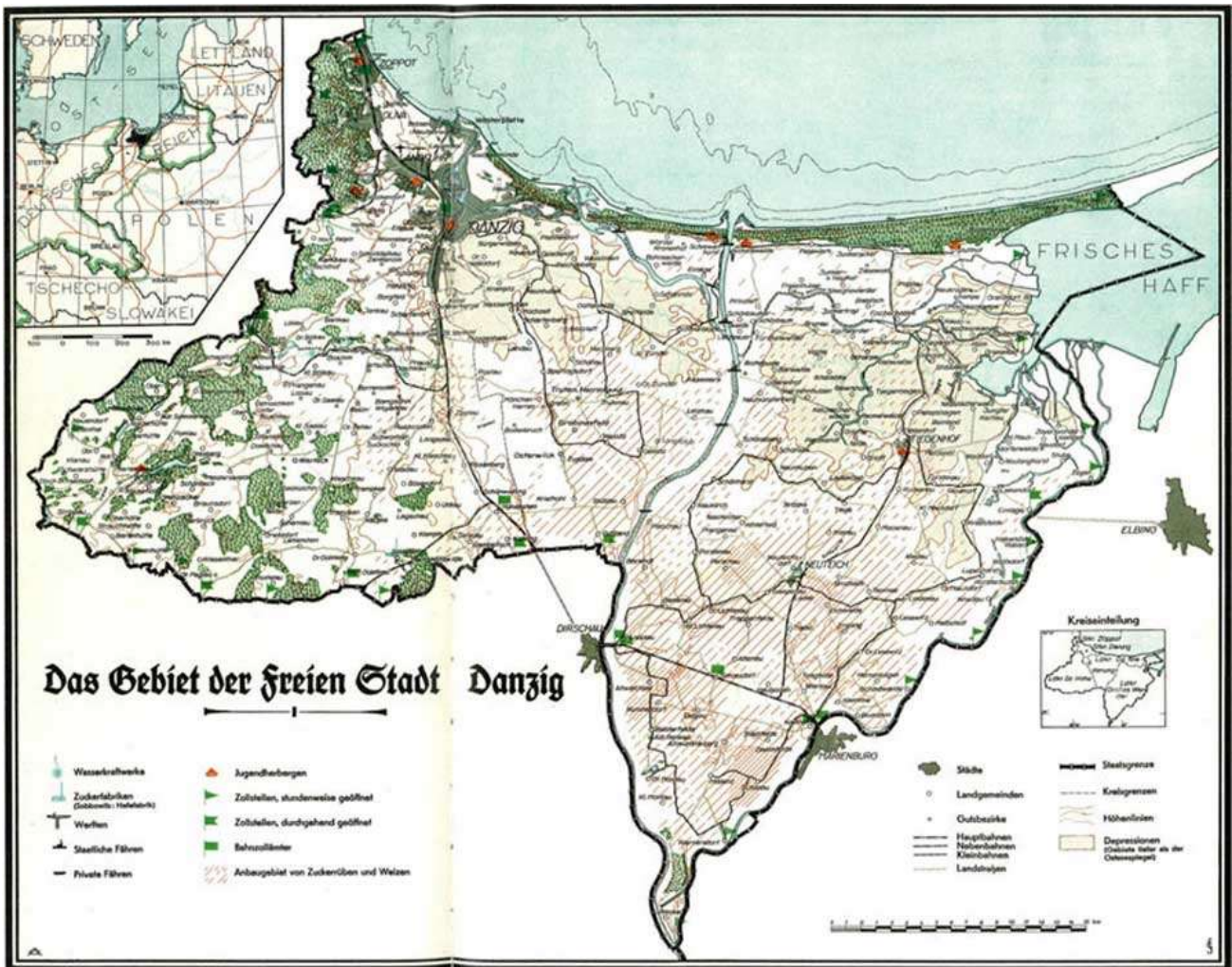
Urheber: Bennet Schulte/Wikipedia. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

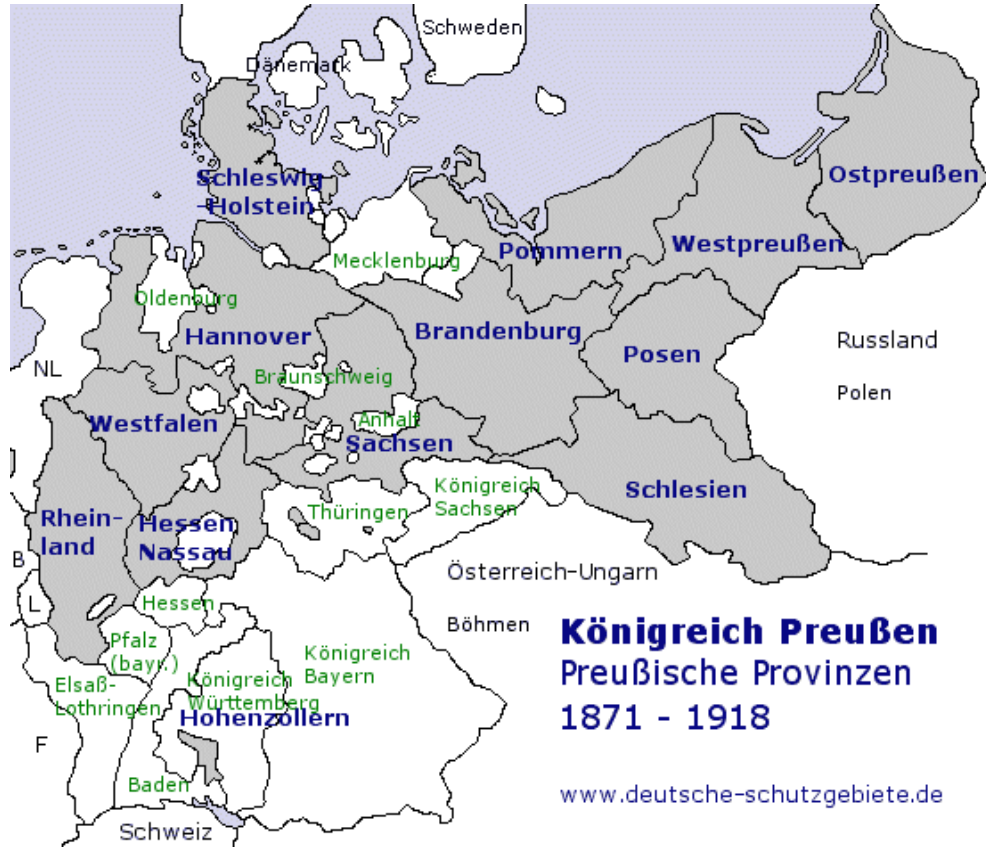




Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920.
(siehe zur Erläuterung die Karte auf Seite A b unten)



Das dem Deutschen Reich nach 1918 bzw. nach 1945 im Osten abgenommene und geraubte Gebiet (ohne Sudetenland), projiziert auf die Fläche der Bundesrepublik Deutschland. Es handelt sich um 165.000 Quadratkilometer, wovon über 90 Prozent an Polen fielen, allein nach dem Zweiten Weltkrieg 103.057 Quadratkilometer.

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz.
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!



Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 852 vom 03.10.2024:

Montag, 30.09.2024, 12:00 Uhr (vereinzelt auch später)

Der nächste Rundbrief Nr. 853 erscheint) voraussichtlich, am Donnerstag, dem 07.11.2024.

Redaktionsschluss für AWR-853: Montag, 04.11.2024, 12:00 Uhr

Achtung! Ab Januar 2023 erscheint der AGOMWBW-Rundbrief (AWR) monatlich!

Wir bitten die Veranstalter, bei der Meldung ihrer Termine, das zu berücksichtigen!

Wir sind keine Tageszeitung!

Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen:

Hier arbeiten wir – AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin - erfolgs- weil ergebnisreich mit:

Tanzgruppe „Beschwingter Kreis“ – Leitung Horst Teschendorf
Chinesische Tanzgruppe Berlin – Leitung QunZu
Montagsgruppe Selerweg-Griechischer Tanz – Leitung Thomas Bakalios
Folklore Tanzkreis – Leitung Marlies Hartung



REISEN UND WANDERN

Reise und Wandergruppe „Post-Senioren“ – Leitung Hans-Eckhard Bethge
Erlebnisreisen – Leitung Detlef Lohmann



REPAIR CAFÉ

Repair-Café – Leitung Rüdiger K. Büttner



UND WAS GIBT ES AUCH NOCH?

Selbsthilfegruppe für pflegende Angehörige – Leitung Marina Dillmann
Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. – Leitung Reinhard M.W. Hanke
Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin – Leitung Reinhard M.W. Hanke
Briefmarken – Leitung Wolfgang Hartmann
Seniorengruppe Feierabend – Leitung Friedrich Limbach
Auszeit für die Seele – Leitung Ivette Nitsche
FAL-Freude am Leben e.V. – Leitung Rosita Schiffler
Hausfrauen-Trödel – Leitung Eveline Zitzlaff

Die Gruppen haben alle eine Gruppenleitung, die ehrenamtlich tätig ist und Interessenten und Neueinsteiger gerne berät.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann rufen Sie uns bitte an.
Wir beraten und vermitteln Sie an eine unserer Gruppen.
Wir stehen Ihnen ebenfalls zur Verfügung, wenn Sie eine Gruppe gründen möchten.



KONTAKT

Michael Mielke, 0176 – 34 66 58 27
michaelmielke1000@t-online.de
Zusätzliche Informationen finden Sie unter
www.seniorenmitpower.com



Aktiv im Alter – Gemeinsam statt einsam



50 Jahre Dachverband – Ein Rückblick, aber auch ein Ausblick

Anfang der 70er Jahre kamen in Steglitz die ersten Seniorengruppen zusammen, um ihre Freizeit zu gestalten. Unter dem Motto: „Miteinander – Füreinander“ gründeten sie am 5. September 1973 den Dachverband Steglitzer Seniorenvereinigungen unter der Leitung von H.J. Behrendt. Bis 1991 war der Dachverband auch gleichzeitig Seniorenbeirat im Bezirk und nahm Aufgaben wahr, die heute von der Seniorenvertretung übernommen worden sind. Mit der Verschmelzung der Bezirke Steglitz und Zehlendorf fand die Anpassung des Dachverbandes statt, so dass es heute den Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen gibt. Das Interesse der älteren Bevölkerung an aktiver Freizeitgestaltung hat im Laufe der Jahre stetig zugenommen. Heute sind 55 Mitgliedsgruppen in 8 Sparten organisiert. Der Dachverband ist überparteilich, unabhängig, gemeinnützig und wird vom Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf und vielen Spendern unterstützt und gefördert. Was ist Aufgabe des Dachverbandes in der Zukunft? Nicht nur gestern, sondern auch heute und morgen gilt es, Menschen eine Plattform zur Verfügung zu stellen, die ihrem Leben einen schöneren Sinn geben kann, die fördert und zusammenführt. Es steht für unsere Zielsetzung, Abwechslung und motivierende Grupeerlebnisse zu organisieren und wegzukommen von Langerweile. Der Dachverband wird auch in Zukunft als Sprachrohr für und Bindeglied zwischen Senioren und Bezirk auf ehrenamtlicher Basis zu verstehen sein und daher ein nicht weg zu denkender Faktor bleiben.



UNSERE ANGEBOTE IM ÜBERBLICK

FOTO UND VIDEO

Fotoclub Steglitz-Zehlendorf – Leitung Reinhard Krause
Berliner Tonfilm Amateure e.V. BTA – Leitung Inga Winterfeldt



GYMNASTIK UND YOGA

Cantienica-Beckenboden- und Rückentraining
– Leitung Corinna Buchholz
Yoga 50+ – Leitung Sabine Goldbach
Gymmis – Leitung Heidrun Kistler
Trampolinfitness – Leitung Tania Lipowski
Chi Gong Gruppe – Leitung Dr. Ortwin Lüers
Sportgruppe – Leitung Martina Lutter-Walther
Old Gymnastics Boys – Leitung Michael Mielke
Gymnastikgruppe Trimmis – Leitung Ilona Nixdorf

Yogagruppe – Leitung Hildegard Pätzold
Taiji Gruppe – Leitung Wolfgang Wagner



KARTENSPIELE UND SCHACH

Doppelkopf für Nichtraucher – Leitung Conny Amor
Bridge Sport Club Nr. 6 – Leitung Claus-Dieter Barnowski
Canasta – Leitung Eva-Maria Fornarelli
60 + Doppelkopf ohne 9! – Leitung Hans-Jürgen Rook
Bund Schachgruppe – Leitung Abdollah Safai-Nia
Skatfreunde ,09 – Leitung Thomas Scherzer
Skatfreunde Kute 85 – Leitung Wolfgang Schuttsch
Skatgruppe – Leitung Jürgen Seidel
Doppelkopf für Nichtraucher „Moonlight Gamblers“
– Leitung Kurt Thiede
Bridge – Leitung Wolfgang Walter
Skatgruppe – Leitung Sylvia Weihe



KREATIVES GESTALTEN

Malen – Leitung Monika Fischer
Malen „Berliner Palette“ – Leitung Renate Heckert
Porzellanmalen – Leitung Gabriele Tschampel
Acrylmalgruppe – Leitung Antonia Vogt



MUSIK UND TANZ

Nefatari – Orientalischer Tanz – Leitung Gisela Altintas
Seniorenorchester Berlin-Zehlendorf – Leitung Renate Blauert-Catudal
Alphorn – Leitung Horst Jaitner
Shanty-Chor Berlin e.V. – Leitung Peter Keller
Kapelle B/The Dixies/September – Leitung Karl-Josef Lenz
Square Up's SDC – Leitung Günter Löscher
Ess Choreal – Leitung Gisela Manz
Frauenchor – Leitung Heidrun Nicking
Dynamite Devils Berlin SDC – Leitung Rainer Peter
Honey Bears SDC – Leitung Carsten Rauter
Rubber Dollies SDC – Leitung Erika Schütten
Naturton-Salon – Leitung Gesa Schumann
Orientalischer Tanz – Leitung Alexandra Staats

Teil A

Inhaltsverzeichnis (Seiten A I – A V)

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	Seite A b
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	Seite A c
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	Seite A d
„Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte	Seite A e
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	Seite A f
<i>BRD und die Gebietsverluste des Deutschen Reiches seit 1918</i>	Seite A g
Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	Seite A h
Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen: Hier arbeiten wir – AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin - erfolgs- weil ergebnisreich	Seiten A i - A j

Inhaltsverzeichnis

Seiten A I – A V

Rechtsradikal?

Seite A 00

Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken

Seiten A 01 – A 03

A. a) Editorial

Seite A 1

Und dann fahren Sie von Milano über Venezia und Firenze nach Napoli?
Wir danken RBB und DIE WELT Erleuchtung!
Und dann der Begriff „Vandalismus“ – ohne uns!

Gliederung des AGOMWBW-Rundbriefes

Seite A 2

A. b) Stellungnahmen, Briefe und Leserbriefe

Seite A 3

Geduld!

A. c) Aufruf zur Unterstützung

Seiten A 4 – A 9

- 1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
- 2) Spenden-Aufruf der AG Ostmitteleuropa
- 3) BdV: Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
- 4) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes...“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56

Seite A 8

Du musst denken

Seite A 9

A. d) Forderungen und Grundsätze

Seite A 10

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaeetze.pdf

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

A. e) Fördermöglichkeiten

Seite A 11

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf
http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf

A. f/g) Bund der Vertriebenen mit den Ostdeutschen Landsmannschaften Landesgruppen und Heimatkreise; Blick auf/in Zeitschriften (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)

Seiten A 12 – A 43

- 01) Termine im Bereich des Bundes der Vertriebenen
- 02) Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V.
- 03) Frauenkreis im Bund der Vertriebenen e.V. in Berlin
- 04) 12.10.2023, Westpreußischer Gesprächskreis
- 05) Tagesfahrt mit der Bahn nach Wismar (Deutschlandticket)
- 06) Heimatkreis Flatow
- 07) Heimatkreis Schlochau
- 08) Heimatkreis Wirsitz
- 09) 34. Weißenhöher Himmelfahrt 2025: Breslau
- 10) 14.12.2024, Heimatkreis Grenzmark-Treffen in Berlin
- 11) Danziger Kulturtagung 2024: „Lebenswege. Danziger Persönlichkeiten im Porträt“ – 12. und 13.10.2024 in Stuttgart
- 12) Danzig für 'n halben Tag – in Lübeck am 23.11.2024: Danziger Goldschmiedekunst

- 13)** Weichsel-Warthe. Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Weichsel-Warthe Bundesverband e. V. (Posen, Mittelpolen, Galizien u. Wolhynien).
72. Jahrgang, September / Oktober 2024, Folge 09 /10
- 14)** Landsmannschaft Schlesien – Berlin und Brandenburg e. V.

A. h) Vortragsveranstaltungen

Seiten A 32 – A 76

- 01)** Vortragsreihe des WBW im 2. Halbjahr 2024
- 02)** Vortragsreihe der AGOM im 2. Halbjahr 2024
- 03)** Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
- 04)** Georg Dehio-Buchpreis 2024.
Feierliche Preisverleihung an die Schriftstellerin Ulrike Draesner und an die Autorin Karolina Kuszyk mit ihrem Übersetzer Bernhard Hartmann
- 05)** Das Schloß. Ein Film von Michael Haneke in der Reihe »Kafka im Kino«
- 06)** »Unsere Anderen« – Geschichten ukrainischer Vielfalt
Lesung und Gespräch mit Olesya Yaremchuk und Marcin Wiatr. Teilnahme auch über Youtube oder Facebook möglich
- 07)** Amerika. Ein Film von Vladimír Michálek in der Reihe »Kafka im Kino«.
Anschließend Gespräch mit dem Regisseur
- 08)** Mit Kunst zu Kant.
Ein Film von Anke Kültür. Mit Vortrag und Gespräch
- 09)** 14.11.2024, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: Der Biberpelz. Eine Diebskomödie von Gerhart Hauptmann. Szenische Lesung
- 10)** 11.10.2024, UTB: Deutsche und polnische Fotografie
– Gemeinsamkeiten und Unterschiede.
Vortrag von Dr. hab. Marek Herbik, Akademie der Bildenden Künste, Fotografie-Abteilung, Łódź
- 11)** 10.10.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Fontane und die mittelalterliche Architektur in der Mark Brandenburg
- 12)** 12.10.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Die ehemalige Lungenheilstätte Grabowsee
- 13)** 19.10.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Mehr als Schinkel, Fontane und Gentz
- 14)** 02.11.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Durch die Wuhlheide zum Köllnischen Platz (Spreeweg IX)
- 15)** 12.10.2024, Verein für die Geschichte Berlins e.V.: Die Baugenossenschaft „Freie Scholle“. Stadteinführung
- 16)** 14.10.2024, Literaturhaus Berlin: Benedict Wells »Die Geschichten in uns. Vom Schreiben und vom Leben«. Buchpremiere
- 17)** 07.10.2024, Literarisches Colloquium Berlin: »Der Absprung«.
Buchpremiere: Maria Stepanova im Gespräch mit Olga Radetzkaja

- 18)** 14.10.2024, Topographie des Terrors: »... abgeholt! «Gedenken an den Beginn der nationalsozialistischen Deportationen von Juden aus Berlin vor 83 Jahren
Gedenkveranstaltung
- 19)** 08.09.2024, Brandenburg-Preußen-Museum: Immanuel Kant: Von den Grenzen der Vernunft und der Autonomie des Menschen.
Vortrag von apl. Prof. Dr. Stefan Büttner-von Stülpnagel
- 20)** 2024, Brandenburg-Preußen-Museum: Programm
- 21)** 16.10.2024, Gesellschaft für Erdkunde: Stillgelegte Braunkohletagebaue als Energiespeicher. Ein Beitrag zur Energiewende?
Vortrag von Dr.-Ing. Thomas Kempka, Helmholtz-Zentrum Potsdam, Deutsches GeoForschungsZentrum (GFZ) Potsdam
Vortrag in Kooperation mit dem Geographischen Kolloquium des Geographischen Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin
- 22)** 19.10.2024, Dr. Gerda Schirrmeister: Naturwerksteinen zwischen Weberwiese und Strausberger Platz.
47. Premiere der Steinspaziergänge
- 23)** 23.10.2024, URANIA Berlin: Wege in die Romantik - von Eugene Delacroix bis Francisco de Goya. Vortrag von Thomas R. Hoffmann
- 24)** 15.10.2024, Polnische Akademie der Wissenschaften, Dt. Kulturforum
Östliches Europa: »Unsere Anderen« – Geschichten ukrainischer Vielfalt
Lesung und Gespräch mit Olesya Yaremchuk (Lemberg / ukr. Lwiw) und Marcin Wiatr (Braunschweig)
In Berlin im Rahmen des Zernack-Colloquiums

A. j) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland

Seiten A 77 – A 89

- 01)** Deutsch-Jüdisches Theater DJT im Saal des Theater-Coupés
in Berlin-Wilmersdorf – Programm 2. Halbjahr 2024
- 02)** 20.09.2024 – 24.11.2025, Kommunale Galerie: Mahlzeit. Feldforschung
am Fehrbelliner Platz
- 03)** Museen Berlin Tempelhof-Schöneberg:
u.a. Dauerausstellung „Zwischen Feldern und Fabriken“
- 04)** Wir waren Nachbarn. Dauerausstellung
- 05)** Stolpersteinverlegungen in Tempelhof-Schöneberg
- 06)** Brandenburg-Preußen Museum: Einblicke in die Brandenburg-
Preußische Geschichte. Die Hauptausstellung
- 07)** Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung.
Hinweis auf Startseite
- 08)** Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung:
Jede Fluchtkrise ist auch eine Bildungskrise, die Millionen Menschen trifft.
UNHCR und Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
eröffnen gemeinsame Sonderausstellung

A. k) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin

Seiten A 90 – A 99

- 01)** 21.09.2024 – 11.01.2025, Westpreußisches Landesmuseum, Warendorf: »TANZ AUF DEM VULKAN. Erfindung und Untergang einer preußischen Provinz in der Kaiserzeit«
- 02)** 15.08. - 27.10.2024, Westpreußisches Landesmuseum, Warendorf: Neue Kabinettausstellung: »Maria Im Puls der Zeit. Wallfahrten und Prozessionen«
- 03)** 2024/2025, Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg: Jahresprogramm / Ausstellungen 2024/2025
- 04)** Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen: Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2024
- 05)** Das Ausstellungsprogramm 2024 des Schlesischen Museums in Görlitz
- 06)** 31.08.2024 – 02.02.2025, Schlesisches Museum: LILIENZEIT. Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der Welt. Sonderausstellung
- 07)** Weitere Termine im Schlesischen Museum"
- 08)** Zentrum gegen Vertreibungen: Angebot von Ausstellungen

Den einzelnen weiteren Abschnitten B, C, D und E sind jeweils Inhaltsverzeichnisse vorgeschaltet!



Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten...

Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

Nein, „Zehn kleine Negerlein...“, das geht nicht! Und „Lustig ist das Zigeunerleben...“, ja, wo sind wir denn – das geht erst recht nicht; im Internet heißt es an einer Stelle dazu: „Lustig ist es im grünen Wald“, da müsse man gleich an Buchenwald und das ‚Leben im KZ‘ denken!“ „Schoko- oder Schaumküsse“ statt „Negerküsse“, „Sarotti-Mohr“? U-Bahnhof Möhrenstraße statt Mohrenstraße?

In Verlautbarungen von Polizei, Feuerwehr und anderen Behörden des öffentlichen Dienstes, auf Plakaten des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg, bei Versicherungen, in Pressemeldungen, kurzum: täglich und hundertfach springt mir der Begriff „Vandalismus“ ins Auge. So auch wieder am 27.12.2011 mehrmals in der „Abendschau“ von „RBB Radio Berlin Brandenburg“, tags darauf springen mir auf der Titelseite der (von mir) angesehenen Wochenzeitung DIE ZEIT „Die Vandalen“ ins Auge. Warum versagen hier die „Werte Hüter“ unserer Gesellschaft? Sie wollen doch nicht durch solche und andere „Lässigkeiten“ den Rechtsextremismus fördern?

Wie kann das sein. „Vandalismus“, d.h. „blindwütige Zerstörung von Kulturgütern usw.“ Ein ganzes Volk dient da für eine herabsetzende Begriffsbildung! Das Volk der Ostgermanen ist zwar von der Erdoberfläche schon vor rund 1.500 Jahren verschwunden, aber sie hinterließen uns auch zwei europäische Landschaftsnamen: nach dem vandalischen Teilstamm der Silingen die deutsche und polnische Bezeichnung für ihre alte Heimat „Schlesien“ (poln. Śląsk) und den Namen von „Andalusien“ auf der Iberischen Halbinsel, dem Durchzugsland auf ihrem Weg unter König Geiserich in ihr letztes Reich um Karthago in Nordafrika.

Der verleumderische Begriff „Vandalismus“ geht auf den lothringischen Abbé Henri Grégoire in der Zeit der Französischen Revolution zurück (Näheres s. [www.westpreussen-berlin.de/Mitt86/LW_86_1-6_Vandalismus_Jan-Maerz_2012\(1\).pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/Mitt86/LW_86_1-6_Vandalismus_Jan-Maerz_2012(1).pdf)). Er hat keine historische Berechtigung. Warum hat der Abbé Grégoire aus den vielen Wandervölkern der Völkerwanderungszeit gerade die Vandalen herausgegriffen? Es hätte doch viele andere Möglichkeiten gegeben: die Hunnen, die furchtbare Plünderung Roms im Mai 1527 (*Sacro di Roma*) des Connetable de Bourbon...? Nicht Vandalen waren es, die Raffaels Gemälde aufschlitzten, auch wenn das viele heutzutage glauben.

Fortgesetzte Bemühungen ernsthafter Schriftsteller und Historiker haben es bis heute selbst unter der Fahne der „political correctness“ nicht erreicht, von diesem falschen und ein ganzes Volk brandmarkenden Begriff des „Vandalismus“ abzugehen. In der Google-Suchmaschine bekam ich in 0,14 Sekunden die Anzeige von 450.000 Meldungen zu „Vandalismus“, und hier auf den ersten zwei Dutzend Seiten - bis auf den Wikipedia-Artikel zu dem Begriff - nur Meldungen zu „blindwütiger Zerstörungswut“ in unserer Gesellschaft der Gegenwart.

Die Geschichte der Menschheit hat viele Beispiele, die zeigen, dass ein als aussichtslos erscheinender Kampf gegen Unrecht und Unwahrheit letztendlich erfolgreich sein kann. Fangen wir damit an, bekämpfen wir die Verwendung dieses verleumderischen Begriffs in der Gesellschaft, wehren wir uns gegen die Verletzung auch unserer geschichtlichen Grundlagen. **Der Begriff „Vandalismus“ ist unnötig, verzichtbar, nicht annehmbar! Er ist zu brandmarken!**

Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke (V.i.S.d.P.)

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

www.westpreussen-berlin.de, westpreussenberlin@gmail.com

Eine Richtigstellung zum Begriff „Vandalismus“

Täglich muß man in Medien die Schlagzeilen: „Vandalen verwüsteten, zerstörten...“ lesen und hören. Auch Versicherungsurkunden verwenden den Begriff. Ist das gerechtfertigt? Wie kam ein ganzes Volk zu diesem Brandmal? Führende Historiker waren und sind anderer Ansicht.¹

„Unter **Vandalismus** versteht man **Zerstörungswut** oder Zerstörungslust. Das Wort leitet sich **auf historisch wenig begründete Weise** von dem Volk der Vandalen ab, die in der Spätantike in das röm. Reich einwanderten. Der Begriff Vandalismus **für blinde Zerstörungswut** geht auf Henri-Baptiste Grégoire, Bischof von Blois, zurück. In seiner im Konvent zu Paris am 28.8.1794 veröffentlichten Schrift ‚Rapport sur les destructions opérées par le vandalisme‘ prangerte er mit dieser Wortneuschöpfung schlagwortartig sinnlose Morde sowie die Zerstörung von Kunstwerken durch radikale Jakobiner im Anschluß an die Französische Revolution an. Bereits 1798 nahm die ‚Académie française‘ den Begriff in ihr Wörterbuch auf. **Erstmals** in Deutschland nachweisbar ist der Umgang mit dem Begriff ‚Vandalismus‘ im juristischen Zusammenhang 1840/41: Während des Baus des Hermanns-Denkmal bei Detmold warf der lippische Hofbaumeister Brune dem Baumeister des Monuments ‚Vandalismus‘ vor. (Wikipedia)

Barbara Pischel bemerkte: „Selbst Wissenschaften, die meinen, humanitären Zielen zu dienen, bedienen sich hiermit eines aus einer **religiösen Intoleranz** gefärbten Begriffes“.

Prof. Dr. Castritius notierte: „Am bekanntesten, weil auch am merkfähigsten, ist die gewissermaßen landläufige Vorstellung von den Vandalen als nimmersatten Räubern und Plünderern, **blindwütigen Zerstörern und kulturlosen Barbaren**, die nicht einmal vor den Altären und Denkmälern Roms, der ‚Ewigen Stadt‘, haltmachten. Zu Vandalen im heutigen Sinne sind sie allerdings erst im Laufe des 18. Jhdts. geworden, besonders durch das Erleben der ‚Terreur‘ genannten Phase der Französischen Revolution“.

Dieser stellte in seiner Arbeit die Frage, ob die abwertende „Verwendung des Vandalennamens und insbesondere die Bezeichnung ‚Vandalismus‘ **berechtigt sind**: Die heutige Forschung stellt sich über-wiegend auf den Standpunkt, daß die negative Aussage, die man vor allem seit dem 17. und 18. Jh. mit dem Wort ‚Vandale‘ verband, indem man hiermit auf das Zerstörerische und Kulturfeindliche hinwies, zumindest stark übertrieben ist. (...) Außer dem Gesichtspunkt der politischen Feindschaft wird gerade in der Völkerwanderungsepoche oft noch der Aspekt der **religiösen Gegnerschaft** – der katholische Schriftsteller gegen den arianischen oder sogar noch heidnischen Barbaren – relevant. (...)“

Diese Hinweise auf **eine religiöse Gegnerschaft** trifft den Kern des Haßausbruches des Bischofs Grégoire. Noch im Jahre 1909 wird in einem katholischen Lehrbuch² über die christlichen Arianer, zu denen auch die Vandalen zählten, mitgeteilt:

„Die Vandalen, der roheste germanische Volksstamm, gleichfalls Arianer, zogen über den Rhein durch Gallien in das südliche Spanien (409, Andalusien) und setzten nach Afrika über (429), allenthalben Schrecken verbreitend. Geiserich, ihr Anführer, plünderte 455 Rom (**Vandalismus**); Papst Leo verhinderte eine vollständige Zerstörung der Stadt“.

Daß die Vandalen bei der Besetzung Roms im Jahre 455 bereits Christen waren, bestätigt Prokopios v. Caesarea:³

„Während Honorius als Kaiser über den Westen herrschte, nahmen Barbaren sein Land in Besitz (...) Die allergrößten und bedeutendsten sind die Ostgoten, Vandalen, Westgoten und Gepiden. (...) Sie haben alle weiße Hautfarbe und blonde Haare, sind außerdem hochgewachsen und von stattlichem Aussehen und bedienen sich der gleichen Gesetze und **derselben Art der Gottesverehrung**. Sämtliche gehören nämlich dem **arianischen Glauben an**, sprechen auch nur eine Sprache, das sogenannte Gotische, und bildeten, wie mir scheint, in alter Zeit zusammen ein einziges Volk (...)“.

Der religiös motivierte Verleumdungsbegriff „Vandalismus“ geht **somit im Kern auf die Besetzung Roms durch Vandalenkönig Geiserich zurück**.

Beim französischen Historiker Gautier liest man zur Besetzung Roms durch Geiserich im Jahre 455:

„Ohne Schwertstreich ist Geiserich am 2.6.455 in Rom eingezogen! Sie haben **kein Blutbad, keine Feuersbrunst, keine Verwüstungen angerichtet!** Die ‚Chronik von Südgallien‘ (511) sagt ausdrücklich, daß Rom ohne Feuer und Schwert ausgeliefert wurde“.

Dr. Ludwig Schmidt schrieb in einer Untersuchung 1901 zum Marsch des Geiserich auf Rom:

„Am 2. 6. rückte Geiserich in Rom ein. An der porta Portuensis empfing ihn Papst Leo I. Die Wandalen trachteten, wie die Goten Alarichs, in der Hauptsache nur nach Kriegsbeute; die Zerstörung von Häusern und Denkmälern wäre daher meist zwecklos gewesen; dazu kam als wichtigstes Moment die Ehr-furcht vor der Größe und Heiligkeit Roms, die allen Germanenfürsten eigen war. **Von der Plünderung der Kirchen ist in den älteren Berichten keine Rede (...) Auch Prokop weiß nichts von geraubten Gerätschaften aus röm. Kirchen; erst Theophanes und Kedren erwähnen solche unter den Beutestücken, was jedoch nur auf willkürlicher Erweiterung des Prokopschen Berichts beruht.** Daß die Einwohner am Leben geschont wurden, auch Brandstiftungen nicht vorkamen, **ist durch die zuverlässigen Quellen auf das Bestimmteste bezeugt. Ebenso wenig** ist von mutwilliger Demolierung einzelner Gebäude und Kunstwerke die Rede, und **mit Unrecht ist durch das Wort ‚Wandalismus‘, das hauptsächlich von der Plünderung der ewigen Stadt hergeleitet wird, dem Volke Geiserichs ein Brandmal aufgedrückt worden.** Sicher ist, daß andere Kriegsvölker früher und später weit schlimmer gehaust haben“.

Tatsache ist, daß Papst Leo I. nach dem Abzug der Wandalen am 6.7.455 einen Dankgottesdienst abhielt, weil die Stadt Rom erhalten blieb **und nicht zerstört wurde!**

Dr. Guggenbühl merkte an, daß man auf „eine Vielzahl zeitgenössischer Quellen stößt, in denen die zwar christlichen, aber nichtkatholischen Wandalen der übelsten Grausamkeiten beschuldigt werden. Dabei springt einem zweierlei ins Auge: **Der Ton dieser Texte ist gehässig und zynisch**, und sie stammen **durchweg von katholischen Klerikern**. Der Hintergrund für das negative Urteil in der Geschichte über die Wandalen wird denn auch bald klar: **Es ist der Kampf der Kirche gegen ein Volk, das ein anderes, ein nichtkatholisches Christentum hochhielt“.**

Die Anklage: die Verwüstung und/oder Zerstörung Roms **bricht zusammen**. Sie wurde und wird von **allen relevanten Historikern der letzten zweihundert Jahre als falsch erkannt und kann als nachträgliche böse Propaganda eingestuft werden.**

Der kath. Bischof v. Marseille, Salvian, der unter der uns historisch gut bekannten Sittenlosigkeit seiner Römer litt, hielt Mitte des 5. Jhdts. diesen einen Spiegel vor. Salvian übertrieb gewiß ganz bewußt den moralischen Unterschied und Gegensatz zwischen Römern und Wandalen, den Aussagekern bestätigten jedoch auch andere Autoren seiner Zeit.

Salvian:⁴ „Es gibt keine Tugend, in welcher wir Römer die Wandalen übertreffen, Wir verachten sie als **Ketzer**, und doch sind sie **stärker als wir an Gottesfurcht**. Wo Wandalen herrschen, sind selbst die Römer keusch geworden. Gott führe sie über uns, um die verwahrlosten Völker durch die reinen zu strafen“.

Georg Dattenböck

- 1) Dr. Barbara Pischel: *Kulturgeschichte und Volkskunst der Wandalen*; Frankfurt/M. 1980.
Prof. Dr. Helmut Castritius: „Die Wandalen. Etappen einer Spurensuche“; S. 10/165; Kohlhammer, Stuttgart 2007.
Prof. Dr. Hans-Joachim Diesner: *Das Vandalenreich. Aufstieg und Untergang*; Verlag Amelang, Leipzig 1966.
E.F. Gautier: *Geiserich, König der Wandalen*; Frankfurt/M., Societäts-Verlag, 1934.
Dr. Ludwig Schmidt: *Die Wandalen*; Unveränderter Nachdruck Phaidon-Verlag, Essen.
Dr. Urs Guggenbühl: *Die römische Kurie wider die Wandalen*; In: **Museion**, Kulturmagazin, 5/1997, ABZ-Verlag.
- 2) **P. Meinrad (Alois) Bader** O. Cist: *Lehrbuch der Kirchengeschichte zum Gebrauche in Schulen und zum Selbstunterricht*; S. 51, Innsbruck 1909.
- 3) Gilt als der letzte große Geschichtsschreiber der Antike; *~ 500; † ~562,
- 4) **Salvian von Massila:** *De gubernatione Dei* VII

Teil A

A. a) Editorial: Und dann fahren Sie von Milano über Venezia und Firenze nach Napoli? Wir danken RBB und DIE WELT für Erleuchtung! Und dann der Begriff „Vandalismus“ – ohne uns!

Liebe Landsleute, liebe Leser,
kürzlich wurden im RBB-Fernsehen (Radio Berlin-Brandenburg) Filme über Schlesien und Masuren ausgestrahlt. Das ist hier nicht selten. Und stets wiederholt sich dasselbe: Die Ortsnamen dieser Gebiete werden i.d.R. nur in der polnischen Form genannt, nein, Breslau wird auch 'mal Breslau und nicht nur Wrocław genannt. So ganz nebenbei erfuhr der Zuseher auch noch, dass Olsztyn nach Polen zurückgekehrt wäre!!!

Ich kenne keinen Film über Italien, in dem der Besuch italienischer Orte nur in Italienisch, oder überhaupt mit italienischen Ortsnamen genannt wird: Wir fahren von Verano über Milano, Venezia, Firenze, Roma nach Napoli usw.!?

In den Berichten über das Hochwasser wurde in den Nachrichten von ARD und ZDF auch eine „Kleinstadt Kłodzko in Südpolen“ genannt! Immerhin erfuhr hier der Zuhörer durch die ARD-Berichterstatteerin, dass Sie an der Hochwasser führenden „Glatzer Neiße“ stand, und konnte sich so seinen Teil denken, wenn er das nicht ohnehin schon wusste!

An den 1. September 1939 wurde breit erinnert. In der Tageszeitung „Die Welt“ erschienen mehrere Beiträge, die die Forderungen der polnischen Regierung nach Reparationen für die deutschen Gräueltaten in Polen im Zweiten Weltkrieg sehr positiv darstellten. Diese ursprünglich von der PIS-Regierung gestellten Forderungen in Billionenhöhe, so wurde berichtet, werden auch von der Regierung Tusk in minderer Höhe eingefordert, nunmehr auch als „Wiedergutmachung“ bezeichnet. So weit, so gut. Nur: Kein einziges Wort zur Annexion ostdeutscher Provinzen und die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus diesen und weiteren Siedlungsgebieten! Wie passt das zusammen? An fehlender Sachkenntnis allein kann das nicht liegen.

Im Jahre 2011 gaben wir eine Pressemitteilung heraus, die den Begriff „Vandalismus“ brandmarkte. Seitdem steht sie auch auf unseren Leitseiten im weltweiten Netz. Unbeachtet? Der Begriff wird mit großer Lust sogar von Publikationen wie „Junge Freiheit“, Preußische Allgemeine“, aber „natürlich“ auch von anderen Publikationen verwandt. In der Tageszeitung B:Z in Berlin, vergeht kaum ein Tag, an dem nicht „Vandalismus“ in einem der Beiträge angeführt wird! Aber nicht mit uns: Ein Stehsatz auf den ersten Seiten dieses AGOMWBW-Rundbriefes wird nun ständig mahnen!

Mit herzlichen landsmannschaftlichen Grüßen Ihr Reinhard M. W. Hanke

Der AWR gliedert sich zurzeit in vier Bereiche:

A u.a. Stellungnahmen, Leserbriefe, Forderungen / Grundsätze, Fördermöglichkeiten, Ostdeutsche Landsmannschaften und Heimatkreise. Termine von Vortragsveranstaltungen, Ausstellungen in Berlin und auswärts.

B Termine und Berichte zu wissenschaftlichen Fachtagungen, Zeitschriftenschau, Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt (Besprechungen, Büchereingang).

C Mitteilungen, Mitteilungen aus drei Berliner Patenbezirken, Berichte, Dokumentationen, Ehrungen / Gedenken / Nachrufe.

D Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde ostdeutscher und ostmitteleuropäischer Siedlungsgebiete.

E Ausgewählte globale Entwicklungen bzw. Entwicklungen in Ostmitteleuropa.

Gehen Sie auf unsere Leitseiten: www.westpreussen-berlin.de & www.ostmitteleuropa.de



Danzig, Blick von Westen in der Brotbänkengasse auf die Marienkirche.-
Aufnahme: Reinhard M. W. Hanke, 08.10.2022

Geduld!

1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung^{*)}

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC BNKDEFF

Unsere Einnahmen und Ausgaben

Die Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin ist vom Finanzamt für Körperschaften als „gemeinnützig“ anerkannt. Das heißt auch: wir dürfen keine finanziellen Rücklagen bilden. Die Mitgliedsbeiträge reichen zur Finanzierung unserer anerkannt guten Arbeit nicht aus, Einnahmen durch Veranstaltungen konnten wir während der Corona-Pandemie nicht erzielen. Die Kosten laufen aber weiter. Daher sind uns Spenden hochwillkommen.

Mitgliedsbeitrag Person / Jahr:

Einzelmitglied € 60,00 (bisher: € 52,00);

Ehepaare je Person € 50,00 (bisher: € 45,00)

Sonderbeitrag für AGOM-Mitglieder

(abgeschlossener Kreis)

€ 25,00 (wie bisher),

2) Spenden-Aufruf der AG Ostmitteleuropa

Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. Berlin

Mitglied im Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen

Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

Brandenburgische Straße 24 Steglitz, D – 12167 Berlin
Konto Nr. IBAN DE 39
100100100065004109
Postbank Berlin

Tel.: 030/257 97 533 Büro
www.ostmitteleuropa.de
post@ostmitteleuropa.de

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke,

29.07.2024

stv. Vors.: Frau Ute Breitsprecher, Schatzmeisterin: Frau Angelika Hanske

Liebe Mitglieder, liebe Förderer und liebe Freunde der AG Ostmitteleuropa!

Seit der Gründung der AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) im Jahre 1982 in der „Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin gegr. 1828“ sind 42 Jahre vergangen. In diesen Jahrzehnten haben wir erfolgreich Vortragsveranstaltungen mit guten Referenten, Tageswanderungen, Lehrerseminare und – in Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin - auch Studienfahrten zu attraktiven Zielen durchgeführt. eindrucksvolle Zwischenbilanz unserer erfolgreichen Arbeit war auch die Broschüre „30 Jahre 1982-2012“. In acht Jahren wird eine neue Bilanz in Form einer Broschüre vorzulegen sein!

Die Jahre sind aber auch nicht ohne Verluste vorbeigegangen. Einige unserer fleißigen ehrenamtlichen Mitarbeiter haben uns inzwischen verlassen. Ich denke da vor allem an Ulrich Galandi, Prof. Dr. Udo Götze, Anton Grossmann, Oswald Jannermann, Frau Brigitte Jöst, Joachim und Ruth Schlenk. Diese Personen und viele andere mehr haben unsere Arbeit gefördert, die sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert.

In den letzten Jahren waren die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie eine erhebliche Hürde für eine weitere erfolgreiche Arbeit. Wir spüren das bis heute, so dass wir unsere Arbeit auch finanziell einschränken mussten und müssen.

Trotz der schwierigen Lage finden unsere Vortragsveranstaltungen weiterhin statt, die Besucherzahlen sind noch nicht wieder auf dem alten Stand. Unsere Seiten im weltweiten Netz werden ständig aktualisiert. Tagesfahrten konnten zuletzt leider nicht mehr angeboten werden. In der Folge dieser Lage sind auch die Einnahmen zurückgegangen.

Und so wenden wir uns heute mit einer sehr ernsthaften Bitte an Sie:

Besuchen Sie unsere Veranstaltungen, spenden Sie für unsere Arbeit, indem Sie den Mitgliedsbeitrag freiwillig erhöhen bzw. eine einmalige oder auch Dauerspende auf unser im Briefkopf genanntes Konto bei der Postbank Berlin einzahlen. Wir sind sparsam und setzen unsere Mittel sparsam und überlegt ein. Trotzdem ist die finanzielle Lage ernst! Bitte, helfen Sie uns, unsere Arbeit fortzusetzen!

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand

mit Reinhard M. W. Hanke, Ute Breitsprecher und Angelika Hanske

BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung



„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss entzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

Bankverbindung
Deutsche Bank Bonn

BdV Förderverein

IBAN:
DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:
DEUTDEDK380



3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.

Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

H. P. Brogiato

**Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften
Heimatzeitschriften erbeten**

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (<http://ifl.wissensbank.com>). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen. Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato

Leibniz-Institut für Länderkunde

GZB – Heimatzeitschriften

Schongauerstr. 9

04328 Leipzig

E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de

Ruf: 0341 600 55 126

So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers



Amtseid: Olaf Scholz am 08.12.2021 im Bundestag mit Parlamentspräsidentin Frau Bärbel Bas bei der Vereidigung zum neunten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Bei der Vereidigung verzichtete er als zweiter Bundeskanzler nach Gerhard Schröder (SPD) auf den Gottesbezug in der Eidesformel. Der Zusatz "So wahr mir Gott helfe" ist freiwillig. Der 63-Jährige ist der vierte SPD-Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik - nach Willy Brandt (1969-1974), Helmut Schmidt (1974-1982) und Gerhard Schröder (1998-2005). Die CDU stellte bislang die vier Kanzler Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl sowie zuletzt Kanzlerin Merkel. Bild: ZDF

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/olaf-scholz-bundeskanzler-ampel-100.html>

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest. In Artikel 56 heißt es:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

*Du musst denken, dass du morgen tot
bist, musst das Gute tun und heiter sein.
Freiherr vom Stein*

**„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels, zweifelt der Zweifelnde am
Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel.“**

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion“ (Berlin 1832).

Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.

**„Berlin braucht bessere Schulen.
Kann ja nicht jeder Politiker werden.“**

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaeetze.pdf

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01)** Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02)** Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03)** Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf>

**A. f/g) Bund der Vertriebenen mit den Ostdeutschen Landsmannschaften
Landesgruppen und Heimatkreise; Blick auf/in Zeitschriften
(Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)
Seiten A 16 – A 46**

01) Termine im Bereich des Bundes der Vertriebenen

Oktober

05.10.	LV Hessen	Herbstbasteln mit musikalischer Begleitung	
05.-06.10.	Pommersche LM	Kulturtagung	Travemünde
07.-13.10.	LM Ostpreußen	Werkwoche	Helmstedt
13.10.	LV Baden-Württemberg	Volksmusikkonzert der DJO	Kornthal
18.-19.10.	LV Baden-Württemberg	Landeskulturtagung	Stuttgart
23.10.	LV Baden-Württemberg	Vortrag/Lesung	Stuttgart
30.10.	LV Hessen	Ausstellungseröffnung: „Ungehört – die Geschichte der Frauen. Flucht, Vertreibung und Integration“	

November

01.11.	LM Ostpreußen	Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden	Wuppertal
02.-03.11.	LM Ostpreußen	Ostpreußische Landesvertretung	Wuppertal
05.11.	LV Thüringen	Vereinstag (Delegiertenversammlung)	Erfurt

Aus: DODeutscher Ostdienst. Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen. 66. Jahrgang, Nr. 4, 2024, Seite 44

02) Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich beantrage die Aufnahme als außerordentliches Mitglied gemäß § 3, Absatz 2 der Satzung vom 2. März 2016 in den Frauenverband im BdV e.V.

Ich möchte Mitglied werden und bitte um Zusendung der Satzung des Frauenverbandes.

Name, Vorname: _____

Anschrift: _____

Geburtsort: _____

Als Beitrag für den Frauenverband entrichte ich jährlich 50,- Euro.

Mein Herkunftsgebiet bzw. das meiner Familie ist/ Ich engagiere mich in der Landsmannschaft oder Gliederung: _____

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an die Adresse der Vorsitzenden:

Aufnahme im Vorstand beschlossen am: _____

Der MV mitgeteilt am: _____

FRAUENVERBAND
im Bund der Vertriebenen e.V.

HOMEPAGE
www.frauenverband-bdv.de

PRÄSIDENTIN
Dr. Maria Werthan
Pochmühlenweg 85
52379 Langerwehe

KONTAKT
+ 49 (0) 2423/4070756
maria.werthan@frauenverband-bdv.de

SPENDEN
Unser Verein ist gemeinnützig.
Spenden sind absetzbar.

IBAN:
DE63 3806 0186 4961 3860 18
Volksbank Köln-Bonn



Frauenverband
im Bund der Vertriebenen e.V.

WWW.FRAUENVERBAND-BDV.DE

ÜBER UNS

14 Millionen Deutsche wurden in den Kriegs- und Nachkriegsjahren aus den jeweiligen Siedlungsgebieten im Osten, Südosten und Ostdeutschland deportiert oder vertrieben. Sie durften nicht zurückkehren. Unterstützung und Hilfestellung in diesen Ausnahmesituationen war lebenswichtig.

Daher gründeten 1959 engagierte Frauen den Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V., um einander zu helfen und Orientierung zu geben.

Der Frauenverband ist ein eigenständiger Verein, Mitglied im Bund der Vertriebenen, im Deutschen Frauenrat und im Deutschen Frauenring. Gemeinsam mit diesen Verbänden engagieren wir uns für die gleichberechtigte Stellung der Frauen in unserem Land.



UNSERE GRUNDSÄTZE

Der Frauenverband ist dem Grundgesetz, der UN-Charta der Menschenrechte und der Charta der deutschen Heimatvertriebenen verpflichtet.

Im Sinne eines friedlichen Miteinanders in einem geeinten Europa pflegen wir regelmäßigen Gedankenaustausch bei unseren Reisen und Tagungen.

Wir treffen uns mit den Heimatvertriebenen sowohl in den Herkunftsländern als auch bei unseren Seminaren in Deutschland.

Als Frauenverband sind wir stets auf der Suche nach neuen Ideen und Kontakten, insbesondere zu der jungen Generation.

UNSERE ARBEIT

Wir setzen uns für die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht eines Jeden und für die Erleichterung des Schicksals von Geflüchteten und Vertriebenen ein.

Wir schätzen und pflegen unser kulturelles Erbe und vermitteln es an die nächsten Generationen.

Unsere Erinnerungskultur ist Teil der deutschen und europäischen Geschichte.

Wir setzen uns für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft ein.

Wir fordern ein weltweites Verbot von Vertreibungen.

UNSERE ANGEBOTE

Begegnungs- und Verständigungsarbeit
Grenzüberschreitende Projekte
Bildungs- und Besuchsreisen
Projekte mit Jugendlichen
Internationale Tagungen
Publikationen

FRAUENVERBAND IM BDV
e.V.



03) Frauenkreis im Bund der Vertriebenen e.V. in Berlin

„Die vertriebenen Frauen des Frauenverbandes im BdV e.V. treffen sich einmal monatlich (immer am 4. Donnerstag im Monat). Wir setzen uns selbst die Themen und diskutieren rege darüber. Interessierte Frauen können gerne dazu kommen“. (Anm. der Redaktion: Männer doch auch!?)

Kontakt: Ruf 030-766 782 03, 0160-1511 388 Frau Sibylle Dreher.

Ort: Begegnungsstätte „Jahresringe e. V“, Stralsunder Str. 6, in 13355 Berlin-Mitte, Tram 10, U8 Bernauer Str.



Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 – Steglitz 12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
<westpreussen-berlin.de>
Postbank Berlin, IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF

Westpreußischer Gesprächskreis,

Ort: jeweils sonnabends im Restaurant „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10719 Berlin, S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

04) Sonnabend, 12.10.2024, 15:00 Uhr: Ost- und Westpreußen in Gedichten.
Mit Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke und Ute Breitsprecher und weiteren Teilnehmern.

Weiterer Termin:
07.12.2024.

05) Tagesfahrten: Bahnfahrt nach Wismar (Deutschlandticket)

Stadtführung in Wismar durch Herrn Dr. Ernst Weichbrodt (Wismar) vom Kulturwerk Danzig.

Diese Tagesfahrt war ursprünglich für den 25. September 2024 vorgesehen gewesen. Wegen Ausfalls der Regionalbahn-Verbindung bis Dezember 2024 wird diese Fahrt auf das Frühjahr 2025 verlegt!

Mindestteilnehmerzahl: 10 Personen

ganztägig

Interessenten melden sich bitte umgehend telefonisch in der
Geschäftsstelle: 030-257 97 533 (Anrufannahme mit Fernabfrage)

06) Heimatkreis Flatow



Heimatkreis Flatow

Vorstand:

1. Vorsitzender:

Rolf-Peter Wachholz

Gänseweg 20. 39167 Niederndodeleben

Tel.: 039204-62655

Stellvertreter:

Frank-Rainer Seelert

Lange Str. 6, 27211 Bassum

Tel.: 04241-970350

<https://www.heimatkreis-flatow.de/index.html>

Buchempfehlung



Übergabe des Bandes von Heimatkreisvorsitzenden Rolf-Peter Wachholz (links) an den Landrat des Patenkreises Gifhorn, Tobias Heilmann (rechts). Deutschsprachige Ausgabe "650 Jahre Złotów - Flatow".

Seite A 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Der reich illustrierte Jubiläumsband wurde 2020 von der polnischen Stadtverwaltung herausgegeben. Dank der Zustimmung konnte der Heimatkreis Flatow jetzt das Werk mit vom Autor Prof. Dr. Joachim Zdrenka aktualisiertem Teil und einem gemeinsamen Vorwort von Heimatkreis Flatow und Patenkreis Gifhorn einem breiteren Leserkreis zugänglich machen. Das Werk mit über 600 Seiten enthält zudem einen Anhang mit Darstellung der Zeit nach 1945 einschließlich Paten- und Partnerschaft und anschließender Chronologie.

Das Werk kann bezogen werden über
Frank-Rainer Seelert, Lange Str. 6, 27211 Bassum,
Tel. 04241/970359 oder e-mail: frank.seelert@t-online.de
zum Preis von 35,00 Euro zuzüglich Porto und Verpackung.

Auch vorrätig: Reprint "Heimatbuch für den Kreis Flatow" für 13,00 Euro

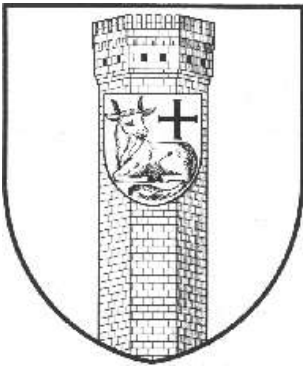
Die Aktivitäten der "Flatower" sind sehr vielfältig, u. a.:

- 2jährige Heimat- und Patenschaftstreffen in Gifhorn
- Fahrten in die alte Heimat
- Herausgabe des "Flatower-Briefes"
- Unterstützung der Jugendarbeit
- Austausch mit heutiger Verwaltung und Bevölkerung in Flatow/Złotów
- Unterstützung der Deutsch Sozialkulturellen Gesellschaft (Dt. Minderheit) in Flatow/Złotów
- Enge Zusammenarbeit mit Institutionen von Landkreis und Stadt Gifhorn
- Unterhalt der "Flatower Heimatstube" im Museum Schloß Gifhorn
- Unterstützung bei Auskunftsersuchen, Ahnenforschung
- Herstellen von Kontakten nach Flatow
- Kontaktpflege mit 6. Zug des Bürgerschützenkorps Gifhorn
- Buchversand mit Heimatliteratur
- Unterstützung von Forschungsvorhaben mit Heimatbezug

Seit dem 26. 4. 2003 besteht eine offizielle Partnerschaft zwischen dem Landkreis Gifhorn und dem Powiat Złotów (Flatow).

Seit dem 8. 3. 2006 besteht ein "Deutsch-polnischer Freundeskreis Gifhorn-Złotów" in Gifhorn.

07) Heimatkreis Schlochau



Heimatkreis Schlochau



<https://sites.rootsweb.com/~mnprgm/Schlochau/Deutsch.html>

Paul Sternberg

paulsternberg@msn.com

- Keine aktuellen Ankündigungen -

08) Heimatkreis Wirsitz, Weißenhöher Himmelfahrt



Heimatkreis Wirsitz

Kom. Heimatkreisvertreter: Frank-Rainer Seelert

Lange Straße 6 27211 Bassum

Tel: 04241-970350 Mobil-Telefon: 0178-6393122 E-Mail: frank.seelert@t-online.de

Keine Mitteilungen

09) „34. Weißenhöher Himmelfahrt 2025“

Die Vorbereitungen sind im Gange. Die Auswahl des Zieles steht bevor. Breslau könnte das Ziel sein.

Das Haus in Weißenhöhe, Kreis Wirsitz, steht uns für Veranstaltungen nicht mehr zur Verfügung. Zudem sind wir auf Grund zurückgegangener Teilnehmerzahlen bei der Organisation der Tagung darauf angewiesen, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen.



Herzlich Willkommen beim Heimatkreis Schneidemühl e.V.

<http://www.schneidemuehl.net/vorstand.html>

10) Treffen des Heimatkreises Grenzmark

im „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin,
am S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

Sonnabend, 14. Dezember 2024, 14:00 Uhr

Liebe Heimatfreunde und Landsleute,

im Restaurant & Café „**Ännchen von Tharau**“,

Rolandufer 6 in 10179 Berlin, Tel.: 030 726202070, am U- und S-Bahnhof
Jannowitzbrücke, treffen sich Landsleute zum Gespräch, jeweils sonnabends,
ab 14:00 Uhr.

Wer möchte, kann sich auch gerne vorher schon zum Mittagessen hier
einfinden.

Manfred Dosdall, Münchehofer Str. 1A, 15374 Müncheberg, Tel: 033432-71505
mdosdall@freenet.de

11) Danziger Kulturtagung 2024: „Lebenswege. Danziger Persönlichkeiten im Porträt“ – 12. und 13.10.2024 in Stuttgart

**Einladung zur
Danziger Kulturtagung 2024**

**„Lebenswege.
Danziger Persönlichkeiten im Porträt“**

am 12. und 13. Oktober 2024 in Stuttgart

Sehr geehrte Landsleute und Freunde unserer alten Heimat,

eine Stadt lebt von ihren Bewohnern – von Menschen, die dem Leben und der Kultur im urbanen Raum ihr Gepräge geben. Die Jahrhunderte der Danziger Geschichte stehen insoweit in untrennbarer Verbindung mit den Lebenswegen zahlreicher Menschen, die – ob kurz oder lang – durch ihr Wirken in der Hansestadt dort ihre Spuren hinterlassen haben.

Die diesjährige Kulturtagung des Bundes der Danziger steht im Zeichen biografischer Beziehungen zwischen Danzig und bedeutenden Persönlichkeiten. Sie erwartet ein vielfältiges Programm mit Referenten aus unterschiedlichen Wissenschaftsbereichen, welche über Danziger Persönlichkeiten referieren werden. Sie erwarten unter anderem Vorträge über den bekannten Schriftsteller Max Halbe und über den Vorreiter des modernen Naturschutzes Hugo Conwentz.

Die Kulturtagung findet in diesem Jahr in den Räumlichkeiten des Bessarabiendeutschen Vereins in Stuttgart statt. Selbstverständlich erhalten Sie als Tagungsteilnehmer auch eine Führung durch das im vergangenen Jahr wiedereröffnete „Heimatomuseum der Deutschen aus Bessarabien und der Dobrudscha“, das von dem Verein unterhalten wird.

Wir freuen uns auf zahlreiche Anmeldungen von Mitgliedern, Freunden Danzigs und allen anderen Interessierten. Jeder ist herzlich willkommen.

Veranstaltungsort:

Bessarabiendeutschen Verein e.V.
Florianstr. 17, 70188 Stuttgart

Teilnahmebeitrag:

Für Mitglieder im BdDA e.V.: 30,- €
Externe Teilnehmer: 45,- € (für einen Tag 30,- €)
Gemeinsames Abendessen bitte auf eigene Rechnung

Anmeldung:

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Ihre Anmeldung bestenfalls per E-Mail an post@danziger.info oder alternativ per Post mit dem Anmeldebogen.
Sollten Sie Fragen zur Veranstaltung haben, bitte Telefon: 0451-77303

Anmeldeschluss: Wir bitten um eine Anmeldung bis **spätestens 04.10.2024**

Danziger Kulturtagung: Programmablauf

Sonnabend, 12. Oktober 2024

- 13:00 - 13:45 Uhr** Einlass – Begegnung und Austausch
- 13:45 - 14:00 Uhr** **Einführung** in die Tagung durch den Vorsitzenden des Bundes der Danziger e.V. **Marcel Pauls (Hamburg)**
- 14:00 - 14:45 Uhr** **Grußwort** des Bundesgeschäftsführers des Bessarabiendeutschen Vereins e.V. **Dr. Hartmut Knopp (Stuttgart)**
- 14:45 - 15:00 Uhr** Kaffeepause mit Kuchen und Gebäck
- 15:00 - 16:30 Uhr** **Vortrag:** Vom „Jugend“-Dichter zum Epochen-Chronisten, Max Halbe, **Dr. Ulrich Erdmann (Kiel)**

Mit anschließender Diskussion
- 16:30 - 16:45 Uhr** Pause
- 16:45 - 18:15 Uhr** **Vortrag:** Heinrich Sahn – Kommunalpolitiker und Staatsmann, **Dr. Lars Lüdicke (Berlin)**

Mit anschließender Diskussion
- 18:15 Uhr** **Tagesabschluss** durch den Vorsitzenden des Bundes der Danziger e.V. **Marcel Pauls (Hamburg)**
- Ab 18:30 Uhr** **Auf Wunsch:** Gemeinsames Abendessen und geselliges Beisammensein in nahegelegener Gaststätte

Danziger Kulturtagung: Programmablauf

Sonntag 13. Oktober 2024

- 09:30 - 09:35 Uhr** **Einführung in den zweiten Veranstaltungstag**
durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes der Danziger e.V.
Dr. Bennet Brämer (Velten)
- 09:35 - 11:05 Uhr** **Vortrag: Danziger Vorreiter für den Naturschutz: Hugo Conwentz,**
Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke (Berlin)

Mit anschließender Diskussion
- 11:05 - 11:20 Uhr** Pause
- 11:20 - 12:00 Uhr** **Vortrag: Justizkarrieren – die Danziger Gerichtspräsidenten Georg Crusen**
und Walter von Hagens, Dr. Bennet Brämer (Velten)

Mit anschließender Diskussion
- 12:00 - 13:00 Uhr** **Führung durch das Heimatmuseum der Deutschen aus Bessarabien und**
der Dobrudscha, N.N. (Stuttgart)
- 13:00 - 13:15 Uhr** **Resümee und Schlussworte** durch den Vorsitzenden des Bundes der
Danziger e.V. **Marcel Pauls (Hamburg)**
- 13:30 Uhr** Möglichkeit zum gemeinsamen kleinen Imbiss

12) Danzig für 'n halben Tag – in Lübeck am 23.11.2024:
Danziger Goldschmiedekunst

Einladung zur Veranstaltung

“Danzig für 'n halben Tag“ – in Lübeck

„Danziger Goldschmiedekunst“

Der Bund der Danziger e.V. lädt Sie herzlich ein zu unserer Veranstaltung in Lübeck, die von der Leiterin unserer Geschäftsstelle und Vorsitzenden der Ortsstelle Ravensburg, Petra Lorinser, organisiert und im November persönlich durchgeführt wird. In dieser dunkleren Jahreszeit hat es einen besonderen Reiz, dem Referenten Dr. Jörn Barfod zu dem interessanten Thema „Danziger Goldschmiedekunst“ zu lauschen. Dr. Jörn Barfod ist Autor zahlreicher Schriften, vomehmlich zur Kunst- und Kulturgeschichte Ostpreußens. Er war Kustos und stellvertretender Direktor am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg.

Im Anschluss besteht zusätzlich die Möglichkeit, an einer gebuchten Führung durch die Ausstellung der „Danziger Paramente“ im fußläufigen St. Annen-Museum teilzunehmen. Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung erforderlich (Anmeldebogen liegt bei).

Sonnabend, 23. November 2024

- 12:30 Uhr** Einlass und Begrüßung
- 13:15 – 14:15 Uhr** Vortrag: „Danziger Goldschmiedekunst“, Dr. Jörn Barfod
- Anschließend Diskussionsrunde und Austausch bei Kaffee und Kuchen
- 15:15 Uhr** Aufbruch zum St. Annen-Museum, St.-Annen-Str.15, 23552 Lübeck
- 15:30 - 16:30 Uhr** Führung durch die Ausstellung der „Danziger Paramente“

Tagungsort: „Museum für Natur und Umwelt“ - Musterbahn 8, 23552 Lübeck

Teilnahmegebühr: Für die Veranstaltung erheben wir eine Pauschale von 15,- Euro
Für den Eintritt in das St. Annen-Museum fallen zuzüglich 12,- Euro an

Anmeldeschluss: Freitag, 8. November 2024

Anmeldung: Per Post an: Petra Lorinser, Blumenstr. 7, 88214 Ravensburg
Per E-Mail: post@danziger.info
Sollten Sie Fragen zur Veranstaltung haben, bitte Telefon: 0451-77303

Wir freuen sehr uns auf Ihr Interesse und Ihre Teilnahme

13) Weichsel-Warthe. Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Weichsel-Warthe Bundesverband e. V. (Posen, Mittelpolen, Galizien u. Wolhynien).
72. Jahrgang, September / Oktober 2024, Folge 09 / 10



Weichsel-Warthe

Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Weichsel-Warthe
Bundesverband e.V. (Posen, Mittelpolen, Galizien u. Wolhynien)

72. Jahrgang

September / Oktober 2024

Folge 09 / 10

Die Bundesversammlung der LWW 2024

Am Freitag, dem 28.6.2024, fand die diesjährige Bundesversammlung der Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) im Bonifatiushaus in Fulda statt. Der Bundessprecher Dr. Lothar Jakobi eröffnete die Versammlung und richtete die Grüße der aus terminlichen und gesundheitlichen Gründen verhinderten Delegierten aus. Gleichzeitig bedankte er sich, dass die Mitglieder so zahlreich gekommen sind. Dr. Jakobi unterbreitete den Teilnehmern den Vorschlag, Frau Dietgard Kühn für die Schriftführung des Protokolls zu wählen. Frau Kühn erklärte sich bereit, diese Funktion wahrzunehmen und wurde einstimmig gewählt.

Totenehrung und weiterer Verlauf

Die Totenehrung übernahm der stellvertretende Bundessprecher Wilhelm Tappert. Er gedachte der Toten im Krieg, durch Flucht, Vertreibung und Deportation. Von all denjenigen, die im vergangenen Jahr verstarben, erwähnte er stellvertretend: Irene Zeiser, Henriette Weimert und Frank Stewner. Herr Tappert erwähnte, dass die Mehrheit der Anwesenden den Krieg und Vertreibung erfahren musste, darum wollen wir unseren Willen und unsere Kraft zur Versöhnung, zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, dem Streben nach Vergebung, Aussöhnung und Verständigung, zur Einigung in Europa einsetzen. Bei unserem Gedenken und Ehrung für unsere Verstorbenen wollen wir uns aus gegebenem Anlass für Frieden und Freiheit auf der ganzen Welt einsetzen.

Der Versammlungsleiter stellte die Beschlussfähigkeit der Versammlung und fristgerechte Einladung fest. Das Protokoll des Vorjahres von Dietgard Kühn wurde von der Versammlung genehmigt.

Es folgte der Bericht des Schatzmeisters Hubert Leja. Die Jahresrechnung 2023 und der Wirtschaftsplan 2024 wurden genehmigt.

Der Kassenprüfer der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Horst Pirschel, präsentierte den Bericht zur Kassenprüfung vom 21.6.2024 und beantragte die Entlastung des Vorstands, die einstimmig beschlossen wurde.

Ansprache des Bundessprechers

Der Bundessprecher Dr. Jakobi stellte zum Geschäftsjahr 2023/24 fest, daß der geschäftsführende Bundesvorstand in Summe zufrieden sein kann, wenn sich nicht überall Probleme

offenbaren würden, z. B. im Zusammenhang mit der Nachlassregelung von Dr. Martin Sprungala. Dr. Jakobi schilderte auch die aktuelle Lage der deutschen Minderheit in Polen. Dabei verglich er diese Situation mit der in anderen europäischen Ländern.

Der Bundessprecher berichtete anschließend über Begegnungen und Teilnahme der Vorstandsmitglieder an den Veranstaltungen.

Arbeitsvorhaben

Dr. Jakobi schlug eine Polenfahrt im Herbst dieses Jahres vor. Dann ergriff das Wort der stellv. Sprecher Przemyslaw Zielnica. Er schlug vor, Informationsmaterial in polnischer Sprache in Form von Roll-Ups vorzubereiten, die einen Überblick über die Geschichte und die Aktivitäten der Vereinigung enthalten würden. Die Roll-Ups könnten bei jedem Besuch oder geplanten Treffen in Polen verwendet werden. Darüber hinaus empfahl er, regelmäßig (am besten jedes Jahr) eine Publikation in polnischer Sprache herauszugeben, in der vor allem die Geschichte der deutschen Minderheit in Polen dargestellt wird, da dieses Thema in Polen wenig bekannt ist. Deutschsprachige Quellen und Dokumentationen gibt es reichlich, wie die Bestände der LWW-Bibliothek in Wiesbaden zeigen. Herr Hans-Werner Carlhoff versicherte, dass er als Vertreter der Stiftung Kulturwerk Wartheland diese Idee unterstützen werde.

Nach dem Punkt „Verschiedenes“ und dem Singen der 3. Strophe der Nationalhymne endete die Bundesversammlung 2024 gegen 18.00 Uhr.

Die nächste Bundesversammlung und Bundeskulturtagung 2025 finden vom 27. bis 29. Juni 2025 im Bonifatiushaus in Fulda statt.



Vorstand der LWW, V.r.n.l. Dr. Lothar Jakobi, Wilhelm Tappert, Przemyslaw Zielnica, Hubert Leja

Stiftungsratssitzung

Um 19:30 Uhr trafen sich die Mitglieder der Stiftung Kulturwerk Wartheland (KWW). Bereits am Vormittag hatte der Stiftungsvorstand der Stiftung Kulturwerk Wartheland (KWW) getagt. An der Sitzung nahmen auch der Stiftungsratsvorsitzende Dr. Lothar Jakobi und das Stiftungsratsmitglied Wilhelm Tappert teil. Die Sitzung diente der Vorbereitung der abends folgenden Stiftungsratssitzung.

Der Stiftungsratsvorsitzende Dr. Jakobi eröffnete die Sitzung, gratulierte Herrn Carlhoff zur Wahl zum neuen Vorsitzenden der Stiftung Norddeutsches Kulturwerk (NOKW) und erteilte ihm das Wort. Herr Carlhoff bedankte sich und wie immer arbeitete er die Themen der Sitzung professionell ab. Er gab einen Überblick über die Aufgaben und Voraussetzungen bei Förderanträgen an die übergeordnete Stiftung NOKW.

Nach der Besprechung der Regularien und der Entlastung des Vorstands stellte Herr Carlhoff die Arbeit des KWW vor und wies auf einzuhaltende Termine bei der Stiftung NOKW vor. Der Stiftungsratsvorsitzende Dr. Jakobi dankte zum Abschluss den Mitgliedern des Stiftungsvorstands für ihre geleistete ehrenamtliche Arbeit im vergangenen Geschäftsjahr.

PZ MG

Bundeskulturtagung der LWW 2024



Gruppenbild der Tagungsteilnehmer an der Bundeskulturtagung 2024 in Fulda

Am Samstag (29.06.2024) begrüßte der Bundessprecher Dr. Lothar Jakobi zahlreiche Teilnehmer zur Bundeskulturtagung im Fuldaer Bonifatiushaus. Danach wurden Ehrenurkunden verliehen: die Goldenen Ehrennadeln an Ellen Eberwein, Irmgard Fürstenberg und Dr. Lothar Jakobi, die Silbernen Ehrennadeln an Dr. Dieter Schäfer, Horst Vocht, Bettina Tietze, Hubert Leja und Przemyslaw Zielnica. Der Kulturpreis der LWW in Höhe von 500 Euro gingen an die Schülerinnen und Schüler aus Moczulki (Ukraine). Die ehemalige Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf erhielt eine Ehrenurkunde für ihren Einsatz und die Unterstützung der LWW. Die Bundeskulturtagung stand in die-

sem Jahr unter dem Motto: „Deutschland und Polen – Neue Wege, Neue Chancen“.

Dr. Lukasz Bielecki aus Posen (Poznań), Gründer der genealogischen Internetseite für die ehemalige Provinz Posen „Poznan Project“, berichtete in seinem einleitenden Vortrag über die deutsche Ahnenforschung im Posener Land.

Dr. Markus Krzoska, Privatdozent im Herder-Institut, referierte zum Thema: „Mittel- und Großpolen 1939-1947. Vertreibungen, Umsiedlungen, Extermination“. Nachfolgend sprach Dr. Andrzej Kaluza vom Deutschen Polen-Institut über die deutsche Minderheit in Polen sowie die Geschichte der Polen in Deutschland. Am Abend präsentierte Prof. Jerzy Kolacki vom Institut für Geschichte der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen (Poznań) aktuelle Studien über evangelische Friedhöfe im Posener Land (Wielkopolska).

Nach dem Gottesdienst am Sonntag in der Kapelle des Hauses sprach Dr. Agnieszka Filipiak, Vorsitzende der Polnisch-Deutschen Gesellschaft in Posen (Poznań), über die Tätigkeit ihres Vereins. Dr. Jacek Kubiak vom



Blick in den „grünen Saal“ der Katholischen Akademie in Fulda

Institut für Politik- und Medienwissenschaft der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen (Poznań) schilderte sein Forschungsgebiet zum Thema „Vertreibungen und Deportationen“ und zeigte seinen kurzen Dokumentarfilm über die sog. Schwarzmeerdeutschen. Zum Abschluss der Tagung berichtete Hans Christian Heinz aus Lviv/Lemberg über das Thema: „Alltag im Krieg – Lemberger Schnappschüsse. Hintergrundinformationen zu den Konflikten auf der Krim (Krym) und im Donezbecken (Donbas)“. Gegen 12.30 Uhr endete die Bundeskulturtagung mit den Schlussworten des Bundessprechers Dr. Lothar Jakobi.

PZ MG

Ehrung für Irmgard Fürstenberg

Anlässlich der LWW-Bundeskulturtagung am 29. Juni 2024 in Fulda wurde durch den Bundesvorsitzenden Dr. Lothar Jakobi, auf Vorschlag des stellv. Bundesvorsitzenden Wilhelm Tappert, in Würdigung und dankbarer Anerkennung besonders aktiver landsmannschaftlicher Arbeit mit der Goldenen Ehrennadel und Urkunde unter anderem Frau **Irmgard Fürstenberg** aus Magdeburg ausgezeichnet.

Frau Irmgard Fürstenberg (geb. Roß) wurde am 8.02.1940 in Derschau Kr. Landsberg (Warthe) geboren.

Im Juni 1945 wurde die Familie ausgewiesen und aus ihrer geliebten Heimat vertrieben. Über mehrere Orte landete die Familie in Wassendorf bei Oebisfelde. Anfang der 1950er Jahre zog die Familie nach Magdeburg. Hier beendete Irmgard Fürstenberg die Grundschule mit dem Abschluss der 8. Klasse. Sie begann dann Lehre als Industriekauffrau und Bürofachkraft. Diesen Beruf übte sie in der weiteren Zeit in verschiedenen Betrieben in Magdeburg aus. In der ÖSA-Versicherung, in der sie als Sachbearbeiterin arbeitete, wurde sie in die Rente verabschiedet. 1960 heiratete sie Horst Fürstenberg, der leider schon 1998 verstorben ist. In den glückli-

chen Ehejahren wurden zwei Söhne geboren, die noch heute in Magdeburg leben und sich sehr fürsorglich um die Mutter kümmern.

Nach der Angliederung der DDR an die Bundesrepublik haben die Heimatvertriebenen in Magdeburg 1991 den Bund der Vertriebenen für Sachsen-Anhalt gegründet. Nach dem Sammeln der Mitglieder wurde daraus 1992 Landsmannschaft Weichsel-Warthe gebildet. Da die Liebe zur Heimat bei der Mutter und ihr noch sehr verwachsen war, wurde seit dieser Zeit Frau Fürstenberg Mitglied unserer Vereinigung. 1994 wurde unsere sehr verdienstvolle Frau Wagner als Vorsitzende unserer Landesgruppe gewählt. Sie nahm Frau Fürstenberg an ihre Seite und übertrug ihr die Finanzgeschäfte. Diese Aufgabe erfüllte sie sehr gewissenhaft und zuverlässig bis heute noch aus. Bei allen Finanzrevisionen gab es nie Beanstandungen zu den Finanzgeschäften und Buchführung. Für diese sehr überzeugende Arbeit wurde sie bereits mit der Silbernen Ehrennadel der LWW ausgezeichnet.

Da die Liebe zur Heimat geblieben ist, nahm sie sehr rege am Leben unserer Landsmannschaft teil und brachte sich



selbst aktiv ein. An den 17 Fahrten unserer Landesgruppe unter der Leitung von Frau Wagner in unsere Heimatgebiete (besonders Posen, Gnesen, Wągrowitz und Schneidemühl) nahm sie immer teil und stand Frau Wagner sehr hilfreich und umsichtig zur Seite. Auch an Fahrten und Veranstaltungen anderer Landesverbände Sachsen-Anhalts nahm sie vielfach teil. Durch ihre freundliche, aufgeschlossene und ruhige Art hat sie viel Anerkennung und Achtung bei unseren Mitgliedern erfahren. Wir halten sie würdig, mit dieser hohen Auszeichnung geehrt zu werden.

Wilhelm Tappert

Laudatio zur Verleihung des kulturellen Förderpreises für Nachwuchskräfte in der LWW 2024



Bereits zum 2. Mal erhalten junge Nachwuchskräfte aus der Ukraine, aus Wollhynien, den kulturellen Förderpreis für besondere Verdienste bei der Ausarbeitung der gemeinsamen Geschichte von Ukrainern und Deutschen in der Zeit von 1863 bis zur Umsiedlung im Jahr 1940.

Wegen umständlicher Verkehrsverbindungen sowie der aktuellen Lage in der Ukraine können die Preisträger den Preis heute nicht persönlich in Empfang nehmen. Dieser wird Ihnen im Sommer oder Herbst dieses Jahres bei einem Besuch in Rivne dann von mir persönlich übergeben werden.

Seit dem Jahr 2011 war Schülerinnen und Schülern in dem kleinen Ort Moczulki aufgefallen, dass jedes Jahr eine Reisegruppe aus Deutschland für einige Tage zu Besuch kommt.

Zögernd begannen sie zu fragen, was diese Reisegruppe in so eine abgelegene

Gegend führte, und gemeinsam mit Ihrem Lehrer Oleksandr Proforuk starteten sie im Fach Geschichte daraus ein erstes kleines Projekt mit dem Titel

„Deutsche Kolonien auf dem Territorium meiner Heimat am Beispiel der Kolonie Moczulki“

weil die meisten Schülerinnen und Schüler am Gymnasium Zhobryn aus Moczulki und dem benachbarten Klewan kamen.

Der Leitspruch dieser Schülergruppe war:

Wer sich mit der Geschichte seiner Heimat beschäftigt, sollte in und mit der eigenen Straße und Siedlung beginnen.

Sie fanden heraus, dass dieses Dorf seine erste Erwähnung 1577 hat und gaben ihrem Projekt den Titel

„Ein kleines altes Dorf mit einer großen und reichen Geschichte“

Sie sprachen mit den alteingessenen Bewohnern, sie zeichneten deren Erinnerungen über das Zusammenleben von Ukrainern, Deutschen, Polen und

Juden in Bild und Ton auf und archivierte es.

Um ein tieferes Verständnis über diese Zeit zu erlangen, suchten sie nach literarischen Quellen und arbeiteten in Archiven und Bibliotheken.

In ihrer Freizeit trafen sich manchmal über 20 Schülerinnen und Schüler, trugen ihre Ergebnisse zusammen, und nach mehr als einem Jahr waren sie stolz, den Nachfahren aus Deutschland bei ihrem Besuch im Jahr 2019 ihre Arbeit in der Schule in Moczulki zu präsentieren.

Dieses Projekt wurde begleitet von dem Gymnasiallehrer Oleksandr Proforuk.

Inzwischen unterrichtet er auch am Gymnasium und einer neuen Bildungseinrichtung in Derazne, mit weiteren neuen Schülern und Studenten, mit großen Herausforderungen während des Krieges.

Voller Zuversicht, mit bereits wieder neuen Ergebnissen lassen sie nicht nach, die Geschichte der ukrainischen Heimat mit ihren ehemaligen deutschen Kolonien in der Oblast Volyn und Rivne weiter zu erforschen, und hoffen, diese gemeinsame Geschichte auch bald wieder den Reisegruppen aus Deutschland präsentieren zu dürfen.

Oleksandre Proforuk hat eine große Neugier bei den Jugendlichen, nicht nur aus seiner Klasse, geweckt, immer mehr Jugendliche interessieren sich für die gemeinsame Geschichte mit den deutschen Siedlern und auch der jüdischen und polnischen Bevölkerung und immer mehr Jugendliche interessieren sich für die Geschichte nach 1945 aus ukrainischer Sicht, die lange in den Geschichtsbüchern verschwommen dargestellt wurde. Seine Schülerinnen und Schüler sind von seiner ruhigen und bescheidenen Art begeistert, inzwischen unterrichtet er nicht nur das Fach Geschichte, sondern auch Informatik, seit Kriegsbeginn auch die Grundlagen von Gesundheit sowie patriotische Erziehung.

In seiner letzten Mail schrieb er u.a.:

„Lieber Walter, aus den bekannten Gründen können wir an der Preisverleihung nicht teilnehmen.

Bitte richten Sie der Veranstaltung unsere herzlichsten Grüße aus.

Die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen macht uns und mir sehr viel Spaß, ich mache es gerne, viel zu oft fehlt mir die Zeit. Mit Wollhynien

haben wir eine Region, die reich an historischen Ereignissen ist, also erforschen wir sie weiter; natürlich erlaubt es uns der Krieg nicht, unsere Projekte in vollem Umfang zu entwickeln, aber wir versuchen es weiter jeden Tag, an dem uns keine schlimmen Nachrichten, Sirenen und Raketen an die momentane Situation erinnern.

Inzwischen möchten wir interessante Ergebnisse aus 10 weiteren Orten zusammentragen, noch ist es nicht komplett, diese sollen in einem Buch veröffentlicht werden, es wird die Nachfahren in Deutschland mit Sicherheit interessieren, ein größeres Projekt ist dabei auch der Anstoß eines Forschungsprojektes mit dem Titel: Evangelisch-christliche Baptisten im Ort und Gebiet Duktschin.

Danke für die Hilfe, die Sie und Ihr Verein uns in einer schwierigen Zeit für mein Land gegeben haben!

Möge Gott Ihnen eine gute Gesundheit schenken.

Herzliche Grüße aus der Ukraine, Ihr Freund Oleksandr Proforuk“

Ich bedanke mich bei den Juroren der LWW, dass sie den Nachwuchspreis gerade in diesem Jahr an Jugendliche in Wollhynien in der Ukraine verliehen haben.

Dieser Preis ist Dank und Ansporn, in diesen schwierigen Zeiten als Brückenbauer zwischen der ukrainischen und deutschen Bevölkerung auf dem Weg zu einem friedlichen Europa zu werden.

Dann sind auch wieder gegenseitige Besuche möglich, die uns die Heimat der Vorfahren nicht vergessen lassen. Ich schließe meine Laudatio mit dem Leitspruch des Freundeskreises Moczulki :

Wollhynien ist gut,

Wollhynien tut gut:

Für die Augen, für die Ohren, für die Seele.

Walter Manz
Vorsitzender



Allen gebührt Gedenken

Am 5. Juli – zum Jahrestag des Waffenstillstandes bei militärischen Auseinandersetzungen im Jahr 1921 haben Vertreter des Verbandes deutscher Gesellschaften in Polen (VdG) und der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Opperler Schlesien (SKGD) sowie der Kommunalverwaltung verschiedenen Grades und des Deutschen Konsulats in Opperln Blumen an Gräbern der schlesischen Aufständischen und dem Massengrab ihrer deutschen Gegner am Sankt Annaberg [Góra Świątej Anny, Woiwodenschaft Opperln] niedergelegt.

Es wurde an beiden Gräbern in polnischer und deutscher Sprache unter Leitung des Bischofsvikars und Minderheitenseelsorgers Pfarrer Professor Piotr Tarlinski gebetet. – Wir gedenken unserer Vorfahren und allen, die bei militärischen Auseinandersetzungen auf unserer oberschlesischen Erde umgekommen sind, Herr nimm Sie auf in den Himmel und gib uns den Mut jeden Tag für Frieden in uns und in der Welt einzusetzen – betete Pfarrer Tarlinski. Die Tradition des offiziellen Gedenken an die Kämpfe und den Waffenstillstand im Jahr 1921 wurde erstmals im Jahr 2021 zum 100. Jahrestag des III. Schlesischen Aufstands initiiert. Bei dieser Tradition steht das Gedenken an den Frieden und die Gefallenen sowie Opfer im Mittelpunkt und nicht das Feiern von Kämpfen und Siegen. VdG-Vorsitzender Rafal Bartek hat in seiner Rede an den Gräbern an den aktuellen Kontext aufmerksam gemacht und zwar an den in der Ukraine andauernden Krieg. Er bedankte sich bei allen Anwesenden

für ihre Bereitschaft zum geschichtlichen Gedenken, welches nicht zu Teilungen in der Gesellschaft führt. Unter den Teilnehmern waren u.a. Edyta Gola, Abgeordnete der Fraktion der Deutschen Minderheit im Sejmik [Landtag] und Helmut Paisdzior, ehemaliger Sejmabgeordneter. – Wir müssen gedenken und wir sollten solche Momente erleben – sagt Edyta Gola. – Die Geschichte dieses Ortes wurde auf beiden Seiten geschrieben – der polnischen und der deutschen. Auf jeder Seite wird sie etwas anders wahrgenommen. Wir wissen, dass in unseren oberschlesischen Häusern vor einhundert Jahren Mütter waren, die im Herzen doppelt gelitten haben, weil ihre Kinder auf beiden Seiten gegeneinander gekämpft haben. Dies war auch in unserer Familie der Fall. Alle haben – in ihrer Überzeugung – für die richtige Sache gekämpft. Doch sie hatten ein Herz. Wir wollen diese schwere Geschichte nicht vergessen. Deswegen treffen wir uns hier am Jahrestag des Waffenstillstandes. Wir möchten diese unterschiedliche Geschichte und verschiedenes Gedenken bewahren. – Diese Geschichte vor über einhundert Jahren darf man nicht einseitig erzählen – beteuert Helmut Paisdzior. – Beiden Seiten gebührt Respekt. Mir ist vorhin in der Kirche in den Sinn gekommen, was ich wohl machen würde, wenn mir jemand ein Gewehr in die Hand drücken und mir befehlen würde auf meinen polnischen Nachbar zu schießen? Ich denke, dass ich meine Waffe fallen lassen würde und ihm mitteilen, dass ich ihn nicht erschießen will. Ich



Landtagsabgeordnete Edyta Gola und ehem. Vertreter der deutschen Minderheit im polnischen Parlament Ryszard Galla

hoffe, dass er ähnlich handeln würde. Und das ist der Weg, den wir in dem letzten Jahrhundert gegangen sind. Vor dem Gedenken auf dem Friedhof von St. Annaberg wurde eine deutsche Messe vom Pfarrer Prof. Tarlinski in der Basilika gefeiert. Die Intention der Messe lautete: „für alle Opfer der militärischen Auseinandersetzungen in Oberschlesien vom 2. Mai bis 5. Juli 1921 und die gegenwärtige friedliche und freundliche Zusammenarbeit der Völker und Nationen. In der Predigt bezeichnete Pfarrer Tarlinski die Teilnehmer als Freunde des Friedens und der Versöhnung im Namen des Herrn. – Wir möchten keines der Opfer des Konflikts auf beiden Seiten vergessen – sagte er. – Doch wir möchten sehr, dass es auf unserer Erde nie wieder neue Opfer und Gefallenen gibt.

Quelle: <https://vdg.pl/wp-content/uploads/2024/07/2024-07-heimat-www.pdf>

Spendenauf Ruf

Die **Stiftung Kulturwerk Wartheland (KWW)** ist eine Stiftung der Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW), Bundesverband e.V. und unterstützt langfristig die vielfältigen kulturellen Aktivitäten der Landsmannschaft aus den Erträgen der Stiftung. Dies ist verstärkt in der Zukunft nur möglich, wenn das Stiftungskapital erhöht wird. Helfen auch Sie uns mit einer Spende als Zustiftung, diese Zukunftsaufgabe auf Dauer zu verwirklichen.

Konto der Stiftung Kulturwerk Wartheland, 65185 Wiesbaden, Friedrichstr. 35 III, Sparkasse Hannover, IBAN: DE57 2505 0180 0000 8672 25, SWIFT BIC: SPK HDE2HXXX

Glückwünsche September und Oktober 2024

Traute Bauer, geb. am 27. September 1930 in Kulm/Westpreußen, wohnhaft in Taunusstein, **zum 94. Geburtstag**. Die Ehefrau unseres verstorbenen Ehrensprechers erhielt für ihr vielseitiges Engagement und ihre soziale Breitenarbeit zum Wohl ihrer Mitmenschen die Bürgermedaille in Bronze (1984) und Silber (2004) der Stadt Wiesbaden. 2019 verlieh ihr der damalige Ministerpräsident Volker Bouffier den Ehrenbrief des Landes Hessen.

Hubert Leja, geb. am 17. Juli 1954 in Gleiwitz/Oberschlesien, wohnhaft in Wiesbaden, nachträglich **zum 70. Geburtstag**. Er ist seit dem 1. April 2020 Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Hilfskomitees der evangelisch-lutherischen Deutschen aus Polen. Am 1. Juli 2022 wurde er zum Bundesschatzmeister unserer Landsmannschaft gewählt und am 29. Juni 2024 verlieh ihm der Bundessprecher in Würdigung und dankbarer Anerkennung der aktiven Arbeit im geschäftsführenden Bundesvorstand die Silberne Ehrennadel.



14) Landsmannschaft Schlesien – Berlin und Brandenburg e. V.

Die Planungen des am 31.10.2023 neugewählten Vorstandes unter Wolfgang Liebehenschel, Silke Taube und Nadine Haberlandt laufen. Es besteht die Absicht, im Jahre 2024 monatlich Vorträge zu schlesischen Themen anzubieten, zwei Stadtrundfahrten im Mai und August „Auf schlesischen Spuren in Berlin“ zu organisieren, ein „Sommer-singen“ zu veranstalten, die Feier des Erntedankfestes wieder aufzunehmen.

Die Mitglieder werden zu mindestens zwei Mitgliederversammlungen aufgerufen. Wegen der Änderung des Vereinskontos sollen die Mitgliedsbeiträge entsprechend später eingezahlt werden.

Wir bekennen uns zu Schlesien

Die Landsmannschaft Schlesien ist eine demokratische, überparteiliche und überkonfessionelle Organisation, in der sich Schlesier, deren Nachkommen und Freunde Schlesiens zusammenschließen haben. Sie vertritt politisch, rechtlich und kulturell die Interessen Schlesier und der Schlesier und ist Ansprechpartner für die schlesischen Landsleute und Freunde in Deutschland und der Welt. Die Landsmannschaft fordert das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf Heimat. Durch grenzüberschreitende Projekte arbeitet die Landsmannschaft verstärkt mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, denn Schlesien und die Anliegen der Heimatvertriebenen sind gemeinsame Aufgaben aller Generationen.

Die Landsmannschaft

Die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. – wurde am 26. März 1950 im Bonner Vertriebenenministerium gegründet. Am 3. Oktober 1950 übernahm das Land Niedersachsen, in dem sich nach der Verreibung besonders viele Schlesier niedergelassen hatten, die Patenschaft für die Landsmannschaft.

Die Landsmannschaft Schlesien ist Mitglied im Bund der Vertriebenen (BdV) und arbeitet eng mit den Organisationen der deutschen Volksgruppe in Schlesien zusammen. Der Hauptsitz der Landsmannschaft befindet sich im „Haus Schlesien“ in Königswinter bei Bonn, ein Verbindungsbüro der Bundeslandsmannschaft besteht im Patenland Niedersachsen in Hannover. Das offizielle Verbandsorgan der Landsmannschaft sind die Schlesienschen Nachrichten, die monatlich erscheinen.

LANDSMANNSCHAFT SCHLESSEN
Nieder- und Oberschlesien e. V.

Hier finden Sie uns online:
www.landsmannschaft-schlesien.de
www.facebook.com/LandsmannschaftSchlesien
www.twitter.com/lmschlesien
www.instagram.com/landsmannschaftschlesien

Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. –
Dollendorfer Straße 412
53639 Königswinter
Tel.: 02244 92 59-0
Fax: 02244 92 59-290
Mail: info@schlesien-lm.de
info@landsmannschaft-schlesien.de

Verbindungsbüro der Bundeslandsmannschaft Schlesien im Patenland Niedersachsen
Königsworther Straße 2
30167 Hannover
Tel.: 0511 9573 3576
Mail: hannover@schlesien-lm.de

Unser **schlägt für**
SCHLESSEN

LANDSMANNSCHAFT SCHLESSEN
Nieder- und Oberschlesien e. V.

Schlesien – Das Land im Herzen Europas

Auf einer Länge von etwa 500 Kilometern erstreckt sich Schlesien entlang des Ober- und Mittellaufs der Oder und gehört mit seinen Kulturschätzen und Naturschönheiten zu den interessantesten und schönsten Regionen im Herzen Europas. Im Verlauf seiner wechselhaften Geschichte hat Schlesien viele territoriale und politische Veränderungen erfahren. Im Mittelalter slawisch und deutsch besiedelt, unterstand das Land lange der polnischen, dann der böhmischen Krone und war über 200 Jahre im Besitz der Habsburger. Nach den „Schlesischen Kriegen“ im 18. Jahrhundert fiel der größte Teil Schlesiens an Preußen und wurde nach der Reichsgründung von 1871 als preußische Provinz Schlesien Teil des Deutschen Reiches.



Die Gebiete um Troppau, Jägerndorf, Teschen und Bielitz sowie Teile des Fürstentums Neisse blieben als Österreichisch-Schlesien bis 1918 Bestandteil der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Politisch gehört Schlesien heute überwiegend zu Polen und gliedert sich in die Woiwodschaft Niederschlesien mit der Hauptstadt Breslau, die Woiwodschaft Oppeln mit der Hauptstadt Oppeln und die Woiwodschaft Schlesien mit der Hauptstadt Kattowitz. Randbereiche Schlesiens gehören zu kleinen Teilen auch zur Woiwodschaft Lebus im Nordwesten.

Das frühere Österreichisch-Schlesien gehört heute zur Tschechischen Republik. Der nach 1945 bei Deutschland verbliebene Teil der ehemaligen preußischen Provinz Schlesien liegt heute im Freistaat Sachsen. Dieses Gebiet gehörte historisch weitestgehend zu der erst 1815 schlesisch gewordenen Oberlausitz.

FLUCHT UND VERTREIBUNG

Anfang 1945 floh ein Teil der damals rund 4,6 Millionen Schlesier vor der anrückenden Roten Armee. Obwohl bis zum Beginn der Potsdamer Konferenz (17. Juli – 2. August 1945) eine Regelung über den Verbleib der deutschen Bevölkerung in Schlesien noch ausstand, begannen bereits im Frühjahr 1945 die sogenannten „wilden Vertreibungen“, die von polnischen Stellen organisiert wurden. Die hierzu erlassenen Bierur-Dekrete ermöglichten die Einziehung des gesamten Eigentums von Personen deutscher Nationalität oder Staatsbürgerschaft zugunsten des polnischen Staates. Im Juni 1945 wurden alle Deutschen aus einem Gebietstreifen von etwa 30 Kilometer Breite unmittelbar östlich der Lausitzer Neiße vertrieben.



Aufgrund der von den Alliierten in Potsdam getroffenen Beschlüsse begann ab 1946 eine systematische Vertreibung der verbliebenen deutschen Bevölkerung, die bis 1947/48 andauerte. Das Eigentum der geflüchteten und vertriebenen Deutschen wurde im Jahre 1946 durch zwei polnische Dekrete als „verlassenes bzw. herrenloses Gut“ entschädigungslos konfisziert.

Die Gebiete Schlesiens, die bis zum Münchner Abkommen von 1938 Bestandteil der Tschechoslowakei gewesen waren, also Gebiete des früheren Österreichisch-Schlesien, fielen 1945 an die wiedererstehende Tschechoslowakei. Die deutsche Bevölkerung wurde auch hier mehrheitlich vertrieben.

Von den 15 Millionen Deutschen, die aus den ehemaligen Ostgebieten und deutschen Siedlungsgebieten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa vertrieben wurden, waren über 3 Millionen Schlesier, die ihre Heimat verlassen mussten.

AUF DEM LAUFENDEN BLEIBEN

Als Zeitschrift für Schlesien sind die Schliesischen Nachrichten seit 1986 das offizielle Verbandsorgan der Landmannschaft Schlesien.

Die monatlich erscheinende Zeitschrift berichtet über bundesweite landmannschaftliche Aktivitäten, über die schlesischen Landleute in der Heimat, das deutsch-polnische Verhältnis sowie über Geschichte und Kultur Schlesiens. Auch die Tagespolitik ist Gegenstand der Berichterstattung. Die Schliesischen Nachrichten berichten über ganz Schlesien von Görlitz bis Kattowitz, informieren über Schlesien gestern und heute und diskutieren über die Zukunft Schlesiens.



Bezugspreis:
Einzelheft 4,50 Euro
Jahresabonnement 49,00 Euro

Erscheinungsweise:
monatlich, 12 Ausgaben im Jahr

Weitere Informationen unter:
Mail: info@schliesische-nachrichten.de

Anzeigen:
Tel.: 02244 9259-0
Fax: 02244 9259-290
Mail: anzeigen@schlesien-lm.de

Jedes Abonnement der Schliesischen Nachrichten unterstützt die Arbeit der Landmannschaft für Schlesien. Auch Patenschaftsabonnements sind möglich.

01) Vortragsreihe des WBW im 2. Halbjahr 2024

**Westpreußisches Bildungswerk Berlin-
Brandenburg**
in der Landsmannschaft Westpreußen e.V., Berlin
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

www.westpreußen-berlin.de

Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin

Postbank Berlin
IBAN DE 26 1001 0010 0001 1991 01

Fon: 030-257 97 533, Fax: auf Anfrage
westpreussenberlin@gmail.com

BIC PBNKDEFF

**1. Vors.: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; stv. Vors.: Hanno Schacht;
Schatzmeisterin: Ute Breitsprecher**

E i n l a d u n g N r. 74

(Vortragsveranstaltungen August bis Dezember 2024)

Ort der Veranstaltung: Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin-Wilmersdorf, Saal im Theater-Coupé. **Fahrverbindung:** U-Bahn Fehrbelliner Platz, Buslinien.

- | | |
|------------|---|
| 347 | <u>Montag</u> 19. August 2024, 18.30 Uhr
<u>Thema</u> <u>Die Berliner „Polonia“ im Kaiserreich am Beispiel der Zuwanderer aus Westpreußen. (mit Medien).</u>
<u>Referent</u> Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin |
| 348 | <u>Montag</u> 16. September 2024, 18.30 Uhr
<u>Thema</u> <u>Der Danziger Historiker Erich Keyser (1893-1968) im Spiegel seiner Memoiren. (mit Medien).</u>
<u>Referent</u> Frau Prof. Dr. Marie-Luise H e c k m a n n, Werder / Havelland |
| 349 | <u>Montag</u> 21. Oktober 2024, 18.30 Uhr
<u>Thema</u> <u>Von Lübeck über die DDR bis nach Japan - die Verfassung der Freien Stadt Danzig (1920-1939) im rechtshistorischen Vergleich. (mit Medien).</u>
<u>Referent</u> Dr. Bennet B r ä m e r, Velten |
| 350 | <u>Montag</u> 18. November 2024, 18.30 Uhr
<u>Thema</u> <u>Weltenbaum – Baum mit goldenen Äpfeln. Westpreußen, Land an der unteren Weichsel, schätzt den Weltenbaum, den Baum mit den goldenen Äpfeln. Eine Veranstaltung im Rahmen der 35. Berliner Märchentage.</u>
<u>Referent</u> Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin, mit Ute Breitsprecher, Berlin, u.a. |
| 346 | <u>Montag</u> 09. Dezember 2024, 18.30 Uhr
<u>Thema</u> <u>Agnes Miegel - Am Pregel, an der Seine und anderswo – eine Dichterin zwischen Zeiten und Welten. (Vortrag mit Lichtbildern).</u>
<u>Referent</u> Jörn P e k r u l, Berlin |

02) Vortragsreihe der AGOM im 2. Halbjahr 2024

Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. Berlin

Mitglied im Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen

Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

Brandenburgische Straße 24 Steglitz, D – 12167 Berlin

Konto Nr. IBAN DE 39

100100100065004109

Postbank Berlin

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke,

stv. Vors.: Frau Ute Breitsprecher, Schatzmeisterin: Frau Angelika Hanske

Tel.: 030/257 97 533 Büro

www.ostmitteleuropa.de

post@ostmitteleuropa.de

im Juni 2024 Hk/Brei/Hs

Einladung Nr. 93

(Vortragsveranstaltungen August bis Dezember 2024)

Ort:

Bürgertreff im S-Bahnhof Berlin-Lichterfelde West,

Hans-Sachs-Straße 4 D, 12205 Berlin

Fahrverbindungen: S-Bahn, Busse M11, M48, 101 u. 188.

- | | | | |
|-----|---|---|------------------|
| 486 | <u>Freitag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 16. August 2024,
<u>Preußische Dichter aus vier Jahrhunderten.</u> (Mit Medien).
Dr. Jürgen W. S c h m i d t, Berlin | 19:00 Uhr |
| 487 | <u>Freitag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 13. September 2024,
<u>August Heinrich Hoffmann (1798-1874), bekannt als Hoffmann von Fallersleben, Professor in Breslau, Zeitgenosse von Gustav Freytag.</u>
(Mit Medien).
Dr. Hans Weinert, Berlin | 19:00 Uhr |
| 488 | <u>Freitag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 18. Oktober 2024,
<u>Wilhelm von Humboldt als Schlossherr von Ottmachau in Schlesien.</u>
(Mit Medien).
Matthias L e m p a r t M.A., Berlin | 19:00 Uhr |
| 489 | <u>Freitag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 15. November 2024,
<u>Weltenbaum – Baum mit goldenen Äpfeln. Ostmitteleuropa, zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, viele Völker, viele Überlieferungen zum Symbol Weltenbaum / Apfelbaum.</u>
<i>Eine Veranstaltung im Rahmen der 35. Berliner Märchentage</i>
Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin, mit Ute Breitsprecher, Berlin, u.a. | 19:00 Uhr |
| 490 | <u>Freitag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 13. Dezember 2024,
<u>Die Wiederentdeckung des menschlichen Geistes durch den christlichen Mystiker Carl Welkisch (*1888 Gloden, Prov. Posen – †1984 Überlingen).</u> (Mit Medien).
Edmund M a n g e l s d o r f, Berlin | 19:00 Uhr |

03) Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung

- siehe Startseite -



Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist eine unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts in Trägerschaft der Stiftung Deutsches Historisches Museum (DHM).

Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird durch ihre Direktorin Frau Dr. Gundula Bavendamm vertreten. Vorsitzender des Stiftungsrats ist Dr. Andreas Görgen, Leitender Beamter bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Claudia Roth MdB.

Frau Dr. Gundula Bavendamm
Direktorin der Stiftung

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Stresemannstraße 90
10963 Berlin
T +49 30 206 29 98-0

info@f-v-v.de

<https://www.flucht-vertreibung-versoehnung.de>

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
T +49 30 18 400-0

Am 26. September eröffneten wir „Zwangsarbeit im Donbass 1945 – ein Tagebuch“, unsere neue Galerie-Ausstellung. Erleben Sie die eindrucksvolle Installation von Damian Michael Heinisch, der das Tagebuch seines Großvaters, eines Zwangsarbeiters aus Oberschlesien im Donbass, fotografierte und damit Vergangenheit und Gegenwart auf bewegende Weise miteinander verbindet.

Besuchen Sie die Ausstellung vom **27. September 2024 bis zum 5. Januar 2025** und lassen Sie sich von der Geschichte der Familie Heinisch berühren.

Im Oktober erwartet Sie außerdem ein vielseitiges Programm voller spannender Workshops, inspirierender Gespräche, mitreißender Filmvorstellungen und vielem mehr! Ein besonderes Highlight ist das neue Dokumentarfilm- und Medienfestival **Dokumentale: Vom 14. bis 19. Oktober** laden wir Sie herzlich zu vier außergewöhnlichen Filmvorführungen ein, die im Rahmen dieses Festivals bei uns stattfinden werden.

**27. September 2024 bis
5. Januar 2025**

NEUE GALERIE- AUSSTELLUNG: ZWANGSARBEIT IM DONBASS 1945 – EIN TAGEBUCH

„Letztlich kam mein Großvater nicht zurück, aber dieses Tagebuch schon“, resümierte der in Polen und Deutschland aufgewachsene und in Norwegen lebende Fotograf Damian Michael Heinisch.

Für seine Installation „1.-51. Tagebuch Walter Heinisch (2021)“ hat Damian Heinisch das Tagebuch seines Großvaters Walter Heinisch von Tagesanbruch bis Sonnenuntergang im Lichte der norwegischen Sonne fotografiert.

Auf dicht beschriebenen Seiten dokumentierte Walter Heinisch sein schweres Schicksal als Zwangsarbeiter. Wie er wurden rund 400.000 deutsche Zivilistinnen und Zivilisten als sogenannte „Reparationsverschleppte“ am Ende des Zweiten Weltkriegs in die östliche Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik deportiert. In den sowjetischen Arbeitslagern

Welcome to the new issue of our newsletter!

On 26 September, we opened 'Forced Labour in Donbass 1945 – A Diary', our new gallery exhibition. Experience the impressive installation by Damian Michael Heinisch, who photographed the diary of his grandfather, a forced labourer from Upper Silesia in Donbass, thus movingly connecting past and present.

Visit the exhibition from **27 September 2024 to 5 January 2025** and be touched by the story of the Heinisch family.

In October, a varied programme full of exciting workshops, inspiring talks, captivating film screenings and much more awaits you! A special highlight is the new documentary film and media festival **Dokumentale: From 14 to 19 October**, we warmly invite you to four extraordinary film screenings that will take place at our museum as part of the festival.

**27 September 2024 until
5 January 2025**

NEW GALLERY EXHIBITION: FORCED LABOUR IN THE DONBASS 1945 – A DIARY

"In the end, my grandfather didn't come back, but this diary did," sums up photographer Damian Michael Heinisch, who grew up in Poland and Germany and lives in Norway.

For his installation "1st-51st diary of Walter Heinisch (2021)", Damian Heinisch photographed his grandfather Walter Heinisch's diary from dawn to dusk in the light of the Norwegian sun.

Walter Heinisch documented his difficult fate as a forced labourer on densely written pages. Like him, around 400,000 German civilians were deported to the east of the Ukrainian Soviet Socialist Republic at the end of the Second World War as so-called "reparation labourers". The conditions in the Soviet labour camps were extremely harsh, with the result that only around half of those deported survived.

Seite A 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

herrschten härteste Bedingungen, so dass nur etwa die Hälfte der Betroffenen überlebte.

Fast achtzig Jahre später reiste sein Enkel Damian Heinisch in die Ukraine, um den Spuren seines Großvaters nachzugehen. Mit einer Plattenkamera machte er Farbbilder im historischen Autochrom-Verfahren.

Installation, Landschaftsporträts und historische Dokumente sind in der neuen Galerie-Ausstellung im ersten Obergeschoss bei uns im Dokumentationszentrum zu sehen.

EINTRITT FREI

Almost eighty years later, his grandson Damian Heinisch travelled to Ukraine to follow in his grandfather's footsteps. He used a plate camera to take colour photos using the historic autochrome process.

The new gallery exhibition on the first floor includes installations, landscape portraits and historical documents.

FREE ADMISSION

**Sonntag, 6. Oktober und Sonntag,
20. Oktober,
jeweils 14-15 Uhr**

KINDERKULTURMONAT: BILDERBUCHKINO

Seid Ihr bereit für ein besonderes Leseerlebnis? Gemeinsam reisen wir im Bilderbuchkino durch Geschichten, die vom Ankommen und von Freundschaften in der Fremde erzählen. Spielerisch lernen wir Krokodil und Hase, Vogel und Fuchs kennen und werden gemeinsam kreativ!

Am 6. Oktober lesen wir "Das Krokodil sucht eine neue Heimat" von Yoeri Slegers. Das Krokodil war glücklich. Es hatte ein gemütliches Zuhause, gutes Essen, eine Familie und viele Freunde – bis es plötzlich fliehen musste. Es hatte keine andere Wahl: Das Zuhause war nicht mehr sicher und das Land nicht mehr sonnig. Doch egal, wo es hinkam, niemand wollte es haben. Hungrig, durstig und erschöpft wird es unerwartet von Tieren aufgenommen, die so ganz anders sind als es selbst – und dennoch fühlt es sich zuhause. Vor allem dann, als es wieder mit seiner Familie vereint sein kann.

Am 20. Oktober lesen wir "Der Koffer" von Chris Naylor Ballesteros. Hase, Vogel und Fuchs treffen auf einen Fremden mit einem Koffer. Sie sind misstrauisch, doch als sie seinen Koffer öffnen, entdecken sie eine zerbrochene Tasse und ein Foto seines

**Sunday 6 October and Sunday 20
October, each 2-3 pm**

CHILDREN'S CULTURE MONTH: PICTURE BOOK CINEMA

Are you ready for a special reading experience? Together we will travel through stories that tell of arriving and making friends in a foreign country. We will playfully get to know Crocodile and Rabbit, Bird and Fox, and we will be creative together!

On 6 October we will read 'The Crocodile is Looking for a New Home' by Yoeri Slegers. The crocodile was happy. It had a cosy home, good food, a family and lots of friends – until it suddenly had to flee. It had no other choice: its home was no longer safe and the country was no longer sunny. But no matter where it went, nobody wanted it. Hungry, thirsty and exhausted, it is unexpectedly taken in by animals that are so very different from itself – and yet it feels at home. Especially when it can be reunited with its family.

On 20 October we read 'The Suitcase' by Chris Naylor Ballesteros. Rabbit, Bird and Fox meet a stranger with a suitcase. They are suspicious, but when they open his suitcase, they discover a broken cup and a photo of his home. Ashamed, they help the stranger and learn the meaning of tolerance and compassion. Together with Rabbit, Bird and Fox, you will experience the importance of

Seite A 37 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Zuhause. Beschämt helfen sie dem Fremden und lernen die Bedeutung von Toleranz und Mitgefühl. Zusammen mit Hase, Vogel und Fuchs erlebt Ihr, wie wichtig es ist, anderen offen und freundlich zu begegnen - und wie schön es ist, die Unterschiede zu feiern.

Altersempfehlung 4-10 Jahre

Für Kinder / nur in Begleitung eines Erwachsenen

EINTRITT FREI UND OHNE ANMELDUNG
In Kooperation mit Music Family Hub

Eine Veranstaltung im Rahmen des
KinderKulturMonats.

meeting others with an open mind and a friendly heart – and the joy of celebrating our differences.

Recommended for children aged 4-10

For children / only when accompanied by an adult

FREE ADMISSION AND WITHOUT
REGISTRATION

In cooperation with Music Family Hub

An event as part of the
Children'sCultureMonth.

Freitag, 25. Oktober, 14 Uhr bis Sonntag, 27.
Oktober, 15.30 Uhr

TAGUNG:
74. DEUTSCHER GENEALOGENTAG

Wollten Sie schon immer mehr über Ihre Familiengeschichte herausfinden? Bei uns können Sie damit beginnen: Der Deutsche Genealogentag wird alljährlich von der Deutschen Arbeitsgemeinschaft genealogischer Verbände e.V. (DAGV) ausgerichtet und findet dieses Jahr im Dokumentationszentrum statt.

Genealogische und heraldische Organisationen und Firmen nutzen die Gelegenheit, sich und ihre Dienstleistungen vorzustellen, Interessierte zu beraten und für die Familienforschung zu begeistern. Ein reichhaltiges Programm mit interessanten Vorträgen rundet die mehrtägige Veranstaltung ab.

Sprache: Deutsch

PROGRAMM

TICKETS

**Friday, 25 October, 2 pm until
Sunday, 27 October, 3.30 pm**

CONFERENCE:
**74th GERMAN GENEALOGY
DAY**

Have you always wanted to find out more about your family history? You can start with us: the German Genealogy Day is organised every year by the German Association of Genealogical Organisations (DAGV) and is taking place in the Documentation Centre this year.

Genealogical and heraldic organisations and companies take the opportunity to present themselves and their services, advise interested parties and inspire them to do family research. A comprehensive programme with interesting lectures rounds off the multi-day event.

Language: German

[PROGRAMME](#)

[TICKETS](#)

An event of the Deutsche Arbeitsgemeinschaft genealogischer Verbände e. V. (DAGV) in cooperation with the Documentation Centre for Displacement, Expulsion, Reconciliation

Seite A 38 zum AGOMWBW- Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Eine Veranstaltung der Deutschen
Arbeitsgemeinschaft genealogischer Verbände
e. V. (DAGV) in Kooperation mit dem
Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung,
Versöhnung

□

KOSTENLOS: FAMILIENFORSCHUNG FÜR ALLE – INFORMIEREN SIE SICH BEIM 74. DEUTSCHEN GENEALOGENTAG

Gemeinsam mit unserem Kooperationspartner
Deutsche Arbeitsgemeinschaft
genealogischer Verbände e.V. (DAGV) laden
wir Sie ein, beim 74. Deutschen
Genealogentag unter dem Motto „Flucht,
Vertreibung, Versöhnung“ an zahlreichen
Infoständen Antworten auf Ihre Fragen zu
erhalten.

Über 40 genealogische und heraldische
Organisationen und Anbieter beraten vom 25.
Oktober ab 14 Uhr bis zum 27.10.2024 um 14
Uhr im Dokumentationszentrum zu allen
Aspekten der Familienforschung. Eine Liste
der Aussteller finden Sie [hier](#). Eine
Anmeldung ist nicht erforderlich.

Am 25. Oktober um 16.45 Uhr bieten wir
überdies eine kostenlose Führung durch
unser Zeitzeugenarchiv und Magazin an, am
25. Oktober um 13 Uhr und am 27. Oktober
um 11.30 Uhr durch unsere Ständige
Ausstellung. Der Lesesaal und das
Zeitzeugenarchiv im ersten Obergeschoss
sind während des Genealogentages geöffnet,
auch hier beraten wir Sie gerne.

Sprache: Deutsch

EINTRITT FREI UND OHNE ANMELDUNG

Eine Veranstaltung der Deutschen
Arbeitsgemeinschaft genealogischer
Verbände e. V. (DAGV) in Kooperation mit
dem Dokumentationszentrum Flucht,
Vertreibung, Versöhnung.

FREE OF CHARGE: FAMILY RESEARCH FOR EVERYONE – GET INFORMATION AT THE 74TH GERMAN GENEALOGY DAY

Together with our cooperation partner
Deutsche Arbeitsgemeinschaft
genealogischer Verbände e.V. (DAGV), we
invite you to visit the 74th German
Genealogical Day and find answers to your
questions at numerous information stands
under the motto 'Displacement, Expulsion,
Reconciliation'.

Over 40 genealogical and heraldic
organisations and providers will be on hand
at the documentation centre from 2 p.m. on
25 October to 2 p.m. on 27 October 2024 to
answer your questions on all aspects of
genealogy. You can find a list of exhibitors
[here](#). Advance registration is not required.

On 25 October at 4.45 pm, we will also be
offering a free tour of our testimony archive
and magazine, and on 25 October at 1 pm
and 27 October at 11.30 am of our
permanent exhibition. The reading room and
testimony archive on the first floor will be
open during the Genealogists' Day, and we
will be happy to advise you here too.

Language: German

**FREE ADMISSION AND WITHOUT
REGISTRATION**

An event of the Deutsche
Arbeitsgemeinschaft genealogischer
Verbände e. V. (DAGV) in cooperation with
the Documentation Centre for Displacement,
Expulsion, Reconciliation.

**Seite A 39 zum AGOMWBW-
Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024**

Montag, 14. Oktober bis Sonntag,
19. Oktober

**DOKUMENTALE:
BERLINS NEUES
DOKUMENTARISCHES FESTIVAL**

Die im Rahmen der Dokumentale
präsentierten Dokumentarfilme sowie
international ausgezeichneten
Medienprojekte, immersiven VR-
Erlebnisse sowie Lesungen aus
Sachbüchern greifen aktuelle
Themen unserer Gesellschaft auf
und beleuchten neue Perspektiven.
Damit bietet die Dokumentale ein
einzigartiges Festival-Erlebnis mit
viel Platz für Austausch.

Vom 14. bis 19. Oktober laden wir
Sie herzlich zu vier
außergewöhnlichen
Filmvorführungen ein, die im
Rahmen dieses Festivals bei uns
stattfinden werden.

My Father's Diaries
Ado Hasanović / Italien, Frankreich /
2024 / 93 Min. / Sprache: OmeU
Mehr Informationen finden Sie hier.

Immortals
Maja Tschumi / Schweiz, Irak / 2024
/
94 Min. / Sprache: OmeU
Mehr Informationen finden Sie hier.

Kreis der Wahrheit
Robert Hofferer / Österreich / 2023 /
80 Min. / Sprache: OmeU
Mehr Informationen finden Sie hier.

Draw for Change
Belgien, Frankreich, Deutschland,
Luxemburg, Niederlande, USA /
2023 /
70 Min. / Sprache: OmeU
Mehr Informationen finden Sie hier.

Monday, 14 October until Sunday, 19
October

**DOKUMENTALE:
BERLIN'S NEW
DOCUMENTARY FESTIVAL**

The documentaries presented at Dokumentale,
as well as internationally acclaimed media
projects, immersive VR experiences and readings
from non-fiction books, take up current topics in
our society and shed light on new perspectives.
The Dokumentale offers a unique festival
experience with plenty of space for discussion.

From **14 to 19 October**, we warmly invite you to
four extraordinary film screenings that will take
place at our festival.

My Father's Diaries
Ado Hasanović / Italy, France / 2024 /
93 min / Language: Original with English
subtitles
You will find more information [here](#).

Immortals
Maja Tschumi / Switzerland, Iraq / 2024 /
94 min / Language: Original with English
subtitles
You will find more information [here](#).

Circle of Truth
Robert Hofferer / Austria / 2023 / 80 min /
Language: Original with English subtitles
You will find more information [here](#).

Draw for Change
Belgium, France, Germany, Luxembourg,
Netherlands, USA / 2023 / 70 min / Language:
Original with English subtitles
You will find more information [here](#).

TICKETS

A series of events by Dokumentale / The Good
Media Network in cooperation with the
Documentation Centre for Displacement,
Expulsion, Reconciliation.

**Seite A 40 zum AGOMWBW-
Rundbrief Nr. 852 vom
03.10.2024**

TICKETS

Eine Veranstaltungsreihe der
Dokumentale / The Good Media
Network in Kooperation mit dem
Dokumentationszentrum Flucht,
Vertreibung, Versöhnung.

**Dienstag, 22. Oktober bis Freitag 25.
Oktober, jeweils 10-14.30 Uhr
MUSIK VERBINDET –
WORKSHOP FÜR KINDER IN
DEN HERBSTFERIEN**

Musik verbindet und gibt Kraft! Das erleben wir im Ferienworkshop im Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Gemeinsam erkunden wir die Ständige Ausstellung auf der Suche nach Musik und Verbundenheit und werden kreativ – wir spielen unterschiedliche Instrumente aus aller Welt und probieren uns im Songwriting und Tanzen. Ob ein eigener Song oder eine Tanzchoreografie; in diesem Ferienworkshop stehen Musik, Tanz und Spaß im Vordergrund.

Altersempfehlung 6-12 Jahre

Sprachen: Der Workshop findet auf Deutsch, Russisch, Arabisch und Englisch statt.

EINTRITT FREI MIT [ANMELDUNG](#)

In Kooperation mit Music Family Hub

Wir bitten Sie, dem von Ihnen angemeldeten Kind für die Workshoptage jeweils eine Verpflegung mitzugeben.

**Tuesday, 22 October until Friday, 25
October, each 10 am to 2.30 pm**

**MUSIC UNITES –
WORKSHOP FOR CHILDREN
DURING THE AUTUMN
HOLIDAYS**

Music connects and gives strength! This is what we experience in the holiday workshop at the Documentation Centre for Displacement, Expulsion, Reconciliation. Together we explore the permanent exhibition in search of music and solidarity and get creative – we play different instruments from all over the world and try our hand at songwriting and dancing. Whether it's your own song or a dance choreography, this holiday workshop is all about music, dance and fun.

Recommended for children aged 6-12

Languages: The workshop will be held in German, Russian, Arabic and English.

FREE ADMISSION WITH [REGISTRATION](#)

In cooperation with Music Family Hub

We kindly ask you to provide your registered child with something to eat for the days of the workshop.

Seite A 41 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Stresemannstraße 90, 10963 Berlin
T +49 30 206 29 98-0
info@f-v-v.de
flucht-vertreibung-versoehnung.de

ABMELDEN | UNSUBSCRIBE

© 2024 Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Bildnachweise: Heinisch | Grubb | DAGV e.V. | DAGV e.V. | Dokumentale | Gru

04) Georg Dehio-Buchpreis 2024.

Feierliche Preisverleihung an die Schriftstellerin Ulrike Draesner und an die Autorin Karolina Kuszyk mit ihrem Übersetzer Bernhard Hartmann.
Teilnahme nur nach Anmeldung

Donnerstag, den 10. Oktober 2024, 19:00 Uhr

Eintritt frei, Teilnahme nur nach
Anmeldung



Staatsbibliothek zu Berlin – Simón-Bolívar-Saal
Potsdamer Str. 33, 10785 Berlin, Deutschland



Das Deutsche Kulturforum östliches Europa e. V. in Potsdam vergibt 2024 zum elften Mal den Georg Dehio-Buchpreis. Mit dieser von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Claudia Roth, dotierten Auszeichnung werden Autorinnen und Autoren geehrt, die sich in ihren Werken fundiert und differenziert mit den Traditionen und Wechselbeziehungen deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa

Seite A 43 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

auseinandersetzen. Der Georg Dehio-Buchpreis ist aufgeteilt in einen Hauptpreis für ein publizistisches bzw. literarisches Gesamtwerk und einen Förderpreis für eine herausragende Publikation.

Der **Hauptpreis** würdigt das literarische Gesamtwerk der Schriftstellerin **Ulrike Draesner**.

Der **Förderpreis** wird der Autorin **Karolina Kuszyk** mit ihrem Übersetzer **Bernhard Hartmann** für ihr Buch *In den Häusern der anderen. Spuren deutscher Vergangenheit in Westpolen* verliehen.

Programm

Musikalisches Vorspiel

Georg Philipp Telemann
Fantasia X in D-Dur für Violine solo

Begrüßung

- Dr. Harald Roth, Direktor des Deutschen Kulturforums östliches Europa

Grußwort

- Maria Bering, Abteilungsleiterin bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Überreichung der Preise

Musikalisches Zwischenspiel

Nicola Mathheis d. J.
Fantasia in C-Moll für Violine solo

Laudatio für Ulrike Draesner

- Monika Wolting, Germanistin, Universität Breslau/Wrocław

Laudatio für Karolina Kuszyk und Bernhard Hartmann

- Andreas Kossert, Autor und Historiker, Berlin

Musikalischer Ausklang

Georg Philipp Telemann
Fantasia VII in Es-Dur für Violine solo

Empfang

Musikalische Gestaltung:
Mikołaj Zgółka, Violine Posen/Poznan

Seite A 44 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Anmeldung

Bitte melden Sie sich an, eine Teilnahme ist nur nach bestätigter Anmeldung möglich:
E-Mail: [deutsches\[at\]kulturforum.info](mailto:deutsches[at]kulturforum.info)



Weitere Informationen zu den diesjährigen Preisträgern

[Georg Dehio-Buchpreis 2024](#)

für Ulrike Draesner, Karolina Kuszyk und Bernhard Hartmann

Der Georg Dehio-Buchpreis des Deutschen Kulturforums östliches Europa geht in diesem Jahr an die Schriftstellerin Ulrike Draesner (Hauptpreis für ihr literarisches Gesamtwerk) und an die Autorin Karolina Kuszyk mit ihrem Übersetzer Bernhard Hartmann (Förderpreis für das Buch »In den Häusern der anderen. Spuren deutscher Vergangenheit in Westpolen«)

Begleitveranstaltungen

Weitere Informationen folgen.

Eine Veranstaltung des Deutschen Kulturforums östliches Europa

Das Kulturforum wird gefördert von der [Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien](#)

05) Das Schloß.

Ein Film von Michael Haneke in der Reihe »Kafka im Kino«



Ulrich Mühle als Landvermesser K. und Susanne Lothar als Frieda.

Foto: © [weqa Filmproduktionsges.m.b.h](http://weqa.filmproduktionsges.m.b.h)

Sonntag, 13. Oktober 2024, 15:30 Uhr

8,- Euro | ermäßigt 5,- Euro

**BUNDESPLATZ
KINOCAFÉ**

Bundesplatz-Kino Berlin

Bundesplatz 14, 10715 Berlin, Deutschland

Seite A 46 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Der Versuch des Landvermessers K. ins Schloss zu gelangen, schlägt ebenso fehl wie sein Versuch, sich in der zum Schloss gehörenden Dorfgemeinde anzusiedeln. Je mehr K. sich bemüht, desto weiter entfernt er sich vom Ziel. Die Bürokratie des Schlosses verhindert in ihrer Undurchdringlichkeit und Willkür jede Klärung seiner gesellschaftlichen wie existentiellen Situation. K. bleibt schlussendlich, was er am Tag seiner Ankunft war: ein – im günstigsten Fall – geduldeter Fremder.

Der mehrfach ausgezeichnete Film wurde von der Kritik für seine Erfassung des Kerns kafkaesker Situationen gelobt, die »glasklar und mysteriös zugleich« seien; ihm wurde ein zu Kafkas Werk passender »kühl authentisch-realistischer Touch und eine klaustrophobische Enge« attestiert (*Filmstarts*). Der *Filmdienst* urteilte: »Intensive Verfilmung des Romans von Franz Kafka, die den Schwerpunkt auf die zunehmende Resignation und Vereinsamung der – von Ulrich Mühe eindringlich gespielten – Hauptfigur legt. Die angestrebte Werktreue erfährt durch eine Erzählerstimme Unterstützung, die Stellen aus Kafkas Text vorliest und zum Filmgeschehen in ein Spannungsverhältnis setzt.« Auf *kino.de* wird eine »kongeniale Verwandtschaft« zwischen Haneke und Kafka festgestellt: »Mit eisigen, nachtschweren Bildern verwandelt Haneke Kafkas letzten Roman in eine kalte Utopie der Vergeblichkeit, deren unerbittliche Mechanik nur durch die sonore Erzählstimme Udo Samels gemildert« werde.

Begrüßung und Einführung

Dina Wimmer, Österreichisches Kulturforum Berlin

Das Schloss

Österreich 1997, 123 Minuten

Buch und Regie

Michael Haneke, nach dem gleichnamigen Romanfragment von Franz Kafka

Kamera

Jiří Štíbr

Schnitt

Andreas Prochaska

Original-Ton

Marc Parisotto

Produzent

Veit Heiduschka

Kostümbild

Lisy Christl

Szenenbild

Christoph Kanter

Besetzung

Ulrich Mühe: Landvermesser K.

Susanne Lothar: Frieda

Frank Giering: Artur

Felix Eitner: Jeremias

Seite A 47 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Nikolaus Paryla: Vorsteher
Inga Busch: Amalia
André Eisermann: Barnabas
Dörte Lyssewski: Olga
Norbert Schwientek: Bürgel
Hans Diehl: Erlanger
Birgit Linauer: Pepi
Branko Samarovski: Herrenhofwirt
Ortrud Beginnen: Brückenwirtin
Otto Grünmandl: Brückenwirt
Johannes Silberschneider: Lehrer
Paulus Manker: Momus
Martin Brambach: Schwarzer
Wolfram Berger: Gerstäcker
Conradin Blum: Hans
Monica Bleibtreu: Lehrerin
Udo Samel: Erzähler

Produktionsleitung

Michael Katz

- 06)** »Unsere Anderen« – Geschichten ukrainischer Vielfalt
Lesung und Gespräch mit Olesya Yaremchuk und Marcin Wiatr.
Teilnahme auch über Youtube oder Facebook möglich

Datum Dienstag, den 15. Oktober 2024

Zeit 18:00 Uhr

Eintritt frei

Barrierefrei Nein



Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften

Majakowskiring 47, 13156 Berlin, Deutschland



Marcin Wiatr und Olesya Yaremchuk. *Fotos: privat | © Kinowelt GmbH*



Armenier im Dorf Kuty, Deutsche, Ungarn und Slowaken in Transkarpatien, Schweden im Oblast Cherson, Roma, Turk-Mescheten und Griechen in Donezk, Gagausen, Bulgaren und Albaner in Bessarabien – alles begann in der Joseph-Roth-Stadt Brody. Dort traf die aus Lemberg/Lwiw stammende Journalistin **Olesya Yaremchuk** die letzte Jüdin, Sofia Poliner. Aus diesem Gespräch und zahlreichen weiteren Besuchen und Interviews entstand ihr Buch [Unsere Anderen. Geschichten ukrainischer Vielfalt](#). Sie wird von ihren Reisen in die verschiedenen ukrainischen Landesteile berichten und Auszüge aus ihren Interviews lesen. Olesya Yaremchuk:

»Ich nehme einfach die Geschichten der Menschen auf und erzähle weiter von der vielfältigen Ukraine – auch wenn unsere ethnische Landschaft durch den brutalen Krieg Russlands gegen die Ukraine zerstört wird.«



Seite A 50 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Außerdem wird der Historiker und Germanist **Marcin Wiatr**, Autor des [Literarischen Reiseführers Galizien – unterwegs in Polen und der Ukraine](#), aus der spezifisch galizischen Vielfalt einige historische Lektionen für die europäische Gegenwart beisteuern. Marcin Wiatr:



»Der Mythos Galizien verspricht fruchtbare Impulse für Perspektivenwechsel, dialogisches Erinnern und grenzüberschreitende Identitätsstiftung. Die Literatur als fester Bestandteil dieses Mythos bietet die Möglichkeit, die fortwirkenden Spuren dieser polyglotten und multikonfessionellen Kulturlandschaft bewusst zu machen.«

Beide Bücher sind bei den Veranstaltungen erhältlich.

Moderation: Ariane Afsari, Deutsches Kulturforum östliches Europa.

Es wird die Möglichkeit geben, via Youtube und Facebook an der Veranstaltung teilzunehmen.

Weitere Informationen dazu folgen.

Eine Veranstaltung des  Deutsches Kulturforums östliches Europa in Zusammenarbeit mit dem  [Zentrum für historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften](#)

Das Kulturforum wird gefördert von der  [Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien](#).

07) Amerika. Ein Film von Vladimír Michálek in der Reihe »Kafka im Kino«. Anschließend Gespräch mit dem Regisseur

Datum So, 20.10.2024

Zeit 15:30 Uhr

Eintritt 8,00€

Barrierefrei Ja

**BUNDESPLATZ
KINOCAFÉ**

Bundesplatz-Kino Berlin

Bundesplatz 14, 10715 Berlin, Deutschland



Szene aus *Amerika*, CZ 1994, mit (v.l.) Tomáš Vorel, Jaroslava Rytichová und Martin Dejdar

Ein junger Mann aus Böhmen kommt Anfang des 20. Jahrhunderts nach Amerika, das Land der großen Hoffnungen und bitteren Enttäuschungen. Sein Onkel, der reichste Mann des Landes, nimmt den Neffen wie einen Sohn an – verlangt im Gegenzug jedoch totale Unterordnung. Unter den harten Bedingungen und weit entfernt vom idyllischen Europa, kann der junge Mann nicht bestehen. Er wird von seinem Onkel harsch und unerwartet zurückgewiesen und zu einem Ausgestoßenen ohne Zukunft ...

Die einzige tschechische Kafka-Adaption in Spielfilmlänge macht aus Kafkas unvollendetem Roman *Der Verschollene*, der zwischen 1911 und 1914 entstand und von Max Brod 1972 unter dem Titel *Amerika* herausgegeben wurde, eine reiche Bild- und Klangcollage, die künstlerisch an die Filmklassiker von Karel Zeman erinnert. Für die düstere Geschichte eines jungen Mannes, der vergeblich nach einem Platz in einer streng geordneten Gesellschaft sucht, findet Regisseur Michálek ein neues Ende.

Vor dem Film Einführung durch **Christina Frankenberg**, Tschechisches Zentrum Berlin

Amerika

Tschechische Republik 1994, 90 Minuten, tschechisches Original mit englischen Untertiteln

Regie

Vladimír Michálek

Drehbuch

Vladimír Michálek & Martin Duba nach dem Romanfragment von Franz Kafka

Kamera

Martin Duba

Musik

Michal Dvořák
David Koller

Schnitt

Jiří Brožek

Ton

Michal Dvořák
Radim Hladík d. J.

Kulissenbau

Jindřich Goetz

Maske

Jiří Budín
Tamara Koubová

Kostüme

Monika Drápalová
Petra Jáchimová
Věra Linhartová

Besetzung

Martin Dejdar
Jiří Lábus
Jaroslava Rytychová
Kateřina Kozáková-Bílková
Jiří Schmitzer
Oldřich Kaiser
Pavel Landovský
Libuše Tomanová
Tomáš Vorel st.
Pavel Nový
Milan Riehs
Jan Schmid
Petr Vacek
Václav Marhoul

Produktion

Jaroslav Bouček

08) Mit Kunst zu Kant.

Ein Film von Anke Kältür. Mit Vortrag und Gespräch

Datum So, 27.10.2024

Zeit 11:00 Uhr

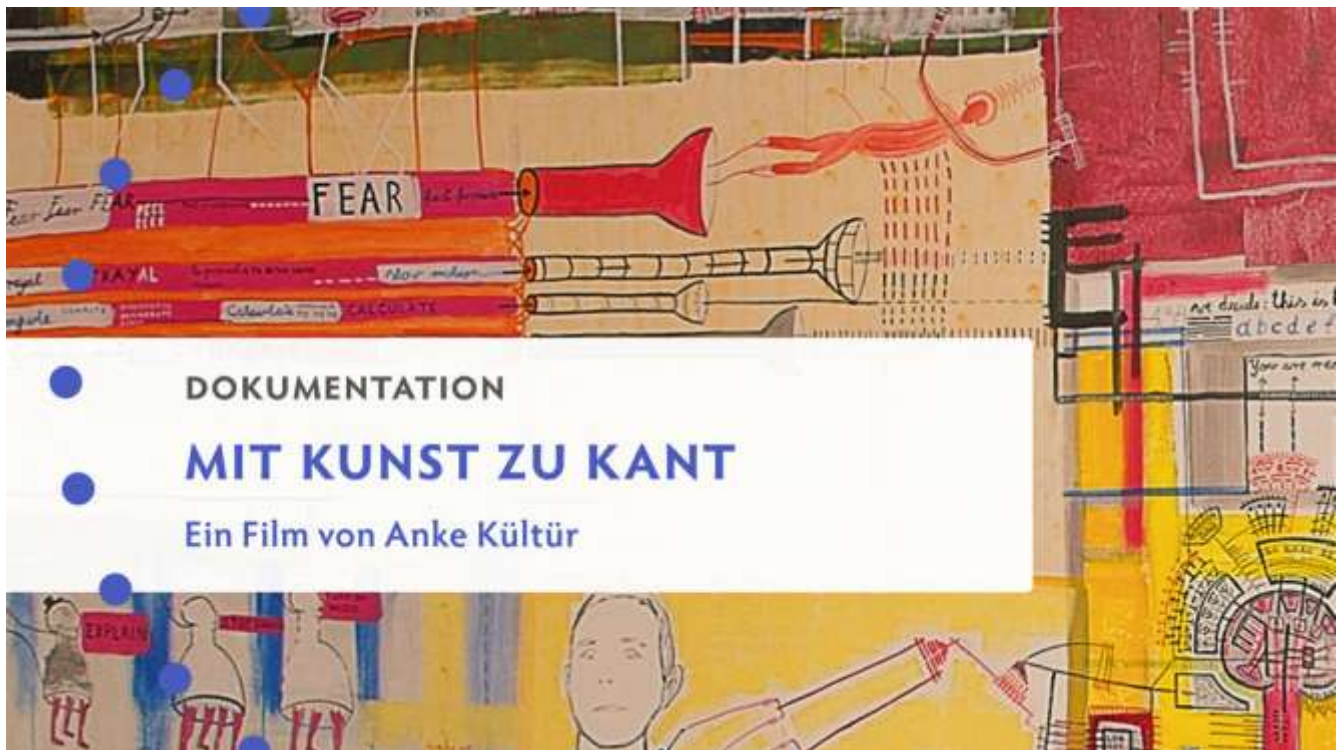
Eintritt 7,- Euro

Barrierefrei Ja

**BUNDESPLATZ
KINOCAFÉ**

Bundesplatz-Kino Berlin

Bundesplatz 14, 10715 Berlin, Deutschland



Thumbnail mit einem Ausschnitt aus dem Werk *Immanuel Kant on Facebook* von Leo Katunarić Kadele. 2002, Acryl auf Leinwand

2024 wird weltweit an den 300. Geburtstag des Königsberger Philosophen Immanuel Kant (1724-1804) erinnert. Im Film *Mit Kunst zu Kant* wählt Regisseurin Anke Kältür einen ungewöhnlichen und ganz persönlichen Zugang zu Kant und seinem Werk: Sie besucht internationale Künstlerinnen und Künstler in ihren Ateliers oder lässt sich ihre Werke in der Ausstellung der Bundeskunsthalle zum Kant-Jubiläum von Kuratorin Agnieszka Lulinska zeigen. Dabei geht sie der Frage nach, warum die Künstlerinnen und Künstler sich in ihren

Seite A 54 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Gemälden, Zeichnungen, Installationen, Mikrogrammen oder Performances mit Kant beschäftigen. Was hat sie jeweils fasziniert – seine Person, ein bestimmtes Werk wie die Kritik der reinen Vernunft oder die Schrift Zum ewigen Frieden?

Vorgestellt werden Werke von Leo Katunarić Kadele, Zagreb/Kroatien, Werner Horvath, Linz/Österreich, Philipp Goldbach, Köln, Ralf Peters, Köln, Alevtina Kakhidze, Kyiv/Ukraine, und Anselm Kiefer, Paris. Die große Aktualität für unsere heutige Zeit und das vielfältige Spektrum von Kants Themen macht auch der Philosoph Marcus Willaschek in seinen Ausführungen über Kants Philosophie deutlich.

Ein Film, der neugierig macht, mehr über moderne Kunst und den Philosophen Kant zu erfahren!

Programm

Begrüßung

- **Prof. Dr. Mathias Weber**, Direktor, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa
- **Marianne Motherby**, stellv. Vorsitzende, FREUNDE KANTS UND KÖNIGSBERGS e. V.

Einführung

- **Maria Luft**, wiss. Mitarbeiterin, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa

Filmvorführung

Mit Kunst zu Kant

Regie: Anke Kültür, D 2024, ca. 26 Min.

Kamera: Cengiz Kültür

Ton & Drohne: David Koj

Editor: Hagen Schöne

Mischung: Frank Buermann

Musik: André Feldhaus, KUT - Burn

Equipment: 724film

anschließend

Gesprächsrunde

- **Anke Kültür**, Regisseurin (Bremen)
- **Leo Katunarić Kadele**, Künstler (Zagreb)
- **Dr. Agnieszka Lulińska**, Kuratorin (Bonn)
- *Moderation:* Dr. **Ingeborg Szöllösi**, wiss. Mitarbeiterin, Deutsches Kulturforum östliches Europa (Potsdam)

Eintrittskarten

Kinokarten können im Vorfeld beim Bundesplatzkino Berlin reserviert werden:

T.: +49 (0)30 85406085

Online: www.bundesplatz-kino.de

Seite A 55 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Der Film entstand im Auftrag des  [Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa – BKGE](#) und des Vereins  [Freunde Kants und Königsbergs e.V.](#) in Kooperation mit dem  [Deutschen Kulturforum östliches Europa](#) und mit freundlicher Unterstützung der [Karin und Uwe Hollweg-Stiftung](#).

Projektkoordination: Maria Luft (BKGE), auf der Basis des Projekts [Immanuel Kant in Werken der modernen Kunst](#) von Matthias Weber und der Publikation [Immanuel Kant 1724 – 2024. Ein europäischer Denker](#)



Eine Veranstaltung des  [Deutschen Kulturforums östliches Europa](#) im Rahmen seines [Jahresthemas 2024: Kant & Königsberg](#)

Das Kulturforum wird gefördert von der  [Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien](#).



Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner

Gerhart-Hauptmann-Straße 1–2

15537 Erkner

Fon +49 (0)3362 3663

Fax +49 (0)3362 70 00 141

info@hauptmannmuseum.de

Öffnungszeiten

Dienstag bis Sonntag 11.00 – 17.00 Uhr

Eintritt

Erwachsene: 2 € pro Person

Schüler, Studenten: 1,50 Euro

Führungen: 10 €

Adresse

Gerhart-Hauptmann-Str. 1–2

D-15537 Erkner

Das Museum wird in den nächsten drei Jahren umgestaltet.

Auch wenn wir uns in dieser Zeit mit keiner Ausstellung zu Gerhart Hauptmann präsentieren können, wollen wir trotzdem für Sie da sein, und **ab April eine Auswahl von Veranstaltungen** anbieten, die entweder im Bürgersaal des Rathauses oder in der Genezarethkirche stattfinden. Die Tickets dafür können Sie, wie gewohnt, bei uns kaufen.

Wir arbeiten im Hintergrund an der Konzeption der neuen Museumsausstellung und setzen unsere Publikationsreihe fort. Schauen Sie in nächster Zeit einfach öfter auf diese Internetseite, um über unsere Angebote informiert zu sein.

<https://www.hauptmannmuseum.de/veranstaltungen>

Vorerst finden unsere Veranstaltungen weiterhin statt.

Die Museumsverwaltung befindet sich zurzeit in der **Friedrichstraße 67 (gegenüber dem Rathaus)**. Hier können Sie zu den **Geschäftszeiten Mo – Fr von 10 – 15 Uhr sowie mittwochs bis 17 Uhr die Eintrittskarten für unsere Veranstaltungen in Erkner** (Bürgersaal, Heimatmuseum, Genezarethkirche) erwerben.

Wir sind weiterhin unter der Telefonnummer +49 3362 3663 zu erreichen.

**09) Der Biberpelz. Eine Diebskomödie von Gerhart Hauptmann. ■
Szenische Lesung**



Donnerstag, 14. November 2024, 19:00 Uhr
Im Bürgersaal / Rathaus

Der Biberpelz ist Gerhart Hauptmanns meist gespielte Komödie in den Theatern des deutschsprachigen Raums. Die Geschichte von Mutter Wolffen, die sich gewitzt mit ihren Diebstählen und Betrügereien durchs Leben schlägt, ist eng mit der Geschichte von Erkner verbunden. Für sämtliche Figuren hatte Hauptmann sein Vorbild in Erkner gefunden.

Schauspieler: **Nadine Aßmann, Jürgen Bierfreund, Ute Falkenau, Ines Venus Heinrich, Steffen Melies, Henry Nandzik, Udo Schneider, Gabriele Streichhahn-Schott, Asuka Tovazzi, Conrad Waligura** und **Falk-Willy Wild**

Künstlerische Leitung: **Peter Fabers** und **Wolfgang Seppelt**

Eintritt: 7 €



utp@utp.berlin

fleck.boguslaw@utp.berlin | mobil: +49 176 83 17 16 09

hanna.jakob@utp.berlin

barbara.czechmeszynska-skowron@utp.berlin

www.UTP.berlin

HU, Unter der Linden 6, freitags um 18:00 Uhr



10) Deutsche und polnische Fotografie – Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Vortrag von Dr. hab. Marek Herbiak, Akademie der Bildenden Künste,
Fotografie-Abteilung, Łódź

Freitag, 11. Oktober 2024, 18:00 Uhr

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

Mit dem September-Vortrag starten wir ins neue Semester, das unter dem Motto „Realismus“ steht. Wir sind der Meinung,

dass dieses Thema viele interessante Aspekte enthält, was es uns ermöglicht, Referenten aus verschiedenen Lebensbereichen einzuladen. Wir hoffen, damit auch Ihre Erwartungen zu erfüllen. wir laden Sie zu einem weiteren Vortrag in dem Hörsaal der Humboldt-Universität, Unter der Linden 6

ein. **Am 11.10.2024 um 19.00** Uhr in Raum 2094.

Mit Simultanübersetzung ins Deutsche. Im Anschluss an den Vortrag findet traditionell ein informelles Gespräch mit dem Publikum statt.

Unsere Gastredner wird **Dr. Marek Herbiak** sein.

Marek Herbig

Habilitierter Doktor, Künstler und Pädagoge. Absolvent des Staatlichen Kunstgymnasiums und der Akademie der Bildenden Künste in Łódź. Seit 2001 als Assistent im Fachbereich für Grundlegende Grafik an seiner Alma Mater tätig. Seit 2012 leitet er das Studio für Werbefotografie als Professor an der Akademie der Bildenden Künste im Studiengang Fotografie und Multimedia. Er beschäftigt sich mit Fotografie, Grafik und Neuen Medien. Er hat über 100 Ausstellungen im In- und Ausland durchgeführt.

Finalist internationaler Wettbewerbe, unter anderem:

- 2024 – 2. Kunstbiennale in Tarnów, Polen
- 2024 – 10. Internationaler Salon „Stillleben in der Fotografie“, Częstochowa, Polen
- 2023 – 18. Internationales Triennale der Kleinen Grafiken, Łódź, Polen
- 2023 – Internationale Fotoausstellung „Selbstporträt im Quadrat“, Łódźer Fotografische Gesellschaft, Polen
- 2022 – 7. Internationales Triennale der Grafik, Gdańsk, Polen
- 2018 – Internationales Mini-Print Triennale 2018, Japan
- 2022 – International Print Biennial, Taiwan
- 2017 – VII. Guanlan International Print Biennale, Guanlan, China
- 2016 – IX. Internationales Biennale der Miniatur, Częstochowa, Polen
- 2012 – III. Internationales Biennale der Digitalgrafik, Gdynia, Polen
- 2008 – I. Internationales Biennale der Digitalgrafik, Gdynia, Polen
- 2006 – Internationales Triennale der Grafik, Krakau, Polen

Preisträger:

- 2024 – Silbermedaille beim 10. Internationalen Salon „Stillleben in der Fotografie“, Częstochowa
- 2021 – Medaille „Zasłużony Kulturze – Gloria Artis“
- 2020 – Stipendium des Ministeriums für Kultur und Nationales Erbe

Mitgliedschaften und Zugehörigkeiten:

- Seit 2024 – Stellvertretender Vorsitzender der Abteilung für Kunst und Kunstwissenschaften der Łódźer Wissenschaftsgesellschaft
- Seit 2020 – Mitglied der Internationalen Triennale für Grafik in Krakau
- Seit 2016 – Vizepräsident der Lografia-Vereinigung – Internationale Triennale für Grafik in Łódź

Vorträge:

- 2024 – Vortrag zum Thema „Künstliche Intelligenz angesichts des Bewusstseins der Endlichkeit“, Wissenschaftskonferenz „Homo Sapiens Angesichts der Technologie von Morgen“, Łódź
- 2017 – Vortrag zum Thema „Ausgewählte Bildgebungsformen“ in der Łódźer Wissenschaftsgesellschaft
- 2017 – Vortrag zum Thema „Variabilität des Kanons in der Kunst“ während der India-Soft-Konferenz in Hyderabad, Indien
- 2012 – Vortrag zum Thema „Image“ an der Hochschule der Medien in Stuttgart, Gastprofessor
- 2010 – Vortrag bei der Konferenz im Internationalen Zentrum für Grafische Kunst KAUS, Italien

Thema: Deutsche und polnische Fotografie – Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Der Vortrag widmet sich dem Vergleich der deutschen und polnischen Fotografie und zielt darauf ab, sowohl gemeinsame Elemente als auch Unterschiede aufzuzeigen, die aus unterschiedlichen historischen, kulturellen und sozialen Kontexten resultieren.

Im ersten Teil konzentrieren wir uns auf Gemeinsamkeiten wie die Dokumentation historischer Ereignisse und gesellschaftlicher Veränderungen, die Rolle der künstlerischen Fotografie sowie die internationale Zusammenarbeit von Fotografen beider Länder. Es werden Schlüsselpersonen vorgestellt, deren Arbeiten diese Gemeinsamkeiten veranschaulichen.

Der zweite Teil des Vortrags behandelt Unterschiede, die sich aus verschiedenen historischen Erfahrungen ergeben, wie den Auswirkungen der Weltkriege, der Wiedervereinigung Deutschlands oder des

Seite A 60 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Systemwandels in Polen. Wir analysieren auch Unterschiede in der Ästhetik und im Stil, indem wir den Einfluss der deutschen Fotoschulen (z.B. Bauhaus) mit den Traditionen der polnischen künstlerischen Fotografie vergleichen.

Der Vortrag endet mit Beispielen von Fotografen wie August Sander, Bernd und Hilla Becher sowie Andreas Gursky aus Deutschland und Zofia Rydet, Edward Hartwig und Ryszard Horowitz aus Polen, deren Werke die behandelten Themen vollständig illustrieren.

Das Ziel des Vortrags ist es, zu zeigen, wie sich die Fotografie in beiden Ländern im Laufe der Jahre unter dem Einfluss ähnlicher, aber auch sehr unterschiedlicher Herausforderungen entwickelt hat, was zur Entstehung einzigartiger Stile führte und gleichzeitig eine fruchtbare Zusammenarbeit in der zeitgenössischen Kunstwelt ermöglichte.

Moderation: Dr. habil. Brygitta Helbig

Mit herzlichen Grüßen,

Der Programmbeirat der UDG

Mit herzlichen Grüßen,
Der Programmbeirat der UDG
Gefördert durch:





Landesgeschichtliche Vereinigung
für die Mark Brandenburg e.V.
(gegr. 1884)

Dr. Peter Bahl
Landesgeschichtliche Vereinigung
für die Mark Brandenburg e.V.
- Vorsitzender -
Gurlittstraße. 5
12169 Berlin
Tel. (030) 753 99 98
bahl_peter@yahoo.de
www.geschichte-brandenburg.de
Bibliothekskatalog: <https://lqv.vufind.net/lqv/>
Spenden zur Unterstützung unserer Arbeit erbitten wir auf unser Konto
bei der Postbank Berlin (IBAN = DE24 1001 0010 0045 7101 09, BIC = PBNKDEFF).

11) Fontane und die mittelalterliche Architektur in der Mark Brandenburg

Donnerstag, 10. Oktober 2024 19:00 - 21:00 Uhr

Berliner Stadtbibliothek - Kleiner Säulensaal Breite Str. 36, *Berlin*

Vortrag: Dirk Schumann M.A. (Berlin). Treffen: Donnerstag, 10. Oktober 2024, 19.00 Uhr im Kleinen Säulensaal der Berliner Stadtbibliothek, Breite Straße 36, Berlin-Mitte Mit wachem Blick für alles Vergangene, was die Mark interessant macht, berichtet Theodor Fontane auch immer wieder über die historische Architektur der Mark Brandenburg und verbindet ihre Bauten mit ganz konkreten Geschichten. Auf [...]

12) Die ehemalige Lungenheilstätte Grabowsee

Sonnabend, 12. Oktober 2024 14:45 - 17:00 Uhr

Lungenheilstätte Grabowsee Malzer Weg, Oranienburg

Führung: Prof. Dr. Andreas Jüttemann (Medizinische Hochschule Brandenburg). Treffen: Sonnabend, 12. Oktober 2024, 14.45 Uhr, Bushaltestelle Malz, Grabowsee Fähre. ÖPNV: Mit der S1 oder dem RE5 bis Oranienburg. Weiter mit Bus 804, Abfahrt 14.23 Uhr, Ankunft 14.42 Uhr. Rückfahrt 16.42 Uhr ab Grabowsee Fähre. Der Bus verkehrt nur im 2-Stunden-Takt, achten Sie bitte auf genügend [...]

13) Mehr als Schinkel, Fontane und Gutz

Sonnabend, 19. Oktober 2024 10:25 - 17:30 Uhr

Neuruppin Rheinsberger Tor

Erkundungen in Neuruppin Treffen: Sonnabend, 19. Oktober 2024, 10.25 Uhr Bhf. Neuruppin Rheinsberger Tor. Anreise: mit RE 3606 nach Wittenberge, 9.12 Uhr ab Berlin-Charlottenburg, 9.21 Uhr ab Berlin-Spandau). Rückfahrt: 17.28 Uhr ab Neuruppin

Seite A 62 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Rheinsberger Tor Verbindliche Anmeldung erforderlich bei Dr. Iris Berndt, E-Mail: Irisberndt@aol.com (bevorzugt), sonst Telefon 0176 63 73 87 29) Maximale Teilnehmerzahl: 20 [...]

14) Durch die Wuhlheide zum Kölnischen Platz (Spreeweg IX)

02. November 2024 11:00 - 13:30 Uhr

Volkspark Wuhlheide Berlin

Eine Stadtwanderung, ca. 6 km Leitung: Gerhard Weiduschat (Berlin). Treffen: Sonnabend, 2. November 2024, 11.00 Uhr, Straßenbahnhaltestelle Volkspark Wuhlheide. ÖPNV: Tram M17, 21, 27, 37. Kosten: keine. Ende gegen 13.30 Uhr. Einkehr unterwegs oder am Ende möglich. Anmeldung: Gerhard Weiduschat, E-Mail: g.weiduschat@gmail.com (bevorzugt) oder Tel. (030) 413 82 19 (Anrufbeantworter). Die 9. Etappe führt zunächst [...]



Verein für die Geschichte Berlins e.V., gegr. 1865

c/o Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Vertreten durch den Vorsitzenden: Dr. Manfred Uhlitz

Neuer Marstall

Schloßplatz 7, 1.Hof, 10178 Berlin

Telefon: 030-90226449

E-Mail: info@diegeschichteberlins.de

www.diegeschichteberlins.de

Berliner Sparkasse IBAN DE06 1005 0000 0190 4487 76

Veranstaltungsorganisation:

Dirk Pinnow c/o Pinnow & Partner GmbH

Helmholtzstr. 2-9, Ausgang D

10587 Berlin

Tel 030 26 36 69 83

Fax 030 26 36 69 85

E-Mail Pinnow@DieGeschichteBerlins.de

15) Die Baugenossenschaft „Freie Scholle“. Stadteiführung

Sonnabend, 12. Oktober 2024, 14:00 Uhr

„Die Baugenossenschaft „Freie Scholle“ - Die Entwicklung einer Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft von der Gründung bis in die Gegenwart“, Stadteiführung mit Jürgen Hochschild, ehemaliger Vorstand der Baugenossenschaft.

Der Veranstaltungsort wird nach Anmeldung bekanntgegeben!

Die genossenschaftliche Form ist keine Konstante, kein feststehendes Modell, sondern gelebte Form und muss immer wieder angepasst und erneuert werden. Genau das hat die „Freie Scholle“ über 129 Jahre getan. Dauer: 2 Stunden; nach der Führung ist eine Einkehr im „Schollenkrug“ geplant.

Anmeldung erbeten bei Regina Preuß unter Preuss@DieGeschichteBerlins.de.

Treff: Waidmannsluster Damm 77 (Ecke Egidystraße), 13509 Berlin-Reinickendorf, vor dem „Schollenkrug“.

Anfahrt: U- und S-Bhf. Tegel, dann Bus 222 Richtung Lübars (Haltestelle Freie Scholle) oder S-Bahn Waidmannslust, dann Bus 222 Richtung Tegelort (Haltestelle Freie Scholle).



Literaturhaus Berlin

Fasanenstraße 23

10719 Berlin

+49 (0)30 887 286 0

info@literaturhaus-berlin.de

<https://li-be.de/>

Neue Büroadresse ab Juli 2024:

Literaturhaus Berlin e.V.

Alt-Moabit 62-63

10555 Berlin

Das Literaturhaus Berlin in der Fasanenstraße 23 wird ab Sommer 2024 für 18 Monate saniert und erhält endlich einen Fahrstuhl und neue Toiletten. Während dieser Zeit finden keine Veranstaltungen in der Fasanenstraße statt. Unter dem Motto »Li-Be für die Stadt« touren wir durch alle Berliner Bezirke und kommen auch in Ihre Nähe – [seien Sie mit dabei, wenn wir um die Häuser ziehen!](#)

16) Benedict Wells »Die Geschichten in uns. Vom Schreiben und vom Leben«.
Buchpremiere

Montag, den 14. Oktober 2024, 19:00 Uhr

Renaissance Theater

Wer will nicht so schreiben können wie Benedict Wells (und solchen Erfolg damit haben)? Erstmals gibt der Bestsellerautor Einblick in seine Werkstatt: Wie entwickelt man lebensrechte Figuren und erzeugt Spannung? Warum ist Schreiben die schönste Sache der Welt und zugleich zum Verzweifeln? Wie geht man mit Krisen um?

Angeregt durch Fragen auf Lesungen, entstand dieses sehr persönliche Buch über das Erzählen. Offen und humorvoll berichtet Benedict Wells, wie er zu seinen Romanen gekommen ist, von seiner Kindheit und Jugend in verschiedenen Heimen bis zu seinen Jahren in Berlin und den ersten Veröffentlichungen. Er gibt konkrete Tipps und einen tiefen Einblick in sein eigenes Schaffen wie auch in das Werk anderer Autorinnen und Autoren. Ein berührendes und lebenskluges Buch – und eine Antwort auf die Frage: Wieso schreibt man, und was suchen und finden wir in Literatur?



Literarisches Colloquium Berlin

Am Sandwerder 5
D-14109 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 - 816 996-0
Fax: +49 (0) 30 - 816 996-19
mail@lcb.de



17) »Der Absprung«. Buchpremiere: Maria Stepanova im Gespräch mit Olga Radetzkaja

Montag, den 07. Oktober 2024, 19:30 Uhr

Literarisches Colloquium Berlin · Am Sandwerder 5 · 14109 Berlin
8 € / 5 €. Auch an der Abendkasse.

Wie schreiben, wenn die Wörter im Mund zerfallen? Was tun, wenn das eigene Land nur noch für Tod und Zerstörung steht? Über ihren neuen Roman »Der Absprung« (Suhrkamp) spricht Maria Stepanova mit ihrer Übersetzerin Olga Radetzkaja. Die Schriftstellerin M., seit einigen Monaten im europäischen Exil, bricht ins Nachbarland auf – ein Festival hat sie zu Lesungen eingeladen. Die Reise ist voller Pannen: Der vorgesehene Anschlusszug existiert nicht, das Ladekabel des Telefons geht verloren. Auf dem Grenzbahnhof in F. wartet niemand, der Kontakt zu den Veranstaltern ist abgebrochen. Die Lage erfüllt sie mit Erleichterung. M. durchstreift die Stadt und was ihr begegnet, sind lauter Freiheitsversprechen: ein Escape Room, ein Wanderzirkus, eine flüchtige Bekanntschaft – und am Ende die lang ersehnte Chance, ihre Identität loszuwerden und zu verschwinden. Aber kann das gelingen? Sasha Marianna Salzmann hält fest: „Die russische Sprache, meine Muttersprache, ist verkommen zu einem Symbol für die Erstarrung in einer imaginären Vergangenheit. Für Lügen. Für Nostalgie. Für Aggression. Maria Stepanovas gesamtes Werk war von jeher ein stoisches Dagegenhalten.“

Maria Stepanova ist bis Juni 2025 Fellow des DAAD-Künstlerprogramms. In Zusammenarbeit mit dem Berliner Künstlerprogramm des DAAD.

Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg

Info@topographie.de

www.topographie.de

Ruf: 030-254 509-0, Fax: 030-254-09-99

18) »... abgeholt!«Gedenken an den Beginn der nationalsozialistischen Deportationen von Juden aus Berlin vor 83 Jahren *Gedenkveranstaltung*

Montag, den 14. Oktober 2024, 12.00 - 13.00 Uhr

Die Ständige Konferenz der NS-Gedenkorte im Berliner Raum, das Land Berlin, die Jüdische Gemeinde zu Berlin, die Israelitische Synagogen-Gemeinde (Adass Jisroel) zu Berlin und die Deutsche Bahn Stiftung laden Sie und Ihre Freunde herzlich zur Gedenkveranstaltung am Mahnmal »Gleis 17« am Montag, den 14. Oktober 2024, um 12 Uhr ein.

Zum Thema

Am 18. Oktober 1941, vor 83 Jahren, verließ der erste Berliner »Osttransport« mit mehr als 1.000 jüdischen Kindern, Frauen und Männern den Bahnhof Grunewald in Richtung Litzmannstadt (Łódź). Ab 1942 fuhren Deportationszüge auch vom Anhalter Bahnhof und vom Güterbahnhof Moabit ab. Ziele der Transporte waren Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager in Minsk, Kowno, Riga, Piaski, Warschau, Theresienstadt, Sobibor, Rasik und Auschwitz.

Insgesamt wurden bis zu sechs Millionen jüdische Kinder, Frauen und Männer Opfer des nationalsozialistischen Völkermordes an den Juden Europas, darunter mehr als 50.000 aus Berlin.

PROGRAMM

Begrüßung

Dr. Andrea Riedle, Vorsitzende der Ständigen Konferenz der NS-Gedenkorte im Berliner Raum 2024 und Direktorin der Stiftung Topographie des Terrors

Grußwort

Guy Gilady, Gesandter der Botschaft des Staates Israel in Berlin

Rede

Cornelia Seibeld, Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

Lesung

Beiträge von Schüler/-innen des Schiller-Gymnasiums Berlin

Musik

Musikalische Umrahmung durch den Chor des Jüdischen Gymnasiums Moses Mendelssohn

Kaddisch

Rabbiner Chaim Michael Biberfeld, Israelitische Synagogen-Gemeinde (Adass Jisroel) zu Berlin

Die Veranstaltung ist anschließend auch unter www.orte-der-erinnerung.de abrufbar. Wenn Sie an der Zeremonie teilnehmen, stimmen Sie zu, dass Foto- und Filmaufnahmen von der Ständigen Konferenz der NS-Gedenkorte im Berliner Raum veröffentlicht werden dürfen.

20) Brandenburg-Preußen Museum: Programm

Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798, Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de
Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

Donnerstag, 3. Oktober 2024, ganztags Türen auf mit der Maus 2024

Der nächste Maus-Türöffner-Tag findet am 3. Oktober 2024 statt. Der Aktionstag Türen auf mit der Maus 2024 steht unter dem Motto ZusammenTun. Weitere Informationen folgen in Kürze [hier](#).

Sonntag, 13. Oktober 2024, 15.00 Uhr Szenische Lesung: Das Ruppiner Tagebuch von Franz Fühmann Bastienne Voss und Inés Burdow

Anlässlich des 20. Jahrestages der DDR wurde 1969 ein Buch geplant, in dem die Wanderungen durch die Mark Brandenburg von Theodor Fontane nachvollzogen werden sollten. Franz Fühmann machte sich zunächst auf den Weg nach Neuruppin, trat jedoch von dem Auftrag zurück. Zu staatskonform erschien ihm das Anliegen des Buchs, das vor allem den Wandel der Mark seit der Gründung der DDR beschreiben sollte. Die Lesung greift die Aufzeichnungen Fühmanns und damit die unverstellte Sicht der Dichters auf. Das Publikum wird von Bastienne Voss und Inés Burdow auf eine spannende Reise durch die Mark Brandenburg mitgenommen.

Seite A 68 zum AGOMWBW- Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

**26. Oktober 2024 um 15.00 Uhr
Aktionstag: Feuer und Flamme für unsere
Museen**

Seit 2005 wird der Aktionstag „Feuer und Flamme für unsere Museen“ vom Landkreis Potsdam-Mittelmark am letzten Sonnabend im Oktober ausgerufen. Gemeinsam mit dem Heimatmuseum Wustrau nehmen wir daran teil.

- 14.00 bis 18.00 Uhr: Basteln und Malen für Kinder
- 14.00 Uhr: Kinderführung im Brandenburg-Preußen Museum
- 15.00 Uhr: Führung im Heimatmuseum
- 16.00 Uhr: Führung im Brandenburg-Preußen Museum
- 17.00 Uhr: Führung im Heimatmuseum

Für den kleinen Hunger gibt es ab dem späten Nachmittag Stockbrot und Suppe.
Der Eintritt ins Museum ist an diesem Tag frei, ebenso der im Heimatmuseum.

**Sonntag, 10. November 2024 um 15.00 Uhr
Vortrag: Aus der Schatzkammer der
Staatsbibliothek zu Berlin: Die
Brandenburger Franziskanerbibel aus dem
13. Jahrhundert
Prof. Dr. Eef Overgaauw**

Das Franziskanerkloster in Ziesar wurde um die Mitte des 13. Jahrhunderts in die Stadt Brandenburg verlegt. 1544 wurde das Kloster aufgehoben. Aus der mittelalterlichen Klosterbibliothek sind 57 Handschriften erhalten geblieben, darunter eine stattliche, vierbändige Bibel, die in der Staatsbibliothek zu Berlin aufbewahrt wird. Diese Bibel ist vermutlich im frühen 13. Jahrhundert entstanden und, wie die Gebrauchsspuren belegen, über einen längeren Zeitraum intensiv benutzt. Gegenstand des Vortrags sind die materiellen Aspekte der Handschrift (Schrift, Illuminierung, Einband), die Besonderheiten der in dieser Handschrift überlieferten Fassung der Bibel sowie die Verwendung der Handschrift im Alltag der Franziskaner. Der Vortrag endet mit einigen Mutmaßungen darüber, wer die Handschrift für

die Franziskaner geschrieben hat, und an welchem Ort.

Seite A 69 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Sonntag, 17. November 2024, 15.00 Uhr

Vortrag: Einblicke in das Leben im und mit dem Moor

Dr. Franziska Tanneberger

Das EU-Renaturierungsgesetz aus dem Juni 2024 setzt sich mit der Renaturierung von Mooren und Flüssen sowie mehr Bäumen das Ziel, zerstörte Natur wiederherzustellen. Dies ruft die 100 Jahre alte Geschichte der hiesigen Niedermoorlandschaft, des Rhinluchs, in Erinnerung und ist Anlass für den Vortrag einer der bekanntesten Moor-Expertinnen hierzulande, Dr. Franziska Tanneberger. Im Rahmen unserer Vortragsreihe „Geschichte und Umwelt“ wird die Leiterin des Greifswald Moor Centrum (GMC) und Trägerin des Deutschen Umweltpreises 2024 die Bedeutung der Moore als lebenswichtige Wasserspeicher und deren Rolle bei der Klimarettung aufzeigen.

Sonntag, 30. November 2024, 15.00 Uhr

Adventsbasteln für Kinder begleitend zum Weihnachtsmarkt

Auch in diesem Jahr gibt es begleitend zum Weihnachtsmarkt in Wustrau wieder ein Adventsbasteln im Brandenburg-Preußen Museum.

Weitere Informationen folgen in Kürze.



Gesellschaft
für Erdkunde zu Berlin

Geo-Campus Lankwitz
Malteserstr. 74-100
12249 Berlin
Fon +49 30 77007688
veranstaltungen@gfe-berlin.de

Veranstaltungen der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, gegründet 1828, damit die zweitälteste geographische Gesellschaft in der Welt. Sie ist die „Mutter“ unserer Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa, denn diese wurde 1982 in der Gesellschaft für Erdkunde von Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke unter dem Vorsitz Professor Dr. Burkhard Hofmeister gegründet

Die Krone der Erdkunde, die Länderkunde, ist tot!?

21) Stillgelegte Braunkohletagebaue als Energiespeicher. Ein Beitrag zur Energiewende?

Vortrag von Dr.-Ing. Thomas Kempka, Helmholtz-Zentrum Potsdam, Deutsches GeoForschungsZentrum (GFZ) Potsdam.

Vortrag in Kooperation mit dem Geographischen Kolloquium des Geographischen Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin

Mittwoch, 16. Oktober 2024, 18:00 Uhr

Veranstaltungsort

Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Hörsaal 2'097



Copyright Public Power Corporation of Greece und ATLANTIS-Projekt
(<https://www.atlantis-project.eu>)

Seite A 71 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Bis zum Jahr 2038 sollen bekanntlich die Braunkohletagebaue in Ost- und Westdeutschland außer Betrieb gehen. Durch die Stilllegung fallen riesige Abbauflächen aus der energiewirtschaftlichen Nutzung. Bei der Modellierung der künftigen Bergbaufolgelandschaften stehen gegenwärtig überwiegend landschaftliche, (land-)wirtschaftliche oder touristische Nutzungskonzepte im Vordergrund. Im Kontext des Klimawandels gewinnt jedoch die Frage an Bedeutung, welchen Beitrag die ehemaligen Tagebaugruben zur Energiewende leisten können, z.B. bei der effizienten Speicherung regenerativ erzeugter Energien und der Stabilisierung des Stromnetzes. Dieser neuartige, gleichermaßen wirtschafts- und umweltbezogene Nutzungsansatz ist Gegenstand des multinationalen, interdisziplinären Forschungs- und Entwicklungsprojektes ATLANTIS, das vom europäischen Forschungsfond für Kohle und Stahl (RFCS) gefördert wird. Deutscher Projektpartner und Koordinator des Verbundvorhabens ist das GeoForschungsZentrum Potsdam.

Der Vortrag stellt das Konzept der Speichertechnologien, mögliche Umsetzungsstrategien, erwartete sozioökonomische Folgewirkungen und eventuelle Umweltrisiken vor. Vor dem Hintergrund eines vergleichbaren Anwendungsprojekts in Griechenland werden auch die Potentiale dieses innovativen technologischen Ansatzes für die Folgenutzung deutscher Braunkohlentagebaue diskutiert.

Anmeldung erwünscht unter veranstaltungen@gfe-berlin.de

Dr. Gerda Schirrmeister
Diplom-Geologin
Beratung, Gutachten und Stadtführung
zu Naturwerksteinen
Frobenstr. 9
10783 Berlin
Tel. 030 - 21 00 54 28

**22) Naturwerksteinen zwischen Weberwiese und Strausberger Platz.
47. Premiere der Steinspaziergänge**

Sonnabend, den 19. Oktober 2024, 14 Uhr

Treffpunkt: Hochhaus Weberwiese, Marchlewskistraße 25 in 10243 Berlin (U5
Weberwiese)

Liebe Steinfreundinnen und Steinfreunde,

wie versprochen findet im Oktober die **47. Premiere der Steinspaziergänge** statt. Es geht zu den **Naturwerksteinen zwischen Weberwiese und Strausberger Platz**, also vor allem um die Steine, die im ersten Bauabschnitt auf der damaligen Stalinallee eingesetzt wurden. Abstecher zu älteren und jüngeren Verwendungsbeispielen sind eingeplant.

Termin: Samstag, den **19. Oktober 2024, 14 Uhr**

Treffpunkt: **Hochhaus Weberwiese**, Marchlewskistraße 25 in 10243 Berlin (U5
Weberwiese)

Die Tour dauert ca. 2 Stunden und kostet 15 Euro. Anmeldung bitte wie gewohnt an meine Emailadresse.

Wie Sie der angehängten aktuellen Fachgruppeninfo entnehmen können, gibt es am 8. Oktober außerdem die Gelegenheit, das Gestein des Jahres, den Suevit am ehemaligen Haupttelegrafentamt erläutern zu bekommen. Hierfür melden Sie sich bitte unter geowissenschaftler.bb@gmail.com an.

file:///D:/Downloads/FG-Info_2024_10_01k.pdf

Nun freue ich mich auf Anmeldungen und grüße mit Glück auf!
Gerda Schirrmeister

Urania Berlin

Urania Berlin e.V.
An der Urania 17, 10787 Berlin

030- 43 97 47-999
presse@urania-berlin.de
www.urania.de

23) Wege in die Romantik - von Eugene Delacroix bis Francisco de Goya

Vortrag von Thomas R. Hoffmann



Der Sonnenschirm (Ausschnitt).- Foto: Francisco de Goya

Mittwoch, 23.10.2024, 17:30 Uhr

Mit Beginn des 19. Jahrhunderts beginnen sich Kunststile zeitlich zu überschneiden und können dabei europaweit nicht mehr scharf voneinander geschieden werden. Das verstärkte Ausbilden von Nationalismen führte zu den unterschiedlichsten Ausprägungen von „Kunststilen“ in den jeweiligen Ländern. Der Kunsthistoriker **Thomas R. Hoffmann** möchte die Urania Saison 2024/25 für einen Kunst-Parcour durch ein Jahrhundert voller Umbrüche und Revolutionen nutzen, um die vielfältigen Kunstströmungen des 19. Jahrhunderts zu präsentieren und Fragen der unterschiedlichen Lesbarkeit zu stellen. Wo haben die stilistischen Einflüsse ihren Ursprung? Wie sehen die Vorbilder und Inspirationen in den jeweiligen Ländern und Nationen aus? Wo liegen die Gemeinsamkeiten, wo die

Seite A 74 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Unterschiede? Wie hängen die historischen Entwicklungen und geschichtlichen Umbrüche mit den Kunststilen zusammen? Ein spannendes Tableau an Bildern wird die Folie bilden, um sich den jeweiligen Kunstrichtungen zu nähern. **Dieser Vortrag nähert sich den Romantiken und spannt den Bogen von Frankreich über England und Russland bis in die deutschsprachigen Gebiete.**

Eintritt: 8 €, ermäßigt: 5 €, Mitglieder: 3 €



**KLAUS ZERNACK
COLLOQUIUM 2024**
Europa auf der Suche nach Identität

Security Challenges in the Baltic Sea Region
Panel discussion with
prof. Jörg Hackmann (Uniwersytet Szczeciński),
dr Wojciech Lorenz (PISM), Marcin Fronia (CBH PAN)

Monday, 14.10. | 6 pm
Location: PISM Office in Berlin
Marienstraße 26, 10117 Berlin

PAN Berlin
Zentrum für Historische Forschung der
Polnischen Akademie der Wissenschaften



PISM

POLSKI INSTYTUT SPRAW MIĘDZYNARODOWYCH
THE POLISH INSTITUTE OF INTERNATIONAL AFFAIRS

Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften

Majakowskiring 47

13156 Berlin

Tel. +49 30 486 285 40

Faks: +49 30 486 285 56

e-mail: info@cbh.pan.pl

Öffnungszeiten

Montag - Freitag: 10.00 - 16.00 Uhr

24) »Unsere Anderen« – Geschichten ukrainischer Vielfalt

Lesung und Gespräch mit Olesya Yaremchuk (Lemberg / ukr. Lwiw) und Marcin Wiatr (Braunschweig)

In Berlin im Rahmen des Zernack-Colloquiums

Dienstag, 15. Oktober 2024, 18 Uhr

Zentrum für historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften

Majakowskiring 47

13156 Berlin-Pankow

Eintritt frei, in Berlin. Livestream wird sowohl auf unserem YouTube-Kanal und hier auf [Facebook](#)

[https://www.facebook.com/events/560593493025719/?acontext=%7B%22ref%22%3A%2252%22%2C%22action_history%22%3A%22\[%7B%5C%22surface%5C%22%3A%5C%22share_link%5C%22%2C%5C%22mechanism%5C%22%3A%5C%22share_link%5C%22%2C%5C%22extra_data%5C%22%3A%7B%5C%22invite_link_id%5C%22%3A3764142240526328%7D%7D\]%22%7D](https://www.facebook.com/events/560593493025719/?acontext=%7B%22ref%22%3A%2252%22%2C%22action_history%22%3A%22[%7B%5C%22surface%5C%22%3A%5C%22share_link%5C%22%2C%5C%22mechanism%5C%22%3A%5C%22share_link%5C%22%2C%5C%22extra_data%5C%22%3A%7B%5C%22invite_link_id%5C%22%3A3764142240526328%7D%7D]%22%7D)

möglich sein.

Seite A 76 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Armenier im Dorf Kutu, Deutsche, Ungarn und Slowaken in Transkarpatien, Schweden im Oblast Cherson, Roma, Turk-Moscheten und Griechen in Donezk, Gagausen, Bulgaren und Albaner in Bessarabien – alles begann in der Joseph-Roth-Stadt Brody. Dort traf die aus Lemberg/Lwiw stammende Journalistin Olesya Yaremchuk die letzte Jüdin, Sofia Poliner. Aus diesem Gespräch und zahlreichen weiteren Besuchen und Interviews entstand ihr Buch *Unsere Anderen. Geschichten ukrainischer Vielfalt*. Sie wird von ihren Reisen in die verschiedenen ukrainischen Landesteile berichten und Auszüge aus ihren Interviews lesen. »Ich nehme einfach die Geschichten der Menschen auf und erzähle weiter von der vielfältigen Ukraine – auch wenn unsere ethnische Landschaft durch den brutalen Krieg Russlands gegen die Ukraine zerstört wird« (O. Yaremchuk).

Bei der Veranstaltung in Berlin wird der Historiker und Germanist Marcin Wiatr, Autor des Literarischen Reiseführers *Galizien – unterwegs in Polen und der Ukraine* außerdem aus der spezifisch galizischen Vielfalt einige historische Lektionen für die europäische Gegenwart beisteuern. »Der Mythos Galizien verspricht fruchtbare Impulse für Perspektivenwechsel, dialogisches Erinnern und grenzüberschreitende Identitätsstiftung. Die Literatur als fester Bestandteil dieses Mythos bietet die Möglichkeit, die fortwirkenden Spuren dieser polyglotten und multikonfessionellen Kulturlandschaft bewusst zu machen« (M. Wiatr).

Beide Bücher sind bei den Veranstaltungen erhältlich.

Die Veranstaltungen werden moderiert von Ariane Afsari, Deutsches Kulturforum östliches Europa.

Fotos: Olesya Yaremchuk, © Kinowelt GmbH; Marcin Wiatr, © privat

Die Gespräche werden vom Zentrum für historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, von der Urania Potsdam und vom Deutschen Kulturforum östliches Europa veranstaltet.

01) Deutsch-Jüdisches Theater DJT im Saal des Theater-Coupés
in Berlin-Wilmersdorf – Programm 2. Halbjahr 2024

DJT

im Coupé Theater, Bürgeramt Wilmersdorf Kommunale Galerie
Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin
Verkehrsanbindung: Fehrbelliner Platz, U3 U7 Bus 143 Bus 115 Bus 101
<https://www.djthe.de/>
Karten: karten@djthe.de
Kontakt: 0176 722 61 305

[Besessen! - Der Dibbuk](#)

[Schauspiel](#)

Mittwoch, 2. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Besessen! - Der Dibbuk Dramatische jüdische Legende nach Salomon An-Ski aus der verlorenen Welt des Shtetls. Lea ist die Tochter [\[...\]](#)

[Besessen! - Der Dibbuk](#)

[Schauspiel](#)

Donnerstag, 3. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Besessen! - Der Dibbuk Dramatische jüdische Legende nach Salomon An-Ski aus der verlorenen Welt des Shtetls. Lea ist die Tochter [\[...\]](#)

[Besessen! - Der Dibbuk](#)

[Schauspiel](#)

Freitag, 4. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Besessen! - Der Dibbuk Dramatische jüdische Legende nach Salomon An-Ski aus der verlorenen Welt des Shtetls. Lea ist die Tochter [\[...\]](#)

[+ Infos](#)

[PREMIERE Nachgefragt! Bei Hannah Arendt](#)

[Schauspiel](#)

Mittwoch, 16. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Vor Antisemitismus ist man nur auf dem Mond sicher.

[Nachgefragt! Bei Hannah Arendt](#)

[Schauspiel](#)

Donnerstag, 17. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Vor Antisemitismus ist man nur auf dem Mond sicher.

Seite A 78 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

[Nachgefragt! Bei Hannah Arendt](#)

[Schauspiel](#)

Freitag, 18. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Vor Antisemitismus ist man nur auf dem Mond sicher.

[What the World needs now is LOVE](#)

[Musik](#)

Mittwoch, 30. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

What the World needs now is LOVE Was die Welt jetzt braucht, ist LIEBE. Hat man dieses Lied von Burt Bacharach einmal gehört, so geht es einem nichtmehr aus dem Kopf. Genauso wenig wie der [\[...\]](#)

[What the World needs now is LOVE](#)

[Musik](#)

Donnerstag, 31. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

What the World needs now is LOVE Was die Welt jetzt braucht, ist LIEBE. Hat man dieses Lied von Burt Bacharach einmal gehört, so geht es einem nichtmehr aus dem Kopf. Genauso wenig wie der [\[...\]](#)

Kommunale Galerie Berlin
Hohenzollerndamm 176
10713 Berlin

Kontakt

t 030 | 9029 167 04 (Galerie)
t 030 | 9029 167 09 (Artothek)
t 030 | 9029 167 12 (Atelier)
f 030 | 9029 167 05

[info\[at\]kommunalegalerie-berlin.de](mailto:info[at]kommunalegalerie-berlin.de)

Leitung: Elke von der Lieth

t 030 | 9029 24100
f 030 | 9029 16705

Die Galerie ist eine Einrichtung des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf,
Fachbereich Kultur.

Öffnungszeiten Kommunale Galerie Berlin

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
Mittwoch 10 bis 19 Uhr
Samstag und Sonntag 11 bis 17 Uhr
Eintritt frei

Öffnungszeiten Artothek

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
Mittwoch von 10 bis 19 Uhr

Anfahrt

U3 | U7
Fehrbelliner Platz
101 | 104 | 115
Fehrbelliner Platz

02) Mahlzeit. Feldforschung am Fehrbelliner Platz



Foto: © Piotr Bialoglowicz

Seite A 80 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Ausstellung vom 20. September 2024 bis 24. November 2024

Eröffnung am Donnerstag, den 19. September 2024 um 17 Uhr

von **Stella Flatten** (Stadtgeographin und Künstlerin)
zusammen mit **Alkistis Thomidou** (Architektin) und **Christina Voigt** (Filmemacherin)

Der Fehrbelliner Platz ist ein innerstädtischer Knotenpunkt, der geprägt wird vom Transitverkehr, sowohl ober - als auch unterirdisch. Dieser urbane Raum wird täglich bevölkert von den Menschen, die im Takt ihrer Erwerbstätigkeit – einer Schwarmbewegung gleich – die Straßen kreuzen und dann in die umliegenden Verwaltungsgebäude verschwinden.

Der Platz und dieses sich täglich wiederholende Phänomen sind für die Berliner Wissenschaftlerin und Künstlerin Stella Flatten Anlass für eine Langzeitbeobachtung von Menschen, gebauter Umwelt und Transit.

Es ist die Mittagszeit, die die Personen sichtbar werden lässt, die hier ihren Arbeitsalltag verbringen und den Stadtraum temporär zu einer belebten Piazza umnutzen. Der Fehrbelliner Platz ist dann ein bunter Marktplatz mit mobilen Küchenwagen, Stehtischen, Gerüchen und Stimmengewirr. Dieser wiederkehrende Moment im Tagesablauf der Berufstätigen wird mit der universalen Grußformel „Mahlzeit“ ausgerufen. Einzigartig im deutschen Sprachgebrauch, wird dieser Gruß verwendet, um jemandem eine gute Mahlzeit zu wünschen oder um Hallo zu sagen, wenn man davon ausgeht, dass die Person gerade isst oder gerade gegessen hat. So ist es auch hier der Fall. Befindet man sich zur Mittagszeit auf den Fluren der Gebäude rundum den Fehrbelliner Platz oder auch außerhalb davon, so grüßt man sich: „Mahlzeit“. Die Mittagspause findet meist draußen statt und es kommt Bewegung auf. Man isst und sieht sich und teilt für einen Moment Raum und Zeit in dieser Begegnung.

Die Ausstellung zeigt die Menschen und Architektur in Bewegung in Zeichnungen auf Stoff, in Film- und Tonaufnahmen, baut partizipativ Sitzgelegenheiten für den Außenraum und lädt dazu ein sie gemeinsam zu nutzen.

„Mahlzeit“ beschäftigt sich mittels verschiedener Methoden mit diesem wiederkehrenden tageszeitlichen Wechsel der Nutzung des öffentlichen Raums und seines ebenso spurlosen täglichen Verschwindens. Es stellt die Frage nach den Protagonist:innen und ihren verhandelten Raumeignungen und beobachtet, wie das Aufeinandertreffen gestaltet ist und was es dafür an diesem Ort Berlins braucht und was ihn auszeichnet!

Rahmenprogramm:

Sonntag, 13.10.2024 | 14 Uhr
Führung mit Stella Flatten

Sonntag, 17.11.2024 | 14 Uhr
Talk mit Christina Voigt

Programme der Museen von Berlin Tempelhof-Schöneberg



Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Abteilung Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur und Museen
Museen Tempelhof-Schöneberg
Hauptstraße 40 /42
10827 Berlin

museum@ba-ts.berlin.de

Unser Sekretariat erreichen Sie zurzeit:

Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr

Freitag von 9 - 14 Uhr

Tel. 030 90277-6163

museum@ba-ts.berlin.de

03) Dauerausstellung „Zwischen Feldern und Fabriken“

Tempelhofer und ihre Gäste, die mehr über den Stadtbezirk erfahren möchten, sind in der Dauerausstellung genau richtig: Die originalen Objekte – sei es eine verrostete Pistole oder ein riesiger Mammut-Knochen – sind in verschiedenen Räumen des ehemaligen Schulgebäudes untergebracht und können gar nicht an einem einzigen Besuch alle unter die Lupe genommen werden. Mit Hilfe des kindgerechten Audioguides lässt sich hier bei

Weitere Informationen auf der [Homepage der Museen Tempelhof-Schöneberg](https://www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/start.html):

<https://www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/start.html>

04) Wir waren Nachbarn. Dauerausstellung

RATHAUS SCHÖNEBERG

STÄNDIGE AUSSTELLUNG

Wir waren Nachbarn

Mit **über 170 biografischen Alben**, Hörstationen und Filmen mit zeitbezeugenden Personen erinnert die Dauerausstellung an die Schicksale von jüdischen Menschen aus dem Bezirk, die im Nationalsozialismus verfolgt, entrechtet und ermordet wurden. Zugleich machen **über 6.000 Namen von Deportierten**, auf kleinen Karten handschriftlich notiert und angeordnet nach ihren letzten Wohnadressen, das unbegreifliche Ausmaß der Verfolgung allein in einem Stadtbezirk deutlich.

Durch das **Archiv der Erinnerungen** – mit einem vielfältigen Veranstaltungs- und Vermittlungsprogramm – sowie **Sonderausstellungen** entwickelt sich das Ausstellungsprojekt beständig weiter und bietet einen lebendigen Lern- und Begegnungsort für Interessierte jeden Alters.

Geöffnet: **Sa bis Do, 10-18 Uhr**, Eintritt frei.

www.wirwarennachbarn.de

WIR WAREN NACHBARN
DAUERAUSSTELLUNG IM RATHAUS BERLIN-SCHÖNEBERG

Ort: Rathaus Schöneberg,

Ausstellungshalle, John-F.-Kennedy-Platz, 10827 Berlin



05) Stolpersteinverlegungen in Tempelhof-Schöneberg

MUSEEN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

IM STADTRAUM

Stolpersteinverlegungen in Tempelhof und Schöneberg

Viele Stolpersteine sind bereits in Tempelhof und Schöneberg zu finden. Verlegungen finden auch in den Wintermonaten statt – mit dem Künstler **Gunter Demnig** und dem ehrenamtlichen Steinverleger **Hans-Peter Frank**.

Die Termine der anstehenden Stolpersteinverlegungen finden Sie auf der Website: www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/stolpersteine.html

Die Beratung von Angehörigen und Interessierten findet in der Koordinierungsstelle im Schöneberg Museum statt.

Melden Sie sich gern unter:

Stolpersteine@ba-ts.berlin.de

Sie können sich auch in den E-Mail-Verteiler für Stolpersteinverlegungen eintragen lassen.



Andrea Seehausen
Büro- und Innenleitung
Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau

Tel. 033925-70798

Fax 033925-70799

museum@bpm-wustrau.de

[<>www.brandenburg-preussen-museum.de](http://www.brandenburg-preussen-museum.de)

Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

Brandenburg-Preußen-Museum.



Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a, 16818 Wustrau

Telefon 03 39 25 - 7 07 98

Telefax 03 39 25 - 7 07 99

06) Einblicke in die Brandenburg-Preußische Geschichte. Die Hauptausstellung

Seit dem Jubiläumsjahr 2020 präsentiert das Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau eine **komplett überarbeitete Hauptausstellung**. Beginnend mit der einzigen kompletten Portraitgalerie aller Brandenburgischen Kurfürsten, preußischen Könige und Deutschen Kaiser erhalten die Besucher einen vielseitigen Überblick über die Geschichte Brandenburgs und Preußens, von der Christianisierung mit Kreuz und Schwert im Hochmittelalter bis zum Ende der Hohenzollernmonarchie 1918.

Neuer 3D-Rundgang



Virtueller Museumsbesuch

Als kleinen Vorgeschmack für Ihren Besuch bieten wir Ihnen die Möglichkeit, sich virtuell in unserer Hauptausstellung umzusehen!

[Rundgang starten](#)

Das Museum bietet einen neuen, frischen Blick auf Preußen: Ein Raum ist starken preußischen Frauenpersönlichkeiten gewidmet – von [Dorothea Erxleben](#), der ersten promovierten Ärztin der Welt bis zu der erfolgreichen Lokomotivfabrikantin [Sophie Henschel](#). Aus dem Zusammenwirken von [Aufklärung](#) und [Pietismus](#) in Halle am Ende des 17. Jahrhunderts entsteht die „preußische Pflichtethik“. Die Spielzeugsammlung von Anneliese Bödecker, Ehefrau des Museumsstifters, zeigt Spielzeug als Spiegel der Gesellschaft im Deutschen Kaiserreich. Die Industrialisierung wird mit ihren Licht- und Schattenseiten dargestellt: Der Aufstieg zur Weltspitze, insbesondere der optischen Industrie, der Chemie und der Elektroindustrie wird kontrastiert mit der Wohnungsnot und der Verbreitung der Cholera und der Tuberkulose in den rasant wachsenden Städten.



Stationen der Ausstellung:

- Mit Kreuz und Schwert: Die Christianisierung Brandenburgs und Preußens im Mittelalter
- Der Übergang vom Mittelalter in die Renaissance
- Die Reformation und das Zeitalter der Glaubenskriege
- Wiederaufbau nach dem Dreißigjährigen Krieg durch Repeuplierung mit Glaubensflüchtlingen
- Aufklärung und Pietismus in Halle – die Wurzeln der „Preußischen Tugenden“
- Friedrich der Große – Philosoph, Eroberer, aufgeklärter Alleinherrscher
- Bedeutende Frauen Preußens
- Preußen unter Napoleon – Reformen und Befreiungskriege
- Vormärz und der späte Beginn der Industrialisierung in Preußen
- 1848 – der Ruf nach Demokratie und dem Einheitsstaat
- Die Einigungskriege 1864, 1866, 1870/71
- Das Deutsche Kaiserreich und der lange Weg zur Einheit
- Chemie, Optik, Elektroindustrie – drei moderne Industrien gelangen an die Weltspitze
- Spitzenforscher – die Nobelpreisträger für Medizin, Chemie und Physik bis 1918
- Seuchen – die Kehrseiten des Wachstums
- Die Auswanderer, die HAPAG und der Norddeutsche Lloyd
- Preußen als Bildungsstaat: Bildung für Jungen und Bildung für Mädchen
- Der lange Weg zum Sozialstaat
- Die Museumsinsel, das Kaiserreich und die Kunst
- Spielzeug als Spiegel der Gesellschaft im Deutschen Kaiserreich
- Der Erste Weltkrieg
- Das Ende. Der Zusammenbruch der Westfront, Novemberrevolution, Flucht des Kaisers.

07) Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung

- siehe Startseite -



Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist eine unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts in Trägerschaft der Stiftung Deutsches Historisches Museum (DHM).

Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird durch ihre Direktorin Frau Dr. Gundula Bavendamm vertreten. Vorsitzender des Stiftungsrats ist Dr. Andreas Görgen, Leitender Beamter bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Claudia Roth MdB.

Frau Dr. Gundula Bavendamm
Direktorin der Stiftung

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Stresemannstraße 90
10963 Berlin
T +49 30 206 29 98-0

info@f-v-v.de

<https://www.flucht-vertreibung-versoehnung.de/de/impressum>

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
T +49 30 18 400-0

https://sfvv.e-fork.net/sites/default/files/2023-11/konzept-der-staendigen-ausstellung_sfvv.pdf

08) Jede Fluchtkrise ist auch eine Bildungskrise, die Millionen Menschen trifft.
UNHCR und Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
eröffnen gemeinsame Sonderausstellung

PRESSEINFORMATION

Jede Fluchtkrise ist auch eine Bildungskrise, die Millionen Menschen trifft

UNHCR und Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
eröffnen gemeinsame Sonderausstellung

Berlin, 25.04.2024

Die Bedeutung der Bildung für Flüchtlinge im Bestreben, das eigene Leben wieder in die Hand zu nehmen, beleuchtet die neue Ausstellung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin. Es ist zugleich eine Sonderausstellung in Zusammenarbeit mit UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen. Sie beschreibt nicht nur, wie Millionen junge Menschen weltweit durch Vertreibung und Flucht aus Schulen und Universitäten gerissen werden und somit die Zukunft ganzer Generationen auf dem Spiel steht. Die Schau legt den Schwerpunkt auch auf beeindruckende Porträts studierender Flüchtlinge, die mit Ausdauer und Durchsetzungskraft gegen die hohen Hürden auf ihrem persönlichen Bildungsweg kämpfen. Der Faktor Bildung ist nicht nur für die Betroffenen lebenswichtig, sondern auch für ihre Familien, ihre Umgebung und nicht zuletzt ihr Aufnahmeland elementar. Zu sehen ist die Sonderausstellung mit dem Titel „Becoming who you are – Studium trotz Flucht“ bis zum 13. Oktober.

Im Mittelpunkt stehen die Bilder des Fotografen Antoine Tardy. Der Genfer Fotoreporter dokumentiert seit sieben Jahren das Leben von Flüchtlingen in aller Welt. "Sie haben natürlich unterschiedliche Charaktere und leben in sehr unterschiedlichen Verhältnissen, aber sie haben eines gemeinsam: diese Stärke und Ausdauer, diesen Ehrgeiz und den Willen, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen, verstärkt durch die Härte, der sie sich stellen müssen. Die letzten sieben Jahre waren wie eine Reise. Eine Reise, in der sich meine Vorstellung, wer und was ein Flüchtling ist, völlig dekonstruiert und verändert hat. Die Bilder sollen ein Zeugnis für Würde und Menschlichkeit sein. Zu werden, wer man ist, ist ein universelles Bestreben. Es verweist darauf, was uns eint, und nicht auf das, was uns trennt."

Bildung ist ein Menschenrecht. Doch während im Bevölkerungsschnitt 42 Prozent der Menschen studieren können, sind es bei Flüchtlingen und Vertriebenen nur 7 Prozent. Angesichts solcher Zahlen ist die Sonderausstellung auch eine Gelegenheit, den eigenen Bildungsweg zu reflektieren: Welche Hindernisse musste ich überwinden? Welche Möglichkeiten wurden mir geschenkt? Welche Lehrer haben meine Entwicklung geprägt? Wohin hat mich persönlich Bildung gebracht?



Dokumentationszentrum
Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Leonie Mechelhoff
Bereichsleiterin Kommunikation

Stresemannstr. 90, 10963 Berlin

T +49 30 206 29 98-11
F +49 30 206 29 98-99
presse@f-v-v.de

flucht-vertreibung-versoehnung.de

PRESSEINFORMATION

Die barrierefreie Ausstellung wird von Multimediainstallationen begleitet, die über die unterschiedlichen Aufnahmeländer informieren und mit Foto, Text und Video einzelne Schicksale dokumentieren.

So wie das von Ahmad, der bei einem Bombenanschlag ein Bein verlor und nach seiner Flucht in den Libanon Architektur studiert, um später in seiner Heimat Syrien die antiken Stätten wieder aufbauen zu können.

Oder Mireille, die aus politischen Gründen im Gefängnis in Burundi saß und dort vergewaltigt und misshandelt wurde. Und nun in Fernstudien Kurse zu Ethik und Kinderrechten belegt.

Oder Raïssa, die immer nachts studiert, wenn ihr kleiner Sohn schläft: „Wir sind nur zu zweit und machen einfach weiter.“

Oder Patience, die als Kind mit ihrer Schwester von ihrer Familie getrennt wurde, aber zur Schule gehen konnte. Sie studiert Informatik – obwohl sie nicht mal einen Computer besitzt: „Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg. Bildung schafft etwas. Sie macht nie etwas kaputt.“

Die portraitierten Studentinnen und Studenten waren Stipendiaten des sogenannten DAFI-Programmes, das 1992 von der Bundesregierung ins Leben gerufen worden war. Die Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein ermöglicht Flüchtlingen, in ihrem Erstaufnahmeland zu studieren. Das soll die Situation nicht nur dieser Menschen selbst, sondern auch für ihr Umfeld und nicht zuletzt ihre Gastländer verbessern. In den ersten 30 Jahren des Programmes konnten so mehr als 26 500 Flüchtlinge in 59 Ländern studieren.

Mehr Informationen unter
www.f-v-v.de

A. j) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin

Seiten A 80 – A 86



WESTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

- Die Adresse des Westpreußischen Landesmuseums lautet:
*Franziskanerkloster
Klosterstraße 21
48231 Warendorf*
- Bei Terminanfragen, Anmeldungen, Adressenänderungen oder Shop-Bestellungen erreichen Sie die Aufsicht
- *telefonisch:*
[02581 92777-13](tel:025819277713)
- Der Geschäftszimmer erreichen Sie
- *telefonisch:*
[02581 92777-0](tel:02581927770)
- *per Fax:*
02581 92777-14
- *per E-Mail:*
sekretariat@westpreussisches-landesmuseum.de

01) »TANZ AUF DEM VULKAN.

Erfindung und Untergang einer preußischen Provinz in der Kaiserzeit «

Eröffnung: 21. 09.2024, 14 Uhr

Ausstellungsdauer: 21.09.2024 – 11.01.2025

02) Neue Kabinettausstellung:

»Maria Im Puls der Zeit. Wallfahrten und Prozessionen«

15.08.2024 bis 27.10.2024

Aus Anlass des Festes **Mariä Himmelfahrt** präsentiert das Westpreußische Landesmuseum eine Auswahl an Werken aus der Sammlung **»Maria ImPuls der Zeit«** des aus Warendorf stammenden Sammlers Reinhold Berger. Darstellungen der Heiligen Maria zählen in der abendländischen Kunst zu den beliebtesten Motiven aus dem biblischen Kanon. Die in katholisch geprägten Regionen stark ausgeprägte Verehrung der Muttergottes findet an Mariä Himmelfahrt einen besonderen Ausdruck. Dieser Festtag wird in Warendorf seit Mitte des 18. Jahrhunderts feierlich begangen. Im Zentrum der Feierlichkeiten steht die große Stadtprozession, die jeweils am Sonntag nach dem 15. August, Mariä Himmelfahrt, stattfindet.

Ostpreußisches Landesmuseum

Heiligengeiststraße 38

21335 Lüneburg

Tel. +49 (0) 4131 75995-0

Fax +49 (0) 4131 75995-11

info@ol-lg.de

03) Jahresprogramm / Ausstellungen 2024/2025



Ostpreußisches Landesmuseum
mit Deutschbaltischer Abteilung

Jahresprogramm / Ausstellungen 2024

21.10.2023 – 25.2.2024
„Stinthenge, Krähenbeiser, Lange Wurst und Co.“
Ostpreußische Bräuche im Wandel
Kabinettausstellung

18.11.2023 – 25.2.2024
Die Königsberger Kunstakademie (1845-1945)
Künstler aus zwei Jahrhunderten
Sonderausstellung

19.4.2024 – 23.10.2024
Kant 300
Ein Leben in Königsberg
Sonderausstellung

26.10.2024 – 23.2.2025
Das alte Dorpat
Tartu in Fotografien von 1889
Kabinettausstellung

1.11.2024 – 3.11.2024
Museumsmarkt. Tradition trifft Modernes
Kunsthandwerkermarkt

23.11.2024 – 23.3.2025
„Nichts blieb als nur weißer Schnee...“
Winter in Ostpreußen
Sonderausstellung

Ab Dezember 2024
Immanuel Kant und der Geist der Aufklärung
Neue Dauerausstellung

29.09.2023 – 03.03.2024
Karl Eulenstein (1892–1981). Sugrīžēs j Klaipēdā / Zurück in Klaipėda / Returning to Klaipėda
Ausstellung in der Domscheitgalerie (Pranas Domšaitis Galerie)
in Memel (Klaipėda)

– Änderungen vorbehalten –

Heiligengeiststraße 38 | D-21335 Lüneburg | Tel. 04131 75995-0 | info@ol-lg.de
www.ostpreussisches-landesmuseum.de

04) Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen:
Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2024

Kulturzentrum Ostpreußen

im Deutschordensschloß Ellingen/Bay.

Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2024

Sonderausstellungen und Veranstaltungen

Noch bis 03.11.2024

Joachim Rágóczy – Samlandansichten

Nov./Dez.

Kant & Königsberg (Ausstellung des Deutschen Kulturforums östliches Europa)

26.10.2024

**2. Landeskulturtagung 2024
(um Anmeldung wird gebeten!)**

23./24.11.2024

29. Bunter Herbstmarkt

Ausstellungen in Ostpreußen

Dauerausstellungen zur Stadtgeschichte in

Pr. Holland, Schloß

Saalfeld, Stadt- und Gemeindeverwaltung

Lyck, Wasserturm

Rosenberg, Hist. Feuerwehrhaus

Lötzen, Festung Boyen

Goldap, Haus der Heimat

Johannisburg, Städt. Kulturhaus

Rastenburg, I. Liceum

Ganzjährig

**Dauerausstellung zur Geschichte und Kultur Ostpreußens
im neuen Altvaterturm
auf dem Wetzstein bei Lehsten, Thüringer Wald**

Kulturzentrum Ostpreußen • Schloßstr. 9 • 91792 Ellingen/Bay.

Öffnungszeiten: Dienstag – Sonntag 10 – 12 und 13 – 17 Uhr (April – September)

10 – 12 und 13 – 16 Uhr (Oktober – März)

Telefon 09141-8644-0

info@kulturzentrum-ostpreussen.de

Telefax 09141-8644-14

www.kulturzentrum-ostpreussen.de

www.facebook.com/KulturzentrumOstpreussen

- Änderungen vorbehalten -

PREUSSEN  KURIER

Herausgeber: Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern e.V.

Postanschrift: Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg

V.i.S.d.P.: Christoph M. Stabe, Rainer Claaßen (Schriftleitung)

E-Post: info@low-bayern.de

Netz-Information: www.low-bayern.de, www.facebook.com/LOWBayern

Spendenkonto:

IBAN: DE21 7015 0000 0080 1325 58 / BIC: SSKMDEMXXX

05) Das Ausstellungsprogramm 2024 des Schlesischen Museums in Görlitz

Das Schlesische Museum bietet in diesem Jahr mit seinen Sonderausstellungen ein sehr abwechslungsreiches Panorama schlesischer Kultur und Geschichte. Bis zum 14. April 2024 ist die Schau „Niederschlesien im Aufbruch“ zu sehen, in der charakteristische Gewerbe- und Industrieansiedlungen entlang der 1867 eröffneten Schlesischen Gebirgsbahn von Görlitz über Hirschberg (Jelenia Góra) bis Waldenburg (Wałbrzych) vorgestellt werden. Eine kleinere, aber sehr eindrucksvolle Ausstellung erleben die Besucher mit der Präsentation „Kunst und Krieg“. Bis zum 30. Juni 2024 können Bilder aus dem 17. bis 21. Jahrhundert besichtigt werden, mit denen verschiedene Sichtweisen von Künstlerinnen und Künstlern auf Kriegereignisse deutlich werden.

Große Aufmerksamkeit erhält bereits jetzt die geplante Ausstellung über Jacob Böhme (1575–1624) anlässlich der Jubiläumsjahre 2024 und 2025. 450 Jahre nach seiner Geburt und 400 Jahre nach seinem Tod soll die Ausstellung „LILIENZEIT. Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der Welt“ vom 31. August 2024 bis 2. Februar 2025 seine Gedankenwelt und insbesondere seine Bedeutung in Schlesien einer breiten Öffentlichkeit anschaulich nahebringen. Jacob Böhme zählt zu den wichtigsten deutschen Denkern, der die Literatur, Philosophie, Religion und Kunst über die Jahrhunderte nachhaltig geprägt hat.

Die Schau reiht sich in eine Ausstellungsserie der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden ein, die 2017 mit einer vielbeachteten Präsentation in der Dresdner Schlosskapelle ihren Anfang nahm. 2019 folgten Ausstellungen in Coventry und Amsterdam sowie 2022 in Breslau (Wrocław). Mit der Präsentation 2024/25 beteiligt sich das Schlesische Museum an den zahlreichen Vorhaben in Görlitz und Zgorzelec, mit denen Jacob Böhme in diesem und im kommenden Jahr angemessen gewürdigt werden soll.



„Aurora oder Morgenröte im Aufgang“ ist das 1612 verfasste Erstlings- und Hauptwerk Jacob Böhmes; hier in einem frühen Druck von 1634 aus der Bibliothek des Schlesischen Museums. Foto: SMG

Schlesisches Museum zu Görlitz

Brüderstraße 8, Untermarkt 4, D-02826 Görlitz
Telefon +49 3581 8791-0, Fax +49 3581 8791-200
kontakt@schlesisches-museum.de
www.schlesisches-museum.de



06) LILIENZEIT

Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der Welt

Sonderausstellung vom 31. August 2024 bis zum 2. Februar 2025

Eine Ausstellung der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden und des Schlesischen Museums zu Görlitz, in Kooperation mit den Görlitzer Sammlungen für Geschichte und Kultur. Die Präsentation reiht sich in die zahlreichen Initiativen anlässlich der Jacob-Böhme-Jubiläumsjahre 2024 und 2025 in Görlitz und Zgorzelec ein.

Vernissage: 30. August 2024, 18 Uhr, im Schlesischen Museum zu Görlitz, Brüderstraße 8

Jacob Böhme wurde 1575 in Alt Seidenberg (heute Sulików) bei Görlitz geboren und verstarb 1624 in Görlitz. Er arbeitete als Schuhmacher und Garnhändler, aber seine Überlegungen und Erkenntnisse über den Menschen, Gott und die Welt machen bis heute seine überragende Bedeutung aus. Böhme zählt zu den wichtigsten deutschen Denkern; er hat die Literatur, Philosophie, Religion und Kunst über die Jahrhunderte nachhaltig geprägt.

Die Ausstellung möchte seine Gedankenwelt und insbesondere seine Bedeutung in Schlesien einer breiten Öffentlichkeit anschaulich nahebringen. Es werden die verschlungenen Wege seiner Manuskripte bis zur Veröffentlichung und ihre Rezeption beleuchtet. Zahlreiche wertvolle bibliophile Leihgaben aus der Oberlausitzischen Bibliothek der Wissenschaften in Görlitz vermitteln einen Eindruck von der Schaffenskraft Böhmes und seiner Unterstützer. Eine Hörstation lädt ein, sich in seine Ideen zu vertiefen.

Die Schau ist Teil einer internationalen Ausstellungsserie der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, die 2017 mit einer vielbeachteten Präsentation in der Dresdner Schlosskapelle ihren Anfang nahm. Das begleitende Veranstaltungsprogramm umfasst Vorträge und Filme, Angebote für Kinder und Jugendliche, Ausstellungsführungen, Stadtrundgänge, eine Exkursion zu den Orten Jacob Böhmes und ein Konzert im Rahmen des Lausitzfestivals.

Die Ausstellung wird gefördert durch das Auswärtige Amt sowie die Stiftung der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien.

07) Weitere Termine im Schlesischen Museum



Veranstaltungsinformationen Oktober 2024

Öffentliche Montagsführungen

Obwohl Ruhetag ist, bietet das Schlesische Museum zu Görlitz jeden Montag um 10 Uhr eine exklusive Führung zu wechselnden Themen an.

Eintritt: 8 Euro, ermäßigt 6 Euro (Hinweis: ab 1. Juli gelten neue Preise. Die Eintrittskarte berechtigt auch zum Museumsbesuch am darauffolgenden Tag.)

Buchbares Angebot: Stadtrundgang für Kinder- und Jugendgruppen (ab Klasse 5) In Jacobs Schuhen durch Görlitz

Auf einem Stadtrundgang durch die Görlitzer Altstadt erfahren Kinder und Jugendliche ab der fünften Klasse, wo der Schuhmacher und mystische Philosoph Jacob Böhme (1575–1624) mit seiner Familie lebte, arbeitete und nach seinem Tod begraben wurde. Die Tour führt zunächst zur Neiße, an deren Ufer sich sein Wohnhaus befindet, und zum Untermarkt, wo er als Schuster arbeitete. Das Mollerhaus gegenüber der Peterskirche war der Wirkungsort des Görlitzer Oberpfarrers Gregor Richter, dem Widersacher von Jacob Böhme. Von dort führt der Weg zum Nikolaifriedhof, wo Böhmes Grab immer wieder von Besuchern aus aller Welt mit Lilien geschmückt wird.

Dauer: ca. 90 Minuten

Anmeldung: Matthias Voigt, museumsbildung@schlesisches-museum.de, Tel. 03581/8791-128,

Termine in der Regel von Montag bis Freitag

Eintritt: 30 Euro pro Gruppe

Treff: Schlesisches Museum, Eingang Brüderstraße 8

Ferienangebot

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, 8., 9., 10. Oktober 2024, 10 Uhr

Schlesisches Museum, Eingang Brüderstraße 8

Zauberei im Rübezahl-Labor: Kreativwerkstatt für Kinder ab 8 Jahren

In der ersten Ferienwoche öffnet im Schlesischen Museum zu Görlitz das „Rübezahl-Labor“. Rübezahl ist ein geheimnisvoller Geist aus dem Riesengebirge an der Grenze zwischen Polen und Tschechien. Früher haben sich die Menschen Geschichten über den Berggeist ausgedacht, wenn sie sich etwas nicht erklären konnten. Er kann in vielen Gestalten erscheinen, als Wolke, als Baum, als Riese oder als Zwerg. In unserem Labor erschaffen wir gemeinsam mit dem Rübezahlforscher und Kinderbuchautor Ralf Pasch einen eigenen Rübezahl.

Seite A 97 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Die Zauberei beginnt mit einem kleinen Rundgang durch Museum, auf dem wir entdecken, wo der Berggeist überall herumschwirrt. Dann geht es ans Werk: Wir werden selbst Schriftstellerin oder Schriftsteller! Aus den Ergebnissen soll ein kleines Büchlein entstehen. Wer mag, kann seinem Geist auch per Handy oder Bastelei Leben einhauchen.

Dauer: ca. 2 Stunden, mehrtägige Teilnahme möglich

Anmeldung: Matthias Voigt, museumsbildung@schlesisches-museum.de, Tel. 03581 8791-128

Teilnahme: 5 Euro pro Person/Tag

Ferienangebot

Mittwoch und Freitag, 16. und 18. Oktober 2024, 10 Uhr

Schlesisches Museum, Eingang Brüderstraße 8

„Lilienzeit“ für junge Philosophen

Herbstferienangebot, begleitend zur Ausstellung „LILIENZEIT. Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der Welt“

Kinder sind oft kleine Philosophen. In den Herbstferien können Schüler ab der vierten Klasse in der Ausstellung LILIENZEIT erfahren, warum Jacob Böhme so berühmt geworden ist und dass Philosophieren richtig Spaß macht. Wie hängt unsere Welt mit uns zusammen? Welche Fragen können wir stellen, um das zu erkennen? Und wie kam Jacob Böhme vor 400 Jahren darauf, dass Gut und Böse, Licht und Schatten untrennbar miteinander verbunden sind? Eine gute Stunde können angehende Philosophinnen und Philosophen fragen, erkennen und diskutieren. Wer besonders geschickt ist, kann danach unter Anleitung noch eine Lilie aus Papier entstehen lassen.

Anmeldung: Matthias Voigt, museumsbildung@schlesisches-museum.de, Tel. 03581 8791-128

Eintritt: 3,50 Euro/Person

Drei Veranstaltungen zur Ausstellung „LILIENZEIT. Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der Welt“

Freitag, 4. Oktober 2024, 18 Uhr

Schlesisches Museum, Eingang Brüderstraße 8

Die Kunst, Papier und Bücher zu restaurieren

Vortrag des Papier- und Buchrestaurators Christoph Roth, Döbeln

Schriften und Bücher aus vielen Jahrhunderten sind in der Stadt Görlitz aufbewahrt und behütet worden. Teilweise unter schwierigsten Bedingungen haben Sie Zeiten von Verheerung, Krieg und Epidemien überstanden. In der aktuellen Ausstellung „LILIENZEIT. Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der Welt“ sind kostbare Schriften und Bücher zu sehen. Der Papier- und Buchrestaurator Christoph Roth aus Döbeln erläutert die Materialien und Herstellungsverfahren solcher alten Bücher und führt die Möglichkeiten vor, sie zu reparieren und zu erhalten.

Eintritt: 5 Euro

Seite A 98 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Sonntag, 13. Oktober 2024, 15 Uhr

Schlesisches Museum, Eingang Brüderstraße 8

Führung durch die Sonderausstellung LILIENZEIT

mit der wissenschaftlichen Bibliothekarin Karin Stichel (Görlitz)

Eine Führung durch die Ausstellung LILIENZEIT über den mystischen Philosophen Jacob Böhme (1575–1624), einen Görlitzer Schuhmacher, der zugleich zu den wichtigsten deutschen Denkern zählt. Mit seinen fundamentalen Ideen hat er die Literatur, Philosophie, Religion und Kunst über die Jahrhunderte nachhaltig geprägt.

Teilnahme: 3 Euro + Eintritt (4/3,50 Euro)

Weitere Führungen am 10.11.2024, 8.12.2024, 12.1.2025, 2.2.2025, jeweils 15 Uhr

Samstag, 19. Oktober 2024, 10:30 Uhr

Schlesisches Museum, Eingang Brüderstraße 8

Sprache und Vernunft zur Zeit Jacob Böhmes

Vortrag von Dr. Andreas Eichler, dem Vorsitzenden des Sächsischen Schriftstellerverbandes, Niederfrohna, in Kooperation mit der Jacob-Böhme-Akademie / ideenfluß e.V., passend zur Ausstellung „LILIENZEIT. Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der Welt“

Der Autor und Verleger Andreas Eichler versucht, die Besonderheit Jacob Böhmes fassbar zu machen, indem er ihn in einer Folge von Denkern vorstellt, die über Generationen hinweg von mitteldeutscher Sprache und Regionalkultur geprägt wurden. Ausgehend von der Philosophie als Weisheit, welche die Gegensätze Vernunft und Glaube vereint, führt seine Einordnung von den Minnesängern um 1200 über die Mystikerin Mechthild von Magdeburg und den Theologen Meister Eckhart im 13./14. Jahrhundert, die Philosophen des 17. und 18. Jahrhunderts Gottfried Wilhelm Leibniz und Johann Gottfried Herder, den Denker und demokratischen Politiker der Weimarer Republik Walther Rathenau bis hin zu Künstlern in der DDR: zum Dramatiker Heiner Müller, zum avantgardistischen Künstler Carlfriedrich Claus und zum Liedermacher Gerhard Gundermann.

Eintritt: 5 Euro

08) Zentrum gegen Vertreibungen: Ausstellungen



ZENTRUM
GEGEN
VERTREIBUNGEN

AUSSTELLUNG: „DIE GERUFENEN“
Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa

AUSSTELLUNG: „ERZWUNGENE WEGE“
Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts

AUSSTELLUNG: „ANGEKOMMEN“
Die Integration der Vertriebenen in Deutschland

AUSSTELLUNG: „VERSCHWUNDEN“
Orte, die es nicht mehr gibt

AUSSTELLUNG: „IN LAGERN“
Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955



ZgV - Zentrum gegen Vertreibungen

Organisationsbüro:

Godesberger Allee 72-74 | 53175 Bonn | Telefon: 0228 - 81007-0 | E-Mail: info@z-g-v.de

Besuchen Sie uns auch auf unserer Homepage: www.z-g-v.de

Teil B
Inhaltsverzeichnis (Seiten B I – B VI)

B. a) Termine von Tagungen u.ä.

Seiten B 1 – B 87

- 01) Andrej-Mitrovic-Preis 2024
- 02) Promotionsstudium "History and Cultural Studies" (FU Berlin)
- 03) Forschungsstipendium 1/2025 (Max Weber Netzwerk Osteuropa)
- 04) 2x IFZO Fellowships "Baltic Sea Region Research" (Univ. of Greifswald)
- 05) 3 Leibniz Summer Fellowships "German and European History"
- 06) 25. Tagung des Arbeitskreises Ordensgeschichte 19./20. Jahrhundert
- 07) Wie lange noch? Wie viele noch? Wie weiter? –(Nicht-) Zukünfte der Sorben und der Lausitz in Vergangenheit und Gegenwart
- 08) Die Archive des Deutschen Ordens. Tagung der Internationalen Historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens in Berlin, 19. bis 21. September 2024
- 09) From Russia with German: Migration Experiences across Three Continents
- 10) From Soviet to Independent Ukraine: A Time of Change
- 11) Architektur und Staatsbildung: Festungsbauten als Instrument Habsburgischer Herrschaft in Krakau und Lemberg
- 12) Religiöse Vielfalt in der DDR
- 13) Militärischer Metabolismus – Was haben sich Militär-, Energie- und Umweltgeschichte zu sagen?
- 14) „Es ist die Bürgerpflicht eines jeden, zur Erhaltung der Denkmäler beizutragen.“
- 15) 1989 – Mit der Revolution in die Zukunft
- 16) Nordsee – Ostsee – Mittelmeer. Pluralität und Gemeinsamkeiten
- 17) Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und den Baltischen Ländern 1850–1950. Medien – Institutionen – Akteure
- 18) Deportationspraktiken und -erfahrungen in der Frühen Neuzeit
- 19) Minderheiten und ‚Kultur‘ zwischen Stadt und Land
- 20) Historisches Quartett: Zeitgeschichte in der Diskussion
- 21) Deutsche Besatzung in Polen 1939-1945. Forschungsstand und Forschungsdesiderate
- 22) Der Kalte Krieg auf Schienen
- 23) Bauernkrieg zwischen Unstrut und Elbe: Die Aufstände 1524/25 im heutigen Sachsen-Anhalt
- 24) Wasserlandschaften? Wechselwirkungen und Verflechtungen zwischen Wasser, Mensch und Kulturlandschaft
- 25) (P)Ostkolonialismus – Postcolonial Perspectives on Poland, Ukraine and Eastern Europe
- 26) Wissensordnung in der vormodernen Lotharingia
- 27) Silber 1000–2000. Produktion, Distribution und Semantik in Europa
- 28) Palastkulturen. Geschichte und Gegenwart der DDR-Kulturhäuser

Seite B II zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

- 29) Aufbruch in die Demokratie? Nachwirkungen der Revolution 1848/49 im Spiegel aktueller gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen
- 30) Performances of Belonging? Popular Entertainment, Race, and Nationalism in Central and Eastern Europe, 1880-today
- 31) 1945 - 2025. War and Postwar(s). Contemporary perspectives on the world after the Second World War
- 32) Bundesländer - Medien - Landesgeschichte

B. b) Berichte von Fachtagungen

Seiten B 88 – B 89

- 01) Regionen im Umbruch. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit den 1960er Jahren

B. c) Zeitschriftenschau

Seiten B 90 – B 132

- 01) Neue Rezensionen im Archiv für Sozialgeschichte – September 2024
- 02) Journal of Modern History 96 (2024), 3
- 03) Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 72 (2024), 9
- 04) WerkstattGeschichte (2024), 90
- 05) Quest. Issues in Contemporary Jewish History 25 (2024) 3
- 06) Central European History 57 (2024), 2
- 07) Journal for the History of Central, Eastern and Southeastern Europe 1 (2024), 1
- 08) Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 (2024), 9
- 09) Militärgeschichtliche Zeitschrift 83 (2024), 1
- 10) Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 69 (2024), 2
- 11) Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 68 (2022)
- 12) Zeitschrift für Thüringische Geschichte (ZThG) 78 (2024)
- 13) Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 73 (2024), 3
- 14) Journal für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 5 (2024)
- 15) Comparative Southeast European Studies 72 (2024), 3
- 16) Tokovi istorije / Currents of History 32 (2024), 2
- 17) Osteuropa 74 (2024), 6–7

A. Besprechungen (Seiten B 160 – B 162)

- 01)** „Stutterheim auf Inspektion“. Schlaglichter auf das Retablisement der ostpreußischen Infanterie 1763-1783. Dokumentation. Bearbeitet von Jürgen Kloosterhuis (4 SW-Abb.). Berlin: Duncker & Humblot (2024). X, 159 Seiten.
= Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz. Quellen. Band 76.
ISBN 978-3-428-19289-2. Euro 69,90.

B. Besprechungen in Arbeit (Seite B 163 - B 164)

- 01)** Wolfram Euler: Das Westgermanische. Seine Rekonstruktion von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert. (vier Abbildungen). [Zweite Auflage]. London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2022. 267 Seiten. ISBN 978-3-945127-414. € 49,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

- 02)** Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2019. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 248 Seiten. ISBN 978-3-88557-247-3. € 9.80.

Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2020. Persönlichkeiten und Die Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 240 Seiten. ISBN 978-3-88557-248-0. € 9.80.

Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2021. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 256 Seiten. ISBN 978-3-88557-250-3. € 9.80.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

- 03)** Miloš Řezník: Regionalität im Fluss. Die kaschubische Bewegung – Zugehörigkeit, Raum und Geschichte (1840-1920). (24 SW-Abb.). (Osnabrück) fibre (2024). 316 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.48.
ISBN 978-3.944870-88-5. Euro 58,00.
Rezensent: Roland Borchers, Berlin

- 04)** Kay Usenbinz: Das neue Berlin des Hofarchitekten Johann Arnold Nering (1659-1695). (579 meist SW-Abb.). (Baden-Baden) Tectum Verlag [in der Nomos Verlagsgesellschaft] (2024). VII, 956 + 2 Seiten.
= Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag, Reihe Kunstgeschichte. Band 18.
ISBN 978-3-8288-4951-8. ePDF 978-3-8288-5088-0. € 159,00.
Rezensent: Wulf D. Wagner, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (Seiten B 165 – B 166)

- 01)** Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02)** Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.
- 03)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 04)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.

Seite B V zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07)** Astrid Bartel: Des Lebens ungeteilte Freude. Erzählungen. (Norderstedt: BoD Book on Demand 2022). 396 Seiten.
ISBN 978-3-7557-1708-9. € 14,90.
- 08)** Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik. Herausgegeben von Manfred Kittel, Gabriele Schneider, Thomas Simon. (mit Abb. und Tab.). Berlin: Duncker & Humblot (2022). 383 Seiten.
= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge, Beiheft 17.
ISBN 978-3-428-18526-9 (Print). € 119,90.
- 09)** Gisela Borchers: Arbeitsgemeinschaft Vertriebene der Oldenburgischen Landschaft: Bund der Vertriebenen (BdV). Seine Geschichte in der Stadt Oldenburg. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb. auf 7 Seiten Anhang, 1 mehrfarbiger Stadtplan von Oldenburg auf der hinteren Umschlaginnenseite).
Oldenburg: Isensee-Verlag (2022). 79 Seite + 7 Seiten Anhang mit Abb.
Herausgegeben von der Oldenburgischen Landschaft.
ISBN 978-3-7308-1963-0. € 15,00.
- 10)** 52. Heimatjahrbuch der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Weihnachten 2021. Herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Allenstein e. V., Kreisvertreter Andreas Galinski. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb., mehrfarbige Bildkarte auf Umschlag-Rückseite).
(Velbert 2021). 280 Seiten. € ?
- 11)** Angerburger Heimatbrief. Heft Nr. 170, Dezember 2022. Herausgeber: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. (Mitglied in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.). (Rotenburg / Wümme 2022). 171 Seiten. € ?
- 12)** Monarchie und Diplomatie. Handlungsoptionen und Netzwerke am Hof Sigismunds III. Wasa. (Hg.) Kolja Lichy, Oliver Hegedüs. (Paderborn) Brill / Schöningh (2023). XLI, 333 Seiten.
= Fokus. Neue Studien zur Geschichte Polens und Osteuropas. Band 13. ISSN 2698-5020. ISBN 978-3-506-70588-4 (hardback); ISBN 978-3-657-70588-7 (e-book). € 99,00.

Seite B VI zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

- 13)** Karol Plata-Nalborski: Kraina wędrujących dworów. Z dziejów Bałdowa, Knybawy i Czyżykowa. (viele Abb.). Tczew 2024. 723 Seiten. ISBN 978-83-971387-0-4. Złoty 69,00.

- 14)** Joachim Nolywaika: Vergeßt den Deutschen Osten nicht! Das Unrecht der Sieger: Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Sudetenland. (mit SW-Abb.). (Kiel) Arndt (2024). - 252 Seiten. ISBN 978-3-88741-310-1.- € 25.95.

Teil B

B. a) Termine von Tagungen u.ä.

Seiten B 1 – B 78

01) Andrej-Mitrovic-Preis 2024

Michael-Zikic-Stiftung
80539 München

Vom - Bis
01.06.2024 - 31.10.2024
Bewerbungsschluss
31.10.2024

<https://mzstiftung.wordpress.com/>

Von
Milan Kosanovic, Vorstand, Michael-Zikic-Stiftung

Die Michael-Zikic-Stiftung vergibt erneut den Andrej-Mitrović-Preis für Geschichte (dotiert mit 1.000,00 EUR). Er zeichnet eine herausragende unveröffentlichte Dissertation zu einem Thema der Geschichte Serbiens, der Geschichte Jugoslawiens, der deutsch-serbischen bzw. deutsch-jugoslawischen Beziehungen oder zu einem Thema der Geschichte des deutschsprachigen Raumes, der serbisch-deutschen oder jugoslawisch-deutschen Beziehungen aus.

Andrej-Mitrović-Preis 2024

Die Michael-Zikic-Stiftung vergibt erneut den Andrej-Mitrović-Preis für Geschichte, der mit 1.000,00 Euro dotiert ist.

Er zeichnet eine herausragende unveröffentlichte Dissertation (kein Verlagsvertrag) aus, die in den Jahren 2022 bis 2024 an einer Universität der unten genannten Länder eingereicht worden ist.

- zu einem Thema der Geschichte Serbiens, der Geschichte Jugoslawiens oder der deutsch-serbischen, bzw. deutsch-jugoslawischen Beziehungen, wenn sie an einer Universität in Deutschland eingereicht wurde, bzw.

- zu einem Thema der Geschichte des deutschsprachigen Raumes oder der serbisch-deutschen, bzw. jugoslawisch-deutschen Beziehungen, wenn sie an der Universität eines Landes, das vormals Teil Jugoslawiens war, eingereicht wurde. Die Arbeiten können sowohl von den Verfassern/Verfasserinnen als auch von den jeweiligen Betreuern/innen vorgeschlagen werden. Einzureichen sind ein Exemplar der Arbeit in gebundener und digitaler Form sowie die Gutachten in gedruckter sowie digitaler Form, dabei ist die Hochschule, an der die Arbeit eingereicht wurde, zu benennen.

Über die Vergabe des Preises entscheidet der Vorstand der Stiftung, der weitere Gutachten einholen kann. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Seite B 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Bewerbungstermin ist der 30.10.2024

Bitte senden Sie die Arbeit sowie die erforderlichen Unterlagen formlos an:

Prof. Dr. Marie-Janine Calic

Vorsitzende des Vorstandes der Michael-Zikic-Stiftung

Historisches Seminar Ludwig-Maximilians-Universität München

Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München

Kontakt

Prof. Dr. Marie-Janine Calic

Vorsitzende des Vorstandes der Michael-Zikic-Stiftung

Historisches Seminar

Ludwig-Maximilians-Universität München

Geschwister-Scholl-Platz 1

80539 München

<https://mzstiftung.wordpress.com/>

Zitation

Andrej-Mitrovic-Preis 2024., In: H-Soz-Kult, 13.06.2024, www.hsozkult.de/grant/id/stip-144697.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.

02) Promotionsstudium "History and Cultural Studies" (FU Berlin)

Promotionsstudium "History and Cultural Studies" (HCS)

Einrichtung Freie Universität Berlin (Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften)
14195 Berlin

Vom - Bis

01.10.2025

Bewerbungsschluss

15.11.2024

<https://www.geschkult.fu-berlin.de/hcs>

Von

Franziska Lesak, Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften, Freie Universität Berlin

Promotionsstudium "History and Cultural Studies" (FU Berlin)

Sie interessieren sich für ein strukturiertes kulturwissenschaftliches Promotionsstudium an der Freien Universität? Dann bewerben Sie sich bei uns am Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften.

Promotionsstudium "History and Cultural Studies" (HCS)

Programmbeginn: 1. Oktober 2025

Das international ausgerichtete Promotionsstudium "History and Cultural Studies" (HCS) schreibt Studienplätze aus. Das Programm ist am Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften angesiedelt und Mitglied der Dahlem Research School.

Zielgruppe: Das Programm (HCS) bietet Graduierten mit ausgezeichneten Studienleistungen ein strukturiertes, kulturwissenschaftliches, forschungsorientiertes Programm mit disziplinären und interdisziplinären Anteilen zur Promotion in einem der am Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften vertretenen Fächer: Geschichte, Kunstgeschichte, Altertumswissenschaften, Orient- und Ostasienwissenschaften, Judaistik und Religionswissenschaft.

Profil: HCS nimmt sowohl die Tradition der in Deutschland ausgebildeten Kulturwissenschaften als auch der an (gesellschafts-)politischen Fragen entwickelten Cultural Studies angloamerikanischer Prägung in den Blick und bietet auf Grundlage dieser beiden Diskursformationen die Möglichkeit, die eigene Forschung kulturwissenschaftlich zu perspektivieren und regelmäßig zu diskutieren.

Das Promotionsstudium eint sie in einem gemeinsamen Interesse, kulturwissenschaftliche Orientierung und fachspezifische Kenntnisse und Kompetenzen zu verbinden und eine Praxis interdisziplinären Arbeitens auszubilden. Die Beteiligung an HCS setzt gleichermaßen fundierte Fachkenntnisse wie auch ein ausgeprägtes Interesse an Theorie- und Methodenfragen auf interdisziplinärer Ebene voraus.

Das Promotionsstudium ist auf drei Jahre angelegt. Die Lehrsprachen sind Englisch und Deutsch.

Bewerbung: Die Bewerbungen können auf Deutsch oder Englisch ausschließlich über das Online-Portal der Dahlem Research School (<https://www.drs.fu-berlin.de/user/register>) eingereicht werden. Das Online-Portal ist vom 15. September 2024 bis zum 15. November 2024 freigeschaltet. Nähere Informationen zum Promotionsprogramm und dem Bewerbungsverfahren finden Sie auf unserer Website.

Kontakt

Franziska Lesák
Koordinatorin des Programms (HCS)
E-Mail: hcs@geschkult.fu-berlin.de

<https://www.geschkult.fu-berlin.de/hcs>

Zitation

Promotionsstudium "History and Cultural Studies" (FU Berlin)., In: H-Soz-Kult, 24.09.2024, www.hsozkult.de/studyprogramme/id/stud-146402.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Forschungsstipendium 1/2025 (Max Weber Netzwerk Osteuropa)

Institution Max Weber Netzwerk Osteuropa

53173 Bonn

Vom - Bis

01.01.2025 - 31.07.2025

Bewerbungsschluss

15.11.2024

<https://mwsosteuropa.hypotheses.org/6444>

Von

Mariia Chasovskaia, Max Weber Netzwerk Osteuropa

Das Max Weber Netzwerk Osteuropa vergibt für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Juli 2025 ein- bis dreimonatige Forschungsstipendien für Archivrecherchen zu historischen Themen in den postsowjetischen Staaten (außer Russland und Belarus) sowie in Finnland. Das Stipendienprogramm richtet sich an Nachwuchswissenschaftler in den Geistes- und Sozialwissenschaften an deutschen Hochschulen bzw. Forschungseinrichtungen. Bitte beachten Sie, dass aufgrund der kriegsbedingten Sicherheitslage derzeit keine Stipendien für Forschungsaufenthalte in der Ukraine gewährt werden können.

Forschungsstipendium 1/2025

Bewerbungsvoraussetzungen:

Die Bewerber müssen mindestens einen Masterabschluss oder einen äquivalenten Abschluss (Staatsexamen, Diplom) vorweisen, an eine deutsche Hochschule bzw. Forschungseinrichtung angebinden sein und dort ein Forschungsprojert verfolgen, das der akademischen Weiterqualifizierung dient.

Länder und Regionen:

Die Bewerber können sich für Forschungsaufenthalte in bis zu zwei Ländern (z.B. Litauen und Georgien) oder in einer Region (z.B. Baltikum, inkl. Finnland; Südkaukasus; Zentralasien) bewerben.

Förderleistungen:

Das Stipendium ist für die Mehraufwendungen bestimmt, die sich aus dem Forschungsaufenthalt in den postsowjetischen Staaten sowie in Finnland ergeben. Die Höhe des Stipendiums wird vom Max Weber Netzwerk Osteuropa festgelegt und orientiert sich an den Richtlinien der DFG. Im Falle von Forschungsaufenthalten in einem Land bzw. einer Region werden die Fahrtkosten für eine Hin- und Rückreise erstattet. Im Falle von Forschungsaufenthalten in zwei Ländern, die sich in zwei unterschiedlichen Regionen befinden (z.B. Baltikum und Zentralasien), wird der Fahrkostenzuschuss für eine weitere Reise gewährt.

Die Richtlinien zur Vergabe und die Höhe des Stipendiums regelt die Stipendienordnung (https://mwsosteuropa.hypotheses.org/files/2024/04/Stipendienordnung_Forschungsstipendien_final.pdf).

Bewerbungsunterlagen:

Die Bewerbungsunterlagen müssen auf Deutsch oder Englisch eingereicht werden. Bitte beachten Sie, dass den Unterlagen eine schriftliche Bestätigung der zu konsultierenden

Seite B 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Archive beigelegt werden muss, aus der hervorgeht, dass der Bewerber bzw. die Bewerberin Zugang zu den jeweiligen Archiven erhält und die dortigen Bestände einsehen darf.

Eine vollständige Bewerbung enthält folgende Angaben:

- ausgefülltes Bewerbungsformular
- Exposé zum Forschungsprojekt einschl. Angaben zum Stand der Vorarbeiten (ca. 2-3 Seiten)
- Skizze der Forschungsarbeiten, die den Aufenthalt in Archiven postsowjetischer Staaten bzw. in Finnland notwendig machen (ca. 1-2 Seiten)
- Bestätigung der Archive bzgl. der Zugänglichkeit der Bestände
- Gutachten des/r akademischen Betreuers/Betreuerin (bzw. eines/r anderen Experten/in im relevanten Bereich) (bis zu einer Seite)
- Lebenslauf (mit Publikationsliste)
- Zeugniskopien (Masterzeugnis, Diplom, Promotionsurkunde)

Bitte senden Sie das ausgefüllte Antragsformular

(<https://mwsosteuropa.hypotheses.org/files/2024/04/MWN->

[Osteuropa_Antragsformular_Stipendium_DE.pdf](https://mwsosteuropa.hypotheses.org/files/2024/04/MWN-Osteuropa_Antragsformular_Stipendium_DE.pdf)) sowie alle anderen Unterlagen in einer PDF-Datei und ausschließlich per E-Mail an stipendien@mws-osteuropa.org

Ein Rechtsanspruch auf die Bewilligung des Stipendiums besteht nicht. Weitere Auskünfte erhalten Sie per E-Mail unter: stipendien@mws-osteuropa.org
Bewerbungsfrist ist der 15. November 2024

Kontakt

stipendien@mws-osteuropa.org

<https://mwsosteuropa.hypotheses.org/6444>

Zitation

Forschungsstipendium (Max Weber Netzwerk Osteuropa)., in: H-Soz-Kult, 30.09.2024, <http://www.hsozkult.de/grant/id/stip-150309>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) 2x IFZO Fellowships "Baltic Sea Region Research" (Univ. of Greifswald)

IFZO Research Fellowships 2025

University of Greifswald (Interdisciplinary Centre for Baltic Sea Region Research (IFZO))

Bewerbungsschluss

25.11.2024

<https://ifzo.uni-greifswald.de/institute/einrichtungen/ifzo/ifzo-neuigkeiten/ifzo-neuigkeiten-detailansicht/n/call-for-applications-ifzo-research-fellowships-2025-deadline-25-november-2024-201767/>

Von

Ronny Grundig, Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO), Universität Greifswald

The Interdisciplinary Centre for Baltic Sea Region Research (IFZO) is pleased to award two fellowships to support significant research about transformations in the Baltic Sea region and related topics. The fellowships are designed for scholars at doctoral and postdoctoral level.

IFZO Research Fellowships 2025

The Interdisciplinary Centre for Baltic Sea Region Research (IFZO) is pleased to award two fellowships to support significant research about transformations in the Baltic Sea region and related topics that would benefit from a period of residence at the Centre and access to its resources. From 2021 until 2026, the research programme focuses on "Fragmented Transformations. Perceptions, Constructions, and Orders of a Changing Region". The fellowships are designed for scholars at doctoral and postdoctoral level.

The IFZO research project "Fragmented Transformations" accommodates seven research groups on Cultural Heritage, Energy, Security and International Relations, Regional Development and Rural Areas, New Nationalism, Sustainability and Regional Land Use Patterns." We invite applications from scholars who are willing to contribute to the above mentioned research programme and like to engage in an interdisciplinary discourse with researchers in Greifswald and the entire Baltic Sea region. Participating disciplines include history, literary studies, Baltic, Slavonic, Scandinavian and Finnish philologies, art history, socio-linguistics, musicology, geography, economics, political science, law, sustainability studies, and international relations. In an interdisciplinary approach, researchers at all levels of their academic careers jointly investigate current transformation processes, their impact on regional structures as well as the impact of regionality on these processes. The fragmentation of transformation processes is researched through cultural, social, economic, legal and political lenses. We welcome applications by scholars who work either on case studies with strong connection to the Baltic Sea region or follow a conceptual approach that contributes to the overall programme of the centre.

Benefits of Becoming an IFZO-Fellow

A fellowship at the IFZO not only provides time to research and access to library/research facilities but also an extensive network of people and institutions. From onboarding meetings with colleagues, to active involvement in workshops, and to presentations by fellows and staff alike, fellows participate in an intimate environment designed to create the most fruitful

Seite B 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

research experience possible. The fellowship may serve as a starting point for collaborative project development, publications and can also provide a basis for project applications to relevant funding institutions.

Fellowship Duration and Stipend

In addition, fellows receive a monthly stipend of 1,750.00 EUR. Individual awards range from three to six consecutive months of residency. A minimum of three consecutive months is required. Fellows may not hold an IFZO-fellowship concurrently with other funded fellowships. The IFZO is also able to provide visa assistance to fellows and their dependants, if necessary. Fellows are responsible for securing their own housing accommodations and health insurance. We do not provide support allowances for accompanying family members.

Application Materials and Guidelines

The competition is currently open and will close on 25 November 2024.

Awards are granted on a competitive basis. Successful project proposals should highlight the benefits for both sides, the scholar and the centre. Together with a max. 5-page project proposal applicants should mention a preferred IFZO-Fragmented-Transformation research group to cooperate with.

Immediate postdocs and faculty between appointments will also be considered. Applicants who have received a fellowship award from the IFZO in previous cycles may not re-apply.

All applications must be submitted in English in one pdf-file to the email address below. Applicants will be notified of the outcomes latest by 15 January 2025. Fellowships may begin in April 2025. All applications must consist of the following:

- A project proposal, not to exceed five single-spaced pages
- A curriculum vitae summary, not to exceed four single-spaced pages
- Two signed letters of recommendation that speak to the significance of the proposed project and the applicant's ability to carry it out. Only two letters will be considered. Letters of recommendation must be received by the deadline and come directly from the references, not from the applicant.

Please note the deadline for all materials, 25 November 2024.

Kontakt

ifzo@uni-greifswald.de

<https://ifzo.uni-greifswald.de/institute/einrichtungen/ifzo/ifzo-neuigkeiten/ifzo-neuigkeiten-detailansicht/n/call-for-applications-ifzo-research-fellowships-2025-deadline-25-november-2024-201767/>

Zitation

2x IFZO Fellowships "Baltic Sea Region Research" (Univ. of Greifswald)., In: H-Soz-Kult, 25.09.2024, <www.hsozkult.de/grant/id/stip-150156>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) 3 Leibniz Summer Fellowships "German and European History"

Three Leibniz Summer Fellowships at the ZZF Potsdam

Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
14467 Potsdam

Vom - Bis

01.04.2025 - 31.10.2025

Bewerbungsschluss

30.11.2024

<https://zzf-potsdam.de/chancen/stellenangebote/leibniz-summer-fellowships-field-german-and-or-european-including-eastern>

Von

Lee Wallace Holt, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Three Leibniz Summer Fellowships "German and European History in the 20th century" at the Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam / Leibniz Centre for Contemporary History Potsdam (ZZF).

Three Leibniz Summer Fellowships at the ZZF Potsdam

The Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam / Leibniz Centre for Contemporary History Potsdam (ZZF) is pleased to invite applications for three

Leibniz Summer Fellowships in the field of "German and/or European (including Eastern European) History in the Twentieth Century."

These two-month fellowships provide an opportunity to pursue individual research in Germany while participating in the academic life of one of Germany's major historical research centres.

Founded in 1992, the ZZF is interested in all aspects of contemporary European History and currently comprises five research departments: "Communism and Society", "Knowledge, Economy, Politics", "Regimes of the Social Sphere", "Contemporary History in the Age of Media and Information" and "Globalizations in a Divided World". The ZZF library holds approximately 100,000 items and subscribes to more than 100 periodicals.

We expect applicants to have post-doctoral standing and provide evidence of an outstanding academic record. Fellows are free to pursue research related to their own individual interests, yet applicants whose interests relate to one or more of the research departments of the ZZF will be given preference. Successful candidates will be assigned to one of the institute's departments, offered participation in departmental activities, and asked to present their project as part of the institute's research seminar.

The Leibniz Summer Fellowship provides a monthly grant of 3,000 €. This funding is expected to cover all living and travelling expenses, including appropriate insurance. Fellows are asked to reside in Berlin or Potsdam for two consecutive months between April and October 2025. The ZZF will provide office space, computer access, and other relevant facilities.

Seite B 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

The application deadline is November 30, 2024. Decisions will be announced no later than December 31, 2024. Applications are accepted in English or German and must include

a letter of interest;
a curriculum vitae;
a list of publications;
a project proposal not exceeding 1,500 words.

Applications should be sent via e-mail to fellowships@zzf-potsdam.de in a single pdf attachment only. A letter of recommendation is not required. For further information regarding the ZZF, please refer to <https://www.zzf-potsdam.de/>. For applications and further questions about the fellowship program please contact: fellowships@zzf-potsdam.de.

Our data protection information is available for review at <https://zzf-potsdam.de/de/datenschutzhinweise>. This website provides comprehensive information about the collection, processing, and use of your personal data, as well as link to a PGP public key if you would like to send your application digitally encrypted.

Kontakt

fellowships@zzf-potsdam.de

<https://zzf-potsdam.de/chancen/stellenangebote/leibniz-summer-fellowships-field-german-and-european-including-eastern>

Zitation

3 Leibniz Summer Fellowships "German and European History in the 20th century" (ZZF Potsdam), In: H-Soz-Kult, 25.09.2024, www.hsozkult.de/grant/id/stip-150224.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) 25. Tagung des Arbeitskreises Ordensgeschichte 19./20. Jahrhundert

Veranstalter Gisela Fleckenstein, Landesarchiv Speyer; Carolin Hostert-Hack, KEB Westeifel (Arbeitskreis Ordensgeschichte 19./ 20. Jahrhundert)

Ausrichter Arbeitskreis Ordensgeschichte 19./ 20. Jahrhundert

Veranstaltungsort Forum Vinzenz Pallotti, Vinzenz Pallotti University

56179 Vallendar

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

01.09.2025

Frist

30.10.2024

Seite B 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Website

<https://vp-uni.de/university/institute-forschung/institut-fuer-theologie-und-geschichte-religioeser-gemeinschaften/arbeitskreis-ordensgeschichte-19-20-jahrhundert/>

Von

Gisela Fleckenstein, Landesarchiv Speyer

Der „Arbeitskreis Ordensgeschichte 19./20. Jahrhundert“ ist ein Diskussionsforum zur neueren Ordensgeschichte. Der Schwerpunkt liegt auf der Geschichte der Orden seit der Säkularisation bis heute. Die Mitglieder des Arbeitskreises sind durch wissenschaftliche Qualifikationsarbeiten, Forschungsprojekte, Lehrtätigkeit an Hochschulen oder Tätigkeit in Archiven mit der Thematik befasst. Auf den jährlichen Fachtagungen werden aktuelle Arbeiten zur Ordensgeschichte vorgestellt und diskutiert.

Arbeitskreis Ordensgeschichte 19./ 20. Jahrhundert - Tagung 2025

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder und InteressentInnen des Arbeitskreises Ordensgeschichte,

für 2025 ist die nunmehr 25. Tagung des Arbeitskreises Ordensgeschichte 19./20. Jahrhundert geplant. Die Wochenendtagung soll vom **7. bis 9. Februar 2025** im Forum Vinzenz Pallotti an der Vinzenz Pallotti University, Pallottistr. 3, D-56179 Vallendar stattfinden.

Dieses Schreiben möchte Sie wiederum ermutigen, bei der geplanten Tagung das eigene laufende Forschungsvorhaben, ein geplantes Projekt oder ein Thema aus dem Bereich der Ordensgeschichte, auch der nicht-katholischen Tradition, vorzustellen. Erwünscht sind darüber hinaus auch Beiträge über noch nicht bearbeitete Archivbestände und zu Orden in den Medien. Ein Rahmenthema ist bewusst nicht vorgegeben.

Jeder Referentin/ jedem Referenten steht eine Stunde für Vortrag und Diskussion zur Verfügung. Der Vortrag sollte 30 Minuten nicht überschreiten, damit genügend Raum für die Diskussion bleibt.

Interessenten und Interessentinnen setzen sich bitte mit ihrem Themenvorschlag bis spätestens 30. Oktober 2024 mit den Leiterinnen des Arbeitskreises Gisela Fleckenstein (E-Mail: g.fleckenstein@web.de) oder Carolin Hostert-Hack (E-Mail: caro.hostert@web.de) in Verbindung.

Das Programm und die offizielle Einladung zur Tagung erhalten Sie Ende des Jahres. Eine Übersicht über die bisherigen Tagungen des Arbeitskreises finden Sie unter: <https://vp-uni.de/university/institute-forschung/institut-fuer-theologie-und-geschichte-religioeser-gemeinschaften/arbeitskreis-ordensgeschichte-19-20-jahrhundert>. Den Bericht zur Tagung von 2024 unter: <https://ordensgeschichte.hypothesos.org/13157>

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen und verbleiben mit herzlichen Grüßen und besten Wünschen

Gisela Fleckenstein und Carolin Hostert-Hack

Kontakt

Gisela Fleckenstein (E-Mail: g.fleckenstein@web.de) oder Carolin Hostert-Hack (E-Mail: caro.hostert@web.de)

<https://vp.uni.de/university/institute-forschung/institut-fuer-theologie-und-geschichte-religioeser-gemeinschaften/arbeitskreis-ordensgeschichte-19-20-jahrhundert/>

Zitation

25. Tagung des Arbeitskreises Ordensgeschichte 19./20. Jahrhundert., In: H-Soz-Kult, 02.09.2024, <www.hsozkult.de/event/id/event-146169>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Wie lange noch? Wie viele noch? Wie weiter?

Wie lange noch? Wie viele noch? Wie weiter? – (Nicht-)Zukünfte der Sorben und der Lausitz in Vergangenheit und Gegenwart

Veranstalter Dr. Friedrich Pollack, Sorbisches Institut/Serbski institut; Dr. Willi W. Barthold, Technische Universität Dresden/Techniska uniwersita Drježdžany

02625 Bautzen

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

01.09.2024 - 31.12.2024

Frist 31.12.2024

<https://letopis.de/letopis/announcement/view/5>

Von

Friedrich Pollack, Abteilung Kulturwissenschaften, Sorbisches Institut / Serbski institut Bautzen

Kaum eine Frage scheint für ethnische Minderheiten wie die Lausitzer Sorben so zentral wie die Zukunftsfrage. Spekulationen über ihr vermeintlich bevorstehendes „Aussterben“, aber auch optimistische Prognosen eines „Revivals“ kleiner Sprachen und Kulturen prägen die Diskurse bereits seit Jahrhunderten. Trotz der Vielfalt und Dringlichkeit sorbischer Zukunftsentwürfe hat eine kulturwissenschaftliche und ideengeschichtliche Aufarbeitung derselben bisher noch kaum stattgefunden. Wir laden Forschende dazu ein, Paper für eine gemeinsame interdisziplinäre Auseinandersetzung mit sorbischen und Lausitzer (Nicht-)Zukünften einzureichen.

Wie lange noch? Wie viele noch? Wie weiter? – (Nicht-)Zukünfte der Sorben und der Lausitz in Vergangenheit und Gegenwart

Kaum eine Frage scheint für die Sorben so zentral wie die Zukunftsfrage. Spekulationen über das vermeintlich bevorstehende „Aussterben“ des kleinen Volkes in der Lausitz, aber

Seite B 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

auch optimistische Prognosen eines „Revivals“ sorbischer Kultur und Sprachräume prägen die Diskurse über die Sorben bereits seit Jahrhunderten. „Es ist schon ein Wunder, dass wir noch da sind!“, lässt Kito Lorenc in seinem 1994 uraufgeführten Drama „Die Wendische Schifffahrt“ seine Figur Benno Rühmsack, die Karikatur eines sorbischen Nationalisten, wiederholt und in verschiedenen historischen Epochen ausrufen. Das satirische Stück markiert damit die Frage, ob und wie der eigene Fortbestand zu sichern ist, als unhintergehbaren Kern sorbischer Selbstreflexion und -beschreibung.

Die Frage nach der Zukunft sowie der generellen Zukunftsfähigkeit des Sorbischen hat in der Vergangenheit immer wieder sehr unterschiedliche, nicht selten miteinander konkurrierende Antworten hervorgebracht – von Sorben und Nichtsorben, aus der Innen- und der Außensicht, in politischen Diskursen, in wirtschaftlichen Prognosen, in der Literatur und den Künsten, in sprach- und kulturpolitischen Debatten und vielen anderen Kontexten.

Auch in der Gegenwart zeugen öffentlichkeitswirksame Kampagnen, etwa um das von der Domowina definierte Ziel der „100 000 Sorbisch Sprechenden bis zum Jahr 2100“, Diskussionsformate wie die Reihe „Serbska debata“ [2024], aber auch Filme (z.B. „Serbska utopija“ [2023] von Erik Schiesko) oder Theaterstücke (z.B. „Der Club der geheimen Sorben“ [2024] von Georg Genoux) von der anhaltenden Aktualität der großen Fragen: Wie lange gibt es die Sorben noch? Wie viele gibt es noch? Und wie soll es weitergehen? Während einige Zukunftsdiskurse den Erhalt bzw. die Revitalisierung der sorbischen Sprache als zentrale und entscheidende Problemstellung begreifen, fokussieren andere das Spannungsfeld „Abgrenzung vs. Öffnung“ der sorbischen Community oder knüpfen die Zukunftsfähigkeit des Sorbischen an ökologische, ökonomische und demographische Faktoren. Zugleich wurden und werden die Erzählmuster der Utopie oder Dystopie als künstlerische Zugänge zu sorbischen Zukünften erprobt. Immer wieder adressiert der Diskurs auch Hoffnungen und Befürchtungen mit Blick auf „die junge Generation“ und die mit ihr verbundenen (populär-)kulturellen Entwicklungen.

Zu beachten ist darüber hinaus, dass die Zukunft des Sorbischen von der Frage nach der Zukunft der Lausitz kaum zu trennen ist. Gegenwärtig ist die Lausitz Modellregion und Projektionsfläche einer ganzen Reihe zum Teil höchst unterschiedlicher Prognosen, Entwürfe und Visionen einer „Zukunft auf dem Land“ (Langner/Weiland 2022). Sie steht gleichermaßen im Fokus, wenn von den Risiken des Strukturwandels und von politischen Radikalisierungstendenzen in ländlichen Regionen Ostdeutschlands die Rede ist, oder aber wenn innovative Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für ein zukünftiges, ökologisch nachhaltiges „Gutes Leben auf dem Land“ (Neill/Weiland 2021) ins Auge gefasst werden. Auch diese mit der Lausitz verbundenen Zukunftsprojektionen gilt es zu historisieren und daraufhin zu befragen, welche Rolle die Sorben in ihnen spielen (oder nicht spielen).

Trotz der Vielfalt und Dringlichkeit sorbischer Zukunftsentwürfe hat eine kulturwissenschaftliche und ideengeschichtliche Aufarbeitung derselben bisher noch kaum stattgefunden. Im Sinne einer „historischen Zukunftsforschung“ (Hölscher 2016) oder einer „Geschichte der Zukunft“ (Radkau 2017; Seefried 2023) müsste ein solches Vorhaben die in verschiedenen Diskursbereichen vorzufindenden Imaginationen und Projektionen „sorbischer Zukünfte“ erfassen, historisieren und miteinander in Beziehung setzen. Das sich dadurch entfaltende Forschungsfeld ist damit dezidiert interdisziplinär und erfordert die Zusammenarbeit von Geschichtswissenschaft, Ethnologie sowie Literatur-, Kultur-, Kunst- und Medienwissenschaften.

Wir laden Forschende aus allen für den skizzierten Forschungszusammenhang relevanten geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen dazu ein, Beitragsvorschläge für eine gemeinsame interdisziplinäre Auseinandersetzung mit Zukünften der Sorben und/oder der

Seite B 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Lausitz in Vergangenheit und Gegenwart einzureichen. Zu beachten ist dabei, dass das Vorhaben dezidiert historisierend und kulturwissenschaftlich-analytisch, nicht strategisch-planerisch ausgerichtet ist. Mögliche Schwerpunkte und Fragestellungen wären unter anderem:

- Literatur, Film, Theater etc. als Medien der Zukunftsproduktion
- Utopie, Dystopie und Science-Fiction als Erzählschemata für sorbische/Lausitzer Zukünfte
- Entwicklung, Verfall, Vermittlung und Revitalisierung als Zukunftsdiskurse
- die Zukunft der Sorben in innersorbischen vs. außersorbischen Diskursen
- sorbische Zukunftsdiskurse in verschiedenen nationalen, politischen, konfessionellen und sozialen Milieus
- Geschlechterrollen in der sorbischen/Lausitzer Zukunft
- Paradigmen und Kernkonzepte sorbischer Zukunftsvorstellungen im historischen Wandel (z.B. „die sorbische Insel“, „Aussterben“, „Wiedergeburt“, „die letzten Sprecher/Trachtenträgerinnen/...“ etc.)
- der Lausitzer Braunkohletagebau und die mit ihm verknüpften Zukunftsvorstellungen und -ängste
- Planung und Prognostik in der Sorbenpolitik
- Jugend und Jugendlichkeit in Diskursen um sorbische/Lausitzer Zukünfte
- Lausitzer Bauprojekte und -vorhaben (z.B. „Sorbisches Wissensforum“ am Lauenareal in Bautzen) und die sie umgebenden Zukunftsdiskurse
- Sorbische/Lausitzer Pop- und Subkultur und die Idee der „Zukunftsfähigkeit“

Geplant ist die Publikation einer themenspezifischen Sonderausgabe (special issue) der Fachzeitschrift *Lětopis* – Zeitschrift für Sorabistik und vergleichende Minderheitenforschung. Bei Interesse schicken Sie bitte ein Abstract Ihres geplanten Aufsatzes (in sorbischer, deutscher oder englischer Sprache) mit einer Länge von max. einer Seite sowie kurze Angaben zu Ihrer wissenschaftlichen Biographie bis zum 31.12.2024 via Email an:

friedrich.pollack@serbski-institut.de
willi_wolfgang.barthold@tu-dresden.de

und

Vor der Einreichung der Beiträge ist in der ersten Jahreshälfte 2025 ein Workshop mit allen ausgewählten Beitragenden zur Diskussion der vorhandenen Themen und Ansätze sowie zur weiteren Vernetzung geplant. Die fertigen Beiträge sollten dann voraussichtlich bis Oktober 2025 eingereicht werden.

<https://lětopis.de/letopis/announcement/view/5>

Zitation

Wie lange noch? Wie viele noch? Wie weiter?., In: H-Soz-Kult, 05.09.2024,
<www.hsozkult.de/event/id/event-146181>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) Die Archive des Deutschen Ordens. Tagung der Internationalen Historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens in Berlin, 19. bis 21. September 2024

[von dieser Tagung erhielten wir Kenntnis durch Teilnehmer D. H. am 27.09.2024]

Alle zwei Jahre treffen sich die Historikerinnen und Historiker der „Internationalen Historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens“ zu einer internationalen Konferenz. Diesmal soll die schwierige und vielschichtige Archivsituation der Bestände des Deutschen Ordens im Mittelpunkt stehen. Die Zusammenkunft in Berlin wird am Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Verbindung mit dem Historischen Seminar (Friedrich-Meinecke-Institut) der Freien Universität Berlin durchgeführt.

Der moderne Begriff eines Archivs als ein Ort für eine systematische Erfassung und Erhaltung von entsprechenden Schriftquellen steht in Spannung zu den mittelalterlichen Archiven, die unzugänglich blieben und der jeweiligen Herrschaft als ein politisches Instrument halfen. Hinzu kommt, dass die zentralen Ordensarchive, aufgrund der historischen Ereignisse, durch ganz Europa ‚wanderten‘ und dabei stetige Verluste und Veränderungen zu erdulden hatten. Zugleich will die Tagung den Blick auf Archive werfen, die bisher unbekannter waren und nun für die Deutschordensforschung stärkere Aufmerksamkeit erhalten sollten. Der zeitliche Bogen erstreckt sich vom 13. Jahrhundert bis zur Gegenwart, räumlich vom HL Land über Preußen zu ausgewählten Balleten in Mitteleuropa bis hin zum Deutschmeisterarchiv in Mergentheim. Die Archive mit den wohl größten Ordensbeständen in Wien und Berlin werden gesondert untersucht.

Mit Unterstützung von
Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)
Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
Freie Universität Berlin
Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung
Polsko-Niemiecka Fundacja na rzecz Nauki

Verantwortlich für den Inhalt
Prof. Dr. Helmut Flachenecker
Präsident der IHKEEDO

Hintergrundfoto
Archivschrank der Kommende Mümmersstadt im Henneberg-Museum (Foto H. F.)

Flyer
Benedikt Weigand

Die Archive des Deutschen Ordens
Tagung der Internationalen Historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens
in Berlin
19. bis 21. September 2024

Donnerstag, 19. September 2024

- 15.00** Führung durch das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
Archivstr. 12-14,
14195 Berlin
- 17.00** Begrüßung – Grußworte
Einführungsvortrag:
Emma Hagström Molin (Uppsala)
„Teutonic Order Documents at the Swedish National Archives: Spoils of War taken from Livonia in 1621“
- 20.00** Empfang beim Stiftungspräsidenten,
Prof. Dr. Hermann Parzinger
Ort?

Freitag, 20.09.2024

- Raum A.127 (erster Stock)
Friedrich-Meinecke-Institut
Freie Universität Berlin
Koserstr. 20, 14195 Berlin
- Deutscher Orden im Heiligen Land – ein Archivproblem?**
- 9.00** **Maciej Dorna** (Poznań),
„Zur Entstehungszeit von Originalen der Goldenen Bulle von Rimini“
- 9.45** **Axel Ehlers** (Hannover),
„Die große Vidimierungsaktion in Akkon 1277 und die Archive des Deutschen Ordens“
- 10.30–11.00** **Kaffeepause**

Archive in Preußen

- 11.00** **Christofer Herrmann** (Mainz)
„Zur Diskussion um die Lage und räumliche Struktur des Ordensarchivs im Hochmeisterpalast der Marienburg“
- 11.45** **Wiesław Długokęcki** (Gdańsk)
„Das zweite (verlorene) Zinsbuch des Hauses Marienburg aus dem Beginn des 15. Jahrhunderts. Forschungsprobleme“
- 12.30** **Slawomir Józwiak** (Toruń)
„Die Lokalisierung der Archive und Kanzleien in der Raumordnung der Burgen der Deutschordenskomtureien in Preußen im 14. bis zur ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts“
- 13.15–14.30** **Mittagspause**

- 14.30** **Krzysztof Kopiński, Roman Czajka** (Toruń)
„Die Akten aus den Kanzleien des Deutschen Ordens in den Archiven der preußischen Städte“
- 15.15** **Werner Paravicini** (Kiel)
„Aus den Archiven der Preußenfahrer“
- 16.00–16.30** **Kaffeepause**
- 16.30** **Jürgen Sarnowsky** (Hamburg)
„Sekundäre Überlieferung zu den Archiven des Deutschen Ordens in Preußen“
- 17.30** Sitzung der IHKEDO

Samstag, 21.09.2024

- Archive im Deutschmeisterertum und in den Ballen**
- 9.00** **Maria-Magdalena Rückert** (Ludwigshurg)
„Vom Archiv des Deutschmeisters zum Mergentheimer Ordenshauptarchiv“
- 9.45** **Hubert Houben** (Lecce)
„Von Akkon und Italien nach Berlin. Die lange Geschichte des Chartulars des Deutschen Ordens“
- 10.30–11.00** **Kaffeepause**
- 11.00** **Kriszjan Toomaspoeg** (Lecce)
„Die Urkunden des Deutschen Ordens in Venedig: eine diplomatisch-historische Untersuchung“
- 11.45** **Renger E. de Bruin, Henk Hovenkamp** (Utrecht)
„Die Archive der Ballei Utrecht (1200–2006)“
- 12.30–14.00** **Mittagspause**
- Ordensarchive im 19. und 20. Jahrhundert**
- 14.00** **Anette Löffler** (Würzburg)
„Von der Bibliothek in das Archiv. Der Weg von Makulatur an Ordensbeständen“
- 14.45** **Bernhard Huber** (Wien)
„Das Ordensarchiv in Wien“
- 15.30** **Johannes Götz** (Berlin)
„Die Formierung der Königsberger Deutschordensüberlieferung. Bestandsbildung im Laufe der Jahrhunderte“
- 16:30** **Ende der Tagung**

09) From Russia with German: Migration Experiences across Three Continents

Organizer

Antje Petty (Max Kade Institute for German American Studies at the University of Wisconsin–Madison)

Host

Max Kade Institute for German American Studies at the University of Wisconsin–Madison

Funded by

UW–Madison’s Center for European Studies; the Department of German, Nordic, Slavic+; and by the Friends of the Max Kade Institute, the UW–Madison Anonymous Fund

ZIP

-

Location

Madison, Wisconsin

Country

United States

Takes place

Hybrid

From - Until

19.09.2024 - 20.09.2024

By

Connections Redaktion, Leipzig Research Centre Global Dynamics, Universität Leipzig

The symposium will explore the migration history and the experiences of Russian Germans in the Americas, their evolving traditions, and identities, as well as their and their descendants’ attitudes toward their two ancestral homelands. Topics include: Russian Germans in the global context past and present; material culture, with a focus on textiles and vernacular architecture; language maintenance and change; and Mennonites, as an example of a faith-based subgroup.

From Russia with German: Migration Experiences across Three Continents

In the late 19th and early 20th centuries, over 300,000 German speakers left the Russian Empire. Most settled in the Great Plains states and the Prairie Provinces of Canada, while a few thousand migrated to Brazil and other South American countries. Other Russian Germans followed during the Cold War years and after the fall of the Soviet Union, most by way of Germany. They all brought with them the distinct cultures, traditions, life experiences, and identities that they had forged in the isolated settings of the “German colonies” along the Volga River, the Black Sea, Volhynia, the Caucasus, and other places, colonies that had been established in the late 18th and early 19th centuries.

The symposium will explore the migration history and the experiences of Russian Germans in the Americas, their evolving traditions, and identities, as well as their and their descendants’ attitudes toward their two ancestral homelands. Topics include: Russian Germans in the global context past and present; material culture, with a focus on textiles and vernacular architecture; language maintenance and change; and Mennonites, as an example of a faith-based subgroup.

The symposium is cosponsored by the UW–Madison’s Center for European Studies; the Department of German, Nordic, Slavic+; and by the Friends of the Max Kade Institute. It is made possible through the generous financial support of the UW–Madison Anonymous Fund and significant financial contributions by our cosponsors.

Seite B 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

For online attendance, please pre-register here:

https://uwmadison.zoom.us/webinar/register/WN_0EDs4FQFTf-ZT_P_IXDB7Q#/registration

Programm

THURSDAY, SEPTEMBER 19

Welcome

9:00 – 9:30 a.m.

Keynote

9:30 – 10:30 a.m.

Stefan Manz, Professor of Global History, Aston University, Birmingham, United Kingdom: *“In the fold of a “Greater German Empire”? ‘Russian Germans’ and Diasporic Connectedness before 1914_*

10:45 – 11:45 a.m.

Eric J. Schmaltz, Professor of History, Northwestern Oklahoma State University, Alva: *“Voices Crying Out in the Wilderness”: Germans from Russia Transnational Networks across Eurasia and North America during the Soviet Dissident Period, 1972–1987_*

LUNCH

1:00 – 2:00 p.m.

Peter Rosenberg, Senior Scholar of Linguistics, European University Viadrina, Frankfurt (Oder), Germany: *“A Brief Sociolinguistic History of Plautdietsch in the Altai (Russia)_*

2:15 – 3:15 p.m.

Göz Kaufmann, Adjunct Professor of German Linguistics, Albert Ludwig University of Freiburg, Germany: *“Russian Mennonites in North America: Three Countries – Three Identities?”*

3:30 – 4:30 p.m.

Aileen Friesen, Associate Professor of History, The University of Winnipeg: *“When the Russlaender met the Kanadier: Cultural Complexities of a Mennonite Reunion_*

FRIDAY, SEPTEMBER 20

9:00 – 10:00 a.m.

Travis Olson, Ph.D. candidate in Art History, University of Wisconsin–Madison: *“Making It” on the Edge of the Edge of the American West: The Prospective Landscapes of German Russian Settlers in Southwestern North Dakota_*

10:15 – 11:15 a.m.

Ann Braaten, Associate Professor [retired], School of Design, Art, and Architecture, North Dakota State University: *Ethnic Textiles and Clothing of the Germans from Russia*

Seite B 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

11:30 a.m. – 12:30 p.m.

Nancy Martin, Lecturer in Apparel Design, San Francisco State University: "A Stocky, Almost Round, Appearance": An Analysis of German Russian Women's Dress from 1850 to 1900

LUNCH

1:30 – 2:30 p.m.

Claudia Maria Riehl, Professor of Germanic Linguistics, Ludwig Maximilian University of Munich, Germany: _Being Volga German: Historical Background, Sociolinguistic Development, and the Formation of Identity_

2:45 – 3:45 p.m.

Mark L. Loudon, Professor of Germanic Linguistics, University of Wisconsin–Madison: Germans from Russia and Diversity in German America

4:30 – 5:30 p.m.

Visit of Max Kade Institute Library and Archives

Contact (announcement)

Max Kade Institute for German American Studies at the University of Wisconsin–Madison:
Antje Petty, Associate Director
apetty@wisc.edu

Citation

From Russia with German: Migration Experiences across Three Continents, in: Connections. A Journal for Historians and Area Specialists, 05.09.2024, www.connections.clio-online.net/event/id/event-146024.

Copyright (c) 2024 by Clio-online and 'Connections', and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact geschichte.transnational@uni-leipzig.de.

10) From Soviet to Independent Ukraine: A Time of Change

Veranstalter German-Ukrainian Historical Commission (DUHK/YHIK), University of Heidelberg, International Academic Forum Heidelberg

Veranstaltungsort International Academic Forum Heidelberg

Gefördert durch German Academic Exchange service (DAAD) with funds of the German Foreign Ministry

69117 Heidelberg

Findet statt Hybrid

Vom - Bis

23.09.2024 - 24.09.2024

<https://www.duhk.org/veranstaltungen/jahreskonferenzen/from-soviet-to-independent-ukraine>

Seite B 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Von

Georgiy Konovaltsev, Historisches Seminar, Abt. Geschichte Ost- und Südosteuropas, Ludwig-Maximilians-Universität München

The German-Ukrainian Historical Commission, in cooperation with the University of Heidelberg and the International Academic Forum Heidelberg, will host its ninth annual conference in a hybrid format 23–24 September.

From Soviet to Independent Ukraine: A Time of Change

The current situation, above all Ukraine facing Russia's full-scale invasion, encourages historians to explore anew the time of the breakup of the Soviet Union and of Soviet Ukraine, the international and national contexts of the birth of the Ukrainian state in 1991 and the deep and long-lasting transformation of Ukrainian society in the late 1980s and 1990s. The German-Ukrainian Historical Commission devotes in 2024 its annual conference to this era by discussing its key features and long-lasting effects. A space of experiences and expectations opened up during this time which deserves a more detailed investigation in order to assess its overall significance for Ukraine today.

The conference organizers invite applicants to present their research on new trends in the field of grassroots activism in Ukraine ('perestroika from below'), transregional cultural, social and political entanglements, critical geopolitics or ruptures and continuities in historical narratives, memories and scholarship.

Programm

23 September 2024

9:00 - 9:30 Opening Remarks

9:30 - 13:30 Panel 1: Democratic Processes and Nation Building

Fabian Baumann: "Well-Known and Sincerely Loved": Banal Nationalism, Republican Pride, and Symbolic Ethnicity in Late Soviet Ukraine

Alexandra Pulvermacher: Chornobyl' as the "Stimulus of all Democratic Processes in Ukraine?" Iurii Shcherbak, and the Environmental Movement's Impact on Ukraine's Journey to Independence

11:00 - 11:30 Coffe Break in between the Panel

Andriy Kohut: Following the Unexpected Path: the KGB in Ukraine under Perestroika Challenges

Anna G. Piotrowska: The Role of Music Festivals in the Transition Period from Soviet to *Independent Ukraine*

13:00 - 14:30 Lunch

Seite B 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

14:30 - 16:45 Panel 2: Everyday Life and Rethinking of Soviet Norms

Francis Kirk: The Reconstruction of the Late Soviet Criminal in Ukraine: Examining Glasnost and Criminal Discourses in the Ukrainian Regional Press, 1985-1992

Paul Primbs: Overcoming Romanticization and the post-Soviet Frame of Reference? Youth and Crime in Ukrainian Feature Films about the 1990s.

Olena Panych: From "Soviet Baptists" to "Eurasian Brotherhood" to National Church: The Slow Evolution of Evangelicals in Ukraine throughout the Period of Independence

24 September 2024

9:00 - 10:30 Panel 3: Shifting Perspectives and Narratives in the Ukrainian Village

Oleksandr Pankieiev: Narratives of Belonging and Otherness among Steppe Ukraine Villagers

Natalia Khanenko-Friesen: Difficult Memories of Decollectivization in Post-Soviet Ukraine: *Rural Perspectives*

10:30 - 11:00 Coffee Break

11:00 - 13:15 Panel 4: Academics and the Challenges of Change

Tobias Wals: Professor turned Defector: A Case Study of Nationally-Motivated Defection from the Soviet Union

Iurii Zazuliak: Entangled Temporalities of National Commemoration and Academic History-Writing in Late Soviet and Post-Soviet Ukraine

Matthias Kaltenbrunner: A Diaspora Historian and the Rebirth of Krayeznavstvo in a West *Ukrainian Town*

13:15 - 14:30 Lunch

14:30 - 16:45 Panel 5: Entanglements and Repercussions

Franziska Davies: Perebudova and Polish-Ukrainian Interactions in the 1980s

Franziska Schedewie: Being Ukrainian, Being Soviet in the Media: The Case of Vitaly Korotich

Olga Gontarska: Ukrainian Film Industry. Structural, Economic and Cultural Entanglements at the Time of Upheaval

16:45 - 17:15 Concluding Discussion and Closing Remarks

Zoom registration link: https://lmu-munich.zoom-x.de/webinar/register/WN_Fx-XWzZETomMXWiJS-Z0VQ

Kontakt

Georgiy Konovaltsev (DUHK Coordinator)
Tel.: +49 89 2180-3056
E-Mail: duhk@lrz.uni-muenchen.de

<https://www.duhk.org/veranstaltungen/jahreskonferenzen/from-soviet-to-independent-ukraine>

Zitation

From Soviet to Independent Ukraine: A Time of Change., In: H-Soz-Kult, 20.09.2024,
<www.hsozkult.de/event/id/event-150094>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Architektur und Staatsbildung: Festungsbauten als Instrument Habsburgischer Herrschaft in Krakau und Lemberg

Book Launch: "Architektur und Staatsbildung"

Veranstalter Sonderforschungsbereich 138 "Dynamiken der Sicherheit"

35037 Marburg

Findet statt Digital

Vom - Bis

24.09.2024

<https://www.uni-marburg.de/de/sfb138/>

Von

Sarah Kirst, Sonderforschungsbereich 138 Dynamiken der Sicherheit, Universität Marburg

Am 24. September 2024 von 18:00 bis 19:00 Uhr stellt Frank Rochow online sein Buch "Architektur und Staatsbildung: Festungsbauten als Instrument Habsburgischer Herrschaft in Krakau und Lemberg" vor.

Aaron Blüm wird die Sitzung moderieren und Frau Prof. Dr. Heidi Hein-Kircher und Prof. Dr. Laurence Cole werden kommentieren.

Book Launch: "Architektur und Staatsbildung"

Die Revolution von 1848/49 stellte die Habsburgermonarchie vor existentielle Herausforderungen. Nur mit militärischer Gewalt konnte der Staat zusammengehalten und die habsburgische Herrschaft gesichert werden. Die folgenden Jahre waren durch die überragende Stellung des Militärs und die umfassende Modernisierung des habsburgischen Staates geprägt. Frank Rochow zeigt an Fallstudien zu Lemberg und Krakau, dass Befestigungsbauten Ausdruck und wesentliches Instrument dieses Prozesses waren.

Seite B 22 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Die Unzulänglichkeiten des habsburgischen Verwaltungsapparates und Herausforderungen durch unterschiedliche Akteur:innen setzten diesem Herrschaftsanspruch jedoch Grenzen, deren Verlauf in lokaler Interaktion immer wieder neu ausgehandelt wurde.

Daraus ergibt sich ein dynamisches Bild staatlicher Herrschaft zu einem kritischen Zeitpunkt des habsburgischen Staatsbildungsprozesses.

Um Anmeldung wird unter der angegebenen Emailadresse gebeten.

Kontakt

sfb138-books@uni-marburg.de

<https://www.uni-marburg.de/de/sfb138/>

Zitation

Architektur und Staatsbildung: Festungsbauten als Instrument Habsburgischer Herrschaft in Krakau und Lemberg., In: H-Soz-Kult, 05.09.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-146239.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) Religiöse Vielfalt in der DDR

Veranstalter Berliner Institut für vergleichende Staat-Kirche-Forschung (BISKF)
Veranstaltungsort Evangelisches Kirchenforum Stadtmitte (Georgensaal), Klosterstraße 66
10179 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

28.09.2024

<https://staat-kirche.de/herbstkolloquium-2024>

Von

Horst Junginger, Religionswissenschaftliches Institut, Universität Leipzig

Das Herbstkolloquium des Berliner Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung (BISKF) thematisiert die Frage des religiösen Pluralismus in der DDR. Auf der einen Seite gab es über dreißig zugelassene Kirchen und Religionsgemeinschaften. Auf der anderen wurde die von der Verfassung garantierte Religionsfreiheit in nicht wenigen Fällen politisch und administrativ unterlaufen. Meist wird die Kirchengeschichte der DDR mit Gegensatzpaaren wie Anpassung und Widerstand bzw. Kooperation und Kollaboration zu schreiben versucht. Es stellt sich aber die Frage, inwieweit man damit der Komplexität des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der DDR gerecht werden kann.

Religiöse Vielfalt in der DDR

Viele verbinden mit der DDR die Vorstellung, dass die Religionen generell unterdrückt, wenigstens aber an ihrer Entfaltung gehindert worden wären. Einige gehen sogar so weit, die Kirchenkampfgeschichtsschreibung vom Dritten Reich auf die DDR zu übertragen. Dem entgegengesetzt will das Herbstkolloquium des Berliner Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung einen differenzierteren Blick auf die Religionsentwicklung in Ostdeutschland werfen. Diese war durchaus vielfältiger als allgemein angenommen. Zudem wird oft vergessen, dass es neben den beiden großen Kirchen noch dreißig andere anerkannte Religionsgemeinschaften gab, die nach einem gut informierten Bericht in der Berliner Zeitung am 2. September 1989 etwa 245.000 Mitglieder hatten. Die Gesamtbevölkerung belief sich Ende der achtziger Jahre auf 16,43 Millionen Menschen, von denen 3,4 Millionen der evangelischen und 1,1 Millionen der katholischen Kirche angehörten. Mit Ausnahme der Neuapostolischen Kirche, der drittgrößten Religionsgemeinschaft in der DDR, hatten religiöse Gruppen desto weniger Mitglieder, je weiter entfernt sie vom christlichen Mainstream lagen. Gerade deswegen pflegten sie ein intensives Gemeindeleben.

Für eine sachgerechte Beurteilung der religiösen Vielfalt in der DDR muss das Spannungsfeld zwischen der gelebten und der vom Staat beeinträchtigten Religionspraxis in seiner ganzen Breite ausgelotet werden. Jeden Fall gilt es einzeln zu betrachten, um zu sehen, wie sich das Verhältnis zum Staat und seinen Einrichtungen, im Guten wie im Schlechten, gestaltete. Erst danach lassen sich die verschiedenen Religionsgemeinschaften miteinander vergleichen. Ein diachroner Ansatz trägt dem sozialen Wandel und dem Wechsel der äußeren Umstände stärker Rechnung. Von besonderem Reiz ist es hierbei, auch die Zeit vor und nach der DDR mit einzubeziehen. Was genau hat sich für die einzelnen Gemeinschaften geändert?

Grundsätzlich muss betont werden, dass die Inanspruchnahme der Religionsfreiheit weder von der Größe oder den Inhalten einer Religionsgemeinschaft, und noch weniger von der politischen Ausrichtung der Regierung, abhängig gemacht werden darf. Der Staat hat religiös neutral zu sein und Äquidistanz gegenüber allen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu wahren. Nur dann kann er seiner Aufgabe gerecht werden, Heimstatt für alle Bürger und Bürgerinnen zu sein. Das Problem besteht hier darin, dass ein offizielles Bekenntnis zur verfassungsrechtlich garantierten Religionsfreiheit politisch und administrativ unterlaufen werden kann. Neue religiöse Bewegungen und sog. „Sekten“ können davon überall auf der Welt ein Lied singen.

Programm

10.00 HORST JUNGINGER: Begrüßung und Einleitung

10.15 MICHAEL WETZEL: Die Evangelisch-methodistische Kirche in der DDR

11.15 Kaffeepause

11.30 HANS-HERMANN DIRKSEN: „Keine Gnade den Feinden unserer Republik“: Die Verfolgung von Jehovas Zeugen in der DDR

12.30 Mittagspause

13.30 ANDREA HUBER: Die Neuapostolische Kirche (NAK) und das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR

Seite B 24 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

14.30 ANNETTA KAHANE: Juden in der DDR, ein komplexes Verhältnis

15.30 Kaffeepause

15.45 DETLEF POLLACK: Handlungsspielräume der Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR

16.15 Abschlussdiskussion

Kontakt

horst.jungigner@gmx.de

<https://staat-kirche.de/herbstkolloquium-2024>

Zitation

Religiöse Vielfalt in der DDR., In: H-Soz-Kult, 08.09.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-146266.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) Militärischer Metabolismus – Was haben sich Militär-, Energie- und Umweltgeschichte zu sagen?

Forschungsgruppe "Greening Military? Zur Transformation der Streitkräfte vor dem Hintergrund von sicherheitspolitischer „Zeitenwende“ und Klimakrise" (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Seminarraum Haus 12)

Gefördert durch

Volkswagen-Stiftung

Ausrichter Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Seminarraum Haus 12

Zeppelinstraße 127-128

14471 Potsdam

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

02.10.2024

Frist

01.10.2024

Von

Frank Reichherzer, Abteilung Forschung, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw)

Seite B 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Militärische Gewalt ist in ihrer (Re-)Produktion auf eine stofflich-materielle Grundlage angewiesen. Dabei wirken sowohl die Organisation als auch die Handlungen des Militärs auf die Ökosphäre zurück. Militär, Energie und Umwelt stehen daher in einem engen (oft vernachlässigten) Verhältnis zueinander, das der Roundtable in den Blick nehmen möchte.

Roundtable: Militärischer Metabolismus – Was haben sich Militär-, Energie- und Umweltgeschichte zu sagen?

Die Geschichte menschlicher Gesellschaften ist durch vielfältige Wechselwirkungen zwischen Militär, Energie und Umwelt geprägt. Um diese komplexen Zusammenhänge aus einer neuen Perspektive zu beleuchten, laden wir Sie herzlich zu einem interdisziplinären Roundtable ein. Gemeinsam möchten wir Möglichkeiten diskutieren Militär-, Energie- und Umweltgeschichte miteinander zu verzahnen. Einen Anknüpfungspunkt bietet das Konzept des Militärischen Metabolismus, verstanden als analytischer Rahmen, der die Prozesse des Ressourcenverbrauchs, der Energieflüsse und der Umweltauswirkungen militärischer Organisationen und Operationen in den Mittelpunkt stellt.

Die Veranstaltung wird durch vier Impulsvorträge eröffnet:

- Kerrin Langer (Technische Universität Dortmund) führt in das Konzept des Militärischen Metabolismus ein.
- Rüdiger Graf (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) Potsdam) liefert Einblicke in das Feld der Energiegeschichte.
- Astrid Kirchhof (Barnim Panorama) beleuchtet die Umweltgeschichte.
- Frank Reichherzer (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr) versucht Anschlussmöglichkeiten der Militärgeschichte aufzuzeigen.

Der Roundtable bietet eine Gelegenheit, sich mit diesen Themen aus unterschiedlichen Perspektive auseinanderzusetzen und gemeinsam über historische Entwicklungen, gegenwärtige Herausforderungen und zukünftige Perspektiven zu diskutieren.

Wir laden Wissenschaftler, Studierende, sowie alle Interessierten herzlich ein, an einer spannenden Diskussion mitzuwirken. Gemeinsam wollen wir den Dialog über das Verhältnis von Militär, Energie und Umwelt in Geschichte, Gegenwart und Zukunft vertiefen und gemeinsam neue Erkenntnisse und Anregungen gewinnen.

Die Veranstaltung findet am 2. Oktober 2024 von 14-16:00 im ZMSBw, Haus 12 Seminarraum statt. Anmeldung bitte an unten genannte Adresse bis 1. Oktober 2024.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und auf anregende, erkenntnisreiche Diskussionen!

Kontakt

FrankReichherzer@bundeswehr.org

Zitation

Militärischer Metabolismus – Was haben sich Militär-, Energie- und Umweltgeschichte zu sagen? In: H-Soz-Kult, 26.09.2024, <www.hsozkult.de/event/id/event-150210>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) „Es ist die Bürgerpflicht eines jeden, zur Erhaltung der Denkmäler beizutragen.“

„Es ist die Bürgerpflicht eines jeden, zur Erhaltung der Denkmäler beizutragen.“ Der Denkmalschutz in den Städten im 19. und 20. Jahrhundert und seine Traditionen

Veranstalter

Archiv der Hauptstadt Prag; Lehrstuhl für Geschichte, Philosophische Fakultät, J. E. Purkyně-Universität, Ústí nad Labem; Historisches Institut, Tschechische Akademie der Wissenschaften; Museum der Hauptstadt Prag; Nationalinstitut für Denkmalpflege

Veranstaltungsort

Residenz des Primators, Mariánské náměstí 1, Praha 1

Gefördert durch Hauptstadt Prag

110 00 Prag

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

08.10.2024 - 09.10.2024

Frist

02.10.2024

<http://www.ahmp.cz/eng/index.html?mid=63>

Von

Marketa Ruckova, Archiv hlavního města Prahy

43. internationale Tagung zur Stadtgeschichte

„Es ist die Bürgerpflicht eines jeden, zur Erhaltung der Denkmäler beizutragen.“ Der Denkmalschutz in den Städten im 19. und 20. Jahrhundert und seine Traditionen

43. internationale Tagung des Archivs der Hauptstadt Prag in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Geschichte der Philosophischen Fakultät der J. E. Purkyně-Universität in Ústí nad Labem, dem Historischen Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, dem Museum der Hauptstadt Prag und dem Nationalinstitut für Denkmalpflege

Programm

DIENSTAG, 8. OKTOBER 2024

8.30–9.00 PREZENCE / REGISTRIRUNG

9.00–10.45

Zahájení konference / Eröffnung der Tagung

Jana Michalčáková – Iveta Merunková: Památková péče a město / Die Denkmalpflege und die Stadt

Richrad Biegel: Rozporuplné zrození velkoměsta – témata a dilemata památkového zápasu o centrum Prahy v letech 1870–1989/ Die schwierige Geburt einer Großstadt – Themen und Dilemmata des Denkmalkampfes um das Prager Zentrum in den Jahren 1870–1989

Seite B 27 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Michal Kurz: „Město není muzeum!“ Argumentační strategie oponentů památkové péče v historické perspektivě / „Die Stadt ist kein Museum!“ Argumentationsstrategien der Gegner des Denkmalschutzes in historischer Perspektive
Diskuse / Diskussion

10.45–11.05 PŘESTÁVKA / KAFFEPAUSE

11.05–12.40

Ivana Ebelová – Zdeněk Hojda: Radikální utilitarismus josefinské doby jako jeden z podnětů ke zrodu památkové péče / Der radikale Utilitarismus der josephinischen Zeit als ein Impuls für die Entstehung der Denkmalpflege

Marek Linhart: Komise pro soupis stavebních, historických a uměleckých památek královského hlavního města Prahy a Památkový sbor hlavního města Prahy – opomíjený pramen památkové péče 19. a 20. století na území Prahy (diskusní příspěvek) / Die Kommission für das Verzeichnis der baulichen, historischen und künstlerischen Denkmäler der königlichen Hauptstadt Prag und der Denkmalausschuss der Hauptstadt Prag – eine vernachlässigte Quelle der Denkmalpflege des 19. und 20. Jahrhunderts auf dem Gebiet Prags (Diskussionsbeitrag)

Kateřina Bečková: Tvrdší snaha prosadit památkové vědomí. První zkušenosti Klubu Za starou Prahu s ochranou památek na počátku 20. století / Die hartnäckige Bestrebung, das Denkmal-Bewusstsein durchzusetzen. Die ersten Erfahrungen des Klubs für das alte Prag mit dem Denkmalschutz zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Jiří Hadaš: Pohled na péči o památky prostřednictvím hromadných sdělovacích prostředků / Der Blick auf die Denkmalpflege durch die Massenmedien
Diskuse / Diskussion

12.40–14.00 POLEDNÍ PŘESTÁVKA / MITTAGSPAUSE

14.00–15.40

Brigitte Huber: „Ohne Vaterlandsgeschichte keine Vaterlandsliebe“. Denkmalpflege als politisches Instrument / „Není vlastenecké lásky bez dějin vlasti“. Památková péče jako politický instrument

Łukasz Tomasz Sroka: Poor Krakow in the face of the challenge related to preserving its rich heritage. New directions of city development in the period of restored municipal government (1866–1914) / Chudý Krakov tváří v tvář výzvě spojené se zachováním jeho bohatého dědictví. Nové směry rozvoje města v období obnovené městské správy (1866–1914)

Aleksander Łupienko: Denkmalpflege in Galizien und Lemberg – zwischen Kosmopolitismus, Nationalismus und Lokalität / Památková péče v Haliči a ve Lvově – mezi kosmopolitismem, nacionalismem a lokalismem

Sixtus Bolom-Kotari – Jindřich Kolda: Nezdravé památky? Hradec Králové a počátky památkové péče pro moderní „čisté“ město / Ungesunde Sehenswürdigkeiten? Königgratz und die Anfänge der Denkmalpflege für eine moderne „saubere“ Stadt

Diskuse / Diskussion

15.40–16.00 PŘESTÁVKA / KAFFEPAUSE

16.00–17.40

Peter Buday: Ochrana pamiatok v Bratislave do roku 1919/ Denkmalschutz in Pressburg bis zum Jahr 1919

Anna Kriegseisen: Denkmalpflege in Danzig zu Beginn des 20. Jahrhunderts – Tradition, Theorie, Praxis / Památková péče v Gdaňsku na počátku 20. století – tradice, teorie, praxe

Paul Mahringer: Wandel, Zerstörung, Schutz – die wechselvolle Geschichte der Denkmal-

Seite B 28 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

pflege in Wien / Změna, ničení, ochrana – proměnlivá historie památkové péče ve Vídni
Nikolaus Bencker: Wiederaufbau und Denkmalschutz – der Umgang mit erhaltenswerter
Bausubstanz beim Wiederaufbau der Nürnberger Altstadt nach dem Zweiten Weltkrieg /
Rekonstrukce a památková ochrana – zacházení s objekty, které stojí za zachování, při
obnově norimberského Starého města po druhé světové válce
Diskuse / Diskussion

MITTWOCH, 9. OKTOBER 2024

8.30–9.00 PREZENCE / REGISTRIERUNG

9.00–10.40

Ivana Boháčová – Jaroslav Podliska: Vzestup a pád péče o archeologické památky v
Praze mezi dvěma světovými válkami. Aktéři – koncepce – metody – výsledky / Aufstieg
und Fall der archäologischen Denkmäler in Prag zwischen den beiden Weltkriegen.
Akteure – Konzepte – Methoden – Ergebnisse

Jan Havrda – Matyáš Kracík – Jaroslav Podliska – Michal Tryml – Petr Starec: Ztráty a
nálezy. Výstavba metra v historickém jádru Prahy a archeologická památková péče /
Verloren und gefunden. Der U-Bahn-Bau im historischen Kern Prags und die
archäologische Denkmalpflege

Vladislav Razím: Památková péče o středověká městská opevnění v 19. a 20. století / Die
Denkmalpflege der mittelaltärlichen Stadtbefestigungen im 19. und 20. Jahrhundert

Karin Pátrová: Evidence a ochrana cechovních památek na přelomu 19. a 20. století
(diskusní příspěvek) / Die Erfassung und der Schutz von Zunftdenkmälern an der Wende
vom 19. zum 20. Jahrhundert (Diskussionsbeitrag)

Jiří Smrž – Jiří Vlasák: Záchrana památek pražských cechů (diskusní příspěvek) / Die
Rettung der Denkmäler der Prager Zünfte (Diskussionsbeitrag)

Diskuse / Diskussion

10.40–11.10 PŘESTÁVKA / KAFFEPAUSE

11.10–12.50

Tomáš Korbel: Konzervátoři a korespondenti Centrální komise pro umělecké a historické
památky v Čechách od poloviny 19. století do zániku Rakouska-Uherska – možnosti
výzkumu / Konservatoren und Korrespondenten der Zentral-Kommission für Kunst- und
historische Denkmäler in Böhmen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende
Österreich-Ungarns – Möglichkeiten der Forschung

David Skalický: Působení Kamila Hilberta v Lounech v letech 1894–1899 (diskusní
příspěvek) / Kamil Hilberts Tätigkeit in Laun in den Jahren 1894–1899
(Diskussionsbeitrag)

Marie Ryantová: Eduar Šittler – významná osobnost pražské památkové péče (diskusní
příspěvek) / Eduard Šittler – eine wichtige Persönlichkeit der Prager Denkmalpflege
(Diskussionsbeitrag)

Martin Gaži: Památkářský elév Václav Mencl, regulační plán a zkáza kaple sv. Jana
Nepomuckého ve Strakonících / Václav Mencl, ein denkmalpflegerischer Eleve, der
Regulierungsplan und die Zerstörung der Kapelle des Heiligen Johannes von Nepomuk in
Strakonitz

Klara Kaczmarek-Löw: Ludwig Burgemeister und Alfred Hadelt. Zwei schlesische
Denkmalpfleger der Weimarer Zeit im Spiegel ihrer Schriften und ihres Wirkens / Ludwig
Burgermeister a Alfred Hadelt. Dva slezští památkáři v období Výmarské republiky v
zrcadle jejich spisů a působení

Diskuse / Diskussion

Seite B 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

12.50–14.10 POLEDNÍ PŘESTÁVKA / MITTAGSPAUSE

14.10–15.30

Markéta Gausová Zörnerová: Drobné svatojánské památky – solitérní objekty v pražských ulicích nebo funkční celek? Ke kauze „Wunschwitzovské kaple“ a lokální identitě místa (diskusní příspěvek) / Die kleinen Denkmäler des Johannes von Nepomuk – Solitäre in den Prager Straßen oder ein funktionales Ganzes? Zum Fall der „Wunschwitz-Kapelle“ und der lokalen Identität des Ortes (Diskussionsbeitrag)

Jan Leibl – Martin Zubík: Osudy návesních kaplí v městských částech Ústí nad Labem (diskusní příspěvek) / Die Schicksale der Dorfkapellen in den Stadtteilen von Aussig (Diskussionsbeitrag)

Jakub Paweł Jastrzebski: Carving the shape – the restoration of Sukiennice in Krakow and its impact on the architecture of the city at the turn of the 19th and 20th century /

Vyřezávání tvaru – obnova Sukiennice v Krakově a její vliv na architekturu města na přelomu 19. a 20. století

Pavla Státníková: Investoři s vlasteneckou myslí... Pražské městské muzeum – útočiště památek z bořených pražských domů v době velké asanace / Patriotisch gesinnte Investoren... Das Prager Stadtmuseum – ein Zufluchtsort für Denkmäler aus den im Zuge der Assanierung zerstörten Prager Häusern

Diskuse / Diskussion

15.30–16.00 PŘESTÁVKA / KAFFEPAUSE

16.00–18.00

Josef Hájek: Památníky, pamětní desky, pamětní místa. Příklady z teorie a praxe v prostřední pražské památkové péči / Denkmäler, Gedenktafeln, Gedenkstätten. Beispiele aus Theorie und Praxis im Umfeld der Prager Denkmalpflege

Zdeněk Hojda: Restitutio ad integrum aneb Obnovy pražských pomníků zavržených a nežádoucích jako výraz památkové péče? / Restitutio ad integrum oder Die Wiederherstellung der verworfenen und unerwünschten Prager Denkmäler als Ausdruck der Denkmalpflege?

Pavla Savická: Druhý život barokních soch v moderním městě (diskusní příspěvek) / Das zweite Leben der barocken Statuen in der modernen Stadt (Diskussionsbeitrag)

Attila Tózsza-Rigó: Denkmäler auf dem Schlachtfeld und im Hinterland. Denkmäler ehemaliger österreichisch-ungarischer Einheiten des Ersten Weltkriegs in Italien und Ungarn / Pomníky na bitevním poli a v zázemí. Pomníky bývalých rakousko-uherských jednotek z první světové války v Itálii a Uhrách

Diskuse / Diskussion

Olga Fejtová: Závěrečné slovo / Schlusswort

Změna programu vyhrazena / Programmänderungen vorbehalten

Kontakt

Dr. Markéta Růčková, Archiv hlavního města Prahy, Archivní 6, CZ-149 00 Praha 4; marketa.ruckova@praha.eu

<http://www.ahmp.cz/eng/index.html?mid=63>

Zitation

„Es ist die Bürgerpflicht eines jeden, zur Erhaltung der Denkmäler beizutragen.“, In: H-Soz-Kult, 15.09.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-146417.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

15) 1989 – Mit der Revolution in die Zukunft

Veranstalter Deutsche Gesellschaft e. V.; Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Veranstaltungsort Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Gefördert durch Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
10117 Berlin

Findet statt in Präsenz
Vom - Bis
09.10.2024

<https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/1800-2024-tagung-1989-mit-der-revolution-in-die-zukunft.html>

Von
Deutsche Gesellschaft e. V.

Im Jahr 2024 realisieren die Deutsche Gesellschaft e. V. und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine Tagung unter dem Titel „1989 – Mit der Revolution in die Zukunft“. Die Veranstaltung widmet sich wenig bekannten Aspekten der Friedlichen Revolution: Im Mittelpunkt stehen (trans)nationale und interkulturelle Perspektiven, der (un)friedliche Charakter der Revolution sowie ihre Impulse für unsere demokratische Gegenwart.

Die Veranstaltung findet in Präsenz statt und wird auf dem YouTube-Kanal der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ergänzend live im Internet übertragen.

Der Eintritt ist frei – um Anmeldung wird bis zum 7. Oktober 2024 gebeten (an: heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de)

1989 – Mit der Revolution in die Zukunft

Ort:
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Kronenstraße 5, 10117 Berlin

Zeit:
9. Oktober 2024 (10:00-16:00 Uhr)

Die Veranstaltung findet in Präsenz statt und wird auf dem YouTube-Kanal der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ergänzend live im Internet übertragen.

Der Eintritt ist frei – um Anmeldung wird bis zum 7. Oktober 2024 gebeten (an: heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de).

Ausführliche Informationen:

<https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/1800-2024-tagung-1989-mit-der-revolution-in-die-zukunft.html>

Begleitend zur Tagung findet im Jahr 2024 eine 4-teilige Diskussionsreihe unter dem Titel „Zurück in die Zukunft! Visionen, Hoffnungen und Aufbrüche 1949 – 1989 – 2024“ statt, die im Jahr 2025 mit 4 weiteren Veranstaltungen fortgesetzt wird.

Seite B 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Programm

10:00 – 10:15 Uhr

Szenische Lesung

Vajswerk – recherche kunst kollektiv

10:15 – 10:30 Uhr

Begrüßung und Einführung

Dr. Robert Grünbaum

Stv. Direktor der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

10:30 – 10:50 Uhr

Drei Thesen zur Zukunft(sfähigkeit) der Friedlichen Revolution

Prof. Dr. Martin Sabrow

Senior Fellow am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und Sprecher des Leibniz-Forschungsverbundes „Wert der Vergangenheit“

Valerie Schönian

Autorin und Journalistin

10:50 – 11:30 Uhr Dialoggespräch

Die Zukunft(sfähigkeit) der Friedlichen Revolution

Prof. Dr. Martin Sabrow

Valerie Schönian

11:30 – 12:15 Uhr Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung

Die (Un)Friedliche Revolution: Gewalt(freiheit) im Herbst 1989

Prof. Dr. Jan C. Behrends

Professor für „Diktatur und Demokratie. Deutschland und Osteuropa von 1914 bis zur Gegenwart“ an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Libuše Černá

Leiterin von globale° – Festival für grenzüberschreitende Literatur

Frank Richter

DDR-Bürgerrechtler

12:15 – 12:30 Uhr

Szenische Lesung

Vajswerk – recherche kunst kollektiv

12:30 – 13:30 Uhr

Mittagspause

Seite B 32 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

13:30 – 14:15 Uhr

Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung

1989 interkulturell: (Post-)Migrantische Perspektiven auf die Friedliche Revolution

Mahmoud Dabdoub

Fotograf und Zeitzeuge

Ayman Qasarwa

Geschäftsführer des Dachverbandes der Migrant:innenorganisationen in Ostdeutschland

DaMOst e. V.

Dr. Stefan Zeppenfeld

Wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl für Geschichtsdidaktik und Public History an der Ruhr-

Universität Bochum

14:15 – 14:30 Uhr

Pause

14:30 – 15:15 Uhr Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung

Zukunftsoffen: Demokratische Impulse der Friedlichen Revolution

Svetlana Müller

Vereinsvorsitzende von PANDA platforma e. V.

Katarina Peranić

Gründungsvorständin der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt

Dr. Jan Schönfelder

Autor, Historiker und Journalist

15:15 – 15:30 Uhr

Szenische Lesung

Vajswerk – recherche kunst kollektiv

15:30 – 15:45 Uhr

Vorstellung „Lesebuch“

Protest! Aufstand und Aufbegehren in Diktatur und Demokratie – Geschichte und

Gegenwart

15:45 – 16:00 Uhr

Q & A und Verabschiedung

Tagungsmoderation:

Tanja Samrotzki

Journalistin und Moderatorin

Kontakt

Deutsche Gesellschaft e. V.

Dr. Heike Tuchscheerer

Referentin Politik & Geschichte

Tel.: 030 88412-254

E-Mail: heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de

<https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/1800-2024-tagung-1989-mit-der-revolution-in-die-zukunft.html>

Zitation

1989 – *Mit der Revolution in die Zukunft.*, In: H-Soz-Kult, 18.09.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-146493.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

16) Nordsee – Ostsee – Mittelmeer. Pluralität und Gemeinsamkeiten

Veranstalter

Felix Grollmann, Leopold-Wenger-Institut für Rechtsgeschichte, Ludwig-Maximilians-Universität München; Christian Hagen, Historisches Seminar, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel; Hiram Kümper, Historisches Seminar, Universität Mannheim; Bettina Pfothhauer Caniato, Stadtarchiv München; Albrecht Cordes, Institut für Rechtsgeschichte, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Veranstaltungsort Deutsches Studienzentrum in Venedig / Centro Tedesco di Studi Veneziani, Palazzo Barbarigo della Terrazza, San Polo 2765a / Calle Corner 30125 Venedig

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

09.10.2024 - 11.10.2024

Von

Felix Grollmann, Leopold-Wenger-Institut für Rechtsgeschichte, Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München

Tagung am Deutschen Studienzentrum Venedig

Nordsee – Ostsee – Mittelmeer. Pluralität und Gemeinsamkeiten deutscher Kaufmannskulturen

Das Handeln und Wirken deutscher Kaufleute im europäischen und außereuropäischen Ausland ist ein wichtiges Feld nicht nur, aber natürlich vor allem der deutschsprachigen Wirtschaftsgeschichte mit langer Forschungstradition. Entsprechend hat es über die Zeit neben einem kontinuierlichen Wissenszuwachs durch Quellenedition und Detailstudien auch große und kleine Methodendiskussionen, Perspektivwechsel und Meistererzählungen bis hin zu ausdrücklichen politischen Indienstnahmen erlebt. Dabei schlägt eine charakteristisch Nord-Süd-Differenz besonders zu Buche, die sich seit den Kindertagen der modernen Wirtschaftsgeschichte ausgeprägt hat und sich teils aus durchaus sachlichen Umständen der historischen Entwicklung, teils aus forschungspragmatischen, teils aber auch aus den angesprochenen ideologisch-narrativen Gründen speist: Noch immer gehört

Seite B 34 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

es zur weit verbreiteten Forschungspraxis, sich entweder mit den oberdeutschen Handelshäusern und Kaufleuten oder aber mit der niederdeutschen Kaufmannsnetzwerken und -praktiken des (wie immer dann im einzelnen konturierten) ‚Hanseraums‘ zu beschäftigen. Dialog zwischen beiden Forschungsrichtungen findet durchaus immer wieder, bisher aber eher insular statt. Die geplante Tagung möchte konsequent Forscherinnen und Forscher aus beiden Forschungstraditionen zusammen- und in den Dialog miteinander bringen. Die Präsenz deutscher Kaufleute in Italien, insbesondere am Tagungsort Venedig, dient uns dabei als thematischer Klammer.

Die Teilnahme an der Tagung ist kostenfrei. Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten sind selbst zu tragen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Um Anmeldungen wird gebeten an: felix.grollmann@lmu.de.

Programm

9. Oktober 2024

18:00 ABENDVORTRAG

Prof. Dr. Albrecht Cordes, Frankfurt (Rechtsgeschichte)

Hansischer Pelzhandel im frühen 15. Jh. Die Venedische Selschap der Brüder Veckinchusen

10. Oktober 2024

9:00–10:00 EINFÜHRUNG IN DAS TAGUNGSTHEMA

durch die Organisatoren (Hagen/Grollmann/Kümper/Pfotenhauer)

10:00–10:30 Kaffee

10:30–12:30 Sektion 1: RESSOURCEN & INFRASTRUKTUREN

(Moderation: Hagen)

PD Dr. Mechthild Isenmann, Leipzig (Wirtschaftsgeschichte)

Buchführung oberdeutscher Unternehmen am Beispiel der Fugger aus Augsburg

PD Dr. Mathias Kluge, Augsburg (Geschichte)

Ein Geldgeschäft hansischer Kaufleute mit dem Römischen König: Hildebrand Veckinchusen in Konstanz

Prof. Dr. Carsten Jahnke, Kopenhagen (Geschichte)

Fortuna maris et risicum meum. Handelstechniken als Reaktion auf räumliche Gegebenheiten? Die Hanse und der Mittelmeerhandel im Vergleich

12:30–14:00 Mittagspause

14:00–16:00 Sektion 2: KOMMUNIKATION & INFORMATION

(Moderation: Pfotenhauer)

Prof. Dr. Stefania Gialdroni, Padua (Rechtsgeschichte)

The contribution of merchants' letters to legal history: Towards a glossary of medieval and early modern commercial law terms

Seite B 35 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

PD Dr. Tobias Daniels, München (Geschichte)
Italienisch-deutsche Nachrichtennetzwerke des 15. Jahrhundert

Max-Quentin Bischoff, M.A., Antwerpen (Geschichte)
Planung und Prognose im Safranhandel. Kaufmännische Zukunftsorientierung am Beispiel der Tucher-Briefe (ca. 1520–1550)

16:00–16:30 Kaffee

16:30–18:30 Sektion 3: INTEGRATION & WISSENSTRANSFER
(Moderation: Grollmann)

Prof. Dr. Christian Krötzel, Tampere (Geschichte)
Universitätsstudien aus dem Hanseraum als Faktor der Nord-Süd-Kommunikation

Dr. Sven Rabeler, Kiel (Geschichte)
Oberdeutsche und niederdeutsche Kaufleute in der Fremde. Informationsbeschaffung und Wissensweitergabe in italienischen und nordeuropäischen Handelszentren im 15. und 16. Jahrhundert.

Prof. Dr. Romedio Schmitz-Esser, Heidelberg (Geschichte)
Wissenstransfer und Integration: Das Beispiel des frühen Porzellanhandels

19:00 Gemeinsames Abendessen mit den Referenten

11. Oktober 2024

9:30–12:00 Sektion 4: KOOPERATION & KONFLIKT
(Moderation: Kümper)

Prof. Dr. Anja Amend-Traut, Würzburg (Rechtsgeschichte)
Kaufmännische Gutachten. Ein Beispiel für Gemeinsamkeiten deutscher Kaufmannskulturen

Apl. Prof. Dr. Harm von Seggern, Kiel (Geschichte)
Zum Aussagewert der Lübecker Gästesteuerlisten 1457–1494

PD Dr. Julia Bruch, Köln (Geschichte)
Unternehmenspraktiken und Schriftlichkeit ostdeutscher Kaufleute. Das Kaufmannsbuch des Görlitzer Händlers Hans Bruckner

12:00–12:30 ZUSAMMENFASSUNG & KOMMENTAR
Prof. Dr. Inga Mai Groote, Zürich (Musikgeschichte)

ab 12:30 Abschied & Abreise

Zitation

Nordsee – Ostsee – Mittelmeer. Pluralität und Gemeinsamkeiten deutscher Kaufmannskulturen.,
In: H-Soz-Kult, 12.09.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-146358.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

**17) Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und den Baltischen Ländern
1850–1950. Medien – Institutionen – Akteure**

Forschungsstelle zur historischen Reisekultur an der Eutiner Landesbibliothek;
Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Veranstaltungsort Eutiner Landesbibliothek

Gefördert durch Kulturstiftungen Ostholstein; Freunde der Eutiner Landesbibliothek e.V.;
Kulturstiftung der der deutschen Vertriebenen; Latvian Council of Science
23701 Eutin

Findet statt Hybrid

Vom - Bis

10.10.2024 - 13.10.2024

Website

<https://lb-eutin.kreis-oh.de>

Von

Axel E. Walter, Leiter, Eutiner Landesbibliothek

Die Forschungsstelle zur historischen Reisekultur an der Eutiner Landesbibliothek (ELB) führt in Kooperation mit dem Institut für Geschichte und Archäologie der Ostseeregion (Universität Klaipėda) und der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Berlin) vom 10. bis 13.10.2024 die Tagung "Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und den Baltischen Ländern 1850–1950. Medien – Institutionen – Akteure" an der Eutiner Landesbibliothek durch.

**Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und den Baltischen Ländern 1850–1950.
Medien – Institutionen – Akteure**

Mit einem dezidiert interdisziplinären Zugriff werden 25 Wissenschaftler:innen aus Deutschland und allen drei baltischen Staaten die mannigfachen Relationen zwischen dem Baltikum und Deutschland während eines in mehrerlei Hinsicht prägenden und prekären Jahrhunderts thematisieren. Während die politische und soziale Geschichte dieser Relationen, die im besagten Zeitraum vor allem durch das nation building Estlands, Lettlands und Litauens sowie durch zwei Weltkriege, damit einhergehend einer zweimaligen deutschen Okkupation (1915–1918 und 1941–1944), und durch die ‚Umsiedlung‘ der sogenannten Deutschbalten – aber auch Deutscher aus Litauen – ab 1939 geprägt war, als gut erforscht gelten kann, fokussiert die Tagung im transnationalen Vergleich die wenig erforschten spannungsreichen kulturellen Verflechtungen zwischen den Regionen am östlichen Saum der Ostsee und dem deutschsprachigen Raum.

Insbesondere haben das späte 19. Jahrhundert mit seiner ‚beschleunigten Moderne‘ (R. Kellermann) und das ‚Zeitalter der Extreme‘ (E. Hobsbawm) auch in Nordosteuropa die Kultur geradezu mobil gemacht, und dies sowohl im übertragenen Sinne, insofern Kulturpolitik einer oftmals aggressiven nationalistischen, kolonialistischen oder rassistischen Leitlinie untergeordnet wurde, als auch im Wortsinne: Tausende von Menschen migrierten, wurden vertrieben, ‚umgesiedelt‘ oder als baltische Kriegsgefangene in Deutschland interniert, wobei sich in der Nachkriegszeit z. T. Balten und ‚Deutschbalten‘ als displaced persons wieder begegneten. Dieser Migrationsaspekt rückt das

Seite B 37 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Tagungsthema in die Perspektive der Reise- und Mobilitätsforschung, wobei nicht nur nach den (meist erzwungenen) Reisebewegungen zu fragen ist, sondern auch danach, wie sich die deutsche Okkupation, der zweite Weltkrieg sowie nationalsozialistisch und in der Nachkriegszeit massiv sowjetisch motivierte Deportationen von Bevölkerungsgruppen auf baltisch-deutsche Identitätsbildungen auswirkten oder ihr Kulturschaffen modifizierten.

Auf verschiedenen sozialen und kulturellen Ebenen ergeben sich daraus komplexe Verschränkungen von Exklusions-, Transfer- und Kontaktphänomenen, die hier unter dem Dachbegriff der Kulturbeziehungen zusammengefasst werden. Ihnen werden die Vorträge der Tagung mittels ausgewählter, thematisch und disziplinär breit gefächerter, aber gleichwohl exemplarischer Fallstudien nachgehen.

Programm

Donnerstag / Thursday, 10. Oktober 2024

14:00–14:45: Eröffnung der Tagung und Grußworte / conference opening

Petra Kirner, Kreispräsidentin des Kreises Ostholstein

Anja Sierks-Pfaff, Geschäftsführerin der Kulturstiftungen Ostholstein

Dr. Ernst Gierlich, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Andreas Hansen, Bundesvorsitzender der Deutsch-Baltischen Gesellschaft e.V.

Prof. Dr. Axel E. Walter, Leiter der Eutiner Landesbibliothek

14:45–15:00: Begrüßung der Referentinnen und Einführung ins Tagungsthema / general introduction into the conference

Prof. Dr. Vasilijus Safronovas, Klaipėda

Dr. Jost Eickmeyer, Eutin

Panel 1: Literatur und Medien / Literature & Media

Moderation / chair: Vasilijus Safronovas

15:00–15:45: Prof. Dr. Axel E. Walter (Eutin/Hamburg): Zu den baltischen Nationalen

15:45–16:30: Anu Schaper, M.A. (Tallinn/Berlin): „... eine wohlthätige, nachhaltige Wirkung“? Deutsche Sängereisen seit 1861 in der deutschbaltischen und estnischen Presse

16:30–17:00: Kaffeepause / coffee break

17:00–17:45: Prof. Dr. Maris Saagpakk (Tallinn): Der Übersetzungsdiskurs im Dienste nationaler Emanzipation in der estnischen Zeitschrift Meelejahutaja

18:00–19:00: öffentlicher Abendvortrag / public key note

Prof. Dr. Karsten Brüggemann (Tallinn): Deutsche Zitadelle, Separatistennest oder Brückenkopf des Imperialismus? – Das Baltikum als Bedrohung aus russischer/sovjetischer Sicht (ca. 1870–1930)

Freitag / Friday, 11. Oktober 2024

Panel 1: Literatur und Medien (Fortsetzung) / Literature & Media (cont.)

Moderation / chair: Anu Schaper

9:30–10:15: Dr. Betty Brux-Pinkwart (Eutin): Eine baltische Schriftstellerin ringt um Anerkennung in Deutschland: Ina von Gutfeldt (1863–1926)

10:15–11:00: Dr. Jost Eickmeyer (Eutin): Bilder und Stereotype des Baltikums in Reiseliteratur aus dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts

11:00–11:30: Kaffeepause / coffee break

Seite B 38 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

11:30–12:15: Dr. Aare Tool (Tallinn): "Schöne Frau im Mond": Homocord Electro Gramophone Records in Estonia(n)

12:15–13:00: Dr. Gabrielė Radzevičiūtė (Vilnius): Art and Politics: The Migration of Images and Ideas between the Weimar Republic and Interwar Lithuania

13:00–14:30: Mittagspause / lunch break

Moderation / chair: Jost Eickmeyer

14:30–15:15: Prof. Dr. Raivis Bičevskis (Riga): „Jeder Gedanke frostbereift, jede Rede verarmt“: Erika Sehl zwischen Philosophie und Lyrik

15:15–16:00: PD Dr. Andreas Keller (Potsdam): Die deutschbaltische Literatur 1850–1950 im Spiegel der Literaturgeschichtsschreibung

16:00–16:30: Kaffeepause / coffee break

Panel 2: Institutionen und Interaktionen / Institutions & Interactions

Moderation / chair: Jost Eickmeyer

16:30–17:15: Heidi Rifk, M.A. (Tallinn): Baltic German Cultural Engagements with Germany: Academic Lectures, Concerts, and Exhibitions organised by the German Cultural Government

17:15–18:00: Prof. Dr. Dāvis Sīmanis (Riga): Wechselseitige Einflüsse des deutschen und lettischen Films 1920–1950

Samstag / Saturday, 12. Oktober 2024

Panel 2: Institutionen und Interaktionen (Fortsetzung) / Institutions & Interactions (cont.)

Moderation / chair: Andris Levans

9:00–9:45: Dr. Silva Pocyte (Klaipėda): Deutsche in der litauischen Armee 1918–1940: Kulturbeziehungen und Spannungen

9:45–10:30: Dr. Antje Johanning-Radžienė / Dr. Elke Bauer (Marburg): Kurt Stegmann von Pritzwald und seine Kulturpolitik im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete

10:30–11:00: Kaffeepause / coffee break

11:00–11:45: Rūta Matimaitytė, M.A. (Vilnius): The Return of the Repressed Memory: the Case of the East-Prussian 'Wolf Children'

11:45–12:30: Prof. Dr. Dalia Kuizinienė (Vilnius): Lithuanians in Post-War Germany 1945–1950

12:30–14:00: *Mittagspause / lunch break*

Panel 3: Wissensformen und Kulturtransfer / Forms of Knowledge & Cultural Transfer

Moderation / chair: Raivis Bičevskis

14:00–14:45: Prof. Dr. Jaan Undusk (Tallinn): Frühe Nietzsche-Rezeption im Baltikum

14:45–15:30: Prof. Dr. Kristel Pappel (Berlin/Tallinn): Wagner-Rezeption in Dorpat (Tartu) an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert

15:30–16:00: Kaffeepause / coffee break

16:00–16:45: Dr. Laima Laučkaitė-Surgailienė (Vilnius): „Böse Buben“: German Artists in Kaunas during the First World War

16:45–17:30: Prof. Dr. Jurgita Verbickienė (Vilnius): Lithuanian Expectations and the Transformation of Jewish Identity in Interwar Lithuania

Sonntag / Sunday, 13. Oktober 2024

Panel 4: Politische Implikationen baltisch-deutscher Kulturbeziehungen / Politics in cultural relations between Germany & the Baltics

Moderation / chair: Jost Eickmeyer

9:00–9:45: Prof. Dr. Ivars Ijabs (Riga): Zwischen zwei Hegemonialmächten: lettische Nationalbewegung, russische Regierung und Bismarcks Reichsgründung

9:45–10:30: Prof. Dr. Vasilijus Safronovas (Klaipėda): This is not Russia or China. The Discovery of Lithuania and its Integration into the Concept of 'Baltikum' in German Interpretations

10:30–11:00: *Kaffeepause / coffee break*

11:00–11:45: Prof. Dr. Mārtiņš Mintauts (Riga): Intellectual in Crisis: Roberts Kļaučiņš on Relations between Latvian and Baltic German Communities in Early 20th Century

11:45–12:15: Resümee der Tagung aus kulturhistorischer Sicht / final comments & remarks (Prof. Dr. Andris Levans & Prof. Dr. Raivis Bičevskis, Riga)

ca. 12:30: Ende der Tagung / end of the conference

Kontakt

info@lb-eutin.de

04521/788770

<https://lb-eutin.kreis-oh.de>

Zitation

Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und den Baltischen Ländern 1850–1950. Medien – Institutionen – Akteure., In: H-Soz-Kult, 22.09.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-150084.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

18) Deportationspraktiken und -erfahrungen in der Frühen Neuzeit

Deportationspraktiken und -erfahrungen in der Frühen Neuzeit. Die Habsburgermonarchie im internationalen Vergleich

Veranstalter Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde (IdGL); Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa (KGKDS); Gesellschaft zur Erforschung des 18. Jahrhunderts im südöstlichen Europa (SOG18)

Veranstaltungsort Tübingen, Schloss, Burgsteige 11, Ernst von Sieglin-Saal
72074 Tübingen

Findet statt in Präsenz
Vom - Bis

10.10.2024 - 12.10.2024

Von
Sabine Jesner, Heeresgeschichtliches Museum

Internationale Tagung des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde (IdGL) und der Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa (KGKDS) in Kooperation mit der Gesellschaft zur Erforschung des 18. Jahrhunderts im südöstlichen Europa (SOG18) in Tübingen, Schloss, Burgsteige 11, Ernst von Sieglin-Saal, 10.-12.10.2024

Deportationspraktiken und -erfahrungen in der Frühen Neuzeit. Die Habsburgermonarchie im internationalen Vergleich

Im Unterschied zur Neueren Geschichte und Zeitgeschichte haben Deportationen in der Frühen Neuzeit im Allgemeinen und bezogen auf die Habsburgermonarchie im Besonderen bisher wenig Aufmerksamkeit gefunden, auch nicht in vergleichender Perspektive. Dieses Desiderat der Forschung greift die Tagung auf. Ihr Fokus liegt zeitlich im 18. Jahrhundert und räumlich auf der Monarchie, insbesondere auf dem Banat, der Militärgrenze und Siebenbürgen als den maßgeblichen Zielregionen der Deportationen. Die Fallbeispiele bieten Anknüpfungspunkte für einen Vergleich mit den Deportationspraktiken anderer europäischer Großmächte. Neben den staatlichen Akteuren als Gestalter der Deportationen gilt die Aufmerksamkeit den individuellen Erfahrungen der Deportierten. Diese schließen neben den Erfahrungen während der Deportation auch jene ein, die die Betroffenen im Zielgebiet der Deportation gemacht haben, einschließlich möglicher Gruppenbildungsprozesse. Indem die Tagung sowohl staatliche Praktiken als auch die Erfahrungen von Betroffenen in den Blick nimmt, verbindet sie methodisch einen makro- mit einem mikrogeschichtlichen Ansatz.

Programm

Donnerstag, 10.10.2024

09:00 – 15:30
Nachwuchsseminar

18:00 – 21:00
Begrüßung
Reinhard Johler (IdGL), Harald Heppner (SOG18), Mathias Beer (KGKDS)

Seite B 41 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Einführungsvortrag

Stephan Steiner (Wien)

Augenblicke der Gefahr. Die lange Dauer der Deportationen in der Frühen Neuzeit

Freitag, 11.10.2024

Panel 1: Europäische Deportationspraktiken

Moderation: Daniela Simon (Tübingen)

09:00 – 10:30

Ann Ostendorf (Spokane)

Deportations of Romani People to the American Colonies

Martin Fotta (Prag)

Romani Penal Convicts within the 18th Century Lusophone World

Kommentar: Dietmar Neutatz (Freiburg)

10:30 – 10:45 Pause

10:45 – 12:45

Christoph Witzenrath (Bonn)

Deportation Practices in Russia in the Early Modern Period

Matthias Asche (Potsdam)

Die Ausweisung der Waldenser aus den Piemontesischen Tälern (1686) und deren ‚Glorieuse rentrée‘ (1689). Mediale Praktiken, europäische Diplomatie und Erinnerungskultur

Alexander Schunka (Berlin)

Deportationserzählungen und frühneuzeitliche Gefangenenberichte – die Habsburger Monarchie im Kontext

Kommentar: Gabriele Haug-Moritz (Graz)

12:45 – 14:00 Mittagspause

Panel 2: Deportationspraktiken in der Habsburgermonarchie

Moderation: Sylvia Hahn (Salzburg)

14:00 – 15:30

Sabine Jesner (Wien)

Konflikt – Zwang – Flucht: Herrschaftliches Gewalthandeln und Rekrutierung in der Siebenbürgischen Militärgrenze

Filip Krčmar (Zrenjanin)

Die Auflösung der Theiß-Maroscher Grenze 1751. Erfahrungen der Zwangsmigranten

Kommentar: Jana Osterkamp (Augsburg)

15:30 – 16:00 Pause

Seite B 42 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

16:00 – 17:30

Martin Scheutz (Wien)

Zur Entstehung eines Deportationsklimas. Die Lambacher Benediktiner und ihre Wahrnehmung der halsstarrigen Untergrundprotestanten um 1750

Julia Kirchner-Stießen (Villach)

„Alles aus gleisterney“. Deportationen aus der Grafschaft Ortenburg 1752-1767

Kommentar: Stephan Steiner (Wien)

17:30 – 19:00 Mitgliederversammlung der KGKDS

Samstag, 12.10.2024

Panel 3: Deportationserfahrungen in der Habsburgermonarchie

Moderation: Cristian Cercel (Tübingen)

09:00 – 10:30

Mircea-Gheorghe Abrudan (Cluj-Napoca)

Deportationen der rumänischen Bevölkerung aus dem Apuseni-Gebirge nach dem Horea-Aufstand (1784-1785)

Harald Roth (Potsdam)

Unerwartete Nebenwirkungen. Wie die Landler-Deportation die hutterischen Täufer in Siebenbürgen rettete

Kommentar: Harald Heppner (Graz)

10:30 – 11:00 Pause

11:00 – 12:30

Irmgard Sedler (Kornwestheim)

„Ihr mögt sterben oder verderben, so gibt man euch nichts.“ Deportationserfahrungen österreichischer Transmigranten

Mathias Beer (Tübingen)

Deportationserfahrungen und Gruppenbildung. Vom Transmigranten zum Landler

Kommentar: Stefano Saracino (Jena)

Panel 4: Resümee und Abschlussdiskussion

12:30 – 13:30

Moderation: Mathias Beer (Tübingen), Stephan Steiner (Wien)

13:30 – 15:00 *Mittagessen*

16:00 – 17:00 Stadtführung

Kontakt

Dr. habil. Mathias Beer, Mathias.Beer@idgl.bwl.de

Zitation

Deportationspraktiken und -erfahrungen in der Frühen Neuzeit., In: H-Soz-Kult, 19.09.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-150026.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

19) Minderheiten und ‚Kultur‘ zwischen Stadt und Land

Minderheiten und ‚Kultur‘ zwischen Stadt und Land - Kleinstädte als Ort aktueller kultur(erbe)politischer Aushandlungen

Veranstalter

Sorbisches Institut / Serbski institut / Center for Inclusive Citizenship (CINC), Leibniz Universität Hannover

Veranstaltungsort Schneiderberg 50

Gefördert durch

Graduiertenakademie der Leibniz Universität Hannover
30167 Hannover

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

10.10.2024 - 11.10.2024

<https://www.cinc.uni-hannover.de/de/>

Von

Jenny Hagemann, Abteilung Kulturwissenschaften, Sorbisches Institut Cottbus/Serbski institut Chóšebuz

Die 2-tägige Tagung beschäftigt sich vor dem Hintergrund aktueller kultur(erbe)politischer Entwicklungen aus raum- und kulturtheoretischer, reflexiver Sicht sowohl mit migrantischen als auch national anerkannten ethnischen Minderheiten und den räumlichen Aspekten ihrer Kulturproduktion. Den Fokus bilden hierbei Kleinstädte als erkenntnisreiche Untersuchungsräume im Spannungsfeld zwischen dem Urbanen und dem Ruralen.

Minderheiten und ‚Kultur‘ zwischen Stadt und Land - Kleinstädte als Ort aktueller kultur(erbe)politischer Aushandlungen

Die Veranstaltung ist eine Kooperation mit dem Center for Inclusive Citizenship (CINC) der Leibniz Universität Hannover und richtet sich insbesondere an junge Forschende in frühen Stadien ihrer wissenschaftlichen Karriere. Sie bietet ein Forum für den intensiven, niedrigschwelligen Austausch und die Diskussion laufender Forschungsvorhaben.

Die 2-tägige Tagung beschäftigt sich vor dem Hintergrund aktueller kultur(erbe)politischer Entwicklungen aus raum- und kulturtheoretischer, reflexiver Sicht sowohl mit migrantischen als auch national anerkannten ethnischen Minderheiten und den räumlichen Aspekten ihrer Kulturproduktion. Den Fokus bilden hierbei Kleinstädte als erkenntnisreiche Untersuchungsräume im Spannungsfeld zwischen dem Urbanen und dem Ruralen. Die Veranstaltung fragt u.a. danach:

Seite B 44 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Was passiert im Aufeinandertreffen globaler kulturpolitischer Konzepte und Politiken mit lokalen (multikulturellen) Begebenheiten vor Ort? Welche Momente sind bestimmend für die kulturellen Arenen und kulturpolitischen Initiativen vor Ort?

Welche raumübergreifenden Diskurse um Stadt, Land, Nation, Minderheit, Partizipation und Gemeinschaft wirken auf die Praxis örtlicher Akteure? Und inwieweit sind diese raumgebunden?

Wie findet ‚kulturelle Vielfalt‘ in Kleinstädten statt? Wer sind die Akteure in dieser Handlungsarena?

In welcher Beziehung stehen die in vielen kulturpolitischen Interventionen angestrebte soziale Kohäsion und (kultur-)ökonomisches Wachstum zueinander?

Was ist das Erbe und die Wirkmacht der Idee der Kleinstadt als ‚imagined community‘?

Programm

Vorläufiges Programm

Tag 1 – 10.10.2024

bis 16:30 Ankunft der Teilnehmenden

17:00-18:30: Meet & Greet, Welcoming Keynotes, Diskussion. Mit Beiträgen von: Stephan Beetz (Hochschule Mittweida) und Ruth Mc Areavey (Newcastle University)

Tag 2 – 11.10.2024

08:30-09:00: Einführung – Deborah Sielert (Leibniz Universität Hannover), Malte Kleinschmidt (Leibniz Universität Hannover) und Jenny Hagemann (Sorbisches Institut/Serbiski institut)

09:00-11:00: Panel 1: Diskurse, mit Beiträgen von Doreen Götzky (Kreismuseum Peine), Lutz Laschewski (Sorbisches Institut/Serbiski institut), Aysegül Dinccag Kahveci (TU Berlin), Rebecca Koller & Leonie Schäfer (Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Universität Regensburg)

11:00-11:30: Kaffeepause

11:30-13:30: Panel 2: Kleinstädte / Räume mit Beiträgen von Josepha Milazzo (University of Corsica), Julia Gabler (Hochschule Zittau-Görlitz), Deborah Sielert (Leibniz Universität Hannover), Tatevik Mamajanyan (Hochschule Fulda), Katrin Großmann & Johannes Glöckner (Fachhochschule Erfurt)

13:30-14:30: Mittagspause und Energizer

14:30-15:00: Wrap-Up Kommentar durch Deborah Sielert (Leibniz Universität Hannover), Malte Kleinschmidt (Leibniz Universität Hannover) und Jenny Hagemann (Sorbisches Institut/Serbiski institut)

15:00-16:30: Fishbowl-Diskussion

Seite B 45 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

16:30-17:00: Abschluss und Ausblick

Kontakt

Für Rückfragen und Anmeldung kontaktieren Sie bitte: d.sielert@ish.uni-hannover.de

<https://www.cinc.uni-hannover.de/de/>

Zitation

Minderheiten und ‚Kultur‘ zwischen Stadt und Land., In: H-Soz-Kult, 26.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-146042.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

20) Historisches Quartett: Zeitgeschichte in der Diskussion

Veranstalter Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF); Verein der Freunde und Förderer des ZZF; Clio-online/H-Soz-Kult; Literaturforum im Brecht-Haus

Veranstaltungsort Literaturforum im Brecht-Haus, Chausseestr. 125

10115 Berlin

Findet statt Hybrid

Vom - Bis

14.10.2024

<https://zzf-potsdam.de/wissenstransfer/veranstaltungen/historisches-quartett-zeitgeschichte-der-diskussion-3>

Von

Claudia Prinz, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Geschichtliche Themen sind auf dem Buchmarkt sehr präsent. Das „Historische Quartett“ wählt jeweils vier Neuerscheinungen aus, um sie öffentlich zu diskutieren. Die Veranstaltung möchte neugierig machen auf aktuelle Bücher und die hier verhandelten Fragen. Sie richtet sich an alle, die sich für Geschichte, Politik und Literatur interessieren.

Historisches Quartett: Zeitgeschichte in der Diskussion

Diesmal auf dem Programm: "Das gespaltene Haus. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von 1950 bis heute" von Manfred Berg, "Drei ostdeutsche Frauen betrinken sich und gründen den idealen Staat" von Annett Gröschner, Peggy Mädler und Wenke Seemann. Außerdem "Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt" von Steffen Mau und "Viel Lärm um nichts. Eine Wahrnehmungsgeschichte des Nichtstuns in der Bundesrepublik" von Yvonne Robel.

Die Veranstaltung am **Montag, dem 14. Oktober 2024 um 20:00 Uhr** findet hybrid statt. Sie wird im Brecht-Haus in Berlin und zugleich auch per Livestream angeboten:

<https://fbrecht.de/events/2024-10-14/>

Seite B 46 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung nicht erforderlich.

Veranstalter: Eine Veranstaltung des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) in Kooperation mit dem Verein der Freunde und Förderer des ZZF, Clio-online/H-Soz-Kult und dem Literaturforum im Brecht-Haus, gefördert durch die Berliner Sparkasse.

Programm

Folgende Bücher werden diskutiert:

Manfred Berg

Das gespaltene Haus. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von 1950 bis heute
Klett-Cotta, Stuttgart 2024, 544 S., € 35,00.

<https://www.klett-cotta.de/produkt/manfred-berg-das-gespaltene-haus-9783608984088-t-8557>

Annett Gröschner/Peggy Mädler/Wenke Seemann

Drei ostdeutsche Frauen betrinken sich und gründen den idealen Staat
Hanser, München 2024, 320 S., € 22,00.

<https://www.hanser-literaturverlage.de/buch/drei-ostdeutsche-frauen-betrinken-sich-und-gruenden-den-idealen-staat-9783446279841-t-5252>

Steffen Mau

Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt
Suhrkamp, Berlin 2024, 168 S., € 18,00.

<https://www.suhrkamp.de/buch/steffen-mau-ungleich-vereint-t-9783518029893>

Yvonne Robel

Viel Lärm um nichts. Eine Wahrnehmungsgeschichte des Nichtstuns in der Bundesrepublik

Wallstein, Göttingen 2024, 426 S., 40,00€.

<https://www.wallstein-verlag.de/9783835356085-viel-laerm-um-nichts.html>

Das Podium:

- Dr. Jan-Holger Kirsch (ZZF Potsdam)
- Dr. Annette Schuhmann (ZZF Potsdam)
- Dr. Anja Tack (ZZF Potsdam)
- Dr. Alexander Kraus (Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation, Stadt Wolfsburg)

Kontakt

Dr. Jan-Holger Kirsch
ZZF Potsdam, Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam
E-Mail: kirsch@zzf-potsdam.de

<https://zzf-potsdam.de/wissenstransfer/veranstaltungen/historisches-quartett-zeitgeschichte-der-diskussion-3>

Zitation

Historisches Quartett: Zeitgeschichte in der Diskussion., In: H-Soz-Kult, 05.09.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-146162.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

21) Deutsche Besatzung in Polen 1939-1945. Forschungsstand und Forschungsdesiderate

Deutsche Besatzung in Polen 1939-1945. Forschungsstand und Forschungsdesiderate / Niemiecka okupacja Polski 1939-1945. Stan badań i dezyderaty badawcze

Veranstalter

Universität der Kommission für Nationale Bildung Krakau; Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte München; Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen (Uniwersytet Komisji Edukacji Narodowej w Krakowie)

Ausrichter

Uniwersytet Komisji Edukacji Narodowej w Krakowie

Veranstaltungsort ul. Podchorążych 2

30-084 Kraków

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

17.10.2024 - 20.10.2024

Von

Christoph Schutte, Wissenschaftsforum, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft

Deutsche Besatzung in Polen 1939-1945. Forschungsstand und Forschungsdesiderate

Vom 17. bis 20 Oktober 2024 veranstalten die Universität der Kommission für Nationale Bildung Krakau, das Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte München sowie die Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen eine wissenschaftliche Konferenz, die den Forschungsstand zur deutschen Besatzung in Polen 1939-1945 bilanzieren und zugleich Desiderate künftiger Forschung identifizieren soll.

Deutsche Besatzung in Polen 1939-1945. Forschungsstand und Forschungsdesiderate / Niemiecka okupacja Polski 1939-1945. Stan badań i dezyderaty badawcze

Die Erforschung der deutschen Besatzungsherrschaft in Polen 1939-1945 hat in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht, auch wenn vor allem in Deutschland nur ein rudimentäres Wissen in der breiten Öffentlichkeit existiert. Zudem mangelt es an wechselseitiger Rezeption und Wahrnehmung von Forschungsergebnissen auf deutscher und polnischer Seite. Aus diesem Grunde bringen die Universität der Kommission für Nationale Bildung Krakau, das Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte München sowie die Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen Forscherinnen und Forscher aus Polen, Deutschland und dem internationalen Raum vom 17. bis 20 Oktober 2024 in Krakau zusammen. Die wissenschaftliche Konferenz soll den Forschungsstand zur deutschen Besatzung in Polen 1939-1945 bilanzieren und zugleich Desiderate künftiger Forschung identifizieren.

Programm

Donnerstag, 17. Oktober 2024

17:00–17:30

Begrüßung durch Konrad Meus, Isabel Röskau-Rydel, Frank Bajohr

Seite B 48 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

17:30–19:00

Podiumsdiskussion: 85 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen. Die deutsche Besatzungszeit revisited / 85 lat po niemieckiej napaści na Polskę. Niemiecka okupacja raz jeszcze

Moderator: Ingo Loose (Berlin)

Diskutierende: Andrea Löw (München), Katarzyna Person (Warszawa), Piotr Madajczyk (Warszawa), Bertrand Perz (Wien), Mariusz Wołos (Kraków)

Freitag, 18.Oktober 2024

9:00–10:00

Panel 1: Gesellschaftsgeschichte der deutschen Besatzung in Polen / Historia społeczna niemieckiej okupacji w Polsce

Moderator: Peter Oliver Loew (Darmstadt)

Anna Czocher (Kraków): Historiografia „zurbanizowała” Polskę. O nieobecności wsi w badaniach naukowych dotyczących okupacji niemieckiej ziem polskich

Christhardt Henschel (Warszawa): Kriegsbeute und Annexionsgebiet. Besatzung und Besatzungsalltag im Regierungsbezirk Zichenau

Jonathan Huener (Burlington, Vermont): Formen und Grenzen der Germanisierungspolitik im Reichsgau Wartheland

10:00–10:30

Diskussion

10:50–11:50

Panel 2: Der Holocaust im besetzten Polen – neue Forschungen / Holocaust w okupowanej Polsce – nowe badania

Moderator: Frank Bajohr (München)

Martyna Grądzka-Rejak (Warszawa): Zwrot społeczny w badaniach nad Zagładą i relacjami polsko-chrześcijańskimi. Stan badań, postulaty badawcze

Anna Zapalec (Kraków): Nowe badania nad losami Żydów w okupowanej Polsce. Przypadek powiatu złoczowskiego: wnioski z badań

Leszek Hońdo (Kraków): Nazistowskie badania antropologiczne nad Żydami i ich następstwa jako wstęp do Zagłady Żydów

Agnieszka Haska (Warszawa): Sieci żydowskiej samopomocy i polskiej pomocy - przypadek przestępczego półświatka

11:50–12:20

Diskussion

13:30–14:30

Panel 3: „Volksdeutsche“ im besetzten Polen / „Volksdeutsche“ w okupowanej Polsce

Moderatorin: Marlene Klatt (Ibbenbüren)

Seite B 49 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Michał Turski (Berlin): Biografie pod specjalnym nadzorem. Niemiecka Lista Narodowa w regionie łódzkim na przykładzie biografii adwokatów-volksdeutschów

Winson Chu (Milwaukee, Wisconsin): Vom Lodzermenschen zum volksdeutschen Täter: Alfons Sutter zwischen der Zweiten Polnischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland

Tomasz Chińciński (Gdynia): Postawy polskich Niemców w okresie II wojny światowej jako przedmiot badań historycznych. Refleksje metodologiczne

14:30–15:00
Diskussion

15:00–16:20

Panel 4: Täter und Opfer im deutsch besetzten Polen / Sprawcy i ofiary w okupowanej przez Niemców Polsce

Moderatorin: Agnieszka Wierzcholska (Berlin)

Daniel Brewing (Aachen): Deutsche Massaker an polnischen Zivilisten 1939-1945

Felix Matheis (Hamburg): „Die Kolonien liegen im Osten“. Kolonialistische und antisemitische (Selbst-)Deutungen hansestädtischer Kaufleute im Generalgouvernement 1939 bis 1945

Markus Roth (Frankfurt am Main): Verwalten, verwerten, vernichten – Deutsche Beamte und der Holocaust im Generalgouvernement

Konrad Wnęk (Kraków): Straty demograficzne Polski spowodowane niemiecką agresją i okupacją w latach 1939-1945

16:20–16:50
Diskussion

17:15–18:00

Verleihung des Arthur Kronthal-Preises 2024 der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e.V. an Daniel B. Stienen

Moderation: Christoph Schutte (Marburg)

Laudatio: Matthias Barelkowski (Berlin)

Sonnabend, 19. Oktober 2024

9:00–10:00

Panel 5: Mikrogeschichte sozialer Dynamiken der Besatzungszeit / Mikrohistoria dynamik społecznych podczas okupacji

Moderator: Pascal Trees (München)

Alicja Jarkowska (Kraków): Agenci Gestapo w okupowanym Krakowie

Izabel Paszko (München): Nieformalne sposoby komunikania się ludności polskiej na Górnym Śląsku w czasie II wojny światowej

Seite B 50 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Piotr Kapusta (Kraków): Terror niemiecki w Generalnym Gubernatorstwie na przykładzie podkrakowskiej gminy Liszki i pacyfikacji Kaszowa, Piekar i Liszek w pierwszych dniach lipca 1943 roku

10:00–10:30

Diskussion

10:50–12:10

Panel 6: Raub und Ausplünderung. Materielle Aspekte der Besatzungszeit / Rabunek i grabież. Materialne aspekty okupacji

Moderator: Hans-Jürgen Bömelburg (Gießen)

Ramona Bräu-Herget (Bad Arolsen): Das Reichsfinanzministerium und die Plünderung Polens

Joanna Lubecka (Kraków): Rabunkowa ekopolityka. Dewastacja przyrody w okresie niemieckiej okupacji ziem polskich. Postulaty badawcze

Bogumił Rudawski (Poznań): Rabunek mienia polskiego na przykładzie Kraju Warty 1939-1945. Stan badań – nowe perspektywy – postulaty badawcze

12:10–12:40

Diskussion / dyskusja

13:40–14:40

Panel 7: Aufarbeitung der deutschen Besatzungszeit in Literatur und Film / Niemiecka okupacja w literaturze i filmie

Moderator: Sascha Feuchert (Gießen)

Krystyna Radziszewska (Łódź): Editionen von Ego-Dokumenten und literarischer Werke jüdischer Autorinnen und Autoren am Beispiel der Stadt Łódź

Łukasz Sroka (Kraków): Pamięć II wojny światowej wśród Żydów polskich w Izraelu. Rekonesans badawczy

Mariusz Guzek (Bydgoszcz) Niemiecka okupacja w komiksowych kadrach. Popkulturowe narracje o II wojnie światowej

Piotr Zwierzchowski (Bydgoszcz): Krytyka filmowa w badaniach nad reprezentacjami II wojny światowej w kinie polskim

14:40–15:10

Diskussion

15:10–16:30

Ausblick / Perspektywy: Die Besatzungszeit in der Öffentlichkeit und Erinnerungskultur / Okres okupacji w opinii publicznej i kulturze pamięci

Moderator: Jan Rydel (Kraków)

Stephan Lehnstaedt (Berlin): „Handbuch Polen unter deutscher Besatzung“

Agnieszka Wiercholska / Robert Parzer (Berlin): Über das Projekt „Deutsch-Polnisches Haus“ in Berlin

Seite B 51 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Piotr Trojański (Kraków): O wystawie stałej w Muzeum Getta Warszawskiego

Monika Bednarek / Kamil Karski (Kraków): Od miejsca pamięci do muzeum. Założenia realizacji muzeum na terenie byłego KL Plaszow w Krakowie

Michał Zajda (Kraków): Mapowanie i próba ustalenia socjotopografii getta w Krakowie

16:30–17:00

Diskussion

17:00–17:30

Schlussüberlegungen

18:00–19:00

Mitgliederversammlung der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e.V.

Kontakt

Dr. Christoph Schutte

Vorstandsmitglied der Kommission

für die Geschichte der Deutschen in Polen

Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft

Gisonenweg 5-7

35037 Marburg

Tel: +49 6421 184-129

christoph.schutte@herder-institut.de

Zitation

Deutsche Besetzung in Polen 1939-1945. Forschungsstand und Forschungsdesiderate., In: H-Soz-Kult, 19.09.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-146468.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

22) Der Kalte Krieg auf Schienen

[Verleihung des HiKo 21 – Nachwuchspreises 2024 mit Podiumsdiskussion](#)

Historische Kommission zu Berlin e.V. (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Konferenzraum 1)

Ausrichter Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Konferenzraum 1
Jägerstraße 22/23, 10117 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

29.10.2024

Frist

25.10.2024

<https://www.hiko-berlin.de>

Von

Historische Kommission zu Berlin e.V., Historische Kommission

Der Kalte Krieg griff in den Alltag der Berliner ebenso ein, wie er die große internationale Bühne bestimmte. Wie selbstverständlich wurde er auch auf den Schienen Ost- und West-Berlins ausgetragen. Die Forschungen von Hannah Siegrist erhellen diese Vorgänge, wofür ihr der HiKo_21 – Nachwuchspreis 2024 verliehen wird. Verbunden ist die Preisverleihung mit einer Podiumsdiskussion, in der die im Kalten Krieg veränderten Berliner Bahninfrastrukturen thematisiert werden.

Verleihung des HiKo_21 – Nachwuchspreises 2024 mit Podiumsdiskussion

Der Kalte Krieg griff in den Alltag der Berliner ebenso ein, wie er die große internationale Bühne bestimmte. Wie selbstverständlich wurde er auch auf den Schienen Ost- und West-Berlins ausgetragen, indem die von der DDR betriebene S-Bahn, die tagtäglich durch den Westen fuhr, vom SED-Regime für Propagandazwecke instrumentalisiert wurde. Auf der anderen Seite ließ der West-Berliner Senat die U-Bahn-Infrastruktur im Westteil der Stadt kontinuierlich erweitern, um eine Alternative zur S-Bahn zu schaffen und auch die Überlegenheit der Sozialen Marktwirtschaft zu demonstrieren. Wie sich dieser ideologische Kampf auf die Entwicklung der Bahninfrastruktur in der geteilten Stadt während des Kalten Krieges auswirkte und welche Bedeutung die geschaffenen Strukturen noch heute für die Berliner Bahnen haben, um die zukünftigen Mobilitätsanforderungen zu meistern, wird in der Podiumsdiskussion thematisiert.

Es diskutieren: Matthias Arndt von der S-Bahn Berlin GmbH, Prof. Dr. Christoph Bernhardt vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner, Joachim Breuninger als Direktor des Deutschen Technikmuseums zusammen mit der Preisträgerin, Hannah Siegrist. Das Gespräch wird moderiert von Dr. Michael Bienert (Vorstandsmitglied der Kommission und Leiter der Sektion für die Geschichte Berlins).

Hannah Siegrist promoviert an der Uppsala University zum Thema ‚Space Wars in Berlin. The Railway and the Reconstructed City, 1945–1990‘. Im Rahmen ihrer Arbeit will sie aufzeigen, wie die städtische Eisenbahninfrastruktur zur Konstituierung des staatlich-städtischen Raums in Berlin während des Kalten Krieges beitrug. Die Arbeit geht von der These aus, dass im Kalten Krieg mithilfe der Nahverkehrssysteme ideologisch um den Raum gekämpft wurde (Space Wars). Die von der DDR kontrollierte S-Bahn wurde ebenso instrumentalisiert wie die in West-Berlin aufgewertete U-Bahn.

Programm

Dienstag, 29. Oktober 2024

16 Uhr / Begrüßung / Prof. Dr. Ulrike Höroldt (Vorsitzende der Historischen Kommission zu Berlin e.V.)

Laudatio / Prof. Dr. Arnd Bauerkämper (stellvertretender Vorsitzender der Historischen Kommission zu Berlin e.V.)

Verleihung des HiKo_21 – Nachwuchspreises 2024 an Hannah Siegrist (Uppsala University)

Seite B 53 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Vortrag der Preisträgerin / Space Wars in Berlin. The Railway and the Reconstructed City, 1945–1990

Podiumsdiskussion / Der Kalte Krieg auf Schienen. Die Berliner Bahninfrastruktur gestern, heute und morgen

Moderation: Dr. Michael Bienert (Vorstandsmitglied der Historischen Kommission zu Berlin e.V.)

Teilnehmer: Matthias Arndt (S-Bahn Berlin GmbH), Prof. Dr. Christoph Bernhardt (Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung), Joachim Breuninger (Direktor und Vorstand Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin) und Hannah Siegrist (Uppsala University, Preisträgerin des HiKo_21 – Nachwuchspreises 2024).

Wir freuen uns auf Ihr Interesse und über Ihre Anmeldung bis zum **25. Oktober 2024** unter **info@hiko-berlin.de**.

Die Veranstaltung findet im Konferenzraum 1 der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Jägerstraße 22/23, 10117 Berlin statt; die Teilnahme ist kostenlos.

Zu Werbezwecken werden Fotoaufnahmen angefertigt. Mit Ihrer Anmeldung und Teilnahme stimmen Sie einer Verwendung der Bilder zu.

Weiterführende Informationen zur Arbeit der Historischen Kommission zu Berlin e.V. finden Sie unter <https://www.hiko-berlin.de/startseite>.

Kontakt

Ellen Franke / Historische Kommission zu Berlin e.V. / Jägerstraße 22/23 (BBAW) / 10117 Berlin / info@hiko-berlin.de / +49-(0)30-80 40 26 86

<https://www.hiko-berlin.de>

Zitation

Der Kalte Krieg auf Schienen., In: H-Soz-Kult, 25.09.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-150177.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

23) Bauernkrieg zwischen Unstrut und Elbe: Die Aufstände 1524/25 im heutigen Sachsen-Anhalt

Veranstalter

Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt; Kulturstiftung Sachsen-Anhalt

Veranstaltungsort

Malzscheune der Lutherstadt Eisleben, Bahnhofstraße 32

Gefördert durch

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Land Sachsen-Anhalt (Teil

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

14.11.2024

Frist

28.10.2024

<https://www.luthermuseen.de/>

Von

Lucas Wölbing

Die wissenschaftliche Tagung nimmt erstmals die wenig beachteten Bauernaufstände im heutigen Sachsen-Anhalt in den Blick. In mehreren Themenblöcken werden die Ereignisse in den Hochstiften und den Städten, im Gebiet der ernestinischen Landesfürsten, im Mansfelder Bergbaugebiet und in einzelnen Klöstern untersucht. Zudem stehen wirkmächtige Akteure wie Thomas Müntzer, die archäologischen Spuren des Aufstandes sowie die spätere Rezeption im Mittelpunkt.

Bauernkrieg zwischen Unstrut und Elbe: Die Aufstände 1524/25 im heutigen Sachsen-Anhalt

In den Jahren 1524 und 1525 erhob sich in etlichen Regionen des Heiligen Römischen Reiches die Bevölkerung. Neben Thüringen zählten auch die Gebiete zwischen Unstrut und Elbe im heutigen Sachsen-Anhalt zu den mitteldeutschen Zentren des Aufstandes. Auch hier kam es zu Protesten in den Städten und Dörfern, zu Bildersturm und Angriffen auf Klöster. Die Aufständischen hielten ihre Forderungen schriftlich fest, Bischöfe und Grafen verhandelten mit ihnen, der Adel griff zu gewaltsamen Gegenmaßnahmen oder beteiligte sich an den Unruhen. Als einflussreicher Prediger gilt Thomas Müntzer, der einen Anteil daran hatte, dass Menschen aus dieser Region nach Thüringen gingen und an der Schlacht bei Frankenhausen teilnahmen.

Die wissenschaftliche nimmt erstmals die wenig beachteten Bauernaufstände im heutigen Sachsen-Anhalt in den Blick. In mehreren Themenblöcken werden die Ereignisse in den Hochstiften und den Städten, im Gebiet der ernestinischen Landesfürsten, im Mansfelder Bergbaugebiet und in einzelnen Klöstern untersucht. Zudem stehen wirkmächtige Akteure wie Thomas Müntzer, die archäologischen Spuren des Aufstandes sowie die spätere Rezeption im Mittelpunkt.

Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung bis zum 28. Oktober 2024 per E-Mail an service@luthermuseen.de oder telefonisch im Servicebüro unter Tel. 03491 4203171

Programm

14. NOVEMBER

09.00-10.00 Uhr

Ort: Luthers Sterbehäus

Führung durch die Sonderausstellung „1525! Aufstand für Gerechtigkeit“

10.30-11.00 Uhr

BEGRÜßUNG UND GRÜßWORTE

Dr. Christian PHILIPSEN, Generaldirektor der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt

André SCHRÖDER, Landrat des Landkreises Mansfeld-Südharz

Carsten STAUB, Bürgermeister der Lutherstadt Eisleben

ERÖFFNUNGSVORTRAG

Moderation: Sophie POTENTE, M. A., Lutherstadt Wittenberg

11.00-11.45 Uhr

Lucas WÖLBING M. A., Leipzig: Bauernkrieg in Sachsen-Anhalt? Neue Erkenntnisse zu den Aufständen und ihren Akteuren

SEKTION 1: Regionen

Moderation: Prof. Dr. Dr. Johannes SCHILLING, Kiel

11.45-12.30 Uhr

Mirko GUTJAHR, M. A., Lutherstadt Eisleben: Ein Reformationsgraf als Bauernschlächter?
Der Überfall bei Osterhausen zwischen Faktizität und Fiktion

12.30-14.00 Uhr Mittagspause

14.00-14.45 Uhr

Dr. Volkmar JOESTEL, Lutherstadt Wittenberg. Wittenberg und der Bauernkrieg

14.45-15.30 Uhr

Lisa MERKEL, M. A., Lutherstadt Wittenberg: Der Bischof und die Bauern. Zu den Unruhen von 1525 im Hochstift Merseburg

15.30-16.00 Uhr Kaffeepause

SEKTION 2: Klöster (Teil 1)

Moderation: Dr. Eike Hennig MICHL, Halberstadt

16.00-16.45 Uhr

Dr. Gerrit DEUTSCHLÄNDER, Halle/Saale: Bedrängt, geplündert und aufgegeben. Die Klöster Kaltenborn und Himmelpforten am Harz und der Aufruhr der Bauern

16.45-17.30 Uhr

Prof. Dr. Felix BIERMANN, Stettin/Halle: Archäologische Zeugnisse des Bauernkriegs in Sachsen-Anhalt

17.30-18.00 Uhr Kaffeepause

Seite B 56 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

18.00–18.45 Uhr Günter PETERS, Berlin: Stift und Dorf Hamersleben im Bauernkrieg
1525

ÖFFENTLICHER ABENDVORTRAG

Begrüßung: Dr. Thomas T. MÜLLER, Vorstand der Stiftung Luthergedenkstätten in
Sachsen-Anhalt

Grußwort: Dr. Sebastian PUTZ, Staatssekretär für Kultur in der Staatskanzlei des Landes
Sachsen-Anhalt

19.15-20.15 Uhr

Dr. Jan SCHEUNEMANN, Halle/Saale: Der „revolutionäre Bauernführer“ in Schauspiel
und Museum. Müntzer-Rezeption in Eisleben, Stolberg und Allstedt 1925 – 1989

15. NOVEMBER

SEKTION 2: Klöster (TEIL 2) Moderation: Dr. Eike Hennig MICHL, Halberstadt

08.30-09.15 Uhr Simon SOSNITZA, M. A., Blankenburg/Harz: Klöster im Umbruch. Die
Rolle der Zisterzienser während des Deutschen Bauernkriegs am Beispiel von Kloster
Michaelstein

SEKTION III: Akteure

Moderation: Dr. Caecilia-Désirée HEIN, Lutherstadt Wittenberg

09.15-10.00 Uhr

Prof. Dr. Ulrich BUBENHEIMER, Reutlingen/Dr. Thomas T. MÜLLER, Lutherstadt
Wittenberg: Wittenberg – Allstedt – Mühlhausen. Neue Erkenntnisse zu Thomas Müntzers
Weg nach Thüringen

10.00-10.30 Uhr Kaffeepause

10.30-11.15 Uhr

Prof. Dr. Christoph VOLKMAR, Magdeburg: Magdeburg 1524/25: Städtische Unruhen im
Kontext des Bauernkrieges

11.15-12.00 Uhr

PD Dr. Astrid v. SCHLACHTA, Hamburg: Die Erben der Bauernkrieger? Täufer in
Sachsen-Anhalt

12.00-13.00 Uhr Mittagspause

SEKTION IV: Rezeption

Moderation: Dr. Katrin TILLE, Halberstadt

13.00-13.45 Uhr

Dr. Nora HILGERT, Mühlhausen: „Ich, Thomas Müntzer, Sichel Gottes“ (1989). Ein
Fernsehfilm zwischen marxistischem Fakt und poetischer Fiktion

Seite B 57 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

13.45-14.00 Uhr

Dr. Tobias ESPINOSA, Lutherstadt Eisleben: Die Projekte der Stiftung
Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt. Zur dezentralen Landesausstellung „1525!
Aufstand für Gerechtigkeit“

14.30-15.30 Uhr

Ort: Luthers Sterbehaus

Führung durch die Sonderausstellung „1525! Aufstand für Gerechtigkeit“

Kontakt

Servicebüro der Luthermuseen: service@luthermuseen.de oder telefonisch unter Tel.
03491 4203171

<https://www.luthermuseen.de/>

Zitation

Bauernkrieg zwischen Unstrut und Elbe: Die Aufstände 1524/25 im heutigen Sachsen-Anhalt., In: H-Soz-Kult, 13.09.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-146395.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

24) Wasserlandschaften? Wechselwirkungen und Verflechtungen zwischen Wasser, Mensch und Kulturlandschaft

[Digitales Kolloquium „ARKUM – Fachdisziplinen im Gespräch!“: Wasserlandschaften? Wechselwirkungen und Verflechtungen zwischen Wasser, Mensch und Kulturlandschaft](#)

Veranstalter ARKUM, Organisationsteam: David Fuchs (Geograph), Köln / Gerrit Himmelsbach (Archäologe und Historiker), Aschaffenburg / Robert Lämmchen (Geograph), Frankfurt a. M. / Lina Schröder (Regional- und Landeshistorikerin), Würzburg

97072 Würzburg

Findet statt Digital

Vom - Bis

21.10.2024 - 27.01.2025

Frist

24.09.2024

<https://www.uni-bamberg.de/histgeo/vernetzung/arkum/kontakt/>

Von

Lina Schröder, Lehrstuhl Fränkische Landesgeschichte, Universität Würzburg

Im WS 2024/25 lädt der ‚Arbeitskreis für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa e. V.‘ (ARKUM) erneut Wissenschaftler verschiedener Disziplinen und

Seite B 58 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Qualifizierungsstufen zum digitalen Kolloquium ein, diesmal mit dem Thema ‚Wasserlandschaften? Wechselwirkungen und Verflechtungen zwischen Wasser, Mensch und Kulturlandschaft‘. Das digitale Kolloquium hat in den beiden vergangenen Semestern bereits stattgefunden und bot Raum zur Auseinandersetzung mit den Themenbereichen ‚Raum und Kultur-Landschaft‘ sowie ‚Grenzen und Kulturlandschaft‘. Ziel dieses Formats ist ein regelmäßiger Austausch, der verschiedene fachliche Perspektiven des jeweiligen Themas beleuchtet.

Digitales Kolloquium ‚ARKUM – Fachdisziplinen im Gespräch!‘: Wasserlandschaften? Wechselwirkungen und Verflechtungen zwischen Wasser, Mensch und Kulturlandschaft

Mo, 17:15 Uhr an den folgenden Terminen: 21.10., 04.11., 18.11., 02.12., 16.12.,
13.01.2025, 27.01.

Im WS 2024/25 lädt der ‚Arbeitskreis für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa e. V.‘ (ARKUM) erneut Wissenschaftler verschiedener Disziplinen und Qualifizierungsstufen zum digitalen Kolloquium ein, diesmal mit dem Thema ‚Wasserlandschaften? Wechselwirkungen und Verflechtungen zwischen Wasser, Mensch und Kulturlandschaft‘. Das digitale Kolloquium hat in den beiden vergangenen Semestern bereits stattgefunden und bot Raum zur Auseinandersetzung mit den Themenbereichen ‚Raum und Kultur-Landschaft‘ sowie ‚Grenzen und Kulturlandschaft‘. Das Ziel dieses Formats fokussiert einen regelmäßigen Austausch, der verschiedene fachliche Perspektiven des jeweiligen Themas beleuchtet und zur kritischen Diskussion einlädt. Es baut Berührungspunkte zwischen den einzelnen Fachdisziplinen ab und ermöglicht ein Verständnis für die Denkweisen, theoretisch-methodischen Vorgehensweisen und Befunde der jeweils anderen Disziplin. Dabei stehen gezielt solche Themen im Vordergrund, die aktuell eine fachübergreifende Erforschung erfahren – so auch das Thema ‚Wasser‘.

Rund zwei Drittel der Erdoberfläche sind Wasserfläche. Richtet sich der Blick auf das Festland, zählt z. B. mit 34.600 Kilometern Fließgewässer und rund 3.000 Seen das Land Brandenburg zu den gewässerreichsten Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Weitere bekannte Wasserlandschaften sind u. a. die Mecklenburger Seenplatte oder das Rhein-Maas-Schelde- bzw. Weichseldelta. Wasserlandschaft ist jedoch nicht gleich Wasserlandschaft: Neben den Meeren mit seinen Küsten und Deichen, neben Flüssen oder Seen existieren mit Bächen, Teichen, Kanälen, Wasserfällen, Auen und Mooren eine Vielzahl weiterer Möglichkeiten. Ihre Gemeinsamkeit besteht darin, dass sie seit tausenden Jahren als Lebensgrundlage, Verbindungswege, aber auch als Grenze dienen. Die Beziehung des Menschen zum Wasser manifestiert sich dabei in vielfältiger Weise: Wasserareale wurden oft durch Menschen verändert oder sind komplett das Ergebnis menschlicher Aktivität. Sie bilden so den Ausgang für ganz unterschiedliche Praktiken und Intentionen: Im Kontext der Moore, Flüsse, Kanäle oder der Küste stehen so oftmals Prozesse der Urbarmachung und des Landesausbaus im Vordergrund (Deich-, Brücken-, Mühlenbau – z. B. Schreiner 1995), in Bezug auf Flüsse oder das Meer geht ferner die Ermöglichung von Mobilität und Kommunikation einher (z. B. Seefahrt – Bohn 2011, Kommunikation – Schröder 2021, Hardt et al. 2007; Migration – Klepp et al. 2018). Hinsichtlich der Seen, Auen oder Bäche wurden ferner mit der Zeit verschiedene Bewirtschaftungsformen hervorgebracht (Stauseen, Holztrift, Holzflößerei oder Wässerwiesen – Hardt 2019, Malkmus 2016, Weismantel 2004, Keweloh 1988), bezüglich der Moore, Flüsse, Bäche, Wasserfälle, Seen oder des Meeres stand nicht selten immer auch die Ressourcengewinnung bzw. spezifische Gewerbeausführung im Mittelpunkt (Torfabbau, Energiegewinnung, Fischzucht und Fischerei – von Lukowicz 2003). Die

Seite B 59 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Umsetzung verschiedener Praktiken und Intentionen erforderte damit immer auch soziale und organisatorische Anpassungen (Migration, Infrastruktur etc.), Aushandlungen und die Ausbildung rechtlicher Grundlagen (Weber 2020; Klepp et al. 2018; Dinçkal 2015). Besonders am Beispiel der Binnenschifffahrt wird in diesem Kontext deutlich, dass hier stets lokale und regionale Prozesse mit überregionalen Interessen verknüpft sind (Bennemann 2021; Schröder 2017).

Das Kolloquium zielt entsprechend darauf ab, Wasserlandschaften vergleichend zu erörtern. Dabei soll interdisziplinär erarbeitet werden, ...

- ... was die einzelnen Fächer und Epochen mit dem Begriff der ‚Wasserlandschaft‘ assoziieren: Welche Spielarten (z. B. Küste, Flüsse, Seen, Bäche, Moor, Auen etc.) sind denkbar, ab wann wird von einer Wasserlandschaft gesprochen (etwa, wenn das Wasser die Gesellschaft bestimmt, Wassergewerbe überwiegen, das Wasser das landschaftsdominierende Element ist...)?
- ... welche Rolle jeweils Salz-, Brack und Süßwasser spielen: Verändern sich mit der Art des Wassers die Wahrnehmung auf Wasserlandschaften?
- ... welche kulturellen Aspekte Wasserlandschaften ausmachen
- ... auf welche Daten, Befunde oder Quellen im Kontext des Wassers in den einzelnen Disziplinen zurückgegriffen wird, welche Forschungserkenntnisse mit welchen Methoden generiert werden
- ... welche Wechselwirkungen und Verflechtungen zwischen Menschen, Wasser und Kulturlandschaft von den einzelnen Fachdisziplinen und historischen Epochen herausgearbeitet, welche Themen (z. B. Katastrophenforschung, Mobilität, Religiosität etc.) also konkret behandelt werden sowie
- ... welche Wasser-Darstellungen (Meistererzählungen etc.) und typische Landschaftsbilder inklusive ihrer Infrastruktur, Flora und Fauna derzeit den Forschungsdiskurs dominieren?

Zu den im Zweiwochenrhythmus stattfindenden 90-minütigen, digitalen Treffen (ZOOM) sind alle diejenigen regelmäßig eingeladen, die ein Thema im Rahmen des oben beschriebenen Forschungsrahmens bearbeiten und dieses gerne in einem interdisziplinären Kontext vorstellen und diskutieren möchten. Die Präsentationen sollen sich in einem zeitlichen Rahmen von maximal 35 Minuten bewegen und dazu beitragen, besonders ‚knifflige‘ Fragen oder Aspekte, den möglichen Umgang mit Einzelbefunden, die methodische Herangehensweise (u. a. in Forschungsprojekten, Studien) etc. vorzustellen und zu diskutieren. In jeder Sitzung ist auch stets Zeit vorgesehen, nach Bedarf unabhängig vom Thema ‚Wasserlandschaften‘ aktuelle Herausforderungen in der eigenen Forschung anzusprechen. Der Austausch soll insgesamt also dazu dienen, ...

- ... durch die regelmäßigen Diskussionen zu verstehen, wie die Fachkolleg:innen bestimmte Begriffe/Konzepte – hier den Themenbereich Wasser – erschließen, welche Rolle dieser in ihrem Fach spielt
- ... durch die anderen fachlichen Perspektiven eine Erweiterung des eigenen Horizontes zu erfahren
- ... einen generellen Einblick in die jeweiligen Fachdiskussionen (z. B. auch über eventuelle Kontroversen) zu erhalten sowie
- ... zu verstehen, wie die anderen Disziplinen zu ihren Ergebnissen gelangen (Methodik, Quellen) sowie Mittel und Wege finden, diese Ergebnisse sinnvoll in die eigene Forschung zu integrieren.

Der CfP richtet sich dabei an Wissenschaftler aus Archäologie, Geschichtswissenschaft und Geographie, sowie anderen Fachdisziplinen (z. B. Soziologie und Philosophie), die sich mit Fragen rund um Wasser und Kulturlandschaft beschäftigen. Eingeladen sind auch alle

diejenigen, die einfach nur Interesse am Thema und an den regelmäßigen Diskussionen haben, aber selbst nicht vorstellen möchten. Bewerbungen für einen Vortrag in Form eines Abstracts (max. 2.000 Zeichen) und einer Kurzvorstellung bzw. eine Interessensbekundung für eine einfache Teilnahme richten Sie bitte bis zum 24.09.2024 an Lina Schröder, lina.schroeder@uni-wuerzburg.de.

Literatur (exemplarische Auswahl)

- Bennemann, Nils (2021): Rheinwissen: die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt als Wissensregime, 1817–1880 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, v. 260). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Bohn, Robert (2011): Geschichte der Seefahrt. München: C. H. Beck (Beck'sche Reihe, 2722). Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=7024925>.
- Dinçkal, Noyan (2015): Water as a Commodity? Debates and Conflicts on the (De)regulation of Water Infrastructures in Istanbul, 1885–1937. In: Birte Förster und Martin Bauch (Hg.): Wasserinfrastrukturen und Macht von der Antike bis zur Gegenwart (HZ Beiheft v. 63). Berlin/München/Boston: De Gruyter, S. 206–231.
- Hardt, Matthias (2019): Zur Wasserwirtschaft des prämonstratensischen Chorherrenstifts Broda. In: Christoph Mielzarek und Christian Zscheschang (Hg.): Usus aquarum. Interdisziplinäre Studien zur Nutzung und Bedeutung von Gewässern im Mittelalter (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa, v. 54). Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 17–28.
- Hardt, Matthias; Freund, Stephan; Weigel, Petra (2007): Flüsse und Flusstäler als wirtschafts- und Kommunikationswege (Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie, v. 25). Bonn: Selbstverlag. 2007.
- Klepp, Silja; Chavez-Rodriguez, Libertad (Hg.) (2018): A Critical Approach to Climate Change Adaptation. Discourses, Policies and Practices. London: Routledge.
- Keweloh, Hans-Walter (Hg.) (1988): Auf den Spuren der Flößer: Wirtschafts- und Sozialgeschichte eines Gewerbes. Stuttgart: Theiss.
- Lukowicz, Mathias von (Hg.) (2003): Probleme der Fischerei in Nord- und Ostsee: [Öffentliche Vortragsveranstaltung des Wissenschaftlichen Beirats ... des Deutschen Fischerei-Verbandes e.V. über die Probleme der Fischerei in Nord- und Ostsee, Timendorfer Strand 2003]. Hamburg: Dt. Fischerei-Verb.
- Malkmus, Rudolf (2016): Wässerwiesen im Spessart. In: Spessart. Monatszeitschrift für die Kulturlandschaft Spessart (10), S. 3–19.
- Schreiner, Johannes (1995): Der Schauzwang auf Deich und Schleuse. Die Entwicklung der Deichschau am unteren Niederrhein vom Spätmittelalter bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts (Schriften der Heresbach-Stiftung Kalkar, v. 2). Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte.
- Schröder, Lina (2021): ‚Das Wasser ist so tief, dass auch große Schiffe anlegen können‘. Die Topographie als Katalysator für die Stadtentwicklung in den Lage Landen. In: Wolfgang Wüst und Klaus Wolf (Hg.): Die Sueddeutsche Staedtelandschaft – ein Interregionaler Vergleich. Unter Mitarbeit Von Christoph Gunkel. Frankfurt a. M.: Peter Lang, S. 509–570.
- Schröder, Lina: Der Rhein-(Maas-)Schelde-Kanal als geplante Infrastrukturzelle von 1946 bis 1985: Studien zur Infrastruktur- und Netzwerk-Geschichte (Studien zur Geschichte und Kultur Nordwesteuropas/28). Münster 2017, DOI: 10.31244/9783830985686.
- Weber, Raimund J. (2020): Wassernutzung im Streit. Prozesse vor dem Reichskammergericht um Mühlen, Fischerei, Transport und Bewässerung an Donau, Neckar und Rhein. In: Kurt Andermann und Gerrit J. Schenk (Hg.): Wasser. Ressource – Gefahr – Leben (Kraichtaler Kolloquien, v. 12). Ostfildern: Thorbecke, S. 181–222.

Seite B 61 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Weismantel, Klaus (2004): Wässerwiesen im Jossgrund. Eine verschwundene, einst lebensnotwendige Bewirtschaftungsform. In: Spessart. Monatszeitschrift für die Kulturlandschaft Spessart (8), S. 25–28.

Kontakt

PD Dr. Lina Schröder: lina.schroeder@uni-wuerzburg.de

<https://www.uni-bamberg.de/histgeo/vernetzung/arkum/kontakt/>

Zitation

Wasserlandschaften? Wechselwirkungen und Verflechtungen zwischen Wasser, Mensch und Kulturlandschaft., In: H-Soz-Kult, 05.09.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-146249.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

25) (P)Ostkolonialismus – Postcolonial Perspectives on Poland, Ukraine and Eastern Europe

Pilecki-Institut Berlin
10117 Berlin

Findet statt in Präsenz
Vom - Bis
23.10.2024 - 25.10.2024
Frist
22.10.2024

<https://berlin.institutpileckiego.pl/de/events/postkolonialismus-conference>

Von
Patryk Szostak, Pilecki-Institut Berlin, Forschungseinrichtung

What contribution can postcolonial theoretical approaches provide to the development of new perspectives and a better understanding of the entangled history of Germany with Poland, Ukraine, and Eastern Europe? Which colonial paradigms can be found, for example, in historical narratives and Erinnerungskulturen (cultures of remembrance), as well as in artistic approaches such as literature, film, etc.?

(P)ostkolonialismus – Postcolonial Perspectives on Poland, Ukraine and Eastern Europe

A representative study recently commissioned by Pilecki Institute Berlin has revealed the prevailing stereotypes and knowledge gaps in German society regarding the history and

Seite B 62 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

present of Poland, Ukraine, and Eastern Europe. In light of the study results, the Pilecki Institute Berlin is organizing a three-day conference, titled "(P)Ostkolonialismus - Postcolonial Perspectives on Poland, Ukraine and Eastern Europe". Researchers from various academic disciplines will discuss the potential benefits and challenges of postcolonial and decolonial perspectives on the historical and contemporary entanglements of the areas under study. Our aim is to create a discursive space to illuminate and question the continuities of colonial traditions of thought in Germany, their impact on the German history of violence, and their influence on contemporary Erinnerungskulturen.

In the 19th century, Poland, the so called "Wild East", already formed part of Germany's colonial aspirations (Kopp 2012). Both Prussia and the German Empire, as well as the Nazi state, repeatedly attempted to fulfill their colonial settlement ambitions in Eastern Europe. The German mass crimes in the region during the Second World War were based on these continuities of anti-Slavic policies and convictions.

These patterns of thought and behavior towards Eastern Europe continue to have an impact in many respects to the present day. Colonial traditions of thought are also reflected in Erinnerungskultur and historical debates. The gaps and absences in German collective memory of the National Socialist war of extermination in Eastern Europe have come to light, not only in the wake of 24 February 2022 and corresponding discourse on the Russian war of aggression in Ukraine.

By integrating diverse interdisciplinary and interpretative perspectives and initiating a constructive dialogue between them, we address the following question: How can postcolonial and decolonial approaches dismantle prevailing stereotypes and address knowledge gaps as well as absences in German Erinnerungskultur?

The event is open to the public and takes place on site.

Programm

Day 1: Wednesday, October 23, 2024

12:00 - Registration

13:00 - Welcome Speeches: Dr Wojciech Kozłowski (Warszawa) / Jan Tombiński (tbc, Polish Ambassador in Germany) / Dr Elisabeth Katzy (Berlin) and Lukas Wiczorek (Berlin)

13:30 - Hanna Radziejowska (Berlin)/ Mateusz Fałkowski (Berlin), "The German society's historical self-image with regards to the 20th Century, and its perception of Poland"

14:00 - Commentary on the study results of the research by Hanna Radziejowska and Mateusz Fałkowski

14:20 - Keynote lecture by Dr Franziska Davies: "Postcolonial Perspectives on Poland, Ukraine and Eastern Europe"

15:00 - *Coffee Break*

Seite B 63 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Session 1: Continuities of colonial traditions of thought

Chair: Agata Czaja

15:20 - Professor Dirk Uffermann (Giessen), "Polish Perspectives on German "Ostkolonisation"

15:40 - Professor Francis Harvey (Leipzig), "Are place names shibboleths? Decoding coloniality in mapped place names"

16:00 - Dr Tomasz Ceran (Bydgoszcz), "Civilize – Germanize – Exterminate. The ideological basis of German colonization of Poland 1772–1945"

16:20 - Discussion

16:50 - *Coffee Break*

Session 2: Poland's and Ukraine's current path of "decolonization"

Chair: Dr. Marek Jan Wasiński

17:10 - Professor Beata Ociepka (Wrocław) / Dr Christian Noack (Amsterdam) / Professor Pierre-Frédéric Weber (Szczecin)
"Germany-Poland-Ukraine: 'The Colonial' as a Factor Influencing Foreign Policy" (Panel Discussion)

18:40 - N.N. Summary of first day

19:00 - Reception & Get-together

Day 2: Thursday, October 24, 2024

Session 3: Colonial Narratives about Eastern and Central Europe

Chair: Professor Dirk Uffermann

09:00 - Dr Anna Damińska-Wójcik (Warszawa), "Orientalisierung der Masuren als ethnische Gruppe: Eine Studie zur Wahrnehmung des Anderen im 19. Jahrhundert in Preußen"

09:20 - Dr Mateusz Maleszka (Bydgoszcz), "The theory of "Restgermanen" as a basis for German territorial or political claims in the period 1890-1945"

09:40 - Benedikt Putz (Berlin), "Colonial Narratives and Continuities in the Weimar Republic in the Context of the Struggle for Upper Silesia 1919-1921"

10:00 - Discussion

10:30 - *Coffee Break*

Session 4: Dealing with the colonial legacy

Chair: Professor Alexander Wöll

10:50 - Dr Paweł Kubicki (Kraków), "The Tales of Three Cities. The postcolonial question in Central and Eastern Europe through the lens of the city and urbanity"

Seite B 64 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

11:10 - Dr Bartłomiej Krzysztań (Warszawa), "From Recovered to Uncovered. Colonialism and Imperiality in the Eastern Borderlands and the Recovered Territories in Comparative Perspective"

11:30 - Professor Hermann Mückler (Wien), "Wir haben nie Kolonialismus betrieben". Die habsburgischen kolonialen Ambitionen in Osteuropa – Amnesie und der rezente Umgang mit einem verklärten Erbe"

11:50 - Discussion

12:20 - Lunch Break & possibility to attend guided tours of the permanent exhibition "Witold Pilecki. In resistance to Hitler and Stalin"

Session 5: Workshops

Chair: Lukas Wieczorek

Workshop 1 - Jakub Niewiński (Zielona Góra)

Decolonial approaches in educational work. Intercultural sensitivity and the pyramid of alliance

Workshop 2 - Eva Yakubovska (Berlin)

Decolonizing Soviet war memorials in Berlin. Reflections on current legal and political challenges

Workshop 3 - Milena Khomchenko (Kyiv)

Reassembled Temporalities:

Two Artistic Methods to Work with History, Contemporaneity, and the Future

15:20 - Presentation of Workshops Results

15:50 - *Coffee Break*

Session 6: Ukrainian Decolonial Discourse in Practice

Chair: Kateryna Botanova

16:10 - Kateryna Botanova (Basel), "The Russian Revolution and its Western Friends – Analysis of four art exhibitions dedicated to the centennial of the October Revolution"

16:40 - Dr Alla Petrenko-Lysak (Kyiv) / Dr Svitlana Shlipchenko (Kyiv), "Museums, Decolonization, and Rethinking the Symbolic Landscapes" (Panel Discussion)

17:40 - Summary of second day

Day 3: Friday, October 25, 2024

Session 7: Postcolonial perspectives on Polish history

Chair: Dr. Pawel Kubicki

9:00 - Agata Czaja (Münster), "Postcolonialism and violence. Questions about Polish context"

9:20 - Dr Rüdiger Ritter (Bremerhaven), "Postkoloniale Perspektiven auf die europäische Musikgeschichte"

Seite B 65 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

9:40 - Dr Aleksandra Naróg (Kraków), "Witold Gombrowicz in Berlin – Postcolonial Perspectives"

10:00 - Discussion

10:30 - *Coffee Break*

Session 8: Postcolonial perspectives on knowledge production

Chair: Professor Beata Ociepka

10:50 - Jan Kuśmirski (Warsaw), "The Image of Poland in German History Textbooks"

11:10 - Dr Marek Jan Wasiński (Łódź), "The Politics of Knowledge Production: Poland as Post-Colonial and Liminal Space in the International Legal Order"

11:30 - Dr Tereza Hendl (Augsburg/München), "Refusing inter-imperiality towards Europe's East: A shift to anti-oppressive research"

11:50 - Discussion

12:20 - *Lunch Break*

Session 9: Decolonization of Slavic Studies

Chair: Dr. Aleksandra Konarzewska

13:50 - Professor Polina Barvinska (Odessa/Regensburg), "Deutsche Osteuropastudien, deutsche Politik und die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg sowie den Holocaust in der Ukraine"

14:10 - Professor Polina Barvinska (Odessa/Regensburg) / Professor Annette Werberger (Tübingen) / Professor Alexander Wöll (Potsdam) / Dr Aleksandra Konarzewska (Tübingen) "Dekolonisierung der Slavistik in Deutschland: Perspektiven und Herausforderungen" (Panel Discussion)

15:20 - Summary of third day and the conference and final discussion

Kontakt

events@pileckiinstitut.de

<https://berlin.institutpileckiego.pl/de/events/postkolonialismus-conference>

Zitation

(P)*Ostkolonialismus – Postcolonial Perspectives on Poland, Ukraine and Eastern Europe.*, In: H-Soz-Kult, 29.09.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-150265.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

26) Wissensordnung in der vormodernen Lotharingia

Wissensordnung in der vormodernen Lotharingia. Ein Vergleich materieller und medialer Wissensräume

Veranstalter Centre Luxembourgeois d'études et de documentation médiévales (CLUDEM);
Historisches Institut, Universität Luxemburg

Veranstaltungsort Universität Luxemburg, Campus Belval, Haus der Geisteswissenschaften
(MSH), 11, porte des Sciences (Black Box im Erdgeschoss)

4366 Esch-sur Alzette

Luxembourg

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

23.10.2024 - 25.10.2024

<https://www.cludem.lu>

Von

Martin Uhrmacher, Institute for History, Universität Luxemburg

Seit 1980 finden in Luxemburg alle zwei Jahre die 'Journées lotharingiennes' statt, eine internationale Tagung zur mittelalterlichen Geschichte Lotharingens, das sich als historischer Raum zwischen Maas und Rhein und von der Nordsee bis zu den Vogesen erstreckte. Das Thema der in diesem Jahr vom 23. bis 25 Oktober stattfindenden Konferenz lautet: "Wissensordnung in der vormodernen Lotharingia. Ein Vergleich materieller und medialer Wissensräume / L'ordre des savoirs dans la Lotharingie prémoderne. Une comparaison des espaces du savoir matériels et médiatiques".

Wissensordnung in der vormodernen Lotharingia. Ein Vergleich materieller und medialer Wissensräume

Das Thema der „Wissensordnung“ ist mit der digitalen Wende zu einem neuen Forschungsdesiderat von wissenschaftlicher, politischer und sozialer Bedeutung geworden. Forschungen zu Bibliotheken und Archiven der vormodernen und modernen Zeit haben den Weg in diese Richtung bereits weitgehend gezeigt. Der hier für das Mittelalter gewählte Ansatz soll ergänzend dazu innovativ sein, indem er das Konzept des „Wissensorts“ wie Bibliotheken oder Archive mittels eines vergleichenden Ansatzes auf das Feld der Wissensordnung innerhalb von narrativen und ikonographischen Quellen ausdehnt. Zusätzlich zu den Bibliothekskatalogen und Archivinventaren, soll demnach auch die mediale Gestaltung von Text- oder Bildgattungen in ihrer internen Anlage als „Wissensräume“ analysiert werden, etwa Chroniken, Kartulare, Rechnungsbücher, Güterverzeichnisse, Bildzyklen, hagiographische oder andere Sammelhandschriften, sowie für das beginnende 16. Jahrhundert kartografische Quellen. Das Programm des Kolloquiums ist so angelegt, dass es den Zeitraum vom frühen Mittelalter bis zum Übergang in die Neuzeit abdeckt, um langfristige Verständlichkeitsrahmen entwickeln zu können. Dies soll es ermöglichen, über Wissen, seine Organisation, seine Zäsuren und seine Verbindungen nachzudenken. Der Vergleich mehrerer Kategorien von Wissensräumen und -orten, die auf der Tagung möglichst jeweils allgemein und dann exemplarisch auf die Lotharingia bezogen, behandelt werden, soll die Frage nach der Vielfalt, aber auch nach der eventuellen Einheit der Ordnungskriterien in der vormodernen Wissenswelt stellen. Als zentrale Aspekte der Untersuchung bieten sich hier die Fragen nach der Abhängigkeit von oder dem Bruch mit Modellen und Traditionen, der

Seite B 67 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Selektion, der Hierarchisierung, der Funktionalität und den Potentialitäten sowie der Zugänglichkeit. Somit soll auch der Frage nach der Wissensordnung als Machtfaktor nachgegangen werden.

Übergeordnetes Ziel der Tagung wäre die Frage nach der materiellen und intellektuellen Konstruktion von Wissen und dessen daraus entstehenden zielorientierten Gebrauchs.

Programm

Mercredi 23 octobre

13.00 Accueil

Mots de Bienvenue

14.00 MICHEL MARGUE (Université du Luxembourg; CLUDEM)

Einführung in das Tagungsthema - Introduction au thème du colloque

14.30 EVA SCHLOTHEUBER (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf)

Medieval libraries and the challenge of ordering the knowledge - a fresh topicality of an old research question

15.00 PAUL BERTRAND (Université Catholique de Louvain)

L'ordre (écrit) du monde au Moyen Âge

15.25 Discussion

16.00 *Pause-café*

Les bibliothèques

16.30 XAVIER HERMAND (Université de Namur)

Ordre des livres et ordre des textes dans les bibliothèques de l'Occident médiéval

17.00 GORDON BLENNEMANN (Université de Montréal)

Un fragment de la bibliothèque de Sainte-Glossinde de Metz : le manuscrit Urbana-Champaign, University of Illinois Rare Book & Manuscript Library, 98

17.30 MICHAEL EMBACH (Universität Trier)

Die mittelalterliche Bibliothek der Abtei Trier-St. Maximin als Echoraum der Institution

17.55 Discussion

18.45 Impulsvortrag – conférence du soir

MARTIN KINTZINGER (Universität Münster)

Lieux de savoir: Zur Wissensgeschichte des Mittelalters

Jeudi 24 octobre

Les chroniques

9.00 HANS-WERNER GOETZ (Universität Hamburg)

Die Vorstellung vom Wissen und das Wissen über Lothringen in der Chronik Reginos von Prüm

9.30 FLORENCE CLOSE (Université de Liège)

Dans l'Atelier d'Anselme : Considérations sur les sources et méthode du chanoine liégeois

Seite B 68 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

10.00 LÉONARD DAUPHANT (Université de Lorraine)

Mettre en ordre l'histoire de Metz: l'exemple des manuscrits historiques de Philippe de Vigneulles (début du XVIe siècle)

10.25 Discussion

11.00 Pause-café

Les annales

11.30 SOPHIE GLANSBORFF (Centre National d'Histoire des Sciences; Université Libre de Bruxelles)

Les Annales de Fulda : approche de la tradition manuscrite occidentale et lotharingienne

Les manuscrits composites

12.00 ÉLOÏSE ADDE (Central European University, Vienna)

"Textual flow" and new audiences: the long life of medieval texts

12.30 ANTOINE LAZZARI (Luxembourg City Museum; CLUDEM)

Organisation et réappropriation de l'histoire municipale à travers les siècles:

les listes de maîtres-échevins dans les manuscrits composites messins (XVe- XVIIIe siècles)

12.55 Discussion

13.30 Repas-buffet

Les archives

14.15 EMMANUEL BODART (Archives de l'État à Namur)

La conservation des archives médiévales, des besoins de gestion à la construction mémorielle

14.45 GILLES GENOT (Luxembourg City Museum; CLUDEM)

Stets im Bilde: der Provinzialrat als notwendiger Wissensort

Les inventaires d'archives

15.15 TIMOTHY SALEMME (Université du Luxembourg; CLUDEM)

Connaître pour gouverner. Les Bourguignons et l'inventorisation des Trésors des chartes des principautés nouvellement acquises (fin XIVE - début XVe siècles)

15.40 Discussion

16.15 Pause-café

Les notes dorsales

16.45 NADINE ZEIEN / MARIE-CÉCILE CHARLES (Archives

Nationales de Luxembourg; CLUDEM)

Dans l'ombre des parchemins: les notes dorsales et l'organisation des archives médiévales

Seite B 69 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Les cartulaires

17.15 LAURENT MORELLE (EPHE – PSL; Paris)

Le cartulaire: un creuset au service de l'intelligibilité des actes écrits ?

17.45 HÉROLD PETTIAU (Université du Luxembourg; CLUDEM)

Le Liber Aureus de l'abbaye d'Echternach. Constitution d'un cartulaire-chronique lotharingien au tournant des 12e et 13e siècles

18.10 Discussion

18.45 Öffentlicher Abendvortrag – conférence publique du soir

GEORG MEIN (Universität Luxemburg)

Die Vermessung der Weisheit: Wissensordnungen von Aristoteles zu den Algorithmen

20.00 Dîner du colloque

Vendredi 25 octobre

Les polyptyques

9.00 JEAN-PIERRE DEVROEY (Université Libre de Bruxelles; Académie Royale de Belgique)

Polyptyques. L'ordre des savoirs: espaces, domination, matérialité dans les polyptyques de Lotharingie

Les écrits hagiographiques

9.30 BASTIEN DUBUISSON (HistHorizons; CLUDEM)

Réécriture hagiographique et mémoire institutionnelle: L'abbaye de Saint- Maximin de Trèves à l'aube des Temps modernes.

Rechnungsbücher

10.00 MICHEL PAULY (Universität Luxemburg; CLUDEM)

Die Finanzen ordnen - Rechnung ablegen. Die Baumeistereibücher der Stadt Luxemburg 1388-1500

10.25 Discussion

11.00 Pause-café

Kartographie

11.30 MARTIN UHRMACHER (Universität Luxemburg; CLUDEM)

Die "Erfindung" der Karte als Medium zur Konstruktion und zur Vermittlung räumlichen Wissens: Lothringen als europäisches Innovationszentrum zu Beginn des 16. Jahrhunderts

Historische Bildprogramme

12.00 MICHEL MARGUE (Universität Luxemburg; CLUDEM)

Ordnen, aktualisieren, abbilden. Die Bilderchronik Balduins von Luxemburg und die historischen Bildzyklen in der Buch- und Wandmalerei bis 1350

12.25 Discussion

13.00 Repas-buffet

14.00 Conclusions

THOMAS FALMAGNE (Bibliothèque Nationale de Luxembourg)

Kontakt

michel.margue@uni.lu

Kostenlose Einschreibung per E-Mail an herold.pettiau@uni.lu vor dem 21. Oktober 2024

<https://www.cludem.lu>

Zitation

Wissensordnung in der vormodernen Lotharingia., In: H-Soz-Kult, 09.09.2024,

www.hsozkult.de/event/id/event-146304.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

27) Silber 1000–2000. Produktion, Distribution und Semantik in Europa

Zentralinstitut für Kunstgeschichte

Zentralinstitut für Kunstgeschichte Katharina-von-Bora-Str. 10, 80333 München

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

15.11.2024 - 16.11.2024

<https://www.zikg.eu/aktuelles/veranstaltungen/2024/tagung-silber>

on

Susanne Spieler, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Zentralinstitut für Kunstgeschichte

In der internationalen Tagung werden die semantischen, wirtschaftlichen und technischen Dimensionen von künstlerisch verarbeitetem Silber auf einer breiten Basis von Primär- und Sekundärquellen diskutiert. Expertinnen und Experten aus den Bereichen Kunstgeschichte, Sozialgeschichte und Philologie werden dabei neue Perspektiven auf Produktion, Handel und die Bedeutung von Silberobjekten eröffnen.

Silber 1000–2000. Produktion, Distribution und Semantik in Europa

In der internationalen Tagung werden die semantischen, wirtschaftlichen und technischen Dimensionen von künstlerisch verarbeitetem Silber auf einer breiten Basis von Primär- und Sekundärquellen diskutiert. Ziel ist es, zu hinterfragen, wie Silber in historischen Gesellschaften interpretiert wurde, welche Bedeutung dies hatte und noch immer für die heutige Zeit hat. Expertinnen und Experten aus den Bereichen Kunstgeschichte, Sozialgeschichte und Philologie werden dabei neue Perspektiven auf Produktion, Handel und die Bedeutung von Silberobjekten als Teil unserer materiellen Kultur über verschiedene Zeiträume eröffnen.

Programm

Freitag, 15.11.2024

13:00 Uhr Esther Wipfler: Begrüßung und Einführung

PANEL I: QUELLEN ZUR SILBERSCHMIEDEKUNST

Moderation: Esther Wipfler, München

13:15 – 13:50 Uhr / Tino Licht, Heidelberg // Thesaurus argenteus. Silber in den mittelalterlichen Schatzverzeichnissen

13:50 – 14:25 Uhr / Ursula Timann, Nürnberg // Die Silberzettel als Dokumente

Seite B 71 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

14:25 – 15:00 Uhr / Annette Schommers, München // Was man in Augsburg macht, das muss die Probe halten – Quellen zur Augsburger Gold- und Silberschmiedekunst zwischen 1529 und 1868

- Pause –

15:30 – 16:10 Uhr / Christian Hörack, Zürich // Bossard, Rehfues, Sauter. Werkstattnachlässe von Schweizer Goldschmieden des 19. Jahrhunderts.

PANEL II: PRODUKTION

Moderation: Christian Fuhrmeister, München

16:10 – 16:50 Uhr / Hanna Lehner, München // Philipp Eduard Fuggers Exemplar des Schwazer Bergbuchs

16:50 – 17:30 Uhr / Georg Neuhauser, Innsbruck // Ein sozialhistorischer Streifzug durch die Unterinntaler Montanregion Schwaz (Nordtirol) zur Mitte des 16. Jahrhunderts

17:30 – 17:45 Uhr / Vergabe des Internationalen Förderpreises des Zentralinstituts für Kunstgeschichte in München für herausragende Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Angewandten Kunst

17:45 – 18:30 Uhr / Heather McCune-Bruhn, State College, Pennsylvania: Monstrances for Every Budget: Standardized and Customizable Tower Monstrances in Fifteenth Century Cologne

Samstag 16.11.2024

9:00 – 9:40 Uhr / Melitta Jonas, Berlin // Johann George Hossauer (1794-1874), Goldschmied Sr. Majestät des Königs und seine „Fabrik für Waren aus Platina, Gold, Silber, Bronze, gold- und silberplattiertem Kupfer nach englischer Art“

9:40 – 10:30 Uhr / Max Tillmann, Schwäbisch-Gmünd: Die Ott-Pausersche Fabrik – Chronik eines Musterbetriebs, Denkmals und Silberwarenmuseums

- Pause –

PANEL III: FUNKTION UND BEDEUTUNG

Moderation: Christine Tauber, München

10:45 – 11:20 Uhr / Esther Wipfler, München // Die Greifenklaue: Vom Mythos zum Ehrenpokal

11:20 – 11:50 Uhr / Ulrike Weinhold und Theresa Witting, Dresden: Ausgewählte Goldschmiedearbeiten des Grünen Gewölbes und ihre Funktion am sächsischen Hof

- Pause –

13:00 – 13:40 Uhr / Martin Hirsch, München: Silber oder Gold? Abstufungen päpstlicher Medaillengeschenke im Rom des 17. Jahrhunderts

13:40 – 14:20 Uhr / Birgit Schübel, Nürnberg: Jüdisches Kultgerät made in Nürnberg

14:20 – 14:55 Uhr / Matthias Weniger, München // Silber zwischen privatem, religiösem und Sammlergebrauch – Objekte aus jüdischem Besitz und ihr Schicksal von der Zwangsabgabe 1939 bis zur Rückgabe an die Familien

15:00 Uhr / Abschlussdiskussion: Perspektiven für die Forschung

TEILNAHME: Die Teilnahme ist kostenfrei. Da die Raumkapazitäten begrenzt sind, wird um eine Anmeldung per E-Mail gebeten: Silber2000@zikg.eu

Kontakt

Silber2000@zikg.eu

<https://www.zikg.eu/aktuelles/veranstaltungen/2024/tagung-silber>

Zitation

Silber 1000–2000. Produktion, Distribution und Semantik in Europa., In: H-Soz-Kult, 26.09.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-150252.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

28) Palastkulturen. Geschichte und Gegenwart der DDR-Kulturhäuser

Zeitgeschichtliches Forum Leipzig; Kulturamt der Stadt Gera; Bundeszentrale für politische Bildung, Gera; Stiftung Humboldt Forum, Berlin (Kultur- und Kongresszentrum Gera)
Ausrichter Kultur- und Kongresszentrum Gera
Schloßstraße 1, 07545 Gera

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

18.11.2024 - 19.11.2024

Frist

04.11.2024

Von

Raphael Bergmann, Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

Im selbsternannten „Arbeiter- und Bauernstaat“ DDR entstanden ab den 1950er Jahren in großen Städten, aber auch in kleinen Landgemeinden Kulturhäuser. Die Tagung geht in unterschiedlichen Formaten auf eine Spurensuche nach den Kulturpalästen abseits der Großstädte und fragt nach ihrer Geschichte, ihrem bauhistorischen Wert, nach den mit ihnen verknüpften Akteurinnen/Akteuren und nach möglichen Zukünften.

Palastkulturen. Geschichte und Gegenwart der DDR-Kulturhäuser

18./19. November 2024, Kultur- und Kongresszentrum Gera

Öffentliche Tagung

Im selbsternannten „Arbeiter- und Bauernstaat“ DDR entstanden ab den 1950er Jahren in großen Städten, aber auch in kleinen Landgemeinden Kulturhäuser. Sie sollten allen Menschen kulturelle Angebote zugänglich machen und zur Herausbildung „sozialistischer Persönlichkeiten“ beitragen. Die Kulturbauten waren Teil der proklamierten Angleichung der Lebensbedingungen von Stadt und Land. Insgesamt entstanden etwa 2.000 große und kleine Kulturhäuser auf dem Gebiet der DDR. Sie dienten als Orte der Begegnung, des Feierns, der Kreativität und des Lernens.

Ob in Mestlin, Leuna, Unterwellenborn, Bitterfeld, Schkopau oder Plessa: Die Kulturpaläste abseits der Großstädte haben seit dem Ende der DDR ganz unterschiedliche Entwicklungen

Seite B 73 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

genommen. Nicht wenige sind im Bestand bedroht oder bereits abgerissen. Oft stellen Größe und Substanz die Kommunen und Besitzerinnen/Besitzer vor erhebliche Herausforderungen.

Die Tagung geht in unterschiedlichen Formaten auf eine Spurensuche nach den Kulturpalästen abseits der Großstädte und fragt nach ihrer Geschichte, ihrem bauhistorischen Wert, nach den mit ihnen verknüpften Akteurinnen/Akteuren und nach möglichen Zukünften.

Das Projekt verbindet vier Institutionen in drei Bundesländern: das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig, das Kulturamt der Stadt Gera, die Bundeszentrale für politische Bildung, Gera und die Stiftung Humboldt Forum, Berlin.

Ort: Kultur- und Kongresszentrum Gera, Schloßstraße 1, 07545 Gera

ANMELDUNG UND INFORMATION

Die Tagung am 18./19. November 2024 richtet sich an alle Interessierten.

Die Teilnahmegebühr beträgt 40 Euro für einen Tag, 70 Euro für beide Tage.

ACHTUNG: Die Gebühr ist ausschließlich in bar vor Ort zu entrichten.

Eine Teilnahme ist nur nach Anmeldung möglich.

Richten Sie diese bitte bis zum 4. November 2024 per E-Mail oder telefonisch an den Besucherdienst des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig:

E-Mail: anmeldung-zfl@hdg.de, Telefon: 0341/22 20-400.

Programm

MONTAG, 18.11.2024

10.00 Uhr Willkommen!
Tagungsbüro Anmeldung

11.00 Uhr Auftakt
Interview mit dem Palast

11.15 Uhr Vier Menschen – ein Grußwort: Rückblicke und Ausblicke

Felix Eckerle
Leiter des Kulturamts der Stadt Gera

Dr. Uta Bretschneider
Direktorin des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig

Götz Lehmann
Referent für Politische Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung, Gera

Seite B 74 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Dr. Judith Prokasky
Programmleiterin „Der Palast der Republik ist Gegenwart“, Stiftung Humboldt Forum,
Berlin

11.30-13.00 Uhr Panel 1 Rahmungen: politischer Hintergrund – Kulturpaläste im „Arbeiter- und Bauernstaat“

Impuls
Dr. Anna Kaminsky
Direktorin der Bundestiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Diskussion
Dr. Anna Kaminsky
Dr. Julia Dünkel
Mitglied der Geschäftsführung der Wismut Stiftung gGmbH
Dr. Michael Heinz
Sachgebietsleiter, Forschungs- und Medienanträge/Politische Bildung Bundesarchiv/Stasi-
Unterlagen-Archiv Rostock, Bundesarchiv

Moderation: Dr. Andreas Kötzing
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V.
an der Technischen Universität Dresden, Leipzig/Dresden

Kommentar: Götz Lehmann
Referent für Politische Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung, Gera

13.00-14.00 Uhr Mittagspause mit Imbiss

14.00-14.50 Uhr RUNDGANG Kultur- und Kongresszentrum Gera

15.00-16.30 Uhr Panel 2 „Hüllen“: Kulturpalastarchitekturen und baubezogene Kunst

Impuls
Martin Maleschka
Architekt, Autor, Journalist, Fotograf, Kurator und Installationskünstler, Eisenhüttenstadt

Diskussion
Martin Maleschka
Dr. Gitta Heil
Kulturwissenschaftlerin und -managerin, Gera
Prof. Dr. Simone Hain
Architektur- und Planungshistorikerin, Ahrensfelde/Berlin
Christoph Liepach
Fotograf, Ausstellungsmacher, Publizist, Leipzig

Moderation: Linn Penelope Rieger
Autorin und Moderatorin, Leipzig

Kommentar: Raphael Bergmann
Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

16.30-17.00 Uhr Kaffeepause

Seite B 75 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

17.00-18.00 Uhr „Lied des Lebens“

Die Kalkstein-Collage im „Haus der Kultur“ Gera
Performance

19.00-20.30 Uhr Ein Abend mit Julius Fischer (Slam-Poet, Kabarettist, Autor)

Moderation: Greta Taubert
Schriftstellerin und Journalistin, Leipzig

DIENSTAG, 19.11.2024

9.30-11.30 Uhr Panel 3 Menschen und Paläste: Arbeit, Nutzung, Erhalt heute

Impuls1

Peter Enterlein

2. Vorsitzender, Denkmal Kultur Mestlin e. V.

Impuls 2

Robert Arnold

Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Grünhainichen

Impuls 3

Martin Naundorf

Geschäftsführer des cCe Kulturhaus Leuna, ehem. Kulturhaus der Werktätigen „Walter Ulbricht“, auch Bereichsleiter Vertrieb, Standortentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit bei der InfraLeuna GmbH

Diskussion

Peter Enterlein

Robert Arnold

Martin Naundorf

Ludwig Haugk

Dramaturg, Mitbegründer des Kulturpark e. V. Sandersdorf-Brehna und Kurator des OSTEN Festivals 2022

Heidrun Heusinger

Gästeführerin, ab 1981 dort im KuK tätig

Moderation: Götz Lehmann

Referent für Politische Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung, Gera

Kommentar: Dr. Judith Prokasky

Programmleiterin „Der Palast der Republik ist Gegenwart“ der Stiftung Humboldt Forum, Berlin

11.30-12.00 Uhr Kaffeepause mit Imbiss

12.00-13.30 Uhr Workshop 1 Kulturpaläste in Ostmitteleuropa (Arbeitstitel)

Seite B 76 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Carolin Kaever
Referentin Programmteam „Der Palast der Republik ist Gegenwart“ der Stiftung Humboldt
Forum, Berlin
und
Dr. Uta Kornmeier
Kuratorin für Wissenschaft und Forschung an der Stiftung Humboldt Forum,
Programmteam „Der Palast der Republik ist Gegenwart“, Berlin

Workshop 2 Erfahrungsaustausch Palastmenschen (Arbeitstitel)

Dr. Kornelia Lobmeier
Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Kuratorin im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig

Erzählcafé: Hier in Gera (Arbeitstitel)

Fridtjof Florian Dossin
Bauhaus-Universität Weimar

13.30-14.00 Uhr Kaffeepause mit Kuchen

14.00-15.00 Uhr Polit-Talk: Wie geht es weiter mit dem KuK?

Sandra Wanzar
Dezernentin für Soziales und Kultur der Stadt Gera

Felix Eckerle
Leiter des Kulturamts der Stadt Gera

Samo Darian
Projektleiter bei TRAFÖ Büro für angewandte Kultur und Vermittlung bei der Kulturstiftung
des Bundes

Holger Reinhardt
Vizepräsident/Landeskonservator beim Thüringischen Landesamt für Denkmalpflege und
Archäologie, Erfurt

Moderation: Dr. Judith Prokasky
Programmleiterin „Der Palast der Republik ist Gegenwart“, Stiftung Humboldt Forum,
Berlin

15.00-15.30 Uhr „überraschendes Ende“

In allen Pausen: „Palast der Erinnerung“ – Mixed-Reality – Installation der CyberRäuber,
eine Produktion des Humboldt Forums im Foyer des KuK

Änderungen vorbehalten

Kontakt

anmeldung-zfl@hdg.de

Zitation

Palastkulturen. Geschichte und Gegenwart der DDR-Kulturhäuser., In: H-Soz-Kult, 25.09.2024,
www.hsozkult.de/event/id/event-150206.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

29) Aufbruch in die Demokratie? Nachwirkungen der Revolution 1848/49 im Spiegel aktueller gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen

Veranstalter

Friedhof der Märzgefallenen; Stadtgeschichtliches Museum Leipzig; Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V.; Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte Rastatt; Historisches Museum Frankfurt (Alte Börse)

Ausrichter Alte Börse

Gefördert durch Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte

04109 Leipzig

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

21.11.2024 - 22.11.2024

Frist

19.11.2024

<https://www.revolution-1848.de>

Von

Susanne Kitschun, Leiterin Ausstellungs- und Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen

Vierte Jahrestagung des Jubiläumsnetzwerkes 175 Jahre Revolution 1848/49, 21./22.11.2024 Leipzig

Aufbruch in die Demokratie? Nachwirkungen der Revolution 1848/49 im Spiegel aktueller gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen

„Aufbruch in die Demokratie?“ Unter diesem Titel kommt das 2021 vom Ausstellungs- und Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen initiierte Netzwerk für 175 Jahre Revolution 1848/49 am 21./22.11.2024 zu seiner vierten Jahrestagung in Leipzig zusammen.

Akteure aus Forschung, regionaler Erinnerungskultur und historischer Bildungsarbeit werden sich dabei über die Nachwirkungen der Revolution im 19. Jahrhundert austauschen und diese auch im Spiegel aktueller gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen beleuchten. Wie bei allen bisherigen Jahrestagungen des Netzwerks stehen besonders die Ambivalenzen des demokratiehistorischen Kapitels 1848/49 in der Longue durée im Fokus.

Der Tagung wird zeitnah ein digitales Evaluationstool vorgeschaltet, mit welchem die Netzwerkarbeit über das 175. Jubiläum hinaus gestaltet werden soll. Der Zugang zum Tool wird allen Angemeldeten im Vorfeld freigeschaltet.

Das Anmeldetool steht über das Themenportal des Netzwerks bis einschließlich zum 19.11.2024 zur Verfügung: <https://www.revolution-1848.de>

Seite B 78 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Am ersten Kongresstag stehen verschiedene Perspektiven auf die Langzeitfolgen der Revolution (feministisch, jüdisch, sorbisch), vernetzte Stadtgeschichten (Leipzig, Kraków, Frankfurt), sowie aktuelle Ansätze demokratiegeschichtlicher Bildungsarbeit auf dem Programm.

Für den zweiten Kongresstag ist, neben der Vorstellung der Evaluationsergebnisse, auch ein thematisch breit aufgestelltes Doktoranden-Panel geplant. Innovative Forschungsprojekte und junge Wissenschaftler haben dabei die Möglichkeit, ihre Projekte in kurzen Impulsen vorzustellen und anschließend in einer Podiumsdiskussion miteinander zu diskutieren. Zur Besetzung des Panels ist ein Call for Papers bis einschließlich 16.10.2024 ausgeschrieben.

Darüber hinaus steht ein umfangreiches Abschlussprogramm mit Führungen und Besichtigungen in Leipzig zur Auswahl.

Programm

Donnerstag, 21.11.2024

(Alte Börse, Naschmarkt 2, 04109 Leipzig)

09.00 // Ankunft & Akkreditierung

09.30 // Eröffnung

09.45 // Grußworte

10.20 // Einführung

Dr. Johanna Säger, Kuratorin Stadtgeschichtliches Museum Leipzig

Panel 1: 1848/49 und die Nachwirkungen einer ambivalenten Revolution,

Moderation: Dr. Elisabeth Thalsofer (10.35-12.15)

Vortrag 1: Prof. Dr. Susanne Schötz: Louise-Otto-Peters. Akteurin, Mutmacherin, Vorbild für feministisches Engagement?

Vortrag 2: Dr. Werner Treß: Jüdische Identitäten zwischen Nationalismus, Ausgrenzung und Emanzipation um 1848/49

Vortrag 3: Alexander Pólk: Sorbische Perspektiven der postrevolutionären Dekaden

Diskussion

12.15-13.00 // Lunch

Panel 2: Vernetzte Stadt- und Demokratiegeschichte(n), Moderation: Dr. Susanne Kitschun (13.05-14.40)

Vortrag 4: Dr. Felix Schürmann: Die Revolution von 1848/49 und die Kolonialgeschichte: Verbindungen an Beispielen aus Frankfurt am Main

Vortrag 5: Prof. Dr. Konrad Meus: The revolution of 1848 in Austrian Galicia. A time of breakthrough and the birth of the "Open Society"

Seite B 79 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Vortrag 6: Tobias Kobe: Der Leipziger Robert-Blum-Preis für Demokratie und die Erinnerungskultur an einen ambivalenten Revolutionär

Diskussion

14.40-15.00 // Kaffeepause

Panel 3: Wie vermitteln wir Demokratiegeschichte? Akteure, Zielgruppen, Effekte, Moderation Franziska Deutschmann, (15.05-16.40)

Vortrag 7: Prof. Dr. Michele Baricelli: Politische Bildung als Auftrag der Demokratiegeschichte

Vortrag 8: Dr. Dorothee Linnemann: Breite Vermittlung der Frankfurter 1848er-Revolution? Reflexion am Beispiel von Jubiläumsprojekten 2023/24 und Ausblick

Vortrag 9: Stephan Zänker: Vernetzung von Institutionen der historisch-politischen Bildung am Beispiel Thüringen

Diskussion

ABENDPROGRAMM - Podiumsdiskussion & Empfang

(Altes Rathaus, Markt 1, 04109 Leipzig)

18.00 Begrüßung

18.05-19.15 Podiumsdiskussion "Nachklang einer Revolution. Umwege, Brüche und Entwicklungsprozesse moderner Demokratie nach 1848/49"

Prof. Dr. Sabine Freitag, Universität Bamberg
Gesine Oltmanns, Stiftung Friedliche Revolution
Franziska Deutschmann, LOPG e.V.
Moderation: Alexander Moritz, Dlf-Landeskorrespondent Sachsen

19.15 Empfang

Freitag, 22.11.2024

(Alte Börse, Naschmarkt 2, 04109 Leipzig)

09.00 // Ankunft & Akkreditierung

09.30 // Eröffnung

Panel 4: Junge Perspektiven aus Wissenschaft und Vermittlung, Moderation Johann Gerlieb, (09.40-11.00)

11.00-11.30 // Kaffeepause

FORUM Netzwerkarbeit (11.30-12.30)

Vorstellung der Ergebnisse der Netzwerkevaluation
Ausblick und Schlussworte

12.15 // Lunch

Anschlussprogramm (14.00-15.00), Auswahl zwischen:

- (a) Besichtigung Louise-Otto-Peters-Archiv/Louise-Otto-Peters Gesellschaft e.V.
- (b) Szenischer Stadtspaziergang: „Rebellen und Reformen. Menschen und Meinungen 1848“
- (c) Rundgang Leipziger Völkerschlachtdenkmal: „Demokratische Umarmung“

Kontakt

Friedhof der Märzgefallenen: Johann Gerlieb, gerlieb@paulsinger.de
(Anmeldungen per Anmeldetool)
<https://www.revolution-1848.de>

Zitation

Aufbruch in die Demokratie? Nachwirkungen der Revolution 1848/49 im Spiegel aktueller gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen., In: H-Soz-Kult, 25.09.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-150171.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

30) Performances of Belonging? Popular Entertainment, Race, and Nationalism in Central and Eastern Europe, 1880-today

Organizer

Dr. Alexandra Chiriac, Vincent Hoyer, M.A., Prof. Dr. Maren Röger (all Leibniz Institute for the History and Culture of Eastern Europe (GWZO)) (Leibniz Institute for the History and Culture of Eastern Europe (GWZO))

Host

Leibniz Institute for the History and Culture of Eastern Europe (GWZO)

Venue

Specks Hof (Eingang A), Reichsstraße 4-6

Funded by

German Research Foundation (DFG), Alexander von Humboldt-Foundation
04109 Leipzig

Takes place in Attendance

From - Until

10.04.2025 - 11.04.2025

Frist

01.10.2024

By

Vincent Hoyer, Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa

Since gaining ground in the late nineteenth century due to increased urbanisation and leisure time, popular entertainment has often been a space where transgression and

marginality have flourished. At the same time, its influential role in the daily life of the masses has led to its instrumentalisation by political powers and authority figures towards goals of nation-building and inclusion or exclusion along categories of belonging.

This workshop looks at the dynamics of racialisation, ethnicisation and nationalisation revolving around popular entertainment and performance.

Performances of Belonging? Popular Entertainment, Race, and Nationalism in Central and Eastern Europe, 1880-today

Since gaining ground in the late nineteenth century due to increased urbanisation and leisure time, popular entertainment has often been a space where transgression and marginality have flourished. At the same time, its influential role in the daily life of the masses has led to its instrumentalisation by political powers and authority figures towards goals of nation-building and inclusion or exclusion along categories of belonging.

This workshop looks at the dynamics of racialisation, ethnicisation and nationalisation revolving around popular entertainment and performance. It draws on recent scholarship on the dynamic appeal of national categories and on the participation of Central and Eastern Europe within a global system of racial inequality. Accordingly, examining such issues must no longer depend on the binary distinction between 'the imagined hierarchical poles of white and black' (Baker et al. 2024), or on delimited racialised, ethnicised, and nationalised groups (Ginderachter and Fox 2019, Pârvulescu and Boatcă 2022, Stynen et al. 2020). Instead, the ambiguities and pluralities of the region must be taken into account.

These include but are not limited to: the constitution of groups along racialised, ethnicised, and nationalised categories of belonging; attempts at nationalising everyday life; the treatment of minorities and the racialisation of Jews, Roma, and Muslims across the region; the positioning of Central and Eastern European states vis-à-vis 'Western' or 'Eastern' powers; the imagining of ideal citizens for strengthening the nation; the position of Central and Eastern European individuals themselves in other regions; and the presence of racialised individuals from other parts of the world in Central and Eastern Europe .

Positioned between the everyday and the extraordinary, we consider the field of popular entertainment and performance one in which these aspects are magnified, providing a fruitful space for examination. Previous research has focused on ethnic shows and the encounter between Central Eastern European audiences and non-European performers (Czarnecka and Demski 2021) and the positioning of cultural entrepreneurs in transnational and local contexts (Dietze and Vari 2023). The workshop wishes to widen the field of enquiry, highlighting the pluralities described above within the region and in connection to other spaces.

We choose a long *durée* time frame from 1880 to present day to show how the entanglements between popular entertainment, racial inequalities, and nationalism have a long history in the region, and a strong bearing on present concerns. Contents and performances have been reworked, adjusted, censored, and rediscovered over time, strongly influenced by political and social transition. Entertainment has thus been playing a significant role in the construction of national heritage and myths. For example, popular music under Hungary's illiberal regime is increasingly incorporating an imagined 'nomadic' and 'Eastern' past. On the other hand, the stigma attached to music produced by Roma performers in Romania has deep-seated historical roots. A long *durée* perspective allows us to carve out these continuities and discontinuities and we encourage you to consider this aspect in your proposals.

The workshop seeks to address a wide range of topics and questions, including but not limited to:

The relationship between “race,” “ethnicity,” and “nationalism”:

- the racialisation, ethnicisation, and nationalisation of people and spaces in relation to performance;
- the usage of constructed categories such as “race” and “ethnicity” in the context of the region;
- the (nationalist) appropriation or contestation of performers, events, audiences, and venues;
- the careers of performers and cultural entrepreneurs who belong to racialised groups, such as Roma, Jewish, Muslim and Black performers, but also minority groups throughout Central and Eastern Europe;

Mobility and control:

- the mobility of performers throughout the region and outside it;
- the control and channelling of entertainment and mobility by authorities on different levels;

Modernity and tradition in heterogeneous spaces:

- the role of language and religion in the entertainment practices of multiethnic urban spaces;
- the competing forces of modernisation, cultural preservation and national myth-making, and how they are reflected and shaped by performance practices;

Performance as agent and locus of projections:

- the means through which performance reflects and engages with social and political issues, and may also be instrumentalised in the service of nationhood construction;
- the means through which performance can be a space that promotes transnational collaboration and gives voice to marginalised groups;
- the challenges of researching certain performative practices due to marginalisation, precarity and practices of suppression by majority groups and state actors (Taylor 2003);

Case studies and comparative analyses:

- examinations of specific performances, entertainers, or events that highlight the interplay between entertainment cultures, racialisation or ethnicisation of people, and nationalism;
- comparative studies across different time periods and/or different Central and Eastern European countries to understand broader patterns and unique deviations.

Submission Guidelines:

Interested participants are invited to submit an abstract of no more than 300 words along with a short bio (150 words) by October 1st, 2024. Submissions should be sent to alexandra.chiriac@leibniz-gwzo.de or vincent.hoyer@leibniz-gwzo.de with the subject line “Workshop Performances.”

Selected participants will be notified by November 15, 2024. We would like to request pre-circulated draft workshop papers (2-3.000 words) to encourage discussion. These are expected by March 31, 2025.

Funding for Travel and Accommodation:

We have funding available for participants, intended to cover reimbursement for travel and accommodation expenses. Please indicate in your application if you require financial support.

Publication Opportunity:

Selected papers from the workshop will be considered for publication in a special issue of a journal subject to peer review.

Contact Information:

For any inquiries, please contact the workshop organisers at alexandra.chiriac@leibniz-gwzo.de or vincent.hoyer@leibniz-gwzo.de.

Organizing Committee:

Dr. Alexandra Chiriac

Vincent Hoyer, M.A.

Prof. Dr. Maren Röger (all Leibniz Institute for the History and Culture of Eastern Europe (GWZO))

We look forward to receiving your contributions and to an engaging and fruitful workshop.

Literature:

Baker, Catherine Bogdan C. Iacob, Anikó Imre, and James Mark (eds), *Off white: Central and Eastern Europe and the Global History of Race* (Manchester University Press, 2024).

Demski, Dagnosław and Dominika Czarnecka (eds.), *Staged Otherness: Ethnic Shows in Central and Eastern Europe, 1850–1939* (Central European University Press, 2021).

Dietze, Antje and Alexander Vari (eds.), *Urban Popular Culture and Entertainment.*

Experiences from Northern, East-Central, and Southern Europe, 1870s-1930s (Routledge Studies in Cultural History, 2022).

Ginderachter, Maarten van and Jon E. Fox (eds.), *National Indifference and the History of Nationalism in Modern Europe* (Routledge, 2019).

Pârvulescu, Anca and Manuela Boatcă, *Creolizing the Modern: Transylvania Across Empires* (Cornell University, 2022).

Stynen, Andreas, Maarten van Ginderachter, and Xosé M. Núñez Seixas (eds.), *Emotions and Everyday Nationalism in Modern European History* (Routledge, 2020).

Taylor, Diana, *The Archive and the Repertoire. Performing Cultural Memory in the Americas* (Duke University Press, 2003).

The workshop is funded by the German Research Foundation (DFG) as part of the project “Freizeit unter Kontrolle? – Die Politisierung von Vergnügungskulturen in den multiethnischen Städten Warschau, Posen und Lemberg 1890-1914”, situated at the Leibniz Institute for the History and Culture of Eastern Europe (GWZO). Alexandra Chiriac’s project “Another Jazz Age: Black Performers in Romania, 1910 to 1940” is conducted at the invitation of Prof. Dr. Maren Röger through a Henriette Herz Scouting-Fellowship of the Alexander von Humboldt-Foundation.

Contact (announcement)

alexandra.chiriac@leibniz-gwzo.de or vincent.hoyer@leibniz-gwzo.de

Citation

Performances of Belonging? Popular Entertainment, Race, and Nationalism in Central and Eastern Europe, 1880-today, in: H-Soz-Kult, 23.09.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145185.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact geschichte.transnational@uni-leipzig.de.

31) 1945 - 2025. War and Postwar(s). Contemporary perspectives on the world after the Second World War

Internationale Konferenzserie Berlin – Paris – New York

Michael Borchard, Konrad-Adenauer-Stiftung; Emmanuel Kattan, Columbia University; Fabien Théofilakis, Université Paris 1 Panthéon Sorbonne; Claudia Weber, Europa-Universität Viadria
10785 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

29.04.2025 - 18.06.2025

Frist

15.12.2024

Von

Anna Scheuble, Europa-Universität Viadrina

1945 - 2025. War and Postwar(s). Contemporary perspectives on the world after the Second World War

Internationale Konferenzserie Berlin – Paris – New York

Internationale Konferenzserie Berlin – Paris – New York

Das Jahr 2025 steht im Zeichen des 80. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs. Die grausame Zerstörung ganzer Staaten, das Elend der Toten, die Wunden der Überlebenden und nicht zuletzt das Wissen um den Zivilisationsbruch des Holocaust durch die nationalsozialistische Vernichtungsideologie haben die Welt bis heute geprägt. Wir finden die komplexen Hinterlassenschaften des Krieges und der Nachkriegszeit in den gegenwärtigen Krisen und Konflikten so wie diese den historischen Blick auf das Weltkriegsende verändern. Der 80. Jahrestag findet in einer fragilen Zeit statt. Wir beobachten das Ende der globalen Ordnung nach dem Kalten Krieg, in der der Abgesang auf den Triumph der liberal-westlichen Zukunftsvision unüberhörbar ist. Die Verheißung einer neuen – und gerechteren – Welt scheint für Generationen verschwunden zu sein, während Kriege und Konflikte zunehmend unsere Köpfe beschäftigen, wenn nicht sogar schon unsere Truppen und unsere Wirtschaft mobilisieren.

Die Auseinandersetzung mit dem Weltkriegsende in einer komplexen Transformation ist der Anlass für die internationale Konferenzreihe, die in drei verschiedenen Hauptstädten stattfindet, die symbolische Orte für das Ende des Zweiten Weltkriegs waren und heute, drei Generationen später, komplementäre Perspektiven bieten. Nämlich:

- Ort: Berlin, Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung

Datum: 29. April 2025 – 30. April 2025

- Ort: Paris, Université Paris 1 Panthéon Sorbonne

Datum: 16. Juni 2025 – 18. Juni 2025

- Ort: New York, Columbia University

Datum: September-Oktober (wird zu einem späteren Zeitpunkt angegeben)

Seite B 85 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Die Konferenzreihe findet statt als eine wissenschaftliche Kooperation zwischen der Columbia University New York, der Université Paris 1 Panthéon Sorbonne, der Europa Universität Viadrina (Frankfurt/Oder) und der Konrad-Adenauer-Stiftung und wird im Verlauf des Jahres 2025 an diesen drei Orten – Berlin, Paris, New York – organisiert. Historiographisch wirft die Serie einen vergleichenden Blick auf das Kriegsende während sie gleichzeitig für jeden Ort einen Schwerpunkt definiert. Die Berlin-Konferenz wird neben dem Blick auf die Situation in Deutschland die Lage in Osteuropa thematisieren. Die Paris-Konferenz blickt in die kolonialen Räume, inkludiert u.a. das Kriegsende in Nordafrika oder in Asien. Die Konferenz in New York soll eine synthetisierend-transversale Struktur aufweisen und sich mit der institutionellen Begründung der internationalen Nachkriegsordnung beschäftigen.

Folgenden Themen stehen vergleichend im Mittelpunkt:

- Das Kriegsende auf der Mikroebene (lokale und regionale Räume).
- Die Frage der Demobilisierungen (militärisch, gesellschaftlich, kulturell) und des Umgangs mit Gewalt zur Wiederherstellung ziviler Gesellschaften.
- Der Umgang mit Siegern und Besiegten, Opfern und Tätern. Die Inszenierung des Sieges zwischen Gerechtigkeit, Rache und Vergeltung. Die Organisation und Durchführung von Nachkriegsprozessen in verschiedenen Ländern. Die Entwicklung von Fürsorgepolitik für Kriegsoffer und Opfer des Nationalsozialismus.
- Gewalt und Kriege im Nachkrieg (Bürgerkrieg in Griechenland, koloniale Kriege u.a. Indonesien oder Nordafrika).
- Die geopolitische Gestaltung der neuen Weltordnung.
- Wege zu einer „neuen“ Erinnerungskultur an das Weltkriegsende.

Es ist das Ziel der Konferenzserie, die Themen einerseits historiographisch und andererseits mit einem dezidierten Gegenwartsbezug zu diskutieren. So geht es zum Beispiel im Themenbereich „Erinnerungskultur“ weniger um eine Geschichte der Weltkriegserinnerung, als vielmehr um die Frage nach gegenwärtigen Zäsuren, Veränderungen und neuen Möglichkeiten der Erinnerung an die Jahre nach 1945. Uns interessiert, wie sich die Geschichte und die Erinnerung angesichts der Machtverschiebungen und Krisen der Gegenwart verändern. Wie verändern die Kriege von heute unseren Blick auf das Jahr 1945? Wie geht die Geschichtsschreibung mit globalen und politischen Herausforderungen an etablierte Narrative um, deren Unwiderlegbarkeit bis vor kurzem außer Zweifel stand? Wer entscheidet heute über Interpretationen, Deutungen und Paradigmen des Erinnerns? Welche anderen als nationale Untersuchungsebenen sind relevant? Wir freuen uns über innovative Thesen, neue Ideen und Forschungsansätze, sowie über erneuerte Archivmaterial (insbesondere Bildarchive) und Korpora. Die Konferenzserie strebt die Förderung von Nachwuchswissenschaftlern und Nachwuchswissenschaftlerinnen an (Doktorand & PostDoc) und ruft diese nachdrücklich zur Beteiligung auf.

Interessierte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen können sich sowohl für die Konferenz in Berlin (Osteuropabezug) als auch für die Konferenz in Paris (koloniale Räume außerhalb Europas) bewerben. Die Konferenzsprache ist Englisch, bis auf die öffentlichen Veranstaltungen in Berlin. Es gibt keine Simultanübersetzung. Ein CfP für die Konferenz in New York wird im Dezember 2024 veröffentlicht.

Wir bitten um die Zusendung eines Abstracts (300 Wörter), aus dem hervorgeht, welche(s) Thema(en) der Beitrag behandeln will, sowie einer Kurzbiographie bis zum 15. Dezember 2024 an die folgende Adresse: conferenceseries4525@gmail.com

Die Benachrichtigung über eine Zusage/Absage erfolgt bis Ende Januar 2025. Im Falle einer Konferenzteilnahme werden die Kosten für die Reise, Unterbringung und Verpflegung von

Seite B 86 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

den Veranstaltern übernommen. Es wird erwartet, dass sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am gesamten Programm der jeweiligen Konferenz beteiligen.

Zitation

1945 - 2025. War and Postwar(s). Contemporary perspectives on the world after the Second World War., in: H-Soz-Kult, 01.10.2024, <http://www.hsozkult.de/event/id/event-150351>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

32) Bundesländer - Medien - Landesgeschichte

Veranstalter

Institut für Historische Landesforschung der Georg-August-Universität Göttingen (Georg-August-Universität Göttingen)

Ausrichter

Georg-August-Universität Göttingen
37073 Göttingen

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

22.10.2025 - 24.10.2025

Frist

21.10.2024

<https://www.uni-goettingen.de/de/98294.html>

Von

Arnd Reitemeier

Bis 21.10.2024 werden Vorschläge (Thema – Abstract im Umfang von ca. 200 Wörtern) für Referate (Dauer ca. 30 Minuten) zu folgenden Themen erbeten.

Die Tagung will zwei Fragekomplexen nachgehen, nämlich (1.) der „Instrumentalisierung“ von Landesgeschichte zur Profilierung regionaler Medien und (2.) der „Instrumentalisierung“ der Medien(anstalten) durch die Politik.

Bundesländer - Medien - Landesgeschichte

Grundlage der Tagung ist die These, dass die Identifikationsmechanismen der nach 1945 entstandenen Bundesländer im Wesentlichen durch „Medien“, hier verstanden als Tageszeitungen, Rundfunk, Fernsehen, geprägt wurden. Zwar verfügten manche Bundesländer über historisch gewachsene Zusammengehörigkeitselemente, doch insb. in Folge des Neuzuschnitts der meisten Bundesländer und der Migrationsbewegungen der vierziger und fünfziger Jahre bildeten sich in den Bundesländern neue Identitäten. Entsprechende Inhalte und Konzepte wurden von den diversen Medien verbreitet, teilweise sogar mit einer spezifischen Agenda verfolgt, was von der Politik teils passiv genutzt, teils aktiv entwickelt wurde.

Seite B 87 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Die Tagung will damit zwei Fragekomplexen nachgehen, nämlich (1.) der „Instrumentalisierung“ von Landesgeschichte zur Profilierung regionaler Medien und (2.) der „Instrumentalisierung“ der Medien(anstalten) durch die Politik.

Erbeten werden Referate aus den folgenden Fragekomplexen:

In welchem Maß wurden besonders die nach 1945 geschaffenen Bundesländer durch Medien „geschaffen“? Welche Bedeutung kam den Printmedien, Rundfunk und Fernsehen bei der Schaffung von Landesidentitäten zu (ggf. auch in Abgrenzung zu anderen Ländern)? Welche personalen Netzwerke lassen sich hierbei feststellen und zu welchen inhaltlichen Konflikten kam es? Verfolgten öffentlich-rechtliche und private Medien unterschiedliche Konzepte? Welche Konstrukte der Geschichte und welche Erinnerungsorte wurden in den Medien wiederholt präsentiert? Welche Bedeutung fiel hierbei der „Landesgeschichte“ zu? Welche Bedeutung wurde Bildern in den Konstrukten zugemessen – und wie intensiv waren die Zusammenhänge zwischen Identitätsbildung und Imagekampagne, die ja weniger auf die Bewohner des jeweiligen Bundeslandes als vielmehr auf potentielle Besucher zielte? Worin bestanden Unterschiede zwischen der BRD und der DDR? In welchem Maß verliefen die 1989 in den „neuen“ Bundesländern einsetzenden Prozesse analog zu den westdeutschen Entwicklungen, aber eventuell beschleunigt im Vergleich zu den Prozessen nach 1945?

Die Tagung möchte damit versuchen, Forschungsergebnisse und -ansätze vergleichend für die verschiedenen Bundesländer zu betrachten, um sowohl einen Überblick zu versuchen als auch Perspektiven auszuloten.

Kontakt

Prof. Dr. Arnd Reitemeier
Institut für Historische Landesforschung
Kulturwissenschaftliches Zentrum
Heinrich-Düker-Weg 14
Georg-August-Universität Göttingen
37073 Göttingen
arnd.reitemeier@phil.uni-goettingen.de

<https://www.uni-goettingen.de/de/98294.html>

Zitation

Bundesländer - Medien - Landesgeschichte., In: H-Soz-Kult, 24.09.2024,
<www.hsozkult.de/event/id/event-150174>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) Regionen im Umbruch. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit den 1960er Jahren

Organisatoren

Stefan Berger, Bochum; Stefan Goch, Düsseldorf; Jan Kellershohn, Halle (Saale) (Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt; Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt – Landesmuseum für Vorgeschichte)

Ausrichter

Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt; Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt – Landesmuseum für Vorgeschichte
06114 Halle (Saale)

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

19.06.2024 - 21.06.2024

Von

Alina Strzempa, Institut für Slavistik, Universität Regensburg

Die Geschichtswissenschaft schwankt zwischen der Ausrichtung auf das Besondere im lokalen Kontext und einem landesweiten, kontinentalen sowie globalen Vergleich. Die Veranstalter:innen der Tagung stellten das Exzeptionelle infrage, indem sie mit ihrer Fragestellung die spezifische Entität der Wirtschaftsregion mit der (De-)Industrialisierung und der deutsch-deutschen Geschichte verknüpften. Der Fokus der Tagung lag auf dem lokal und global verankerten Strukturwandel sowie dessen Transfers, Verflechtungen und bundesweiten Wahrnehmungen. Während eine breite Palette von Industriebranchen angesprochen wurde, beschäftigte sich die Tagung mit unterschiedlichen Einbettungen der Prozesse in der Zeit, mit politischen Akteur:innen und deren Handlungsfeldern sowie mit Formen der auf die Industrie bezogenen Erinnerungskultur im gesamtdeutschen Kontext. Mit diesen Themen und Fragestellungen hat sich die Tagung in die Debatten zum Schwinden der Arbeiterkultur(en)¹ in Deutschland sowie zur Verarbeitung der deutschen Ost-West-Deutungskonflikte eingeschrieben.²

Über die ästhetisch-performative Ausgestaltung der Erinnerung an Strukturwandel und (De-)Industrialisierung tauschten sich während der Auftaktveranstaltung Historiker:innen mit Vertreter:innen des Museumswesens aus. Letztere betonten, dass sie in der Spannung zwischen Damals, Heute und Morgen arbeiten. Dabei liegt der Schwerpunkt auf einer „ästhetisierten Erfahrung der Vergangenheit“. Aber auch die kritische Auseinandersetzung mit der (De-)Industrialisierung bildet eine Elementarbedingung, denn zunehmend melden sich vor Ort auch diejenigen, die nicht zur Erlebnisgeneration gehören. Dies verstärkt den Bedarf nach einem präzisen, soziologisch fundierten Narrativ zwischen (europäischem) Ost und West. Schließlich werde auch das Denken in Regionen durch Wissens- und Erfahrungstransfer authentischer und selbstkritischer. MARCUS BÖICK (Cambridge) forderte diese Reflexion durch die Metapher der „Klagemauer“ heraus: Im Bezugsrahmen

der Erinnerung an die industrielle Vergangenheit bedingen sich gegenseitig zwei Streitpunkte – einerseits der Drang zur Etablierung einer bestimmten ästhetischen Zuordnung, die sich selbst diegetisch limitiert, und andererseits Hindernisse für eine Erzählung über die *authentischen* industriellen Lebenswelten. WILLI KULKE (Lage) schlug vor, dieses Dilemma zum zentralen Punkt der kritischen Diskussionen an den Erinnerungsorten zu machen. Die Diskutierenden im Panel beschäftigten sich auch mit der Frage nach einer gesamtdeutschen Erinnerung an (De-)Industrialisierung und Strukturwandel. Es bestand Einigkeit darüber, dass die deutsche Teilung, die unterschiedlichen wirtschaftlichen Systeme und die öffentlichen Diskurse zur Wiedervereinigung verschiedene Narrative bedingten. Die Diskussion wurde mit der Frage beendet, inwiefern der Umgang mit dem industriellen Erbe zum Objekt einer Graswurzelbewegung werden könnte, bei der nicht die zentral gesteuerten Narrative, sondern die individuellen Erfahrungen die Oberhand gewinnen würden.

Am nächsten Morgen skizzierte STEFAN GOCH (Bochum/Düsseldorf) das breite Panorama der vielen Kapitalismen, die alle den permanenten Strukturwandel als Konstante aufweisen. Er hob die historischen Umbrüche hervor, die im Fokus der Tagung standen: die Zeit nach dem deutschen Wirtschaftswunder sowie die Zeit nach der Wende. Vor diesem historischen Hintergrund kündigte Goch die thematischen Schwerpunkte der Tagung an: Wandlungsstrukturen, Regulierungsmechanismen, Konstellationen der Involvierten, kollektive Betroffenheit und deren Verarbeitung auf verschiedenen Ebenen: der staatlichen, regionalen, politischen, ökonomischen und kulturellen. JAN KELLERSHOHN (Halle) betonte, dass, während in der Forschung eine kaum überschaubare Fülle an Arbeiten zum Aspekt des Lokalen vorhanden sei, sich der Schwerpunkt der Tagung nach dem Grundsatz einer „Beobachtung der Beobachtung“ richte, welche durch ein „Spiel der Perspektiven“ ermöglicht werde. Kellershohn wies zusätzlich auf eine westdeutsche „Wissensordnung der Transformation“ hin, die nicht selten den Deutungshorizont determiniert(e).

MARCUS MÜHLNICKEL (Thurnau) widmete sich danach den bis 1945 funktionierenden Textil-, Porzellan- und Glasproduktionen in Oberfranken. Zu ihrem Rückgang trug die spezifische geographische Lage bei – das Gebiet wurde zum zweifachen Grenzland zu Ländern hinter dem Eisernen Vorhang, dessen späterer Fall die traditionellen Branchen in Oberfranken nicht mehr wiederbeleben konnte. Denn im Globalen Norden begannen Prozesse, die die Region maßgeblich beeinflussten. Infolgedessen folgten auf die Automobilbranche die Entstehung von Freizeit- und Technologiezentren sowie die Vermarktungen des industriellen Erbes und des Strukturwandels selbst. Das Schicksal der als traditionell wahrgenommenen Industrie in der ehemaligen Thüringer Grenzlandstadt Eisenach zeigte sich dagegen als ein Triumph der Resilienz von involvierten Akteur:innen. JESSICA LINDNER-ELSNER (Eisenach) zeigte, wie nach vielen Neuorientierungen die Automobilbranche der Stadt erhalten blieb. MANUEL SCHRAMM (Chemnitz) versetzte das Publikum erneut in die Sphäre des Schwunds. An die Textilindustrie in Chemnitz wird kaum erinnert, weil sie im öffentlichen Bewusstsein von Industriekombinaten verdrängt wurde. Auch Schramm sprach Entwicklungspfade an: die Privatisierung des sozialistischen Erbes in Ostdeutschland sowie die Etablierung der Technologiestandorte, die gewöhnlich vom Mythos der „Macher“ diskursiv untermauert werden.

Die Diskussion beleuchtete insbesondere die vermeintliche Alternativlosigkeit des Schwunds im Kontext der Globalisierung. Manuel Schramm wies beispielhaft auf die grundlegende Inkompatibilität des Wirtschafts- und Sozialwesens eines Industriekombinats mit der Marktwirtschaft hin. Immer wieder erwähnten die Diskutierenden die von globalen Prozessen bedingten Faktoren: Entlassungen, mangelnde Proteste und Auswanderungswellen. Vor allem jedoch wirkten die politisch-wirtschaftlichen Narrative

Seite B 90 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

unter den Akteuren (den Landesregierungen sowie der Treuhandanstalt) – symptomatisch dafür die Parole der 1990er-Jahre: „Der Markt wird das richten“. Gleichzeitig mündete in Westdeutschland die Solidarität der Arbeiterbewegung in die Glorifizierung eines „Erfindungsgeistes“ und der Selbstwirksamkeit. Dies richtete die Aufmerksamkeit der Teilnehmer der Tagung auf das bundesweite Querschnittsthema der regionalen Selbstdarstellung und -vermarktung. Dabei wurde eine interessante Frage aufgeworfen: Wie soll die Forschung mit der Tatsache umgehen, dass die DDR als Ganzes keinen Spielraum zur Neuerfindung bekam und nicht bekommen konnte?

Das folgende Panel konzentrierte sich auf die Montanreviere. SABINE LOEWE-HANNATZSCH (Freiberg) beleuchtete das Schicksal der kontaminierten Uranerzbergbaugebiete in Sachsen und Thüringen. Auf einem Terrain, das notgedrungen zum Objekt der Umweltpolitik wurde, könne in der weitgehend abgeschlossenen Sanierung eine Erfolgsgeschichte der Transformation erkannt werden. STEFAN GOCH (Bochum/Düsseldorf) charakterisierte den Korporatismus im Ruhrgebiet als ständige Spannung an der Frontlinie von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Staat. Trotz dieser historisch stark ausgeprägten Zusammenarbeit zwischen den Interessensgruppen wurde auch das Ruhrgebiet in die Züge der Globalisierung eingespannt: An die Stelle der Kohleförderung traten die Automobil- und Chemieindustrie. In den Industriegebäuden entstanden Einkaufs- und Technologiezentren. Die regionale Vermarktung zeichne sich durch eine starke Inszenierung der Industriegeschichte aus. Diese Intensität sei auf die gemeinschaftsfördernde Wirkung des Abbaus von Steinkohle zurückzuführen, die jedoch schwer in der Forschung greifbar sei.

Die Diskussion nahm unter anderem genauer den Begriff der Region ins Visier. Das Publikum fragte, ob eine (Industrie-)Region etwa nach bestimmten Ressourcen und den ihnen folgenden Traditionsbeständen erfasst werden könnte. Goch erwiderte, dass er die regionale Gestalt des Ruhrgebiets in einer ausgeprägten Visualität sieht, während Loewe-Hannatzsch Regionen als Manifestationen von Identitäten kennzeichnete, die für ihre Forschung weniger relevant seien.

Im nächsten Panel beleuchtete HANS-CHRISTIAN HERRMANN (Saarbrücken) die Kontinuität der Wandlung in Saarbrücken seit 1950. Während auch diese Region vor dem Hintergrund der von der Globalisierung verursachten Aneinanderreihung von „Kompensationserscheinungen“ (darunter die Automobilindustrie und wissensbasierte Dienstleistungen) betrachtet werden müsse, hob Herrmann die kommunalen Reformen als effektive politische Instrumente in Zeiten des Umbruchs hervor und sprach die Rolle von Führungspersönlichkeiten an. Die Figur Oskar Lafontaines könne als eine Verkörperung der emotionalen Dimension des Strukturwandels in der Region angesehen werden. JONAS JUNG (Berlin) widmete sich der Wiedervereinigungsgeschichte der Hauptstadt und den daraus resultierenden Veränderungen im Stadtimage, das direkt mit dem Dienstleistungssektor verbunden sei. Berlin sei weniger das Objekt einer (De-)Industrialisierung und mehr der Schauplatz räumlicher und planerischer Übergänge zwischen Zentrum und Peripherie.

Die Diskussion brachte eine Vertiefung der bereits besprochenen Aspekte sowie die Hervorhebung neuer Perspektiven: Können politische Persönlichkeiten nur kleine und überschaubare Reviere verändern oder sogar retten? Sollte nicht auch die Rolle der Unternehmensberater unter die Lupe genommen werden?

Im letzten Panel beschrieb MARTIN BAUMERT (Leipzig) die Transformation in der Lausitz als Strukturbruch, bei dem Emotionalität und Rationalität auf Umweltkatastrophen (wie

ausgetrocknete Flüsse) stießen. Die Bevölkerung kämpft infolge des Abbaus traditioneller Industriebestände mit demografischen Problemen, die Bahninfrastruktur behindere den Tourismus. Baumert wies auch auf eine ökonomische Abhängigkeit von wenigen Unternehmen hin, die einer „Oligarchisierung“ ähnelt. JAN KELLERSHOHN (Halle) sprach im Zusammenhang mit dem Mitteldeutschen Kohlerevier zunächst von der „Wirtschaftstektonik der DDR“: Die Lausitz hatte bereits in den 1960er-Jahren einen Produktionsvorsprung. Aber es war das Mitteldeutsche Industrieviertel (und nicht das Randgebiet Lausitz), das in den 1990er-Jahren den Status eines imaginären und vereinigten Wirtschaftsraums erlangte – auch im Westen. Auch wenn die globalen Prozesse bei der Erhaltung das letzte Wort hatten, ging ein symbolischer Erhalt vonstatten, der sich industriekulturell in Beschreibungen der Landschaft als Ort der „Überwindung der Teilung des Seins in Objekt und Subjekt“ äußerte. Vor diesem Hintergrund zeigte sich die Oberpfalz als ein eindeutiges Opfer der Stahlkrise der 1970er-Jahre. BENEDIKT ERTL (Thurnau) skizzierte einen Zustand, in dem die internationale Konkurrenz, die geologischen Bedingungen und die Staatspolitik zu heftigen Protesten führten. Ertl hob auch einen wichtigen Aspekt der regionalen Kulturpolitik hervor: Der Freistaat Bayern sei am Erhalt vor allem der mittelalterlichen Traditionsbestände interessiert. Für JOHANNA WOLF (Frankfurt am Main), die über die Bremer Krise in der Werftindustrie sprach, waren die während der Tagung bereits signalisierten Querschnittspunkte ebenso wichtig: die Rolle der Unternehmensberater:innen sowie der Einfluss von Hans Koschnick (1929–2016) als führende Persönlichkeit. Wolf betonte, dass ein international vernetztes Verständnis des Phänomens Küste im Kontext der (De-)Industrialisierung von Bedeutung wäre. Die Bremer Werften wurden nicht zu einem Erinnerungsort, was die Forschungsfrage nach einer möglichen Etablierung postindustrieller Orte aufwarf.

Die anschließende Diskussion beschäftigte sich vor allem mit den Trägern der industriellen Erinnerung in der Gesellschaft. Ein Paradox wurde nochmal prägnant festgestellt: Während sich die Industriekultur in Museen ästhetisch beeindruckend präsentieren lässt, ermöglicht dies nicht die mentale Kontaktherstellung zu den vergangenen Lebenswelten. Der Aspekt der Umweltschädlichkeit etwa kann zur Exklusion der „Industrieerfahrung“ aus der Gesellschaft führen, was zur spezifischen Vulnerabilität der Betroffenen beiträgt.

Diese Tagung hatte zum Ziel, eine lokal verankerte und dennoch umfassende Sicht auf die (De-)Industrialisierung unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-deutschen Perspektive zu bieten. Erreicht wurde dies insbesondere durch die zielgerichteten und zeitlich breit angelegten Diskussionen. So haben sich Knotenpunkte herauskristallisiert, entlang derer weitere Analysen erfolgen können: Neben der Rolle der Globalisierung sind es die ideologisch ausgerichteten Narrative der Akteur:innen sowie soziale Erscheinungen wie Arbeitsplatzverlust, Proteste, Abwanderung und schließlich die rekonstruierbare Pfadabhängigkeit, deren konkrete Züge immer wieder während der Konferenz zutage traten (zum Beispiel Privatisierung, Auftritt der Automobilbranche bzw. Chemieindustrie, Gründung wissenschaftlicher Institutionen, Vermarktung auf der Basis von Erinnerung). Weitere Knotenpunkte umfassen die definitorische Erfassung einer Industrieregion. Die einzelnen empiriebasierten Beiträge wiesen hierzu eine gewisse Heterogenität auf. Besonders interessant erwies sich die Unterscheidung zwischen ehemals landwirtschaftlichen Regionen, die ins Zeitalter der Industrie übergingen, und solchen, in denen allein die Industrie identitätsstiftend wurde. Durchgehend stellte sich auch die Frage nach der Authentizität der am Ort vermittelten Erinnerung. In den Diskussionen konnten hierzu zentrale Punkte erarbeitet werden. Die Teilnehmenden der Veranstaltung einigten sich darüber hinaus darauf, dass die Erforschung der Rolle von Unternehmensberatern sowie Führungspersonlichkeiten ein Desiderat darstellt.

Seite B 92 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Kritisch lässt sich festhalten, dass die Problematik der natürlichen Umwelt in den Diskussionen weniger Beachtung fand. Könnte beispielsweise der Kontext des Anthropozäns neue Impulse liefern? Der Begriff des Anthropozäns basiert auf dem Bewusstsein, dass der Mensch zu einer geologischen Kraft geworden ist. Könnte dieser Zugang die Erinnerungspolitik im industriellen Kontext revolutionieren? Stattdessen haben die Diskutierenden den Narrativen von Scheitern versus Erfolg viel Aufmerksamkeit gewidmet. Oft sprachen sie dabei „aus den Regionen heraus“ und weniger über die Regionen im Netz ihrer wechselseitigen Bedingtheiten. Nichtsdestoweniger wurde das Ziel einer Öffnung der Perspektiven weitgehend erreicht.

Konferenzübersicht:

Öffentliche Abendveranstaltung: Strukturwandel, Strukturbruch, Transformation. Wirtschaftlicher Wandel zwischen Ost- und Westdeutschland

Podiumsdiskussion zum „Ort von Strukturwandel und Deindustrialisierung in der gesamtdeutschen Erinnerung“

Moderation: Juliane Tomann (Regensburg)

Marcus Böick (Cambridge) / Robert Lorenz (Cottbus) / Susanne Richter (Chemnitz) / Willi Kulke (Lage/Dortmund)

Einführung

Stefan Goch (Bochum/Düsseldorf) / Jan Kellershohn (Halle)

Panel I: Diversifizierte Industrieregionen

Moderation: Johanna Keller (Halle)

Marcus Mühlnickel (Thurnau): Regression oder Transformation? Strukturwandel in Oberfranken

Jessica Lindner-Elsner (Eisenach): Transformation der Automobilindustrie in Thüringen – Der Standort Eisenach seit 1989 bis heute

Manuel Schramm (Chemnitz): Erhalt industrieller Kerne? Der Strukturwandel in der west-sächsischen Textilindustrie und im Chemnitzer Maschinenbau seit 1989

Panel II: Junge und alte Montanregionen

Moderation: Marcus Böick (Cambridge)

Sabine Loewe-Hannatzsch (Freiberg): Strukturwandel in den Gebieten des Uranerzbergbaus der SDAG Wismut in Sachsen und Thüringen

Stefan Goch (Bochum/Düsseldorf): Das Ruhrgebiet: Rheinischer Kapitalismus und Korporatismus als Politikmodell

Seite B 93 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Panel III: Strukturwandel im Grenzgebiet

Moderation: Christian Rau (Berlin)

Hans-Christian Herrmann (Saarbrücken): Strukturkrisen im Saarland 1959 bis 1998. Strukturwandel im Zeichen von Korporatismus und einem Primat der Politik

Jonas Jung (Berlin): Aus zwei mach eins – der dreifache Strukturwandel Berlin

Panel IV: Braunkohlenreviere und Werftindustrie

Moderation: Isabell Schmock-Wieczorek (Halle)

Martin Baumert (Leipzig): Vom wilden Strukturbruch zum moderierten Strukturwandel? Ökonomische Chancen und Risiken der Lausitz 1990 bis 2030

Jan Kellershohn (Halle): Transformierte Tradition. Braunkohlenbergbau und Chemieindustrie im mitteldeutschen Industrierevier

Benedikt Ertl (Thurnau): Der „König der Oberpfalz“ ist tot – Strukturwandel und Protest in der oberpfälzer Montanindustrie

Johanna Wolf (Frankfurt am Main): In rauer See. Der schwierige Strukturwandel in der Bremer Schiffbauindustrie von den 1960er bis in die 1980er Jahre

Anmerkungen:

1 Siehe hierzu beispielsweise: Jürgen Schmidt, Arbeiter in der Moderne. Arbeitsbedingungen, Lebenswelten, Organisationen, Frankfurt am Main 2015.
2 Siehe z.B. Marcus Böick / Kerstin Brückweh (Hrsg.), Weder Ost noch West. Ein Themenschwerpunkt über die schwierige Geschichte der Transformation Ostdeutschlands, in: ZEITGESCHICHTE ONLINE, 18. März 2018, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/weder-ost-noch-west> (8.7.2024).

Zitation

Alina Strzempa, Tagungsbericht: *Regionen im Umbruch. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit den 1960er Jahren*, in: H-Soz-Kult, 02.10.2024, <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-150281>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) Neue Rezensionen im Archiv für Sozialgeschichte – September 2024

Bonn 2024: [Verlag J.H.W. Dietz Nachf.](#)

Url <https://www.fes.de/afs/rezensionen>

Der Preis pro Band beträgt ca. 70 EUR

ISSN [0066-6505](#)

Kontakt

Institution

Archiv für Sozialgeschichte – Online-Rezensionen

Bonn

c/o

Friedrich-Ebert-Stiftung Archiv für Sozialgeschichte - Rezensionen Nikolai Wehrs

Godesberger Allee 149 53175 Bonn Tel. +49 228 883-8042 Mail: [afs\[at\]fes.de](mailto:afs[at]fes.de)

Telefon

+49 228 883-8042

Von

Nikolai Wehrs, Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zurück aus der Sommerpause präsentieren wir Ihnen im September wieder aktuelle Buchbesprechungen aus der Sozial- und Politikgeschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts. Die Besprechungen sind Teil des Rezensionsapparats von Band 64 (2024) des Archivs für Sozialgeschichte (AfS) und auch über den Internetauftritt der Friedrich-Ebert-Stiftung zugänglich: <https://www.fes.de/afs/rezensionen>

Alle bisher erschienenen Online-Rezensionen sowie alle gedruckten Bände des AfS seit 1961 (mit Ausnahme des aktuellen Bandes) stehen Ihnen unter <https://www.fes.de/afs> digitalisiert und kostenlos zur Verfügung.

Beste Grüße aus der Redaktion des Archivs für Sozialgeschichte

Inhaltsverzeichnis

Jeffrey Ahlman

Ghana. A Political and Social History

Zed Books, London 2023

[Rezension von Tristan Oestermann]

<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82011.pdf>

Iiko-Sascha Kowalczyk

Walter Ulbricht. Der deutsche Kommunist (1893–1945)

C.H. Beck, München 2023

[Rezension von Martin Sabrow]

<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82016.pdf>

Seite B 95 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Ilko-Sascha Kowalczuk

Walter Ulbricht. Der kommunistische Diktator (1945–1973)

C.H. Beck, München 2024

[Rezension von Martin Sabrow]

<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82016.pdf>

David Bebnowski

Kämpfe mit Marx. Neue Linke und akademischer Marxismus in den Zeitschriften »Das Argument« und »PROKLA« 1959–1976

Wallstein Verlag, Göttingen 2021

[Rezension von Detlef Siegfried]

<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82015.pdf>

Wilfried Rudloff/Marc von Miquel

Das Bundessozialgericht und die Formierung des westdeutschen Sozialstaats. Akteure – Rechtsprechung – sozialrechtliche Prägungen

C.H. Beck, München 2024

[Rezension von Eberhard Eichenhofer]

<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82010.pdf>

Manuela Rienks

Ausverkauft. Arbeitswelten von Verkäuferinnen in der Bundesrepublik Deutschland

De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2024

[Rezension von Daniela Rüter]

<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82013.pdf>

Felix Römer

Inequality Knowledge. The Making of the Numbers about the Gap between Rich and Poor in Contemporary Britain

De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2024

[Rezension von Mike Savage]

<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82008.pdf>

Aurélie Dianara Andry

Social Europe, the Road not Taken. The Left and European Integration in the Long 1970s

Oxford University Press, Oxford 2022

[Rezension von Benjamin Thomas]

<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82014.pdf>

Jonas Kreienbaum

Das Öl und der Kampf um eine Neue Weltwirtschaftsordnung. Die Bedeutung der Ölkrisen der 1970er Jahre für die Nord-Süd-Beziehungen

De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2022

[Rezension von Petra Dolata]

<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82009.pdf>

Henning Türk

Energiesicherheit nach der Ölkrise. Die Internationale Energieagentur 1974–1985

Wallstein Verlag, Göttingen 2023

[Rezension von Petra Dolata]

<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82009.pdf>

Seite B 96 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Sophie Lange

Deutsch-deutsche Umweltpolitik 1970–1990. Eine Verflechtungsgeschichte im internationalen und gesellschaftlichen Kontext des Kalten Krieges

De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2024

[Rezension von Martin Bemann]

<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82012.pdf>

Christof Dipper/Heinz Duchhardt (Hrsg.)

Generation im Aufbruch. Die Geschichtswissenschaft in Deutschland im Spiegel autobiographischer Porträts

Böhlau Verlag, Köln 2024

[Rezension von Thomas Etzemüller]

<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82007.pdf>

Zitation

Neue Rezensionen im Archiv für Sozialgeschichte – September 2024. , In: H-Soz-Kult, 04.09.2024, <www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-146179>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Journal of Modern History 96 (2024), 3

Chicago 2024: [University of Chicago Press](https://www.journals.uchicago.edu)

<https://www.journals.uchicago.edu/toc/jmh/2024/96/3>

Preis One-Year Subscription: Individuals: \$ 47.00; Students: \$ 38.00

ISSN [0022-2801](https://www.issn.org/0022-2801)

Kontakt

Institution

Journal of Modern History

c/o

The Editors The Journal of Modern History University of Chicago Social Science Research Building, Box 122 1126 E. 59th Street Chicago, IL 60637 Telephone: (773) 702-7227 Fax: (773) 702-8830

Von

Jakob Schneider, Humboldt-Universität zu Berlin

Inhaltsverzeichnis

Putting a Price on the Throne of Saint Peter: Gambling and Commerce in Sixteenth-Century Italy

Nicholas Scott Baker

pp. 517-544.

Seite B 97 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

The "Holy Sister" Anatomized: Religious Polemic and Erotic Writing in England, 1640–1660

Samuel Fullerton
pp. 545-576.

The Great Distress: Wage Labor and British Antislavery after 1815

Padraic X. Scanlan
pp. 577-601.

In the Shadow of the Crematoria: Investigating Mass Atrocities in Poland, 1944–1945

Louisa M. McClintock
pp. 602-631.

An Image of the Past: Press Photography, Nazi Propaganda, and the Making of Politicized Memory

Amir Teicher and Clara Tamir-Hestermann
pp. 632-681.

Mark R. Beissinger, The Revolutionary City: Urbanization and the Global Transformation of Rebellion

Jonathan Sperber
pp. 682-683.

François Hartog, Chronos: The West Confronts Time

John H. Zammito
pp. 684-685.

Benedict Beckeld, Western Self-Contempt: Oikophobia in the Decline of Civilizations

Matthew D'Auria
pp. 686-687.

Eric Tagliacozzo, In Asian Waters: Oceanic Worlds from Yemen to Yokohama

Markus Vink
pp. 688-689.

Katherine Johnston, The Nature of Slavery: Environment and Plantation Labor in the Anglo-Atlantic World

John Samuel Harpham
pp. 690-691.

Rebecca Cypess, Women and Musical Salons in the Enlightenment

Elisabeth Le Guin
pp. 691-693.

Corinne Chaponnière, Henry Dunant: The Man of the Red Cross

Gerald Steinacher
pp. 693-695.

Elena Aronova, Scientific History: Experiments in History and Politics from the Bolshevik Revolution to the End of the Cold War

Ian Hesketh
pp. 695-697.

Seite B 98 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Jonathan Dimbleby, Operation Barbarossa: The History of a Cataclysm
Russell A. Hart
pp. 697-698.

Christian F. Ostermann, Between Containment and Rollback: The United States and the Cold War in Germany
Peter C. Caldwell
pp. 698-700.

Stefan Auer, European Disunion: Democracy, Sovereignty, and the Politics of Emergency
Kiran Klaus Patel
pp. 700-701.

G. W. Bernard, Who Ruled Tudor England: An Essay in the Paradoxes of Power
David Cressy
pp. 702-703.

Andrew Mackillop, Human Capital and Empire: Scotland, Ireland, Wales, and British Imperialism in Asia, c. 1690–c. 1820
Bruce Buchan
pp. 703-705.

James Stafford, The Case of Ireland: Commerce, Empire, and the European Order, 1750–1848
Paul Tonks
pp. 705-707.

Ryan Walter, Before Method and Models: The Political Economy of Malthus and Ricardo
Alain Alcouffe
pp. 707-708.

Stephen Mullen, The Glasgow Sugar Aristocracy: Scotland and Caribbean Slavery, 1775–1838
Pat Hudson
pp. 708-710.

Jonathan R. Topham, Reading the Book of Nature: How Eight Best Sellers Reconnected Christianity and the Sciences on the Eve of the Victorian Age
Matthew Daniel Eddy
pp. 710-712.

James Elwick, Making a Grade: Victorian Examinations and the Rise of Standardized Testing
Tamson Pietsch
pp. 712-714.

Zoë Laidlaw, Protecting the Empire's Humanity: Thomas Hodgkin and British Colonial Activism, 1830–1870
Padraic X. Scanlan
pp. 714-716.

Seite B 99 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Jessica Borge, Protective Practices: A History of the London Rubber Company and the Condom Business

Brian Lewis
pp. 716-718.

Charly Coleman, The Spirit of French Capitalism: Economic Theology in the Age of Enlightenment

Daniel J. Watkins
pp. 718-720.

Laura Mason, The Last Revolutionaries: The Conspiracy Trial of Gracchus Babeuf and the Equals

Andrew Jainchill
pp. 720-721.

Sean Quinlan, Morbid Undercurrents: Medical Subcultures in Postrevolutionary France

Anne Vila
pp. 722-723.

Anne E. Linton, Unmaking Sex: The Gender Outlaws of Nineteenth-Century France

Andrew Israel Ross
pp. 723-725.

Bonnie Effros, Incidental Archaeologists: French Officers and the Rediscovery of Roman North Africa

Joseph W. Peterson
pp. 725-727.

Rachel Anne Gillett, At Home in Our Sounds: Music, Race, and Cultural Politics in Interwar Paris

Celeste Day Moore
pp. 727-728.

Leonid Livak, Études sur l'histoire culturelle de l'émigration russe en France (1920–1950)

Catherine Evtuhov
pp. 729-730.

Emily Marker, Black France, White Europe: Youth, Race, and Belonging in the Postwar Era

Joshua Cole
pp. 730-732.

Emily Michelson, Catholic Spectacle and Rome's Jews: Early Modern Conversion and Resistance

David I. Kertzer
pp. 732-733.

Fiona Greenland, Ruling Culture: Art Police, Tomb Robbers, and the Rise of Cultural Power in Italy

Alice Goff
pp. 734-735.

Seite B 100 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Laura Fernández-González, Philip II of Spain and the Architecture of Empire
Alexander Samson
pp. 735-737.

Tonio Andrade, The Last Embassy: The Dutch Mission of 1795 and the Forgotten History of Western Encounters with China
James Hevia
pp. 737-739.

Gábor Ágoston, The Last Muslim Conquest: The Ottoman Empire and Its Wars in Europe
Christine Isom-Verhaaren
pp. 739-740.

Helen Pfeifer, Empire of Salons: Conquest and Community in Early Modern Ottoman Lands
Charles Wilkins
pp. 741-742.

Peter Neumann, Jena 1800: The Republic of Free Spirits
George S. Williamson
pp. 742-744.

Kira Thurman, Singing Like Germans: Black Musicians in the Land of Bach, Beethoven, and Brahms
Benedict Taylor
pp. 744-746.

Eva Drašarová, Martin Klečacký, Martin Klement, and Luboš Velek, eds., Nedostatek odvahy ke smíru: Edice dokumentů k pokusům o česko-německé vyrovnání 1912–1915
Karl F. Bahm
pp. 746-748.

Jason Crouthamel, Trauma, Religion, and Spirituality in Germany during the First World War
Helmut Walser Smith
pp. 749-750.

Jay Lockenour, Dragonslayer: The Legend of Erich Ludendorff in the Weimar Republic and Third Reich
William L. Patch
pp. 750-752.

Grant T. Harward, Romania's Holy War: Soldiers, Motivation, and the Holocaust
Diana Dumitru
pp. 752-754.

Robert Hutchinson, After Nuremberg: American Clemency for Nazi War Criminals
Kim Christian Priemel
pp. 754-756.

Michael Gehler, Three Germanies: From Partition to Unification and Beyond
Pertti Ahonen
pp. 756-757.

Seite B 101 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Barbara Alpern Engel, Marriage, Household, and Home in Modern Russia: From Peter the Great to Vladimir Putin
Amy E. Randall
pp. 757-759.

Paul W. Werth, 1837: Russia's Quiet Revolution
Katherine Pickering Antonova
pp. 759-761.

Susanne A. Wengle, Black Earth, White Bread: A Techno-Political History of Russian Agriculture and Food
Rebecca Manley
pp. 761-763.

Zitation

Journal of Modern History 96 (2024), 3. , In: H-Soz-Kult, 18.09.2024,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-146491>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 72 (2024), 9

Berlin 2024: [Metropol Verlag](http://metropol-verlag.de)

Erscheint monatlich

<https://metropol-verlag.de/produkt/zeitschrift-fuer-geschichtswissenschaft-72-jg-heft-9-2024/>

100 S.

Preis Jahresabonnement (Inland): € 136,00; Einzelheft: € 14,00

ISSN [0044-2828](https://www.issn.org/issn/0044-2828)

Redaktion

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)

Berlin

c/o

Technische Universität Berlin Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin Redaktion Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) Kaiserin-Augusta-Allee 104-106 10553 Berlin Mitglieder: Friedrich Veitl (verantwortl. Redakteur), veitl@metropol-verlag.de Redaktion: Friedrich Veitl (verantwortlich), Frédéric Bonnesoeur, Kolja Buchmeier, Lara Raabe, Detlev Kraack, Swen Steinberg, zfg@metropol-verlag.de Verlagsadresse: Metropol Verlag, Ansbacher Str. 70, 10777 Berlin

Von

Friedrich Veitl

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
72. Jahrgang 2024, Heft 9

Inhaltsverzeichnis

ARTIKEL

Uli Schöler: Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg. Der Beitrag des „Revisionisten“ Eduard David (Teil 2) S. 691–711

Gideon Botsch: „Kaum etwas über Nationalsozialismus, Israel und Juden“. Zum Freitod des Holocaustforschers Joseph Wulf im Oktober 1974 S. 712–732

Hermann Wentker: Die Gründung der Außenstelle Potsdam des Instituts für Zeitgeschichte in einer Forschungslandschaft im Umbruch S. 733–755

REZENSIONEN

Allgemeines

René Smolarski/Hendrikje Carius/Martin Prell (Hrsg.): Citizen Science in den Geschichtswissenschaften. Methodische Perspektive oder perspektivlose Methode? Göttingen 2023 (Petra Haustein) S. 756

Dieter Grimm: Die Historiker und die Verfassung. Ein Beitrag zur Wirkungsgeschichte des Grundgesetzes. München 2022 (Peter Steinbach) S. 758

Altertum · Mittelalter

Bernhard Zimmermann/Antonios Rengakos (Hrsg.): Handbuch der griechischen Literatur der Antike, Bd. 3/1: Die pagane Literatur der Kaiserzeit und Spätantike. München 2022 (Raphael Brendel) S. 760

Anna Pumprová/Libor Jan (Hrsg.): Cronica Aule Regie. Die Königsaal-Chronik. Wiesbaden 2022 (Ralf Lützel Schwab) S. 762

Neuzeit · Neuste Zeit

Walter Mühlhausen: Hessen im 20. Jahrhundert. Eine politische Geschichte. Wiesbaden 2023 (Klaus-Peter Friedrich) S. 764

Angela Ilić: Identitäten in regionalen Zentren der Habsburgermonarchie 1867–1918. Die Fallbeispiele Rijeka und Maribor. Wiesbaden 2024 (Mariana Hausleitner) S. 765

Christopher Dillon/Kim Wünschmann (Hrsg.): Living the German Revolution 1918–19. Expectations, Experiences, Responses. Oxford 2023 (Detlef Lehnert) S. 767

Jana Nosková (Hrsg.): „Kdybych měla možnost dopodrobna všechno vypsát ...“. První polovina 20. století ve vzpomínkách českých obyvatel Brna [„Wenn ich die Möglichkeit besäße, alles genau festzuhalten ...“ Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts in den Erinnerungen tschechischer Bewohner Brünns]. Brno 2023 (Thomas Krzenck) S. 769

Rüdiger Hachtmann: Vom Wilhelminismus zur Neuen Staatlichkeit des Nationalsozialismus. Das Reichsarbeitsministerium 1918–1945. Göttingen 2023 (Torben Möbius) S. 771

Seite B 103 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Melissa Kravetz: Women Doctors in Weimar and Nazi Germany. Maternalism, Eugenics, and Professional Identity. Toronto 2019 (paperback 2023) (Florian G. Mildener) S. 773

Brigitte Halbmayr: Brüchiges Schweigen. Tod in Ravensbrück – auf den Spuren von Anna Burger. Wien 2023 (Aliena Stürzer) S. 775

Martina Hartmann/Annette Marquard-Mois/Maximilian Becker (Hrsg.): Zwischen Vaterlandsliebe und Ausgrenzung. Die jüdischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Monumenta Germaniae Historica. Wiesbaden 2023 (Timo Bollen) S. 777

Hans-Ulrich Danner: Bewältigung des Scheiterns. Autobiographische Schriften früherer Parteifunktionäre von NSDAP und SED. Berlin/Boston 2024 (Horst Thum) S. 778

Ulrich van der Heyden/P. Werner Lange: Mohren, Missionare und Moralisten. Eine Streitschrift zum Umgang mit der kolonialen Vergangenheit Deutschlands. Berlin 2024 (Ruotong Shi, Hanyi Zhang) S. 779

Maria Cristina Galmarini: Ambassadors of Social Progress. A History of International Blind Activism in the Cold War. Ithaca 2024 (Pia Schmüser) S. 781

Felix Berth: Die vergessenen Säuglingsheime. Zur Geschichte der Fürsorge in Ost- und Westdeutschland. Gießen 2023 (Angelika Censebrunn-Benz) S. 783

Manfred Berg: Das gespaltene Haus: Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von 1950 bis heute. Stuttgart 2024 (Georg Schild) S. 785

Zitation

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 72 (2024), 9. , In: *H-Soz-Kult*, 16.09.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-146458.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

München 2024: [De Gruyter Oldenbourg](http://www.degruyter.com)

<https://www.degruyter.com/journal/key/vfzg/72/4/html>

Preis Jahresabo: € 59,80; Stud.abo: € 34,80; Mitgl.abo. hist. u. pol. Fachverbände: € 49,80; Online-Zugang: € 49,00; Print+Online-Abo: € 72,00

ISSN [0042-5702](https://www.issn.org/issn/0042-5702)

Kontakt

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Redaktion
80636 München, Leonrodstraße 46 B

Von
Florian Hoppe, Geisteswissenschaften, De Gruyter

Das neue Heft der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ist erschienen, wir wünschen anregende Lektüre!

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

Kiran Klaus Patel, Transformation on the Rocks. Zur Geschichte europäischer Integration seit den 1980er Jahren

Der Kir Royal, ein Modegetränk der 1980er Jahre, dient hier als Aufhänger und Sonde, um zentrale Probleme der Geschichte der heutigen Europäischen Union aus den letzten vier Dekaden zu erörtern. Kiran Klaus Patel vertritt die These, dass bereits kurz vor Ende des Kalten Kriegs eine grundlegende Transformation des Einigungsprozesses einsetzte. Vor diesem Hintergrund entwickelt der Autor eine multiperspektivische Forschungsagenda, die besonders darauf zielt, die Integrationsgeschichte stärker mit allgemeinen Fragen der europäischen Zeitgeschichte zu verknüpfen. Jenseits teleologischer und triumphalistischer Entwürfe trägt der Aufsatz so auch zu einer Genealogie gegenwärtiger Problemlagen bei.

Kiran Klaus Patel, Transformation on the Rocks. On the History of European Integration since the 1980s

In this article, the Kir royal, a fashionable drink of the 1980s, serves as a starting point to probe central problems of the history of today's European Union over the last four decades. Kiran Klaus Patel argues that shortly before the end of the Cold War a transformation of the unification process had already begun. Against this background, the author develops a multi-perspective research agenda which in particular aims to link the history of integration more closely with general questions of European contemporary history. Moving beyond teleological and triumphalist blueprints, the article thus also contributes to a genealogy of current problems.

Kurt Bauer, Waren Österreicher unter nationalsozialistischen Tätern überrepräsentiert? Versuch einer Synthese

1966 richtete Simon Wiesenthal ein Memorandum an die österreichische Bundesregierung. In diesem Papier behauptete er – freilich ohne dies empirisch zu untermauern – eine starke Überrepräsentation von Österreichern unter NS-Tätern. Es ging Wiesenthal darum, verstärkte Bemühungen zur Strafverfolgung belasteter Personen in Österreich zu bewirken. Das gelang ihm nicht. Allerdings setzte sich Wiesenthals These von der österreichischen Überrepräsentation in der Wissenschaft und Publizistik durch und zog sich wie ein roter Faden durch die Fachliteratur und populärhistorische Darstellungen. In dem vorliegenden Beitrag überprüft und bewertet Kurt Bauer anhand der Analyse verschiedener Tätergruppen und Tatkomplexe die Validität dieser Aussage. Er kommt zu dem Ergebnis, dass der Anteil an Österreichern unter NS-Tätern ungefähr dem Bevölkerungsanteil der sogenannten Ostmark am Deutschen Reich entsprach.

Kurt Bauer, Were Austrians Overrepresented among National Socialist Perpetrators? An Attempt at Synthesis

In 1966, Simon Wiesenthal addressed a memorandum to the Austrian federal government. In this paper, he claimed – admittedly without empirical evidence – that Austrians had been strongly overrepresented among Nazi perpetrators. Wiesenthal's aim was to intensify efforts

Seite B 105 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

to prosecute incriminated persons in Austria. While he did not succeed in his endeavor, his thesis of Austrian overrepresentation prevailed in academia and journalism and became a recurring theme in both specialist literature and popular historical depictions. In this article, Kurt Bauer examines and evaluates the validity of this statement by analyzing various groups of perpetrators and criminal complexes. He concludes that the proportion of Austrians among Nazi perpetrators roughly corresponded to the share of population of the so-called Ostmark within the German Reich.

Robert Obermair, *Zwischen Politik und Wissenschaft. Das zweite Leben des österreichischen Nationalsozialisten Oswald Menghin*. Robert Obermair beleuchtet die Flucht des österreichischen Nationalsozialisten Oswald Menghin nach Südamerika sowie seine Integration in Argentinien. Er lenkt den Fokus dabei insbesondere auf Menghins zweite Karriere als Wissenschaftler in Buenos Aires. In diesem Zusammenhang nimmt der Autor die Entnazifizierung des Wissenschaftssektors in Österreich in den Blick und untersucht, wie sich der Umgang der Behörden mit dem zunächst polizeilich gesuchten Wissenschaftler, aber auch dessen Vernetzung im politischen und wissenschaftlichen Milieu in Europa auf seine zweite Karriere in Südamerika auswirkten. Am Beispiel Oswald Menghins werden so die transnationalen Verflechtungen zwischen Politik und Wissenschaft in der Nachkriegszeit sichtbar.

Robert Obermair, *Between Politics and Academia. The Second Life of the Austrian National Socialist Oswald Menghin*

Robert Obermair examines the escape of the Austrian National Socialist Oswald Menghin to South America and his integration in Argentina. In particular, he focuses on Menghin's second career as a researcher in Buenos Aires. In this context, the author also looks at the process of denazification of academia in Austria and investigates how the treatment of this researcher by the Austrian authorities, who initially issued a police arrest warrant, as well as his networks in the political and academic milieus in Europe affected his second career in South America. The example of Oswald Menghin is used to discuss the transnational links between politics and research in the postwar period.

Josefine Preißler, *„Ein Stachel im Fleisch der Christdemokraten“*. Hans Filbinger, Günter Rohrmoser und das Studienzentrum Weikersheim 1979 bis 1985

Das Studienzentrum Weikersheim (SZW) ist heute weitgehend vergessen, obwohl es ein wichtiger Stichwortgeber im politischen Diskurs um die sogenannte geistig-moralische Wende war. 1979 auf Initiative von Hans Filbinger und Günter Rohrmoser gegründet, verstand sich das SZW als „Stachel im Fleisch der Christdemokraten“, für die es konservative Denkimpulse liefern wollte. Auf der Basis weitgehend neu erschlossener Quellen zeichnet Josefine Preißler die Gründung und Entwicklung des Studienzentrums bis zum Jahr 1985 nach. Sie führt aus, warum dessen Ideen kaum Eingang in die Politik der christlich-liberalen Regierung unter Helmut Kohl finden konnten, und zeigt auf, inwiefern dieses Enttäuschungsmoment zur Radikalisierung des SZW führte, das fortan einen zentralen Ort im „Brückenspektrum zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus“ (Armin Pfahl-Traugher) bildete.

Josefine Preißler, *„A Thorn in the Flesh of the Christian Democrats“*. Hans Filbinger, Günter Rohrmoser, and the Studienzentrum Weikersheim, 1979 to 1985
The Studienzentrum Weikersheim (SZW – Weikersheim Study Center) has largely been forgotten today, although it was an important source of inspiration in the political discourse surrounding the so-called geistig-moralische Wende (intellectual and moral turning point).

Founded in 1979 on the initiative of Hans Filbinger and Günter Rohrmoser, the SZW saw itself as a “thorn in the flesh of the Christian Democrats”, for whom it wanted to provide new impetuses in conservative thought. Largely based on newly available sources, Josefine Preißler traces the founding and development of the Study Center up to 1985. She elaborates why its ideas largely failed to find their way into the policies of the Christian Democrat-Liberal coalition government under Helmut Kohl and to what extent this moment of disappointment led to the radicalization of the SZW, which from then on acted as a central player in the “spectrum bridging conservatism and right-wing extremism” (Armin Pfahl-Traugher).

Dokumentation

Eva-Maria Roelevink, Wilhelm Treue und der Weg zur „Geschichtlichen Darstellung der gewerblichen Wirtschaft“

Der Historiker Wilhelm Treue (1909–1992) gilt als prägende Figur für die Konstituierung der Unternehmensgeschichte in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Eva-Maria Roelevink unternimmt den Versuch, den bisher rein auf Treues Veröffentlichungen begrenzten Wissensstand quellenfundiert und insbesondere für die Zeit vor 1945 zu erweitern. Auf diese Weise lässt sich zeigen, dass sein vermeintlich gebrochener Karriereverlauf ausschlaggebend für seine Konzeption einer modernen Unternehmensgeschichte war. Treue wechselte gezwungenermaßen von der Universität in die amtliche Militärgeschichtsschreibung; hier entwickelte er seine spätere Konzeption und von hier aus knüpfte er die Netzwerke in die Wirtschaft, von denen er nach 1945 erheblich profitierte.

Eva-Maria Roelevink, Wilhelm Treue and the Genesis of the “Geschichtliche Darstellung der Gewerblichen Wirtschaft”

The historian Wilhelm Treue (1909–1992) is considered a central figure in the establishment of West German corporate history after the Second World War. By analyzing original sources, Eva-Maria Roelevink seeks to expand our understanding, particularly for the period before 1945, which was previously limited to Treue’s publications. She thus shows that his allegedly fractured career path was vital for his conception of a modern corporate history. Treue was forced to switch from a university career to official military historiography; from there he developed his later concept and established the networks in the economic sector from which he profited considerably after 1945.

Nachruf

Rudolf Morsey (1927–2024)

VfZ-Online

Neu: Ein weiteres Interview in der Rubrik „VfZ Hören und Sehen“, ein Hinweis auf unser Offenes Heftarchiv und ein Tipp – die Informationen zu den aktuellen Heften gibt es online auch auf Englisch

Rezensionen online

Abstracts

Autorinnen und Autoren

Jahresinhaltsverzeichnis 2024

Annual Table of Contents 2024

Hinweise

Zitation

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 72 (2024), 4., in: *H-Soz-Kult*, 30.09.2024,
<http://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-150310>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) WerkstattGeschichte (2024), 90

Zeitschriftentitel

[WerkstattGeschichte](#)

Weiterer Titel

gewalt geschichten

Bielefeld 2024: [Transcript – Verlag für Kommunikation, Kultur und soziale Praxis](#)

Zwei Ausgaben pro Jahr

https://werkstattgeschichte.de/alle_ausgaben/gewalt-geschichten/

ISBN 978-3-8376-6862-9

172 Seiten

Preis Abo € 40 Inland; Abo € 50 Ausland; € 22 Einzelheft

ISSN [0933-5706](#), [0942-704X](#)

Kontakt

Institution

WerkstattGeschichte

Bielefeld

c/o

transcript Verlag, Hermannstraße 26, 33602 Bielefeld, Tel. +49 521 393797 0, Fax: (0521) 39 37 97 - 34

Von

Georg Wamhof, Redaktion WerkstattGeschichte

Liebe Leser,

wir freuen uns sehr, Ihnen das neue Heft der Zeitschrift *WerkstattGeschichte* vorstellen zu dürfen. Im Thementeil diesmal: »gewalt geschichten«, herausgegeben von Annika Raapke (Uppsala/Helsinki) und Isabelle Schürch (Bern).

Werfen Sie hier gerne einen Blick in unsere neue Ausgabe:

https://werkstattgeschichte.de/alle_ausgaben/gewalt-geschichten/

<https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6862-9/werkstattgeschichte/?c=312024346>

Viel Vergnügen beim Lesen,
die Redaktion

Editorial (Auszug)

[...]

Den geschichtswissenschaftlichen Umgang mit Gewalt prägten immer auch historische Kategorisierungen von Gewaltformen und -praktiken. Krieg und Eroberung, Konsolidierung, Massaker – Gewaltgeschichte ist voller logischer Gruppierungen gewaltsamer Ereignisse. Was jedoch analytisch oft fehlt, ist das, was auch die Gewalt der Gegenwart so schwer fassbar macht: Normalisierung, die Alltäglichkeit von Gewalt jenseits – buchstäblich – klarer Fronten. Dies ist ein geschichtswissenschaftliches Problem, sowohl in Hinblick auf Alltagsgewalt in vergangenen Gesellschaften, ganz zentral in kolonialen Kontexten, aber auch in Hinblick auf deren Darstellung und Vermittlung in der Historiografie. [...]

Komplett lesen unter: <https://werkstattgeschichte.de/editorial/nr-90-gewalt-geschichten/>

Inhaltsverzeichnis

ANNIKA RAAPKE und ISABELLE SCHÜRCH (Herausgeberinnen des Thementeils) und die Redaktion
Editorial

THEMA

SARAH VON HAGEN
Zwischen Emanzipation und Repression
Gewalterfahrungen von *Blacks* in der Royal Navy (1756–1815)

ISABELLE SCHÜRCH
Koloniale Tierlichkeit und *conquest companions*
Mensch-tierliche Gewalterfahrungen in den Amerikas

ANNIKA RAAPKE
Die unabsichtliche Hintertür
Überlegungen zum Umgang mit »exzessiver Gewalt« in Quellen zur atlantischen Sklaverei

DEBATTE

JANA KRISTIN HOFFMANN und PHILIPP MCLEAN
Theorie als Praxis – Geschichtstheorie in Forschung und Lehre vermitteln

WERKSTATT

STEFAN ZEPPENFELD
Alternatives Freizeitvergnügen
Die bundesdeutsche Entdeckung des Flohmarkts im »roten Jahrzehnt« (1967–1977)

DINGFEST

ALICE ANNA SCHRÖDER-KLAASSEN
»Mignon des Dames« – Liebling der Frauen

EXPOKRITIK

ANDREAS LUDWIG

Vor dem 13. Sammler – In der Dauerausstellung des Historischen Museums Frankfurt

REZENSIONEN

ANDREAS HÜBNER

Christoph Antweiler: Anthropologie im Anthropozän. Theoriebausteine für das 21. Jahrhundert

DANIEL SCHLÄPPI

Frömmigkeit und Kirchenbau »von unten«

Peter Hersche: Kirchen als Gemeinschaftswerk. Zu den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen frühneuzeitlichen Sakralbaus

Dorothee Rippmann: Frömmigkeit in der Kleinstadt. Jenseitsfürsorge, Kirche und städtische Gesellschaft in der Diözese Konstanz, 1400–1530

LEONHARD ENGELMAIER

Ludolf Kuchenbuch: Marx, feudal. Beiträge zur Gegenwart des Feudalismus in der Geschichtswissenschaft, 1975–2021

FRANZISKA NEUMANN

Ole Münch: Cutler Street Market. Interkultureller Austausch im Londoner East End 1780–1850

DANIEL TÖDT

Jeffrey Gunn: Outsourcing African Labor. Kru Migratory Workers in Global Ports, Estates and Battlefields until the End of the 19th Century

MARK KECK-SZAJBEL

Patrice M. Dabrowski: The Carpathians. Discovering the Highlands of Poland and Ukraine

ANDREA ROTTMANN

Elisa Heinrich: Intim und respektabel. Homosexualität und Freudinnenschaft in der deutschen Frauenbewegung um 1900

VERENA BUNKUS

Katrin Steffen: Blut und Metall. Die transnationalen Wissensräume von Ludwik Hirszfeld und Jan Czochralski im 20. Jahrhundert

CLARA-ANNA EGGER

Helga Lüdtke: Der Bubikopf. Männlicher Blick, weiblicher Eigen-Sinn

ROBERT HEINZE

Quito Swan: Pasifika Black. Oceania, Anti-Colonialism, and the African World

CRISTIAN ALVARADO LEYTON

Jan-Philipp Pomplun: Deutsche Freikorps. Sozialgeschichte und Kontinuitäten (para)militärischer Gewalt zwischen Weltkrieg, Revolution und Nationalsozialismus

TORSTEN KATHKE

Helena Barop: Mohnblumenkriege. Die globale Drogenpolitik der USA, 1950–1979

Seite B 110 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

KARL CHRISTIAN FÜHRER

Thomas Fleischman: Communist Pigs. An Animal History of East Germany's Rise and Fall

FRANK HENSCHERL

Sebastian Lambertz: Sozialistische Subjektivitäten. Deutungen des »neuen Menschen« in der Tschechoslowakei 1953–1963

CHRISTIAN RAU

Florian Bruns: Kranksein im Sozialismus. Das DDR-Gesundheitswesen aus Patientensicht 1971–1989

WerkstattGeschichte (2024), 90. , In: *H-Soz-Kult*, 19.09.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-146404.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) Quest. Issues in Contemporary Jewish History 25 (2024) 3

Weiterer Titel

Miscellanea

Mailand 2024: [Fondazione Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea](http://www.fondazionequest.it)

Zwei Ausgaben jährlich

224 Seiten

Kostenfreier Zugang im Internet

ISSN [2037-741X](http://www.issn.org/2037-741X)

Kontakt

Institution

Quest. Issues in Contemporary Jewish History

c/o

Fondazione Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea via Eupili 8 20145 Milano Italy E-Mail: <mail@quest-cdecjournal.it> Tel.: +39 02.31.63.38; 02.31.60.92

Von

Ulrich Wyrwa, Historisches Institut, Universität Potsdam

Diese Ausgabe von Quest, Miscellanea, enthält vier Aufsätze zu verschiedenen Themen der jüdischen Geschichte, die sich vor allem auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts beziehen, sowie einen Rezensionssessay. Der rote Faden des Heftes sind die katastrophalen Erfahrungen des europäischen Judentums in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert. Dabei wird auch vielfach der Raum als zentrale Kategorie thematisiert, etwa im Kontext von Migration, Exil und Vertreibung oder in Form von Eingrenzung und Segregation.

Seite B 111 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Jan Kutílek untersucht die Rolle von Gerüchten beim Novemberpogrom 1918 in Lemberg. Anhand einer Fülle von Primärquellen analysiert er die Dynamik, die zum Massaker an den Juden führte und er konzentriert sich dabei auch auf die Verbreitung und Rolle von Gerüchten.

Anna Teicher geht dem intellektuellen Lebensweg des 1900 in Galizien geborenen Orientalisten und Sprachwissenschaftler David Diringer nach. Diringer hatte sein Studium 1923 in Florenz abgeschlossen und die italienische Staatsbürgerschaft erhalten. Infolge der Rassengesetze von 1938 ist er nach Großbritannien geflohen, wo er - Versuche in die USA zu emigrieren schlugen fehl - 1948 eine Stelle an der Universität Cambridge erhielt. Seit 1968 lehrte er immer wieder auch an der Bar-Ilan-Universität in Ramat Gan.

Die Situation der weiblichen Insassen des italienischen Lagers Ferramonti in Süditalien, in dem vor allem ausländische Jüdinnen und Juden aus Mittel- und Osteuropa interniert waren, untersucht Susanna Schrafstetter – zu ihrem Aufsatz gehört das Titelbild. Schrafstetter analysiert die Zeugnisse von, geht der Arbeitstätigkeit, Gesundheit und dem Alltag der inhaftierter Frauen sowie den Geschlechterbeziehungen nach. Die Körper der Frauen waren nach Schrafstetter in Ferramonti einer strengen Überwachung sowohl durch die männlichen Lagerinsassen als auch durch die faschistischen Behörden unterworfen.

Danny Goldman analysiert die miteinander verknüpfte Geschichte deutscher, vorwiegend aus Württemberg stammender pietistischer Siedler, die 1902 südwestlich von Jaffa die Kolonie Wilhelma gegründet hatten, mit der Geschichte von jüdischen Siedlern, die im Zuge der zweiten Alija vor allem aus dem Zarenreich geflohen waren und 1914 nördlich von Jerusalem die Kolonie Atarot gegründet hatten. 1948 deportierten die britischen Mandatsbehörden die deutschen Siedler nach Australien, während die jüdischen Bewohner von Atarot in die Kolonie Wilhelmina umgesiedelt wurden. Aus Wilhelma wurde Bnei Atarot.

Im Rezensionssessay stellt Ulrich Wyrwa die 16-bändige Quellenedition "Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945" vor. Ausgehend von den frühen, von jüdischen Zeitzeugen angelegten Quellensammlungen wird die Vorgeschichte und Entstehung des Editionsprojektes beleuchtet. Im Mittelpunkt des Essays steht die Darstellung des Erscheinungsverlaufs und der Rezeptionsgeschichte der sechzehn Bände. Abschließend werden sieben Aspekte, die das Arbeiten mit diesem Quellenwerk sowie aktuelle erinnerungspolitische Debatten betreffen, diskutiert.

Inhaltsverzeichnis

Contents

Jan Kutílek

Looting and Killing are Permitted: Rumors in the November 1918 Pogrom in Lviv

Anna Teicher

David Diringer's Refugee Itinerary: From Foreign Student in Fascist Italy to Academic in Post-War Britain

Susanna Schrafstetter

"Good Moral Conduct" in an Italian Concentration Camp: Women's Daily Lives in Ferramonti di Tarsia, 1940-1943

Seite B 112 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Danny Goldman,
Wilhelma, Israel: An Interface of Israeli and German Settlement Histories

Review Essay

Ulrich Wyrwa
Back to the Sources. Over Five Thousand Documents on the "Persecution and Murder of European Jews by National Socialist Germany." On the Completion of a 16-Volume Edition

Discussion

Ari Joskowicz, Rain of Ash: Roma, Jews, and the Holocaust
Discussion by Anton Weiss-Wendt Discussion by Marius Turda
Reply by Ari Joskowicz

Reviews

Natalie Zemon Davis, Listening to the Languages of the People: Lazare Sainéan on Romanian, Yiddish, and French
by Andreea Kaltenbrunner

Sara Airoidi, Nazione in patria. Sionismo e identità ebraica in Italia 1918-1938
by Arturo Marzano

James McAuley, The House of Fragile Things: Jewish Art Collectors and the Fall of France
by Katharina Hüls-Valenti

Barbara E. Mann, The Object of Jewish Literature: A Material History
by Martina Mampieri

Dan Stone, The Holocaust: An Unfinished History
by Anna Veronica Pobbe

Radu Ioanid, La Roumanie et la Shoah: Destruction et survie des Juifs et des Roms sous le régime Antonescu, 1940-1944
by Stefan Ionescu

Zitation

Quest. Issues in Contemporary Jewish History 25 (2024) 3. , In: *H-Soz-Kult*, 26.09.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-150229.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Central European History 57 (2024), 2

Cambridge 2024: [Cambridge University Press](https://www.cambridge.org/core/journals/central-european-history/issue/D3F16514645D7A90097DBF9201956770)

<https://www.cambridge.org/core/journals/central-european-history/issue/D3F16514645D7A90097DBF9201956770>

Preis institutions \$180/£95 print-plus-online and \$150/£79 print only; graduate student \$25/£11, Conference Group members \$40/£21

ISSN [0008-9389 \(Print\)](https://www.cambridge.org/core/journals/central-european-history/issue/D3F16514645D7A90097DBF9201956770); [1569-1616 \(Online\)](https://www.cambridge.org/core/journals/central-european-history/issue/D3F16514645D7A90097DBF9201956770)

Kontakt

Central European History (CEH)

Tennessee

c/o

Prof. Monica Black; Editor, Central European History; History History Department; Dunford Hall, 6th Floor; University of Tennessee, Knoxville; Knoxville, Tennessee 37996, USA. Tel. 1-865-974-5424

Von

Jakob Schneider, Humboldt-Universität zu Berlin

Inhaltsverzeichnis

Article

Replacing Tsar, King, and Emperor with the Sultan: Ukrainians, Hungarians, and the Ottomans (1660–1680)

Georg Michels

pp 137 - 162

Looking at Monarchy Askance: Royal Brand Names and Trademark Law in the German Empire

Eva Giloi

pp 163 - 181

The Evolution of International Policing against “Gypsies” in Central Europe: 1870–1945

Charissa Kurda

pp 182 - 203

Eccentric Circles: Rudolf Goldscheid and the Unrealized Goal of Menschenökonomie during the Era of Socialization

Janek Wasserman

pp 204 - 222

Roundtable

Forum: Authority, Sovereignty, Interpretation ... Subtext? Controversies in Recent German Historiography

Benjamin Carter Hett, Jennifer V. Evans, Anna Hájková, Hedwig Richter, Nathan Stoltzfus
pp 223 - 244

Review Essay

Photographing Sites of Nazi Violence, 1933–1945

David Crew
pp 245 - 251

Book Review

Corruption, Protection and Justice in Medieval Europe: A Thousand-Year History By
Jonathan R. Lyon. Cambridge: Cambridge University Press, 2023. Pp. xiii + 417.

Hardcover \$39.99. ISBN: 978-1316513743.

David S. Bachrach
pp 252 - 253

Pastoral Care and Community in Late Medieval Germany: Albert of Diessen's Mirror of
Priests By Deena Copeland Klepper. Ithaca and London: Cornell University Press, 2022.

Pp. xvi + 215. Hardcover \$54.95. ISBN: 978-1501766152.

Stephen Mossman
pp 254 - 255

The Hybrid Reformation: A Social, Cultural, and Intellectual History of Contending Forces
By Christopher Ocker. Cambridge: Cambridge University Press, 2022. Pp. ix + 310. Cloth

\$99.99. ISBN: 978-1108477970.

Andrew L. Thomas
pp 255 - 257

The Apocalypse in Reformation Nuremberg: Jews and Turks in Andreas Osiander's World
By Andrew L. Thomas. Ann Arbor: University of Michigan Press, 2022. Pp. xiv + 365. Cloth

\$85.00 ISBN: 978-0472133208.

Richard Calis
pp 257 - 259

Strange Brethren: Refugees, Religious Bonds, and Reformation in Frankfurt, 1554-1608

By Maximilian Miguel Scholz. Charlottesville and London: University of Virginia Press,
2022. Pp. 262. Cloth \$45.00. ISBN: 978-0813946757.

Sean Dunwoody
pp 259 - 260

Lutherische Orthodoxie und konfessioneller Pragmatismus. Kurfürst Joachim Friedrich von
Brandenburg zwischen Dynastie, Territorien und Reich By Uwe Folwarczny. Berlin:

Duncker & Humblot, 2022. Pp. 625. Hardcover €110.00. ISBN 978-3428182633.

Emily Fisher Gray
pp 261 – 262

Seite B 115 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

The Rise of the Military Entrepreneur: War, Diplomacy, and Knowledge in Habsburg Europe By Suzanne Sutherland. Ithaca: Cornell University Press, 2022. Pp. xii + 264. Cloth \$44.95. ISBN: 978-1501751004.

Paul Douglas Lockhart
pp 262 - 264

The Haydn Economy: Music, Aesthetics, and Commerce in the Late Eighteenth Century By Nicholas Mathew. Chicago and London: The University of Chicago Press, 2022. Pp. 256. Cloth \$45.00. ISBN: 978-0226819846.

Mark Berry
pp 264 - 265

What the Ballad Knows: The Ballad Genre, Memory Culture, and German Nationalism By Adrian Daub. New York: Oxford University Press, 2022. Pp. 288. Hardcover \$74.00. ISBN: 978-0190885496.

Jakob Norberg
pp 266 - 267

Schinkels Brunnen und das Königsgrab an der Saar. Eine Gedächtnisgeschichte und politische Affäre Preussens By Heinz-Dieter Heimann. Berlin: Duncker & Humblot, 2022. Pp. 187. Hardcover €39.90. ISBN: 978-3428183852.

Alexandra Sterling-Hellenbrand
pp 267 - 269

At Eden's Door: The Habsburg Jewish Life of Leon Kellner, 1859-1928 By David Rechter. London: The Littman Library of Jewish Civilization in association with Liverpool University Press, 2023. Pp. xii + 199. Cloth \$45.00. ISBN: 978-1789621037.

Marsha L. Rozenblit
pp 269 - 271

Victims' State: War and Welfare in Austria, 1868-1925 By Ke-Chin Hsia. New York: Oxford University Press, 2022. Pp. 360. Cloth \$55.00. ISBN: 978-0197582374.

Tammy M. Proctor
pp 271 - 272

Colonialism and the Jews in German History: From the Middle Ages to the 20th Century Edited by Stefan Vogt. London and New York: Bloomsbury Academic, 2022. Pp. 320. Hardcover \$115.00. ISBN: 978-1350155718.

Shirli Gilbert
pp 273 - 275

Like Snow in the Sun?: The German Minority in Denmark in Historical Perspective Edited by Peter Thaler. Oldenbourg: De Gruyter, 2022. Pp. xiv + 231. Hardcover \$118.00. ISBN: 978-3110681949.

J. Laurence Hare
pp 275 - 277

Deutsch-georgische Zusammenarbeit 1918. Georgiens Unabhängigkeit und das deutsch-georgische Bündnis im Südkaukasus By Giorgi Astamadze. Paderborn: Brill/Schöningh, 2022. Pp. x + 260. Hardcover €89.00. ISBN: 978-3506793669.

Claire P. Kaiser
pp 277 - 279

Seite B 116 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Oswald Spengler and the Politics of Decline By Ben Lewis. New York and Oxford: Berghahn, 2022. Pp. 238. Hardcover \$135.00. ISBN: 978-1800735743.
Adam Knowles
pp 279 - 281

In Hitler's Munich: Jews, the Revolution, and the Rise of Nazism By Michael Brenner. Translated by Jeremiah Riemer. Princeton and Oxford: Princeton University Press, 2022. Pp. 392. Hardcover \$35.00. ISBN: 978-0691191034.
Mark Jones
pp 281 - 282

Festival, Culture, and Identity in Lübeck: Nordic Days, 1920-1960 By Erika L. Briesacher. Lanham, Maryland: Lexington Books, 2023. Pp. xi + 193. Hardcover \$95.00. ISBN: 978-1498585019.
Kyrill Kunakhovich
pp 282 - 283

The Third Reich's Elite Schools: A History of the Napolas By Helen Roche. Oxford: Oxford University Press, 2021. Pp. xx + 524. Cloth \$115.00. ISBN: 978-0198726128.
Katharine Kennedy
pp 284 - 285

In the Shadow of Auschwitz: German Massacres against Polish Civilians, 1939-1945 By Daniel Brewing. Translated by Alex Skinner. New York: Berghahn, 2022. Pp. viii + 348. Cloth \$155.00. ISBN: 978-1800730892.
James Bjork
pp 285 - 287

Jewish Fugitives in the Polish Countryside, 1939-1945: Beyond the German Holocaust Project By Joanna Tokarska-Bakir. Translated by Yechezkiel Anis et al. Berlin: Peter Lang, 2022. Pp. 440. Cloth \$70.00. ISBN: 978-3631849279.
Jason Tingler
pp 287 - 289

More Than Parcels: Wartime Aid for Jews in Nazi-Era Camps and Ghettos Edited by Jan Láníček and Jan Lambertz. Detroit: Wayne State University Press, 2022. Pp. ix + 367. Paperback \$39.99. ISBN: 978-0814349229.
Christian Gerlach
pp 290 - 291

Fire and Steel: The End of World War Two in the West By Peter Caddick-Adams. New York: Oxford University Press, 2022. Pp. vii + 652. Hardcover \$34.95. ISBN: 978-0190601867.
Melissa Jordine
pp 291 - 293

Max Merten. Jurist und Kriegsverbrecher – Eine biografische Fallstudie zum Umgang mit NS-Tätern in der frühen Bundesrepublik By Gerrit Hamann. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2022. Pp. 792. Hardcover €90.00. ISBN: 978-3525352243.
Kateřina Králová
pp 293 – 294

Seite B 117 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

After Nuremberg: American Clemency for Nazi War Criminals By Robert Hutchinson. New Haven: Yale University Press, 2022. Pp. ix + 340. Cloth \$45.00. ISBN: 978-0300255300.

Tomaz Jardim
pp 295 - 296

Hochofen, Maloche und "Gastarbeiter". Ausländerbeschäftigung in Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets in den 1950er bis 1980er Jahren By Lena Foerster. Stuttgart: Franz Steiner, 2021. Pp. 306. Hardcover €63.00. ISBN: 978-3515131223.

Nina Kleinöder
pp 296 - 298

Pink Triangle Legacies: Coming Out in the Shadow of the Holocaust By W. Jake Newsome. Ithaca: Cornell University Press, 2022. Pp. xiv + 286. Cloth \$34.95. ISBN: 978-1501765155.

Jeffrey Schneider
pp 298 - 300

Prussia in the Historical Culture of the German Democratic Republic: Communists and Kings By Marcus Colla. Oxford: Oxford University Press, 2022. Pp. xiv + 309. Cloth \$100.00. ISBN: 978-0192865908.

Melissa Sheedy
pp 300 - 301

African Students in East Germany, 1949–1975 By Sara Pugach. Ann Arbor: Michigan University Press, 2022. Pp. xvii + 256. Paperback \$29.95. ISBN: 978-0472055562.

Robbie Aitken
pp 302 - 303

Free Berlin: Art, Urban Politics, and Everyday Life By Briana J. Smith. Cambridge, Massachusetts and London: The MIT Press, 2022. Pp. 328. Cloth \$29.95. ISBN: 978-0262047197.

Jennifer L. Allen
pp 303 - 305

Haunted Laughter: Representations of Adolf Hitler, the Third Reich, and the Holocaust in Comedic Film and Television By Jonathan C. Friedman. Lanham: Lexington Books, 2022. Pp. 233. Hardcover \$105.00. ISBN: 978-1793640154.

Jennifer Caplan
pp 305 - 307

Corrigendum

Listening in on the Neighbors: The Reception of German and Austrian Radio in Cold War Czechoslovakia – CORRIGENDUM

Rosamund Johnston
pp 308 - 308

Zitation

Central European History 57 (2024), 2., in: *H-Soz-Kult*, 01.10.2024,
<http://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-150353>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

**07) Journal for the History of Central, Eastern and Southeastern Europe
1 (2024), 1**

Journal for the History of Central, Eastern and Southeastern Europe 1 (2024), 1

Zeitschriftentitel

[SLOVANSKÝ PŘEHLED / SLAVONIC REVIEW. Journal for the History of Central, Eastern and Southeastern Europe](#)

Prague 2024: [Institute of History of the Czech Academy of Sciences](#)

Erscheint twice a year

<https://www.hiu.cas.cz/en/periodicals/slavonic-review>

264 Seiten

ISSN [0037-6922 \(Print\); 2788-3248 \(On-line\)](#)

Kontakt

Institution

SLOVANSKÝ PŘEHLED / SLAVONIC REVIEW. Journal for the History of Central, Eastern and Southeastern Europe

Land

Czech Republic

c/o

Historický ústav AV ČR, v. v. i.; Published by the Institut of History, Prague; Adress:

Prosecká 76, 190 00 Praha 9, Tel.: 532 290 509, E-mail: slovanskyprehled@hiu.cas.cz

Von

Jana Skerlova

The current issue of the Slavonic Review contains six studies in English and Czech focusing on various topics in the history of Central and Eastern Europe and one material contribution containing an edition of sources on the history of the Czech settlement of Banat.

Inhaltsverzeichnis

STUDIES / ARTICLES

KALISKI Bartosz

Forging the Collective Identity of Fighting Solidarity 1982–1989

(On the Threshold of a Deeper Historical Research) 7

FRIEDL Jiří – POLNAR Stanislav

Operation Desert Storm from the Czechoslovak Perspective 39

PREKIĆ Adnan

The Foreign Policy of Montenegro in the Process of Restoring

the Independence 1997–2006 65

Seite B 119 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

HAJÍYEVA Nargız – HEYDAROVA Zhala
Unveiling Patterns: A Comparative Study of Syrian and Ukrainian
Refugee Influx into the EU 89

NENIČKA Lubomír
Pečovat a usměřňovat. Oficiální přístup a lokální vztahy k dětem
z Řecka v Československu v letech 1948–1953 121
To provide care and regulate: the official approach and local relationships
to Greek children in Czechoslovakia 1948–1953

VYDRA Zbyněk – JIRÁNEK Tomáš
Between Monarchism and Nazism: the career of General
Vasily Biskupsky in exile (1919–1945) 159

Dokumety a materiály | Documents and materials
JAKOUBEK Marek
Výbor z „Pamětní knihy gernické fary“ (1853) Františka Unzeitiga
v překladu Václava Maška – několikanásobný pramen k dějinám
českého osídlení Banátu 205
An excerpt from the Pamětní kniha gernické fary [Memorial Book
of the Gárnice Rectory] (1853), authored by František Unzeitig
and translated by Václav Mašek – a source on the history
of the Czech settlement of Banat with many applications

RECENZE / BOOK REVIEWS

Marko JUVAN (ed.), Med majem '68 in novembrom '89.
Transformacije sveta, literature in teorije [From May 1968
to November 1989: Transformations of the World, Literature,
and Theory] 225
(Miloš Zelenka)

Jerzy GRZYBOWSKI, Białoruski ruch niepodległościowy w czasie
II wojny światowej 229
(Adam Zitek)

Lukáš BABKA, Slovanská knihovna 1924–2024 (Průvodce
po dějinách, fondech a službách). The Slavonic Library,
Prague 1924–2024 (A Guide to its History, Funds and Services) 233
(Lubica Harbuřová)

Jindřich DEJMEK (ed.), Cirkulární telegramy Československého
ministerstva zahraničních věcí z let komunistického režimu (1956–1989).
Díl třetí, Cirkulární telegramy MZV 1981–1985 237
(Miroslav Šepták)

ZPRÁVY / BOOK REPORTS

241

ZPRÁVY Z VĚDECKÉHO ŽIVOTA / NEWS FROM ACADEMIC LIFE

Josef Kolečka – 100 let od narození 243

Josef Kolečka – 100 years since his birth

(Vladimír Goněc)

Conference Report: Balkan Express 2023 – Between Orientalism

and Occidentalism, Prague, November 10–11, 2023 245

(František Šístek – Markéta Slavková)

Seminář Adolf Bohuslav Dostal a české oběti Katyňského masakru –

Praha 25. ledna 2024 249

Seminar Adolf Bohuslav Dostal and the Czech Victims

of the Katyn Massacre – Prague, 25 January 2024

(Jiří Friedl)

Sedmnáctý ročník Konference mladých slavistů –

Praha, 7.–8. prosince 2023 250

Seventeenth Annual Conference of Young Slavists

Prague, December 7–8, 2023

(Cyril Šolle – Jan Dubecký)

Instituce v exilu. 100. výročí příchodu exilové vlády Běloruské

lidové republiky (BLR) do Prahy. Mezinárodní sympozium,

2. listopadu 2023, Praha 255

Institutions in Exile. 100th Anniversary of the Arrival of the Government

in Exile of the Belarusian People's Republic (BLR) in Prague.

International Symposium, 2 November 2023, Prague

(Pavel Kotau)

Mezinárodní konference „Nemohu se upamatovati“: Důkazy a důkazní

prostředky v soudních procesech v Československu s nacistickými válečnými

zločinci – Pardubice, 7. prosince 2023 256

International Conference “I Can't Remember”: Evidence in the Trials

of Nazi War Criminals in Czechoslovakia – Pardubice, 7 December 2023

(Pavel Kreisinger)

Zitation

Journal for the History of Central, Eastern and Southeastern Europe 1 (2024), 1. , In: *H-Soz-Kult*, 01.09.2024, [<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-146125>](http://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-146125).

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights

reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational

purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions

please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 (2024), 9

Zeitschriftentitel

[Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\)](#)

Weiterer Titel

Orthodoxe Perspektiven. Politik, Autokephalie, Theologie

Zürich 2024: [Selbstverlag](#)

<https://rgow.eu/zeitschrift/2024/9>

32 S.

Jahresabonnement (print&digital) CHF 110,00; Abo für Studierende CHF 65,00; Einzelheft CHF 15,00

ISSN [2253-2465](#)

Kontakt

Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW)

Abteilung

8002 Zürich, Bederstr. 76

Von

Regula Zwahlen, Forum RGOW, Religion & Gesellschaft in Ost und West (RGOW)

Bei der Beschäftigung mit der Orthodoxie stehen häufig Fragen der Autokephalie im Zentrum. Aufgrund des russischen Angriffskrieges spitzen sich in der Ukraine die aufgeladenen politisch-theologischen Debatten um "spirituelle Unabhängigkeit" zu. Innerorthodox umstritten ist aber auch der Status der Makedonischen Orthodoxen Kirche – Erzbistum Ohrid. Die Gründung der Polnischen Autokephalen Orthodoxen Kirche vor 100 Jahren und die Wahl des neuen Patriarchen der Bulgarischen Orthodoxen Kirche bieten weitere kirchenpolitische Einblicke in die orthodoxe Kirchenlandschaft.

In all diesen Ländern und weltweit ist jedoch auch eine junge Generation von orthodoxen Theologinnen und Theologen herangewachsen, die in theologischen, diakonischen und Fragen des Dialogs mit modernem Denken neue Perspektiven entwickeln. Hierzu finden sich in dieser Ausgabe – im Jahr seines 300. Geburtstags – eine Reflexion über Immanuel Kant und Orthodoxie sowie Essays über künstliche Intelligenz und eine Theologie der Behinderung.

Inhaltsverzeichnis

ORTHODOXIE

UMSTRITTENES VORHABEN. EIN GESETZ MIT VIELEN RECHTLICHEN KRITIKPUNKTEN IN DER UKRAINE von Natalija Zenger, Dmytro Vovk

Das ukrainische Parlament hat Ende August das Gesetz „Über den Schutz der Verfassungsordnung im Tätigkeitsbereich religiöser Organisationen“ verabschiedet, das informell als Gesetz zum Verbot der Ukrainischen Orthodoxen Kirche bezeichnet wird. Im Interview weist der ukrainische Jurist Dmytro Vovk auf problematische Punkte des neuen Gesetzes hin.

GENERATIONENWECHSEL: NEUES OBERHAUPT DER BULGARISCHEN ORTHODOXEN KIRCHE von Vladislav Atanassov

Mit Metropolit Daniil (Nikolov) von Vidin wurde eher unerwartet ein als prorussisch und Außenseiter geltender Bischof zum neuen Patriarchen der Bulgarischen Orthodoxen Kirche gewählt. Ausschlaggebend waren seine Popularität unter den Gläubigen und seine Haltung in innerkirchlichen Fragen. In seinem neuen Amt will er einen Fokus auf soziale Projekte und die Einführung von Religionsunterricht legen. Da das Patriarchenamt vorwiegend repräsentativ ist, dürfte sich am außenpolitischen Kurs der Kirche nicht viel ändern.

HINDERNISREICH. DER LANGSAME FORTSCHRITT DER MAKEDONISCHEN AUTOKEPHALIE von Andreja Bogdanovski

Die Lösung der makedonischen Kirchenfrage 2022 hat die dortige orthodoxe Kirche aus Jahrzehnten der Isolation befreit, die durch ihren schismatischen Status bedingt war. Allerdings zeigen sich auch die innerorthodoxen Spannungen über die Prozedur für die Gewährung der Autokephalie. Noch immer ringt die makedonische Kirche um die Anerkennung ihrer Autokephalie. Zudem belasten identitätspolitische Fragen die Beziehungen zu anderen orthodoxen Kirchen.

100 JAHRE AUTOKEPHALIE DER ORTHODOXEN KIRCHE IN POLEN von Paweł P. Wróblewski

Nach der Wiederherstellung des polnischen Staats nach dem Ersten Weltkrieg erlangte auch die orthodoxe Kirche im Land die Autokephalie. Deren Geschichte ist eng verknüpft mit der ukrainischen und russischen Orthodoxie. Die Polnische Autokephale Orthodoxe Kirche hat zwar den russischen Angriff auf die Ukraine verurteilt, die Kirchenleitung pflegt allerdings weiterhin engen Kontakt zu Patriarch Kirill. Ablehnend verhält sie sich auch gegenüber der Orthodoxen Kirche der Ukraine.

KÖNIGSBERG UND KONSTANTINOPEL: EINE ORTHODOXE VERTEIDIGUNG KANTS von Phil Doroll

Immanuel Kant, der vor 300 Jahren in Königsberg geboren wurde, wird von vielen orthodoxen Theologen äußerst kritisch gesehen. Seine Verteidigung individueller moralischer Autonomie gilt vielen als Gegensatz zum Ideal orthodoxer Gemeinschaft. Das wird vor allem für orthodoxe Gläubige, die sich – zum Beispiel in Russland – gegen ihre Kirchenleitung auflehnen, zu einem ernsthaften Problem, dem sich die gegenwärtige Orthodoxie stellen sollte.

GREGOR VON NYSSA UND KÜNSTLICHE INTELLIGENZ von Alexandros Batalias

Bei der Anwendung und im Umgang mit künstlicher Intelligenz (KI) stellen sich philosophische und theologische Fragen des Verhältnisses von Mensch und Maschine, Bewusstsein und Körper, Seele und Leib. In der Ostkirche gilt Gregor von Nyssa als einer der wichtigsten theologischen Anthropologen: Geht man von seinem Ansatz der ganzheitlichen Einheit von Seele und Körper aus, ergeben sich die Grenzen der KI aus ihrer Körperlosigkeit.

WARUM NICHT? ZUM FEHLEN EINER ORTHODOXEN THEOLOGIE DER BEHINDERUNG von Petre Maican

Der Umgang mit Menschen mit Behinderung ist in der orthodoxen Theologie kein zentrales Thema. Behinderung wird wie Krankheit oft als eine Gelegenheit zu „tugendhaftem Leiden“ angesehen, und nicht als sozialetische Herausforderung, den öffentlichen Raum behindertengerecht zu gestalten. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine, der viele Menschen mit Behinderungen zurücklässt, verschärft nochmals die Anfragen an die orthodoxe Theologie.

BUCHBESPRECHUNGEN:

Edward G. Farrugia, S. J.; Željko Paša, S. J. (eds.): Autocephaly. Coming of Age in Communion. Historical, Canonical, Liturgical, and Theological Studies, Vol. I und II. (= Orientalia Christiana Analecta, Bde. 314 und 315). Rom: Pontificio Istituto Orientale 2023

Mihai-D. Grigore, Vasilios N. Makrides (eds.): Orthodoxy in the Agora. Orthodox Christian Political Theologies Across History. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2024 (open access!)

Barbara Hallensleben, Regula M. Zwahlen, Aristotle Papanikolaou, Pantelis Kalaitzidis (eds.): Building the House of Wisdom. Sergij Bulgakov and Contemporary Theology: New Approaches and Interpretations. Münster: Aschendorff Verlag 2024 (open access!)

Martin Illert, Andriy Mykhaleyko (Hg.): Perspektiven der Ostkirchenkunde. Ausgewählte Ansätze evangelischer und katholischer Ostkirchenkundler. Paderborn: Brill Schöningh 2022

Zitation

Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 (2024), 9. , In: *H-Soz-Kult*, 11.09.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-146361.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Militär-geschichtliche Zeitschrift 83 (2024), 1

Berlin 2024: [De Gruyter Oldenbourg](http://www.degruyter.com/journal/key/mgz/83/1/html)

<https://www.degruyter.com/journal/key/mgz/83/1/html>

ISSN [2193-2336](https://www.issn.org/issn/2193-2336)

Kontakt

Institution

Militär-geschichtliche Zeitschrift

c/o

*Zentrum für Militär-geschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr Redaktion MGZ
Zeppelinstraße 127/128 14471 Potsdam Tel. 0331 / 9714-0 Fax 0331 / 9714-509*

Von

Florian Hoppe, Geisteswissenschaften, De Gruyter

Heft 83.1 der Militär-geschichtlichen Zeitschrift ist erschienen, wir wünschen anregende Lektüre!

Inhaltsverzeichnis

NACHRUF

Michael Epkenhans und Sven Lange
Kapitän zur See Dr. Jörg Hillmann (1963-2023)
Marineoffizier und Marinehistoriker mit Leidenschaft
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0001>>

AUFSÄTZE

Maximilian Fügen und Markus Pöhlmann
Spione, Agentinnen, Vertrauensleute.
Eine Untersuchung zum Personalkörper des militärischen Nachrichtendienstes im Ersten Weltkrieg
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0002>>

In both public and historiographical perception, espionage is often understood as synonymous with military intelligence. This truncated understanding is based on dramatic and prominent individual cases. The article aims to better understand espionage as a military task for the founding phase of military intelligence organizations through an empirical analysis of the group of actors. To this end, the authors present for the first time the number, social origins, and particular types of deployment of agents in the service of the Prussian-German Army during the First World War.

Spionage steht bis heute in der öffentlichen wie auch in der geschichtswissenschaftlichen Wahrnehmung oftmals gleichbedeutend für den militärischen Nachrichtendienst. Dabei macht sich dieses verkürzte Verständnis an dramatischen und prominenten Einzelfällen fest. Der Aufsatz zielt darauf ab, Spionage als militärische Aufgabe für die Gründungsphase der militärischen Nachrichtendienste durch eine empirische Untersuchung der Akteursgruppe besser zu verstehen. Dazu erschließen die Autoren erstmals die Zahl, das soziale Herkommen und die besonderen Einsatzarten der Agentinnen und Agenten im Dienst des preußisch-deutschen Heeres während des Ersten Weltkrieges.

Malte Fischer

»Ein paar militärisch-knappe Zeilen an die Rekrutierungsbehörde«. Populäre Erwartungen an die Demokratisierung der Bundeswehr in Bürgerbriefen an Helmut Schmidt, 1964-1971
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0003>>

This article studies letters and petitions citizens sent to Helmut Schmidt between the mid-1960s to early 1970s regarding central political debates on the Bundeswehr and its reform. The letter writers confronted Helmut Schmidt – first as Social Democratic expert on defense and then as minister of defense – with their political expectations towards military reform and larger issues of security, defense, and democratic politics in the Federal Republic. The Bundeswehr was part of West Germans' daily lives and offered an opportunity to negotiate the relationship of citizens and the state. In reconstructing the manner citizens voiced their political expectations through these letters, the article offers a case study on letter writing as a democratic practice.

Anhand zentraler bundeswehrpolitischer Debatten der mittleren 1960er bis frühen 1970er Jahre und der Zuschriften aus der Bevölkerung, die Helmut Schmidt zuerst als Verteidigungsexperten der SPD und dann als Verteidigungsminister der Bundesrepublik erreichten, spürt dieser Aufsatz den Erwartungen »gewöhnlicher« Bürger und Soldaten

nach, die diese zu den Debatten um die Reform der Bundeswehr und zum Zustand der Streitkräfte äußerten. Der Aufsatz fragt, wie westdeutsche Bürgerinnen und Bürger den verschlungenen Prozess der Demokratisierung der Bundeswehr wahrnahmen und wie sie die Bundeswehr, die ein präsender Teil des Alltags vieler Menschen war, mit ihren politischen Erwartungen an Sicherheits- und Verteidigungspolitik und an das Verhältnis von Bürgern und Staat in der liberalen Demokratie verbanden. Die Fallstudie versucht so, das Verfassen von Briefen an Politiker als politische Praxis in der westdeutschen Demokratiegeschichte zu verorten.

DOKUMENTATION

Friedrich K. Jeschonnek

Der Operationsplan für die polnischen Streitkräfte von 1964

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0004>>

Within the framework of the Warsaw Treaty Organization (WTO), bilateral and multinational cooperation was executed for operational defence planning in case of war under Soviet leadership. It included the deployment of the Polish Coastal Front from the territory of the German Democratic Republic (GDR). It required dedicated coordination for comprehensive support from the GDR. Initially, a Polish inspection was performed of the operational area. Furthermore, the support of the Polish offensive by forces of the 5th Army Corps (or from 1983 the 5th Army) of the East German Army (EGA) and the allocation of real estate had to be coordinated for the Coastal front. This coordination took always place when significant and serious changes in Polish planning arose. Additional support services were prepared for the Polish People's Army (PPA) by the GDR as part of the operational preparation of its territory in the event of war. On the basis of the operational plans, the EGA and PPA carried out military exercises for decades within the framework of the WTO basing on their deployment options. Many of the Polish requests for operational preparation of the territory were fulfilled despite the increasingly scarce resources of the GDR. The cooperation in 1986 resulted into a joint protocol for the support by the EGA to the Coastal front. Due to secrecy as well as available other consultation channels within the WTO, this bilateral operational interaction occasionally took only place requirements-oriented.

Im Rahmen der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) wurde hinsichtlich der Operationsplanung für den Kriegsfall unter sowjetischer Führung bi- und multinational zusammengearbeitet. Hierzu gehörte, dass der Einsatz der Polnischen Küstenfront vom Gebiet der DDR aus vorgesehen war. Dies erforderte besondere Abstimmungen und weitergehende Unterstützungsleistungen durch die DDR. Anfänge bildeten polnische Erkundungen des Einsatzraumes, im Weiteren war die Unterstützung des polnischen Angriffs durch Kräfte des 5. Armeekorps (bzw. ab 1983 der 5. Armee) der NVA und die Raumordnung für die Küstenfront zu koordinieren. Diese Abstimmungen erfolgten dann, wenn sich erhebliche und gravierende Änderungen in der polnischen Planung ergaben. Weitere Unterstützungsleistungen wurden im Rahmen der Operativen Vorbereitung des Territoriums für den Kriegsfall von der DDR vorbereitet. Auf Basis der operativen Planungen führten die NVA und die PVA im Rahmen der WVO über Jahrzehnte militärische Übungen in Anlehnung an ihre Einsatzoptionen durch. Das Zusammenwirken war in den 1980er Jahren aufgrund der politischen und militärischen Veränderungen nicht immer frei von Irritationen. Viele der polnischen Forderungen zur Einsatzvorbereitung des Territoriums wurden trotz immer knapper werdender Ressourcen der DDR erfüllt. Die Kooperation mündete 1986 in ein gemeinsames Protokoll über die Unterstützung der Küstenfront durch die NVA. Aufgrund der Geheimhaltung und anderer Konsultationswege in der WVO war das bilaterale operative Zusammenwirken sporadisch und bedarfsorientiert.

FORSCHUNGSBERICHT

Stefan Messingschlager

Zur neueren Militärgeschichte Chinas als Forschungsgebiet: Bestandsaufnahme und Perspektiven

<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0005>

Chinese history is marked by violence and wars; however, significant research on China's military history has only emerged in recent decades. The aim of this paper is to provide an in-depth insight into the genesis and development of this field of research. The author demonstrates how military historical research on China evolved into an independent field of study from the 1990s onwards, noting that the international academic discourse is still predominantly influenced by Anglo-American perspectives. Yet, military history of China has not only established itself as a sub-discipline, but military historical perspectives have also become an integral part of research in Chinese history. Looking towards future research, the author advocates for a dedicated focus on the history of the People's Liberation Army since 1949, particularly emphasizing its modernization since the 1980s as a result of multiple transfers with western countries.

Die chinesische Geschichte ist von Gewalt und Kriegen geprägt; einschlägige Forschung zur Militärgeschichte Chinas gibt es allerdings erst seit wenigen Jahrzehnten. Ziel des Beitrags ist es, einen vertieften Einblick in die Entstehung und Entwicklung dieses Forschungsgebiets zu eröffnen. Der Autor zeigt unter anderem, wie sich militärhistorische Forschung ab den 1990er Jahren zu einem eigenständigen Forschungsgebiet entwickelte – dass der internationale Fachdiskurs allerdings bis heute dominant angloamerikanisch geprägt ist. Die Militärgeschichte Chinas hat sich aber nicht nur als wissenschaftliches Teilgebiet etabliert, militärhistorische Perspektiven sind heute integraler Bestandteil der Forschung zur chinesischen Geschichte. Mit Blick auf die künftige Forschung plädiert der Autor abschließend für einen dezidierten Fokus auf die Geschichte der Volksbefreiungsarmee seit 1949 und hier vor allem auf ihre Modernisierung seit den 1980er Jahren als Ergebnis von Austausch und Transfer.

ZUR DISKUSSION

»Zur Diskussion«: Eine neue Rubrik in der Militärgeschichtlichen Zeitschrift

<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0006>

Christoph Nübel

Einführende Bemerkungen zur Diskussion: Militärgeschichte und Gewaltgeschichte

<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0007>

Sönke Neitzel

»Töten und Sterben, Gefahr und Kampf sind die einzigen Realitäten« – ein Plädoyer für eine Geschichte des Überlebens an der Front

<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0008>

This essay argues that especially the History of the Second World War should not be written exclusively from the perspective of war crimes. The perspective could be broadened if more of the experiences of soldiers are included in the analysis. Approaches from the history of violence and military history should be combined to understand how soldiers »functioned« in military organizations.

Seite B 127 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Der Essay plädiert dafür, insbesondere den Zweiten Weltkrieg nicht nur aus einer Perspektive der Verbrechen zu betrachten, sondern stärker als bislang die ganze Breite der Erfahrungswelt von Soldaten in die Analyse einzubeziehen. Dabei bietet es sich an, Ansätze der Gewalt- und Militärgeschichte zu kombinieren, um zu erschließen, wie Soldaten in militärischen Organisationen »funktionierten«.

Frank Reichherzer

Militär darf Gewalt?! Zu Resonanzen zwischen den Forschungsfeldern Gewalt und Militär
<<https://doi.org/10.1515/mqzs-2024-0009>>

The essay commences with the straightforward question regarding the legality of military force and culminates in an examination of how the military manages and calibrates force and violence. Conceptualizing the military as a violence dispositif that consolidates, organizes, and can deploy force and diverse acts of violence, underscores the necessity for a broad, integrative understanding of violence, that transcends one-dimensional a priori definitions.

Der Essay beginnt mit der Frage nach der Legalität militärischer Gewaltanwendung und endet mit dem Blick auf das komplexe Management und die Dosierung militärischer Gewaltsamkeiten. Militär als ein Gewaltdispositiv zu begreifen, das unterschiedliche kollektive Gewaltsamkeiten bündelt, organisiert und zur Anwendung bringen kann, verweist auf die Notwendigkeit eines breiten, integrativen Gewaltverständnisses, das Abstand von scharfen, aber einschränkenden Definitionen nimmt.

Thomas Hoebel, Wolfgang Knöbl und Stefan Malthaner

Das Problem der historischen Zeit revisited – oder: wie sich Gewaltsoziologie und Militärgeschichte treffen können

<<https://doi.org/10.1515/mqzs-2024-0010>>

In our essay, we ask how sociological research on violence currently offers ideas and concepts to study military history. Members of both research fields typically approach the »problem of historical time« (Simmel) from opposite directions. In this context, we have identified a topic which we wished to provide an outline of as contributing to the formation of society.

In unserem Essay fragen wir danach, welche Einsichten die soziologische Gewaltforschung momentan für militärgeschichtliche Untersuchungen bereithält. Ausgehend davon, dass sich Angehörige beider Forschungsgebiete typischerweise aus entgegengesetzter Richtung auf das »Problem der historischen Zeit« (Simmel) zubewegen, sehen wir einen Punkt, den wir als Gesellschaftsgestaltung skizzieren möchten.

NACHRICHTEN AUS DER FORSCHUNG

Sven Dittmar

»Die Gewalt ist ein »wahres Chamäleon« – Transformationen, Persistenzen und Emergenzen militärischer Gewaltsamkeiten«

62. Internationale Tagung für Militärgeschichte des ZMSBw im MHMBw, Dresden, 12. bis 14. September 2023

<<https://doi.org/10.1515/mqzs-2024-0011>>

Linus Birrel

»Der umstrittene Leviathan. Staatlichkeit und Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland«

Seite B 128 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Sektionsbericht, 54. Deutscher Historikertag, Universität Leipzig, 19. bis 22. September 2023

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0012>>

Victor Marnetté

»Der Sound des Krieges«

Interdisziplinäre und interepochale Fachtagung des Arbeitskreises Militärgeschichte e.V. (AKM), Berlin, 27. bis 29. September 2023

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0013>>

BUCHBESPRECHUNGEN

Allgemeines

Geschichte wird von den Besiegten geschrieben. Darstellung und Deutung militärischer Niederlagen in Antike und Mittelalter. Hrsg. von Manuel Kamenzin und Simon Lentzsch
Alexander Querengässer

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0014>>

Verfassung und Krieg in der Verfassungsgeschichte. Tagung der Vereinigung für Verfassungsgeschichte in Hegne vom 19. bis 21. Februar 2018. Hrsg. von Lothar Schilling, Christoph Schönberger und Andreas Thier unter Mitwirkung von Hanno Menges
Wolfgang Burgdorf

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0015>>

Eine Geschichte des Krieges. Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Hrsg. von Bruno Cabanes, unter Mitarb. von Thomas Dodman, Hervé Mazurel und Gene Tempest
Martin Rink

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0016>>

Heinrich Walle und Robert Volk, Die Entstehung der modernen Schiffsartillerie. Eine technische Voraussetzung für den Navalismus im 19. und 20. Jahrhundert. Sonderdruck »Das Logbuch« – Zeitschrift für Schiffbaugeschichte und Schiffsmodellbau. Hrsg. im Auftrag des Arbeitskreises für historischen Schiffbau und der Deutschen Gesellschaft für Schifffahrts- und Marinegeschichte e.V.

Frank Ganseuer

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0017>>

Norbert Göttler und Elisabeth Tworek, Kriegerdenkmäler in Oberbayern. Von der Heldenverehrung zum Friedensmahnmal
Harald Potempa

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0018>>

Élie Tenenbaum, Partisans et centurions. Une histoire de la guerre irrégulière au XXe siècle

Martin Rink

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0019>>

Jörg Ernesti, Friedensmacht. Die vatikanische Außenpolitik seit 1870

Markus Thurau

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0020>>

Altertum und Mittelalter

Roger Crowley, Der Fall von Akkon. Die letzte Schlacht um das Heilige Land
Hiram Kümper
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0021>>

Frühe Neuzeit

Klaus-Jürgen Bremm, Die Türken vor Wien. Zwei Weltmächte im Ringen um Europa
Hiram Kümper
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0022>>

Die Osmanen vor Wien. Die Meldeman-Rundansicht von 1529/30. Sensation, Propaganda und Stadtbild. Hrsg. von Ferdinand Opll und Martin Scheutz
Hiram Kümper
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0023>>

Norman Davies, King George II. Ein deutscher Fürst auf dem britischen Thron
Andreas R. Hofmann
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0024>>

Keita Saito, Das Kriegskommissariat der bayerisch-ligistischen Armee während des Dreißigjährigen Krieges
Martin Meier
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0025>>

1789-1870

Thomas Sheppard, Commanding Petty Despots. The American Navy in the New Republic
Michael Epkenhans
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0026>>

Pierre-Baptiste Guillemot, The Garde Nationale 1789-1815. France's Forgotten Armed Forces
Andreas R. Hofmann
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0027>>

Alexander Mikaberidze, Kutuzov. A Life in War and Peace
Alexander Querengässer
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0028>>

Christian Th. Müller, Clausewitz verstehen. Wirken, Werk und Wirkung
Andrée Türpe, Der vernachlässigte General? Das Clausewitz-Bild in der DDR
Christian Koller
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0029>>

In der King's German Legion. Die Briefe der Brüder Carl, Ernst, Friedrich und Ivan von Hodenberg (1803-1815). Hrsg. und kommentiert von Jens Mastnak
Andreas R. Hofmann
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0030>>

Seite B 130 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Médias, politique et révolution en 1867. Les échos européens de la bataille de Mentana.
Sous la direction de Pierre Marie Delpu, Arthur Hérisson et Vincent Robert
Ignacio García Lascurain Bernstorff
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0031>>

1871-1918

Dirk Ziesing, Hamm 1870/71
Max Plassmann
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0032>>

Gehirne der Armeen? Die Generalstäbe der europäischen Mächte im Vorfeld der
Weltkriege. Hrsg. von Lukas Grawe
Werner Augustinovic
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0033>>

Rainer F. Schmidt, Kaiserdämmerung. Berlin, London, Paris, St. Petersburg und der Weg
in den Untergang
Bernhard Sauer, Der Erste Weltkrieg – ein Verteidigungskrieg?
Michael Epkenhans
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0034>>

Larissa Wegner, Occupatio Bellica. Die deutsche Armee in Nordfrankreich 1914-1918
Lukas Grawe
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0035>>

Jenny Sprenger-Seyffarth, Kriegsküchen in Wien und Berlin. Öffentliche
Massenverpflegung und private Familienmahlzeit im und nach dem Ersten Weltkrieg
Michael Epkenhans
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0036>>

Austria-Hungary's Last War, 1914-1918, vol. 1 (1914): Outbreak of War to the Outcome of
the Battle of Limanowa-Lapanow. Compiled by The Austrian Federal Ministry of the Army
and War Archive. Under the Direction of Edmund Glaise-Horstenau. Ed. by Eduard
Czegka [et al.]
Austria-Hungary's Last War, 1914-1918, vol. 1 (1914): Leaflets and Sketches. Compiled
by The Austrian Federal Ministry of the Army and War Archive. Under the Direction of
Edmund Glaise-Horstenau. Ed. by Eduard Czegka [et al.]
Werner Augustinovic
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0037>>

1919-1945

Rüdiger Hachtmann, Vom Wilhelminismus zur Neuen Staatlichkeit des
Nationalsozialismus. Das Reichsarbeitsministerium 1918 bis 1945
Lukas Grawe
<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0038>>

Peter Tauber, Der Hitlerputsch 1923
Wolfgang Niess, Der Hitlerputsch 1923. Geschichte eines Hochverrats
Sven Felix Kellerhoff, Der Putsch. Hitlers erster Griff nach der Macht
Karl Heinrich Pohl, Sachsen 1923. Das linksrepublikanische Projekt – eine vertane
Chance für die Weimarer Demokratie?

Seite B 131 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Martin Moll

[<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0039>](https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0039)

Ulrich Schröder, »An klaren Frosttagen kann auch ausmarschiert werden«. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Bremen und Umgebung 1924 bis 1933

Dennis Werberg

[<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0040>](https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0040)

Jens Wehner, »Technik können Sie von der Taktik nicht trennen«. Die Jagdflieger der Wehrmacht

Reiner Pommerin

[<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0041>](https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0041)

Die Ruinen von Peenemünde. Vom Werden und Vergehen einer Rüstungslandschaft. Hrsg. vom Historisch-Technischen Museum Peenemünde (HTM), mit Fotos von Lorenz Kienzle

Kienzle

Malte Stöcken

[<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0042>](https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0042)

Jeremy Black, Der Zweite Weltkrieg in 100 historischen Originalkarten

Martin Moll

[<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0043>](https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0043)

Markus Reisner, Die Schlacht um Wien 1945. Die Wiener Operation der sowjetischen Streitkräfte im März und April 1945

Martin Moll

[<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0044>](https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0044)

Deserteure der Wehrmacht und der Waffen-SS. Entziehungsformen, Solidarität, Verfolgung. Hrsg. von Kerstin von Lingen und Peter Pirker

Martin Moll

[<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0045>](https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0045)

Mario H. Müller, Fabian von Schlabrendorff. Ein Leben im Widerstand gegen Hitler und für Gerechtigkeit in Deutschland

Winfried Heinemann

[<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0046>](https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0046)

Kriegsgefangene. Die vergessenen Soldaten des Zweiten Weltkriegs. Hrsg. von Felix Bohr und Eva-Maria Schnurr

Heide Glaesmer

[<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0047>](https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0047)

Tamurbek Dawletschin, Von Kasan bis Bergen-Belsen. Erinnerungen eines sowjetischen Kriegsgefangenen 1941/42

Hans Hecker

[<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0048>](https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0048)

Olgas Tagebuch (1941-1944). Unerwartete Zeugnisse einer jungen Ukrainerin inmitten des Vernichtungskriegs. Hrsg. von Tanja Penter und Stefan Schneider

Helene Heldt

[<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0049>](https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0049)

Seite B 132 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Grzegorz Motyka, From the Volhynian massacre to Operation Vistula. The Polish-Ukrainian conflict 1943-1947

Stephan Lehnstaedt

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0050>>

Gellert Hardi-Kovacs, C-Byrån. Hemligast av alla. Berättelsen om Sveriges hemliga underrättelse under andra världskriget

Michael F. Scholz

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0051>>

Nach 1945

Hauke Friederichs, Spielball der Politik. Eine kurze Geschichte der Bundeswehr

Christoph Nübel

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0052>>

Leonie Hieck, Die Bundeswehr im Spannungsfeld von Bundespolitik und Landespolitik. Die Aufstellung der Streitkräfte in Schleswig-Holstein

Eckardt Opitz

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0053>>

Historisch-Taktische Tagung der Marine 2020. »Wir – Reflexionen zum Selbstverständnis unserer Marine diesseits der Weltkriege«. Hrsg. im Auftr. der Deutschen Gesellschaft für Schifffahrts- und Marinegeschichte, in Kooperation mit der Marine-Offizier-Vereinigung und dem Deutschen Maritimen Institut von Heinrich Walle

Frank Ganseuer

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0054>>

Hans Peter von Kirchbach, Herz an der Angel

Martin Rink

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0055>>

Peter Joachim Lapp, Volkspolizei als Teil des Grenzregimes der DDR. Dokumentation und Analyse

Rüdiger Wenzke

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0056>>

Frank Dikötter, China nach Mao. Der Aufstieg zur Supermacht

Stefan Messingschlager

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0057>>

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

<<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0058>>

Militärgeschichtliche Zeitschrift 83 (2024), 1. , In: *H-Soz-Kult*, 17.09.2024,

<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-146455>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 69 (2024), 2

Zeitschriftentitel

[Zeitschrift für Unternehmensgeschichte \(ZUG\)](#)

Weiterer Titel

Business in Africa

München 2024: [de Gruyter](#)

<https://www.degruyter.com/journal/key/zug/69/2/html>

ISSN [0342-2852](#)

Kontakt

Institution

Zeitschrift für Unternehmensgeschichte (ZUG)

c/o

Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V. Sophienstraße 44 D - 60487 Frankfurt am

Main phone: (069) 97 20 33 14 / 15 fax: (069) 97 20 33 57

Von

Florian Hoppe, Geisteswissenschaften, De Gruyter Oldenbourg

Das neue Heft der Zeitschrift für Unternehmensgeschichte ist erschienen, wir wünschen anregende Lektüre!

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze (Articles)

Grietjie Verhoef

Introduction: Business in Africa 185

Grietjie Verhoef

Entrepreneurs in Africa – the agenda for Business History in Africa: Complexity and continuity 187

Africa has been the location of centuries of business activity. African business displays a complex development path through early indigenous kingdoms, colonial control and post-1950 independence. The historiography on these developments is unbalanced in favour of the role performed by enterprises embedded in capitalist metropolitan economies.

Complex and dynamic African entrepreneurial activity persisted but adapted to global market changes. Business historians have not systematically explored African agencies in business, the management systems and the organisational evolution of enterprise in Africa. As market liberalisation provided new business opportunities, African businesses emerged to complement and compete with foreign-owned enterprises. As market liberalisation stimulated globalisation, multi-national companies returned to African markets, fostering competition and collaboration. Changes in the political economy of many African states gave rise to more dynamic regulatory contexts and public-private partnerships in different sectors of developing African economies. These trends appear in the Business History of Africa from the perspective of African business, owned by Africans from diverse ethnic origins as proof of the complex trends and processes in African enterprise development. This contribution seeks to refine the focus on business and entrepreneurs in Africa as agents in the continent's business landscape. The manuscript

acknowledges the diversity among African entrepreneurs and the dynamically changing state-business nexus through history. Can one identify a distinct «African» nature of enterprise? This manuscript addresses aspects of conceptual clarity on what constitutes African business in an attempt to map the agenda for Business History in Africa.

Ayodeji Olukoju

Business ethics and corporate governance – Nigeria's Guaranty Trust Bank, ca. 1990–2004 213

Guaranty Trust Bank (GTB) PLC, a wholly Nigerian business enterprise, founded in 1990, blazed the trail in the banking sector of Nigeria in many respects. By 1995, it had become the fourth most profitable bank in Nigeria and the first indigenous bank to attain a profit-before-tax of one bn naira, and by 2002 had expanded into several West African countries. The significance of the bank is attested by several scholarly studies of its founding, growth, performance and impact. This paper examines a neglected aspect of the history of the bank: its successes and failure in complying with standards of corporate governance and business ethics in a notoriously opaque industry. Specifically, it focuses on the GTB's relations with statutory regulatory bodies – the Central Bank of Nigeria (CBN) and the National Deposit Insurance Corporation (NDIC) – as well as its shareholders, who kept the bank on its toes on matters of its business operations. Relying on previously unexploited sources, including minutes of the bank's board of directors, annual reports and oral evidence provided by members of the board, management and staff, and former top employees of the bank, as well as snippets from the reports of the regulatory bodies (which are not to be cited), this paper highlights issues raised by stakeholders about how the bank managed its affairs, and how it dealt with the queries and questions raised by the external regulators and internal stakeholders in the first 15 years of its existence.

Idris Animashaun

J. A. Ajao and the real estate enterprise in 20th century Lagos 243

Scholarly studies of business enterprises in colonial Lagos have neglected Chief Joseph Adediran Ajao, a foremost investor in the real estate enterprise. Though there are sketchy details about him in social circles and passing but constant references to him typified by «Ajao Estate» and «Papa Ajao» communities, there is yet to be any thorough scholarly study of his enterprise. Using family records, archival documents, court records, newspaper reports, interviews, published works, and site visit, this study examines the entrepreneurship of Chief Joseph Adediran Ajao. It sheds light on Chief Ajao's entrepreneurial exploit first in the import and export trade from which he earned substantial wealth, and ultimately on his investment in land and real estate, where he left an extant impression as one of the largest land-owning individuals in Lagos. On the premise that African culture had a significant impact on African businesses, this study is situated within the context of Yoruba philosophy of business and enterprise. The study concludes that: one, Chief J. A. Ajao was a forerunner of the emergence of real estate enterprise in Lagos; two, Chief J. A. Ajao's import-export business, J. A. Ajao and Brothers, though eclipsed by his real estate enterprise, was no less significant; and three, J. A. Ajao's enterprise ensured that his name achieved an eponym status in Lagos.

Faruq Idowu Boge

A family enterprise: The Shonubis of Ikorodu, 1919–1949 263

The impact of the Shonubi family on the economic and commercial interrelations between the Ikorodu district and Lagos during the colonial period is indelible. Two prominent personalities, a mother and her son, distinguished themselves in trade, commerce, agro-allied and the transportation sub-sectors of the economy by harnessing indigenous entrepreneurial ingenuity. The mother, Patricia Efun, was not only the «king of women» in the traditional political realm, but she was also indeed a leader in other dimensions. The

son, Joseph Shonubi (popularly known as Owolowo), took the opportunity of his mercantile background to make a mark in the business world. However, apart from the personal and family benefits, their entrepreneurial exploits contributed to laying the foundation of post-colonial economic developments in Ikorodu and Lagos. This paper highlights the connections between family wealth and entrepreneurial exploits in the colonial Ikorodu district of the Lagos Colony. It is based on archival materials, oral interviews and newspaper reportage among others.

Felix Oludare Ajiola

Cocoa Transfer Agreements, moneylenders, public letter writers and the rise of business elites in South West Nigeria, 1986–2000 277

This paper focuses on the subject of the cocoa transfer agreements and the transformation of rural agrarian livelihoods in the cocoa belt of South West Nigeria under the Structural Adjustment Programme (SAP). The paper maps the trajectory and career of three dominant agricultural entrepreneurs in the cocoa produce trade in South West Nigeria during the 20th century. The paper demonstrates that while the cocoa business in Nigeria has received considerable scholarly attention, the impact of moneylenders, public letter writers (PLWs) and cocoa transfer agreements on cocoa business, rural livelihoods and entrepreneurship in the aftermath of SAP is yet to be fully investigated. Analysing the accumulative strategies and contributions of Emmanuel Akintan, Isaac Adegbuyi Akingboye and Rufus Orosundafosi to rural capital formation, the paper highlights the impacts of liberalisation policies on African rural businesses in the aftermath of SAP. The paper combines primary sources, such as oral interviews, personal observation and ethnography, with information collected from the archives, newspapers, diaries, and extant literature to analyse the dynamics of rural accumulation in the cocoa producing South West Nigeria during the 20th century. The paper argues that the acquisition of wealth and the thin line between standard procedures and clandestine deals stimulated accusations of dispossession of peasant farmers by the capitalist moneylenders and merchants in the post-SAP era.

Idahosa Osagie Ojo

The state and the development of business organisations in Benin, ca. 1440–1897 315

The focus of this paper is on business organisations in Benin and their interplay with the state from the era of Oba Ewuare up to the fall of the Kingdom in 1897. The paper analyses economic nationalism in the kingdom and the roles in the protection and development of identified business groups during the period. Knowledge of business organisations in pre-British Benin and their relationship with the state, which aided their development between ca. 1440 and 1897 is a vacuum in the study of African business organisations and will be useful in understanding economic nationalism from an African perspective. The study adopts the historical method and requires a multidisciplinary approach for interpretation and reliability. As such, both primary and secondary sources were utilised, and the findings confirm that several business organisations in manufacturing, trading and in large scale crop farming existed. The work provides insights into the entrepreneurs, composition and operations of these businesses. The findings also reveal how trading and industrial activities were controlled and what implications this had for the development of these businesses and the state. The work shows in addition how these businesses benefited from the security and licences granted by the state as well as how the state used these businesses to mount up economic power and political stability.

Tawanda V. Chambwe/Victor M. Gwande

African entrepreneurship in urban colonial Zimbabwe: The case of Highfield, 1953–1965 337

This paper examines the importance of Highfield to the African entrepreneurship history of

colonial Zimbabwe, then known as Southern Rhodesia. The Southern Rhodesia colonial state established the township of Highfield in its capital city, Salisbury (now Harare), in 1936 as part of its spatial and racial segregation policy. The policy made Africans temporary residents in the urban areas. However, the post-Second World War industrial growth forced the colonial state to revisit its stance on African urbanisation. Seen as critical for the expanding manufacturing sector, African labour now had to be accommodated in the urban areas, which triggered the colonial state to expand the township of Highfield in 1956. That very year, enterprising Africans responded by taking up the expanded township's entrepreneurial opportunities. This response and the subsequent evolution of African entrepreneurship in Highfield township are the focus of this paper. The paper provides a historical kaleidoscope of Highfield as a place of African entrepreneurship, which thus far has been occluded and separated from the dominant literature on the township's role in the rise of African nationalism and anti-colonial struggles. Highfield emerged as a cultural milieu hosting an African Renaissance in food, fashion and lifestyle inspired by a mix of modernity and indigenous ethos. Thus, the paper argues that Highfield was the entrepreneurial centre of various businesses and startups. These colourful stories of African entrepreneurship are gleaned from handwritten business stand applications by African traders, archival documents, and newspapers in piecing together an urban history of African entrepreneurship in the township of Highfield in colonial Zimbabwe.

Aus aktuellem Anlass (for topical reasons)

Andrea Schneider-Braunberger/Philipp Meder

Verantwortung gegenüber der eigenen Geschichte. Eine Bestandsaufnahme der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit deutscher Unternehmen 361
Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte deutscher Unternehmen in der NS-Zeit hat sich in den letzten 35 Jahren seit den großen Studien über die Zwangsarbeit und Goldgeschäfte in den 90er Jahren erheblich professionalisiert und auch differenziert. Wie halten es Unternehmen mit der «Aufarbeitung» ihrer NS-Geschichte? Was heißt überhaupt «Aufarbeitung» und welche Bedeutung hat sie in der gegenwärtigen Unternehmenskommunikation? Zunächst soll kurz die Genese der sogenannten NS-Auftragsforschung in ihren grundsätzlichen Schritten nachgezeichnet und die Wendepunkte sichtbar gemacht werden, ohne dabei jedoch einen umfassenden Literaturbericht zu geben oder gar die Ergebnisse dieser Studien aufzeigen zu wollen. Der sich anschließenden Erläuterung, was Aufarbeitung überhaupt bedeutet, folgt ein kurzer Blick in die Begründungen von Unternehmen bezüglich des eigenen Umgangs mit ihrer Geschichte. Im Anschluss wird mittels eines Samples ausgewertet, wie hoch der tatsächliche Prozentsatz von Unternehmen ist, die ihre Rolle im Nationalsozialismus aufarbeiten ließen, bevor die Ergebnisse dieser Auswertung kurz eingeordnet werden.

Rezensionen (Reviews)

Tim Schanetzky

Johannes Bähr/Ingo Köhler, Verfolgt, «arisiert», wiedergutmacht? Wie aus dem Warenhauskonzern Hermann Tietz Hertie wurde 377

Marc Balbaschewski

Andrea Schneider-Braunberger, Das Bankhaus Metzler im Nationalsozialismus 379

Gerd Modert/Sabrina Hennig

Johannes Bähr, Bauernführer, Direktoren und Vertrauensmänner. Die LVM Versicherung im «Dritten Reich» 382

Seite B 137 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Dorothea Schmidt

Stefan Wedrac, Die Brauerei Zipf im Nationalsozialismus – Ein österreichisches Brauunternehmen zwischen NS-Kriegswirtschaft, V2-Rüstungsbetrieb und KZ-Außenlager 383

Ronja Kieffer

Martin Baumert, Autarkiepolitik in der Braunkohlenindustrie. Ein diachroner Systemvergleich anhand des Braunkohlenindustriekomplexes Böhlen-Espenhain, 1933 bis 1965 385

Heike Knortz

Dieter Ziegler/Jan-Otmar Hesse (Hrsg.), 1919 – Der Versailler Vertrag und die deutschen Unternehmen 387

Daniel Meis

Günther Schulz (Hg.), Die Entstehung der modernen Sparkasse. Von der «Ersparnisanstalt» zum marktorientierten Unternehmen (1950er bis 1980er Jahre) 389

Patrick Bormann

Laura Herr/Yi Liu, Den Kopf oben behalten. Der Bankier Eugen Gutmann (1840–1925) 391

Regine Mathias

Tsukamoto Koichi, «Mein Lebenslauf oder Wie der BH nach Japan kam» 393

Werner Bühner

Walter Isaacson, Elon Musk. Die Biografie 394

Maren-Sophie Funderich

Richard Winkler, Vom Hausierer zum Millionär. Die glänzenden Geschäfte des Münchner Kunsthändlers Julius Böhler 1882–1918 397

Horst A. Wessel

Ralf Blank/Karl-Peter Ellerbrock (Hrsg.), Die Accumulatoren Fabrik AG. Vom Pionierunternehmen zum Weltkonzern VARTA. Batterien aus Hagen 1887–2021 398

Nancy Bodden

Herbert Fechtner, Zum Verhältnis von Theorie und Praxis im Marketing aus historischer Perspektive. Eine theoretisch-empirische Untersuchung am Beispiel der Dortmunder Brauindustrie im Zeitraum 1950 bis 1990 400

Zur Rezension in der Geschäftsstelle eingegangene Bücher 403

Zitation

Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 69 (2024), 2. , In: *H-Soz-Kult*, 19.09.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-146457.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 68 (2022)

Zeitschriftentitel

[Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands. Zeitschrift für vergleichende und preußische Landesgeschichte \(JGMOD\)](#)

Berlin/Boston 2024: [De Gruyter Oldenbourg](#)

Erscheint Jährlich

<https://www.degruyter.com/journal/key/jgmo/68/1/html>

509 Seiten

Preis Print Einzelkunden € 160,00; Elektronisch Einzelkunden € 49,00; Print + Elektronisch Einzelkunden € 193,00; Print Institutionen € 160,00; Elektronisch Institutionen € 160,00; Print + Elektronisch Institutionen € 193,00

ISSN 0075-2614 (Print), 2191-9909 (Online)

Kontakt allgemein

Historische Kommission zu Berlin e. V.

Abteilung Geschäftsstelle

10117 Berlin, Jägerstraße 22/23 (BBAW)

<https://www.hiko-berlin.de/startseite>

Von

Historische Kommission zu Berlin e.V.

Im Zentrum des Jahrbuchs stehen Untersuchungen zu den Gebieten östlich von Elbe und Saale, die später im preußischen Staat aufgingen. Rechts- und Verfassungsgeschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Kultur- und Kirchengeschichte kommen hier ebenso zum Zuge wie geschichtswissenschaftliche Nachbardisziplinen. Ein Rezensionsteil sowie eine Zeitschriftenumschau spiegeln den aktuellen Forschungsstand der brandenburgischen und preußischen Landesgeschichte wider.

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

Ralf-Gunnar Werlich, Der rote Adler als brandenburgischer Erinnerungsort, S. 3–29, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0002>

Wolfgang Ribbe †, Von der rechten Methode der Edition brandenburgischer Geschichtsquellen. Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften, Leopold von Ranke und die Vollendung von Adolph Friedrich Riedels ‚Codex diplomaticus Brandenburgensis‘. Eine Dokumentation. Herausgegeben und ergänzt von Klaus Neitmann, S. 31–60, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0003>

Werner Sarholz, Alma Lessing – Biografisches und Fotografisches zu einer Wegbereiterin der künstlerischen Fotografie und der bürgerlichen Frauenbewegung in Deutschland. Mit einem Katalog ihrer Bilder, S. 61–145, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0004>

Seite B 139 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Hans-Christof Kraus, Wissenschaftszensur im Nationalsozialismus – Fritz Hartungs Edition der Aufsätze Otto Hintzes und die ‚Parteiämliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums‘, S. 147–171, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0005>

Forschungsberichte

Andreas Stegmann, Ausflug in ein ‚Niemandland‘ der brandenburgischen Landesgeschichte. Anmerkungen zu einer neuen Biografie Kurfürst Joachims II. und zum Stand der Erforschung der brandenburgischen Landes- und Kirchengeschichte des 16. Jahrhunderts, S. 175–207, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0006>

Tatjana Schabalina/Irmgard Scheitler, ‚Götter-Ideen‘ für Königin Elisabeth Christine. Rätsel um ein Sankt Petersburger Rarissimum, S. 209–220, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0007>

Jan Markert, Kaiser Wilhelm I. und die Hohenzollernmonarchie. Ein Forschungsbericht, S. 221–237, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0008>

Wolfgang Neugebauer, Forschung und Kampagne? Zu einigen Beiträgen im ‚Hohenzollern-Streit‘ aus jüngster Zeit, S. 239–261, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0009>

Philipp Dinkelaker, Jüdische Kollaboration? Wie aus Holocaust-Überlebenden in Nachkriegsdeutschland NS-Täter wurden, S. 263–275, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0010>

Albrecht Hoppe, Das Archivgut der ostpreußischen Kreis- und Stadtgemeinschaften im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, S. 277–289, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0011>

Nachrufe

Heino Neumayer, Adriaan von Müller (1928 bis 2021), S. 293–298, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0012>

Gaby Huch/Bärbel Holtz, Ingo Materna (1932 bis 2022), S. 299–301, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0013>

Uwe Schaper, Erinnerungen an Jürgen Wetzel (1938 bis 2022), S. 303–310, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0014>

Buchbesprechungen

A Allgemeine und Preußische Geschichte

1 Übergreifendes

Oliver Auge/Michael Hecht (Hrsg.), ‚Kleine Fürsten‘ im Alten Reich. Strukturelle Zwänge und soziale Praktiken im Wandel (1300–1800) (Zeitschrift für Historische Forschung, Beih. 59), Berlin 2022 (Frank Göse), S. 313–315, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0015>

Seite B 140 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Felix Engel u. a. (Hrsg.), Aus der märkischen Streusandbüchse in die Welt hinein. Beiträge zur brandenburgischen, preußischen, sächsischen und internationalen Geschichte. Frank Göse zum 65. Geburtstag (Schriften der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg, N. F., Bd. 14), Berlin 2022 (Pauline Puppel), S. 315–317, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0016>

2 Mittelalter

Lenka Bobková u. a. (Hrsg.), Johann von Görlitz. Der dritte Sohn Karls IV. (Beihefte zum Neuen Lausitzischen Magazin, Bd. 22), Görlitz/Zittau 2019 (Uwe Tresp), S. 318f., <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0017>

3 Frühe Neuzeit

Thomas Kaufmann, Die Druckmacher. Wie die Generation Luther die erste Medienrevolution entfesselte, München 2022 (Holger Schmidt), S. 320–322, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0018>

Uwe Folwarczny, Lutherische Orthodoxie und konfessioneller Pragmatismus. Kurfürst Joachim Friedrich von Brandenburg zwischen Dynastie, Territorien und Reich (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz. Forschungen, Bd. 20), Berlin 2022 (Achim Beyer), S. 323–326, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0019>

Udo Roth/Gideon Stiening (Hrsg.), Christian Garve (1742–1798). Philosoph und Philologe der Aufklärung (Werkprofile – Philosophen und Literaten des 17. und 18. Jahrhunderts, Bd. 14), Berlin/Boston 2021 (Hans-Christof Kraus), S. 326f., <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0020>

4 19. und 20. Jahrhundert

Anna Dietrich, ‚Und sie alle sind des Königs Gäste‘. Legitimierungspolitik der preußischen Monarchie durch soziale Öffnung am Beispiel der Krönungs- und Ordensfeste (1810–1914) (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz. Forschungen, Bd. 19), Berlin 2021 (Hans-Christof Kraus), S. 328–330, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0021>

Rolf-Barnim Foth, Der Meister der Panoramen. Friedrich Wilhelm Delkeskamp, Hamburg 2022 (Iris Berndt), S. 330–334, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0022>

Hedwig Koch, Mein Weg mit Robert Koch, hrsg. von Heiner Barz, Göttingen 2023 (Ulrich van der Heyden), S. 335f., <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0023>

Manfred Kittel/Gabriele Schneider/Thomas Simon (Hrsg.), Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, N. F., Beih. 17), Berlin 2022 (Jens Flemming), S. 336–339, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0024>

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (Hrsg.) /Katharina Steudtner (Bearb.), Der ‚Auftrag Speer‘ der Staatlichen Bildstelle Berlin. Zur wissenschaftlichen Erschließung eines fotografischen Bestandes im Messbildarchiv des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums (Arbeitshefte des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums, Nr. 60), Berlin 2022 (Peter Bahl), S. 339–343, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0025>

Seite B 141 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Sebastian Brather, Archäologie und Denkmalpflege in der DDR. Institutionen, Gremien, Personen, Berlin 2023 (Peter Bahl), S. 343–347, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0026>

Arne Lindemann, Vom Germanenerbe zum Urkommunismus. Urgeschichtsbilder in Museen der SBZ und DDR, Berlin/Boston 2022 (Felix Biermann), S. 347–351, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0027>

Gerhard Barkleit, Werner Hartmann. Wegbereiter der Mikroelektronik in der DDR (Zeitgeschichtliche Forschungen, Bd. 60), Berlin 2022 (Günter Nagel), S. 352–356, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0028>

Die DDR im Blick der Stasi 1983. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, bearb. von Mark Schiefer und Martin Stief, Göttingen 2021 (Sebastian Stude), S. 352–356, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0029>

B Einzelne Gebiete

1 Berlin

Cay-Uwe Dähn, Der Spreeflügel des Berliner Schlosses (Schriften der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg, N. F., Bd. 22), Berlin 2021 (Helmut Börsch-Supan), S. 361–365, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0030>

Ingo Haar, Jüdische Migration und Diversität in Wien und Berlin 1667/71–1918. Von der Vertreibung der Juden Wiens und ihrer Wiederansiedlung in Berlin bis zum Zionismus, Göttingen 2022 (Tobias Schenk), S. 366–368, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0031>

Rüdiger Hachtmann, 1848. Revolution in Berlin, Berlin 2022 (Wolfgang Radtke), S. 368–370, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0032>

Uwe Lehmann-Brauns, Zwischen den Fronten. Notizen eines Grenzgängers durch Politik und Kultur, Berlin 2022 (Kai-Uwe Merz), S. 371f., <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0033>

2 Brandenburg

Klaus Neitmann/Winfried Schich † (Hrsg.) /Joachim Stephan (Bearb.), Städtebuch Historisches Ostbrandenburg (Bibliothek der Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 19/Deutsches Städtebuch. Handbuch städtischer Geschichte. Neubearbeitung, Bd. 4), Berlin 2022 (Michael Scholz), S. 372–374, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0034>

Jörn Roland Christophersen, Krisen, Chancen und Bedrohungen. Studien zur Geschichte der Juden in der Mark Brandenburg während des späteren Mittelalters (13. bis Anfang des 16. Jahrhunderts) (Forschungen zur Geschichte der Juden, Abt. A: Abhandlungen, Bd. 32), Wiesbaden 2021 (Joachim Stephan), S. 375–378, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0035>

Willi Carl/Martin Gorholt/Sabine Hering (Hrsg.), Sozialdemokratie in Brandenburg (1868–1933). Lebenswege zwischen Aufbruch, Aufstieg und Abgrund. Mit einem Vorwort von Dietmar Woidke, Bonn 2021 (Michael Wildt), S. 379f., <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0036>

Seite B 142 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Peter Bahl, Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945 (Bibliothek der Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 17), Berlin 2020 (Andreas Kossert), S. 381–384, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0037>

Torsten Hartisch, ‚Zum Landrat nicht geeignet‘. Leitendes Personal der zentralen, regionalen und lokalen Verwaltungsdienststellen in Brandenburg 1945–1952 (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 78), Berlin 2022 (Peter Bahl), S. 384–387, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0038>

Wolfgang Blöß, Siedlungsplanung in Brandenburg 1945–1990. ‚Bei der Schaffung von Neubauernsiedlungen wollen wir uns nicht mit komplizierten Planungen befassen, sondern arbeiten‘ (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 77), Berlin 2021 (Arnd Bauerkämper), S. 388–390, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0039>

3 Sachsen-Anhalt

Alexander Sperk, Die Geheime Staatspolizei in Anhalt. Lageberichte, Personal, Verfolgte (Wissenschaftliche Reihe der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Bd. 5), Halle 2021 (Michael Wildt), S. 390f., <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0040>

4 Ost- und Westpreußen

Gisela Borchers, Vom Domänenamt Schöneck zur Domäne Pogutken 1772 bis 1920. Ein Abschnitt preußischer Agrargeschichte (Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 57), Berlin 2022 (Heinrich Kaak), S. 392–394, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0041>

5 Schlesien

Ulrich Schmilewski (Hrsg.), 70 Jahre Kulturwerk Schlesien. Eine Veröffentlichung der Stiftung Kulturwerk Schlesien, Würzburg 2023 (Peter Bahl), S. 395f., <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0042>

6 Benachbarte Gebiete

Priit Raudkivi, Der livländische Landtag. Zur Entstehung einer mittelalterlichen Institution (Schriften der Baltischen Historischen Kommission, Bd. 21), Berlin 2018 (Johannes Götz), S. 397f., <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0043>

Christine Rühling/Johannes Burkardt (Hrsg.), Zwischen Ancien Régime und Moderne? Fürstin Pauline zur Lippe in ihrer Zeit (Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen, Bd. 85/Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen Vereins für das Land Lippe e.V., Bd. 96), Petersberg 2021 (Ingeborg Schnelling-Reinicke), S. 399–401, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0044>

Zeitschriftenumschau

Gerhard Weiduschat, S. 403–506, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0045>

Register zu den Buchbesprechungen, S. 507, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0046>

Korrigendum zu: Ein Blick über Brandenburgs neuzeitliche Schlösserlandschaft, S. 509, <https://doi.org/10.1515/jgmo-2022-0001>

Seite B 143 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Zitation

Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 68 (2022). , In: *H-Soz-Kult*, 29.09.2024, <www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-150131>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) Zeitschrift für Thüringische Geschichte (ZThG) 78 (2024)

Neustadt an der Aisch 2024: [Ph.C.W. Schmidt](#)

Erscheint Jährlich

504 S.

Preis 30,00 €

ISSN [1868-2723](#)

Kontakt

Institution

Zeitschrift für Thüringische Geschichte (ZThG)

Land

c/o

Historisches Institut der FSU Jena Fürstengraben 13 07743 Jena

Von

Philipp Walter

Band 78 (2024) der Zeitschrift für Thüringische Geschichte erschien im September 2024 und beinhaltet 10 Aufsätze, 6 Miszellen, 2 Nachrufe, 4 Tagungsberichte und 34 Rezensionen.

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

Christian Tannhäuser

Aktuelle Forschungen zur Archäologie der Merowingerzeit in Thüringen

9

Michael Gockel

Studien zur thüringisch-ostfränkischen Oberschicht im 8. und 9. Jahrhundert

27

Bernd Kannowski

Mordbrand und Fehderecht nach dem Mühlhäuser Rechtsbuch

61

Seite B 144 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Hilmar Schwarz

Die letzten Lebensjahre des Mark- und Landgrafen Friedrich des Freidigen († 1323) und die Herrschaftssicherung der Wettiner bis zum Beginn der selbständigen Regierung Friedrich des Ernsthaften (1328/29)

81

Barbara Danckwortt

Das protestantische „Zigeuner“-Missionsprojekt in Friedrichslohra 1829–1837. Die zwiespältige Rolle des Superintendenten Hahn von Bleicherode

115

Julia Beez

Die Revolution von 1848/49 im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt

139

Isabel Heide

Zwischen Coburg und Frankfurt. Parlamentarischer Alltag und Netzwerke des Paulskirchenabgeordneten Moriz Adolph Briegleb in den Jahren 1848/49

161

Werner Greiling

Der „Thüringer Kalender“. Kulturgeschichtliche Bestandsaufnahme und Identitätsstiftung vor und nach der Landesgründung 1920

191

Jürgen John

Die SBZ-Bodenreform in Thüringen. Teil II: „Durchführung und Sicherung der Bodenreform“ bis 1948

217

Jörg Ganzenmüller

Der 17. Juni 1953 in Thüringen. Erwartungshaltung und Deutungshorizonte der parteistaatlichen Organe in der SED-Diktatur

245

Miszellen

Peter Anhalt

Thomas Selge und sein Wirken als streitbarer Amtmann im Eichsfeld

263

Immanuel Voigt

Der Einsatz des Regiments der Herzöge von Sachsen in Tirol 1809

285

Rolf Luhn

„Alte Rechte“, Freiheit und Gewalt. Der Sturm auf das Klostersgut Zella in der Nacht vom 24. zum 25. März 1848 und seine Folgen

301

Seite B 145 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Stefan Weise
Architekten des Volkszorns. Verbindungsstudenten, „Franzosenhutz“ und Staatsversagen
in Jena 1923
319

Joachim Bauer
Die frühe Reformation in Kursachsen im Spiegel neuer Publikationen
333

Matthias Steinbach
Ernst Haeckel – „Entwicklungsgeschichte einer Jugend“ in Briefen
345

Nachrufe

Uwe Schirmer
Ulman Weiß (1949–2023)
353

Uwe Schirmer
Gebhard Falk (1928–2022)
359

Tagungsberichte

Stefan Gerber/Marko Kreutzmann/Martin Sladeczek/Philipp Walter
30. Tag der Thüringischen Landesgeschichte 2023. „Renitenz, Revolte und Revolution in
Thüringen“
365

Andreas Dietmann/Tjark Wegner
Bauernkrieg im Vergleich: Tirol und Thüringen
373

Franz Nagel
Nachhaltigkeit – Ein Paradigma mit Geschichte im Kontext des kulturellen Erbes
381

Jonathan Dreßler/Jonas Kuttig/Robert Proske
Von der Weimarer Hofbuchdruckerei zum Böhlau Verlag. Buchdruck und Verlagswesen in
Thüringen 1624–2024
385

Rezensionen

I. Allgemeine und epochenübergreifende Schriften
393

II. Mittelalter
429

III. Neuzeit
440

Seite B 146 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

IV. Zeitgeschichte
472

V. Übersicht der rezensierten Schriften
495

Abbildungsnachweise
499

Abkürzungs- und Siglenverzeichnis
500

Autorenverzeichnis
503

Zitation

Zeitschrift für Thüringische Geschichte (ZThG) 78 (2024). , In: *H-Soz-Kult*, 20.09.2024,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-146377>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 73 (2024), 3

Zeitschriftentitel

[Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung \(ZFO\) / Journal of East Central European Studies \(JECES\)](#)

Marburg 2024: [Herder-Institut Verlag](#)

Erscheint vierteljährlich

<https://www.zfo-online.de/portal/zfo/issue/view/310>

144 Seiten

Preis € 60,- für das Jahr, € 17,- für das Einzelheft

ISSN [0948-8294](#)

Kontakt

Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung (ZFO) / Journal of East Central European Studies (JECES)

c/o

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Christoph Schutte, Gisonenweg 7 35037 Marburg Tel. 0642 1/184-129 Fax 0642 1/184-139 E-Mail: <christoph.schutte@herder-institut.de>

Von

Christoph Schutte, Wissenschaftsforum, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft

Seite B 147 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Soeben ist Heft 3/2024 der Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung / Journal of East Central European Studies erschienen. Die Aufsätze und Besprechungen sind unter <https://www.zfo-online.de/portal/zfo/issue/view/310> im Open Access verfügbar.

Bitte beachten sie auch das umfangreiche Volltextangebot der Zeitschrift für Ostforschung 1952–1994 (<https://www.zfo-online.de/index.php/zf/issue/archive>) sowie der Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung seit 1995 (<https://www.zfo-online.de/index.php/zfo/issue/archive>)

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

Márton Iványi: The Shiite as the Heretic Other? The Nuanced Discourse of Shiite Islam as a Variant of Central European Orientalism (373–399),
<https://doi.org/10.25627/202473311532>

Tomasz Dywan: Municipalization vs. Private Entrepreneurship: Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft Gasworks in Warsaw, Kraków, and Lviv and their Role in the Modernization of Emerging Cities in the Second Half of the Nineteenth Century (401–429),
<https://doi.org/10.25627/202473311533>

Elias Oppenrieder: Einen neuen Staat bauen. Die Entwicklung des polnischen Schienennetzes in der Zwischenkriegszeit (431–464),
<https://doi.org/10.25627/202473311534>

Besprechungen

Katarzyna Murawska-Muthesius: Imaging and Mapping Eastern Europe. Rez. Nick Baron (465–466)

Rulership in Medieval East Central Europe. Rez. Daniel Bagi (466–467)

(Trans)Missions: Monasteries as Sites of Cultural Transfers. Rez. Sven Jaros (468–469)

Premodern History and Art through the Prism of Gender in East-Central Europe. Rez. Lora Webb (469–471)

Thomas A. Fudge: Hieronymus von Prag und die Anfänge der hussitischen Bewegung. Rez. Klaus Unterburger (471–473)

The Polish-Lithuanian Commonwealth. Rez. Jacek Kordel 473–475

Space as a Category for the Research of the History of Jews in Poland-Lithuania, 1500–1900. Rez. Moshe Rosman (475–477)

Kateryna Dysa: Ukrainian Witchcraft Trials. Rez. Sarah Masiak (477–479)

Remarriage and Stepfamilies in East Central Europe, 1600-1900. Rez. Severin Plate (479–480)

Piotr Z. Pomianowski: Napoleonic Divorce Law in Poland (1808–1852). Rez. Marta Tomczak (481–482)

Seite B 148 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Staged Otherness. Rez. Hans-Werner Retterath (482–484)

Magyarország globális története 1869–2022. Rez. Andreas Schmidt-Schweizer (484–486)

Kacper Pobłocki: Chamstwo. Rez. Martin Faber (486–488)

State Construction and Art in East Central Europe, 1918–2018. Rez. Aneta Zahradni (488–490)

Béatrice von Hirschhausen: Les provinces du temps. Rez. Fritz Taubert (490–492)

Verflochtene Herausforderungen politischer und gesellschaftlicher Demokratisierung. Rez. Ibolya Murber (492–493)

Stephen M. Thomas: Through an Ethnic Prism. Germans, Czechs and the Creation of Czechoslovakia. Rez. Pieter M. Judson (493–495)

Jakob Stürmann: Osteuropäisch – jüdisch – sozialistisch. Rez. Andreas Jüttemann (495–496)

Zwangsarbeit beim Rüstungskonzern HASA. Rez. Klaus-Peter Friedrich (497–498)

Ruth Schwertfeger: A Nazi Camp near Danzig. Rez. Susan Samardjian (498–499)

»Euthanasie«-Verbrechen im besetzten Europa. Rez. Lutz Kaelber (499–502)

Yechiel Weizman: Unsettled Heritage. Rez. Klaus-Peter Friedrich (502–504)

After Memory. Rez. Lena Magnone (504–506)

Franz Sz. Horváth: Kommunist – Jude – Ungar? Rez. Mariana Hausleitner (506–508)

After Utopia. Rez. Ondřej Holub (508–510)

Czechoslovakia and Eastern Europe in the Era of Normalisation, 1969–1989. Rez. Melissa Feinberg (510–511)

Boris Lurie: In Riga. Rez. Elisabeth Turvold (512–513)

Ein Drama in Akten: Die Restitution der Sammlungen des Wilnaer YIVO. Rez. Kajetan Stobiecki (514)

In the Shadow of the Holocaust. Poland, the United Nations War Crimes Commission, and the Search for Justice. Rez. Klaus-Peter Friedrich (515)

Zitation

Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 73 (2024), 3. , In: *H-Soz-Kult*, 29.09.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-150259.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

**14) Journal für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
5 (2024)**

Titel der Ausgabe

Journal für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 5 (2024)

Zeitschriftentitel

[Journal für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa \(JKGE\) / Journal for Culture and History of the Germans in Eastern Europe](#)

Weiterer Titel

Migration, Post-Socialism, and Diasporic Experiences. Fragmented Lives, Entangled Worlds / Migration, Postsozialismus und Diaspora-Erfahrungen. Fragmentierte Leben, verflochtene Welten

Berlin u.a. 2024: [De Gruyter Oldenbourg](#)

Erscheint jährlich

<https://doi.org/10.1515/9783111369204>

E-Book-ISBN: 9783111369204, Print-ISBN: 9783111368047
164 S.

Online: Open Access; Print € 49,95

[E-ISSN: 2702-2463, Print ISSN: 2702-2455](#)

Kontakt

Institution

Bundesinstitut für Kultur und Geschichte im östlichen Europa (BKGE)

Oldenburg

c/o

*Koordinatorin: Dr. Silke Pasewalck (Oldenburg) Redaktion: PD Dr. Stephan Scholz
redaktion@bkge.uni-oldenburg.de*

Von

Stephan Scholz, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa (BKGE), Oldenburg

Herausgeberinnen dieser Ausgabe: Alina Jašina-Schäfer (Univ. Mainz) / Nino Aivazishvili-Gehne (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) Regensburg)

Die Ausgabe beschäftigt sich mit Menschen aus der früheren Sowjetunion in der Diaspora, ihren Migrationserfahrungen, ihrem täglichen Leben und ihren Sinngabungsprozessen. Untersucht werden die komplexen Geschichten, Gegenwartsrealitäten und Zukunftserwartungen, die alle durch verschiedene räumlich-zeitliche Ordnungen und ihre Wechselbeziehungen geprägt sind. Der Blick richtet sich dabei auf die produktiven Synergien zwischen Konzepten wie ‚Diaspora‘ und ‚Postsozialismus‘, die durch Migrationsprozesse begünstigt werden. Wie werden neue Verbindungen geknüpft und Trennungen überwunden? Wie werden vergangene Erfahrungen in postmigrantischen Kontexten neu eingebunden und rekonfiguriert? Durch die Zusammenführung verschiedener Perspektiven über unterschiedliche örtliche und zeitliche Zusammenhänge hinweg und die Anwendung verschiedener Methoden und disziplinärer Zugänge wird eine umfassende Analyse der Komplexität und der Mehrdeutigkeiten sowohl individueller Narrative als auch gesellschaftlicher Dynamiken ermöglicht.

Inhaltsverzeichnis

INHALT

Alina Jašina-Schäfer / Nino Aivazishvili-Gehne

Introduction: Navigating Migration, Post-Socialism, and Diasporic Experiences. Fragmented Lives, Entangled Worlds, 1–16

(<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783111369204-001/pdf>)

Lena Hercberga

Discerning Colours in Greyness. Defying Essentialist Representation of Latvian Russian Speakers in Surveys and Public Narrative, 17–36

(<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783111369204-002/pdf>)

Daria Svirina

“They Categorically Denied propiska to Us because We Are Germans”. The Problem of Internal Migration of Soviet Germans in 1955 – 1972, 37–50

(<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783111369204-003/pdf>)

Hakob Matevosyan

Diasporic Authority and Cultural Identities in the Armenian Diasporic Field of Post-Socialist Hungary, 51–68

(<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783111369204-004/pdf>)

Gintarė Venzlauskaitė

The (Im-)Possibility of ‘Victim Diasporas’ in Russia. The Case of Lithuanian Communities in Siberia, 69–86

(<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783111369204-005/pdf>)

Cristiana Lucchetti

The Role of Language in the Identity Practices of Immigrants from the Former Soviet Union in Israel and Germany, 87–106

(<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783111369204-006/pdf>)

Daniel Gebel

“Freedom in Exile?” Russian Germans, Jewish Quota Refugees and Their Life Experiences in Siberia, 107–128

(<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783111369204-007/pdf>)

Anna Tchintcharauli

Memories from the Detached Lands. Soviet Forceful Resettlement Policy in the Eyes of the Chechens, Ingush and Khevsurs (1940–50s), 129–146

(<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783111369204-008/pdf>)

Mariana Irby

Striving for Futures Past. Citizenship, Memory, and Central Asia-Russia Migration, 147–162

(<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783111369204-009/pdf>)

Anke Hilbrenner

Afterword, 163–164

(<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783111369204-010/pdf>)

Zitation

Journal für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 5 (2024). , In: *H-Soz-Kult*, 11.09.2024, <www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-146345>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

15) Comparative Southeast European Studies 72 (2024), 3

Berlin 2024: [De Gruyter Oldenbourg](#)

Erscheint quarterly

<https://www.degruyter.com/journal/key/soeu/72/3/html>

Preis Open Access

ISSN [E-ISSN: 2701-8202](#); [Print-ISSN: 2701-8199](#)

Kontakt

Institution

Comparative Southeast European Studies

Regensburg

c/o

Sabine Rutar, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Landshuter Straße 4, 93047 Regensburg, E-Mail: rutar@ios-regensburg.de

Von

Sabine Rutar, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg

Comparative Southeast European Studies 72, no. 3, 2024, has been published in open access:

<https://www.degruyter.com/journal/key/soeu/72/3/html>

Apart from **Fatma Aslı Kelkitli's** (Istanbul) worthwhile analysis of the foreign policy behaviour of the far-right Nationalist Action Party in Türkiye, the issue features a core of three anthropological studies:

Andrea Matošević (Pula) looks at documentary films on Youth Labour Actions in Yugoslavia;

Sanja Puljar D'Alessio (Rijeka) introduces an organisational anthropology approach to understand better what went wrong in the shipyard 3. maj in Rijeka;

and **Rozafa Berisha** (Pristina) displays her ethnographic field work around the "affective afterlife" of the mine of Trepça in Mitrovica, Kosovo.

In the open section, **Anna Ananieva**, **Sandra Balck** and **Jacob Möhrke** give in-depth insight into their study of historical travelogues from a digital humanities perspective. Their project presently is in its concluding phase at the Leibniz Institute for East and Southeast European Studies.

In addition, the issue contains a small book review section.

Inhaltsverzeichnis

Articles

Fatma Aslı Kelkitli

The Foreign Policy Behaviour of the Nationalist Action Party in Türkiye: Aspirations, Actions, and Limitations 283

Andrea Matošević

Yugoslav Youth Labor Actions in Documentary Film: Organization, Internationalism, and Reminiscing 305

Sanja Puljar D'Alessio

The Meshwork of Relations in Rijeka's 3. maj Shipyard: Toward an Anthropological Understanding of Complex Organizations 328

Rozafa Berisha

In Search of an Electrified Future: The Affective Afterlife of the Extractive Industry in Mitrovica, Kosovo 348

Doing Digital Scholarly Editing

Anna Ananieva, Sandra Balck and Jacob Möhrke

The Study of Historical Travelogues from a Digital Humanities Perspective: Experiences and New Approaches 370

Book Reviews

Irena Šentevska

Mileta Prodanović, *An Older and More Beautiful Belgrade. A Visual Chronicle of the Milošević Era* 386

Jelena Subotić

Orli Fridman, *Memory Activism and Digital Practices after Conflict: Unwanted Memories* 389

Antoine Dutreuilh

Karl Kaser, *Femininities and Masculinities in the Digital Age: Realia and Utopia in the Balkans and South Caucasus* 392

Katharina Wegmann

Elissa Helms and Tuija Pulkkinen, *Borders of Desire. Gender and Sexuality at the Eastern Borders of Europe* 395

Zitation

Comparative Southeast European Studies 72 (2024), 3. , In: *H-Soz-Kult*, 27.08.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-146076.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

16) Tokovi istorije / Currents of History 32 (2024), 2

Zeitschriftentitel

[Tokovi istorije / Currents of History](#)

Belgrad 2024: [Institute for Recent History of Serbia / Institut za noviju istoriju Srbije](#)

<https://tokovi.istorije.rs/eng/archives/23/2024/08/27/22024.html>

Preis Online-Version als Open Access, Print unterschiedlich

[E-ISSN: 2560-547X, Print-ISSN: 0354-6497](#)

Kontakt

Institution

Tokovi istorije / Currents of History

Land

Serbia

c/o

Institut za noviju istoriju Srbije, Trg Nikole Pašica 11, 11000 Belgrad; E-Mail: tokovi.istorije@inis.bg.ac.rs

Von

Natalija Dimic, Institute for Recent History of Serbia

Die wissenschaftliche Zeitschrift Tokovi istorije wird vom Institut für neuere serbische Geschichte (Belgrad) herausgegeben. Sie zählt zu den wichtigsten wissenschaftlichen Zeitschriften Serbiens, die sich mit den Themen aus der neueren und Zeitgeschichte Jugoslawiens, Serbiens und Europas befassen. Die Hefte enthalten vor allem Aufsätze, Essays, Diskussionsbeiträge, Dokumentationen und Rezensionen. Die Zeitschrift erscheint dreimal pro Jahr, wobei die ersten beiden Hefte auf Serbisch und das dritte in englischer Sprache veröffentlicht werden. 1967 gegründet, erscheint die Zeitschrift seit 1993 unter dem Titel Tokovi istorije.

Inhaltsverzeichnis

ЧЛАНЦИ

Articles

Зоран БАЈИН, Мирослав РАДИВОЈЕВИЋ

Василиј Водовозов и Србија током Првог светског рата

Zoran Bajin, Miroslav Radivojević

VASILY VODOVOZOV AND SERBIA DURING THE FIRST WORLD WAR

DOI <https://doi.org/10.31212/tokovi.2024.2.baj.13-37>

Душан ФУНДИЋ

Краљевина Срба, Хрвата и Словенаца и Мирдитска република (1921)

Dušan Fundić

THE KINGDOM OF SERBS, CROATS AND SLOVENES,

AND THE REPUBLIC OF MIRDITA (1921)

DOI <https://doi.org/10.31212/tokovi.2024.2.fun.39-62>

Ранка ГАШИЋ

Финансирање развоја Београда путем општинских зајмова од 1929. до 1941. године

Ranka Gašić

FINANCING BELGRADE'S GROWTH: MUNICIPAL
LOANS BETWEEN 1929 AND 1941

DOI <https://doi.org/10.31212/tokovi.2024.2.gas.63-91>

Далибор ВЕЛОЈИЋ

Развој цивилне апотекарске службе на територији Моравске бановине

Dalibor Velojić

DEVELOPMENT OF THE CIVIL PHARMACY
SERVICE IN MORAVA BANOVINA

DOI <https://doi.org/10.31212/tokovi.2024.2.vel.93-109>

Дејан АНТИЋ, Александар В. МИЛЕТИЋ

Комунистичка партија Југославије и црногорско питање до 1945. године: традиција,
идеологија, политика

Dejan Antić, Aleksandar V. Miletić

THE COMMUNIST PARTY OF YUGOSLAVIA
AND THE MONTENEGRIN QUESTION UNTIL 1945: TRADITION,
IDEOLOGY, POLITICS

DOI <https://doi.org/10.31212/tokovi.2024.2.ant.111-136>

Владимир Љ. ЦВЕТКОВИЋ

Титова Југославија и српске вероисповедне основне школе у Румунији 1945–1946.
године

Vladimir Lj. Cvetković

TITO'S YUGOSLAVIA AND SERBIAN RELIGIOUS
PRIMARY SCHOOLS IN ROMANIA, 1945–1946

DOI <https://doi.org/10.31212/tokovi.2024.2.cve.137-161>

Лука САВЧИЋ

Публицистичко-издавачки завод „Југославија“ и југословенска пропаганда у
иностранству (1956–1962)

Luka Savčić

PUBLISHING HOUSE "YUGOSLAVIA" AND YUGOSLAV
PROPAGANDA ABROAD FROM 1956 TO 1962

DOI <https://doi.org/10.31212/tokovi.2024.2.sav.163-178>

Љубинка ШКОДРИЋ

„Ибеовци“ на острву Свети Гргур 1958–1965.

Ljubinka Škodrić

COMINFORM SUPPORTERS ON SVETI GRGUR ISLAND, 1958–1965

DOI <https://doi.org/10.31212/tokovi.2024.2.sko.179-207>

Наталија ДИМИЋ ЛОМПАР

Јосип Броз Тито у Немачкој Демократској Републици 1965. године

Natalija Dimić Lompar

JOSIP BROZ TITO IN THE GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC IN 1965

DOI <https://doi.org/10.31212/tokovi.2024.2.dim.209-238>

Игор ВУКАДИНОВИЋ

Уклањање речи „Метохија“ из назива Аутономне покрајине Косова и Метохије 1968–1969. године

Igor Vukadinović

REMOVAL OF THE WORD “МЕТОHIЈА” FROM THE NAME OF THE AUTONOMOUS PROVINCE OF KOSOVO AND МЕТОHIЈА IN 1968–1969

DOI <https://doi.org/10.31212/tokovi.2024.2.vuk.239-267>

Миомир Б. ГАТАЛОВИЋ

Економска улагања у развој Косова и Метохије у светлости политичког односа југословенске федерације према Србији до седамдесетих година 20. века

Miomir B. Gatalović

ECONOMIC INVESTMENTS IN THE DEVELOPMENT OF KOSOVO AND МЕТОHIЈА IN LIGHT OF THE YUGOSLAV FEDERATION'S

POLITICAL RELATIONSHIP WITH SERBIA UNTIL THE 1970S

DOI <https://doi.org/10.31212/tokovi.2024.2.gat.269-291>

Миљан МИЛКИЋ

Војни кабинет Јосипа Броза Тита: организација и делокруг рада 1945–1980.

Miljan Milkić

JOSIP BROZ TITO'S MILITARY CABINET: ORGANIZATION

AND SCOPE OF WORK, 1945–1980

DOI <https://doi.org/10.31212/tokovi.2024.2.mil.293-316>

Андрија ЈОВАНОВИЋ

„Договор века“ и југословенска предузећа у процесу изградње совјетског гасовода Уренгој – Помари – Ужгород

Andrija Jovanović

“DEAL OF THE CENTURY“ AND YUGOSLAV COMPANIES IN THE PROCESS OF CONSTRUCTING THE SOVIET GAS

PIPELINE URENGOY – POMARY - UŽGOROD

DOI <https://doi.org/10.31212/tokovi.2024.2.jov.317-336>

ПРИКАЗИ

Reviews

Владимир Љ. ЦВЕТКОВИЋ

Драгана Ђатовић, Весна С. Алексић, Париски компромис. Решавање спора о регулисању дугова Краљевине Србије између Француске Републике и Краљевине Југославије.

Београд: Институт за новију историју Србије, 2023.

Огњен ТОМИЋ

Александар Р. Милетић, Стамбени пакао: Систем контролисане станарине у Југоисточној и Источној Средњој Европи, 1914–1930.

Београд: Институт за новију историју Србије, 2024.

Синиша ТАДИЋ

Живко Аврамовски, Југославија – Италија 1918–1941. Зборник радова, приредио Душан Бојковић.

Београд: Архив Југославије, 2024.

Seite B 156 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Александар Р. МИЛЕТИЋ

Klaus Buchenau, From Grand Estates to Grand Corruption. The Battle over the Possessions of Prince Albert of Thurn and Taxis in Interwar Yugoslavia. Leiden: Brill / Schönigh, 2023.

Слободан СЕЛИНИЋ

Драгомир Бонџић, Више од века. Завод за здравствену заштиту студената Београд. Београд: Завод за здравствену заштиту студената Београд, 2023.

Тамара СТОЈАНОВИЋ

Martina Bitunjac, Žene i ustaški pokret. Uključenost, sudjelovanje, nepravda. Zagreb: Srednja Europa, 2023.

Наталија ДИМИЋ ЛОМПАР

Оливера Драгишић, Комунистичко освајање власти на Балкану 1944–1947. Румунија. Бугарска. Југославија. Београд: Институт за новију историју Србије, 2023.

Милан СОВИЉ

Ondřej Vojtěchovský, Jan Pelikán, V čase odkvétání. Československo a Jugoslávie v období pozdního socialismu, 1969–1989. Praha: Filozofická fakulta Univerzity Karlovy, 2021; Ondřej Vojtěchovský, Jan Pelikán, Ne baš lako socijalističko prijateljstvo. Čehoslovačka i Jugoslavija u razdoblju kasnog socijalizma (1969–1989), preveo Marijan Lipovac. Zagreb: Srednja Europa, 2024.

Петар ДРАГИШИЋ

Die verlorene Wissenschaft. Versuch einer Katharsis nach Corona, herausgegeben von Klaus Buchenau und Matthias Fechner. Hannover-Stuttgart: Ibidem Verlag, 2024.

ПОДАЦИ О АУТОРИМА

Zitation

Tokovi istorije / Currents of History 32 (2024), 2. , In: *H-Soz-Kult*, 24.09.2024, <www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-150036>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

17) Osteuropa 74 (2024), 6–7

Weiterer Titel Rasterfahndung. Karten, Konstrukte, Konsequenzen

Berlin 2024: [BWV Berliner Wissenschafts-Verlag](#)

Erscheint monatlich

<https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2024/6-7/>

ISBN 978-3-8305- 5621-3

224 Seiten

Preis € 24,00

ISSN [0030-6428](#)

Kontakt

Osteuropa

c/o

Redaktion „Osteuropa“ Dr. Manfred Sapper, Dr. Volker Weichsel, Dr. Andrea Huterer, Olga Radetzkaja, Margrit Breuer, Schaperstraße 30 10719 Berlin Tel. 030/30 10 45 - 81 / 82 Fax 030/21 47 84 14 E-mail: osteuropa@dgo-online.org

Von

Volker Weichsel, Redaktion, Redaktion OSTEUROPA

Die Ukraine steht im Mittelpunkt von Osteuropa 6–7/2024. An historischen Karten zeigt Olena Palko, dass die Idee der unabhängigen Ukraine seit Mitte des 19. Jh. verfolgt wurde; heute kursierende ukrainische Karten, die den Zerfall Russlands zeigen, sind dagegen nicht mehr als magisches Denken. Analysen widmen sich Russlands Raub ukrainischer Kinder, dem angestrebten Verbot der Ukrainischen Orthodoxen Kirche sowie dem Kriegsgeschehen. Die Juristen Otto Luchterhandt und Caroline von Gall nehmen mit der Staatsanwaltschaft und dem Verfassungsgericht zwei Machtpfeiler der Putin-Diktatur unter die Lupe. Andreas Heinemann-Grüder macht sich auf die Spur von Putins Mannen in Deutschland. Abgerundet wird der Band durch zwei Studien über die OSZE, die durch Russlands systematische Obstruktion und den Krieg schwer beschädigt ist.

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Fabrizierte Feinde

3

Olena Palko

Wunsch und Wirklichkeit

Die Ukraine als kartographisches Konstrukt

5

M. Homanyuk, O. Hnatyuk, V. Žaronkin

Das Fell eines unerlegten Bären verteilen

Karten über den Zerfall Russlands

25

Seite B 158 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

- Andreas Umland
Russlands Kinderraub
Ukrainische Opfer, internationale Reaktionen
35
- Nikolay Mitrokhin
Mit Kanonen auf Spatzen
Das neue ukrainische Kirchengesetz
51
- Otto Luchterhandt
Ein Pfeiler der Putin-Diktatur
Russlands Staatsanwaltschaft
59
- Caroline von Gall
Vom Gegengewicht zum Machtpfeiler
Russlands Verfassungsgericht im Autoritarismus
87
- Johannes Rohr
„Extremistisch“
Moskau erfindet „Volksfeinde“
105
- Andreas Heinemann-Grüder
Putins Mannen
Kremlaffine Milieus in Deutschland
111
- Nikolay Mitrokhin
Russlands Krieg gegen die Ukraine
Wochenberichte aus dem Sommer 2024
135
- Oleg Loginov
Russlands Geopolitik mit Getreide
Handelsgut und Instrument der Außenpolitik
169
- Thomas Vogel
In schwierigem Fahrwasser
Die OSZE in Zeiten des Krieges
173
- Cornelius Friesendorf
Die Demontage der OSZE
Russland, der Krieg und die Folgen
191

Paul Schröck
„Spez für russische Fragen“
Aufstieg und Selbstbild Klaus Mehnerts
205

Zitation

Osteuropa 74 (2024), 6–7. , In: H-Soz-Kult, 27.09.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-150193.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

A. Besprechungen

- 01) „Stutterheim auf Inspektion“. Schlaglichter auf das Retablisement der ostpreußischen Infanterie 1763-1783. Dokumentation. Bearbeitet von Jürgen Kloosterhuis (4 SW-Abb.). Berlin: Duncker & Humblot (2024). X, 159 Seiten.
= Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz. Quellen. Band 76.
ISBN 978-3-428-19289-2. Euro 69,90.



„Ich kenne die preußische Faulheit, aber die findet bey mir kein Statt.“ Um klare Worte war der König nie verlegen. Er hatte einigen ostpreußischen Regimentern ihr Versagen während des Siebenjährigen Krieges nicht wirklich verziehen, aber bei allem Argwohn gab er ihnen doch immer wieder Anreize und Chancen sich zu bewähren und in seine Huld zurückzufinden (S. 15 ff.). Nicht nur die Ostpreußen traf seine Obacht, auch die Grafen, bei denen er der Meinung war, „daß ohngeachtet sie Grafen sind, es weit beßer vor ihnen sey, zu dienen, als zu Hause zu faulenz“.

Wie der König bei aller Direktheit und Strenge Humor (wenn auch bissigen) und Zugewandtheit besaß, weiß auch Jürgen Kloosterhuis (bis 2017 Direktor des Geheimes Staatsarchives Preußischer Kulturbesitz), wie er vermeintlich trockene militärgeschichtliche Themen und nun seine sachlich-strenge Aneinanderreihung der Regesten von teilweise inhaltlich oft ähnlichen königlichen Schreiben (wort)gewandt, sogar wortschöpferisch und nicht ohne Humor (jedoch feinen) derart vorstellt, dass seine Studien immer auch zu einem Lesevergnügen werden. Das zeigte sich bei seiner „knopfologisch-biografischen“ Studie zum Tabakskollegium mit der Frage nach dem rätselhaften Hasen bei Tisch,¹ und zeigt sich nun in seiner Dokumentation von 175 Kabinetts-Ordres Friedrichs II. an seinen General Joachim Friedrich von Stutterheim.

¹ Jürgen KLOOSTERHUIS: Liebe Kinder, gute Kameraden. Friedrich Wilhelms I. Tabakskollegium als Sehnsuchtsort, Berlin 2020.

Nach dem Hubertusburger Frieden ordnete Friedrich der Große am 15. Februar 1763 die Einrichtung von sechs regionalen Infanterie- und Kavallerie-Inspektionen an, um das Retablissement der Armee voranzubringen, dessen Hauptaufgabe es war, Kampfkraft und Kampfgeist wieder auf ein belastbares Niveau zu bringen. Generalinspekteur Stutterheim wurde damit in Ostpreußen den Regimentschefs und Regimentskommandeuren vorgestellt, er wurde das Bindeglied zwischen Friedrich II. und diesen, die sich nun mit ihren Anliegen nicht mehr unmittelbar an den König wenden konnten (S. 4, 26). Zugleich wurde Stutterheim bis zur Drohung, seinen Kopf zu verlieren, verantwortlich gemacht für alles, was schief ging. 2013 konnte das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz eine Kabinettsordres-Sammlung erwerben, Schreiben, die der König zwischen 1763 und 1783 an Stutterheim richtete. Kloosterhuis verbindet diese vor allem mit den weiteren im Archiv überlieferten Kabinettsminuten und Kurt von Priesdorffs Abschriftensammlung verlorener Dokumente des Heeresarchivs Potsdam, an dessen für unsere Forschung verheerende Vernichtung durch den englischen Bombenangriff Kloosterhuis gleich anfangs erinnert. Mit diesen archivalischen Resten also zeichnet Kloosterhuis Leben und Auftrag des Generals von 1763 bis zu seinem Tod nach.

In seiner nur 27-seitigen, doch äußerst dichten und auf großer Quellenkenntnis beruhenden Einleitung erklärt Kloosterhuis die Tätigkeiten des Generalinspektors, der seinen Sitz in Königsberg hatte. Da ging es um die Aus- und Fortbildung in den Regimentern, Berufsqualifizierung des Offizierkorps, das dreimalige Laden und viermalige Feuern in genau einer Minute oder disziplinarische Maßnahmen wegen der „*übeln Conduite*“ oder „*Wintbeuteleyen*“ einiger Leutnants. Lehnte der König ein Gesuch, eine Beförderung zunächst gar mit starken Worten ab, so gelang Stutterheim im Einzelfall meist doch die „leistungsorientierte Belohnung“; warum auch sollte der Kapitän von Collas nicht befördert werden, nur weil er einen Bruder hatte, der „*sich viel zu schändlich aufgeführt hat*“ (S. 60 f.).

Auch die Außenpolitik verlangte mit ihren Reibereien mit Danzig, polnischen Grenzprovokationen im Kontext der innerpolnischen Kämpfe der Konföderation von Bar oder Vorbereitungen im Zuge der Ersten Polnischen Teilung von Stutterheim Wachsamkeit, diplomatisch geschicktes Verhalten (u. a. S. 82) – alles unter ständigen Ermahnungen und Ideen seines Königs.

Die – für den Archivar übliche – sorgfältig erstellten, chronologisch geordneten Regesten bestehen aus Kopfrege, Quellenangabe mit Beschreibung des Dokumentes, dann genaueren Inhaltsangaben – glücklicherweise immer wieder um Zitate bereichert, damit die originale und originelle Sprache nicht verloren geht – und seltener Bemerkungen zur Klärung von Sachverhalten oder des Bearbeiters eigenen Fragen. Überlese man die Anordnungen zum Avancement, zum Aufrücken in den Offiziersstellen, nicht! Auf sie sahen unzählige Jungen seit ihrem Eintritt in die Armee, über sie machten sich Väter und Mütter Gedanken, wie etwa Briefe der Familie der Grafen zu Eulenburg aus den 1790er auf oft amüsante Weise beweisen.² Zum Verständnis des Lebens einer ganzen Schicht sind diese Quellen von Wichtigkeit, Kloosterhuis bringt sie genau. Die Gesellschaft nicht nur Ostpreußens beobachtete, wer wann aufrückte, und tratschte über Vorfällen, wie sie die Kabinetts-Ordres an Stutterheim enthalten, etwa, wenn ein adliger Vater seinen alkoholabhängigen Sohn zur Besserung „*auf die Vestung Pillau gesetzt*“ sehen wollte (S. 59).

² Hier besprachen die Eltern wie die jungen Brüder ihre eigenen wie anderer Aufstiege im Heer, das liest sich fast wie die Kenntnisnahme der Kabinetts-Ordres im Privat: „*Du [Sohn Wilhelm] bist also der älteste Fähnrich, ich wünsche, daß ich balde in die Zeutungen [Zeitungen] dein Avancement lesen mag. Heinrich ist auch wieder 1 Cornet avancirt durch den Major Hompesch, der den Abschied hat. Er hat also 2 Cornets hinter sich. Ernst thut brav Dienste und ist der 3^{te} Junker. Von die Gens d’Armes ist Lieut. Gr. Kalckreut, Neven [Neffe] von deinem Gen[eral], bey das Regt. Pr[inz] Wirtenberg [Württemberg], Cürassier Cornet Gr. Schweidnitz bey[m Regiment v.] Schenck nach Tilsit und Cornet Quast bey[m Regiment v.] Dallwig versetzt, weil sie übertrieben viel Schulden gemacht haben*“; vgl. Brief von Ernst Christoph Graf zu Eulenburg an seinen Sohn Wilhelm, 5.6.1794; Brief im Privatbesitz, Kopie beim Rezensenten.

Bewähren musste sich Stutterheims jahrelanges Wirken bei der Mobilmachung im Zuge des „Kartoffelkrieges“ 1778/79 mit Österreich. Und hier zeigt sich unter „Mobilmachung mit Hindernissen“, dass auch in Preußen eine Diskrepanz zwischen detaillierter Planung und deren von den Tücken des Objekts bedrängten Umsetzung bestand. „Objekt“ waren etwa die Beschaffung von Pferden, die Armee begleitende Knechten oder stabile Zugseile für die Artillerie. Der König aber sah nur „*phlegmatisches Wesen*“, Zaudern, Schläfrigkeit. „*Träumerich und saumeselig*“ sei Stutterheim. Ermahnung folgte auf Ermahnung. Und dann musste der König noch darauf hinweisen, dass kein Tafelsilber und „*keine Officierweiber*“ mitgeführt wurden. Letztendlich gelangte Stutterheim mit seinen preußischen Truppen doch rechtzeitig in Schlesien an. Aber die Tagesmärsche waren gewaltig gewesen, die Verluste an Pferden groß – an die 200 sollen es gewesen sein – und zur Desertion kam es auf dem Wege auch.

Nicht nur mit der Einleitung sondern mit der Dokumentation der Quellen selbst erzählt Kloosterhuis eine Geschichte bis zu ihrem versöhnlichen Ende: Die letzten neunzehn Kabinetts-Ordres gelten der Teilnahme des Königs an Krankheit und Tod des Generalinspektors. Geradezu liebevoll besorgt schreibt Friedrich der Große Joachim Friedrich von Stutterheim eigene Ratschläge, begleitet seine Kuraufenthalte – etwa nach Aachen – mit Genesungswünschen und sendet seinen Generalchirurg Schmucker ans Krankenbett – immer hofft der König „*von Herten, gute Nachricht von Ihm zu kriegen.*“

Am 26. August 1783 starb der General in Königsberg, am 3. September geht die Beileidsbekundung des Königs an die Witwe Sophie Therese von Stutterheim, in der er versichert, wie es ihm „*lieb seyn wird, wenn ich Gelegenheit habe, Euch und Euren beiden Söhnen meine Königliche Huld und Gnade noch ferner angedeihen zu lassen.*“

Strenge und Gnade, Ermahnung und Belohnung, Ferne und Nähe durchziehen die Kabinetts-Ordres, und Jürgen Kloosterhuis' Nachdenken und Schreiben verfällt bei der auch charakterlichen Mannigfaltigkeit des Großen Königs wohltuend sachlich nicht ins Fabulieren jüngerer, psychologischer Darstellungen. Kloosterhuis legt uns die Quellen offen vor, ermuntert bis in die Fußnoten zu entdecken, jenseits von Theorien und Klischees zu verstehen. Aus der Fülle seines Überblicks und seiner Kenntnisse über die zahllosen Regimenter und Handelnden folgen etwa präzise Begriffserklärung; mit der ihm eigenen Freude an Sprache scheut er sich nicht, auch einmal den militärischen Jargon aufzunehmen.

Den Band beschließen Anhänge. Das Personenverzeichnis findet sich in der Form einer „Personenprotopographie“, in welcher die in den Kabinetts-Ordres fehlenden Vornamen, Lebensdaten, Angaben zur militärischen Laufbahn nachgereicht werden. Bei der großen Namenszahl war die Klärung nicht immer möglich; fehlt etwa der Vorname der Freiin zu Eulenburg (S. 124), die mit königlicher Genehmigung Johann Otto von Beneckendorff heiratete (S. 32 f.), so war dies Luise (* 1745), und das Gut ihres Mannes hieß Sonnenstuhl nicht Sonnenthal (S. 121) – aber dies ist nur eine von wenigen Lücken. Ausführliche Orts- sowie Quellen- und Literaturverzeichnisse fehlen selbstverständlich nicht.

Jürgen Kloosterhuis' neues Buch ist wieder einmal eine feine Studie zur preußischen Armee und dem König, wieder einmal wird quellenreich aus den laufenden Forschungen berichtet. Man wünscht dem auch lehrreichen, ja spannenden Werk, dass es nicht nur zum Herauspicken von Zitaten in einigen Bibliotheken vor sich hinschlummert, sondern etwa von jüngeren Historikern als Beispiel offener, sorgfältiger Quellenarbeit wirklich gelesen wird – aber wie so oft verhindert die Preispolitik des Verlags die Möglichkeit einer größeren Verbreitung.

Wulf D. Wagner, Berlin

B. Besprechungen in Arbeit (Seite B 163 - B 164)

- 01)** Wolfram Euler und Konrad Badenheuer:
Sprache und Herkunft der Germanen. Rekonstruktion des Frühgermanischen vor der Ersten Lautverschiebung
(1 mehrfarbige Karte). 2., überarbeitete Auflage.
Berlin / London: Verlag Inspiration UN Limited 2021. 271 Seiten.
ISBN 978-3-945127-278. € 89,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 02)** Wolfram Euler: Das Westgermanische. Seine Rekonstruktion von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert.
(vier Abbildungen). [Zweite Auflage].
London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2022. 267 Seiten.
ISBN 978-3-945127-414. € 49,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 03)** Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2019. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 248 Seiten.
ISBN 978-3-88557-247-3. € 9,80.
- Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2020. Persönlichkeiten und Die Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 240 Seiten.
ISBN 978-3-88557-248-0. € 9,80.
- Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2021. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 256 Seiten.
ISBN 978-3-88557-250-3. € 9,80.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 04)** Miloš Řezník: Regionalität im Fluss. Die kaschubische Bewegung – Zugehörigkeit, Raum und Geschichte (1840-1920). (24 SW-Abb.).
(Osnabrück) fibre (2024). 316 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.48.
ISBN 978-3.944870-88-5. Euro 58,00.
Rezensent: Roland Borchers, Berlin

- 05)** Kay Usenbinz: Das neue Berlin des Hofarchitekten Johann Arnold Nering (1659-1695). (579 meist SW-Abb.).
(Baden-Baden) Tectum Verlag [in der Nomos Verlagsgesellschaft] (2024).
VII, 956 + 2 Seiten.
= Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag,
Reihe Kunstgeschichte. Band 18.
ISBN 978-3-8288-4951-8. ePDF 978-3-8288-5088-0. € 159,00.
Rezensent: Wulf D. Wagner, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (Seiten B 165 – B 166)

- 01)** Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02)** Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilm pionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.
- 03)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 04)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makąła. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07)** Astrid Bartel: Des Lebens ungeteilte Freude. Erzählungen. (Norderstedt: BoD Book on Demand 2022). 396 Seiten.
ISBN 978-3-7557-1708-9. € 14,90.

- 08)** Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik. Herausgegeben von Manfred Kittel, Gabriele Schneider, Thomas Simon. (mit Abb. und Tab.). Berlin: Duncker & Humblot (2022). 383 Seiten.
= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge, Beiheft 17.
ISBN 978-3-428-18526-9 (Print). € 119,90.
- 09)** Gisela Borchers: Arbeitsgemeinschaft Vertriebene der Oldenburgischen Landschaft: Bund der Vertriebenen (BdV). Seine Geschichte in der Stadt Oldenburg. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb. auf 7 Seiten Anhang, 1 mehrfarbiger Stadtplan von Oldenburg auf der hinteren Umschlaginnenseite).
Oldenburg: Isensee-Verlag (2022). 79 Seite + 7 Seiten Anhang mit Abb. Herausgegeben von der Oldenburgischen Landschaft.
ISBN 978-3-7308-1963-0. € 15,00.
- 10)** 52. Heimatjahrbuch der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Weihnachten 2021. Herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Allenstein e. V., Kreisvertreter Andreas Galinski. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb., mehrfarbige Bildkarte auf Umschlag-Rückseite).
(Velbert 2021). 280 Seiten. € ?
- 11)** Angerburger Heimatbrief. Heft Nr. 170, Dezember 2022. Herausgeber: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. (Mitglied in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.). (Rotenburg / Wümme 2022). 171 Seiten. € ?
- 12)** Monarchie und Diplomatie. Handlungsoptionen und Netzwerke am Hof Sigismunds III. Wasa. (Hg.) Kolja Lichy, Oliver Hegedüs. (Paderborn) Brill / Schöningh (2023). XLI, 333 Seiten.
= Fokus. Neue Studien zur Geschichte Polens und Osteuropas. Band 13. ISSN 2698-5020. ISBN 978-3-506-70588-4 (hardback); ISBN 978-3-657-70588-7 (e-book). € 99,00.
- 13)** Karol Plata-Nalborski: Kraina wędrujących dworów. Z dziejów Bałdowa, Knybawy i Czyżykowa. (viele Abb.). Tczew 2024. 723 Seiten.
ISBN 978-83-971387-0-4. Złoty 69,00.
- 14)** Joachim Nolywaika: Vergeßt den Deutschen Osten nicht! Das Unrecht der Sieger: Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Sudetenland. (mit SW-Abb.).
(Kiel) Arndt (2024). - 252 Seiten. ISBN 978-3-88741-310-1.- € 25.95.

Teil C
Inhaltsverzeichnis (Seiten C I – C II)

C. a) Mitteilungen	Seiten C 1 – C6
---------------------------	------------------------

- 01) 03.11.2024, LM Westpreußen / AG Ostmitteleuropa: Konzert „Musik baut Brücken...“
- 02) 16.10.2024, Preußischer Freundeskreis: Deutschland – ein Staat ohne Strategie? Vortrag von Prof. Dr. Markus C. Kerber, Berlin
- 03) BdV trauert um Arnold Tölg. BdV-Ehrevorsitzender von Baden-Württemberg und ehemaliges Mitglied des BdV-Präsidiums im Alter von 89 Jahren verstorben
- 04) Informations-Rundbrief No. 156 der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte vom 05.09.2024

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften	Seiten C 7– C 30
--	-------------------------

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 7 – C 9)

- 01) 260. Kiezspaziergang: Auf den Spuren Dressels durch Alt-Charlottenburg
- 02) 200. Todestag von Johann Christian Gottfried Dressel: Festprogramm ehrt den Pfarrer, Reformator und Chronisten
- 03) „Momo“ und „Der Räuber Hotzenplotz“ – szenische Lesungen in der Heinrich-Schulz-Bibliothek
- 04) 50 Jahre Kommunale Galerie in Charlottenburg-Wilmersdorf
- 05) Wahlen in Ostdeutschland: Vortrag von Matthias Meisner in der Heinrich-Schulz-Bibliothek

Steglitz-Zehlendorf (Seiten C 10 - C 25)

- 01) Zehlendorf Jahrbuch 2025 ist erschienen
- 02) „Das erste Mal“ – Premieren in der Berliner Kulturlandschaft im Oktober im Bezirk Steglitz-Zehlendorf
- 03) „Ungarisches Tanzhaus“ am 16.10.2024 mit der Gruppe DURRbanda
- 04) Gemeinsames Gedenken am 07.10.2024 auf dem Sderotplatz
- 05) Amtsplausch Folge 47 ist online! Städtepartnerschaften in Steglitz-Zehlendorf
- 06) Neues Programm: Veranstaltungen für Frauen in Steglitz-Zehlendorf von Oktober bis Dezember 2024
- 07) Weltmädchentag 2024 am 12.10.2024 – Wir feiern ein Fest im Jugend- und Familienzentrum JeverNeun!
- 08) Enthüllung der Informationsstele „Siegfried Loewe“ – 25. September 2024, Wiesenweg 10, Berlin

- 09)** KulturLeben Berlin in der Ingeborg-Drewitz-Bibliothek: Monatlich jeden letzten Sonnabend
- 10)** Erzählzeit in der Gottfried-Benn-Bibliothek – neue Termine für September und Oktober
- 11)** Sina Haas ist neue bezirkliche Klimaschutzbeauftragte in Steglitz-Zehlendorf

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 26 – C 30)

- 01)** Ausstellung in der Volkshochschule: „Jüdische Identitäten in Deutschland“ – Fotografien von Rafael Herlich
- 02)** Presseeinladung: Weltmädchen*tag 2024
- 03)** „Vom Nähfaden bis zur Atombombe ist alles Politik. Feministische Allianzen gestern – heute – morgen“

C. c) Berichte

Seite C 16

- 01)** Studienfahrt der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens in Westpreußen, 31.08. bis 07.09.2024

C. d) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen

Seite C 17

Keine Berichte

C. e) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen

Seite C 18

Keine Berichte

C. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe

Seite C 19

- 01)** Studienfahrt der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens in Westpreußen, 31.08. bis 07.09.2024

Teil C

C. a) Mitteilungen

Seiten C 1 – C 4

Landsmannschaft Westpreußen e.V. - Berlin

**Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht e.V.**

www.westpreussen-berlin.de

Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533 mit Anrufannahmer
westpreussenberlin@gmail.com

Postbank Berlin
IBAN DE 26 100 100 10 0001199 101
BIC BNKDEFF

1. Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke
Hanno Schacht (stv. Vors.), Ute Breitsprecher (Schatzmeisterin);
Beisitzer: Sibylle Dreher, Dieter Kosbab, Lothar Schubert

01) Konzert „Musik baut Brücken...“

Sonntag, dem 03. November 2024, 16:00 Uhr

Musik baut Brücken zwischen Deutschland und Vertriebenen-Heimat.

Ein Melodienreigen zwischen Ostsee und Schwarzem Meer

*Kompositionen und Komponisten aus dem unteren Weichselland wie aus den
traditionellen Siedlungsgebieten Deutscher in Ostmitteleuropa*

Mitwirkende:

Annette Ruprecht, Sopran, Moderation und Texte,
Jean-Theo Jost, Schauspiel und Gesang und Tamil Orage am Flügel.

***Musikalische Werke von Theo Mackeben, Robert Stolz, Franz Lehár,
Nico Dostal u.a. sowie Volkslieder***

Musikalische Leitung:

Annette Ruprecht, Berlin

Gesamtleitung für die Veranstalter:

Reinhard M. W. Hanke und Ute Breitsprecher, jeweils Berlin

Ort der Veranstaltung:

Zwölf-Apostel-Kirchengemeinde, Gemeindesaal im Adolf-Kurtz-Haus,
An der Apostelkirche 1 Ecke Kurfürstenstraße Schöneberg, 10783 Berlin

Eine Veranstaltung der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin und der AG Ostmitteleuropa e. V. Berlin, gefördert durch den „Ansprechpartner für die Deutschen aus Russland, Spätaussiedler und Vertriebene“ bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales im Rahmen der „Kulturtag gestern – heute – morgen“ des Arbeitskreises „Kultur und Geschichte“

Stand: 01.10.2024

Die Durchführung dieser Veranstaltung ist noch nicht gesichert!

02) Deutschland – ein Staat ohne Strategie?

Vortrag von Prof. Dr. Markus C. Kerber, Berlin

Mittwoch, den 16. Oktober 2024, 19:00 Uhr

Logenhaus der Großen National-Mutterloge „Zu den drei Weltkugeln“,
Heerstraße 28, 14052 Berlin



Diskurse zu Politik, Gesellschaft und Kultur

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte Sie der *Preußische Freundeskreis* zu folgender Abendveranstaltung einladen:

Vortragsthema: „**Deutschland - ein Staat ohne Strategie?**“

Vortragsgast: **Prof. Dr. Markus C. Kerber**

Rechtswissenschaftler und Professor für Finanzwirtschaft / Wirtschaftspolitik an der TU Berlin, E.N.A. 1985 (Diderot), Gastprofessor an der Warsaw School of Economics und der Universität Panthéon-Assas; Zudem Gründer des thinktanks Europolis. Vielfältige diverse Veröffentlichungen zur EU, den deutsch-französischen Beziehungen, Verteidigungspolitik u.a.m. 1999/2001 Dozent an der FüAk und 2003-2022 Reservist in der Marine (Korvettenkapitän der Reserve).

Ort: **Logenhaus der Großen National-Mutterloge „Zu den drei Weltkugeln“,
Heerstraße 28 / 14052 Berlin**

Datum: **Mittwoch, den 16.10.2024**

Uhrzeit: **Einlass ab 18:30 Uhr / Beginn 19:00 Uhr**

Zum Vortragsinhalt:

Deutschland im Jahr 2024 - ein verunsichertes, gespaltenes Land, das mehr und mehr seinen Kompass verliert. Die fehlende Ausrichtung ist nicht zuletzt Folge der Unfähigkeit und/oder des Unwillens der politischen Verantwortlichen, tragfähige Strategien auf verschiedensten Politikfeldern zum Wohle des Landes zu verfolgen. Wie jedoch zeigt sich strategisches Denken in der Politik? Was sind die Voraussetzungen? Welche Beispiele für strategische Herangehensweisen liefert die Geschichte, vor allem auch Preußens? Ist eine „Kultur“ des strategischen Denken eines der Merkmale erfolgreicher Politik? Diesen Fragen soll im Vortrag nachgegangen werden, explizit hinsichtlich der deutschen Verteidigungspolitik, aber auch anderer Politikfelder.

Weitere Informationen unter www.preussischer-freundeskreis.de

Mit herzlichem Gruß
Die Initiatoren des *Preußischen Freundeskreises*

Günter Bachert · Gerhard Batsch · Henning v. Dewitz · Peter Kolbe · Jan Peter Luther · Andreas Reinhardt · Heinz Trester

E-Mail: info@preussischer-freundeskreis.de - Fax: (030) 405 786 96
www.preussischer-freundeskreis.de

03) BdV trauert um Arnold Tölg. BdV-Ehrenvorsitzender von Baden-Württemberg und ehemaliges Mitglied des BdV-Präsidiums im Alter von 89 Jahren verstorben



Pressemitteilung

BdV trauert um Arnold Tölg

BdV-Ehrenvorsitzender von Baden-Württemberg und ehemaliges Mitglied des BdV-Präsidiums im Alter von 89 Jahren verstorben

Am 24. September 2024 ist der Ehrenvorsitzende des BdV-Landesverbandes Baden-Württemberg, Arnold Tölg, nur wenige Tage vor seinem 90. Geburtstag verstorben.

Tölg wurde am 30. September 1934 in Königswalde in der Grafschaft Glatz geboren. Seiner Heimat blieb er lebenslang verbunden. So verbrachte er zum Beispiel seinen 80. Geburtstag mit seinen Kindern in seinem Geburtsort. Durch die Vertreibung seiner Familie aus Schlesien kam er über Braunschweig, wo er seine Schullaufbahn und eine Lehre beendete, nach Stuttgart. Baden-Württemberg und im Besonderen der Kurort Bad Liebenzell wurden ihm zum Lebensmittelpunkt, zumal er nach seinem Studium der Betriebswirtschaft dort als stellvertretender Kurdirektor und später in Pforzheim als Geschäftsführer im Reise- und Tourismus-Bereich arbeitete.

Mit der Politik kam er früh in Verbindung. Schon 1956 trat er in die CDU ein, arbeitete von 1957 bis 1964 für einen CDU-Bundestagsabgeordneten und war von 1969 bis 1991 Vorsitzender des Kreisverbandes Calw. Ab 1977 war er Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg, dem er bis 2001 angehörte. Über 30 Jahre, von 1984 bis 2014, war er Mitglied des Kreistages von Calw.

Von 1999 bis 2017 war Arnold Tölg Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Baden-Württemberg, dann dessen Ehrenvorsitzender. Hohes Ansehen erwarb er sich, auch über Baden-Württemberg hinaus, etwa durch sein Wirken im Präsidium des Bundes der Vertriebenen zwischen 2008 und 2016.

Arnold Tölg war eine ausgleichende Persönlichkeit von ausgeprägter Freundlichkeit, bekannte sich aber auch klar und unaufgeregt zu seinen Grundüberzeugungen und war keineswegs konfliktscheu. Konzilient im Umgang, aber hart in der Sache war er, wenn es um seine besondere Bindung zur alten und neuen Heimat ging. Gleichzeitig zeichneten ihn auch Beständigkeit, Verlässlichkeit und Sachverstand aus.

Für seine Verdienste wurde er mit hohen Auszeichnungen geehrt, darunter dem Bundesverdienstkreuz am Bande, der Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg, der Heimatmedaille, der Ernst-Moritz-Arndt-Medaille und vieler weiterer Verbandsehrungen.

Die Vertriebenen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

30. September 2024

Herausgeber:
BdV-Bundesgeschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0) 228 81007-0
Telefax +49 (0) 228 81007-52

Hauptstadtvertretung:
Stresemannstraße 94
10963 Berlin

Pressestelle:
Telefon +49 (0) 228 81007-28/-26
E-Mail presse@bdvbund.de

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Beiliegende Fotos dienen ebenfalls der redaktionellen Verwertung bzw. der Veröffentlichung. Bitte beachten Sie die Urhebernennung sowie ggf. weitere Hinweise im Text. Sollten Sie weitere Fotomotive wünschen, sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.



04) Informations-Rundbrief No. 156 der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte vom 05.09.2024



Vorsitzender
Pfr. Dr. Irmfried Garbe
Dorfstr.1
17111 Hohenbollentin
Tel.: 039996-79135
irmfried.garbe@posteo.de

Geschäftsstelle der AGpomKG • Karl-Marx-Platz 15 • 17489 Greifswald • Email: m.bartels@predigerseminar-rz.de

**Informations-Rundbrief No. 156 der Arbeitsgemeinschaft für
pommersche Kirchengeschichte vom 05.09.2024**

Liebe Mitglieder und Freunde der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte!

Der Veranstaltungs-Herbst 2024 hat begonnen. Auf uns wartet eine stattliche Reihe landeskundlicher Veranstaltungen und Neuerscheinungen. Auf einige möchten wir wieder hinweisen:

1.) Für Kurzentschlossene: DENKMAL-EINWEIHUNG in Barth: Das Denkmal für den überragenden Förderer der Stadt Barth, **Herzog Bogislaw XIII.**, wird am Sa., den **7. September 2024**, um 17 Uhr feierlich eingeweiht. Die Denkmalgestalter spielen auf die hoffnungsvolle Kinderschar Bogislaws an und haben ein interaktives Denkmal kreiert. Tragischerweise blieben sämtliche Söhne Bogislaws kinderlos, so dass die pommersche Geschichte des Greifenhauses innerhalb weniger Jahrzehnte zum Ende kam. Zur Vertiefung sei hier noch einmal sehr herzlich das ausführliche Buch über Bogislaw XIII. empfohlen, das Dr. Jürgen Hamel in diesem Frühjahr publizierte. Den Veranstaltungsflyer zur Denkmalweihe finden Sie im Anhang.

2.) Die VERANSTALTUNGSREIHE zum Caspar-David-Friedrich-Jubiläum läuft weiter: Die zahlreichen Ereignisse füllen bereits einen dritten und vierten Überblickskatalog (Juli/September bzw. Okt./Dez 2024), die Sie bitte direkt im Internet konsultieren:

https://caspardavid250.de/wp-content/uploads/2024/06/Inhalt_Programm.pdf

Gedruckte Exemplare liegen an zahlreichen Orten aus.

3.) In Kürze startet die EXKURSION der AGpomKG über Kolbatz, Stettin, Pyritz, Kammin bis nach Wollin (12.-15.9.) Wir danken für das rege Interesse zu unserer **Otto-von-Bamberg-Exkursion!** In bewährter Verbindung gestalten wir diese zusammen mit dem Konvent der evangelischen Pommern (Pommernkonvent e.V.). Der PROGRAMMÜBERBLICK „**900 Jahre Christentum in Pommern: Auf den Spuren des Pommernapostels Otto von Bamberg**“ kann auf der Homepage www.otto900.de nachgelesen werden.

4.) AUSSTELLUNG im Stadtmuseum Wolgast 7. August bis 31. Oktober 2024, Di-So 10.00 bis 17.00 Uhr „**WELT IM WANDEL – Otto von Bamberg und die Christianisierung Pommerns vor 900 Jahren**“. Wir empfehlen diese besondere Ausstellung, die im Rahmen der 900-Jahrfeier Wolgasts stattfindet. Museumsdirektor Stefan Rahde konnte bemerkenswerte Bamberger Relikte Ottos nach Wolgast holen, die durch zahlreiche archäologische Funde seines pomoranischen Missionsgebietes ergänzt werden. U.a. sind sämtliche slawisch-christliche Bildsteine des 12. Jhs beisammen und dadurch zu vergleichen. Der allerneueste Fund in Koltzow bei Anklam ging durch die Presse. Die Wolgaster Ausstellung bietet eine facettenreiche Einführung in Ottos Mission und seine Umstände. Der gedruckte Ausstellungskatalog erscheint in diesen Tagen. Ein kurzer Einführungsfilm ist auch auf der Homepage des Museums zu sehen: www.museum.wolgast.de

5. TAGUNG: „200 Jahre Gesellschaft für pommersche Geschichte, Altertumskunde und Kunst und ihre Gründung in Stettin, der Hauptstadt der Provinz Pommern.“

Die Jahrestagung der Gesellschaft für pommersche Geschichte, Altertumskunde und Kunst e.V. findet vom **26. bis 29. September 2024 in Stettin** statt und ist eine Jubiläumstagung. Das Otto-Jubiläum von 1824 war Anlass geworden, die „Gesellschaft für pommersche Geschichte und Alterthumskunde“, wie man damals sagte, im Stettiner Schloss zu gründen. Das Stettiner Tagungsprogramm geht auf diese Gründung und die reiche Entwicklung seitdem vielseitig ein. Sie können die Programmfolge auf der Homepage der Gesellschaft einsehen: <https://pommerngeschichte.de/jahrestagung-2024/>

6. TAGUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION FÜR POMMERN: „Mission in eine Welt im Wandel. Die Reisen Bischof Ottos von Bamberg nach Pommern (1124/25 und 1128)“ 11. – 13. Oktober 2024 Wolgast, Ratssaal im Kornspeicher

Die beiden Missionsreisen Bischof Ottos von Bamberg nach Pommern in den Jahren 1124/1125 und 1128 schufen nicht nur die Grundlagen für die Christianisierung, sondern waren auch ein wichtiger Faktor für den Epochenwandel des 12. Jahrhunderts im Land beiderseits der Odermündung. Anlässlich des neunhundertsten Jubiläums der ersten Reise beleuchten archäologische, historische und kunstgeschichtliche Vorträge Ottos Person und sein Wirken in Pommern, die religiösen und sozialen Verhältnisse der spätslawischen Gesellschaft in einer Phase großer Umbrüche sowie die Rezeption des Heiligen und seines Handelns bis in die heutige Zeit. Die Tagung steht allen Interessierten offen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Die Plätze werden in der Reihenfolge des Anmeldungseingangs vergeben. Es wird keine Tagungsgebühr erhoben, für die Teilnahme an der Exkursion (mit Mittagessen) bitten wir jedoch um einen Unkostenbeitrag von 20 EUR (Zahlung vor Ort). Anmeldungen bitte bis zum 15. September 2024 an: Henrike Brondke, Stadtgeschichtliches Museum Wolgast, Tel: 03836/203041 oder E-Mail: brondke@usedom-peene.de

7.) STUDIENTAG: Unseren „**Otto-von-Bamberg-Studentag**“ veranstalten wir als AG für pommersche Kirchengeschichte am **15.11.2024 in Gützkow von 14 bis 19.30 Uhr. In diesem Rahmen wollen wir auch unsere Jahresmitgliedersammlung abhalten.** Dieser Studientag wird sich dem historischen Wahrnehmungswandel Otto von Bambergs in der historiographischen Literatur vom 12. bis zum 19. Jahrhundert widmen. **Notieren Sie sich diesen Termin schon fest.**

8.) Hinweisen möchten wir Sie auch auf die **Festwoche 500 Jahre Wassermühle Hanshagen** vom 9. bis 14. September mit einem Hoffest am 14. September. Näheres erfahren Sie auf der Homepage des Vereins <https://muehlenverein-hanshagen.de/>

9.) NEUERSCHEINUNG: Zum Gedenken für den am 17. Oktober 2023 verstorbenen Leiter des Universitätsarchivs, Dr. Dirk Alvermann, kamen zahlreiche Weggefährten und Freunde am 25. April diesen Jahres zusammen. Inzwischen sind die Erinnerungen und Vorträge der akademischen Gedenkfeier in der Reihe der Greifswalder Universitätsreden gedruckt. Exemplare können im Universitätsarchiv gegen eine Schutzgebühr erworben werden. Die blätterbare PDF hat die Universität aber auch online gestellt:

<https://www.uni-greifswald.de/storages/uni-greifswald/Ressources/Public/Flipbook/?path=unirede-159-gedenkfeier-Alvermann>

Sollten Sie Informationen über Veranstaltungen, Neuerscheinungen, Ausstellungen und ähnliches haben, die unsere Mitglieder und Freunde interessieren sollte, melden Sie diese bitte unseren Kurator für Öffentlichkeitsarbeit:

witt.detlef@bauforscher.de

Mit herzlichen Grüßen und guten Wünschen

Ihr

Irmfried Garbe & Detlef Witt

Informationsbrief der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte e.V.
Internet www.pommersche-kirchengeschichte-ag.de

Diese E-Post erhalten Sie im Auftrag des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte e.V. Sollten Sie keine weitere Benachrichtigung von uns über Veranstaltungen und Neuerscheinungen auf dem Gebiet der pommerschen Kirchen- und Landesgeschichte wünschen, bitten wir um eine kurze Nachricht, damit wir Ihre Adresse aus unserem E-Post-Verteiler löschen können.

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften **Seiten C 7 – C 30**

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 7 – C 14)

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

[Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

presse@charlottenburg-wilmersdorf.de

01) 260. Kiezspaziergang: Auf den Spuren Dressels durch Alt-Charlottenburg

Pressemitteilung vom 04.10.2024

Den 260. Spaziergang führt Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch am **Sonnabend, 12. Oktober 2024**. Treffpunkt ist um **14 Uhr** am Eingang zum Schloss Charlottenburg, Spandauer Damm (M45). Die Route führt auf den Spuren Johann Dressels durch Alt-Charlottenburg und endet an der Luisenkirche (Gierkeplatz, 10585 Berlin).

Johann Christian Gottfried Dressel (1751-1824) war ein deutscher protestantischer Pfarrer, Reformator und Chronist. Er reformierte das Schulwesen und kämpfte für bessere Versorgung der armen Bevölkerung Charlottenburgs. In seinen Tagebüchern und Chroniken dokumentierte er die Entwicklung der Gemeinde und Stadt Charlottenburg. Am 16. Oktober jährt sich sein Todestag zum 200. Mal.

Im Auftrag
Jüch

02) 200. Todestag von Johann Christian Gottfried Dressel: Festprogramm ehrt den Pfarrer, Reformier und Chronisten



Bild: BACW

Pressemitteilung vom 02.10.2024

Zum 200. Todestag ehren das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, die Luisen-Kirchengemeinde, der Verein KulturGut und visitBerlin den ehemaligen Charlottenburger Pfarrer Johann Christian Gottfried Dressel (1751-1824) mit einem Festprogramm.

Der Höhepunkt des Programms ist die Ausstellung „aber nach Charlottenburg wünschte er sich am meisten hin...“ über Dressels Leben und Wirken, die Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch **am Mittwoch, 16. Oktober, um 18.00 Uhr** in der Luisenkirche (Gierkeplatz, 10585 Berlin) eröffnet. Die Ausstellung zeigt historische Ansichten und Pläne von Charlottenburg sowie Dressels originale Handschriften und ein Stadtmodell von Alt-Charlottenburg.

Von 1778 bis zu seinem Tod am 16. Oktober 1824 war Johann Christian Gottfried Dressel Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Charlottenburg und prägte die Stadt nachhaltig. Er reformierte das Schulwesen, führte moderne Lehrmethoden ein, ließ ein Schulgebäude errichten und gründete ein Krankenhaus für Bedürftige. In seinen Tagebüchern und Chroniken dokumentierte er die Entwicklung der Gemeinde und Stadt.

Das Festprogramm im Überblick

- **Themengalerie** im Rathaus Charlottenburg (Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin), 2. Obergeschoss, von **Freitag, 04. bis Donnerstag 31. Oktober 2024**. Gezeigt werden historische Schriften, Karten und Zeitdokumente aus Dressels Zeit.
- **Kiezspaziergang** mit Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch „Auf den Spuren Dressels durch Alt-Charlottenburg“ **am Samstag, 12. Oktober 2024 um 14 Uhr**. Treffpunkt: Eingang zum Schloss Charlottenburg am Spandauer Damm.

Seite C 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

- **Ausstellung** über Dressels Leben und Wirken. Eröffnung **am Mittwoch, 16. Oktober um 18.00 Uhr** in der Luisenkirche (Gierkeplatz, 10585 Berlin). Das Rahmenprogramm umfasst unter anderem eine Lesung aus Dressels Schriften. Erstmals werden Dressels Aufzeichnungen zur Geschichte der Stadt Charlottenburg unter dem Titel „Die älteste Chronik Charlottenburgs“ vollständig veröffentlicht. Die Ausstellung läuft bis Sonntag, 3. November 2024.
- **Festgottesdienst** in der Luisenkirche **am Sonntag, 20. Oktober 2024** um 10 Uhr.
- **Führungen** durch die Ausstellung in der Luisenkirche und anschließender Spaziergang durch Dressels Charlottenburg **am Sonntag, 27. Oktober und Sonntag, 3. November**, jeweils etwa um **12 Uhr** nach der Messe. Mit Katja Baumeister, Kulturwissenschaftlerin und Thomas Wolfes, Leiter des Verwaltungsinformationszentrums (VIZ). Treffpunkt: Luisenkirche am Gierkeplatz.
- **Vorträge**
 - **Freitag, 18. Oktober, 18 Uhr im VIZ im Rathaus Charlottenburg:** Katja Baumeister-Frenzel, Kulturwissenschaftlerin: „Der Wunschtraum des Königs: Charlottenburg durch die Augen des Malers Wilhelm Barth“
 - **Freitag, 25. Oktober, 18 Uhr im VIZ im Rathaus Charlottenburg:** Irene Fritsch, Autorin und Heimatkundlerin: „Johann C. G. Dressel und sein Wirken für die Schulbildung in der aufstrebenden Stadt Charlottenburg, von 1778 bis 1824“
 - **Freitag, 1. November, 18 Uhr im VIZ im Rathaus Charlottenburg:** Historikerin und ehemalige Leiterin des Museums Charlottenburg-Wilmersdorf: „Armenpflege und Armenkrankenhaus. Johann Christian Gottfried Dressels Beitrag zu einer städtischen Fürsorge in Charlottenburg“

Alle Veranstaltungen sind öffentlich und kostenfrei. Das Projekt wird von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe und dem Freundeskreis der Luisenkirchengemeinde gefördert.

Im Auftrag
Räsch

03) „Momo“ und „Der Räuber Hotzenplotz“ – szenische Lesungen in der Heinrich-Schulz-Bibliothek



Bild: martinifoto.de

Pressemitteilung vom 24.09.2024

Die beiden Kinderbuchklassiker „Momo“ und „Der Räuber Hotzenplotz“ von Otfried Preußler werden am **Sonntag, 29. September 2024**, während einer szenischen Lesungen in der Heinrich-Schulz-Bibliothek zum Leben erweckt. Dafür ist Schauspieler und Sprechkünstler Rainer Rudloff aus Lübeck zu Gast. Der Eintritt ist frei.

„Momo“ für Kinder ab 10 Jahren um 12 Uhr

Ein Heer von Angestellten der Zeit-Sparkasse treibt die Menschen dazu, ihr Leben immer mehr zu optimieren und Zeit zu sparen. Doch diese geht den unglücklich herumhastenden Menschen verloren, denn die Grauen Herren zapfen sie ihnen ab.

Mit ihrer wundersamen Gabe des Zuhörens erkennt Momo die Absichten dieser Zeitdiebe – und kommt damit den Grauen Herren in die Quere.

„Der Räuber Hotzenplotz“ für Kinder ab 6 Jahren um 14 Uhr

Kasperl und sein bester Freund Seppl wollen den Räuber Hotzenplotz austricksen – und geraten selbst in seine Gefangenschaft.

So muss der Kasperl für den bösen Zauberer Zwackelmann Kartoffeln schälen bis zum Umfallen – und entdeckt ein dunkles Geheimnis im tiefsten Verlies von Zwackelmanns Zauberturm.

Die Veranstaltungen werden gefördert durch den Bibliotheksstärkungsfonds Berlin.

Mehr Informationen:

- E-Mail: stadtbibliothek@charlottenburg-wilmersdorf.de
- Telefon: (030) 9029-12217
- oder am Serviceplatz der Bibliothek
-

Seite C 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Ort:
Heinrich-Schulz-Bibliothek
Otto-Suhr-Allee 98
10585 Berlin
Im Auftrag
Jüch

04) 50 Jahre Kommunale Galerie in Charlottenburg-Wilmersdorf



Bild: BACW

Pressemitteilung vom 11.09.2024

Die Kommunale Galerie des Bezirksamts Charlottenburg-Wilmersdorf wird am 30. Oktober 2024 50 Jahre alt. Sie feiert das Jubiläum ab Freitag, 20. September 2024, mit drei Ausstellungen, die die künstlerischen Schwerpunkte der Galerie widerspiegeln und sowohl zurück- als auch vorausblicken.

MAHLZEIT! vom 20. September 2024 bis 24. November 2024

Die Ausstellung „MAHLZEIT!“ betrachtet den öffentlichen Stadtraum in der unmittelbaren Umgebung der Galerie: Den Fehrbelliner Platz, der geprägt wird vom alltäglichen Transit. Dieser öffentliche Raum wird bestimmt von den Menschen, die im Takt ihrer Arbeitszeiten ins Büro und nach Hause pendeln, diesen städtischen Raum kreuzen und in den Verwaltungsgebäuden verschwinden. Zur Mittagszeit verändert sich der Fehrbelliner Platz. Die Menschen, die innerhalb der Gebäude ihren Arbeitstag verbringen, werden sichtbar. Dieser Tagesabschnitt beginnt mit dem universalen Gruß „Mahlzeit!“. Einzigartig im Deutschen wünscht man damit eine gute Mahlzeit oder sagt „Hallo“, wenn man davon ausgeht, dass die Person gerade isst oder gerade gegessen hat. So auch hier: Befindet man sich zur Mittagszeit auf den Fluren der Gebäude rundum den Fehrbelliner Platz oder auch davor, so grüßt man sich mit „Mahlzeit!“. Die Mittagspause findet meist draußen statt und es kommt Bewegung auf. Man isst und sieht sich und teilt für einen Moment Raum und Zeit in dieser Begegnung.

Seite C 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

POLYPHONIE – Kunst in West-Berlin der 70er Jahre vom 24. September 2024 bis 12. Januar 2025

Die Ausstellung „POLYPHONIE“ zeigt Werke aus den eigenen Beständen und bietet die einen Rückblick auf die Kunst der 70er Jahre. Die Kommunale Galerie Berlin ist im Besitz einer Sammlung von Kunstwerken, vorwiegend Grafiken, die ein erstaunlich reichhaltiges Bild einer lebendigen Kunststadt bietet. Gerade weil der Kunstmarkt sich seit dem Mauerbau nur gering entwickeln konnte, lebten und arbeiteten hier Künstler, die West-Berlin zu einem Hotspot unangepasster, progressiver Strömungen und zu einem „Schaufenster des Westens“ eigener Art machten.

ZEITGEIST, Schulkooperation mit dem Heinz-Berggruen-Gymnasium vom 25. September bis 10. November 2024

Die Schüler dokumentieren, was für sie gerade von Bedeutung ist, und ist im selben Moment bereits Geschichte. Die Fotografie zeigt die Wirklichkeit in einem Bild scheinbar authentisch, und eignet sich daher in besonderer Weise, unser heutiges Lebensgefühl zu dokumentieren. Sie erlaubt es, Bilder von Orten, Personen und Momenten festzuhalten und kann darum unsere Verbindung zur Zukunft sein. Mit ihr können wir Botschaften und Emotionen durch die Zeiten senden, ohne dass Worte benötigt werden.

Die Kommunale Galerie, gegründet am 30. Oktober 1974, zeigt in Charlottenburg-Wilmersdorf zeitgenössische Kunst in all ihren Facetten. Ob Projektraum für Künstlervereine oder erste Plattform für junge Positionen – die Kommunale Galerie Berlin fördert und unterstützt Initiativen und ermöglicht allen die Teilhabe an der Kunstszene Berlins.

Die Stadträtin für Kultur Heike Schmitt-Schmelz:

„Ich gratuliere der Kommunalen Galerie Berlin herzlich zum Jubiläum. Seit nun 50 Jahren ist die bezirkliche Galerie ein Ort der Kunst, an dem Geschichte und Gegenwart in einen kreativen Dialog treten. Die zahlreichen Einzel- und Gruppenausstellungen fördern die professionellen Kunst- und Kulturschaffenden im Bezirk und in der Stadt. Die vielen begleitenden Veranstaltungen ermöglichen einen Dialog mit der Stadtgesellschaft, die Teilhabe am Kunst- und Kulturgeschehen und leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Bildung. Ein halbes Jahrhundert voller Kunst, Begegnung und Inspiration, das unseren Bezirk kulturell enorm bereichert. Hier spiegelt sich die Kreativität Charlottenburg-Wilmersdorfs und der Stadt wider.

Es ist ein lebendiger und offener Ort entstanden, der sowohl populärere Themen präsentiert, so zum Beispiel in der Ausstellungsreihe „Menschen und Orte“, die unter anderem das Quartier rund um den Fasanenplatz in den Focus nahm. Das Ausstellungsprogramm widmet sich den relevanten gesellschaftlichen Themen, sei es der Klimawandel oder der Krieg: alles Themen, die in der Kunst immer wieder behandelt wurden, heute aber eine besondere Aktualität haben.

Ich hoffe, dass wir mit der Ausstellung „Zeitgeist“ ein authentisches Bild der jungen Generation vorstellen, einer Schau, die von jungen Menschen erarbeitet und kuratiert wurde und ganz gezielt die Wünsche, Visionen, aber auch Probleme, Ängste ihrer Generation anspricht. So vermitteln wir jungen Menschen, dass wir ihre Themen im Blick haben und ernsthaft behandeln. Solch eine Auseinandersetzung darf nicht im Programm fehlen.“

Im Auftrag
Jüch

05) Wahlen in Ostdeutschland: Vortrag von Matthias Meisner in der Heinrich-Schulz-Bibliothek



Matthias Meisner.- Bild: Dora Meisner

Pressemitteilung vom 09.09.2024

Der Vortrag „Wahlen in Ostdeutschland“ von Matthias Meisner findet am **Mittwoch, 18. September 2024, um 19 Uhr** in der Heinrich-Schulz-Bibliothek statt. Der Eintritt ist kostenfrei.

Parteien, die demokratisch gewählt werden, sind allein deshalb noch nicht unbedingt demokratisch. Wie ist der Staat, wie ist die Gesellschaft gewappnet mit Blick auf die Veränderung der Parteienlandschaft? Was ist, wenn Verfassungsfeinde in Sicherheitsbehörden – zum Beispiel die Polizei und Bundeswehr arbeiten?

Der freie Journalist, Autor und Rechtsextremismus-Experte Matthias Meisner, lange Jahre politischer Korrespondent beim Berliner Tagesspiegel, berichtet über seine Arbeit, zieht nach den Landtagswahlen im Osten Bilanz und diskutiert Fragen des Publikums.

Adresse:

Heinrich-Schulz-Bibliothek
Otto-Suhr-Allee 98
10585 Berlin

Kontakt:

- E-Mail: stadtbibliothek@charlottenburg-wilmersdorf.de
- Tel.: (030) 9029-12217
- oder am Serviceplatz der Bibliothek

Die Veranstaltung findet im Rahmen des Berliner Demokratietages statt und wird durch die Stadtbibliothek Charlottenburg-Wilmersdorf und das Demokratiebüro Charlottenburg-Wilmersdorf ausgerichtet.

Seite C 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Gefördert durch den Bund „Demokratie leben“, die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, das bezirkliche Integrationsbüro und die Stiftung SPI.

Hinweis:

Die Veranstalter behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremistischen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder sie von dieser auszuschließen.

Im Auftrag

Jüch

Steglitz-Zehlendorf (Seiten C 15 – C 25)

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

Postanschrift:

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf
Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation
14160 Berlin

presse@ba-sz.berlin.de

01) Zehlendorf Jahrbuch 2025 ist erschienen

Pressemitteilung vom 04.10.2024

Das **Zehlendorf Jahrbuch 2025** liegt druckfrisch im **Heimatmuseum Zehlendorf** für **5 Euro** zum Verkauf aus. Die Titelgeschichte der neuen Ausgabe erinnert an den 250. Geburtstag von Ferdinand Fintelmann, dem Hofgärtner und Mitgestalter der Pfaueninsel. Mit zwölf weiteren Beiträgen aus den Zehlendorfer Ortsteilen präsentiert der 29. Jahrgang wieder eine vielseitige Themenpalette.

Zwei Texte beschäftigen sich mit der **Nachkriegszeit in Zehlendorf**. Der eine stellt Lebensläufe von Schülerinnen aus Reifeprüfungen von 1945 bis 1947 an der Droste-Hülshoff-Oberschule vor. Der andere beschreibt anhand des Verwaltungsberichts von Zehlendorf 1949/1950, wie im Bezirk die Kriegsfolgen bewältigt wurden.

Weiter zurück in die **Zehlendorfer Geschichte** geht ein Beitrag über die Villenkolonie Zehlendorf-Grunewald, die vor 120 Jahren gegründet wurde. Dass die Zisterziensermönche aus Lehnin 1242 Zehlendorf günstig erwerben konnten, erfahren die Leserinnen und Leser ebenfalls.

Das **Jahrbuch** stellt den Lesenden auch interessante Personen aus Zehlendorf und ihre Lebensläufe vor: die Bewegungspädagogin und Stille Heldin Elfriede Hengstenberg (1892-1992), den Superintendenten des Kirchenkreises Cölln-Land, zu dem einst Zehlendorf gehörte, Anton Christian Lange (1830-1900) und den Mediziner und Kriminellen Edwin Wladislaw Katzen-Ellenbogen (1882-1953), der zeitweise in der Riemeisterstraße wohnte.

Wie in allen Jahren zuvor waren die Autorin und Autoren des Jahrbuchs ehrenamtlich tätig. Dank ihrer sachkundigen Recherche kann das traditionelle Jahrbuch stets mit neuen Geschichten erscheinen und empfiehlt sich als Lektüre für alle Generationen.

Das **Heimatmuseum Zehlendorf** in der Clayallee 355 (Historischer Winkel) ist geöffnet am **Sonntag und Mittwoch von 11 bis 15 Uhr, am Donnerstag von 15 bis 18 Uhr**.

Kontakt und weitere Informationen

E-Mail: Weitere Fragen zu dieser Presse-Mitteilung an print@heimatmuseum-zehlendorf.de

Adresse: Heimatverein Zehlendorf e.V., Clayallee 355, 14169 Berlin

Website: Mehr Infos zum Heimatverein Zehlendorf auf www.heimatmuseum-zehlendorf.de

02) „Das erste Mal“ – Premieren in der Berliner Kulturlandschaft im Oktober im Bezirk Steglitz-Zehlendorf

Pressemitteilung vom 02.10.2024



Key Visual der Suchermeisteri GmbH für Kulturkorso.- *Bild: Suchermeisteri GmbH*

Im Oktober starten die Veranstaltungen des **Kulturkorso Berlin in Steglitz-Zehlendorf** – und Du kannst dabei sein!

14 Museen und **Ausstellungshäuser** im Bezirk bieten spannende Programmpunkte und Führungen an und beleuchten Themen, die zum ersten Mal in den Einrichtungen des Kulturkorso gezeigt wurden bzw. werden.

Vom **1. bis 31. Oktober 2024** richtet das [Netzwerk Kulturkorso Berlin – Museen im Grünen](#) unter dem Motto „**Das erste Mal – Premieren in der Berliner Kulturlandschaft**“ einen Aktionsmonat aus: Spannende Spezialführungen und vielfältige Workshops richten sich an Besucher aller Altersklassen. Gefördert und unterstützt wird die Aktion von der **Wirtschaftsförderung Steglitz-Zehlendorf**, der **Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe** und [visitBerlin](#).

Nach einem prächtigen Sommer können sich die Berliner und die Gäste der Stadt auf einen ereignisreichen Herbst im Südwesten der Stadt freuen. Die Häuser des **Kulturkorso** bieten in diesem **Oktober** ein einmaliges Programm, wenn die Blätter in den Parks und Gärten rund um die Häuser bunt werden. Hier werden und wurden Dinge, Personen, Objekte und vieles mehr „**zum ersten Mal**“ präsentiert.

Die 14 Häuser des Kulturkorso Berlin – Museen im Grünen:

Achim Freyer Stiftung • AlliiertenMuseum • Botanischer Garten und Botanisches Museum Berlin • Brücke-Museum • Stiftung Domäne Dahlem – Landgut und Museum • Haus am Waldsee • Haus der Wannsee-Konferenz • Kunsthaus Dahlem • Liebermann-Villa am Wannsee • Martin-Niemöller-Haus Berlin-Dahlem • Museum Europäischer Kulturen Museumsdorf Düppel • Schloss Glienicke • Schwartzsche Villa

Hier einige Anregungen:

- Komm' ins **MEK** und erfahre dort, was Conchita Wurst im Museum macht. Das MEK zeigt und bespricht erstmals eine neu erworbene Skulptur über den Künstler*in.
- Wer sich lieber den praktischen Fragen des Lebens widmet, der erfährt im **Museumsdorf Düppel** wie die Neandertaler Pech ohne Schwefel herstellen konnten. Vor Ort wird dann das erste Mal diese Methode mit den Besuchern angewendet.
- Im **AlliiertenMuseum** können die Besuchenden den original Checkpoint Charlie begehen. Dieser Übergang nach Ost-Berlin war bis zur Wiedervereinigung explizit kein Übergang für Deutsche oder Berliner. Jetzt wird er im Oktober für alle geöffnet.
- Das **Achim Freyer Kunsthaus** zeigt eigens für den Kulturmonat im Oktober eine Sonderausstellung. Ausgehend von Lovis Corinths Selbstbildnis (1921), dem ersten Werk in Achim Freyers Sammlung, begegnen sich in einer vielgesichtigen Auswahl Künstlerinnen und Künstler aus drei Generationen.
- Im **Haus der Wannsee-Konferenz** findet vom 8.-10.10. das erste Mal eine Tagung im neu errichteten Seminarhaus statt: zur Erinnerung an Leben und Werk von Joseph Wulf, der als Erster die Forderung erhebt, aus der Wannsee-Villa ein Dokumentationszentrum zu den NS-Verbrechen zu machen. In einer Sonderausstellung zeigt das Haus seine Perspektive auf Wannsee, neben 25 weiteren Perspektiven.
- Auf der **Domäne Dahlem** nimmt Direktor Steffen Otte Besucher mit auf einen Rundgang über das weitläufige Gelände und durch die bewegte Geschichte der Domäne Dahlem. Hier sind Geschichte, Natur und Kultur auf besondere Weise miteinander verbunden. Lassen Sie sich überraschen von neuen Erkenntnissen über unser traditionsreiches Landgut, dem ersten Freilichtmuseum in Deutschland mit ökologischer Landwirtschaft, schon seit 1993.

Über alle Termine des Aktionsmonats informiert die Webseite des Kulturkorsos:

- [Website](#)
- [Instagram](#)
- [Facebook](#)

Pressematerial: Die Motive der Werbekampagne und die Pressebilder der Einrichtungen können Sie hier [downloaden](#):

03) „Ungarisches Tanzhaus“ am 16.10.2024 mit der Gruppe DURRbanda

Pressemitteilung vom 02.10.2024



Gruppe DURRbanda.- Bild: Gruppe DURRbanda

In ungarischen und rumänischen Dörfern trifft man sich traditionell zum Tanzen im Tanzhaus („táncház“). In den 1970er Jahren ließ sich eine kleine Gruppe städtischer Idealisten von den Musik- und Tanztraditionen der Bauern inspirieren und initiierte die sogenannte Tanzhaus-Bewegung. Gespielt wird traditionelle Tanzmusik auf der Geige, einer dreisaitigen Bratsche und einem dreisaitigen Kontrabass. In den Tanzhäusern der Städte ist dies für die Jugend vergleichbar mit ungarischem Rock'n'Roll. Zusätzlich zeigen Tanzlehrer*innen vor Ort die zur Musik passenden Bewegungsabläufe!

Die Gruppe **DURRbanda** bringt dieses besondere Flair in die Bibliothek – inklusive einiger Tanzschritte, die auch die Besuchenden leicht erlernen können!

TERMIN: Mittwoch, 16.10.2024 um 18:30 Uhr

EINTRITT: Frei, eine Anmeldung ist erforderlich unter Tel. [90 299 2410](tel:902992410) oder E-Mail an event-bibliothek@ba-sz.berlin.de

INFORMATION: Tel. [90299 2410](tel:902992410)

ORT: Ingeborg-Drewitz-Bibliothek Steglitz-Zehlendorf, Grunewaldstr. 3, 12165 Berlin

04) Gemeinsames Gedenken am 07.10.2024 auf dem Sderotplatz

Pressemitteilung vom 24.09.2024

Aus Anlass des 1. Jahrestages des Überfalls der Terrororganisation Hamas auf Israel werden die Bezirksverordnetenversammlung und das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin am Montag, dem **07. Oktober 2024, um 16:30 Uhr, auf dem Sderotplatz** in 14163 Berlin den Opfern gedenken.

05) Amtsplausch Folge 47 ist online! Städtepartnerschaften in Steglitz-Zehlendorf

Pressemitteilung vom 24.09.2024

In der aktuellen Folge Amtsplausch geht es um die Städtepartnerschaften, die Steglitz-Zehlendorf unterhält. Was ist eine Städtepartnerschaft? Mit welchen Städten bestehen Partnerschaften und wieso ist das wichtig? Antworten darauf und auf vieles mehr hat der Städtepartnerschaftsbeauftragte des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf Christian Urlaub. Er pflegt die Kontakte zu den Stadtverwaltungen der Partnerstädte und bereitet den Weg für Begegnungen auf politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene.

„Viele Kommunen stehen vor ähnlichen Herausforderungen beispielsweise bei den Themen Infrastruktur, Umweltschutz und Stadtentwicklung. Da ist es gut, wenn man Partner hat, mit denen man sich austauschen kann“, so Christian Urlaub. „Städtepartnerschaften sind wichtig, weil sie der Völkerverständigung und dem Frieden dienen und das funktioniert durch die Zivilgesellschaft. Das zivilgesellschaftliche Engagement ist unerlässlich, um die Städtepartnerschaften am Leben zu halten“, so Urlaub weiter.

Bürgerinnen und Bürger, die Vorschläge und Idee haben, um Partnerschaften zu aktivieren, können sich direkt an Christian Urlaub wenden.

Die Kontaktdaten sowie alle in der Folge angesprochenen Informationen und Hinweise finden Sie unter: <https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/politik-und-verwaltung/beauftragte/partnerstaedte/>

Unter dem Verwendungszwecks „Charkiw Hilfe“ (<https://www.bsz-spv.de/charkiw-hilfe/>) können Interessierte über die folgende Bankverbindung spenden:

Städtepartnerschaftsverein Steglitz-Zehlendorf
Berliner Sparkasse
IBAN: DE27 1005 0000 1010 0044 05
BIC-/SWIFT-Code: BELADEBEXX

Sie können den **Podcast des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf auf Spotify, Soundcloud und Apple Podcast** abonnieren. Weitere Informationen zum Amtsplausch finden Sie außerdem unter <http://www.steglitz-zehlendorf.de/amtsplausch>.

06) Neues Programm: Veranstaltungen für Frauen in Steglitz-Zehlendorf von Oktober bis Dezember 2024

Pressemitteilung vom 19.09.2024

Der Veranstaltungskalender Oktober-Dezember 2024 für Frauen in Steglitz-Zehlendorf ist erschienen.

Freuen Sie sich unter anderem auf eine **Ausstellungseröffnung im Frauentreffpunkt Ratswaage Lankwitz** in der Charlottenstraße 64, 12247 Berlin, mit den gesammelten Werken von Katrin Munke **am 6. Oktober** um 16:00 Uhr mit musikalischer Untermalung von „Two Guitars Two Voices“. Die Werke werden bis zum 29. November in der Ratswaage zu sehen sein.

Am **15. Oktober** um 17:00 Uhr laden die **Frauenselbsthilfe Krebs und Frauenbeauftragte** des Bezirksamts Steglitz-Zehlendorf zu dem **Informationsabend „Diagnose Brustkrebs – Was tun?“** in die Hellenische Gemeinde, Mittelstraße 33, 12167 Berlin ein. Im Zentrum steht der Austausch über die Krankheit und die Möglichkeiten der gegenseitigen Stärkung und Unterstützung. Betroffene, ihre Angehörigen sowie Interessierte sind herzlich eingeladen.

Entdecken Sie viele weitere spannende Veranstaltungen, Kurse und Begegnungsangebote im vielfältigen Programm auf der Website der bezirklichen Frauenbeauftragten unter folgender Adresse: www.steglitz-zehlendorf.de/frauenbeauftragte

07) Weltmädchentag 2024 am 12.10.2024 – Wir feiern ein Fest im Jugend- und Familienzentrum JeverNeun!

Pressemitteilung vom 18.09.2024

Anlässlich dieses Ereignisses wird am **Samstag, den 12.10.2024**, ein kleines Fest für Mädchen* und junge Frauen* aus dem **Bezirk Steglitz-Zehlendorf** stattfinden. Im **Jugend- und Familienzentrum JeverNeun** können Mädchen* und junge Frauen* an diesem Tag von **13:00 – 17:00 Uhr** zusammenkommen, sich austauschen und die Zeit gemeinsam gestalten.

Neben verschiedenen kreativen Angeboten gibt es leckere Snacks, Karaoke und das, worauf die Mädchen* Lust haben. Die Planung und Durchführung erfolgt durch Fachkräfte der Jugendarbeit, die Teil der bezirklichen AG Gender* sind. Die Ideen für das Fest stammen von Besucher*innen verschiedener Jugendfreizeiteinrichtungen.

Für weitere **Rückfragen** steht Ihnen **Nadine Rademacher** im **Jugendamt Steglitz-Zehlendorf** unter Jug1110@ba-sz.berlin.de zur Verfügung.

08) Enthüllung der Informationsstele „Siegmond Loewe“ – 25. September 2024, Wiesenweg 10, Berlin

Pressemitteilung vom 16.09.2024

Am Mittwoch, den 25. September um 11 Uhr wird am Wiesenweg 10 in Berlin-Lankwitz eine regionalhistorische Informationsstele der Öffentlichkeit übergeben, die an den Rundfunkpionier und Unternehmer Siegmund Loewe erinnert. Die Stele wurde nach einem Entwurf von Karin Rosenberg gefertigt. Es sprechen die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur und Sport Cerstin Richter-Kotowski und Christian Alber, COO und Mitglied der Geschäftsleitung der Loewe Technology GmbH.

Text der Informationsstele

Siegmond Loewe

Am Wiesenweg 9-10 befand sich von 1924 bis 1979 der Hauptsitz des von Siegmund Loewe begründeten Unternehmens Loewe. Sichtbar ist heute nur noch der nach der Enteignung durch die Nationalsozialisten an der Ecke Wiesenweg/Teltowkanalstraße errichtete Gebäudekomplex.

Rundfunkpionier

Siegmond Loewe wurde am 6. November 1885 in Berlin geboren. Er studierte an der Technischen Hochschule zu Berlin, bevor er an der Universität Jena zum Thema Hochfrequenz promovierte. Nach Stationen in den Entwicklungslaboratorien von Telefunken und der Firma Dr. Erich F. Huth machte er sich nach dem Ersten Weltkrieg mit einem eigenen Entwicklungslabor für Hochfrequenz und Vakuumtechnik selbständig. Inspiriert durch die amerikanische Radioamateurbewegung setzte er ab 1920 aus technischer und unternehmerischer Perspektive alles daran, den Rundfunk in Deutschland zu ermöglichen.

Als am 29. Oktober 1923 der Rundfunk in Berlin seinen Betrieb aufnahm, hatte Siegmund Loewe zusammen mit seinem älteren Bruder, dem Kaufmann David Ludwig Loewe, bereits die Radiofrequenz GmbH für die Produktion von Radios und ihren Einzelteilen gegründet. Im gleichen Jahr gründete er den Deutschen Radio-Club und den Verband der Funk-Industrie, der die ab 1924 in Berlin stattfindenden Funkausstellungen ausrichtete, mit.

Entwickler und Unternehmer

Als Unternehmer widmete er sich insbesondere der Produktentwicklung und förderte auch junge Talente wie Manfred von Ardenne. Gemeinsam entwickelten sie die Loewe-Dreifachröhre, die als Vorgänger des integrierten Schaltkreises (IC) in der Mikroelektronik gewertet wird, und ein großer Erfolg am Markt wurde.

Beflügelt hiervon wandten sich Loewe und Ardenne der Fernsehentwicklung zu. Ihre Vorführung des elektronischen Fernsehens während der Funkausstellung 1931 auf dem Loewe-Stand wurde weltweit beachtet und bahnte dem elektronischem Fernsehen den Weg. Bereits 1929 hatte Siegmund Loewe außerdem gemeinsam mit den Firmen Baird Television, Bosch und Zeiss Ikon eine Fernseh AG als Studiengesellschaft gegründet.

Verfolgung im Nationalsozialismus

Ab 1933 verengten sich die Spielräume für die Brüder Loewe, deren Vater jüdischen Glaubens war, dramatisch. Noch im gleichen Jahr musste David Ludwig Loewe aus dem Loewe-Vorstand zurücktreten und emigrierte mit seiner Familie über die Schweiz nach England, wo er 1936 verstarb. Im Frühjahr 1938 verdrängte dann Bosch das Unternehmen Loewe aus der Fernseh AG. Wenige Monate später erhielt Sigmund Loewe die Nachricht, dass auch er aus dem Vorstand abberufen worden sei. Das Reichsluftfahrtministerium enteignete noch im gleichen Jahr das Unternehmen.

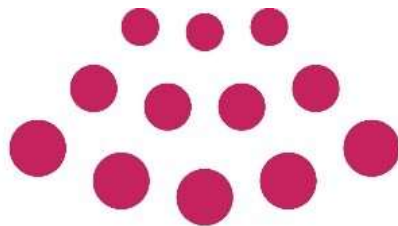
Exil und Rückerstattung

Sigmund Loewe emigrierte in die USA, wo bereits sein jüngerer Bruder Bernhard Loewe die amerikanische Loewe-Patentverwaltung leitete. Auch ihre jüngere Schwester konnte sich mit ihrer Familie in die USA retten.

Am 3. November 1949 wurde das Unternehmen, nun mit Sitz in West-Berlin und Werken in Kronach sowie Düsseldorf, an Sigmund Loewe rückerstattet. Sigmund Loewe kehrte jedoch nur noch zeitweise nach Deutschland zurück. Das Unternehmen Loewe nahm unterdessen in Westdeutschland in vollem Umfang am Wirtschaftswachstum teil und zählte zu den erfolgreichsten Marken der Radio- und Fernsehindustrie.

09) KulturLeben Berlin in der Ingeborg-Drewitz-Bibliothek: Monatlich jeden letzten Sonnabend

Pressemitteilung vom 13.09.2024



KulturLeben Berlin

Logo KulturLeben Berlin.- *Bild: KulturLeben Berlin*

Lust auf Kultur, aber Ihr Einkommen ist gering? Werden Sie Gast von **KulturLeben Berlin**.

Von 500 Kulturpartnern erhält der Verein **KulturLeben Berlin** freie Kulturplätze, die kostenlos an Menschen mit kleinem Budget vermittelt werden.

Seite C 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Der Verein **KulturLeben Berlin** bietet **jeden letzten Sonnabend im Monat** in der **Ingeborg-Drewitz-Bibliothek**.

Information und Anmeldungen für Veranstaltungen in diversen Bereichen wie zum Beispiel Theater, Kabarett, Lesungen, Musik, Museen, Kino, Zirkus und Sport werden angeboten.

Termin: Jeden letzten Samstag im Monat: **28.09., 26.10., 30.11.2024**, jeweils von **11 bis 13 Uhr**

Eintritt: Frei, ohne Voranmeldung

Ort: Ingeborg-Drewitz-Bibliothek Steglitz-Zehlendorf, Grunewaldstr. 3, 12165 Berlin

Kooperation: Die Veranstaltung ist eine Kooperation zwischen der Stadtbibliothek Steglitz-Zehlendorf und dem Verein KulturLeben Berlin

10) Erzählzeit in der Gottfried-Benn-Bibliothek – neue Termine für September und Oktober

Pressemitteilung vom 09.09.2024



Kamishibai im Garten der Gottfried-Benn-Bibliothek.- Bild: Stadtbibliothek Steglitz-Zehlendorf

Die Erzählzeit in der **Gottfried-Benn-Bibliothek** begeistert große und kleine Besuchende – zum ersten Mal oder immer wieder aufs Neue. So lange das Wetter mitspielt, zieht es uns nach draußen und wir erleben das beliebte **Kamishibai** im wunderschönen **Garten der Gottfried-Benn-Bibliothek**. Wenn es kühler wird, machen wir es uns drinnen gemütlich. Anschließend kann passend zur jeweiligen Geschichte gemalt oder gebastelt werden. Spaß garantiert!

Jeden Dienstag ab 16:30 Uhr tauchen wir ein in die verschiedensten Leseabenteuer, z.B. mit Bilderbuchklassikern wie „**Die Pippilothek**“ oder „**Die Schusselhexe**“. Im Oktober wird es richtig gruselig mit der Gespensterparty und sogar etwas unheimlich mit der großen Wörterfabrik.

Das Programm für den September und Oktober 2024:

- 17.09. Pippilothek – Kamishibai
- 24.09. Die kleine Schusselhexe und der Drache – Kamishibai
- 01.10. Elmar – Kamishibai
- 08.10. Der Schusch und der Bär- Bilderbuchkino
- 15.10. Die große Wörterfabrik – Kamishibai
- 22.10. Das kleine Gespenst – Kamishibai
- 29.10. Gespensterparty – Kamishibai

Termin: Jeden Dienstag ab 16:30 Uhr

Eintritt: Frei, ohne Voranmeldung

Information: unter Tel. [90299 5458](tel:902995458)

Ort: Gottfried-Benn-Bibliothek, Nentershäuser Platz 1, 14163 Berlin

11) Sina Haas ist neue bezirkliche Klimaschutzbeauftragte in Steglitz-Zehlendorf

Pressemitteilung vom 03.09.2024

Klimaneutrale Bezirksverwaltungen bis 2030, klimaneutrale Hauptstadt bis 2045 – so lauten die Ziele Berlins. Hierfür wurde im August 2024 in der Abteilung der Bürgermeisterin Maren Schellenberg des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf die Stelle der bezirklichen Klimaschutzbeauftragten mit Sina Haas neu besetzt.

In ihrer neuen Funktion vertritt sie die Klimaschutzbelange sowohl des Bezirksamtes als auch des gesamten Bezirks. „Derzeit arbeite ich an einem Themenspeicher über klimarelevante Maßnahmen, Vorhaben und Projektideen in Steglitz-Zehlendorf, um mir einen Überblick über die bestehenden Herausforderungen und Möglichkeiten zu verschaffen. Anschließend möchte ich entscheiden, welche Themenschwerpunkte ich setze“, erklärt Frau Haas ihre ersten Arbeitsschritte. Hierbei sei es ihr besonders wichtig, sich mit unterschiedlichen klimaschutzrelevanten Akteurinnen und Akteuren zu vernetzen. „Ich lade jede/n herzlich ein, Kontakt mit mir aufzunehmen, damit wir uns über Ihre Ideen, Maßnahmen und Vorhaben für mehr Klimaschutz im Bezirksamt und im Bezirk austauschen können“, betont sie.

Seite C 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Frau Haas ist gebürtige Zehlendorferin und studierte Wirtschaftswissenschaftlerin. Ihren Bachelor- und Masterabschluss hat sie in Management und Nachhaltiges Wirtschaften absolviert. Berufliche Erfahrungen sammelte sie in Nachhaltigkeitsabteilungen von Konzernen und in der Forschung zur Energie- und Verhaltensökonomik. Zuletzt war sie knapp vier Jahre im Umwelt- und Naturschutzamt Steglitz-Zehlendorf in den Bereichen Immissionsschutz-, Abfall- und Wasserrecht tätig.

Eine Kontaktaufnahme ist telefonisch unter [030 90299 5206](tel:030902995206) oder per E-Mail an klimaschutz@ba-sz.berlin.de möglich.

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 14 - C 30)

Pressestelle

[John-F.-Kennedy-Platz](#)
[10825 Berlin](#)

Telefon: (030) 90277-6281

pressestelle@ba-ts.berlin.de

01) Ausstellung in der Volkshochschule: „Jüdische Identitäten in Deutschland“
– Fotografien von Rafael Herlich



Bild: Rafael Herlich

Pressemitteilung Nr. 350 vom 30.09.2024

Zur **Ausstellungseröffnung „Jüdische Identitäten in Deutschland“** am **Dienstag, 8. Oktober 2024 um 18:00 Uhr** in der Volkshochschule am Barbarossaplatz sind Sie herzlich eingeladen. Der deutsch-israelische Fotokünstler Rafael Herlich wird anwesend sein. Seine 30 Fotografien umfassende Ausstellung ermöglicht Einblicke in jüdisches Leben, Traditionen und eine Vielzahl von jüdischen Identitäten. Gleichzeitig sind die Bilder Ausdruck der letzten 40 Jahre deutsch-jüdischer Geschichte, der Wiederkehr jüdischen Lebens in der Bundesrepublik.

Ausstellung „Jüdische Identitäten in Deutschland“
vom 7. Oktober bis 9. November 2024

Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg, Einstein-Bögen im 1. Obergeschoss
Barbarossaplatz 5, 10781 Berlin

Seite C 27 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

**Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 8:30 bis 21:30 Uhr,
Samstag und Sonntag von 9:30 bis 17:00 Uhr,
abweichende Öffnungszeiten in den Schulferien: [VHS-Seite zur Ausstellung](#)**

In seiner Ausstellung porträtiert er Kinder bei jüdischen Feiertagen, wie Chanukka oder Sukkot. Ein Bild zeigt eine Bar-Mitzwa, ein weiteres einen betenden Juden mit Tallit (Gebetsmantel) und Tefillin (Gebetsriemen). Berührend ist das Bild, das Markus Abraham Bar Ezer mit seinem Enkel am Hauptbahnhof in Frankfurt zeigt. Der Großvater zeigt ihm das Gleis, wo er zum letzten Mal seine Mutter sah. Sie wurde 1941 in das Ghetto Minsk deportiert und dort ermordet.

Veranstaltung findet im Rahmen der Tempelhof-Schöneberger [Aktionswochen gegen Antisemitismus](#) statt.

Kontakt:

Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg
Martin Behringer

- Tel.: [\(030\) 90277-3518](tel:030902773518)

martin.behringer@ba-ts.berlin.de

02) Presseeinladung: Weltmädchen*tag 2024

Pressemitteilung Nr. 339 vom 23.09.2024

Anlässlich des internationalen Weltmädchen*tags laden wir die Presse herzlich zur Weltmädchen*party ein:

Freitag, 11. Oktober 2024 ab 17:00 Uhr

in der Weißen Rose, Martin-Luther-Straße 77, 10827 Berlin

Seit die Vereinten Nationen im Jahr 2011 den 11. Oktober zum internationalen Mädchen*tag erklärten, wird er in vielen Ländern gefeiert, um ein Zeichen gegen die Benachteiligung von Mädchen* und für Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung zu setzen. Auch in Tempelhof-Schöneberg werden seitdem einmal im Jahr Mädchen* und ihre Rechte gefeiert.

Mädchen* haben an dem Abend die Möglichkeit sich mit ihren Rechten auseinanderzusetzen. Zudem gibt ein buntes Bühnenprogramm, was von den verschiedenen Gruppen und Einrichtungen im Bezirk organisiert wird. Zum Abschluss leitet der Flashmob One Billion Rising mit Centre Talma über zum krönenden Abschluss des Abends: Eine Party mit DJane, zu der alle Mädchen* eingeladen sind, sich selbst so richtig zu feiern.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

“Gerade im Hinblick darauf, dass immer lauter werdende politische Stimmen die Errungenschaften der Gleichstellung in Frage stellen und soziale Medien traditionelle Rollenbilder als alternativlos überhöhen, ist die Weltmädchen*party eine wichtige Institution, um Mädchen* und ihre Rechte in den Mittelpunkt zu stellen und Alternativen zu klassischen Rollenbildern zu bieten.”

Kontakt:

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte

Julia Selge

•

• Tel.: [\(030\) 90277-2159](tel:030902772159)

gleichstellungsbuero@ba-ts.berlin.de

03) „Vom Nähfaden bis zur Atombombe ist alles Politik. Feministische Allianzen gestern – heute – morgen“



Pressemitteilung Nr. 336 vom 20.09.2024

Veranstaltung des Berliner Frauenbund 1945 e.V.

Unter dem Titel „Vom Nähfaden bis zur Atombombe ist alles Politik. Feministische Allianzen gestern – heute – morgen“ veranstaltete der Berliner Frauenbund 1945 e.V. am 19. September 2024 im Rathaus Schöneberg ein erfolgreiches Treffen. Von 15:30 bis 21:30 Uhr kamen bürgerschaftlich Engagierte, Vertreter von Frauen- und Sozialprojekten sowie potenzielle Wunschgroßeltern zusammen, um über Ehrenamt und Verbandsarbeit zu sprechen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Rolle des Ehrenamts. So feierte der „Großelterndienst – Enkel dich fit!“ sein 35-jähriges Bestehen.



Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann, der die Schirmherrschaft übernommen hatte, hob in seiner Rede hervor:

“Die ehrenamtliche Arbeit im Großelterndienst zeigt auf beeindruckende Weise, wie wichtig Solidarität zwischen den Generationen ist. Dieses Engagement stärkt nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern bereichert auch das Leben aller Beteiligten.”

In den verschiedenen Workshops wurde intensiv über die Herausforderungen und Chancen der heutigen Frauenbewegung und der generationsübergreifenden Solidarität diskutiert. Darüber hinaus war ein wichtiger Aspekt, wie junge Frauen für die Verbandsarbeit begeistert werden können.

Zum Abschluss wurde an die Gründerin des Berliner Frauenbundes, Dr. Agnes von Zahn-Harnack, erinnert, deren 140. Geburtstag in diesem Jahr gefeiert wird. Die Veranstaltung endete mit einer Jubiläumsfeier, bei der die Verdienste des „Großelterndienstes“ gewürdigt wurden.

Die Veranstaltung bot vielfältige Impulse und zeigte, wie wichtig ehrenamtliches Engagement für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist. Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. blickt optimistisch in die Zukunft und freut sich auf weitere Jahre erfolgreicher Arbeit.



Kontakt:

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
Julia Selge

-
- Tel.: [\(030\) 90277-2159](tel:030902772159)
- gleichstellungsbuero@ba-ts.berlin.de

01) Studienfahrt der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens in Westpreußen, 31.08. bis 07.09.2024

Die Studienfahrt der CV in Westpreußen war in vielerlei Hinsicht äußerst erfolgreich. Die vorbereitenden Planungen und die Organisation vor Ort hatte Vorstandsmitglied *Frau Grażyna Patryn* (Sassin, Amtsbezirk Sassin im Landkreis Lauenburg i. Pom., Regierungsbezirk Köslin, der Provinz Pommern / poln. Sasino, Powiat Wejherowo [Kreis Neustadt / Wpr.], Woj. Pommern) übernommen.

Folgende Orte und Einrichtungen wurden besucht: Ausgangsort und Endpunkt der Reise Danzig-Oliva (Ethnographisches Museum), Marienburg (Burg, Stadtmuseum), auf dem Oberländischen Kanal nach Elbing (Bibliothek und Stadtführung), Hohenstein (Freilichtmuseum, Grunwald-Museum zu 1410), Graudenz (Zitadelle, Museum des Weichselhandels, Stadt), Thorn (TNT Wissenschaftliche Gesellschaft, Copernicus-Museum, Lebkuchen-Museum), Marienwerder (Domburg, Museum), Danzig-Oliva (Vortrag zu Förderantrag). Für die einzelnen Orte hatten Teilnehmer der Studienfahrt Kurzverträge zu Persönlichkeiten übernommen.

Der Teilnehmerkreis (zuletzt 20 Personen, statt 25 Personen, durch krankheitsbedingte kurzfristige Absagen) entsprach zwar nicht der ursprünglichen Absicht, mit diesem Reiseangebot jungen wissenschaftlichen Nachwuchs für die Arbeit der CV zu gewinnen, aber insgesamt kann diese Studienfahrt mit den durch Frau Patryn vermittelten Kontakten zu örtlichen wissenschaftlichen Einrichtungen und Wissenschaftlern als großer Erfolg verbucht werden. Bei den Gesprächen zwischen CV-Vorstandsmitgliedern und den polnischen Wissenschaftlern wurden auch Schriften der Vereinigungen ausgetauscht.

Die Rahmenbedingungen mit Übernachtungen, Verpflegung usw. waren vorbildlich gelöst.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass Frau Patryn einen illustrierten Schlussbericht mit Danksagungen der besuchten Wissenschaftler und ihrer Einrichtungen zusammengestellt hat, der – hoffentlich – später auch veröffentlicht werden kann.

Motto: Wer nicht wirbt, der stirbt!

Alle Teilnehmer danken Frau Grażyna Patryn für dieses eindrucksvolle Ergebnis landeskundlicher Bemühungen der Copernicus-Vereinigung, die für die vorgesehenen weiteren Studienfahrten wichtige Erkenntnisse und Anregungen vermittelt haben.

Hk

Keine Berichte

**C. e) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen usw.**

Seite C 33

Keine Berichte

01) Armin Fenske ist von uns gegangen



Armin Fenske

* 8. 12. 1940 † 18. 8. 2024

In Dankbarkeit und stiller Trauer

Ingrid Fenske
sowie alle Angehörigen

Kondolenzanschrift:

Ingrid Fenske, Achter'd Diek 3, 26844 Jemgum

Die Seebestattung findet am Mittwoch,
dem 18. September 2024, um 11 Uhr vom
Hooksieler Außenhafen statt.

Liebe Westpreußen, liebe ostdeutsche Mitstreiter!

Mit Armin Fenske hat uns eine Persönlichkeit verlassen, die in vielen unserer Vereinigungen bleibende Spuren und Erinnerungen hinterlassen hat. Seine Verdienste um unsere Heimatarbeit sind unermesslich!

Wir danken ihm, seiner Frau und allen Familienangehörigen dafür von ganzem Herzen.

Sobald die Vereinigungen, in denen Armin Fenske gewirkt hat, Ihre Würdigungen uns zur Kenntnis geben, werden wir Sie in unserem AGOMWBW-Rundbrief veröffentlichen.

Lieber Armin, Du bleibst stets bei uns als Ansporn und Ziel unserer Bemühungen!

Reinhard M. W. Hanke

Inhaltsverzeichnis (Seite D I)

D. Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde

Seite D 1

Ost- und Westpreußen (Seite D 1)

01) Der Brand des Klosters Lonk im Jahr 1882. Von Jürgen Ehmann

Ost- und Westpreußen (Seite D 1)

01) Der Brand des Klosters Lonk im Jahr 1882. Von Jürgen Ehmann

In heidnischen Zeiten soll an dem im Kreis Löbau zwischen Neumark und Brattian unweit der Drewenz gelegenen Ort Lonk, zur Ordenszeit als Lubenitz oder Launitz bezeichnet, eine Kultstätte gelegen sein. Hier erbaute Philipp von Kleeberg, Vogt von Brattian, 1400/1401 eine der Jungfrau Maria geweihte Kapelle und übergab diese dem Pfarrer von Neumark zur Verwaltung. Henneberger und Hartknoch erwähnten Lonk als Wallfahrtsort. 1624 gründete Paul Dzialynski, Hauptmann zu Brattian, vor der Stadt Neumark bei der Kapelle St. Georg gegen den Willen und Einspruch der Stadt ein Reformatenkloster. Dieses wurde 1629 nach der Zerstörung durch die Schweden bei der erfolglosen Belagerung von Neumark an die Marienkapelle zu Lonk verlegt. 1785 wurde für einen Neubau und Vergrößerung der Kirche Steinmaterial von der Burg Brattian verwendet. Die Klosteranlage bestand aus der Kirche als Mittelpunkt, dem auf der Südseite gelegenen Kloster und einem äußeren Vorhof auf der Nord- und Westseite. Weitere Information und eine bauliche Beschreibung zu dem Kloster Lonk findet der Leser in „Die Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen. Zweiter Band. Kulmerland und Löbau.“ 1887, S. 657.

Das durch seine Wallfahrten berühmte Wallfahrtskloster Lonk, welches nach Ansicht des Löbauer Kreisrichters Kolkmann¹ „einen verderblichen Einfluß auf einen großen Theil der Bevölkerung Westpreußens, der eine gewisse Beachtung forderte“, ausübte, wurde 1876 staatlicherseits aufgelöst. Bis auf einen in einer Hütte hinter der Kirche lebenden alten Pater und dem Koch zogen die Mönche nach Rumänien und Paris.²

In der Nacht vom 6. Mai 1882 wurde das Kloster durch ein außergewöhnliches Gewitter zerstört. Die „Danziger Zeitung“ berichtete: „Nachts 1 Uhr dröhnte ein Donnerschlag, dass die Fenster klirrten. Gleich darauf ertönten die Feuerglocken und demnächst auch die Alarmglocken der katholischen Kirche. Vom Blitz getroffen ging das Kloster Lonk in Flammen auf. Der Hauptthurm, in welchem die Glocken hängen, brannte zuerst. Von hier aus theilte sich das Feuer durch den Dachstuhl dem zweiten kleineren Thurm, in welchem die Uhr sich befindet, mit und äscherte auch diesen ein. Nur die Mauern der Giebelseiten und das Kirchenschiff nebst Hochaltar blieben unversehrt. Bei dem unvorsichtig gehandhabten Rettungswerk wurde auch dieses in mehrfacher Weise zertrümmert. Die Heiligenbilder, die Bibliothek und andere Sachen von Werth wurden zumeist gerettet. Auch das berühmte Marienbild ist gerettet und in die katholische Pfarrkirche zur Neumark geschafft worden. Ein Theil der erst erwähnten geretteten Heiligenbilder und theilweise auch die Bibliothek wurden in das Kirchenschiff zurückgeschafft, da das Feuer gelöscht zu sein schien. Dem war indes nicht so. In der Nacht zum 7. ds. wurde auf's Neue alarmirt. Das Innere des Klosters stand abermals in Flammen. Durch das mehrfach durchbrochene Kirchenschiff hat wahrscheinlich das Feuer nach dem Innern desselben gelangen können, hier den Hochaltar, die geretteten Gegenstände und sonstige Bilder aufs Neue erfaßt und Alles in Asche gelegt. Chor und kleinere Altäre sind sämmtlich verbrannt. Das Bedauern über dieses tragische Ereignis ist allgemein. Die Romantik, welcher Stadt und Umgebung das Kloster Lonk verlieh, ist geschwunden. – Leider war seit 1875 das Kloster nicht mehr gegen Feuersgefahr versichert.“³

¹ AGOMWBW-Rundbrief Nr. 847 vom 02.05.2024, S. 418

² Saale-Zeitung, 24. Juni 1876

³ Hamburgischer Correspondent, 12. Mai 1882

Inhaltsverzeichnis (Seiten E I – E VI)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1– E 58

- 01) Strategie der reinen Gewalt. Israels Angriff auf Nasrallah hat der Hisbollah und ihren Verbündeten einen schweren Schlag versetzt. Im Libanon droht nun der nächste lange Krieg. Von Marcus Schneider
- 02) Rotes Tuch für Washington? Japans neuer Premier Shigeru Ishiba wirbt für Atomwaffen. Seine außenpolitischen Vorschläge stoßen in den USA auf wenig Gegenliebe. Von Sven Saaler
- 03) Das Märchen der Re-Nationalisierung. In einer immer komplexeren Welt ist mehr Multilateralismus unabdingbar – die G20 sollte dabei eine treibende Kraft sein. Von Markus Engels
- 04) „Die Nervosität war greifbar“. Michael Bröning in New York über den UN-Zukunftspakt, die Rolle Deutschlands bei den Verhandlungen und Last-Minute-Störversuche Russlands. Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis
- 05) Widersprüchlich, teils kontraproduktiv. Der UN-Zukunftspakt verpasst es, die größten Probleme der Welt anzugehen. Vier Punkte stechen besonders hervor. Von Albert Denk & Gabriele Köhler
- 06) Angriff auf die libanesische Gesellschaft als Ganze. Die explodierenden Pager und Funkgeräte trafen nicht nur die Hisbollah. Die Menschen im Libanon sind bis ins Mark erschüttert. Von Merin Abbass
- 07) Der richtige Gipfel zur falschen Zeit? Auf einem eigenen Gipfel wollen sich die Vereinten Nationen fit für die Zukunft machen. Im Weg stehen allerdings die Konflikte der Gegenwart. Von Patrick Rosenow
- 08) Griff nach der Macht. General Haftar baut seinen Einfluss in Libyen aus. Die Gefahr eines erneuten bewaffneten Konflikts wächst. Von Salam Said
- 09) Botschaft aus dem Pop-Himmel. Taylor Swift mischt den Wahlkampf in den USA auf. Doch wie viel Einfluss haben Prominente wirklich auf den Urnengang? Von Konstantin Hadži-Vuković
- 10) Anker in der Wüste. Im krisengebeutelten Sahel mausert sich Marokko derzeit zum wichtigsten Sicherheitspartner. Somit wird das Königreich auch für Europa immer wichtiger. Von Manuel Gath
- 11) Wer hat was zu sagen? Machtgefälle und geopolitische Reibungen dominieren das Pazifische Inselforum. Von Kerryn Baker & Theresa Meki
- 12) „Das wird zum Ende des Krieges führen“. Die Gewerkschafterin Avital Shapira über den Generalstreik in Israel, das Versagen der Regierung Netanjahu und die Spaltung im Land. Die Fragen stellte Alexander Isele

- 13)** Schütze sich, wer kann. Der geopolitische Wettbewerb formt die Weltwirtschaft neu. Wer nicht untergehen will, muss sich anpassen.
Von Marc Saxer
- 14)** Neue nukleare Ära. Die Welt blickt mit Besorgnis auf Irans Atomprogramm. Doch die Aufrüstung der bestehenden Atommächte stellt eine viel größere Gefahr dar. Von Richard Haass
- 15)** Zwischen Hammer und Amboss. Im Wettstreit zwischen den USA und China bemüht sich Südkorea um einen Ausgleich. Für die Zukunft der internationalen Ordnung hat Seoul eigene Ideen. Von Chaesung Chun
- 16)** Mehr als nur Kampfarena. Die Großmächte nehmen den „Rest der Welt“ nur bedingt ernst. Der Globale Süden bleibt ihnen ein Rätsel.
Von Sarang Shidore
- 17)** Weggucken ist keine Option. Die Beziehungen zwischen Pakistan und dem Westen sind abgekühlt. Doch das Land ist zu wichtig, um weiter ignoriert zu werden. Von Leo Wigger

E. b) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a.

Seiten E 59 - E 61

- 01)** Ohne Abschreckung kein Abkommen. Um die Unabhängigkeit der Ukraine langfristig zu sichern, muss jeder Frieden Sicherheitsgarantien der NATO enthalten. Von Tymofiy Mylovanov & Roger Myerson & Konstantin Sonin

E. c) Europa, Europa und die Welt

Seite E 62

Keine Berichte

E. d) Europäische Union (EU)

Seiten E 63 – E 83

- 01)** Wirtschaftskrieg will gelernt sein. Auf Russlands asymmetrischen Krieg gegen den Westen hat Europa keine Antwort. Die EU muss dringend lernen, sich zu verteidigen. Von Paul Mason
- 02)** Rechte Entscheidung. Mit Raffaele Fitto als Vizekommissionspräsidenten positioniert Meloni einen Vertrauten in Brüssel. Der Rechtsruck hilft auch von der Leyen. Von Gregor Fitzi
- 03)** Dringend notwendiger Weckruf. Damit die EU wettbewerbsfähig bleibt, muss es eine völlig neue Form der Zusammenarbeit geben. Kann Draghis Vision die EU aufrütteln?
Von Marie Hasdenteufel & Daniela Iller & Sidonie Wetzig
- 04)** Stolperstein Staatsanleihen. Europa bemüht sich um den Abbau von Hindernissen für die Finanzintegration. Doch die Zersplitterung der Staatsanleihenmärkte bleibt ein Problem. Von Peter Bofinger

- 05)** Viel Zuckerbrot, wenig Peitsche. Europa treibt den Ausbau der Halbleiterindustrie derzeit massiv voran. Subventionen sollten jedoch an nachhaltige Fertigung geknüpft werden. Von Julia Hess
- 06)** Aus alten Fehlern lernen. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Bosniens nach dem Krieg dauert bereits drei Jahrzehnte. Was kann die EU in der Ukraine besser machen? Von Vesna Bojicic-Dzelilovic

E. e) Mitteleuropa

Seite E 84

Keine Berichte

E. f) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 85– E xxx

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 85 – E 139)

- 01)** Welche Einheit? Von Ed Koch
- 02)** Das bisschen Haushalt. Von Ed Koch
- 03)** Merci, Udo. Von Ed Koch
- 04)** KW 39 (23. bis 29.09.2024). Von Ed Koch
- 05)** Politiker*_/innen. Von Ed Koch
- 06)** Alternative Perspektiven. Von Ed Koch
- 07)** Ende des Grünen Traums. Von Ed Koch
- 08)** min + din. Von Ed Koch
- 09)** Am Ziel vorbei. Der Bundestag arbeitet an einer Resolution zur Bekämpfung von Antisemitismus. Doch israelische Menschenrechtsorganisationen warnen vor dem Entwurf. Von Jessica Montell
- 10)** Häuslebauer sucht Wutbürgerin. Lassen wir uns bei der Debatte ums Klima in die Irre führen? Davon sind Eversberg und Co. überzeugt. Sie warnen vor einer unheilvollen Allianz. Von Claudia Detsch
- 11)** Ein bitterer Sieg. Von Ed Koch
- 12)** Chapeau. Von Ed Koch
- 13)** KW 38 (16. bis 22.09.2024). Von Ed Koch
- 14)** Grüße aus der schönsten Landeshauptstadt. Von Ed Koch
- 15)** Einstürzende Altbauten / Was noch? Weitere schlechte Nachrichten! Von Ed Koch
- 16)** Showtime. Von Ed Koch
- 17)** Ist der SPD noch zu helfen? Von Ed Koch
- 18)** Personalfragen. Von Ed Koch
- 19)** Wie geht's der Energiewende? Von Ed Koch
- 20)** Die CDU sitzt in der Falle. Von Ed Koch
- 21)** Aus dem Jammertal. Von Ed Koch
- 22)** Zweidrittelmehrheit gegen AfD. Von Ed Koch

- 23)** KW 35 (26.08. bis 01.09.2024) ein kleiner Rückblick von Ed Koch
- 24)** Wildkräuter für alle. Von Ed Koch
- 25)** Das Verhängnis nimmt seinen Lauf. Von Ed Koch
- 26)** Kein Zutritt für Geflüchtete. Von Ed Koch
- 27)** Warum wählt der Osten anders? Die Unterschiede zwischen Ost und West sind immer noch enorm. Drei Punkte stechen besonders heraus, sagt der Soziologe Steffen Mau. Von Robert Reißmann
- 28)** Er ist wieder da. Von Ed Koch
- 29)** Völlig inakzeptabel. Von Ed Koch

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 140 – E 166)

- 01)** Das kommt davon. Von Ed Koch
- 02)** Unterwegs in Deutschland. Von Ed Koch
- 03)** Diesmal stimmte alles beim Festival der Riesendrachen
- 04)** Der blaue Montag. Von Ed Koch
- 05)** Hinter den Fassaden. Von Ed Koch
- 06)** KW 37 (09. bis 15.09.2024) – Einfach mal „sorry“ sagen. Von Ed Koch
- 07)** Halb und Halb. Von Ed Koch
- 08)** Dekarbonisierung. Bitte weiterlesen! Von Ed Koch
- 09)** Drachen über Tempelhof
- 10)** KW 36 (02. bis 08.09.2024) – Maybe we could. Von Ed Koch
- 11)** Berlin ist Wein
- 12)** Freundliche Reaktionen. Von Ed Koch
- 13)** Das Image Berlins. Von Ed Koch
- 14)** Ausbildungsmesse mit „Kick“
- 15)** Am Hofe von König Kai. Von Ed Koch
- 16)** September Highlights / Stachelschwein Riesendrache und LÜÜL.
Die Stachelschweine werden 75!

Österreich (Seiten E 167 – E 173)

- 01)** Hält das Brandmäuerchen? Nach dem Sieg der rechten FPÖ könnte es in Österreich zu einer Dreierkoalition kommen. Es sei denn, die konservative Volkspartei kippt noch um. Von Barbara Tóth
- 02)** Kult der Grausamkeit. Das Gift des Autoritären ist tief in die Gesellschaften eingedrungen. Auch in Österreich liegen die Rechtsextremen vor der Nationalratswahl vorn. Von Robert Misik

Südtirol (Seiten E 174 – E 183)

- 01)** Sensationelle Filmdokumentation über den Auftragsmord an Luis Amplatz

E. g) Ostmitteleuropa **Seiten E 184 – E 130**

Polen (Seite E 184)

Keine Berichte

Tschechien (Seiten E 185)

Keine Berichte

E. h) Osteuropa **Seiten E 186 – E xxx**

Ukraine (Seiten E 186 – E 194)

- 01) Frieden durch Stärke. Die Ukraine kämpft für ihre Freiheit. Doch um einen dauerhaften Frieden zu sichern, braucht sie internationale Unterstützung und Sicherheitsgarantien. Von Anders Fogh Rasmussen & Andriy Yermak
- 02) „Das Volk bekommt neue Gesichter zu sehen“. Büroleiter Felix Hett über den Kabinettsumbau in der Ukraine, den Rücktritt von Außenminister Kuleba und die Stimmung in der Bevölkerung Interviews. Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis
- 03) Der Vermittler, der mit allen kann. Der Besuch des indischen Premiers Modi in der Ukraine zeigt: Beim Thema Verhandlungen kommt man am Globalen Süden nicht vorbei. Von Alexandra Sitenko

Russland (Seiten E 195 – E 199)

- 01) Grünes Schlupfloch. Der Druck auf die russische Zivilgesellschaft ist riesig, doch für Umweltaktivismus bleibt ein kleiner Spielraum – noch. Von Angelina Davydova

E. i) Mittelasien / Kaukasusgebiet / Türkei **Seiten E 200 – E 203**

- 01) New Kids on the Block. Zentralasien wird geopolitisch immer wichtiger. Bundeskanzler Scholz sucht die Kooperation. Von Alexandra Sitenko

E. j) Südosteuropa **Seite E 204**

Serbien (Seite E 204)

Keine Berichte

E. k) Süd- und Westeuropa

Seiten E 205 – E 210

Frankreich (Seiten E 205 bis E 210)

- 01)** Brandgefährliches Spiel. Um die Linke von der Regierung zu halten, ignoriert Macron den Wählerwillen und wirbt um die Rechte. Frankreichs Demokratie steckt tief in der Krise. Von Adrienne Woltersdorf
- 02)** Rien ne va plus. Frankreich steht still. Kurz nachdem eine rechtsradikale Regierung verhindert wurde, sieht Macron den politischen Gegner im linken Lager. Von Adrienne Woltersdorf

E. l) Nordwest- und Nordeuropa

Seiten E 211 – E 214

Großbritannien (Seiten E 211 bis E 214)

- 01)** Kein Beliebtheitswettbewerb. Die Stimmung auf dem Labour-Parteitag ist zunächst schlecht. Dabei hat die unpopuläre Starmer-Regierung in den ersten Monaten einiges geleistet. Von Michèle Auga



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1– E 67

01) Strategie der reinen Gewalt. Israels Angriff auf Nasrallah hat der Hisbollah und ihren Verbündeten einen schweren Schlag versetzt. Im Libanon droht nun der nächste lange Krieg

Von Marcus Schneider

Naher Osten/Nordafrika 30.09.2024



Zerstörtes Haus nach einem israelischen Angriff im Libanon: Der Nahe Osten könnte nun völlig ins Chaos abdriften.- *picture alliance / Anadolu | Stringer*

„Es gibt Jahrzehnte, in denen nichts geschieht; und es gibt Wochen, in denen Jahrzehnte geschehen“. Es ist zwar sehr wahrscheinlich, dass Lenin dies ihm zugeschriebene Bonmot nie gesagt hat. Aber kein anderes Zitat bringt derart auf den Punkt, was der Nahe Osten in den letzten anderthalb Wochen erlebte. Der sprichwörtliche israelische Enthauptungsschlag gegen Hisbollahführer Hassan Nasrallah katapultiert die Region in den nach 1982 und 2006 dritten Libanonkrieg. Die amerikanische Strategie einer Eindämmung des Konflikts ist damit gescheitert. Zwar ist ungewiss, ob dies der Auftakt zu einem noch unkontrollierbaren regionalen Flächenbrand ist. Was sich aber bereits jetzt sagen lässt, ist, dass Israel in den letzten Wochen die Gesamtdynamik der regionalen Auseinandersetzung völlig auf den Kopf gestellt hat.

Der britische *Economist* spricht zu Recht von einem [Echo von 1967](#). Wie damals gelingt es Israel durch genauso ruchlose wie tollkühne Schritte, seine Feinde k. o. zu setzen. Die libanesische Hisbollah galt als Israels gefährlichste sicherheitspolitische Herausforderung. Sie war der zentrale Part in der iranischen Strategie der Vorwärtsverteidigung. In wenigen Tagen nur hat Israel fast die gesamte politische und militärische Führung der Organisation eliminiert sowie durch seine weitreichende geheimdienstliche und militärische Durchdringung des Feindes Paranoia innerhalb der Anhänger- und Kämpferschaft geschürt. Der nun völlig zum Krieg eskalierte Konflikt ist eine Demütigung der Hisbollah, auch weil er das zentrale Versprechen der Partei, nämlich die Schutzmacht der bereits arg angeschlagenen Zedernrepublik gegen den zionistischen Erzfeind zu sein, ad absurdum führt.

Seite E 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Die Sechstagekriegs-Allegorie ist auch deshalb so passend, weil Beobachter noch bis eben davon ausgingen, dass an der israelischen Nordfront eigentlich ein Gleichgewicht des Schreckens bestehe. Dies hat sich nun innerhalb von wenigen Tagen als Mythos herausgestellt. Wie einst der stolze Araberführer Gamal Abdel Nasser sackt die angeblich so potente Schiitenmiliz wie ein Soufflé in sich zusammen. Gleich Nasser hatte auch Nasrallah bis zuletzt [das Ohr der arabischen Welt](#). Doch die martialische Rhetorik steht in krassem Gegensatz zum erheblichen militärischen Versagen.

Die bis zu [200 000 Raketen und Geschosse](#), über die die Organisation verfüge, ebenso wie bis zu 40 000 Mann unter Waffen, sollten die Kosten eines Krieges für Israel eigentlich prohibitiv in die Höhe treiben. Davon ist jedoch wenig zu spüren. Systematisch hat die Hisbollah ihre eigene Abschreckung unterminiert, als sie auf immer weitergehende israelische Aggressionen kaum oder nur eingeschränkt reagierte. Es mag die Furcht vor der totalen Eskalation gewesen sein, die Nasrallah die Hand lähmte. Die Strategie seit dem 8. Oktober, dem Beginn der Feindseligkeiten an der Nordfront, war, die Temperatur merklich in die Höhe zu treiben, das Feuer jedoch nicht ausbrechen zu lassen.

Die totale Eskalation ist gleichwohl gekommen. Seine als strategisch getarnte Zögerlichkeit hat der Schiitenführer mit dem Leben bezahlt. Unklar ist, was vom einst sehr umfassenden Arsenal noch übrig ist. Sind die angeblich [10 000 präzisionsgelenkten Raketen](#) mit 500-Kilogramm-Sprengköpfen noch einsatzfähig? Oder wurden sie durch die Präventivschläge der israelischen Luftwaffe bereits weitestgehend zerstört? Und wer könnte ihren Abschuss anordnen, jetzt, wo die Befehlskette zersprengt und hunderte Kommandeure getötet sind? Zwar ließe sich so Israels Zivilbevölkerung empfindlich treffen, von tausenden Opfern müsste ausgegangen werden. Dass ein solcher Einsatz das endgültige Kriegsglück noch wenden könnte, ist aber unwahrscheinlich.

Die totale Überwältigung der Hisbollah ändert auch die regionale Dimension der Konfliktdynamik.

Die totale Überwältigung der Hisbollah ändert auch die regionale Dimension der Konfliktdynamik. Bis vor kurzem ließ die iranisch geführte „Achse des Widerstands“ rhetorisch die Muskeln spielen. Zusammen mit seinem disparaten Netzwerk autonomer Glieder währte sich Teheran auf [der strategischen Siegerstraße](#). Die jemenitischen Huthis sperrten das Rote Meer für die kommerzielle Schifffahrt, in Gaza leistete die Hamas lange Zeit erbittert Widerstand gegen die israelische Übermacht, in Israels Norden gelang es der Hisbollah, effektiv eine Pufferzone im Lande des Feindes zu schaffen. Nasrallahs Tod und die offenbare Agonie der Hamas zeigen nun die Grenzen der militärischen Effektivität. Hat sich die Achse möglicherweise selbst berauscht an all dem Gerede über eine koordinierte Einheitsfront gegen den israelischen Feind? Gegen ein hochgerüstetes, technologisch extrem überlegenes Israel, das zudem eine extrem rücksichtslose Kriegsführung betreibt, hat sie wenig ins Feld zu führen.

Überhaupt hat Israel in diesen letzten Tagen das wiederhergestellt, was am 7. Oktober verloren ging: [den Mythos der eigenen Unbesiegbarkeit](#) und der in jeder Hinsicht absolut überlegenen, technologisch-militärisch-geheimdienstlichen regionalen Supermacht. Gegen die ihre Gegner aussehen wie Maulhelden, die einer nach dem anderen dem Tod geweiht sind. Insbesondere der Iran steht nun vor einem extrem unangenehmen Dilemma. Einen großen Regionalkrieg scheut die Islamische Republik wie der Teufel das Weihwasser. Damit würde sie das Überleben des eigenen Regimes aufs Spiel setzen. Groß ist die [Paranoia im Iran](#), dass Israel Teheran genauso geheimdienstlich durchdrungen haben könnte wie die Hisbollah. Zuschauen, wie mit der Hisbollah der langjährigste, loyalste und eigentlich militärisch fähigste Verbündete zerstört wird, kann Teheran aber auch nicht.

Seite E 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Nicht nur aus strategischen Gründen, denn die Schiitenmiliz war eigentlich das Kernstück in [Irans Strategie der Vorwärtsverteidigung](#). Ihre auf Israel zielenden Raketen waren die Überlebensversicherung für das Atomprogramm, die verhindern sollte, dass der zionistische oder amerikanische Erzfeind Iran selbst attackierten. Hisbollahs Schwächung gefährdet nun Irans Sicherheit. Gleichwohl verstärkt es die militärische Logik hinter dem Atomprogramm – eine Dynamik, die ihrerseits stark konfliktverschärfend wirkt.

Aber nicht nur strategisch steht der Iran vor einem fast unauflösbaren Dilemma. Die Achse ist vor allem ein ideologisches Projekt. Den Untergang des wichtigsten Verbündeten zuzulassen, noch dazu derjenigen Organisation, die für Teheran häufig als militärischer und diplomatischer Intermediär zu anderen Milizen wirkte, wäre ein Gesichtverlust, der den Bestand des Netzwerks selbst gefährdete. Der Verlust Nasrallahs ist hier am schmerzhaftesten zu spüren. [Seine Bedeutung für die Achse kann kaum überschätzt werden](#). Der Schiitenführer war eine fast schon mythische Figur. Zu Tausenden brachen die Menschen im Libanon physisch zusammen, als die Hisbollah seinen Tod offiziell verkündete. Ein einziges Wehklagen war über den Dächern der Dahiye, der südlichen Beiruter Vorstadt, zu hören. [Aus dem Irak, der zweiten arabischen Schiitenhochburg](#), sind ähnliche Szenen überliefert. Ehrfurcht und Anbetung, aber auch Schrecken und Hass waren die Emotionen, die sein Name hervorrief, der übersetzt „Sieg Gottes“ bedeutet und der die Hisbollah über drei Jahrzehnte lang mit eiserner Hand führte.

Groß ist die Furcht, dass die israelische Militärmaschinerie im Libanon ähnlich vorgehen könnte wie in Gaza.

Der weitaus weniger charismatische iranische Revolutionsführer Ali Khamenei wird sich wahrscheinlich, so risikoreich, wie er ist, über eine Art Mittelweg aus dem unauflösbaren Dilemma herauszuwinden suchen. Teherans Präferenz dürfte sein, das anfänglich triumphale Israel im Libanon in einen Abnutzungskrieg zu zwingen. Israel versucht jetzt schon, den Flughafen und die Grenzen nach Syrien zu kontrollieren, was darauf hindeutet, dass man sich auf eine längere Operation einstellt. Das Risiko eines Flächenbrands ist damit keinesfalls gebannt, auch wenn alle Groß- und Regionalmächte an einem solchen kein Interesse haben.

Für den Libanon ist diese Entwicklung katastrophal. Nur eine Woche Krieg hatte [bereits über 1 000 Tote](#) zur Folge. Noch nicht dazu gezählt sind womöglich hunderte Opfer, die allein der Schlag gegen das mutmaßliche Hisbollah-Hauptquartier in einem belebten Stadtteil verursacht hat. Die Bombenlast war so groß, dass die Körper der Menschen buchstäblich pulverisiert wurden. Laut Regierung haben die massiven israelischen Bombardements, insbesondere in den Gebieten mit großem schiitischem Bevölkerungsanteil im Süden und Osten des Landes, [bereits eine Million Binnenvertriebene](#) produziert. In Beirut schlafen die Geflüchteten unter offenem Himmel. Betroffen sind auch viele der über eine Million Syrer, die als Flüchtlinge nun abermals fliehen müssen.

Groß ist die Furcht, dass die israelische Militärmaschinerie im Libanon ähnlich vorgehen könnte wie in Gaza. Die post-apokalyptische Vernichtungslandschaft dort ist Warnung genug. IDF-Animationsfilme, die [vermeintliche Cruise-Missiles zeigen](#), die versteckt in Privathäusern lagern, sollen Israel die Rechtfertigung geben, jegliche zivile Infrastruktur in Schutt und Asche zu legen. Evakuierungsaufrufe erfolgen nicht für einzelne Dörfer und Stadtteile, sondern bereits für ganze Großregionen des Landes. Ziel ist ganz offenbar eine Kollektivbestrafung der gesamten schiitischen Bevölkerung. Aufrufe, den Libanon [„in die Steinzeit“ zu bomben](#), sind bereits seit Monaten von mehreren israelischen Politikern bekannt.

Militärische Potenz geht in Israel einher mit politischer Hybris.

Ob diese Strategie der reinen Gewalt mittelfristig Erfolg haben wird, ist mehr als fraglich. Neben massiven zivilen Opfern schürt sie Hass und Gewalt, und das auf Jahrzehnte. Militärische Potenz geht in Israel einher mit politischer Hybris. Den Preis freilich zahlen andere. [Ein Land, das großen Teilen der Welt vorhält, die zivilen Opfer des 7. Oktober nicht ausreichend zu würdigen](#), legt eine erstaunliche Verachtung an den Tag, wenn es um zivile Opfer auf der anderen Seite geht. Es sei daran erinnert, dass dieser nun ausgebrochene Krieg keinesfalls alternativlos war. Er wurde Israel in der Form auch nicht aufgezwungen. [Nasrallahs Forderung nach einem Ende der militärischen Auseinandersetzungen bestand in einem Waffenstillstand in Gaza](#), wo die waidwunde Hamas militärisch kaum noch eine Gefahr darstellt. Eine Forderung, die außer dem ermordeten Hisbollahführer auch die UN-Generalversammlung, der Sicherheitsrat, die deutsche Bundesregierung und, zumindest rhetorisch, die USA teilten. Die humanitäre Apokalypse in Gaza reicht wohl nicht aus, um der dort dahinsiechenden palästinensischen Bevölkerung eine Überlebensperspektive zu bieten. Jetzt wird der nächste Krieg eskaliert.

Sollte mit hoher Wahrscheinlichkeit die Bodenoffensive folgen, wäre ein Ende des Krieges kaum abzusehen. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich Israel im Libanon verhedderte. Anders als Gaza ist der Libanon keine Enklave. Sein Hinterland reicht bis in den Iran. Zwar ist die Hisbollah derzeit im wahrsten Sinne des Wortes kopflos. Die Organisation ist jedoch verankert und ideologisch gefestigt genug, um in den Kampf zurückzufinden. Insbesondere wenn er im eigenen Land geführt wird. Eine physische Front mit dem Erzfeind dürfte den Libanon zudem zu einem Mekka für die globalen Dschihadisten machen. Man möchte sich nicht ausmalen, was von dem Land nach einer solchen Konfrontation noch übrigbliebe.

Nicht zuletzt ist dieser Krieg auch ein Scheitern der Amerikaner. Ziel der Weltmacht war es, eine Eskalation über Gaza hinaus zu vermeiden. Seit Monaten nun versuchen Präsident Biden und sein Außenminister einen Waffenstillstand zu vermitteln. Es ist atemberaubend zuzusehen, wie der israelische Premierminister den altersschwachen US-Präsidenten dabei [immer wieder vor den Augen der Welt demütigt](#). Niemand sollte sich darüber täuschen: Es sind amerikanische Waffen, amerikanische Munition und amerikanisches diplomatisches Backing, die Israel den Krieg im Libanon erst ermöglichen. Und doch, politisch sind die Kräfteverhältnisse völlig in ihr Gegenteil verkehrt.



Marcus Schneider, Beirut

Marcus Schneider leitet das FES-Regionalprojekt für Frieden und Sicherheit im Mittleren Osten mit Sitz in Beirut, Libanon. Zuvor war er für die FES unter anderem als Leiter der Büros in Botswana und Madagaskar tätig.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/strategie-der-reinen-gewalt-7810/?utm_campaign=de_40_20241001&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Rotes Tuch für Washington? Japans neuer Premier Shigeru Ishiba wirbt für Atomwaffen. Seine außenpolitischen Vorschläge stoßen in den USA auf wenig Gegenliebe

Von Sven Saaler

Asien 01.10.2024



Im fünften Anlauf erfolgreich: Shigeru Ishiba ist der neue Premierminister in Japan.- *picture alliance / Zumapress | Pool*

Japan hat einen neuen Premierminister. Nachdem die Liberaldemokratische Partei Shigeru Ishiba Ende September in einer knappen Entscheidung zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt hatte, bestätigte das Parlament am 1. Oktober den 67-jährigen Politiker als neuen Regierungschef.

Ishiba hatte bereits zum fünften Mal für den LDP-Parteivorsitz kandidiert, konnte sich allerdings in der Vergangenheit nie gegen die mächtigen innerparteilichen Gruppierungen (Faktionen) durchsetzen, von deren Ränkespielen er sich stets distanziert hat. Vielmehr redet Ishiba gerne Klartext, kritisiert offen Entscheidungen seiner Parteifreunde und provoziert auch gerne einmal. So trat er auch immer wieder als Rivale des langjährigen Premierministers Shinzo Abe ins Rampenlicht. Bevor Abe 2020 einem Attentat zum Opfer fiel, war Ishiba der einzige LDP-Politiker, der den Mut hatte, Abe auf dem Höhepunkt seiner Macht herauszufordern. Aufgrund seiner Distanz zu den innerparteilichen Gruppierungen war Ishiba allerdings nicht von den jüngsten Spendenskandalen betroffen und befürwortete die Auflösung der Faktionen sowie eine Reform des Parteispendengesetzes. Genau das machte ihn bei Umfragen zum populärsten der neun zur Wahl angetretenen Kandidaten, was auch die Partei letztlich anerkennen musste. Nur Ishiba traute man letztendlich zu, den Ruf der Partei wiederherzustellen und die Partei aus dem Umfragetief zu führen.

Die Neuwahl zum Parteivorsitz stand turnusmäßig an, war aber insofern ungewöhnlich, als Amtsinhaber und Premierminister Fumio Kishida im August überraschend bekanntgegeben hatte, nicht wieder anzutreten zu wollen. Kishida hatte eine proaktive Aufklärung der [jüngsten Spendenskandale](#) betrieben, konnte aber letztlich weder seine Partei noch die Bevölkerung überzeugen – zuletzt lagen seine [Zustimmungswerte bei unter 20 Prozent](#). Vor allem die mangelnde Unterstützung in der eigenen Partei dürfte letztlich seinen Rückzug veranlasst haben.

Seite E 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Der neue Premier Ishiba gilt als Vertreter einer proaktiven Außen- und Sicherheitspolitik und wird aller Voraussicht nach den Kurs seiner Vorgänger fortsetzen, ebenso die Vertiefung der sicherheitspolitischen Kooperation Japans mit europäischen Staaten, inklusive [Deutschland](#). Gleichzeitig ist eine Vertiefung des Dialogs mit den Nachbarstaaten zu erwarten, welcher in den zahlreichen auf militärische Kooperation abzielenden Initiativen der letzten Monate und Jahre deutlich [zu kurz gekommen](#) ist.

Der ehemalige Verteidigungsminister ist nicht unbedingt als „Taube“ bekannt.

Dabei ist der ehemalige Verteidigungsminister nicht unbedingt als „Taube“ bekannt und scheut sich auch nicht, kontroverse Vorschläge ins Gespräch zu bringen. So hat er in der Vergangenheit mit der Möglichkeit der atomaren Bewaffnung Japans und der Einführung der Wehrpflicht geliebäugelt. Ersteres ist aufgrund der Mitgliedschaft Japans im Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT) allerdings kaum umsetzbar – im Falle einer Kündigung des NPT-Vertrags würde Japan sich auf eine Stufe mit dem aufgrund seines Atomwaffenprogramms scharf verurteilten Nordkorea stellen. Zweiteres wird in der Gesellschaft strikt abgelehnt. Eine Wehrpflicht steht nicht nur im Konflikt mit der Verfassung, sondern auch mit dem tief verankerten Pazifismus, der Japans Nachkriegsgesellschaft bis heute prägt. Nur wenige Japanerinnen und Japaner können sich eine Karriere im Militär vorstellen. In den letzten Jahren haben die Selbstverteidigungskräfte die [anvisierte Zahl von Rekruten stets verfehlt](#). Dies hängt natürlich mit der demografischen Entwicklung zusammen, also mit sinkenden Geburtenraten und der Überalterung der japanischen Gesellschaft, sowie mit dem allgemein herrschenden Arbeitskräftemangel. Trotz der guten sozialen Absicherung und des Beamtenstatus gilt das Militär nicht als attraktive Berufswahl.

Ishiba entschied die Wahl nur knapp für sich – nur wenige Stimmen hinter ihm landete mit Sanae Takaichi erstmals eine Frau auf Platz 2 einer Wahl zum LDP-Vorsitz. Ob die mit 62 Jahren etwas jüngere Politikerin als erste Frau auf dem Posten des Parteivorsitzenden und des Premierministers ein Segen für Japan gewesen wäre, bezweifeln jedoch viele. Takaichi wird als Nachfolgerin von Shinzo Abe angesehen und ist bekannt für ähnlich rechtslastige Positionen sowie als Verfechterin der inzwischen als [gescheitert angesehenen Wirtschafts- und Fiskalpolitik Abenomics](#). Ishiba dagegen will die unter Kishida begonnene Abkehr von *Abenomics* fortführen. Angesichts der seit Jahrzehnten [stagnierenden Einkommen in Japan](#) will er sich für signifikante Lohnerhöhungen einsetzen sowie die Regionen fördern, um der Abwanderung aus ländlichen Räumen entgegenzuwirken – der neue Premier stammt selbst aus Tottori, einer Präfektur, die stark von Landflucht betroffen ist. Als einziger der neun Kandidaten hat sich Ishiba weiterhin für die Abkehr vom Ausbau der Atomenergie sowie eine stärkere Förderung Erneuerbarer Energien ausgesprochen.

Am klarsten distanzierte sich Ishiba von Takaichi in der höchst emotional geführten Debatte um die Frage, ob Ehepartner verschiedene Familiennamen führen dürfen. Japan ist, basierend auf einem Gesetz aus dem Jahre 1912, das einzige Land, in dem es Ehepartnern verboten ist, unterschiedliche Namen zu führen. Ishiba schlägt eine zügige Revision des Gesetzes vor, Takaichi dagegen vertritt lautstark die Position, dass eine solche Revision zu „sozialer Verwirrung“ und zu einem Kollaps des „traditionellen“ Familiensystems führen würde. Mit Tradition hat die Regel indes nichts zu tun. Vor 1868 führten die meisten Japanerinnen und Japaner gar keine Familiennamen. Ein Familienname war ein Privileg des Adels; die Bauern, mehr als 90 Prozent der Bevölkerung, mussten sich mit Vornamen zufriedengeben. Das änderte sich erst während der Modernisierung des Landes im späten 19. Jahrhundert, als Familienregister verpflichtend wurden. „Verwirrung“ stiftet eher das Verbot der individuellen Namensführung. Denn wenn ein Ehepartner bereits auf dem Weg zu einer erfolgreichen Karriere ist, kommt eine Namensänderung meist ungelegen. Manche Frauen und auch einige Männer nutzen daher im Berufsleben nicht ihren registrierten

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Familiennamen, sondern ihren Geburtsnamen. Es ist offensichtlich, dass das Führen von zwei Namen zumindest für die betroffene Person „verwirrender“ sein muss als das Führen verschiedener Familiennamen in der Ehe.

Trotz ihrer eigenen Rhetorik ist es ausgerechnet Takaichi selbst, die sich lautstark für die Verwendung des Geburtsnamens im Falle drohender beruflicher Nachteile ausspricht. Sie hat sogar selbst in der Vergangenheit die Verwendung verschiedener Namen in Ehe und Beruf praktiziert. Als sie 2004 den Abgeordneten Yamamoto Taku zum ersten Mal heiratete (das Paar wurde später geschieden und heiratete 2021 ein zweites Mal), nahm sie den Namen Yamamoto an, führte aber ihre Politik-Karriere unbeirrt als „Sanae Takaichi“ fort.

Ishiba hat kürzlich vorgeschlagen, das auf die USA zentrierte Sicherheitssystem in Ostasien in eine multilaterale „asiatische NATO“ umzugestalten.

Ishiba muss nun in den nächsten Wochen und Monaten beweisen, dass er der Aufgabe, die er so lange angestrebt hatte, gewachsen ist. Außenpolitisch wird er sich mit einer neuen US-Administration arrangieren müssen. Das wird nicht ganz einfach werden, denn er hat in der Vergangenheit mehrfach eine Revision der [Stationierungsverträge der US-Truppen](#) gefordert, da diese seiner Meinung nach Japans Souveränität beeinträchtigten. Für Washington ist eine solche Revision ein rotes Tuch. Außerdem hat Ishiba kürzlich vorgeschlagen, das auf die USA zentrierte Sicherheitssystem in Ostasien in eine multilaterale „[asiatische NATO](#)“ umzugestalten. Damit ist er in Washington auf wenig Gegenliebe gestoßen, vor allem, weil er es damit begründete, dass die USA relativ gesehen an Macht und Einfluss eingebüßt hätten. Obendrein sind sowohl die USA als auch Japan bereits in multilaterale Initiativen, wie zum Beispiel [Quad](#) und AUKUS, involviert. Für den Dialog mit den Nachbarstaaten könnte sich Ishiba als Glücksfall erweisen. Der neue Premierminister ist in der Vergangenheit nicht durch verbale Entgleisungen oder Fehlritte kontroverser Natur aufgefallen, etwa bezüglich Japans Kriegsvorgang. Hier dürften sich für Ishiba signifikante Spielräume für Dialog ergeben.

Vor allem aber muss Ishiba beweisen, dass er Wahlen gewinnen kann – denn nur aus diesem Grund hat die Mehrheit der LDP-Abgeordneten ihn der kontroversen Takaichi vorgezogen. Ishiba hat angekündigt, das Unterhaus aufzulösen, und Neuwahlen für den 27. Oktober ausgerufen. Wenn die Bevölkerung ihm in dieser Wahl nicht ihr Vertrauen ausspricht, könnte sich die innerparteiliche Balance bald gegen Ishiba wenden. Ein erneuter Rechtsruck in der LDP wäre die unweigerliche Folge seines Scheiterns.



Sven Saaler, Tokio

Dr. Sven Saaler leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Japan und ist Professor für moderne japanische Geschichte an der Sophia-Universität in Tokio.

https://www.ipg-journal.de/regionen/asien/artikel/rotes-tuch-fuer-washington-7806/?utm_campaign=de_40_20241001&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Das Märchen der Re-Nationalisierung. In einer immer komplexeren Welt ist mehr Multilateralismus unabdingbar – die G20 sollte dabei eine treibende Kraft sein

Von Markus Engels

Global 26.09.2024



Große Gesten: Boris Johnson beim G20-Gipfel in Rom.-*picture alliance / AP | Kirsty Wigglesworth*

Es eint Donald Trump mit Boris Johnson („We will take back control“) und anderen nationalen Populisten, wenn sie die Rückeroberung nationaler Souveränität als Lösung für innenpolitische Probleme versprechen. Auch wenn bereits vielfach nachgewiesen ist, dass eine Re-Nationalisierung weder gut funktioniert noch die erhofften Wohlstandsgewinne bringt, scheint diese populistische Forderung ein Dauerbrenner in nationalen Wahlkämpfen zu sein – selbst bei Regionalwahlen, obschon Regionalregierungen nahezu keinen Einfluss auf Globalisierungsprozesse haben. Die Haltung „Ich regle das national!“ ist wohl verführerischer als der Fakt, dass weder innere noch äußere Sicherheit im nationalen Alleingang gewährleistet werden können, auch Migrationsbewegungen kaum regional kontrollierbar sind. Das gilt auch für Energiesicherheit, Gesundheitsvorsorge, den Kampf gegen den Klimawandel, Wohlstandsmehrung und die Versorgung der Bevölkerung mit zentralen Gütern und Dienstleistungen.

In Anlehnung an das dänische Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ [aus dem frühen 19. Jahrhundert](#) muss man wohl unermüdlich auf die irreführende Polemik von Problemlösungen durch Re-Nationalisierung hinweisen, wenn der nationale Mainstream in vielen Ländern nationalistisch zu blinken beginnt: Denn es ist wie beim Kaiser im Märchen, der keine Kleider trägt. Jeder sieht es, aber nur ein unschuldiges Kind traut sich, es auszusprechen. Re-Nationalisierung führt eher zur Vergrößerung von Problemen und nicht zu deren Lösung. Wer glaubt, dass man sich abkoppeln sollte von Weltwissen und Kultur, einem internationalen Arbeitsmarkt und globalen Handelsströmen, der denkt auch, dass man beim Verstecken-Spielen am besten die Augen zuhält, um nicht gefunden zu werden.

Denn Re-Nationalisierung führt eher zur Vergrößerung von Problemen und nicht zu deren Lösung.

Dass das keine theoretische Debatte ist, konnte zuletzt in England besichtigt werden, wo es nach dem Brexit nicht etwa mehr Unabhängigkeit und Wohlstand gibt, sondern im Gegenteil: London versinkt immer mehr in einem ökonomischen Chaos, das sich negativ auf Arbeitsplätze, Kaufkraft, die Kultur und letztlich auf die politische Stimmung im Land auswirkt. Entgegen allen Versprechungen, die in der Brexit-Kampagne gegeben wurden, leidet auch das Gesundheitssystem unter der britischen Re-Nationalisierung. Ein kurzer Blick zum Beispiel auf das deutsche Gesundheitssystem sollte genügen: Es sind vielfach [Menschen mit Migrationshintergrund](#), die in Krankenhäusern, Altenheimen und Pflegeeinrichtungen arbeiten, [weil ohne sie der Bedarf kaum gedeckt werden kann](#).

Wenn man sich allein vergegenwärtigt, dass ein Auto aus mehr als 10 000 einzelnen Bauteilen besteht, die in einer Vielzahl von Ländern produziert werden, dass eine moderne Volkswirtschaft abhängig ist von Menschen und ihrem Wissen auf der ganzen Welt, kann dieses negative Resultat des Brexits nicht überraschen, ja, es war sogar im Vorfeld absehbar. Multilateralismus und internationaler Austausch führen zu einer Win-Win-Situation, während eine Rückkehr zum Nationalismus zu einem machtpolitischen Nullsummenspiel oder sogar zu einem Regress in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung führt.

„Me first“ ist dabei offensichtlich kein tragfähiges Konzept – es funktioniert noch nicht einmal in kleinen sozialen Gruppen, die keiner Gewaltherrschaft unterworfen sind.

Wie schon in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert ist eine globale Interdependenz analytischer Kern für Souveränität, es geht also um [„verschränkte Souveränität“](#). Dieser Befund sollte auch in Wahlkämpfen ehrlich benannt werden – und er muss institutionelle Konsequenzen haben. Denn die Wahrheiten sind: Die Herausforderungen mit oft heftigen Ausschlägen in den Nationalstaaten und Regionen sind im 21. Jahrhundert ursächlich oft global. Darum müssen multilaterale Strukturen dort gestärkt werden, wo die entscheidenden Spieler zur Lösung der globalen Probleme zusammensitzen.

Jeder ehrliche Wahlkämpfer sollte die begrenzte nationale Lösungskompetenz eingestehen und den anspruchsvollen Weg des Multilateralismus verdeutlichen, beziehungsweise seinen Vorsatz, wie das Erreichen einer internationalen Lösung befördert werden kann. *Me first* ist dabei offensichtlich kein tragfähiges Konzept – es funktioniert noch nicht einmal in kleinen sozialen Gruppen, die keiner Gewaltherrschaft unterworfen sind.

Auch wenn es bereits ein UN-System gibt, das an vielen Stellen tagtäglich gute Arbeit leistet und trotzdem oft unberechtigt harsch kritisiert wird, sollte – in Ergänzung – das G20-System gestärkt werden, um Armutsüberwindung, Bekämpfung des Klimawandels, Regulierung der digitalen Welt, fairen Handel und Migrationsregulierung effektiv im Sinne eines globalen Gemeinwohls zu beschleunigen. Die G20 haben in den letzten Jahren vieles unternommen, um ihre globale Akzeptanz zu erhöhen, auch indem sie inhaltlich sachgerechte Vorschläge vorgebracht haben. Zwar besteht die „Group of 20“ auch nach der Aufnahme der Afrikanischen Union nur aus 21 Mitgliedern und ist damit weit entfernt von der nahezu universellen Repräsentanz der UN; aber auch die Vereinten Nationen sind in ihrem wichtigsten Gremium, dem Sicherheitsrat, völlig anachronistisch und wenig repräsentativ zusammengesetzt.

Die Regierungen der G20 repräsentieren nahezu zwei Drittel der Weltbevölkerung, vier Fünftel des globalen Bruttosozialprodukts und alle Kontinente sind vertreten: Selbst die Zivilgesellschaften sind über sogenannte *engagement groups* eingebunden, etwa weltweit

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

führende Thinktanks, Gewerkschaften, Frauen- und Jugendverbände, Wirtschaftsvertreter und Kommunen. Gleichzeitig können die G20 immer noch effizient arbeiten, sind gut koordiniert und bei politischen Vorschlägen oft innovativ.

Aber nicht nur der allgemeine, institutionelle Aufbau der G20 beeindruckt. Die Vielzahl fundierter Vorschläge etwa zur besseren Finanzierung nationaler Haushalte, zur Regulierung der internationalen Migration und des digitalen Zeitalters oder zum Kampf gegen den Klimawandel lässt wünschen, dass Regierungen, Parlamente und Medien intensiver [aus dem Füllhorn der problemorientierten Lösungsvorschläge schöpfen](#). Wenn aber mehr von den interessanten Vorschlägen aus den G20 in den nationalen Hauptstädten und den Öffentlichkeiten ankommen soll, muss das System an einigen Stellen reformiert werden.

Es ist höchste Zeit, dem Multilateralismus im Sinne einer Weltinnenpolitik einen kräftigen Schub zu verleihen.

In mindestens drei Bereichen ist der Reformbedarf offensichtlich: Erstens müssen die G20 vom Beratungs- zum Beschlussgremium werden. Bislang sind die G20 ein informelles Gremium, das keine rechtsverbindlichen Beschlüsse fasst. Allerdings drängt bei vielen globalen Herausforderungen offensichtlich die Zeit, sodass es kaum noch zu vermitteln ist, warum es vieler Umwege bedarf, um zu einer rechtsverbindlichen Regulierung zu kommen, wenn sich die G20-Mitglieder bereits auf ein Vorgehen verständigt haben. Das bedeutet konkret, dass die G20 in eine internationale Organisation überführt werden sollte – ähnlich wie die KSZE in den 1990er Jahren zur OSZE wurde.

Zweitens, die Repräsentanz der G20 muss weiter verbessert werden. Auch wenn durch die Aufnahme neuer Mitglieder und durch die regelmäßige Einladung von Gästen die G20 wichtige Schritte zur besseren Repräsentanz unternommen hat, könnte zum Beispiel durch die Mitgliedschaft der Staaten, [die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind](#), ein deutliches Zeichen gesetzt werden, dass die Verursacher von Krisen die Betroffenen bei der Lösung einbeziehen. Auch gilt es, die Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Gruppen festzuschreiben und ihre Partizipation zu ermöglichen. Das mag finanzielle Implikationen haben. Ob die nationalen Parlamente und das Europaparlament die G20 institutionell begleiten wollen, werden sie selbst entscheiden müssen. Parlamentarische Versammlungen von anderen internationalen Organisationen könnten als Beispiel dienen. Diese stärken inhaltlich und durch bessere Repräsentanz schon jetzt die Regierungsorganisationen.

Drittens, die Organisation der G20 muss verstetigt und professionalisiert werden. Bislang obliegt es der jährlich wechselnden G20-Präsidentschaft, ihre Prioritäten zu benennen und die entsprechenden Sitzungen vorzubereiten. Länder, die eine funktionierende Administration und eine lebendige Zivilgesellschaft besitzen, können eine G20-Präsidentschaft kompetent und zielorientiert durchführen. Das ist aber nicht immer gewährleistet. Deshalb sollte ein permanentes Sekretariat die unzähligen G20-Sitzungen vorbereiten, also Prioritäten, Beschlussvorlagen und Tagesordnungen entwerfen, die Einhaltung der Beschlüsse überwachen und die stetige Einbeziehung der Zivilgesellschaft sicherstellen.

Mitte November findet in Rio de Janeiro der nächste G20-Gipfel unter brasilianischer Präsidentschaft statt. Es ist höchste Zeit, dem Multilateralismus im Sinne einer Weltinnenpolitik einen kräftigen Schub zu verleihen. Die G20 zu stärken, könnte angesichts der immer sichtbarer werdenden Spaltung der Welt das notwendige Signal hierfür sein.



Markus Engels

Dr. Markus Engels ist Generalsekretär der *Global Solutions Initiative* (GSI), eines internationalen Thinktank-Netzwerks, das sich für eine Neuausrichtung zu mehr Nachhaltigkeit, gesellschaftlicher Solidarität und individuellem Empowerment einsetzt. Die GSI ist unabhängig und formuliert u.a. Empfehlungen für die G20.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/das-maerchen-der-re-nationalisierung-7784/?utm_campaign=de_40_20240926&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) „Die Nervosität war greifbar“. Michael Bröning in New York über den UN-Zukunftspakt, die Rolle Deutschlands bei den Verhandlungen und Last-Minute-Störversuche Russlands

Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis

Interviews 23.09.2024



Bis zuletzt musste gebangt werden, ob der von Deutschland und Namibia ausgehandelte UN-Zukunftspakt angenommen würde.- *picture alliance / Zumapress | Bianca Otero*

Die Fragen stellte [Nikolaos Gavalakis](#).

In New York hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen den UN-Zukunftspakt verabschiedet. Ist der Multilateralismus jetzt gerettet?

Zumindest gibt es ein Lebenszeichen. Es wäre wirklich ein dramatisches Signal gewesen, wenn die Verhandlungen zum Zukunftspakt nach Jahren der Vorbereitung einfach gescheitert wären. Aber natürlich ist das Resultat ein Dokument der Ambivalenz. Immerhin

Seite E 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

erleben wir eine Zeit, in der sich Mitglieder des Sicherheitsrats offen feindselig gegenüberstehen. Und nun verabschieden eben diese Staaten ein Dokument, das ein Loblied auf die Zusammenarbeit und die Charta der Vereinten Nationen anstimmt. Da darf natürlich mit Recht gefragt werden, was diese Sprache in der Realität bedeutet.

Klar ist: Auch dieses Dokument reflektiert die geopolitischen Spannungen und die anhaltenden Dysfunktionalitäten der Vereinten Nationen in Zeiten der Konfrontation. Selbst ein Zukunftspakt ist eben in der Gegenwart verortet. In der aber stehen die Zeichen nach wie vor auf Konflikt. Und zur ungeschminkten Wahrheit gehört auch: In den Kriegen in der Ukraine und in Gaza konnten die Vereinten Nationen bislang nicht als Gamechanger in Erscheinung treten. Dies aber bleibt natürlich nicht unbemerkt – ebenso wenig wie westliche Doppelstandards in der Auseinandersetzung mit diesen Konflikten. Dennoch zeigt die breite Zustimmung über Kontinente hinweg eben auch: Es gibt eine kritische Masse für den Multilateralismus, für Zusammenarbeit, und auch das ist nicht geringzuschätzen.

Was sind die wichtigsten Punkte, die der Pakt beinhaltet?

Der Pakt besteht eigentlich aus drei Pakten: dem Hauptdokument mit 56 Aktionen, zu denen sich die Weltgemeinschaft verpflichtet – allerdings natürlich völkerrechtlich nicht verbindlich –, sowie einem Digitalpakt, der vor allem die technischen Herausforderungen der digitalen Entwicklungen zum Beispiel in Sachen Künstliche Intelligenz behandelt, und einem Jugendpakt, der sich insbesondere auf die Interessen der jungen und kommenden Generationen bezieht. Wie bei einem so umfassenden Forderungskatalog nicht anders zu erwarten, ist das Spektrum breit. Es geht um alles: von Frieden und Sicherheit, über UN-Reformen, nachhaltige Entwicklung, Armutsbeseitigung, Diskriminierung und Verschuldung bis hin zum Klimawandel. Es ist wie ein großes Buffet: Für fast jeden ist etwas dabei, aber für fast jeden findet sich eben auch schwer Verdauliches. So erklären sich eben nun auch die unterschiedlichen Bewertungen. Das Glas ist eben immer halb voll oder halb leer.

Oftmals sind Nichtregierungsorganisationen die Einzigen, die Tacheles reden.

Gerade im Bereich Frieden und Sicherheit sowie der Reform des UN-Sicherheitsrats sind die Ergebnisse dabei erwartbar schwach geblieben. Die Sprache ist vage und unkonkret. Etwa das Kapitel zur Reform des Sicherheitsrats war zunächst über Monate aus den Entwürfen ausgespart worden. Am Ende wurde nun ohne Diskussion ein Formelkompromiss eingefügt. Die Ansichten nicht zuletzt zwischen den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats liefen so weit auseinander, dass sich offenbar nicht einmal ernsthafte Auseinandersetzungen lohnten. Auf ein paar salbungsvolle, unverbindliche Worte aber konnte man sich dann verständigen.

Deutschland hat mit Namibia bei der Verhandlung des Pakts eine tragende Rolle gespielt. Bundeskanzler Olaf Scholz sprach auch unmittelbar nach der Verabschiedung vor der Generalversammlung.

Das ist richtig. Nicht zuletzt das Engagement der deutschen ständigen Vertretung hier war enorm. In einem aufwändigen Prozess wurden über Jahre nicht nur diplomatische Gespräche geführt, sondern eben auch zivilgesellschaftliche Stimmen in die Beratungen geholt. Natürlich ist das immer auch eine etwas heikle Angelegenheit. Gerade autoritäre Staaten sehen jedes zivilgesellschaftliche Engagement mit Argusaugen. Denn oftmals sind Nichtregierungsorganisationen die Einzigen, die Tacheles reden. Zugleich ist die UN eben eine zwischenstaatliche Organisation. Manchmal hat es den Anschein, das Vorzeigen von

zivilgesellschaftlichen Stimmen soll darüber hinwegtrösten, dass die Unterstützung manch einer Regierung am Ende dann doch eher halbherzig ausfällt – zumal wenn es um die Umsetzung geht.

Im Vorfeld existierten große Unsicherheiten, ob es zu einer Einigung kommen würde. Wo gab es die größten Widerstände?

Die Nervosität in den vergangenen Tagen hier in New York war greifbar. Selbst alte UN-Hasen meinten, es gebe eine nicht triviale Chance, dass der Pakt auf den letzten Metern noch vor die Wand fährt. Bis zuletzt gab es dann auch massive Widerstände, angeführt und orchestriert von Russland, unterstützt von einigen der üblichen Verdächtigen, von Syrien bis Venezuela. Man ist hier in New York einiges gewohnt, was Störtaktiken angeht. Und im diplomatischen Umfeld ist das Augenrollen fast schon chronisch, wenn es um Last-Minute-Kommentare russischer Vertreter in komplizierten Verhandlungen geht. Aber das hier hatte in den vergangenen Tagen dann doch eine neue Qualität. Ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrats, das sich weigert, nukleare Erpressung zu verurteilen? Darauf muss man auch erst mal kommen. Dennoch zeigt die Klarheit des Ergebnisses dann auch, dass die Widerstände eben nur eine Minderheit der Minderheit repräsentieren. Der Störversuch Russlands im Vorfeld der Verabschiedung wurde jedenfalls von einer klaren Mehrheit der vertretenen Staaten zurückgewiesen.

Was bedeuten die Ergebnisse für die Zukunft der UN?

Die Vereinten Nationen haben ein Lebenszeichen ausgesandt. Nicht mehr und nicht weniger. Auch ein solcher Reformgipfel kann die strukturellen Blockaden der Gegenwart eben nicht im Hauruck-Verfahren beseitigen. In vielerlei Hinsicht war das Timing natürlich alles, aber nicht optimal. In der herrschenden Großwetterlage konnte schon der Eindruck entstehen, hier passen einige Dinge nicht zusammen: War es der falsche Prozess zur richtigen Zeit? Oder doch eher [der richtige Prozess zur falschen Zeit](#)? Doch wie dem auch sei: Jetzt haben wir ein Ergebnis. Und es ist zu erwarten, dass auch konkrete Reformschritte etwa in den internationalen Finanzinstitutionen folgen. Im kommenden Juni etwa wird es in Sevilla auf einer internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung unter anderem um solche Fragen gehen. Auch in Hamburg geht es weiter mit einem Gipfel in Sachen Nachhaltigkeit. Der *Summit of the Future* – in New York natürlich gerne als SOTF abgekürzt, wie alle UN-Prozesse – ist jetzt schon wieder Vergangenheit. Aber es *geht weiter*. Und *manchmal ist das schon ein Erfolg*.



Michael Bröning
New York

Michael Bröning leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in New York und ist Mitglied der Grundwertekommission der SPD.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/die-nervositaet-war-greifbar-7794/?utm_campaign=de_40_20240924&utm_medium=email&utm_source=newsletter

05) Widersprüchlich, teils kontraproduktiv. Der UN-Zukunftspakt verpasst es, die größten Probleme der Welt anzugehen. Vier Punkte stechen besonders hervor

Von Albert Denk & Gabriele Köhler

Global 24.09.2024



Climate Families NYC präsentieren ihre Forderungen vor dem Zukunftsgipfel der UN.-
picture alliance / Sipa USA | Erik McGregor

Was kommt raus, wenn Vertreterinnen und Vertreter von 193 Staaten die Bedürfnisse und Interessen von heute und zukünftig lebenden Menschen weltweit in Einklang bringen möchten? Kurz gesagt: ein [widersprüchlicher Text](#) mit teils kontraproduktiven Vorschlägen. Das Anliegen des UN-Zukunftspakts, allen Menschen heute wie in Zukunft gleichermaßen gerecht zu werden, ignoriert die Ursachen von zunehmenden sozial-ökologischen Krisen, etwa der Erderhitzung und ihrer massiven Folgen. Die Krisen werden zudem durch extreme Ungleichverteilungen an Einkommen, Vermögen, materiellen Ressourcen und Sorgearbeitszeit begünstigt.

Trotzdem werden mit dem Zukunftspakt ungleiche Betroffenheiten, Ressourcen, Verantwortungen und Verursachungen weitestgehend verwischt. Es allen recht machen zu wollen und niemanden durch zielgruppenspezifische Regulierung auf der Grundlage der Menschenrechte benachteiligen zu wollen, führt letztendlich zum Erhalt des Status quo. Statt Gleichmachung bräuchte es ein Abkommen im Sinne einer Gleichstellung aller Menschen, dem Schutz Benachteiligter und der natürlichen Umwelt, welcher durch eine globale Regulierungsinstanz hergestellt würde.

Ein wesentlicher Impuls für den Pakt war [der Aufschrei](#) junger Menschen. Die Initiative des Zukunftspakts wurde unter anderem von Jugendbewegungen wie *Fridays for Future* mitgetragen. Hierin zeigt sich auch der Wunsch nach politischen Handlungen über staatliche Souveränitäten hinaus. Bezeichnend ist, dass [Greta Thunberg](#) sich inzwischen primär um den nächsten Klimastreik auf der Straße statt um den UN-Verhandlungsprozess kümmert. Inhaltlich baut der Pakt teilweise auf der UN-Agenda 2030 mit ihren [17 Zielen für nachhaltige Entwicklung](#) auf, teilweise ergänzt er diese.

Bis zuletzt opponierten [20 Staaten](#) gegen die Textentwürfe (darunter Ägypten, Bolivien, China, Iran, Pakistan, Russland, Syrien und Venezuela). Diese Gruppe lehnt etwa eine

Seite E 15 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

aktive Rolle von zivilgesellschaftlichen Akteuren ab. Zentrale Streitpunkte bei den Verhandlungen waren [Klima, Abrüstung, die internationale Finanzarchitektur, Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechte](#). Das Niveau der Verhandlungen ist daran zu erkennen, dass es bereits als Erfolg gilt, dass Menschenrechte als Grundprinzip im Pakt benannt werden. Anhand von vier Aspekten werden nachfolgend die Leerstellen und Widersprüche aufgezeigt.

Erstens: Mit dem Fokus auf Armut vernebeln die Vereinten Nationen die zugrunde liegenden Probleme wie etwa die extreme Ungleichverteilung von Bewegungsfreiheiten, [Einkommen](#) und Vermögen. Armut sei laut dem UN-Pakt die größte Krise der Menschheit. Jedoch bleiben entscheidende Regulierungsmaßnahmen außen vor. Um beispielsweise eine globale Bewegungsfreiheit für alle Menschen und die Umverteilung von Vermögen weltweit voranzutreiben, bräuchte es zunächst eine globale Regulierungsinstanz frei von zwischenstaatlichen, insbesondere von nicht-demokratischen Einflussnahmen.

Eine erste Forderung zur Vermögensbesteuerung von Einzelpersonen findet sich bereits im Text (Aktion 4:23). Hier sind Initiativen wie die internationale [Milliardärssteuer von Gabriel Zucman](#) anschlussfähig, mit der Gelder etwa auf die Bereiche Bildung, Ernährung, Gesundheit und Klimaschutz umverteilt werden könnten. Auch ein Schuldenschnitt wird nicht im Pakt erwähnt, obwohl inzwischen [54 Staaten mehr als zehn Prozent](#) ihres Haushalts für Schuldentrückzahlungen aufbringen müssen. Im Pakt wird lediglich auf Bemühungen um Umschuldungen verwiesen. Bei diesem Ansatz wird etwa die natürliche Umwelt für den Treibhausgas-Handel in Wert gesetzt und so getan, als hätten jene Flächen zuvor nicht bereits Treibhausgase eingespart und könnten sie demnach neue Treibhausgase einsparen.

Das Vorgehen von transnationalen Konzernen führt vielfach zur Auslagerung von Umweltschäden in wirtschaftlich schwächere Länder.

Zweitens: Der Pakt behandelt umfänglich ökologische Aspekte, obwohl entscheidende Probleme wie nötige Maßnahmen nicht adressiert werden. Es wird allen voran auf den vieldeutigen, oftmals widersprüchlichen Begriff der Nachhaltigkeit rekurriert, sodass selbst jene Personengruppen und Unternehmen, die die Umwelt zerstören, sich als „nachhaltig“ positionieren können. Die konfligierenden Bedürfnisse und Interessen von auf der einen Seite überkonsumierenden Menschen, wie die Mehrheit im Globalen Norden, und auf der anderen Seite der Mehrheit der Weltbevölkerung werden nicht herausgearbeitet. Die ökologische Schuld müsste auf globaler Ebene erfasst und aufgearbeitet werden.

Die Umsetzung bestehender Verträge zur Regulierung und Kontrolle planetar verträglicher Konsum- und Produktionsweisen, etwa das [Klimaabkommen von Paris](#), stockt. Das 1,5-Grad-Ziel ist bereits [gescheitert](#). Sanktionsmöglichkeiten gibt es nicht. Zudem wird im Pakt vielfach auf Lösungsansätze verwiesen, die auf neue Technologien vertrauen. Diese vergrößern jedoch meist die Probleme, sodass es einer weltweiten Regulierung dieser technologischen Ansätze bedarf. Das [Vorgehen von transnationalen Konzernen](#) führt vielfach zur Auslagerung von Umweltschäden in wirtschaftlich schwächere Länder. Dies basiert auf einem Machtgefälle zwischen Staaten und einem daraus resultierenden ungleichen wie unfairen Wettbewerb. Eine global gerechte Agenda müsste diese systemischen Fehlstrukturen angehen. Das leistet der Zukunftspakt nicht.

Drittens: Der Text problematisiert nicht die Ausgrenzung von Menschen durch Staatsgrenzen. Grenzen behindern Migration und machen die [Flucht](#) aus bewaffneten oder strukturellen Konflikten, vor Naturkatastrophen oder vor akuter Armut lebensgefährlich. Sie

verweigern damit Arbeits-, Freiheits- und Sozialrechte, die seit der [Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte](#) von 1948 eigentlich eine selbstverständliche Selbstverpflichtung aller Staaten sind. Das Recht auf Asyl steht nicht mal im Zukunftspakt, und Migration wird auf „reguläre“ Migration verkürzt.

Viertens: Verhandlungen bei den Vereinten Nationen sind gekennzeichnet von einem umfassenden [Repräsentationsproblem](#). Viele Delegierte vertreten die Interessen autoritärer Machthaber in ihren Ländern oder repräsentieren lediglich die Oberschicht. Man kennt sich noch von den Eliteuniversitäten. Einige Delegationen sprechen nur für einen kleinen, bessergestellten Teil der Weltgesellschaft.

Im Gegensatz zu diesen Netzwerken werden in mehreren Ländern Verteidigerinnen und Verteidiger von Menschenrechten politisch unterdrückt und verfolgt, sodass sie auch an den UN-Verhandlungen nicht teilnehmen können. Außerdem fehlt im Zukunftspakt eine Politik für ältere Menschen etwa mit Blick auf die [massiven Herausforderungen](#) bei Staatsausgaben und Care-Arbeit, die bereits heute bestehen und sich in den kommenden Jahrzehnten weiter zuspitzen könnten. Die LGBTIQ-Community existiert im Text gar nicht. Dieser ist rein binär ausgelegt. Dabei sind die Auswirkungen von Machtasymmetrien, politischer Unterdrückung, Ausbeutung und Umweltzerstörung für diese Gruppe besonders gravierend.

Der Zukunftspakt ist ein Spiegelbild widersprüchlicher Interessen, welches aufgrund der Gleichmachung einem Recht der Stärkeren gleicht. Nationale Souveränitäten, privatwirtschaftliche Gewinninteressen und eine wachstumsgetriebene Bedürfnisgenerierung konkurrieren mit globalen Gemeinwohlinteressen. Dieser ungleiche Wettbewerb der Rechte und Interessen von gegenwärtig und zukünftig lebenden Menschen wird von den selbst sehr ungleichen Mitgliedstaaten ausgespielt. Die Vereinten Nationen müssten im Kern eine ausdifferenzierte, menschen- wie naturrechtsbasierte Regulierung zum Schutz vor ausbeuterischen wie umweltzerstörenden Handlungen anleiten und garantieren.



Albert Denk, Berlin

Dr. Albert Denk arbeitet am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. In seinem Buch [Nachhaltige Entwicklung und globale Ungleichheit](#) rekonstruiert er die Verhandlungen zu den UN-Entwicklungszielen und zeigt darauf aufbauend transformative Elemente auf.



Gabriele Köhler

Gabriele Köhler ist Entwicklungsökonomin und arbeitet zu Menschenrechten, Ökofeminismus, guter Arbeit und sozialer Sicherung. Derzeit engagiert sie sich insbesondere für ein verbindliches UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/widerspruechlich-teils-kontraproduktiv-7793/?utm_campaign=de_40_20240924&utm_medium=email&utm_source=newsletter

06) Angriff auf die libanesische Gesellschaft als Ganze. Die explodierenden Pager und Funkgeräte trafen nicht nur die Hisbollah. Die Menschen im Libanon sind bis ins Mark erschüttert

Von Merin Abbass

Naher Osten/Nordafrika 20.09.2024



Militärisch war der Angriff wohl ein Erfolg für Israel, moralisch ist die Aktion aber fraglich.
picture alliance/Associated Press

In dieser Woche erlebte der Libanon einen der größten Anschläge der vergangenen Jahre. Explodierende Pager und Funkgeräte haben in verschiedenen Regionen des Landes zu bisher 37 Toten und mehr als 2 900 Verwundeten geführt. Unter den Opfern sind nicht nur Funktionäre der pro-iranischen Terrororganisation Hisbollah, wie es in vielen westlichen Medien gern berichtet wird, sondern auch Zivilistinnen und Zivilisten, darunter Kinder sowie medizinisches Personal, die sich in der Nähe der Pager oder Funkgeräte aufhielten. Zwei

Seite E 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Tage wurde der Libanon von den dramatischen Anschlägen heimgesucht. Gerade als der erste Schock mit den blutigen Szenen vom Dienstag nachließ, erschütterte eine zweite Runde die Hauptstadt und weitere Regionen des Landes. Bilder von Explosionen auf Trauerfeiern für Personen, die am Tag vorher gestorben waren, dominierten die Nachrichten.

Alle Hinweise führen zum israelischen Geheimdienst Mossad. Auch wenn sich die israelische Regierung wie in ähnlichen Fällen nicht öffentlich zu diesen Anschlägen äußert. Aber der Fall hat auch grenzüberschreitende Auswirkungen: Von Taiwan über Ungarn bis Japan versuchen Analysten herauszufinden, wie, wo und zu welchem Zeitpunkt die Pager- und Walkie-Talkie-Geräte manipuliert wurden. Die Botschaft, die Israel offensichtlich zu vermitteln versucht, lautet: Nirgendwo ist man sicher.

Am Dienstagnachmittag brachten hunderte Krankenwagen Verletzte und Tote zu den überfüllten Krankenhäusern im ganzen Land. Das Militär versuchte vergeblich, die Straßen von Beirut und anderen Städten leerräumen, damit die Krankenwagen durch die engen, überfüllten Straßen kommen. Dem bereits kurz vor dem Kollaps stehenden Gesundheitssystem droht nun die völlige Überlastung. Der Libanon ist im Kriegszustand. Elf Monate war der Krieg auf den Süden des Landes beschränkt, aber nun erreichte er – sichtbar für alle – die Straßen von Beirut und Saida.

Alle Libanesen fühlen, dass der Krieg jeden treffen kann und niemand sicher ist, egal ob Christ, Sunnit, Schiit oder Hisbollah-Anhänger.

Die für Resilienz bekannte libanesische Gesellschaft verspürt nun Panik. Die Anschläge und die Art der Ausführung haben die Libanesinnen und Libanesen schockiert. Viele fühlen sich an den 4. August 2020 erinnert, als an einem Sommernachmittag Tonnen von Ammoniumnitrat am Hafen von Beirut explodierten und zu katastrophalen Zuständen in der Stadt führten. Es ist das erste Mal seit dem Beginn des Krieges in Gaza und dem darauf folgenden Angriff der Hisbollah auf Israel am 8. Oktober 2023, dass alle Libanesen Angst haben. Alle fühlen, dass der Krieg jeden treffen kann und niemand sicher ist, egal ob Christ, Sunnit, Schiit oder Hisbollah-Anhänger.

Die präzise Vorbereitung und Durchführung demonstrieren die technische Überlegenheit der israelischen Geheimdienste und der Armee gegenüber der schiitischen, pro-iranischen Hisbollah-Miliz, die zwar über 100 000 Kämpfer und ein sehr gut bestücktes Raketenarsenal besitzt, aber bei weitem nicht über ähnliche technische Möglichkeiten verfügt. Der Anschlag offenbarte somit die Schwäche und Verwundbarkeit der vom Iran militärisch unterstützten Hisbollah. Vielen stellt sich die Frage, wie es sein kann, dass Tausende solche Pager ins Land eingeführt werden und in Umlauf kommen konnten, ohne dass mögliche Manipulationen bemerkt wurden.

Israel hat hiermit die bisher zwischen den Konfliktparteien informell respektierten Kampfgeln massiv verletzt – mit unabsehbaren Konsequenzen.

Militärisch war der Angriff wohl ein Erfolg für Israel und seine Geheimdienste, moralisch und aus einer Perspektive des internationalen Rechts ist die Aktion aber fraglich. Die internationale Gemeinschaft stellt die Frage nach der Rechtmäßigkeit dieser Angriffe. Selbst wenn Israel beabsichtigte, Hisbollah-Mitglieder ins Visier zu nehmen, konnte es nicht wissen, wer bei den Tausenden von Explosionen verletzt oder getötet werden würde. Schließlich konnte sie die Weitergabe der mit Sprengstoff manipulierten Pager nicht mehr

Seite E 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

kontrollieren. In der Tat wurden bei den Angriffen viele Zivilistinnen und Zivilisten getötet oder verletzt. Israel hat hiermit die bisher zwischen den Konfliktparteien informell respektierten Kampfregeln massiv verletzt – mit unabsehbaren Konsequenzen.

Das landesweite Ausmaß der Anschläge bedeutet auch, dass die Libanesen überall besorgt sind, dass ähnliche Anschläge stattfinden könnten. Sie fragen sich, ob möglicherweise ihre Telefone, Laptops und andere technische Geräte betroffen sein könnten. Dies stellt eine weitere Episode psychologischen Schadens dar und verstärkt die Traumata, die viele Menschen im Libanon haben. Schließlich wurden die Schrecken der vielen Kriege der Vergangenheit bisher nicht aufgearbeitet und die dramatischen Szenen der Hafenexplosion sind vielen Libanesinnen und Libanesen noch gegenwärtig. Die Anschläge lösen auch große Angst bei den Zivilistinnen und Zivilisten aus, weil hier zu Recht angenommen wird, dass sie einen Vorlauf für eine umfassende Invasion oder eine Ausweitung der Kämpfe mit Israel darstellen könnten. Vor allem die Aussagen von israelischer Seite schüren zusätzliche Angst.

In politischer und strategischer Hinsicht dagegen sind viele Libanesinnen und Libanesen nicht mehr von der Vorgehensweise der Hisbollah in diesem Krieg überzeugt.

Doch bei allen negativen und nicht zu unterschätzenden Folgen dieser furchtbaren Angriffe lässt sich auch ein Gefühl der Einigung der libanesischen Bevölkerung beobachten. Aus humanitärer Sicht wurde durch die zahlreichen – religionsübergreifenden – Blutspenden Solidarität gezeigt. Krankenhäuser haben im ganzen Land Verletzte aufgenommen, auch diejenigen in den christlich dominierten Vierteln und Regionen des Landes. Die Solidarität darf aber nicht falsch verstanden werden: Es ist eine Solidarität mit den Menschen, den Verwundeten – und nicht mit der Hisbollah. Es ist dezidiert keine politische Solidarität. Dennoch werden die Anschläge der letzten Tage als Angriff auf die libanesisch Gesellschaft als Ganze empfunden und nicht nur auf die Hisbollah innerhalb der fragmentierten Gesellschaft. In Zeiten des Krieges haben die Menschen immer zusammengestanden. Dieses Phänomen ist nicht neu, schließlich erlebt die zusätzlich unter der Wirtschaftskrise leidende libanesisch Gesellschaft nun den siebten Krieg mit dem südlichen Nachbarn.

In politischer und strategischer Hinsicht dagegen sind viele Libanesinnen und Libanesen nicht mehr von der Vorgehensweise der Hisbollah in diesem Krieg überzeugt. In den Straßen Beiruts wird schon darüber diskutiert, welche Initiativen notwendig wären, um den sinnlosen Krieg zu beenden. Viele sind davon überzeugt, dass es trotz ihrer Ablehnung des Vorgehens der Hisbollah wichtig ist, dass die internationale Gemeinschaft Kommunikationswege mit der Hisbollah aufrechterhält oder neu sucht. Gleichzeitig muss der Druck auf Israel erhöht werden, keine neue Front zu eröffnen und bei ihren Angriffen auf den Libanon dem Schutz der Zivilisten absoluten Vorrang einzuräumen. Zentral für die Beruhigung ist ein Waffenstillstand im Gazastreifen, dies hat Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah nochmals unterstrichen. Ohne ein Ende der Kampfhandlungen in Gaza wird es auf absehbare Zeit nicht zu einer Beruhigung im Libanon kommen. Die gepeinigete Gesellschaft des Libanon wünscht sich nichts mehr als dies.



Merin Abbass, Beirut

Seite E 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Merin Abbass leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung im Libanon. Zuvor war er Leiter des FES-Büros in Libyen. Er hat Politikwissenschaften und Internationale Beziehungen in Deutschland und England studiert.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/angriff-auf-die-libanesische-gesellschaft-als-ganzes-7789/?utm_campaign=de_40_20240920&utm_medium=email&utm_source=newsletter

07) Der richtige Gipfel zur falschen Zeit? Auf einem eigenen Gipfel wollen sich die Vereinten Nationen fit für die Zukunft machen. Im Weg stehen allerdings die Konflikte der Gegenwart

Von Patrick Rosenow

Global 19.09.2024



Streitpunkt Sicherheitsrat: Die Aussicht auch nur auf ein Reförmchen ist gering.- *picture alliance/dpa / Michael Kappeler*

Wenn vom [22. bis 23. September in New York](#) die Staats- und Regierungschefs zusammenkommen, dann steht nicht weniger auf dem Spiel als die Zukunft der Menschheit und des Planeten. Bereits die Gegenwart führt uns vor Augen, vor welchen massiven Problemen wir alle stehen: Klimawandel, ein mögliches krachendes Scheitern der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und damit der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Hinzu kommen die bekannten derzeitigen Konflikte und kriegerischen Auseinandersetzungen. Das Ziel des Gipfels ist es eigentlich, [einen Zukunftspakt](#) zu verabschieden. Es geht darum, den Multilateralismus neu zu beleben sowie die UN fit für die Zukunft zu machen, um eben die Agenda 2030 endlich global umzusetzen.

Die Idee von UN-Generalsekretär António Guterres, einen derartigen Gipfel zu organisieren, kam ihm im Jahr 2021 mit seinem Bericht [„Unsere Gemeinsame Agenda“ \(Our Common Agenda\)](#) nicht von ungefähr: Schon seit einigen Jahren nehmen [politische Spannungen auch im UN-System](#) zu und spätestens die COVID-19-Pandemie führte der Menschheit erneut vor Augen, dass grenzüberschreitende Probleme nur gemeinsam gelöst werden können. Nach nunmehr Jahren der Vorbereitungen, Verhandlungen und auch Verhärtungen

Seite E 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

der Konfliktlinien könnten die zahlreichen Maßnahmen endlich verabschiedet werden, wären da nicht die zahlreichen Konflikte innerhalb der Staatengemeinschaft. Schließlich kommt es auf den Nachfolgeprozess an, damit das Vereinbarte auch tatsächlich umgesetzt wird. Die Themen des seit Ende letzten Jahres unter der Leitung von Deutschland und Namibia geführten Verhandlungsprozesses sind ehrgeizig.

Seit Jahren verfestigt sich der Eindruck, dass die Rolle der Vereinten Nationen bei der Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu schwinden scheint.

Es geht um Fragen zu nachhaltiger Entwicklung und Entwicklungsfinanzierung; zu Frieden und internationaler Sicherheit; zu Wissenschaft, Technologie und Innovation und digitaler Zusammenarbeit; zu Jugend und künftigen Generationen sowie zur Transformation der *Global Governance*, also um die Reform des UN-Systems. Die Sache hat aber zwei wesentliche Haken: Zum einen ist der Zukunftspakt für alle Staaten nicht völkerrechtlich verbindlich und zum anderen haben sich alle darauf geeinigt, das Dokument im Konsens zu verabschieden. Im unmittelbaren Vorfeld des Gipfels werden erfahrungsgemäß konkrete Handlungspassagen oder Kontroverses gestrichen, wodurch das Dokument verwässert wird. Zudem droht das Dokument viele Problemlösungen durch Prüfaufträge an den UN-Generalsekretär wahrlich in die Zukunft zu verlagern, anstatt sie im Hier und Jetzt für die Zukunft zu lösen.

Andersherum könnte man jedoch auch sagen, dass dieser Prozess zum Zukunftsgipfel eben ein Kaleidoskop der internationalen Beziehungen ist; eine globale Bestandsaufnahme, die zeigt, wo wir stehen. Ein derartiges Dokument fasst die zahlreichen Ideen, Wertvorstellungen, Normen, Visionen für alle einmal schwarz auf weiß zusammen. Das bedeutet aber auch, dass Konflikte und Handlungsunfähigkeiten ebenso für alle dokumentiert sind und von der internationalen Staatengemeinschaft diskutiert werden müssen. Deutlich zeigt sich dies im behandelten Kapitel zu Frieden und Sicherheit. Seit Jahren verfestigt sich der Eindruck, dass die [Rolle der Vereinten Nationen bei der Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit](#) – ihrem eigentlichen Kernmandat seit ihrer Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg – zu schwinden scheint. Trotz des massiven Elends der Zivilbevölkerungen sehen wir kaum politische Einflussmöglichkeiten, etwa des UN-Generalsekretärs, im Fall des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wie auch im Konflikt zwischen Israel und der Hamas, vor allem im Gazastreifen. Wie ein schleichendes Gift durchziehen diese Konflikte das UN-System, polarisieren die 193 UN-Mitgliedstaaten – am offenkundigsten im UN-Sicherheitsrat, jedoch auch in der UN-Generalversammlung – und sie erschweren die internationale Zusammenarbeit.

Wie ein schleichendes Gift durchziehen diese Konflikte das UN-System, polarisieren die 193 UN-Mitgliedstaaten.

Zu den UN-Friedensmissionen – dem prominentesten Werkzeug der UN zur Konfliktbearbeitung – heißt es im aktuellen Entwurf des Zukunftspakts lediglich, dass der Generalsekretär aufgefordert wird, „eine Überprüfung der Zukunft aller Formen von Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen“ durchzuführen. Das ist zu wenig. Aber mangels ausbleibender Erfolge großer UN-Friedensmissionen ist sich die Staatengemeinschaft uneinig, wie die [Blauhelmeinsätze der Zukunft](#) aussehen sollen, und delegiert diese Frage weiter. Ebenso gibt es zum Aspekt von Sanktionen – als Mittel, um Konfliktparteien zu einer Verhaltensänderung zu zwingen – im Dokument lediglich den Hinweis, dass Staaten davon absehen sollten, „einseitige wirtschaftliche Maßnahmen“ gegen andere zu verhängen. Das Instrument als solches wird mittlerweile von vielen Staaten – abgesehen von den USA und

den europäischen Staaten – infrage gestellt. Außer auf die Stärkung von Diplomatie und Mediation zu verweisen, kann der Zukunftspakt nicht viel mehr leisten, da er nicht fallbezogen ist und die Fälle schlicht zu unterschiedlich sind.

Neu ist hingegen, dass die UN laut Entwurf Ressourcen investieren sollten, um Staaten bei der Entwicklung interner Mechanismen zur Konfliktprävention zu unterstützen sowie nationale Präventionsstrategien und -ansätze zu verfolgen, anstatt sich auf externe Krisenmanagementmaßnahmen zu verlassen. Auf die Notwendigkeit, die Entscheidungen internationaler Gerichte und Tribunale – vor allem die des Internationalen Gerichtshofs (ICJ) – bei der Bewältigung von Konflikten zwischen Staaten zu befolgen, wird noch einmal nachdrücklich hingewiesen. Der Internationale Strafgerichtshof (ICC) hingegen wird überhaupt nicht erwähnt, da nur etwas weniger als zwei Drittel aller Staaten überhaupt Mitglied des Römischen Statuts sind. Und schließlich wurde der Appell an die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, ihr Veto gegen Resolutionen, die sich mit Massenverbrechen befassen, nicht einzusetzen, in der aktuellen Überarbeitung gestrichen. Dies bestätigt noch einmal die berechtigte Frustration der meisten anderen UN-Mitgliedstaaten über die Arbeit des Sicherheitsrats. Dessen Reform hat trotz zahlreicher Forderungen nach wie vor wenig Aussicht auf Erfolg.

Die UN-Mitgliedstaaten sehen den Zukunftsgipfel jedoch durchaus als Gelegenheit, das Engagement der Vereinten Nationen in Fragen von Frieden und Sicherheit neu auszubalancieren, weg von interventionistischen und sicherheitsorientierten Blauhelmeinsätzen zur Friedensstabilisierung hin zu stärker entwicklungsorientierten, konsensualen Unterstützungsformen. Dies spricht besonders viele Staaten des [sogenannten Globalen Südens](#) an, die ihr souveränes Recht betonen wollen, äußere Einmischung zu blockieren, gleichzeitig aber auch stark über wirtschaftliche Belastungen ihrer Gesellschaften besorgt sind. Hinsichtlich des Ressourceneinsatzes dürfte dies auch durchaus den UN entgegenkommen: Einen Konfliktpräventionsansatz verfolgt António Guterres bereits seit Jahren, da er angesichts der [immer knapperen Mittel, die von den Staaten zur Verfügung gestellt werden](#), hinsichtlich Personal und Finanzen genauestens prüfen muss, wo und wie sich die UN überhaupt noch engagieren können.

Die Sorgen vieler Staaten bezüglich Frieden und internationaler Sicherheit sind ein besorgniserregendes Zeichen für den Zustand der Welt und den Status der Weltorganisation.

Eine große Sorge, was im Zukunftspaktentwurf zum Ausdruck kommt, ist das Risiko eines großen zwischenstaatlichen Krieges, bei dem wichtige neue Technologien wie Künstliche Intelligenz – und im schlimmsten Fall Atomwaffen – zum Einsatz kommen könnten. Der Entwurf des Kapitels über Frieden und Sicherheit warnt direkt vor „den Risiken eines Atomkriegs, der eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit darstellen könnte“. Er fordert die Atommächte auf, ihr letztendliches Versprechen der vollständigen Abrüstung, das auf den Nichtverbreitungsvertrag im Jahr 1968 zurückgeht, endlich umzusetzen, und drängt sie dazu, Maßnahmen zu ergreifen, um die Risiken eines nuklearen Konflikts zu verringern. Derzeit spricht aber alles gegen ernsthafte Abrüstungsbemühungen.

Geopolitische Konflikte drücken sich also ernsthaft im Zukunftspaktentwurf aus. Die Sorgen vieler Staaten bezüglich Frieden und internationaler Sicherheit sind ein besorgniserregendes Zeichen für den Zustand der Welt und den Status der Weltorganisation. Der Zukunftsgipfel könnte dies noch einmal offenlegen. Der frühere, charismatische und stark von den Werten der UN geprägte Generalsekretär Dag Hammarskjöld sagte im Jahr 1954 zu Hochzeiten des Ost-West-Konflikts, dass „die Vereinten Nationen nicht geschaffen wurden, um uns in den Himmel zu bringen, sondern

um uns vor der Hölle zu retten“. Dies mag unverändert Bestand haben. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass dieses Zitat eigentlich [dem damaligen Ständigen Vertreter der USA bei den UN, Henry Cabot Lodge Jr., zugeschrieben](#) wird. Und dieser wiederum bezieht sich auf den britischen Premierminister Winston Churchill. Falls Churchill dies tatsächlich gesagt haben sollte, so steckt in diesem Satz viel mehr Geopolitik, als wir meinen, mit der die Vereinten Nationen seit dem Jahr 1945 umgehen müssen. Vor diesem Hintergrund kann der Zukunftsgipfel aber auch durchaus eine Chance sein, um Schlimmeres zu verhindern und das Kernmandat der UN – laut ihrer Charta: „künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ – wieder langfristig mit Leben zu füllen. Es wird nicht der richtige Gipfel zur falschen Zeit sein, sondern der [richtige Gipfel zum entscheidenden Zeitpunkt](#).



Patrick Rosenow, Berlin

Dr. Patrick Rosenow ist Leitender Redakteur der Zeitschrift *Vereinte Nationen*, die von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN) herausgegeben wird. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Vereinten Nationen, Multilateralismus sowie Frieden und internationale Sicherheit.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/der-richtige-gipfel-zur-falschen-zeit-7782/?utm_campaign=de_40_20240920&utm_medium=email&utm_source=newsletter

08) Griff nach der Macht. General Haftar baut seinen Einfluss in Libyen aus.
Die Gefahr eines erneuten bewaffneten Konflikts wächst

Von Salam Said

Naher Osten/Nordafrika 17.09.2024



Schatten der Kriege in der Ukraine und Gaza will General Haftar das gesamte Land unter seine Kontrolle bringen.- *picture alliance/Reuters/Esam Omran Al-Fetorilm*

Die Verschiebung der internationalen Aufmerksamkeit auf den Krieg in der Ukraine und den Konflikt im Gazastreifen hat in Libyen ein geopolitisches Vakuum geschaffen. Dieses Vakuum wird von lokalen politischen Akteuren sowie deren regionalen und internationalen Verbündeten genutzt, um ihren Einfluss auszubauen. Einer der Hauptnutznießer dieser Situation ist General Khalifa Haftar, der als potenzieller Sieger aus der aktuellen Krise hervorgehen könnte. Ziel des Militäroffiziers und Befehlshabers der Libyschen Nationalarmee besteht darin, das gesamte Land unter seine Kontrolle zu bringen und ein zentralisiertes militärisches Regime zu errichten, in dem sein Clan die Wirtschaft dominiert.

Nach fast vier Jahren fragiler Stabilität, die einem politischen Stillstand gleichkam, steht das tief gesplante Land erneut vor einer Krise mit der Gefahr eines erneuten [bewaffneten Konflikts](#). Nach dem Waffenstillstand und der Bildung einer Einheitsregierung im Rahmen des [Berliner Prozesses](#) 2020/2021 war Hoffnung auf die Vereinigung der staatlichen Institutionen entstanden sowie auf demokratischen Wandel und nachhaltigen Frieden. Diese Hoffnung verflieg jedoch schnell nach dem Scheitern der Wahlen Ende 2021 und der Entstehung einer Parallelregierung in Bengasi im Februar 2022. Seither sorgt lediglich ein Machtteilungsabkommen zwischen den rivalisierenden Kräften für eine Phase relativer Stabilität. Libyen benötigt jedoch kein weiteres Machtteilungsabkommen zwischen Kriegsverbrechern und korrupten Eliten. Stattdessen braucht es Unterstützung für einen demokratischen Wandel durch die Stärkung der Zivilgesellschaft, politischer Parteien und Menschenrechtsorganisationen sowie einen Rechtsstaat, der die Menschenrechte und Meinungsfreiheit schützt.

Die militärische Expansion unter der Führung von Haftars Sohn in diesem strategisch wichtigen Gebiet stellt nicht nur eine Machtdemonstration dar.

Während es der Mission der Vereinten Nationen in Libyen (UNMIL) bisher nicht gelungen ist, den Wahlprozess voranzubringen und das Land zu vereinen, scheint die internationale

Seite E 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Gemeinschaft diese brüchige Stabilität als das geringere Übel vorerst zu akzeptieren. Seit einem Monat deuten militärische und politische Ereignisse in Libyen auf die Entstehung einer neuen Ordnung hin, in der die politischen Spielregeln von General Haftar und seinen Verbündeten in Ostlibyen bestimmt werden. Diese Entwicklung schwächt die [Regierung der Nationalen Einheit](#) unter Premierminister Abdul Hamid Dbeibah in Tripolis. Dabei geht es in erster Linie um die Verteilung der Erdöleinnahmen des Landes sowie um die Ausweitung des Einflusses auf das gesamte Land. Unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit und des Schutzes der südlichen Grenze vor Schmuggel und illegaler Migration aus den Nachbarländern marschierte Anfang August die Nationale Armee in Richtung Südwesten, in die Nähe der algerisch-libyschen Grenze, wo sich eines der größten Ölfelder des Landes befindet und wo wichtige Schmuggelrouten verlaufen. Die militärische Expansion unter der Führung von Haftars Sohn in diesem strategisch wichtigen Gebiet stellt nicht nur eine Machtdemonstration dar, sondern auch eine ernsthafte Bedrohung für Dbeibah und die internationale Gemeinschaft. Damit will Haftar seine Forderungen nach größeren Anteilen an Macht und Ressourcen bekräftigen und internationale Anerkennung für die Ostregierung erlangen, die vollständig unter seiner Kontrolle steht.

Es ist nicht das erste Mal, dass Haftar und die „Ost-Koalition“ versuchen, durch Gewalt politische und wirtschaftliche Macht zu erlangen. Haftars Versuch von 2019, Tripolis durch einen militärischen Angriff zu erobern, scheiterte dank der militärischen Unterstützung der Türkei. Auch der Versuch vom Februar 2022, Dbeibahs Regierung durch einen politischen Beschluss des Parlaments mit [einer Regierung unter Fathi Bashagha](#) zu ersetzen, schlug fehl. Dennoch scheinen die aktuellen geopolitischen und innenpolitischen Umstände nun einen günstigeren Zeitpunkt zu bieten.

Zunächst einmal gelang es [Haftar und seinem Clan](#) in den vergangenen Jahren, ihre wirtschaftliche und militärische Macht weiter auszubauen. Neben der offiziellen Finanzierung durch die Zentralbank scheint es illegale Finanzierungsquellen für dieses Bestreben zu geben. Haftar erhielt inoffiziell einen Teil der Ölproduktion, der in die Nachbarstaaten geschmuggelt wird. Darüber hinaus kontrollieren Haftars Truppen die Migrationsrouten sowie die Goldminen im Südosten Libyens. Diese inoffiziellen Einnahmen fließen direkt in den Ausbau von Haftars Militär und in den staatlichen „Libyschen Entwicklungs- und Wiederaufbaufond“, der von seinem Sohn geleitet wird. Durch die Kontrolle über lukrative Wiederaufbauprojekte in Libyen sichert sich Haftars Familie Anteile an den Gewinnen und Unternehmensbeteiligungen. Neben türkischen und ägyptischen Unternehmen zeigen heute auch Investoren aus den Vereinigten Arabischen Emiraten Interesse am Wiederaufbau von Bengasi.

Ferner erhält Haftar weiterhin Unterstützung von seinen regionalen und internationalen Verbündeten. Ägypten riskierte durch den Empfang von Usama Hammad, des Regierungschefs Ostlibyens, am 11. August eine diplomatische Krise mit Dbeibah, der seine Regierung als die einzige offiziell anerkannte betrachtet. Dieser Schritt erfolgte zeitgleich mit einer diplomatischen Annäherung zwischen Ägypten und der Türkei, einem bedeutenden Unterstützer der westlichen Regierung. Obwohl die Türkei zugesichert hat, Dbeibahs Regierung mit modernen Luftverteidigungssystemen zu beliefern, und sie zur Deeskalation aufrief, ist es unwahrscheinlich, dass sie die Regierung in Tripolis im gleichen Maße unterstützt wie 2019. Ankara möchte die [Annäherung](#) an Ägypten nicht gefährden.

Als wichtiger strategischer Verbündeter in Nordafrika und an der südlichen Grenze zur EU erhält Haftar nach wie vor militärische Unterstützung von Russland.

Seite E 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Als wichtiger strategischer Verbündeter in Nordafrika und an der südlichen Grenze zur EU erhält Haftar nach wie vor militärische Unterstützung von Russland, das wiederum geopolitische Interessen in Libyen hat. Anfang 2024 gründete Russland das panafrikanische „[Afrikakorps](#)“ mit knapp [45 000 Soldaten](#), um die Wagner-Gruppe zu ersetzen und regional russische Interessen zu schützen. Neben der militärischen Kontrolle über Schmuggelrouten soll es die wirtschaftlichen Ressourcen wie Öl- und Gasfelder sowie Gold- und Diamantenminen in Afrika sichern. Südlibyen soll dabei als wichtiger Standort für das Korps dienen. Diese enge Verbindung zu Russland kann nicht nur Haftars Verhandlungsposition mit seinen Kritikern stärken, sondern auch die Handlungsfähigkeit Europas in Afrika in den kommenden Jahrzehnten erheblich einschränken, insbesondere in Bezug auf Flucht und Migration.

Die innenpolitischen Entwicklungen scheinen sich zunehmend zugunsten Haftars zu entwickeln. Ein enger Verbündeter Dbeibahs verlor am 8. August die Wahl zum Präsidenten des Hohen Staatsrats, der als zweite Kammer in Libyen fungiert. An seine Stelle trat Al-Meshri, der gute Verbindungen zum Parlament im Osten pflegt. Kurz darauf verabschiedete Aguila Saleh, der Parlamentspräsident, einen umstrittenen Beschluss, der das Mandat des Präsidentenrats unter Al-Manfi sowie der Einheitsregierung von Dbeibah beenden soll. Saleh übernahm durch diesen Beschluss die Zuständigkeit des Präsidentenrats als Oberbefehlshaber der Streitkräfte in Westlibyen. Der Beschluss wurde bis heute nicht umgesetzt und von Dbeibah und Al-Manfi als rechtswidrig angefochten.

Der Machtkampf um Schlüsselpositionen im libyschen Staat erreichte seinen Höhepunkt, als der Präsidentenrat die Entlassung von [Al Sedigal-Kebir](#), des einflussreichen Gouverneurs der Zentralbank, anordnete. Infolgedessen wurde die Produktion auf mehreren Ölfeldern als Druckmittel gegen diesen Beschluss eingestellt. Seitdem sind Ölproduktion und -exporte massiv eingebrochen und die sozioökonomische Krise der Libyerinnen und Libyer hat sich somit verschärft. Darüber hinaus führte der Konflikt um den neuen Gouverneur zu Liquiditätsengpässen bei den Banken. All dies erhöhte den Druck auf Dbeibahs Regierung, die es seit ihrer Gründung im Jahr 2021 versäumt hat, die Lebensbedingungen der Bevölkerung deutlich zu verbessern. Dbeibah hat stattdessen die Staatsressourcen durch Vetternwirtschaft und Korruption zugunsten seines Clans und der Elite von Tripolis umverteilt, um seine Machtposition zu sichern.

Die anhaltenden internationalen Bemühungen seitens der UN sowie von US- und europäischen Diplomaten, die Lage zu deeskalieren und eine Einigung zwischen den Konfliktparteien zu erzielen, scheinen bisher erfolglos zu sein. Allein die wiederholte Vertagung des Treffens unter UN-Aufsicht, um die Zentralbankkrise zu beenden, deutet darauf hin, dass beide Konfliktparteien auf Zeit spielen, bis eine zufriedenstellende Machtteilungsvereinbarung erreicht ist. Auch wenn es derzeit keine großflächigen militärischen Auseinandersetzungen gibt, könnte Haftar seine Drohungen wahr machen, während die Einheitsregierung und der Präsidentenrat ohne solide internationale Unterstützung zunehmend geschwächt dastehen.

Sollte Haftar an die Macht kommen, würde er wie seine Verbündeten in Ägypten und Russland hart gegen Kritiker vorgehen.

Sollte Haftar an die Macht kommen, würde er wie seine Verbündeten in Ägypten und Russland hart gegen Kritiker vorgehen. [Amnesty International](#) und [Human Rights Watch](#) warnen seit Jahren vor dem immer brutaleren Vorgehen gegen Oppositionelle und Zivilgesellschaft und kritisieren die fehlende Rechenschaftspflicht für die Kriegsverbrechen

im Land. Haftars Machtübernahme wäre deshalb eine ernsthafte Bedrohung für Frieden und Menschenrechte in Libyen und könnte Europas Bemühung um Stabilität in der Region untergraben.

Die deutsche und europäische Politik in Libyen ist derzeit nur reaktiv und es mangelt an einer langfristigen Strategie. Die bedingungslose Unterstützung der Regierung Dbeibahs ist problematisch. Die aktuelle Krise sollte genutzt werden, um Druck auf die Einheitsregierung und auf blockierende Akteure auszuüben, um schnellstmöglich Wahlen zu organisieren – als Voraussetzung für weitere Unterstützung und Anerkennung. Neben den diplomatischen Bemühungen sollten Deutschland und die EU unmissverständlich klarstellen, dass eine gewaltsame Machtübernahme durch Haftar und seine Verbündeten ernsthafte Konsequenzen hätte. Ein Abschreckungsplan sollte gezielte wirtschaftliche Sanktionen gegen die Verantwortlichen sowie Gerichtsverfahren gegen Kriegsverbrecher umfassen.



Salam Said

Salam Said ist Direktorin des Libyen-Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die arabische Wirtschaft, sozioökonomische Entwicklungen in der MENA-Region und die politische Ökonomie Syriens.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/griff-nach-der-macht-7781/?utm_campaign=de_40_20240917&utm_medium=email&utm_source=newsletter

09) Botschaft aus dem Pop-Himmel. Taylor Swift mischt den Wahlkampf in den USA auf. Doch wie viel Einfluss haben Prominente wirklich auf den Urnengang?

Von Konstantin Hadži-Vuković

Aus dem Netz 17.09.2024



picture alliance / ASSOCIATED PRESS / Natacha Pisarenko Innerhalb von zwei Tagen haben sich 52 222 Personen über den von Swift geteilten Link zur Wahl registriert.

[Read article in English](#)

Dieser Sommer machte uns zu Zeugen eines der beeindruckendsten Aufstiege in der US-Politik. Nach dem Debakel von Joe Biden bei der TV-Debatte wurde seine Vizepräsidentin Kamala Harris zur Kandidatin der US-Demokraten nominiert. In kürzester Zeit schaffte sie es, die Partei aus einem Umfragetief zu holen, Donald Trump in den Umfragen zu überholen und den Menschen, die das Schlimmste befürchteten, neue Hoffnung zu geben. Gleichzeitig erlebten die USA und die ganze Welt den *brat summer*, der vielleicht eine nicht unerhebliche Rolle bei Harris' Aufstieg spielte. Folgt nun auf den *brat*-Sommer der Swift-Herbst?

Lange war sie still, doch nun hat sich auch Pop-Göttin und selbsternannte kinderlose Katzenlady Taylor Swift in den US-amerikanischen Wahlkampf eingeschaltet. Aus den höchsten Sphären des Pop-Himmels kommend, erschien ihr Instagram-Post fast wie eine Prophezeiung. Unmittelbar nach dem [TV-Duell zwischen Kamala Harris und Donald Trump kündigte Swift an](#), bei der Präsidentschaftswahl im November für Vizepräsidentin Kamala Harris zu stimmen, und forderte ihre Anhänger dazu auf, sich für die Wahlen registrieren zu lassen. Die Musikerin bricht mit ihrer Musik und ihren Tourneen gerade einen Rekord nach dem anderen; die Welt liegt ihr zu Füßen. Jedes Wort von ihr wird von Millionen Fans inbrünstig wahrgenommen, was auch diese Aktion gezeigt hat. [Laut CNN](#) meldeten sich nämlich innerhalb von zwei Tagen 52 222 Personen über den von Swift geteilten Link zur Wahl an. 144 243 Menschen hätten zudem ihren Registrierungsstatus bestätigt. Auch in den umkämpften *Swing States*, die sowohl Donald Trump als auch Vizepräsidentin Harris für sich gewinnen wollen, sollen offenbar Tausende Menschen dem Aufruf gefolgt sein. Auf den ersten Blick scheint es so auszusehen, als ob Swifts Popularität ein großer *Gamechanger* sei – gerade rechtzeitig, wo doch Trump laut Umfragen langsam am Aufholen ist und der *brat summer* an Aufschwung verliert. Kann der Swift-Boost Kamala Harris zur Präsidentschaft bringen?

Seite E 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Dass Swift demokratisch wählt und sich in der Vergangenheit unter anderem auch [für Joe Biden](#) ausgesprochen hat, ist allbekannt.

Mit der Erklärung Swifts tauchten sofort, wie das in den zunehmend polarisierten USA oft der Fall ist, die ersten Gegenstimmen in den sozialen Medien auf. Videos von ehemaligen Fans wurden geteilt, [die aus Frust über Swifts Post ihre Schallplatten und Fanartikel verbrennen](#). Donald Trump bezeichnete die Sängerin als eine „sehr liberale Person“ und sagte, dass sie den Preis dafür auf dem Markt zahlen werde. [Später schrieb er](#) sogar auf seiner Plattform Truth Social in Großbuchstaben: „Ich hasse Taylor Swift“. Interessant im Fall Taylor Swift scheint der Moment zu sein, in dem sie entschieden hat, sich für die Demokraten auszusprechen. Dass Swift demokratisch wählt und sich in der Vergangenheit unter anderem auch [für Joe Biden](#) ausgesprochen hat, ist nämlich allbekannt. Einige Zeit erschien es etwas seltsam, warum sie sich bis dahin noch nicht für Harris ausgesprochen hatte. War es ein taktischer Schachzug, den Demokraten genau dann einen Pop-Schub zu geben, wo doch der *brat summer* auf ähnliche Weise die Vizepräsidentin durch die Nominierung gebracht hatte?

Zur Erinnerung: Die 32-jährige britische Sängerin Charli XCX lieferte mit ihrem Album „brat“ den Soundtrack für diesen Sommer und traf mit ihren Songs den Zeitgeist der Generation Z. Viele davon stolzierten als *brats* herum – freche, chaotische „Gören“, die sich ihrer eigenen Unvollkommenheit bewusst sind, und diese feiern. *Brat* wurde zu einem neuen Konzept der Frauenpower – weg von der Ästhetik des sauberen Mädchens, das immer perfekt und gepflegt ist. Die *brat*-Welle rollte unaufhaltsam durch die sozialen Netzwerke und überschwemmte alles, bis schließlich auch die Demokraten nicht anders konnten, als auf der Welle mitzureiten. Der Katalysator war ein Beitrag auf X von niemand Geringerem als der Mutter der Bewegung selbst. [„kamala IS brat“](#), schrieb Charli XCX und kürte somit die US-amerikanische Vizepräsidentin zur Mitstreiterin der Bewegung. Das Social-Media-Team der Demokraten nutzte diesen Moment geschickt und änderte kurz darauf den Hintergrund der X-Seite der offiziellen Harris-Kampagne in ein neonfarbenes *brat*-Grün. TikToks der Harris-Kampagne, unterlegt mit Musik von Charlis neuem Album, verbreiteten sich explosionsartig im Netz. Der feministische Ansatz des *brat girls* verband sich perfekt mit der Präsidentschaftskandidatin, die gelegentlich zu laut lacht, aber auch mit ihrer Rolle als Staatsanwältin, die Trump zur Rechenschaft ziehen wird. Harris' Präsidentschaftskampagne gelang so der Schnellstart, der sie in kürzester Zeit in den Umfragen an Trump vorbeischnellen ließ.

Dieses Jahr sind es 41 Millionen Mitglieder der Generation Z, die wahlberechtigt sein werden.

Obwohl viele politische TikTok-Kampagnen scheitern oder unnatürlich wirken, hatte Harris' Vorgehen sich in diesem Fall als Erfolg erwiesen. Im Gegensatz zu manch anderen Politikern in Europa, gelang es Harris, junge Menschen humorvoll und auf originelle Art und Weise anzusprechen. Doch während die Kampagne in den sozialen Medien zieht, stellt sich die Frage, ob sie damit auch eine breitere Wählerschicht erreichen kann. Dass junge Wählerinnen und Wähler wichtig für den Wahlsieg sein können, hat Bidens Wahl vor vier Jahren bewiesen. 65 Prozent der 18- bis 24-Jährigen stimmten für ihn. Dieses Jahr sind es 41 Millionen US-Amerikanerinnen und Amerikaner, die der Generation Z angehören und die wahlberechtigt sind. [Laut aktuellen Umfragen](#) will etwa die Hälfte der 18- bis 29-Jährigen Harris wählen, nur ein Drittel Donald Trump. Ein deutliches Plus, aber nicht das Niveau von 2020, als Biden gewählt wurde. Außerdem müssen solche Umfragen immer mit Vorsicht genossen werden. Die Europawahlen in Deutschland oder auch die Wahlen im Osten zeigen, dass junge Menschen, trotz oft gegenteiliger Annahme, anfällig für rechte Parteien sind. Dass einige junge Wählerinnen und Wähler am Ende doch eher dem maskulinen

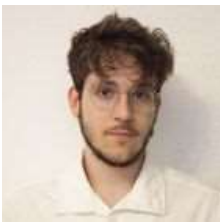
Seite E 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Macho-Wahlkampf Trumps verfallen als der demokratischen „Gören-Kampagne“, ist nicht auszuschließen. Zudem ist es fraglich, ob die Generation Z auf der Seite der Demokraten für einen Wahlsieg ausreichen wird. Mit dem Ende des Sommers verliert auch die *brat*-Kampagne an Schwung – die Präsidentschaftswahlen rücken aber immer näher.

Die US-Bürger, die das Gefühl haben, dass ihre Stimme nicht gehört wird, und die einen Abscheu vor den Eliten haben, können wahrscheinlich mit „brats“ nur wenig anfangen.

Zu denken, dass der Wahlkampf alleine durch die jüngsten Erfolge der Demokraten bereits gewonnen sei, wäre eine Täuschung. Das Gesamtbild bleibt weitaus komplexer. Die frustrierten Wählerinnen und Wähler, die Wütenden und Enttäuschten wie beispielsweise im industriegeprägten *Rust Belt* oder in den *Swing States*, wird Harris mit der bisherigen Kampagne wahrscheinlich nicht erreicht haben. Die US-Bürger, die das Gefühl haben, dass ihre Stimme nicht gehört wird, und die einen Abscheu vor den Eliten haben, können wahrscheinlich mit *brats* nur wenig anfangen. [J.D. Vance](#), der im *Rust Belt* aufgewachsen ist und sich als Teil der weißen Arbeiterklasse der USA präsentiert, punktet dort mit seiner Aufstiegsgeschichte mehr.

Eine Analyse der *New York Times* wirft zudem Licht auf eine andere Tatsache: Die Wörter, die Donald Trump in seinen Reden bisher am häufigsten verwendet hat, sind: „Jobs“, „Steuern“, „Wirtschaft“ und „Inflation“. Bei Harris waren es bisher: „Mutter“, „Freiheit“, „Liebe“ und „Familie“. Der Fokus beider Kandidaten lag in verschiedenen Bereichen. Wenn die Demokraten die Stimmen der enttäuschten weißen Mittelschicht gewinnen wollen, müssen sie deren Sorgen, die eher bei den Themen Wirtschaft und Arbeitsplätze liegen, ernst nehmen – etwas, das Harris im *brat*-Sommer nur spärlich getan hat. Was Taylor Swift betrifft, wäre es klug, sich vorerst nicht allzu sehr auf einen Swift-Herbst zu verlassen. Denn wenn Wählerinnen und Wähler ohnehin eine bestimmte politische Tendenz haben und deren Lieblingskünstler diese teilt, [kann das ihre Überzeugungen zwar verstärken](#). Dass die politische Haltung eines Künstlers jedoch ausreicht, um die Meinung eines Menschen komplett zu ändern, wurde bisher nicht belegt und erscheint auch etwas unrealistisch. Man sollte auch nicht vergessen, dass bereits 2016 Hillary Clinton zahlreiche prominente Unterstützerinnen wie [Katy Perry](#), Miley Cyrus, Beyoncé, Ariana Grande und viele weitere an ihrer Seite hatte – mit bekanntem Ausgang. Egal wie gut Harris bisher die Generation Z und andere in den sozialen Medien erreicht hat, popkultureller Rückenwind alleine scheint nicht genug zu sein. Vielleicht sollte der Fokus der Demokraten in der verbleibenden Zeit auf den Sorgen der Wählerinnen und Wähler abseits des Mainstreams liegen. Egal wie *fun* die „Göre“ Harris bisher auch war und wie populär Taylor Swift ist – am Ende entscheiden die klassischen Themen den Wahlausgang.



Konstantin Hadži-Vuković, Berlin

Konstantin Hadži-Vuković ist im Referat Globale und Europäische Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung tätig. Er hat Politikwissenschaften und Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München studiert.

https://www.ipg-journal.de/aus-dem-netz/artikel/wahlempfehlung-aus-dem-pop-himmel-7776/?utm_campaign=de_40_20240917&utm_medium=email&utm_source=newsletter

10) Anker in der Wüste. Im krisengebeutelten Sahel mausert sich Marokko derzeit zum wichtigsten Sicherheitspartner. Somit wird das Königreich auch für Europa immer wichtiger

Von Manuel Gath

Naher Osten/Nordafrika 09.09.2024



Soldat der königlichen marokkanischen Streitkräfte bei der Militärübung Afrikanischer Löwe.-*picture alliance / AP | Mosa'ab Elshamy*

In der krisengebeutelten arabischen Welt ist das nordwestafrikanische Königreich Marokko ein Hort der Stabilität und Verlässlichkeit. So präsentiert sich das Land zumindest gerne selbst. Abgesehen von einem Dauerstreit mit dem Nachbarn Algerien hält man sich aus großen Konflikten gerne heraus. Im Schatten des Nachbarn mausert sich Marokko derzeit jedoch zum Sicherheitspartner Nr. 1 im Sahel.

In Westafrika sichert sich Rabat seit geraumer Zeit mit viel strategischer Geduld verstärkten religiösen Einfluss durch die Ausbildung von Imamen und durch die Förderung eines gemäßigten Islams. Hinzu kamen Sicherheitsabkommen und militärische Zusammenarbeit, alles begleitet von einer Wirtschaftsdiplomatie, die mit zahlreichen nationalen Direktinvestitionen in der südlichen Nachbarschaft einherging. Gerade weil die Region durch Dschihadismus, Menschen-, Drogen- und Waffenhandel und vor allem durch die Militärcoups in Mali, Burkina Faso und Niger unter Spannung steht, führt für die Entwicklung des Sahel kein Weg an Marokko vorbei. Vier geopolitische Faktoren begünstigen dabei den wachsenden Einfluss des Königreichs.

Erstens hinterließ der Abzug der französischen Truppen aus Mali, Burkina Faso und Niger, beschleunigt durch starke antifranzösische Bürgerbewegungen, ein Sicherheitsvakuum im Sahel. Marokko wiederum hat Expertise in der Terrorismusbekämpfung, ein starkes Militär und renommierte Militärakademien, die auch vermehrt Militärs aus Subsahara-Afrika ausbilden. Der wachsende militärische Einfluss Marokkos im Sahel bekommt dadurch eine fast schon post-koloniale Note im Kontrast zur ehemaligen Kolonialmacht aus Europa.

Zweitens suchen die neuen Militärregime in Mali, Burkina Faso und Niger regional nach verlässlichen Partnern, um ihre Position zu stärken. Der marokkanische Botschafter in Mali, Hassan Naciri, war der erste Diplomat, der direkt nach dem Coup von 2021 Kontakt zu den

neuen Machthabern aufnahm. Eine der ersten Auslandsreisen des neuen nigrischen Premierministers wiederum führte ihn nach Rabat, begleitet von zahlreichen Militärs, die marokkanische Militärakademien durchlaufen haben. Während die Welt mit Sorge auf die neuen Machthaber blickte, wurden sie in Marokko mit offenen Armen empfangen.

Drittens trieben die wirtschaftlichen und politischen Sanktionen der ECOWAS gegen Mali, Burkina Faso und Niger die Länder in die wirtschaftspolitische Isolation. Als Reaktion auf die Sanktionen beschlossen die Übergangsregierungen, sich aus der ECOWAS zurückzuziehen. Marokko, dessen Antrag auf ECOWAS-Mitgliedschaft seit 2017 auf Eis liegt, nutzte das Momentum mit der Initiative „[Zugang zur Atlantikküste](#)“. Den Ländern soll die marokkanische Straßen-, Hafen- und Eisenbahninfrastruktur zur Verfügung gestellt werden.

Die drei Sahel-Länder haben sich erst kürzlich zu einem neuen Sicherheitsbündnis, der „[Allianz der Sahel-Staaten](#)“, zusammengeschlossen. Eigentlich geht es um die Stärkung der regionalen militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit; die Allianz hat jedoch auch ambitionierte Zukunftspläne. Nichts weniger als die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion zwischen den Ländern ist vorgesehen. In den Augen Marokkos könnte der Hafen von Dakhla als Industriezone Nukleus eines neuen regionalen Wirtschaftszentrums werden, das für Westafrika als [Tor zur Welt](#) fungiert. Damit würde Marokko seine Herrschaftsansprüche über die Westsahara weiter zementieren und Tatsachen schaffen. Es wäre ein Coup der etablierten Süd-Süd-Strategie.

So herrschte in Rabat lange die Angst vor, russische Wagner-Aktivitäten könnten sich in der Region ausbreiten.

Viertens zog sich Mali im Januar 2024 [aus dem Abkommen von Algier zurück](#), das 2015 zwischen der malischen Regierung und den Azawad-Rebellen unter Vermittlung Algeriens unterzeichnet wurde, um den Krieg in Mali von 2012 zu beenden. Hintergrund sind Vorwürfe gegen Algerien, separatistische Bewegungen in der Sahelzone zu unterstützen und sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Ob nun zutreffend oder nicht, für Marokko ist das Zerwürfnis ein gefundenes Fressen und ein Grund mehr, die Charmeoffensive in der Region zu verstärken.

Obwohl Marokko nie Mitglied der G5-Sahel war, eines 2014 von Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad gegründeten regionalen Entwicklungsverbands, hatte es mit Sicherheits- und Militärabkommen doch die Rolle eines privilegierten Partners inne. Gemeinsamer Kampf gegen Terrorismus, gemeinsame Ausbildung von Militäroffizieren und gemeinsame Militärübungen sind also kein Neuland in den Beziehungen. Davon profitiert das Königreich nun auch nach der absehbaren Auflösung der G5-Sahel als Reaktion auf die Austritte von Mali 2022 sowie Niger und Burkina Faso 2023.

Mit Mali bestehen [seit Jahren zahlreiche Abkommen](#), die hauptsächlich die Ausbildung malischer Offiziere und Unteroffiziere, den Austausch von Geheimdienstinformationen und die Lieferung von militärischer Ausrüstung betreffen. Auch mit Burkina Faso verbindet das Land eine enge Militärkooperation. Sowohl der derzeitige Präsident des Landes, Ibrahim Traoré, als auch Generalleutnant Sidiki Daniel Traoré, militärischer Berater des Stabschefs des Verteidigungsministeriums von Burkina Faso und bis 2023 Kommandeur der UNMUSCA-Truppe, [haben eine militärische Ausbildung in Marokko erhalten](#).

Wie wichtig gerade die regionalen Geheimdienstkooperationen Marokkos im Sahel für Deutschland sein können, hat nicht zuletzt die [Freilassung des lange entführten deutschen EZ-Mitarbeiters Jörg Lange](#) in Mali bewiesen. Das täuscht natürlich nicht darüber hinweg,

Seite E 33 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

dass sich der marokkanische Altruismus mit einer ordentlichen Portion Eigeninteresse in der [bisweilen handgreiflichen Auseinandersetzung mit Algerien](#) vermischt. Die langfristigen Ziele Rabats mögen andere sein, aber das heißt nicht, dass es da nicht Gemeinsamkeiten mit den Europäern gäbe. So herrschte in Rabat lange die Angst vor, russische Wagner-Aktivitäten könnten sich in der Region ausbreiten. Was das betrifft, ist Marokko klar im westlichen Lager verortet, verfügt aber gleichzeitig über privilegiere Zugänge zu den neuen Machthabern vor Ort und hat über seinen Sicherheitsapparat einen realen Einfluss.

Bislang ist das nordafrikanische Königreich für Europa hauptsächlich als Energiepartner und Migrationsbremsen im Fokus. Während die EU-Länder gegenüber Marokko in diesen Fragen jedoch fast als Bittsteller erscheinen, wäre eine europäische Unterstützung Marokkos bei der Konstruktion dieser südlichen Sicherheitspartnerschaft im Sahel etwas, das dem gegenübergestellt werden könnte. Das könnte zum einen ein konkreter Beitrag zur Zeitenwende südlich des Mittelmeeres sein. Zum anderen könnte das eine Versicherung gegenüber einer kritischen Abhängigkeit von Marokko zum Beispiel in Migrationsfragen sein, bei denen die Toleranzbereitschaft europäischer Gesellschaften aktuell zu schrumpfen scheint.



Manuel Gath, Rabat

Manuel Gath ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Marokko. Zuvor war er für das Themengebiet Europäische Integration im Referat Internationale Politikanalyse zuständig.

<https://mail.google.com/mail/u/0/#inbox/WhctKlbFdHNxbBpNKHcQLfXpwZzgcZSpcKmVL RjpjlmVGcPzwRSZxCcZCjvsJQxZnnGCjDb>

11) Wer hat was zu sagen? Machtgefälle und geopolitische Reibungen dominieren das Pazifische Inselforum

Von Kerry Baker & Theresa Meki

Asien 10.09.2024



Der Präsident der Weltbank Ajay Banga besucht das Pazifische Inselforum.-*picture alliance/Reuters/Staf*

Die pazifischen Inseln – eine Gruppierung, die größtenteils aus kleinen Insel-Entwicklungsstaaten besteht – befinden sich inmitten eines zunehmend umkämpften strategischen Raums. Die regionale Politik wird damit immer mehr zu einem wichtigen und genau beobachteten Schauplatz. Ende August trafen sich die Staats- und Regierungschefs der Inseln zu ihrer jährlich stattfindenden Konferenz im Rahmen des Pazifischen Inselforums auf Tonga. Neben den Regierungsvertretungen der pazifischen Inseln waren auch andere wichtige Persönlichkeiten zugegen, unter anderem UN-Generalsekretär António Guterres. Dieses Gipfeltreffen ist der Höhepunkt des regionalen Kalenders und hatte eine entsprechend umfangreiche Tagesordnung, darunter Themen wie Klimawandel, transnationale Kriminalität und Gesundheitssicherheit. Aber eine der vordringlichen Fragen, vor denen das Forum steht, ist eine grundlegende, wie Debatten über die Mitgliedschaft und geopolitisches Gerangel verdeutlichen: Die Frage, wer und was das Forum repräsentiert.

In den letzten Jahren traten Risse innerhalb der Region zutage, allen voran die spürbare Randstellung der nordpazifischen Länder in dem Gremium, das anfangs Südpazifisches Forum hieß. Diese Spannungen gipfelten 2021 in der Entscheidung von fünf mikronesischen Staaten, das Forum zu verlassen, auch wenn sie diesen Schritt später wieder rückgängig machten. Und doch zeigt das Abschlusskommuniqué des Forums, dass die pazifischen Regierungen in vielen Fragen einer Meinung sind. In den Sektoren Gesundheits- und Bildungswesen, Fischerei und anderen wichtigen Bereichen konnten Vereinbarungen getroffen werden. Der Klimawandel wurde als „[vorrangiges Problem in der pazifischen Region](#)“ herausgestellt, das alle Pazifikstaaten auf besondere und weitreichende Weise betrifft. Angenommen wurde auch der Vorschlag für eine neue pazifische Polizei-Initiative: Es soll eine multinationale Pazifische Polizei geschaffen und in subregionale Zentren der Polizeiarbeit investiert werden, wobei die Regierungsvertretungen übereinstimmend betonten, dass für die Umsetzung dieser Initiative weitere Beratung vonnöten sei.

Seite E 35 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Eine Kontroverse über die endgültige Fassung des Kommuniqués macht jedoch die nach wie vor vorhandenen Risse im Forum deutlich.

Eine Kontroverse über die endgültige Fassung des Kommuniqués macht jedoch die nach wie vor vorhandenen Risse im Forum deutlich. In dem am Freitagnachmittag im Internet veröffentlichten Kommuniqué hieß es in Absatz 66 zunächst, dass die Regierungsvertretungen ihre Entscheidung von 1992 in Bezug auf „Taiwan/Republik China“ bestätigen. Dabei geht es um Taiwans Status als „Entwicklungspartner“ im Forum. Nachdem der chinesische Sondergesandte für den pazifischen Raum, Qian Bo, diese Formulierung in einer öffentlichen Erklärung kritisiert hatte, wurde das Kommuniqué wieder aus dem Netz genommen und überarbeitet. Der Absatz zu Taiwan wurde gestrichen. Die Verantwortlichen des Forums führten dieses Durcheinander später auf einen administrativen Irrtum zurück.

Drei der achtzehn Vollmitglieder des Forums erkennen Taiwan an: die Marschallinseln, Palau und Tuvalu. Taiwan konzentrierte sich in seiner diplomatischen Strategie einst sehr auf den pazifischen Raum, hat aber in den letzten Jahren Einfluss in der Region eingebüßt, da die Salomon-Inseln, Kiribati und Nauru aufgrund einer diplomatischen Offensive der Volksrepublik China nun Peking anerkennen. In einem zunehmend umkämpften geopolitischen Kontext wird Taiwans Status im Forum vermutlich auf lange Sicht ein schwieriges Thema für die Mitgliedstaaten bleiben.

Im Forum wurde der Begriff der Souveränität schon immer ziemlich flexibel gehandhabt.

Angesichts des zunehmenden strategischen Konkurrenzkampfs gehen mit den Problemen der Mitgliedschaft im Forum auch grundsätzliche Fragen für die Zukunft des Forums selbst einher. Im Jahr 2016 wurden die französischen Territorien Neukaledonien und Französisch-Polynesien Vollmitglieder. Aber ihr politischer Status wirft interessante Fragen für das Forum auf, vor allem angesichts der Unruhen der letzten Zeit und der anhaltenden Spannungen in Neukaledonien. Im Kommuniqué des Forums wurde die Entscheidung der Regierungsvertretungen bestätigt, eine Delegation nach Neukaledonien zu entsenden, was durchaus zu Konflikten führen könnte. Vor dem Treffen hatte der [französische Botschafter für den pazifischen Raum erklärt](#), dass Neukaledonien französisches Territorium sei und Frankreich darüber entscheide, wer dort einreise.

Im Kommuniqué wurden auch die Anträge auf assoziierte Mitgliedschaft von Guam und Amerikanisch-Samoa bewilligt, zwei US-Territorien, die zukünftig den Status von Vollmitgliedern anstreben, wie ihn Neukaledonien und Französisch-Polynesien haben. Im Forum wurde der Begriff der Souveränität schon immer ziemlich flexibel gehandhabt: Zu den Gründungsstaaten gehören die Cook-Inseln und Niue, beides Länder in freier Assoziierung mit Neuseeland, die weder UN-Mitgliedstaaten sind noch eigene Pässe ausgeben. Und trotzdem stellt die Entscheidung von 2016 einen wesentlichen Wandel in den Grundsätzen über die Forumsmitgliedschaft dar, die den Ansprüchen anderer Territorien auf eine Vollmitgliedschaft Auftrieb geben dürfte.

Einerseits könnte man argumentieren, dass das Forum mit der Aufnahme weiterer politischer Gemeinwesen immer repräsentativer wird und damit die bemerkenswerte Vielfalt der politischen Status in der Region anerkennt. Andererseits könnte diese erweiterte Mitgliedschaft mit dem Problem der Einflussnahme von Mutterländern wie Frankreich und den USA auf das Forum einhergehen. Angesichts dessen, dass bereits der Einfluss von Gründungsmitgliedstaaten wie Australien und Neuseeland als zu groß wahrgenommen wird, ist das ein ohnehin vorbelastetes Thema.

Frankreich und die USA haben, wie Australien und Neuseeland, eine Geschichte als Kolonialmächte – und in den Augen vieler immer noch eine koloniale Präsenz in der Region. Vor diesem Hintergrund wurde und wird ihre gegenwärtige und zukünftige Rolle im Forum kritisiert, weil sie verhindern, dass aus dem Forum eine echt pazifische Institution wird. Angesichts des Machtgefälles und des unterschiedlichen politischen Umgangs mit wichtigen Themen wie dem Klimawandel haben die politischen Führungen im pazifischen Raum, unter anderem der damalige Regierungschef der Fidschi-Inseln Frank Bainimarama, in der Vergangenheit unverblümt ihre Kritik an der Rolle größerer Länder im Forum geäußert.

Hinter all diesen Entscheidungen und Kontroversen stecken grundlegende Fragen: Wer hat in dem Forum das Sagen und wer nicht? Wer hat die Legitimität, Einfluss auszuüben, und wer nicht? Es ist von dringlicher und existentieller Bedeutung, diese Fragen auf eine Art und Weise zu beantworten, die die eigene Legitimität des Forums als wichtigster regionaler Instanz stärkt. Bei all dem ist jedoch auch zu beachten, was nicht auf der Tagesordnung des Forums zu finden war: Obwohl mit Hilda Heine, Präsidentin der Marshallinseln, und Fiamē Naomi Mata’afa, Premierministerin von Samoa, zwei gewählte Regierungschefinnen anwesend waren und trotz der im letzten Jahr von den Regierungsvertretungen abgegebenen Erklärung, die Geschlechtergleichstellung wieder in den Blickpunkt zu rücken, wird dieser im Kommuniké von 2024 kein einziges Wort gewidmet.

Aus dem Englischen von Ina Goertz



Theresa Meki

Theresa Meki ist *Pacific Research Fellow* in der Abteilung für pazifische Angelegenheiten der *Coral Bell School of Asia Pacific Affairs*. Ihre Forschung konzentriert sich auf die Präsenz und den Stimmenanteil von Frauen in der Wahlgeschichte von Papua-Neuguinea und die politische Repräsentation von Frauen in Melanesien.

https://www.ipg-journal.de/regionen/asien/artikel/wer-hat-was-zu-sagen-7762/?utm_campaign=de_40_20240910&utm_medium=email&utm_source=newsletter

12) „Das wird zum Ende des Krieges führen“. Die Gewerkschafterin Avital Shapira über den Generalstreik in Israel, das Versagen der Regierung Netanjahu und die Spaltung im Land

Die Fragen stellte Alexander Isele

Interviews 06.09.2024



Die zentrale Forderung des Generalstreiks in Israel: Holt die Geiseln nach Hause! - *picture alliance/Reuters/Florion Goga*

Die Fragen stellte [Alexander Isele](#).

Mit dem Generalstreik am Montag hat der israelische Gewerkschaftsbund *Histadrut* den Druck auf Netanjahu erhöht, um ihn zu Verhandlungen über die Freilassung der verbleibenden Geiseln zu bewegen. Was sind Ihre Forderungen?

Die Hauptforderung, die wir mit unserem Solidaritätsstreik verbinden, ist eindeutig: Holt die Geiseln nach Hause! Die Regierung tut nicht genug, um die am 7. Oktober verschleppten Menschen zu befreien. Vom ersten Tag an stand die *Histadrut* an der Seite der Geisel-Angehörigen. Die Befreiung der Menschen, die in den Tunneln im Gazastreifen gefangen gehalten werden, wird ein Schritt auf dem Weg zur Beendigung des Krieges sein. Das ist eine moralische und für die Wiederherstellung unseres Landes zentrale Frage. Menschenleben zu retten, ist nicht nur für die *Histadrut*, sondern auch für unsere Religion, Gesellschaft und Nation essenziell. Wir können die Sicherheitsdefizite nicht ignorieren und dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass das Bildungswesen und die Wirtschaft alleingelassen werden. Welcher Schaden dadurch angerichtet wird, erleben wir überall im Land. Die ohnehin schon schlimme Lage in Israel verschlimmert sich immer weiter. „Im Stich gelassen“ ist das entscheidende Stichwort. Welcher Schaden dadurch angerichtet wird, sehen wir in allen Bereichen. Die Geiseln werden ebenso im Stich gelassen wie die gewaltsam aus ihren Häusern vertriebenen Israelis, die Sicherheit, das Bildungssystem und die Wirtschaft. Wir haben die Pflicht, so zu handeln, weil der Staat Israel uns am Herzen liegt.

Die Regierung verurteilte den Streik. Laut Gerichtsbeschluss musste er am frühen Nachmittag beendet werden. Warum übernehmen die Gewerkschaften bei den Bemühungen, Druck auf die Regierung zu machen, eine so aktive Rolle?

Seite E 38 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Die Geiselfrage steht im Zentrum der Probleme, die den Stillstand verursachen. Wir stehen in der Pflicht, uns über die israelische Wirtschaft Gedanken zu machen und die israelischen Arbeiterinnen und Arbeiter zu schützen. Doch für die Regierung hat weder die arbeitende Bevölkerung noch der Staat Priorität. Diese Regierung ist nicht fähig, die Zwangslage, in der wir uns gegenwärtig befinden, angemessen zu bewältigen. Für Benjamin Netanjahu haben seine eigenen politischen Interessen Priorität und nicht die Geiseln oder Israel.

Diese Regierung ist nicht fähig, die Zwangslage, in der wir uns gegenwärtig befinden, angemessen zu bewältigen.

Die *Histadrut* engagiert sich dafür, dass es den Israelis gut geht, dass alle – jüdischen und nichtjüdischen – Israelis und nichtisraelischen Arbeitnehmer in unserem Arbeitsmarkt anständige Lebensverhältnisse haben. Sie versucht, wieder für Normalität, Wohlstand und ruhige Verhältnisse zu sorgen. Israel ist gegenwärtig [an vielen Fronten gefordert](#): in Gaza, im Norden durch die Hisbollah im Libanon, aber auch durch die Huthis, den Iran und andere. Terror und Krieg haben aber noch viele andere gravierende Auswirkungen: Vertriebene, dysfunktionale Schulen, traumatisierte Menschen. Wir müssen sehr viel Wiederaufbauarbeit leisten. Der Weg dahin ist klar: Die Geiseln müssen freikommen, und das wird zum Ende des Krieges führen. Zudem fordern wir Neuwahlen, weil diese Regierung versagt.

Die israelische Gesellschaft war schon lange vor dem 7. Oktober polarisiert. Bereits davor gab es Massendemonstrationen gegen die Regierung Netanjahu und seine sogenannte Justizreform. Welche Rolle spielen die Gewerkschaften heute in der israelischen Gesellschaft?

Die *Histadrut* hat sich der Justizreform entgegengestellt. Der *Histadrut*-Vorsitzende Arnon Bar-David forderte den Premierminister eindringlich auf, die Pläne zu stoppen, weil es dazu keinen Konsens gab. [Netanjahu hat die Reform einseitig durchgedrückt](#) und die israelische Gesellschaft dadurch noch mehr polarisiert. Ein Land, das von Feinden umringt ist, die ihm aus ideologischen Gründen das Existenzrecht absprechen, kann es sich nicht leisten, gespalten zu sein. Die aktuelle Situation, in der wir an unseren Grenzen mit Extremismus konfrontiert sind, verlangt nach Geschlossenheit im Inneren. Nur eine geeinte Gesellschaft kann die nötige Kraft aufbringen, um Frieden, Stabilität und Wohlstand zu erreichen.

Ein Land, das von Feinden umringt ist, die ihm aus ideologischen Gründen das Existenzrecht absprechen, kann es sich nicht leisten, gespalten zu sein.

Die *Histadrut* unter ihrem Vorsitzenden Bar-David macht exemplarisch vor, wie man Diversität und Zusammenarbeit verbindet. Wir vertreten jeden Einzelnen in gleicher Weise. Ethnische Zugehörigkeit, Religion, Geschlecht oder andere Unterschiede spielen dabei keine Rolle. Die Politiker sollten unserem Beispiel folgen: Sie sollten auf Inklusion hinarbeiten und Entscheidungen nicht einseitig, sondern gemeinschaftlich treffen. Die *Histadrut* hat die Aufgabe, die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter zu schützen, und ist die größte gesellschaftliche Bewegung in Israel. Wir erbringen soziale Dienstleistungen und kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter, für die Rechte junger Menschen und für LGBTQI-Rechte. Eine Gewerkschaft sollte Vorbild für eine gerechtere und tolerantere Gesellschaft sein. Die amtierende Regierung ist das Gegenteil: Sie erzeugt Ausgrenzung und Spaltung. Sie ignoriert nicht nur die Auswirkungen, die der Krieg für Israelis und Palästinenser hat, sondern schließt auch viele Israelis aus Entscheidungsprozessen und der Sorge für ihr Wohl aus. Statt nur ihre eigenen Interessen im Blick zu haben, sollte die politische Führung darüber nachdenken, was allen Menschen in Israel nützt und nicht nur einem kleinen ausgewählten Personenkreis.

Seit dem Terrorangriff am 7. Oktober und dem anschließenden Ausbruch des Krieges in Gaza ist fast ein Jahr vergangen. Zugleich ist die Lage an der Grenze zum Libanon angespannt, und es gibt Spannungen mit anderen Akteuren. Halten Sie nach wie vor Verbindung zu palästinensischen Gewerkschaften? Was kann die *Histadrut* tun, um zu erreichen, dass palästinensische Arbeiterinnen und Arbeiter mit Würde und Respekt behandelt werden?

In den vergangenen zehn Jahren hat die *Histadrut* Berufsbildungsmaßnahmen für palästinensische Arbeiterinnen und Arbeiter in vielen Bereichen durchgeführt und wurde dabei von zahlreichen internationalen Partnern wie dem DGB und dem schwedischen Gewerkschaftsbund LO unterstützt. Auch nach dem 7. Oktober haben wir gemeinsam mit unserer palästinensischen Partnerorganisation, dem Palästinensischen Gewerkschaftsverband PGFTU, berufliche Weiterbildungsmaßnahmen für palästinensische Elektriker durchgeführt, ebenfalls unterstützt von DGB und LO. Diese Initiativen fördern den Frieden und die Solidarität. Unser Verhältnis zum PGFTU hat allerdings gelitten. Sie hat nach den Gräueln des 7. Oktober weder Bedauern geäußert noch Trauer bekundet. Dadurch wurde das Vertrauen beschädigt, das in unserem Verhältnis seit 30 Jahren ein zentraler Wert ist. Inzwischen sind wir dabei, dieses Vertrauen gezielt wiederaufzubauen, weil wir überzeugt sind, dass wir Frieden und gute Beziehungen mit unseren Nachbarn brauchen. Andererseits muss garantiert sein, dass unsere Partner in wichtigen Fragen hinter uns stehen. Die internationale Gemeinschaft und speziell die Gewerkschaftsbewegung müssen faire und konstruktive Vermittler sein, um eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zu schaffen. Dieses Vertrauen ist eine essenzielle Voraussetzung dafür, dass wir weiter miteinander kooperieren und dauerhaften Frieden erreichen können.

Mit wenigen Ausnahmen hat Israel seit 20 Jahren *Likud*-geführte Regierungen. Vor welchen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen stehen Israels Gesellschaft und Wirtschaft gegenwärtig in erster Linie?

Die politische Dynamik in Israel ist sehr ungewöhnlich. Viele, die im israelisch-palästinensischen Konflikt rechte Positionen vertreten, sind entschiedene Verfechter sozialdemokratischer Werte, wenn es um Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaften geht. Das Resultat ist eine Art politische Androgynie, die sich dadurch auszeichnet, dass ideologische Standpunkte nicht immer stringent zusammenpassen. Viele Menschen, die *Likud* oder andere rechtsgerichtete Parteien wählen, sind gleichzeitig überzeugte Unterstützerinnen und Unterstützer der Gewerkschaften und der *Histadrut*. Oft engagieren sie sich sogar aktiv in Gewerkschaften und Arbeitnehmergremien und haben in arbeitsrechtlichen Fragen erheblichen Einfluss auf die Haltung der Regierung.

Deshalb wurden die *Histadrut* und ihre Mitgliedsgewerkschaften in der Vergangenheit von *Likud*-geführten Regierungen nicht zwangsläufig als Gegner behandelt oder schikaniert. Im Gegenteil, oft haben diese Regierungen unsere Initiativen unterstützt und beim Schutz von Arbeitnehmerrechten eng mit uns zusammengearbeitet. Hinzu kommt, dass den *Likud*-geführten Regierungskoalitionen oft Parteien der politischen Mitte oder linke Parteien angehörten, die eine größere Nähe zu sozialdemokratischen Werten haben. Diese Koalitionen haben für ein Gleichgewicht gesorgt und dazu beigetragen, dass die Regierung trotz ihrer grundsätzlichen Präferenz für eine neoliberale Wirtschaftspolitik an vielen Maßnahmen zur sozialen Absicherung von Arbeitnehmern festgehalten hat. Diese Dynamik ist der Grund, warum wir auch unter rechten Regierungen bedeutende Erfolge für Arbeiterinnen und Arbeiter erwirken konnten, und lässt sich nicht in einem Schwarzweiß-Schema abbilden.

Gilt das auch für die amtierende Regierung?

Seite E 40 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Dem *Histadrut*-Vorsitzenden ist es bei verschiedenen Themen gelungen, sich mit dieser Regierung zu verständigen, aber diese Regierung ist ein Problem. Sie versagt nicht nur in ihrer Regierungsführung, sondern geht auch nicht auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ein. Sie hat keine klare Vision für die Zukunft, obwohl der Krieg uns wirtschaftlich vor große Probleme stellt und Israel auf den wirtschaftlichen Kollaps zusteuert. Sie schustert die Ressourcen einem kleinen Kreis von Unterstützern zu, die sie stützen und in vielen Fällen keinen Beitrag zur Volkswirtschaft leisten, und gibt Geld für unnötige Ministerien aus. Das führt zu Verteilungsungerechtigkeit und Stillstand. Wir wollen ein blühendes, gerechtes und faires Land, das die gesamte Bevölkerung repräsentiert. Leider hat die amtierende Regierung allem Anschein nach mehr die eigenen Interessen als das Wohl der Allgemeinheit im Blick und missachtet ihre moralische Verpflichtung, das Leben unschuldiger Menschen zu schützen.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld



Avital Shapira, Tel Aviv

Avital Shapira ist Direktorin für die internationalen Beziehungen der Histadrut, der größten Gewerkschaftsorganisation Israels.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/das-wird-zum-ende-des-krieges-fuehren-7757/?utm_campaign=de_40_20240906&utm_medium=email&utm_source=newsletter

13) Schütze sich, wer kann. Der geopolitische Wettbewerb formt die Weltwirtschaft neu. Wer nicht untergehen will, muss sich anpassen

Von Marc Saxer

Wirtschaft und Ökologie 06.09.2024



picture-alliance / Arnold Metzinger

Die Kriegsgefahr scheint weltweit zuletzt deutlich gestiegen zu sein. Sollten direkte Kriege zwischen den Großmächten vermieden werden können, würde der geopolitische Wettbewerb auf den Feldern Wirtschaft und Technologie ausgetragen werden. In der Ära der Globalisierung noch undenkbar, greifen heute alle großen Mächte zu protektionistischen Maßnahmen.

So hat die Biden-Regierung Exportkontrollen und Investitionsbarrieren verschärft. Die Strategie *small yard, high fence* („kleiner Hof, hoher Zaun“) zielt darauf ab, Chinas Aufschließen zur technologischen Weltspitze zu verlangsamen, indem kleine, klar definierte Sektoren wie Hochleistungshalbleiter durch Handelssanktionen abgeschottet werden.

Die amerikanischen Verbündeten in Asien und Europa fürchten zwar die potenziell verheerenden Auswirkungen einer vollständigen Entkopplung von China, haben sich aber auf eine Strategie zur Risikominimierung verständigt, um einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren. Als Reaktion darauf hat China wiederum Exportbeschränkungen für Seltene Erden eingeführt und Importverbote gegen unbotmäßige Staaten verhängt. Zudem verschlechtert Peking kontinuierlich die Rahmenbedingungen für westliche Unternehmen auf dem heimischen Markt.

Nach der russischen Invasion in die Ukraine haben sich Europa und Russland wirtschaftlich weitgehend voneinander entkoppelt. Der Westen hat Sanktionen gegen Russland verhängt und droht Drittstaaten mit sekundären Sanktionen. Russland nutzt China und andere Unterstützer zur Umgehung westlicher Exportverbote. Um ihre Wirtschaften gegen mögliche Sanktionen abzusichern, wickeln die BRICS-Länder einen größeren Teil ihres jeweiligen bilateralen Handels in ihren eigenen Währungen ab.

Die Unterbrechung der Lieferketten während der Pandemie hat einen Paradigmenwechsel hin zu stärkerer Resilienz ausgelöst. Die digitale Automatisierung macht es zudem möglich, trotz höherer Lohnkosten Lieferketten in die Nachbarschaft der Industrieländer (*near-shoring*) zu verlagern. Die geopolitischen Risiken legen zudem nahe, die Lieferketten zu gleichgesinnten „Wertepartnern“ zu verlegen (*friend-shoring*).

Die Liste ließe sich fortsetzen, doch der Trend ist klar: Geopolitischer Wettbewerb führt zu geoökonomischen Umbrüchen. In ihrer Summe verändern diese Trends die Funktionsweise der Weltwirtschaft. Das Paradigma verschiebt sich von Effizienz zu Resilienz. Die Globalisierung hat ihren Höhepunkt überschritten. Das Ergebnis ist wohl weniger eine Deglobalisierung als eine Regionalisierung, möglicherweise verschärft durch die Errichtung von Handelsblöcken. Marktinteressen haben nun nicht länger Vorrang; das Primat der nationalen Sicherheitsinteressen ist zurück. Der Staat, lange an den Rand gedrängt, übernimmt wieder die Kontrolle. Unternehmen passen sich hastig an dieses neue Umfeld an. Man kann konstatieren: Das neoliberale Modell ist offiziell tot.

Jenseits taktischer Scharmützel haben die größten Wirtschaftsmächte damit begonnen, ihre Entwicklungsmodelle neu auszurichten. China ist sich des geopolitischen Gegenwinds auf den westlichen Märkten bewusst und versucht, auf eine duale Kreislaufwirtschaft umzusteigen. Der Schock über die strengen Covid-19-Maßnahmen und die Unsicherheit über die Zukunft haben jedoch zu geringeren Verbraucherausgaben geführt. Die schleppende Inlandsnachfrage hat bestehende Probleme im Fertigungssektor und auf dem Immobilienmarkt verschärft und trägt zu einer nur mühsam unterdrückten Bankenkrise bei. Die Bemühungen der Provinzregierungen, diese Situation durch günstige Kredite und Subventionen in den Griff zu bekommen, verschärfen die Überschuldung des Privatsektors sowie des Staates und könnten langfristig zu einer Stagflation führen, wie sie Japan erleben musste.

Obwohl es sich der Risiken protektionistischer Gegenmaßnahmen bewusst ist, steht Peking unter Druck, die Überkapazitäten in den Export zu lenken. Paradoxerweise führt Chinas Strategie, seine Wirtschaft gegen westliche Sanktionen zu immunisieren, indem es technologisch autark wird, zu einer Verschärfung der Überkapazitäten in den Industrien, die es mit aller Kraft fördert. Gelingt es Peking nicht, die Zuversicht seiner Verbraucher – etwa durch bessere Sozial- und Gesundheitsversorgung – zu stärken, könnte der Plan scheitern, die wachsenden Herausforderungen im Export durch höhere Inlandsnachfrage zu kompensieren. Der Übergang von einem Modell, das auf schnelles BIP-Wachstum durch staatlich getriebene Industrie- und Infrastrukturprojekte ausgerichtet ist, zu einer ausgewogeneren Wirtschaft ist eine Herausforderung, insbesondere wenn die derzeitigen Anreize durch das politische Gebot motiviert sind, die Kontrolle über den privaten Sektor zu behalten.

Auch in den Vereinigten Staaten markiert der *Inflation Reduction Act* die Rückkehr der Industriepolitik. Wie alle großen Volkswirtschaften leiden auch die USA unter schwächelnder Konsumnachfrage. Unabhängig davon, wer nächstes Jahr im Weißen Haus sitzt, wird die Skepsis gegenüber dem Freihandel und das Ziel, Arbeitsplätze für Amerikaner zu schaffen, weiter die Politik bestimmen. Aber nicht nur in den USA, sondern in den meisten OECD-Ländern bestimmen zunehmend Sicherheitsinteressen das wirtschaftliche Denken.

Dieser Wandel verändert die Erfolgsbedingungen für Entwicklung rund um den Globus. Sicherlich werden die Auswirkungen der geoökonomischen Umbrüche je nach geografischer Lage, geopolitischer Verwundbarkeit und Position in den globalen Wertschöpfungsketten unterschiedlich ausfallen. Für einige Rohstoffexporteure kann sich

die Politisierung des Marktes durchaus als vorteilhaft erweisen. Andere hoffen darauf, vom geopolitischen Wettbewerb der Großmächte zu profitieren, indem sie sich beispielsweise als sicherer Standort für Lieferketten empfehlen.

Für diejenigen jedoch, die auf das bislang so erfolgreiche Entwicklungsmodell setzen, billigere Arbeitskräfte für eine exportgetriebene, nachholende Industrialisierung zu nutzen, dürfte der Pfad zur Entwicklung steiniger werden. Die Substitution menschlicher Arbeit durch Roboter, Algorithmen und Künstliche Intelligenz in entwickelten Volkswirtschaften untergräbt den komparativen Vorteil billiger Arbeitskräfte. Gleichzeitig machen die sinkende Verbrauchernachfrage und zunehmender Protektionismus den Export in die entwickelten Märkte schwieriger. Darüber hinaus gefährdet die geopolitische Instrumentalisierung des Technologietransfers und der Lieferketten die Fähigkeit der Entwicklungsländer, die Industrialisierungsleiter hinaufzuklettern.

Das Dumping von Chinas Überproduktion auf weniger entwickelten Märkten könnte zu einer Deindustrialisierung führen, wenn heimische Industrien Schwierigkeiten haben zu konkurrieren und zusammenbrechen. Das Navigieren in einer fragilen, fragmentierten und schockanfälligen Weltwirtschaft unterbricht Entwicklungspfade und verschärft Schuldenkrisen. In einer Welt, die von geoökonomischen Umbrüchen geprägt ist, wird eine auf billigen Arbeitskräften und Exporten basierende Aufholindustrialisierung schwierig sein. Das bedeutet, dass Entwicklungsmodelle dringend angepasst werden müssen.

Zur Vorbereitung dieser notwendigen strategischen Debatte ist eine gründliche Analyse der wahrscheinlichen Auswirkungen geoökonomischer Störungen sowie der Reaktionsfähigkeit des staatlichen und privaten Sektors erforderlich. Ein neues Entwicklungsmodell hat allerdings erst dann eine realistische Chance auf Erfolg, wenn es die Kräfteverhältnisse der nationalen politischen Ökonomie berücksichtigt. Denn jede Veränderung des Entwicklungspfades schafft Gewinner und Verlierer; daher ist Widerstand gegen Veränderungen seitens derjenigen zu erwarten, die zu verlieren drohen. Angesichts der einflussreichen Stellung vieler Status-quo-Kräfte in der politischen Ökonomie kann dieser Widerstand die Bemühungen zur Anpassung an das neue wirtschaftliche Umfeld zum Scheitern bringen. Dies erklärt, warum Länder, in denen die Eliten den Staat zu ihrem eigenen Vorteil übernommen haben, im Entwicklungsrennen oft zurückliegen. Daher darf die Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell keine rein akademische Übung sein, sondern muss auch das Gleichgewicht der gesellschaftlichen Kräfte berücksichtigen.

Dementsprechend gibt es keine Universallösung. Jedes Land muss einen maßgeschneiderten Ansatz entwickeln, der seinen spezifischen Bedingungen entspricht. Dennoch können einige Leitprinzipien bei diesen Überlegungen hilfreich sein.

Geopolitischer Wettbewerb bietet Chancen. Die Risikominimierungs- und Diversifizierungsstrategien westlicher Länder bringen Investitionen in Länder, die als freundlich wahrgenommen werden. Auch die Verlagerung von Produktionskapazitäten chinesischer Unternehmen in südostasiatische Länder bringen Investitionen und Arbeitsplätze. Allerdings kann die Wahl eines Partners für Infrastrukturprojekte – sei es in den Bereichen Konnektivität, Telekommunikation oder Energie – Einfluss auf Investitionen aus, Handelsbedingungen mit und Marktzugänge zu anderen Ländern haben. Neigt ein Land zu stark einer Seite zu, wird es oft als selbstverständlich angesehen und verliert Manövrierfähigkeit. Daher verfolgen die meisten Länder in der Indopazifik-Region, von einigen Ausnahmen abgesehen, Strategien des Ausgleichs, um nicht Partei ergreifen zu müssen.

Offenheit für Geschäfte mit allen Seiten reicht nicht aus; Länder müssen auch als verlässlich neutral angesehen werden, um als sichere Optionen für robuste Lieferketten in Betracht gezogen zu werden. Die Wahrnehmung ist dabei entscheidend. Alle Schritte, selbst wenn sie ausschließlich durch Geschäftsinteressen motiviert sind, werden heute durch eine geopolitische Linse betrachtet. Rhetorik, die sich an ein inländisches Publikum richtet, kommt bei internationalen Investoren womöglich anders an. Länder müssen ihre Haltung sorgfältig abwägen und ihre Kommunikation fein abstimmen, um diese Wahrnehmungen zu steuern.

Die entscheidende Frage ist, ob strukturelle Trends Länder dazu zwingen können, gegen ihre eigenen Interessen für eine Seite Partei zu ergreifen. Geopolitische Ereignisse können die wirtschaftliche Entwicklung erheblich beeinflussen, und umgekehrt können geoökonomische Störungen Länder dazu zwingen, sich strategisch stärker zu einer Seite hinzuorientieren. Im Falle eines größeren Konflikts im Indopazifik würde der Druck auf viele Länder, sich für eine Seite zu entscheiden, massiv steigen. Selbst Länder, die nicht direkt in Territorialstreitigkeiten oder militärische Konflikte verwickelt sind, würden mit Störungen ihrer Lieferketten konfrontiert sein. In einem Szenario des Kalten Krieges könnte die technologische Zweiteilung Pfadabhängigkeiten schaffen, die Länder dazu zwingen, ihre Lieferketten und ihre Infrastruktur auf Kosten der anderen auszurichten. Für überschuldete Entwicklungsländer ist der Preis für Rettungsaktionen oder Restrukturierungen oft die geopolitische Parteinahme für den Kreditgeber.

Die entstehende Weltordnung wird unübersichtlicher sein als die des letzten Kalten Krieges. Die großen Volkswirtschaften von heute sind eng miteinander verflochten. Sofern es nicht zu einem heißen Weltkrieg kommt, wären die Kosten einer vollständigen wirtschaftlichen Entkopplung unerschwinglich. Sofern die künftige US-Regierung den Systemwettbewerb mit China nicht dramatisch verschärft, dürfte der Großteil der Weltwirtschaft auch weiterhin eng miteinander verwoben bleiben. Dennoch könnte die neue Weltwirtschaft stärker fragmentiert und regionalisiert sowie anfälliger für Krisen und Schocks sein. Alle Länder müssen daher ihre Widerstandsfähigkeit stärken und sich rasch an das neue Umfeld anpassen. Ein besseres Gleichgewicht zwischen Angebots- und Nachfragepolitik macht Volkswirtschaften resilienter gegen geoökonomische Disruptionen. Zudem erleichtert ein nationaler Konsens über die außenpolitische Ausrichtung die Orientierung im komplexen geopolitischen Wettbewerb.



Marc Saxer
Bangkok

Marc Saxer ist der Leiter des FES-Büros für Regionale Zusammenarbeit in Asien. Zuvor leitete er das Asien-und-Pazifik-Referat der Stiftung sowie die FES-Büros in Indien und Thailand. 2021 erschien sein Buch *Transformativer Realismus. Zur Überwindung der Systemkrise*.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/schuetze-sich-wer-kann-7754/?utm_campaign=de_40_20240906&utm_medium=email&utm_source=newsletter

14) Neue nukleare Ära. Die Welt blickt mit Besorgnis auf Irans Atomprogramm. Doch die Aufrüstung der bestehenden Atomkräfte stellt eine viel größere Gefahr dar

Von Richard Haass

Außen- und Sicherheitspolitik 02.09.2024



Courtesy Everett Collection picture alliance / Everett Collection

[Читайте статью по-русски](#)

Erwähnt man den Begriff „Proliferation“, gehen die meisten Menschen davon aus, dass es um die Verbreitung von Atomwaffen geht. Und aus gutem Grund. Neun Länder (China, Frankreich, Indien, Israel, Nordkorea, Pakistan, Russland, die USA und das Vereinigte Königreich) verfügen über derartige Waffen. Aber viele weitere haben die Fähigkeit und möglicherweise auch das Motiv, sie herzustellen. Zudem besteht die Gefahr, dass sich terroristische Gruppen eine oder mehrere dieser Waffen beschaffen und damit schrecklichen Schaden anrichten könnten.

Diese Art der Proliferation wird oft als „horizontal“ bezeichnet. Das größte unmittelbare Problem ist diesbezüglich nach wie vor der Iran, der die Zeit, die er zur Entwicklung einer oder mehrerer Atomwaffen benötigen würde, drastisch verkürzt hat. Ein Iran, der über Atomwaffen verfügt, würde diese möglicherweise auch einsetzen. Und selbst wenn nicht, würde er sich vermutlich ausrechnen, dass er ungefährdet Zwang auf Israel oder einen oder mehrere seiner arabischen Nachbarn ausüben oder diese mit nicht-nuklearen, konventionellen Waffen direkt (oder über einen seiner Stellvertreter) angreifen könnte.

Ein atomar bewaffneter Iran würde wahrscheinlich ein regionales Wettrüsten auslösen. Mehrere seiner Nachbarn – insbesondere Saudi-Arabien, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate und die Türkei – könnten durchaus selbst Atomwaffen entwickeln oder erwerben. Eine derartige Dynamik würde die unberechenbarste und instabilste Region der Welt weiter destabilisieren.

Aber so wichtig dieses Szenario auch ist, verdient auch eine ganz andere Art der Proliferation jetzt Aufmerksamkeit: die vertikale Proliferation, also die qualitative und/oder

quantitative Vergrößerung der Atomwaffenarsenale der neun Länder, die bereits über diese Waffen verfügen. Die Gefahr ist nicht nur, dass Atomwaffen in einem Krieg eingesetzt werden könnten, vielmehr nimmt auch die Kriegswahrscheinlichkeit zu, da Regierungen – wie im obigen Szenario der Iran – ermutigt werden, bei der Verfolgung ihrer geopolitischen Ziele aggressiver vorzugehen, weil sie glauben, damit ungestraft durchzukommen.

Das am schnellsten wachsende Atomwaffenarsenal der Welt gehört heute China. Peking glaubt anscheinend, es könne die USA, wenn es in diesem Bereich mit ihnen mithalten könnte, bei einer Krise um die Insel Taiwan von einer Intervention abhalten. China ist auf dem besten Weg, die USA und Russland innerhalb eines Jahrzehnts einzuholen, und zeigt kein Interesse an Rüstungskontrollverhandlungen, die seine Aufrüstung verlangsamen würden oder seine Kapazitäten begrenzen würden.

Weder Wirtschaftssanktionen noch Diplomatie haben das nordkoreanische Atomprogramm bisher eindämmen können.

Und dann ist da noch Nordkorea. Weder Wirtschaftssanktionen noch Diplomatie haben das nordkoreanische Atomprogramm bisher eindämmen können. Es wird angenommen, dass Nordkorea inzwischen mehr als 50 Sprengköpfe besitzt. Einige davon befinden sich auf Raketen mit interkontinentaler Reichweite und zunehmender Genauigkeit. Sowohl China als auch Russland haben das Land bis dato unterstützt, und da Nordkorea Russland Waffen für den Einsatz in der Ukraine geliefert hat, ist weitere russische Unterstützung wahrscheinlich.

Auch hier stellt sich nicht nur die Frage, was Nordkorea mit seinem Atomwaffenarsenal tun könnte. Es ist nicht weit hergeholt, sich einen nordkoreanischen Angriff auf Südkorea oder sogar Japan mit konventionellen Streitkräften vorzustellen, verbunden mit einer nuklear untermauerten Drohung an die USA, nicht einzugreifen. Genau diese Möglichkeit schürt den öffentlichen Druck in Südkorea, selbst Atomwaffen zu entwickeln, und zeigt, dass die vertikale Verbreitung eine horizontale Verbreitung auslösen kann, vor allem, wenn Länder, die derzeit unter dem Schutz der USA stehen, an deren Bereitschaft zweifeln, sich zu ihrer Verteidigung in Gefahr zu begeben.

Einen weiteren Grund zur Besorgnis bietet Russland. Russland und die USA verfügen über die beiden größten Atomwaffenarsenale der Welt. Beide sind durch Rüstungskontrollvereinbarungen (den *New START*-Vertrag) gebunden, die die Zahl der Atomsprengköpfe, die beide stationieren dürfen, auf 1 550 begrenzen. (Zusätzliche Sprengköpfe dürfen jedoch gelagert werden.)

Das Abkommen begrenzt zudem die Zahl der Trägersysteme (Flugzeuge, Raketen und U-Boote), die Atomwaffen tragen können. Außerdem enthält der Pakt verschiedene Regelungen zur Erleichterung der Verifizierung, damit beide Regierungen sicher sein können, dass die jeweils andere Seite sich daran hält.

New START (2011 ratifiziert und seitdem mehrfach verlängert) läuft im Februar 2026 aus. Russland könnte sich durchaus weigern, den Vertrag erneut zu verlängern, womöglich, weil es aufgrund der Leistung seiner Streitkräfte in der Ukraine mehr denn je auf sein Atomwaffenarsenal angewiesen ist. Oder es könnte versuchen, für seine Bereitschaft, sich weiterhin an das Abkommen zu halten, Zugeständnisse der USA in Bezug auf die Ukraine zu erlangen.

Die USA werden Milliarden für eine neue Generation von Bombern, Raketen und U-Booten ausgeben.

Was Washington beunruhigt, ist nicht nur, was Russland tun könnte, sondern auch, dass die USA nun mit drei atomar bewaffneten Gegnern konfrontiert sind, die ihre Politik koordinieren und im Krisenfall eine geeinte atomare Front bilden könnten. All dies veranlasst die USA, ihre eigene Atompolitik zu überdenken.

Im März hat die US-Regierung Berichten zufolge die regelmäßige Überprüfung ihrer Atomstreitkräfte abgeschlossen. Die USA werden Milliarden für eine neue Generation von Bombern, Raketen und U-Booten ausgeben. Schlimmstenfalls könnten wir in eine Ära des unstrukturierten atomaren Rüstungswettlaufs eintreten.

Dies alles führt zu einem gefährlichen Moment. Das mit Atomwaffen verbundene Tabu hat sich mit der Zeit abgeschwächt; nur wenige Menschen waren bereits geboren, als die USA zweimal Atomwaffen gegen Japan einsetzten, um das Ende des Zweiten Weltkrieges zu beschleunigen. In der Tat haben russische Regierungsvertreter im Kontext des Krieges in der Ukraine ihre Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen klar angedeutet.

Atomwaffen spielten im Kalten Krieg eine stabilisierende Rolle. Ihre Existenz trug wohl dazu bei, dass er kalt blieb. Aber es gab nur zwei Entscheidungsträger, und jede Seite verfügte über ein Inventar, das einen Erstschlag der anderen Seite hätte überstehen können, sodass sie in der Lage gewesen wäre, Vergeltung zu üben. Das stärkte die Abschreckung. Und beide Seiten agierten zumeist mit einer gewissen Vorsicht, damit ihr Wettbewerb nicht zu einem direkten Konflikt eskalierte und einen katastrophalen nuklearen Schlagabtausch auslöste.

Dreieinhalb Jahrzehnte nach Ende des Kalten Krieges zeichnet sich eine neue Welt ab, die durch ein nukleares Wettrüsten, potenzielle neue Mitglieder in einem immer weniger exklusiven Atomwaffenclub und durch eine lange Liste tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten über politische Arrangements im Nahen Osten, in Europa und Asien gekennzeichnet ist. Dies ist keine Situation, für die sich eine offenkundige Lösung anbietet. Bestenfalls lässt sie sich effektiv steuern. Man kann nur hoffen, dass die Regierungen dieser neuen Ära der Herausforderung gewachsen sind.

© Project Syndicate

Aus dem Englischen von Jan Doolan



Richard Haass

Richard Nathan Haass ist ein US-amerikanischer Diplomat. Er war Direktor für Politikplanung im US-Außenministerium, Sondergesandter von Präsident George W. Bush für Nordirland und Koordinator für die Zukunft Afghanistans. Er ist emeritierter Präsident des *Council on Foreign Relations*.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/neue-nukleare-aea-7747/?utm_campaign=de_40_20240903&utm_medium=email&utm_source=newsletter

15) Zwischen Hammer und Amboss. Im Wettstreit zwischen den USA und China bemüht sich Südkorea um einen Ausgleich. Für die Zukunft der internationalen Ordnung hat Seoul eigene Ideen

Von Chaesung Chun

Asien 03.09.2024



picture-alliance/dpa/epa ansa Daniel Dal Zennaro

Seit seiner Unabhängigkeit 1945 erlebt Südkorea innerhalb der liberalen internationalen Ordnung eine Blütezeit. In dem US-geführten System ist das Land wirtschaftlich beachtlich gewachsen, hat sich politisch demokratisiert und kulturell weiterentwickelt. Grundpfeiler dieser regelbasierten Ordnung sind Liberalismus, die Förderung der Menschenrechte, das Völkerrecht, Kriegsprävention und ein offenes Wirtschaftssystem. Von entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung ist jedoch die militärische Abschreckung, weshalb sich Südkorea aktiv an dem von den USA geführten Bündnissystem beteiligt. Asien ist natürlich eine Schlüsselregion in der Rivalität der Großmächte China und USA. Die Positionen dieser beiden geopolitischen Giganten werden die Zukunft der internationalen Ordnung in den kommenden Jahrzehnten bestimmen. Doch was bedeutet die Rivalität dieser beiden Supermächte für Südkorea?

Während China die liberale internationale Ordnung eher reformieren als vollständig ersetzen will, verstehen die Vereinigten Staaten ihre Beziehungen zu China als strategischen Wettbewerb. Sie halten mit Blick auf die strategischen Interessen ein Nullsummenspiel in bestimmten Bereichen für unvermeidlich und sind der Meinung, China stelle mit seiner Leistungsfähigkeit und Entschlossenheit die Führungsrolle der USA infrage. China lehnt diese Auffassung eines Wettbewerbsverhältnisses wiederum ab und interpretiert die US-Politik als unfaire Containment-Strategie, die darauf abziele, Chinas Aufstieg zu behindern. Seoul hält den Wettbewerb zwischen den Großmächten in der heutigen internationalen Politik für alternativlos und betont, es müsse unbedingt verhindert werden, dass dieser Wettbewerb zu einem militärischen Konflikt eskaliert. Eine der größten Bedrohungen für die liberale Ordnung ist die Machtverteilung innerhalb dieser Ordnung. Obwohl sowohl die USA als auch China die Bedeutung einer regelbasierten Ordnung hervorheben, bleibt die Frage, wer diese Regeln bestimmt, weiterhin offen.

Obwohl sowohl die USA als auch China die Bedeutung einer regelbasierten Ordnung hervorheben, bleibt die Frage, wer diese Regeln bestimmt, weiterhin offen.

Um seine Interessen durchzusetzen, hat China die Idee einer „Zukunftsgemeinschaft der Menschheit“ ins Spiel gebracht und Initiativen wie die Globale Sicherheitsinitiative, die Globale Entwicklungsinitiative und die Globale Zivilisationsinitiative gestartet. Diese Vorstöße sollen ein Leitbild für globale Sicherheit, wirtschaftliche Entwicklung und ideologische Rahmenkonzepte liefern. Obwohl sie in einer regelbasierten Ordnung verankert sind, beinhalten sie eine scharfe Kritik an der hegemonialen und unilateralen Führungsrolle der USA. China ist der Ansicht, dass es der liberalen internationalen Ordnung an Kohärenz fehle und dass die US-Außenpolitik gelegentlich deren Fundamente untergrabe, und weist auf die Verlogenheits- und Ineffektivitätsprobleme innerhalb des Liberalismus hin.

Südkorea dagegen verhält sich mit Blick auf eine möglicherweise im Entstehen begriffene Weltordnung unter chinesischer Führung zurückhaltend, räumt aber Führungsprobleme innerhalb der jetzigen Ordnung ein. Seoul will die bestehende liberale internationale Ordnung ergänzen und verändern durch die Festlegung von Normen, die seiner Philosophie zur Bewältigung aufkommender Probleme entsprechen. Gleichzeitig ist sich Südkorea bewusst, dass es ein partnerschaftliches Verhältnis zu China braucht. Zwischen den beiden Ländern gibt es momentan keine größeren bilateralen Konflikte, wie beispielsweise Territorialstreitigkeiten auf See. Vielmehr besteht in vielen Bereichen ein Bedarf an Kooperation – unter anderem mit Blick auf die Denuklearisierung Nordkoreas, die wirtschaftlichen Verflechtungen und den Umgang mit transnationalen Bedrohungen. Südkorea wird auf eine verstärkte Kooperation mit China hinarbeiten und dafür sorgen, dass China sich nicht grundsätzlich gegen die liberale regelbasierte Ordnung stellt. Dennoch gibt es zwischen beiden Ländern einige strittige Punkte, die ein gewisses Konfliktpotenzial bergen und daher näher betrachtet werden sollten.

Südkorea ist sich bewusst, dass es ein partnerschaftliches Verhältnis zu China braucht.

In den vergangenen Jahren hat Chinas politisches System verstärkt personalisierte und autoritärere Züge angenommen. Aus südkoreanischer Sicht müssen Chinas politisches System und seine Außenpolitik jedoch nicht zwangsläufig im Zusammenhang stehen. Viele Demokratien erleben ebenfalls Rückschritte, und ihre Außenpolitik entspricht keineswegs immer den Normen der liberalen internationalen Ordnung. Solange Chinas Außenpolitik sich an der bestehenden regelbasierten Ordnung orientiert, können innerhalb der liberalen internationalen Ordnung verschiedene politische Systeme nebeneinander existieren. Auch wenn Südkorea einige Standpunkte mit China teilt, bleibt es dennoch vorsichtig im Hinblick auf Chinas Potenzial, eine autoritärere und hierarchischere internationale Ordnung zu schaffen oder wiederzubeleben.

Im strategischen Wettbewerb zwischen den USA und China liegen die Spannungsfelder vor allem in Nordostasien. Die Beziehungen zu Taiwan, das Ostchinesische Meer und die koreanische Halbinsel sind kritische Themen, in denen der Wettbewerb sich zu einem militärischen Konflikt auswachsen könnte. Die Taiwan-Frage ist dabei wohl die heikelste. Als geteiltes Land hat Südkorea durchaus Sympathien mit dem chinesischen Ziel der Wiedervereinigung. Nach dem Aufkommen des europäischen Imperialismus kämpften sowohl Korea als auch China darum, sich zu modernen Nationalstaaten zu entwickeln und gleichzeitig ihre traditionelle nationale und ethnische Identität zu wahren. China betrachtet seine Taiwan-Politik als Wiederherstellung der Souveränität, so wie Südkorea die Wiedervereinigung als Rückgewinnung seines Territoriums und seiner Nation versteht. Sowohl die Taiwan-Frage als auch eine mögliche koreanische Wiedervereinigung würden jedoch zwangsläufig die Kräfteverhältnisse in der bisherigen internationalen Ordnung verändern.

Für die Zukunft will Südkorea außenpolitisch seine Allianz mit den USA stärken, die trilaterale Zusammenarbeit mit den USA und Japan ausbauen und parallel die Beziehungen zu anderen liberalen Ländern intensivieren.

Sollte China versuchen, seinen Anspruch auf Taiwan ohne vorherige Unabhängigkeitserklärung Taiwans mit Gewalt durchzusetzen, wäre dies eindeutig als Versuch zu werten, den Status quo zu ändern. Die USA und Japan würden sich um die Sicherheit der Seewege und das geopolitische Gleichgewicht sorgen und unweigerlich militärisch reagieren. Da der Großteil des Öltransports und der Handelsgüter über die Taiwanstraße erfolgt, ist es für die maritime Sicherheit und die Transportwege Südkoreas von entscheidender Bedeutung, dass die Stabilität der Taiwanstraße gewährleistet bleibt. Um den Status quo in der Taiwanstraße zu wahren, könnte Südkorea in Zusammenarbeit mit den USA die Abschreckung militärisch und diplomatisch intensivieren. Im Kriegsfall würde Südkorea jedoch in eine sehr schwierige Lage geraten. Nordkorea könnte gemäß Artikel 2 des Beistandsabkommens gezwungen sein, unmittelbar einzugreifen, wenn China Krieg führt. Um zu verhindern, dass in Taiwan US-Streitkräfte zum Einsatz kommen, könnte China sich mit Nordkorea abstimmen. In einem solchen Szenario könnte Nordkorea Chinas Einigungsversuch dadurch unterstützen, dass es Südkorea und die US-Streitkräfte in Korea provoziert. Japan würde aus Sorge, die Taiwan-Frage könnte zu Instabilität im Ostchinesischen Meer und zu weiteren maritimen Territorialstreitigkeiten mit China führen, wahrscheinlich ebenfalls eingreifen. Die koreanische Halbinsel, die Meerenge von Taiwan und das Ostchinesische Meer würden sich zu einem zusammenhängenden Konfliktgefüge verbinden.

Nichts von alledem liegt in Südkoreas Interesse. Für die Zukunft will Südkorea außenpolitisch seine Allianz mit den USA stärken, die trilaterale Zusammenarbeit mit den USA und Japan ausbauen und parallel die Beziehungen zu anderen liberalen Ländern intensivieren. Zugleich ist sich Seoul der Führungsprobleme innerhalb der liberalen internationalen Ordnung bewusst und erkennt Rückschritte in vielen Demokratien, politische Polarisierung und außenpolitische Instabilität in den USA als besorgniserregende Faktoren an. Zudem möchte es verhindern, dass Sicherheitsbedrohungen wie die Provokationen Nordkoreas und die nukleare Entwicklung durch die geopolitische Dynamik zwischen den Großmächten zusätzlich verschärft werden.

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Chaesung Chun

Chaesung Chun lehrt an der Fakultät für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Nationalen Universität Seoul und ist Direktor des *National Security Center* des *East Asian Institute*.

16) Mehr als nur Kampfarena. Die Großmächte nehmen den „Rest der Welt“ nur bedingt ernst. Der Globale Süden bleibt ihnen ein Rätsel

Von Sarang Shidore

Global 29.08.2024



Viele Staaten im Globalen Süden sind unzufrieden mit der internationalen Ordnung.-
picture alliance / Zoonar | Laurent Davoust -

Der Begriff „Globaler Süden“ löst viele Vorstellungen und ebenso viele Reaktionen aus. Für die einen [steht](#) er für ein im Werden begriffenes Projekt, das von den armen und ehemals kolonialisierten Nationen initiiert wurde und sich auf die Forderung nach globaler Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit gründet. Andere sehen wegen der großen Diversität und divergierenden Interessen in der „sich entwickelnden Welt“ das Potenzial zum kollektiven Handeln eher [kritisch](#). Für wieder andere ist der „Globale Süden“ ein problematisches staatszentriertes Konstrukt, das die transnationale [Solidarität](#) ethnischer Minderheiten weltweit – auch in den Wohlstandsgesellschaften – außer Acht lässt.

Das Konstrukt [Globaler Süden](#) ist trotzdem wichtig und hilfreich – nur eben nicht in der Weise, in der Kritiker und Anhänger den Globalen Süden sehen. Wer nach einem umfassenden Solidaritätsprojekt oder einer einzelnen Führungsfigur Ausschau hält, geht den falschen Fragen nach. Der heutige Globale Süden lässt sich am besten nicht als geordnetes Kollektiv beschreiben, sondern als Analyserahmen, der vor allem auf geopolitischen Überlegungen basiert.

Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, dass auch andere Sichtweisen wichtige Wahrheiten zutage fördern. Der lange Schatten des Kolonialismus ist die Ursache für viele aktuelle Bruchlinien und Konflikte. Die meisten „Entwicklungsländer“, die ohnehin schon mit den Missständen der neoliberalen Ära und den Nachwirkungen von Covid zu kämpfen haben, leiden unter wirtschaftlicher Marginalisierung und Verschuldung. Auch die großen Unterschiede zwischen diesen Staaten dürfen in keiner Analyse unberücksichtigt bleiben.

Weitaus relevanter und sinnvoller ist es allerdings, den Globalen Süden als „[geopolitisches Faktum](#)“ zu begreifen. Geopolitisch betrachtet, liegen zahlreiche Staaten in Lateinamerika, Afrika, Südasien, Südostasien und im Pazifik außerhalb des Kernbereichs der Großmachtordnung, der die drei Großmächte – USA, China und Russland – und ihre

wichtigsten Verbündeten angehören. Die Staaten im Zentrum dieses Großmachtgefüges – insbesondere diejenigen mit nuklearem Schutzschirm – genießen ein hohes Maß an Sicherheit, Status und wirtschaftlichen Möglichkeiten. Der Globale Süden hingegen muss sich in einem internationalen System behaupten, in dem er keine beherrschende Rolle spielt und dessen Regeln er in den meisten Fällen nicht selbst aufgestellt hat.

Wenn wir den Globalen Süden als „geopolitisches Faktum“ begreifen, können wir besser verstehen, was diese Staaten wollen. Natürlich hat jeder Staat spezifische Bedürfnisse, die auf seine heimischen Gegebenheiten zugeschnitten sind. Dennoch lassen sich zwei übergeordnete Interessen ausmachen.

Die Staaten des Globalen Südens wollen im internationalen Gefüge nach oben kommen.

Erstens gibt es den dringlichen Wunsch, mit dem Zentrum gleichzuziehen. Die Staaten des Globalen Südens wollen im internationalen Gefüge nach oben kommen, wobei es nicht nur um wirtschaftlichen Aufstieg geht, sondern auch um Statusaufwertung. So wünschen sich die Staaten mit mittlerem Einkommen, die besser als andere dastehen, entschieden mehr Mitbestimmung. Sie wollen zum Beispiel die Regeln der sich verändernden Weltordnung mitgestalten, sich gegen Wirtschaftssanktionen absichern und ihre Souveränität wahren. Gerade Letzteres ist umso wichtiger, als in vielen postkolonialen Staaten das Projekt der Nationen- und Staatsbildung nicht abgeschlossen ist.

Zweitens beteiligen sich nahezu alle Staaten des Globalen Südens grundsätzlich nicht am „Wettbewerb der Großmächte“. Sie haben kaum eine Rolle dabei gespielt, diesen zu entfachen. Die meisten wollen in diesen Wettbewerb auch nicht hineingezogen werden und sind entschlossen, sich weder für die eine noch für die andere Seite zu entscheiden. Das schließt zwar nicht die Möglichkeit strategischer Bündnisse aus, aber diese bleiben in der Regel auf einen bestimmten Umfang begrenzt, und die Wahrscheinlichkeit, dass sie in formelle Allianzen münden, ist gering. Die gängigste Strategie in unserem Zeitalter der abnehmenden Unipolarität ist Absicherung.

Bedeutet dieses realistischere Verständnis des Globalen Südens, das auf die nationalen Interessen abhebt, dass idealistische Visionen sich erledigt haben? Nicht ganz. Die Zeit der kollektiven Großanstrengungen zur Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Gleichheit ist womöglich vorbei. Koordinierungsbemühungen in kleinerem Maßstab, die auf praktische Ergebnisse abzielen, gibt es jedoch weiterhin.

Ein Beispiel ist das BRICS-Bündnis (Akronym aus den Initialen der ersten fünf Mitgliedstaaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika). Auch wenn die BRICS-Gruppe oft als Zusammenschluss des Globalen Südens bezeichnet wird, handelt es sich in Wirklichkeit um eine Koalition aus dem Globalen Süden sowie aus China und Russland, die ich den „Globalen Osten“ nenne. Beide Gruppierungen innerhalb des BRICS-Verbunds verfolgen ihre je eigenen Interessen. Dass der Globale Süden im BRICS-Bündnis einen Nutzen für sich sieht, hat mit dem multiplen Versagen der US-geführten Weltordnung zu tun. Weitere Beispiele sind das gemeinsame Vorgehen der G77 beim Klimaschutz im Rahmen der Weltklimakonferenzen und die breite Beteiligung des Globalen Südens an internationalen rechtlichen Schritten mit Blick auf Gaza. In einer von nationalen Interessen bestimmten Welt wird es immer Raum für gemeinsame Bemühungen geben, auch wenn dieser Raum begrenzt ist.

Die meisten Staaten des Globalen Südens sind nicht daran interessiert, die bestehende Ordnung grundsätzlich zu kippen. Auch sehen sie Washington nicht als ihren Gegenspieler.

Seite E 53 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Lieber kämen sie mit den Vereinigten Staaten weiterhin bestens aus – allerdings in einer Welt ohne amerikanische Vorherrschaft. Ihre zunehmende Entfremdung von der US-geführten Ordnung erklärt sich aus den systemischen Zwängen, die sie an ihrem Aufstieg hindern, sowie aus den politischen Verfehlungen und der Doppelmoral Washingtons.

Ein konkretes Beispiel für diese Zwänge ist das internationale Sanktionsregime. Dieses Regime hat sich dermaßen ausgeweitet, dass gegenwärtig mehr als ein Viertel der Länder und fast ein Drittel der Weltwirtschaft von Sanktionen [betroffen](#) sind.

Sich vom Dollar zu lösen, ist leichter gesagt als getan.

Das größte Problem sind hierbei die [Sekundärsanktionen](#) – für Washington inzwischen bevorzugtes Instrument im „Wettbewerb der Großmächte“. Die Vereinigten Staaten behaupten zwar immer wieder, diese Sanktionen – die von den meisten Völkerrechtlern als illegal eingestuft werden – seien nicht gegen den Globalen Süden gerichtet, doch die betroffenen Staaten sehen das anders. Das Regime der Sekundärsanktionen basiert seinerseits auf der globalen Hegemonie des US-Dollars. Das macht die [Entdollarisierung](#) zu einem wichtigen gemeinsamen Interesse der meisten Länder des Globalen Südens.

Sich vom Dollar zu lösen, ist jedoch leichter gesagt als getan. Das BRICS-Bündnis hat die Entdollarisierung ins Zentrum seiner Rhetorik gerückt. Wenn es dabei Fortschritte geben soll, müssten die Zentralbanken der Mitgliedstaaten ein gewisses Maß an Souveränität aufgeben – ein schwieriges Unterfangen. Da China die weitaus größte Handelsmacht in der BRICS-Gruppe ist, [befürchtet](#) Indien, Peking könnte in einer von den BRICS initiierten alternativen Währungsordnung die Vorherrschaft übernehmen.

Auch außerhalb der BRICS-Staaten laufen Bemühungen um die Entdollarisierung, allerdings mit durchwachsenem Erfolg. Der Push-Faktor der einschneidenden westlichen Sanktionen gegen Russland nach der rechtswidrigen Invasion in der Ukraine hat zu einer massiven Annäherung Moskaus an Peking geführt. Dies wiederum hatte zur Folge, dass der Yuan den US-Dollar als Leitwährung im bilateralen Handel abgelöst hat. Die indischen Exporte nach Russland [boomen](#), weil der bilaterale Handel zunehmend in Rupien abgewickelt wird.

Südostasien und die ASEAN-Staaten drängen ebenfalls darauf, bei regionalen Transaktionen lokale Währungen zu stärken. 2023 unterzeichneten fünf ASEAN-Länder, darunter Indonesien und Singapur, ein [Abkommen](#) zur Einführung eines regionalen grenzüberschreitenden Zahlungssystems, bei dem die Verbraucher Zahlungen künftig mit einem QR-Code vornehmen und so den Devisenmarkt umgehen können. Auch mit [China](#), [Indien](#), [Japan](#) und [Südkorea](#) hat Indonesien Übereinkünfte für den Handel in Landeswährungen erzielt.

Doch nehmen die Großmächte die Forderungen und Strategien des Globalen Südens überhaupt ernst? Leider nur bedingt. Peking, Moskau und Washington betrachten den „Rest“ der Welt im Wettbewerb der Supermächte tendenziell vor allem als Kampfarenen oder als bloße Opfer. Der Globale Süden dagegen stellt Ansprüche und will vor allem etwas erreichen. Er sucht keine Retter und will auch nicht als Retter auftreten. Er will einfach, dass diejenigen, die seinen Aufstieg blockieren, ihm aus dem Weg gehen.

Hinzu kommt, dass die Weltmächte sich dagegen sträuben, die internationale Ordnung so zu reformieren, dass sie der wachsenden Autonomie und Macht des Globalen Südens stärker Rechnung trägt. Das [größte Hindernis](#) für die dringend benötigte Reform des UN-Sicherheitsrats dürfte Peking sein. Die Stimmrechtsanteile im Internationalen Währungs-

Seite E 54 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

fonds (IWF) und in der Weltbank sind nach wie vor deutlich zugunsten der wohlhabenden westlichen Staaten verschoben. Bei der internationalen Klimafinanzierung lässt es Washington im Wesentlichen bei Lippenbekenntnissen bewenden. Zudem scheint man in Washington, Moskau und Peking nicht gewillt, aus dem stetigen Marsch in Richtung eines militarisierten Großmachtwettlaufs auszusteigen. Die Großmächte sind unfähig, die neuen Realitäten der großen Mitte zu erkennen – und das liegt vor allem daran, dass ihnen der Globale Süden ein Rätsel bleibt und dass sie so konditioniert sind, dass sie dieses Rätsel nicht verstehen können.

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Sarang Shidore

Sarang Shidore ist Direktor des *Global South Program* am *Quincy Institute* und *Senior Non-Resident Fellow* beim *Council on Strategic Risks*. Er arbeitet hauptsächlich im Bereich Geopolitik und Internationale Beziehungen mit besonderem Schwerpunkt auf dem Globalen Süden und Asien.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/mehr-als-nur-kampfarena-7717/?utm_campaign=de_40_20240830&utm_medium=email&utm_source=newsletter

17) Weggucken ist keine Option. Die Beziehungen zwischen Pakistan und dem Westen sind abgekühlt. Doch das Land ist zu wichtig, um weiter ignoriert zu werden

Von Leo Wigger

Asien 26.08.2024



Feiern zum pakistanischen Unabhängigkeitstag: Das Durchschnittsalter der Bevölkerung liegt bei 20 Jahren.-*picture alliance / Associated Press | Fareed Khan*

Jahrzehntelang flossen Milliardenbeträge an Entwicklungshilfe und militärischer Unterstützung nach Pakistan. Doch die Zeiten sind schon lange vorbei, als das südasiatische Land auf der außenpolitischen Prioritätenliste oben zu finden war. US-Präsident Joe Biden konnte sich die ersten Jahre seiner Amtszeit nicht einmal zu einem Telefonat mit der Regierung in Islamabad durchringen. Doch das ist kurzsichtig. Strategisch schlauer wäre es, die USA und die EU würden die Beziehungen zu Pakistan ausbauen und diversifizieren. Gerade jetzt.

Ein Schritt zurück. Die Ernüchterung in den Beziehungen kommt nicht von ungefähr. Der Aufstieg von Pakistans wirtschaftlich und politisch längst enteiltem Erzrivalen Indien spielt dabei eine Rolle. Delhi und der Westen brauchen einander schließlich im Umgang mit China. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Die [gescheiterte NATO-Intervention in Afghanistan](#) von 2001 bis zum endgültigen Fall Kabuls an die Taliban im August 2021 hat das Vertrauensverhältnis zu Islamabad schwer beschädigt. Zumindest ab 2005 knüpften die pakistanischen Sicherheitsbehörden wieder an ihre [Unterstützung der Taliban](#) an, die sie schon vorher protegiert hatten.

Dabei stand Pakistan offiziell auf Seiten der NATO. Auch europäische Spitzenpolitiker machen sich seitdem in Pakistan rar. Der Besuch von Entwicklungsministerin Svenja Schulze oder einer SPD-Parlamentariergruppe in diesem Sommer sind seltene Einzelfälle. Nur: Weggucken ist keine Option, im Guten wie im Schlechten. Pakistan ist schlichtweg zu groß. Das Land hat mittlerweile nach offiziellen Angaben 240 Millionen Einwohner, fast halb so viele wie die gesamte EU. Und es wächst schnell. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung liegt laut Statista bei 20 Jahren. Zum Vergleich, in Deutschland liegt es bei 45 Jahren, in Bangladesch bei 27 Jahren. In einigen Jahren könnte Pakistan sogar Indonesien als bevölkerungsreichstes mehrheitlich muslimisches Land ablösen. Bis heute ist es das einzige Land der islamischen Welt, das über eigene Atombomben verfügt.

Pakistan gehört zu den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Ländern der Erde.

Laut *Germanwatch* gehört Pakistan zudem zu den [am stärksten vom Klimawandel betroffenen Ländern der Erde](#). Als enger Partner des diesjährigen [COP-Gastgebers Aserbaidschan](#) kann Pakistan eine wichtige Rolle spielen, die Stimmen des globalen Südens stärker in die Klimadebatte einfließen zu lassen. Europa kann vor Ort dagegen noch mehr als bisher Expertise und Technologie einbringen, um die Auswirkungen des Klimawandels abzufedern. Auch in den Bereichen Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Fachkräfte, Gesundheit und Bildung gibt es eine Vielzahl an Kooperationsmöglichkeiten, die bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind.

Dazu kommt die geopolitische Bedeutung. Denn Pakistan verfügt – neben der engen sicherheitspolitischen Anbindung an den Westen – seit Jahrzehnten auch über eine lang erprobte, krisenfeste Partnerschaft mit China: die sogenannte Allwetter-Freundschaft, die sich zum Beispiel am Infrastrukturprogramm *Chinese-Pakistan-Economic Corridor* zeigt, der China mit dem Tiefseehafen Gwadar zumindest in der Theorie einen direkten Link bis zum Persischen Golf verschafft. Spannungsfrei sind die Beziehungen zu China nicht. Die Projekte hinken seit Jahren hinterher. Die Investitionsbudgets stocken. Kaum ein Land ist für chinesische Arbeiter so gefährlich wie Pakistan.

Je mehr sich die Welt in zwei Lager teilt, desto törichter erscheint es, die Atommacht Pakistan ohne Not dem chinesischen Camp zu überlassen.

Je mehr sich die Welt in zwei Lager teilt, ein pro-chinesisches und ein pro-amerikanisches, desto törichter erscheint es, die Atommacht Pakistan ohne Not dem chinesischen Camp zu überlassen, statt konkrete Kooperationspotenziale zwischen Pakistan und der EU auszuschöpfen. Das wäre auch im ureigenen Interesse Islamabad, das versucht, den [außenpolitischen Spielraum](#) möglichst lange möglichst groß zu halten.

Über 20 Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 spielt das Thema islamistischer Terrorismus global weiterhin eine große Rolle. Die pakistanische Gesellschaft trägt unterdessen selbst am schwersten im Kampf gegen den Terror. Allein zwischen den Jahren 2000 und 2019 sind über 20 000 Zivilisten bei Terroranschlägen umgekommen, die meisten davon islamistisch motiviert. Der Aufstieg des sogenannten Islamischen Staats – Provinz Khorasan (ISPK) stellt nicht nur Pakistan vor große Herausforderungen. Die [Auswirkungen sind von Moskau](#) (der Anschlag auf die *Crocus City Hall*) über Wien (die abgesagten Taylor-Swift-Konzerte) bis nach Deutschland (Solingen) zu spüren. Die zunehmende globale Lagerbildung und abnehmende nachrichtendienstliche Kooperation erhöhen die Handlungsoptionen für Organisationen wie den ISPK. Ein weiterer Grund für mehr Austausch statt weniger.

Es gibt also eine Vielzahl guter Gründe, die deutschen und europäischen Beziehungen zu Pakistan gerade jetzt zu stärken. Und dabei gleich ein paar Sachen anders zu machen als bisher. Zum Beispiel: Zu selten wurde Pakistan als eigenständiger Partner auf Augenhöhe gesehen. Zu häufig wurden die Beziehungen durch das Prisma der Afghanistan-, China- oder Indien-Politik betrachtet. Das sollte sich ändern.

Die Pakistanpolitik nach dem Fall Afghanistans hat nun im Windschatten der großen Weltpolitik die Chance, zu einem nachhaltigeren Stil zu finden.

Umgekehrt muss der pakistanischen Seite klar sein, dass in Europa das Geld nicht mehr so locker sitzt wie vor 10 oder 20 Jahren. Die Angewohnheit pakistanischer Gesprächspartner,

ein politisches Entgegenkommen zugunsten europäischer Anliegen umgehend an die Bereitstellung von Finanzmitteln zu knüpfen, mag angesichts der angespannten pakistanischen Haushaltslage verständlich sein – auf Gegenliebe stoßen wird sie nicht. Die Pakistanpolitik nach dem Fall Afghanistans an die Taliban hat dafür nun im Windschatten der großen Weltpolitik die Chance, zu einem nachhaltigeren Politikstil zu finden. Sie kann nun Langfristigkeit, beidseitige Vorteile und Augenhöhe in den Mittelpunkt stellen, statt schnelle Resultate dank hoher transaktionaler Kosten.

Konkrete Ideen wie die Schaffung einer deutsch-pakistanischen Parlamentariergruppe – wie es die SPD-Bundestagsabgeordneten Derya Türk-Nachbaur, Michael Müller und Christoph Schmid jüngst forderten – oder die Einrichtung von Austauschprogrammen könnten hier helfen, das Verständnis zwischen beiden Gesellschaften zu stärken. Das ist dringend nötig. Denn abseits von Katastrophen und Terrorberichterstattung schafft es Pakistan selten in die öffentliche Wahrnehmung. Ein Grund dafür ist, dass es in europäischen Thinktanks nur wenig pakistanspezifische Expertise gibt.

Deutschland und Europa haben auch heute ein langfristiges wirtschaftliches und politisches Interesse an den Gesellschaften Südasiens.

Wer genauer hinguckt, der findet ein Land, das sich einfachen Wahrheiten entzieht. Ein Land mit einer vielfältigen und äußerst resilienten Zivilgesellschaft, die sich nicht so schnell in die Schranken weisen lässt. Mit geisteswissenschaftlichen Fakultäten, die mit Verve Debatten anstoßen. Mit einer ausgeprägten Protestkultur. Einer lebhaften Kunst- und Kulturszene, gerade in der Musik: Pakistanische Popsongs sind ein Exportschlager. [Das Lied Pasaori](#) war 2022 laut Google Trends zum Beispiel der am meisten gesuchte Song der Welt. Der Song, der traditionelle Raga-Harmonien mit einem subversiven Text verbindet und Fragen von Identität und Rollenbildern neu verhandelt, füllte die Feuilletonspalten von Zeitschriften [wie dem New Yorker](#). Es ist ein Pakistanbild, das in Europa und in Deutschland kaum stattfindet.

Deutschland und Europa haben auch heute ein langfristiges wirtschaftliches und politisches Interesse an den Gesellschaften Südasiens. Ein Anker dabei ist Stabilität. Und es ist nur richtig, diese eigenen Interessen klar zu benennen. Pakistan steht in den nächsten Jahren vor gewaltigen wirtschaftlichen, demografischen, politischen und klimatischen Herausforderungen. Doch die eng gefasste Fokussierung auf Sicherheitspolitik sollte wieder Platz machen für ein holistischeres Stabilitätsverständnis, das mehr Raum für zivilgesellschaftliche Begegnungsräume schafft und demokratische Institutionen nachhaltig stärkt: mehr Austausch, mehr Tiefe, mehr Beidseitigkeit, weniger erhobener Zeigefinger. Langer Atem, statt erst dann zu agieren, wenn es brennt. Das sollten wieder die Eckpfeiler der Beziehungen mit Pakistan sein. Auch Joe Biden hat das mittlerweile verstanden. Anfang des Jahres richtete das Weiße Haus nach langer Zeit wieder einen Brief an die neue pakistanische Regierung.



Leo Wigger, Berlin

Seite E 58 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Leo Wigger ist *Associate Partner* beim deutschen Thinktank *Candid Foundation*. Für das Magazin *zenith* schreibt er vor allem zum Thema Globale Geopolitik, Eurasien und Südasien.

https://www.ipg-journal.de/regionen/asien/artikel/weggucken-ist-keine-option-7732/?utm_campaign=de_40_20240827&utm_medium=email&utm_source=newsletter

01) Ohne Abschreckung kein Abkommen. Um die Unabhängigkeit der Ukraine langfristig zu sichern, muss jeder Frieden Sicherheitsgarantien der NATO enthalten

Von Tymofiy Mylovanov & Roger Myerson & Konstantin Sonin

Außen- und Sicherheitspolitik 27.08.2024



NATO-Soldaten bei einer Militärübung in Polen.-picture alliance / Zumapress | U.S. Army

Im vergangenen Monat endete ein weiterer NATO-Gipfel mit der vagen Aussage, dass die Ukraine irgendwann Mitglied des Bündnisses sein werde. Während es jedoch unmöglich ist, ein genaues Datum für den Beitritt der Ukraine zu nennen, solange sich das Land im Krieg befindet, sollte das auslösende Ereignis klar sein: Die USA und ihre NATO-Verbündeten sollten bereit sein, der Ukraine uneingeschränkten Schutz zu gewähren, sobald ein Friedensabkommen erreicht ist. Dies würde die ukrainische Regierung in die Lage versetzen und ermutigen, die zur Beendigung der Kämpfe erforderlichen schwierigen Entscheidungen zu treffen.

Der erste Schritt auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden in der Ukraine besteht darin, sich bewusst zu machen, dass Russland seine groß angelegte Invasion im Jahr 2022 nicht gestartet hat, um lediglich einige ukrainische Gebiete zu erobern. Es ging auch nicht darum, die Erfüllung vager Versprechungen einer künftigen NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu verhindern – auch wenn der Kreml diese Versprechungen nutzte, um die Russen und andere zu überzeugen, dass die Invasion entscheidend war, um schwerwiegende Bedrohungen für Russlands Sicherheit abzuwenden.

Das Ziel Russlands bestand vielmehr immer darin, die Ukraine als unabhängiges demokratisches Land zu zerstören, das der russische Präsident Wladimir Putin als existenzielle Bedrohung für sein autokratisches Regime betrachtet. Das Fehlen von NATO-Sicherheitsgarantien für die Ukraine nährte Putins Illusion, das Land auf dem Schlachtfeld leicht besiegen zu können. Nach mehr als zwei Jahren Krieg hat sich diese Illusion zerschlagen. Die ukrainische Regierung vertritt offiziell den Standpunkt, dass ihre Streitkräfte so lange weiterkämpfen werden, bis sie alle derzeit von Russland besetzten

Gebiete befreit haben. Man sollte diese Haltung nicht als Friedenshindernis betrachten: Wenn das Ziel des Gegners die eigene totale Vernichtung ist, führen territoriale Zugeständnisse nicht zu einem Ende des Krieges, sondern schwächen lediglich die eigene Position.

Das eigentliche Hindernis für eine vernünftige Friedensregelung ist Putin, der nach wie vor sicherzustellen sucht, dass die Ukraine als freies und demokratisches Land nicht überlebt, und der seit langem Versprechen bricht und Verträge verletzt. Da es in Russland keine politischen Institutionen gibt, die Putin zwingen könnten, die Bedingungen eines Friedensabkommens einzuhalten, ist davon auszugehen, dass er dieses Abkommen bereitwillig missachtet und bei erster Gelegenheit erneut in die Ukraine einmarschieren würde – es sei denn, die internationale Gemeinschaft gibt ihm einen sehr guten Grund, dies nicht zu tun.

Ein Verhandlungsfrieden in der Ukraine kann nur glaubwürdig sein, wenn er greifbare internationale Verpflichtungen zur Gewährleistung der langfristigen Unabhängigkeit des Landes beinhaltet. Die Einbeziehung des NATO-Schutzes für die Ukraine in jedes Friedensabkommen ist die naheliegende Lösung. Schließlich ist es die Gefahr eines Krieges mit der NATO, die Russland davon abhält, beispielsweise in den baltischen Staaten einzumarschieren.

Ein plausibler Weg voran würde damit beginnen, dass das ukrainische Militär die Frontlinien mithilfe westlicher Waffen und Unterstützung stabilisiert. Sobald diese Bedingung erfüllt ist, könnte sich die Ukraine mit Russland an den Verhandlungstisch setzen, wobei man sich darauf verständigt, dass jede Vereinbarung durch NATO-Garantien abgesichert wird. Die NATO-Mitgliedschaft könnte zum Beispiel die Bedingung enthalten, dass der Schutz des Bündnisses nur für die zum Aufnahmezeitpunkt von der ukrainischen Regierung kontrollierten Teile der Ukraine gilt. Dieser Ansatz würde den Ukrainern Gewissheit geben, dass etwaige territoriale Zugeständnisse Russland nicht einfach die Möglichkeit geben würden, in weitere Teile des Landes einzudringen.

Eine umfassende multilaterale Verpflichtung zur Entwicklung der ukrainischen Streitkräfte würde die Abschreckung weiter verbessern.

Dies wäre nicht das erste Mal, dass die NATO ein Land mit ungelösten territorialen Streitigkeiten aufnimmt. Man könnte aber auch andere Ansätze in Betracht ziehen. So könnte der Ukraine eine Art De-facto-Mitgliedschaft in der NATO angeboten werden, oder die Verhandlungsführer könnten sich darauf einigen, die normale militärische Präsenz der NATO in Teilen der Ukraine zu begrenzen, wie dies während des Kalten Krieges in Norwegen der Fall war. Eine umfassende multilaterale Verpflichtung zur Entwicklung der ukrainischen Streitkräfte würde die Abschreckung weiter verbessern.

Natürlich kann die NATO der Ukraine die Mitgliedschaft auch ohne Beteiligung Russlands gewähren. Aber wenn man die Sicherheitsgarantien der NATO in ein Friedensabkommen einbezieht, statt sie separat festzulegen, wäre es für Putin schwieriger, die Russen zu überzeugen, dass sie eine Gefahr für Russlands nationale Sicherheit darstellen. Um es klar zu sagen: Das tun sie nicht; Russlands enormes Atomwaffenarsenal garantiert seine Sicherheit sehr wirksam. Wenn den Russen bewusst wird, dass der Schutz der Ukraine durch die NATO keine Bedrohung für ihr Land bedeutet, werden sie weniger geneigt sein, präventive Angriffskriege zu unterstützen.

NATO-Sicherheitsgarantien für die Ukraine – sei es in Form einer Mitgliedschaft oder einer sonstigen Vereinbarung – würden für die USA und ihre Verbündeten eine große, mit

erheblichen Kosten und Risiken verbundene Verpflichtung darstellen. Man sollte diese jedoch gegen die Aussicht auf die Verlängerung eines europäischen Krieges abwägen, der bereits zu enormen Zerstörungen geführt und Hunderttausende von Menschenleben gekostet hat, und in dem regelmäßig mit einer weiteren Eskalation gedroht wird.

Letztendlich wird es an der Ukraine sein, zu entscheiden, wie sie die bei Friedensverhandlungen erforderlichen schwierigen und kostspieligen Kompromisse handhaben will. Die Ukrainer sind es, die gezwungen waren, eine unprovokierte russische Invasion abzuwehren; also können nur sie entscheiden, was sie noch zu opfern bereit sind, um die besetzten Gebiete zu befreien. Es ist jedoch Aufgabe der internationalen Gemeinschaft – insbesondere der NATO –, dafür zu sorgen, dass, wenn die Ukraine sich zu Verhandlungen entschließt, ein eventuelles Friedensabkommen glaubwürdig ist und die langfristige Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes garantiert.

Wie so viele andere Beobachter des Ukraine-Krieges würden wir es begrüßen, wenn Putin und seine Spießgesellen für den unprovokierten Angriffskrieg, für die Tötung von Zivilisten und für die Terrorisierung der Bevölkerung vor Gericht gestellt würden. Wir würden es auch begrüßen, wenn alle von Russland besetzten Gebiete wieder unter ukrainische Kontrolle gelangten. Vordringlichste Aufgaben jedoch sind die Beendigung des Krieges und die Gewährleistung der künftigen Sicherheit der ukrainischen Bevölkerung. Dazu können NATO-Sicherheitsgarantien beitragen.

© Project Syndicate

Aus dem Englischen von Jan Doolan



Tymofiy Mylovanov

Tymofiy Mylovanov ist Wirtschaftswissenschaftler und Präsident der *Kyiv School of Economics*. Von August 2019 bis März 2020 war er Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Handel und Landwirtschaft der Ukraine.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/ohne-abschreckung-kein-abkommen-7726/?utm_campaign=de_40_20240827&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

01) Wirtschaftskrieg will gelernt sein. Auf Russlands asymmetrischen Krieg gegen den Westen hat Europa keine Antwort. Die EU muss dringend lernen, sich zu verteidigen

Von Paul Mason

Europa 01.10.2024



Erdgas als Waffe: Russland hat den Wirtschaftskrieg gegen die EU von langer Hand vorbereitet.- *picture alliance / Zoonar | Alexander Blinov*

Als lebenslanger Keynes-Anhänger sollte ich eigentlich von der [zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit Europas](#) begeistert sein. Mario Draghi, der frühere Präsident der Europäischen Zentralbank, hat auf Bitten der EU-Kommission einen [Strategiebericht zum Wirtschaftsombau in Europa](#) vorgelegt, der massive öffentliche Investitionen von bis zu 800 Milliarden Euro pro Jahr vorsieht. Dieser Bericht markiert das Ende einer langen wirtschaftspolitischen Durststrecke, nachdem der neoliberale Impuls in Europa erloschen, aber durch [keine neue Strategie ersetzt worden war](#). Wenn die grundlegenden Empfehlungen des Draghi-Berichts umgesetzt werden, sollte die EU innerhalb eines Jahrzehnts die Integration und Modernisierung der Großindustrie, eine starke Erhöhung der Investitionen und erneute Produktivitätssteigerungen erleben. Wenn Europa im 21. Jahrhundert nicht zum reinen Schachbrett des Wirtschaftswettbewerbs zwischen den USA und China werden wolle, so Draghi, dann müsse es zum dritten großen Player aufsteigen.

Während Europas politische Führungsschicht Draghi und sich selbst gratuliert, besteht jedoch weiterhin ein großes Problem. Denn auch wenn Europa jetzt lernt, Wachstum durch öffentliche Investitionen zu schaffen, muss es immer noch lernen, wie man Wirtschaftskriege führt – nicht aus Angriffslust, sondern aus reiner Notwendigkeit. Russland und seine Verbündeten führen einen Stellvertreterkrieg gegen den Westen, der alle Bereiche umfasst: Medien, Energie, Ernährung, Finanzen und Organisierte Kriminalität. Im dritten Jahr des Angriffskriegs gegen die Ukraine ist die russische Wirtschaft in wesentlichen Zügen zur Kriegswirtschaft geworden. Die kriegsbezogene Produktion ist seit Herbst 2022 um 60 Prozent gewachsen, während die übrige Industrie stagniert. Fast 40 Prozent des Staatshaushalts werden für Verteidigung ausgegeben.

Russland und seine Verbündeten führen einen Stellvertreterkrieg gegen den Westen.

Die Regierungsstrukturen der EU und ihrer demokratischen Nachbarn wie Großbritannien sind jedoch nicht gut geeignet, um in dieser Weise zu reagieren. Deshalb muss der Draghi-Bericht, so brillant seine Empfehlungen auch sein mögen, der Ausgangspunkt und nicht das Ende des Nachdenkens über Europas Wirtschaftspolitik sein. Europa – und dazu zähle ich hier auch Großbritannien, so lange es von einer Mitte-links-Regierung geführt wird – braucht nicht nur eine neue, lösungsorientierte Generation von Technokratinnen und Technokraten, die Draghis drei große Ziele umsetzen können: Innovation, Dekarbonisierung und Sicherheit. Es braucht auch eine neue politische Führungsschicht, die die Aufgabe, Europas demokratisches Überleben zu sichern, im Rahmen von Sicherheit und Verteidigung neu formuliert und angeht.

Das wäre bereits für jeden Nationalstaat eine große Herausforderung. Sie ist umso größer für eine transnationale Organisation, die im Hinblick auf dauerhaften Frieden gegründet und aufgestellt wurde – vor allem weil ein Großteil der europäischen Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit auf der Idee beruhte, gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit verringere das Konfliktrisiko. Doch die neue EU-Kommission wird sich dieser Herausforderung widmen müssen – und zwar schnell.

Was kann aus der letzten Periode wirtschaftlicher Kriegsführung gelernt werden, die in den 1930er Jahren begann? Großbritannien hatte aus dem Ersten Weltkrieg die Schlussfolgerung gezogen, eine Seeblockade als grundlegende Form des Wirtschaftskriegs wäre wirksam genug, um die deutsche Aggression im Zaum zu halten. Bereits 1924 wurde daher eine Beratungskommission eingerichtet, die sich mit Handel und Blockaden in Kriegszeiten befassen sollte. Das *Advisory Committee on Trading and Blockade in Time of War* arbeitete Mitte der 1930er Jahre aktiv an Einsatzplänen für den Fall von Kampfhandlungen mit Deutschland und Japan. Deren grundlegende Annahmen waren jedoch fehlerhaft. Selbst nach dem sogenannten „Anschluss“ Österreichs an Nazideutschland 1938 konnten britische Politiker nicht glauben, dass ein Land, das vom Seeweg abgeschnitten wäre, diese Blockade einfach umgehen würde, indem es sich die Ressourcen Osteuropas und des Balkans aneignete. Zudem waren sie, ganz ähnlich wie heute im Umgang mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, allzu optimistisch, dass die Unzufriedenheit des Volkes angesichts der kriegsbedingten Einschränkungen den Diktator zu Fall bringen werde.

Doch bei Kriegsausbruch 1939 richteten die Briten ein Ministerium für Wirtschaftskriegsführung ein, ausgestattet mit Abteilungen für Sanktionen, *Soft Power*, finanziellen Druck, Beschlagnahmung von Schmuggelware und Nachrichtendienst. In der letztgenannten Abteilung begann der *Labour*-Minister Hugh Dalton ab Mai 1940, die Anweisung „Steckt Europa in Brand!“ des konservativen Premierministers Winston Churchill in die Tat umzusetzen – durch Sabotage- und Widerstandsaktionen, die von einer Spezialeinsatztruppe, dem *Special Operations Executive*, koordiniert wurden. Als sich die Kampfhandlungen intensivierten, konzentrierte sich das Ministerium darauf, den Handel des Deutschen Reichs mit neutralen Ländern wie Schweden mit einer Kombination aus *Soft Power*, Störung der Finanzflüsse, rechtlichen Mitteln und offener Sabotage zu unterbinden.

Jeder guten Absicht, die der Draghi-Plan für Europa enthält, wird Moskau mit einer bösen Absicht entgegentreten.

Da der Westen keinen Krieg gegen Russland führt, können derart offensive Mittel nicht eingesetzt werden. Doch jeder guten Absicht, die der Draghi-Plan für Europa enthält, wird

Seite E 65 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Moskau mit einer bösen Absicht entgegentreten und dabei eine ganz ähnliche Mischung aus Hochfinanz und krimineller Rücksichtslosigkeit einsetzen. Das Ziel wird darin bestehen, die Fähigkeiten der EU zu schwächen, sich mit strategisch wichtigen Rohstoffen zu versorgen oder ihre Verteidigungsindustrien zu koordinieren.

Im heutigen Europa wäre eine solche Abteilung für wirtschaftliche Kriegsführung natürlich bei der designierten Kommissarin für Technologische Souveränität, Sicherheit und Demokratie anzusiedeln, der finnischen EU-Abgeordneten Henna Virkunnen. Ihre [Ernennungsurkunde](#) von der weiterhin amtierenden Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nimmt direkt Bezug auf den Draghi-Report und den ausstehenden Bericht ihres Landsmannes Sauli Niinistö zur zivilen und militärischen Verteidigungsbereitschaft Europas angesichts der russischen Aggression. Aufgrund der besonderen Erfahrungen Finnlands im Umgang mit dem großen Nachbarn im 20. Jahrhundert, die das Land dazu bewogen, nach Russlands Einmarsch in die Ukraine gemeinsam mit Schweden die Aufnahme in die NATO zu beantragen, verfügt es über gut entwickelte Kompetenzen, wie man wirtschaftliche, militärische und zivile Selbstverteidigung verbindet.

In diesem Stadium wird vor allem Vorstellungskraft gebraucht. Die meisten Politikerinnen und Politiker und viele gestandene Geschäftsleute in Europa sprechen im Privaten nur noch darüber, „wann“, und nicht, „ob“ Russland die NATO und die EU-Staaten direkt angreifen wird. Doch in der Öffentlichkeit wird jede Diskussion über die Ukraine mit Euphemismen garniert. Ähnlich wie beim Draghi-Bericht wird auch über die zerbröckelnde Sicherheitsarchitektur so geredet, als gäbe es keinen Endpunkt eines solchen Verfalls.

Es mag sein, dass die EU und die NATO mit einer raschen Aufrüstung und einer guten Koordination der europäischen Verteidigungsindustrien Russland von dem Angriff abhalten können, mit dem die Moderatorinnen und Moderatoren dort im Staatsfernsehen jeden Abend drohen. Doch wenn die – nicht auszuschließende – Möglichkeit besteht, dass diese Abschreckung versagt, muss die EU die Strukturen, Strategien und das Personal bereithalten, um einen Wirtschaftskrieg zu führen, der Russlands Mittel und Willen zum Kampf zerstört.

Solche Vorbereitungen einzufordern und den politischen Rahmen zu schaffen, den es zu ihrer Rechtfertigung bedarf, wird natürlich zu Konflikten mit den „Putin-Verstehern“ führen – vom ungarischen Premierminister Viktor Orbán bis zur linkskonservativen Sahra Wagenknecht in Deutschland und dem früheren *Labour*-Chef Jeremy Corbyn in Großbritannien. Aber ich würde diese Diskussion lieber heute führen als an dem Tag, an dem russische U-Boote ganz offen damit beginnen, die Glasfaserkabel in der Ostsee auszubaggern.

Am Ende bedarf es nicht nur der EU-Kommission, sondern auch Regierungen, die sich einig sind, dass wirtschaftliche Selbstverteidigung notwendig ist.

Draghis Bericht zeigt, was Europa im Inneren tun muss: Investitionen stärken, Fähigkeiten breiter aufstellen, die europäischen Verteidigungsindustrien koordinieren und uns ehrgeizige Ziele für technologische Innovationen stecken. Doch das ist im Grunde immer noch eine Strategie für wirtschaftlichen Wettbewerb und nicht für wirtschaftliche Konflikte. Niinistös Bericht sollte bei seinem Erscheinen als Auslöser für einen klaren institutionellen Wandel fungieren. Doch am Ende bedarf es nicht nur der EU-Kommission, sondern auch Regierungen, die sich einig sind, dass wirtschaftliche Selbstverteidigung notwendig ist. In diesem Kontext könnten die Verhandlungen zum Sicherheitspakt zwischen der EU und Großbritannien – der dort sehnlichst erwartet wird, wenn auch bislang noch kaum Details

Seite E 66 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

bekannt sind – ein gutes Forum zur Entwicklung der nächsten Schritte bieten. Vieles vom „Fünf-Ziele“-Ansatz der Regierung unter Premierminister Keir Starmer überschneidet sich mit Draghis Absichten, obwohl Letzterer sich stärker der mangelnden Koordination im europäischen Binnenmarkt widmete.

Doch woher der Impuls auch kommen mag, die Europäerinnen und Europäer müssen sich irgendwann der harten Tatsache stellen: Wir befinden uns nicht länger in einem wirtschaftlichen Wettbewerb mit Russland, oder in einer angespannten Situation. Russlands machtvoller Krieg gegen die Ukraine hat wirtschaftliche Konflikte mit dem Westen ausgelöst, die nicht einfach so verschwinden werden. Es braucht Politikerinnen und Politiker, die das einsehen und die Institutionen schaffen, die nötig sind, um die Oberhand zu behalten.

Dies ist eine gemeinsame Veröffentlichung von Social Europe und dem IPG-Journal.

Aus dem Englischen von Sabine Jainski



Paul Mason, London

Paul Mason ist Autor und Fernsehjournalist. Sein Buch *Postkapitalismus: Grundrisse einer kommenden Ökonomie* erschien 2016, *Klare, lichte Zukunft – Eine radikale Verteidigung des Humanismus* erschien 2019.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/wirtschaftskrieg-will-gelernt-sein-7805/?utm_campaign=de_40_20241001&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Rechte Entscheidung. Mit Raffaele Fitto als Vizekommissionspräsidenten positioniert Meloni einen Vertrauten in Brüssel. Der Rechtsruck hilft auch von der Leyen

Von Gregor Fitzi

Europa 19.09.2024



Europa so, wie es sich von der Leyen und Meloni wünscht: Raffaele Fitto steht für die Öffnung der Konservativen zum rechten Rand.- *picture alliance / Italy Photo Press*

Die neue EU-Kommission steht und soll sich bald dem Votum des Europäischen Parlaments stellen. Ihre Zusammenstellung zeugt vom Wandel des politischen Feldes auf kontinentaler Ebene. Diesmal war es besonders schwierig, ein Gleichgewicht der europäischen Mächte herzustellen, denn unterschiedliche und widersprüchliche Anforderungen an die neue EU-Kommission wollten erfüllt werden. Deutschlands und Frankreichs Regierungen stecken in einer tiefen Krise, stellen dafür umso mehr klare Anforderungen. Spanien hat an Gewicht gewonnen und möchte mehr Einfluss ausüben. Nach dem Ende der rechtskonservativen PiS-Regierung ist Polen unter der Führung des ehemaligen Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk wieder zu beachten. Die geopolitischen Spannungen in Osteuropa verlangen ihren Zoll. Italien als drittstärkste Volkswirtschaft der EU verlangt jedoch auch seinen Anteil am europäischen Machtkuchen. Die Frage war also: Wie will von der Leyen die verschiedenen Ansprüche unter einen Hut bringen?

2019 war Ursula von der Leyen leise, sich fast schon entschuldigend angetreten – sie war für den Posten nicht vorgesehen gewesen und musste zuerst nach einer geeigneten Mehrheit im Parlament suchen. Sie wollte allen gefallen, die Grünen mit ins Boot holen und damit auch den *Green Deal* schmieden. Nun hat von der Leyen beschlossen, ihren Stil zu ändern, um aus dem Kommissionsdilemma herauszukommen. Statt sich in Diplomatie zu üben, wird jetzt gezielt getreten – vor allem in Richtung der Linken. Das ist das Zeichen des neuen Selbstbewusstseins der Europäischen Volkspartei (EVP). Mit von der Leyen als Kandidatin für eine zweite Amtszeit als EU-Kommissionspräsidentin hat sie bei der Europawahl hinzugewonnen und stellt die stärkste Fraktion im EU-Parlament. Die konservative Fraktion malt sich zudem aus, dass die CDU in einem knappen Jahr Deutschland regieren wird, das europäische Schwergewicht. Von der Leyen und die EVP hoffen, dass die Konservativen in Europa wieder dominant werden.

Für Weber war der Rechtsruck bei der Europawahl im Juni 2024 somit eine Chance, neue Optionen auszutesten.

Auf dieses Hegemonieprojekt hat vor allem Manfred Weber, der Fraktionsvorsitzende der EVP im EU-Parlament, in den letzten Jahren intensiv hingearbeitet. Musste die EVP bislang bedeutende Kompromisse eingehen, um mit Sozialdemokraten und Grünen zu regieren, wäre „mit der Unterstützung“ der europäischen Rechten eine ganz andere Politik möglich. Für Weber war der Rechtsruck bei der Europawahl im Juni 2024 somit eine Chance, neue Optionen auszutesten. Eine Kooperation mit der Alternative für Deutschland (AfD) ist bislang tabu. Einerseits, da Webers Partei CSU historisch keine Konkurrenz rechts von sich duldet. Andererseits, weil die AfD in absehbarer Zeit bundesweit als gesichert rechtsextremistisch eingestuft werden und in ein Verbotsverfahren geraten könnte. Also: Finger weg.

Die Zersplitterung des rechten Spektrums im EU-Parlament bietet allerdings andere Machtoptionen. So haben sich Marine Le Pen und die spanische Vox-Partei nicht nur von der AfD als „zu rechtsextremistisch“ distanziert und sie aus ihrer Fraktion Patrioten für Europa rausgehalten. Sie haben sich auch gegen Melonis „reformistischen Kurs“ ausgesprochen und mit ihr gebrochen. Mit den Europäischen Konservativen und Reformern (EKR) bleibt somit Meloni in der Mitte der Furt stehen. Die ist mit immerhin 78 Europaabgeordneten aus 18 Ländern die viertgrößte Fraktion im EU-Parlament. Werden die Bauchschmerzen der Mitte-links-Alliierten bei bestimmten Gesetzentwürfen zukünftig allzu stark, könnte bei Gelegenheit die EKR als Kompensation zum Einsatz kommen.

Von der Leyen hat sich entschieden, dieses Blatt zu spielen. Die Bedingung dafür war allerdings, dass Italiens Regierung nicht nur einen Posten in der Kommission bekommt, der dem demografischen und ökonomischen Gewicht des Landes Respekt zollt, sondern auch den prestigeträchtigen Posten eines Vizepräsidenten. Gesagt, getan. Die Mitglieder der Von-der-Leyen-Mehrheit im EU-Parlament müssen nun die Kröte schlucken. Die Testphase der Kooperation mit Meloni soll als Blaupause für den zukünftigen Aufbau einer Mitte-rechts-Koalition auf europäischer Ebene dienen.

Meloni brauchte dringend ein Erfolgserlebnis.

Die Bedeutung des Projekts einer europäischen Mitte-rechts-Koalition haben die Kandidatinnen und Kandidaten von Melonis Partei *Fratelli d'Italia* lautstark während der gesamten EU-Wahlkampagne propagiert. Nun wird der Plan wenigstens zum Teil umgesetzt. Das ist Balsam auf den Wunden der gegenwärtigen Regierungschefin in Rom. Denn Meloni brauchte dringend ein Erfolgserlebnis. In den letzten Monaten war der Konflikt zwischen den drei regierenden Parteien – Melonis *Fratelli d'Italia*, Matteo Salvinis *Lega* und den Erben Berlusconi von der *Forza Italia* – eskaliert. Ihr ungeschriebener Koalitionsvertrag bestand darin, dass jede Partei ihr Prestigeprojekt durchsetzt: die *Fratelli d'Italia* den Umbau Italiens zu einem präsidentiellen Regierungssystem; die *Lega* das sogenannte Autonomie-Gesetz, einen substantiellen Abbau des italienischen Länderfinanzausgleichs, damit die Steuergelder aus den industriestarken Regionen Norditaliens nicht auf das gesamte Land umverteilt werden; und *Forza Italia* eine Justizreform, die die demokratische Gewaltenteilung beendet und die judikative der exekutiven Gewalt unterordnet.

Da die *Lega* in Umfragen immer schlechter abschnitt, war Salvini vorgeprescht und hat durchgesetzt, dass zuerst sein Autonomie-Projekt durch das Parlament gebracht werden soll. Dieses Vorhaben hat nicht nur die Opposition wiederbelebt, die eine sehr erfolgreiche Unterschriftensammlung für ein Referendum gegen das Gesetz gestartet hat. Eine Verfassungsklage der Regionen, die einen Nachteil von der neuen Regelung erwarten, sorgt

zudem für Verzögerung und Streit zwischen den rechten Partnern. Nicht zuletzt sorgt auch ein Machtkampf zwischen Meloni und dem Medienimperium von Berlusconi's Erben für andauernden Ärger. Die Fernsehkanäle der Familie haben zahlreiche Mitarbeiter aufgenommen, die nach der Wahl Melonis und den von ihr angestoßenen Säuberungen der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender hinausgedrängt wurden und die nun zahlreiche persönliche Skandale aus dem engsten Umfeld der Premierministerin ausschlachten.

Inmitten dieser Trümmerlandschaft, in der sich Opposition und Gewerkschaften angesichts der Engpässe des kommenden Haushaltsgesetzes für die Herbstschlacht rüsten, ist von der Leyens Wahl von Raffaele Fitto zum Kommissar für Regionalförderung und Reformen sowie zum Vizepräsidenten der Kommission ein Lichtblick für Meloni. Er steht sinnbildlich für die zukünftigen Mehrheiten auf EU-Ebene, die sich Meloni und von der Leyen wünschen. Wie sein Vater vor ihm war Fitto Abgeordneter der *Democrazia Cristiana*, der italienischen Christdemokraten. Danach war er lange Zeit Mitglied und Abgeordneter von Berlusconi's Partei. Als der seine Partei ab 2014 für eine Mitte-links-Regierung mit dem *Partito Democratico* öffnete, trat Fitto aus ihr aus und gesellte sich mit seiner Gruppierung zur neugegründeten Rechtsaußen-Partei von Giorgia Meloni. Fitto verkörpert den Rechtsruck, der Europa unter von der Leyen und Meloni bevorsteht.



Gregor Fitzi

Gregor Fitzi ist Soziologe und *Senior Lecturer* an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder. Er forscht über Populismus und die Krise der normativen Integration komplexer Gesellschaften.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/rechte-entscheidung-7788/?utm_campaign=de_40_20240920&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Dringend notwendiger Weckruf. Damit die EU wettbewerbsfähig bleibt, muss es eine völlig neue Form der Zusammenarbeit geben. Kann Draghis Vision die EU aufrütteln?

Von Marie Hasdenteufel & Daniela Iller & Sidonie Wetzig

Europäische Integration 13.09.2024



Wirtschaftsprophet Mario Draghi? Vieles in seiner Analyse ist bereits bekannt. Was überrascht, ist die Dringlichkeit, mit der er Investments fordert.
picture alliance / REUTERS / Yves Herman

Europa steht vor großen Herausforderungen. Die Fundamente, auf denen die Europäische Union ihren Frieden und ihren Wohlstand aufgebaut hat, sind ins Wanken geraten. Die europäische Wirtschaft ist dem zunehmenden globalen Wettbewerb nicht gewachsen, geopolitische Instabilitäten nehmen zu, und die Abhängigkeiten der EU haben sie anfällig werden lassen. Doch wie soll die EU mit diesen (neuen) Realitäten umgehen? Um auf diese drängende Frage eine Antwort zu finden, hat die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, den ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi mit der Aufgabe betraut, Leitlinien für eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Europäische Union aufzustellen.

Draghi fand deutliche Worte, als er am Montag seinen Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit vorstellte: Es ist Zeit zu handeln. Entweder machen wir uns an die Arbeit, oder wir geben die EU einer „langsamen Agonie“ preis. Als Präsident der Europäischen Zentralbank gelang es Draghi, den Euro zu retten – mit einer klaren Botschaft gegen Finanzmarktspekulationen. Jetzt legt er auf 400 Seiten seine Vision einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Europäischen Union vor und bezeichnet die darin enthaltenen Maßnahmen als konkret und dringend. Allein schon die Fülle an Vorschlägen macht deutlich, dass es auf Europas vielschichtige Problemlage keine einfache Antwort gibt. Aber die Publikation kann – und sollte – ein Weckruf sein.

„Wir können nicht gleichzeitig führend bei neuen Technologien, ein Leuchtturm der Klimaverantwortung und unabhängiger Akteur auf der Weltbühne sein. Wir werden unser Sozialmodell nicht finanzieren können. Wir werden einige, wenn nicht sogar alle unsere Ambitionen zurückstecken müssen.“ Draghi führt eine Reihe von Wirtschaftsindikatoren als

Seite E 71 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Belege für etwas an, das allgemein bekannt ist: Die EU hinkt hinterher und kann sich nicht mehr auf ein günstiges globales Umfeld verlassen. Die niedrige Produktivität hat das Reallohnwachstum schrumpfen lassen und das Gefälle zwischen EU und USA beim BIP-Niveau (zu konstanten Preisen) in der Zeit von 2002 bis 2023 von 17 Prozent auf 30 Prozent vergrößert.

Was die EU braucht, sind schließlich keine neuen Belege dafür, dass sie hinterherhinkt, sondern die politische Bereitschaft, Veränderungen durchzusetzen.

Für das Europäische Parlament und die Kommission kommt der Bericht zu Beginn der neuen Legislaturperiode genau zum richtigen Zeitpunkt, denn er kann den neu gebildeten Institutionen als To-do-Liste dienen. Von der Leyen ist gerade dabei, die Aufgaben der neuen Kommissare zu formulieren, und es steht fest, dass es einen eigenen Kommissar für Wettbewerbsfähigkeit geben wird. Wie – und ob – die konkreten Vorschläge in die Tat umgesetzt werden, bleibt allerdings abzuwarten. Was die EU braucht, sind schließlich keine neuen Belege dafür, dass sie hinterherhinkt, sondern die politische Bereitschaft, Veränderungen durchzusetzen.

Draghis Bericht ist ein Plädoyer für eine echte europäische Industriepolitik, die Wettbewerbs- und Handelspolitik miteinander verzahnt. Die neue industriepolitische Strategie stützt sich auf drei Säulen – Innovation, Dekarbonisierung und Sicherheit – und umfasst ein breites Spektrum von Industriezweigen, von der Automobil- und Computerbranche bis zur Pharma- und Rüstungsindustrie, um nur einige zu nennen. Dabei kommt erschwerend hinzu, dass die Industriepolitik in den Mitgliedstaaten und sogar innerhalb der EU-Institutionen fragmentiert ist und kohärenten Strategien im Wege steht.

Das umfangreiche Maßnahmenpaket betrifft auch den Handel und die wirtschaftliche Sicherheit. Draghi sieht die EU auf dem richtigen Weg, zum Beispiel mit ihrer Strategie für Wirtschaftssicherheit oder ihren Bemühungen, im Interesse der Versorgungssicherheit ihr Netz an bilateralen und Präferenzhandelsabkommen weiter auszubauen – vor allem mit rohstoffreichen Ländern. Darüber hinaus wünscht er sich ein Umdenken: Statt „pauschaler Einstellungen in Handelsfragen“ brauche es „sorgfältige Einzelfallanalysen“, um die Handelspolitik der EU voll und ganz mit ihrer Industriepolitik in Einklang zu bringen. Das gilt auch für den Einsatz von Defensivmaßnahmen und den Grad der Offenheit gegenüber Handelspartnern in bestimmten Sektoren. Außerdem sollten solche Maßnahmen mit dem übergeordneten Ziel der Produktivitätssteigerung in der EU Hand in Hand gehen.

Wenn die EU in der nächsten Legislaturperiode Handelsabkommen abschließen will, muss sie weniger reden und mehr zuhören.

Die Abkommen der vergangenen Jahre haben jedoch eines gezeigt: Staaten warten nicht auf die Europäische Union, und die EU ist nicht mehr ihr einziger Handelspartner. Die Lieferketten müssen natürlich gesichert werden, aber das ist nicht möglich ohne ein attraktives Angebot. Dazu gehören auch entsprechende Investitionen in den Partnerländern. Die Sorgen und Anliegen der Partnerländer sind bekannt, angefangen beim besseren Marktzugang bis zur Industrieentwicklung und Wertschöpfung im eigenen Land. Wenn die EU in der nächsten Legislaturperiode Handelsabkommen abschließen will, muss sie weniger reden und mehr zuhören.

Zum Thema Verteidigung enthält Draghis Analyse wenig Neues. Die europäische Rüstungsindustrie ist zu stark fragmentiert, um den durch Russlands Angriff auf die Ukraine entstandenen Kapazitäts- und Innovationsbedarf zu befriedigen. Um diesen kurzfristigen

Bedarf zu decken, geben die europäischen Mitgliedstaaten ihre Mittel zunehmend für Auftragsvergaben außerhalb der EU aus, statt in die europäische Verteidigungsindustrie zu investieren. So wird die Chance vertan, Ressourcen zu bündeln und eine technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung (EDITB) zu konsolidieren.

Um Strukturschwächen abzubauen, plädiert Draghi für die Umsetzung der im März dieses Jahres veröffentlichten Europäischen Industriestrategie für den Verteidigungsbereich (*European Defence Industrial Strategy*, EDIS) und des Programms für die EU-Rüstungsindustrie (*European Defence Industrial Programme*, EDIP). Langfristig spricht er sich – im Interesse der Standardisierung und Interoperabilität und zur Erzielung von Größenvorteilen – für eine grenzüberschreitende Integration im Rüstungssektor aus. Fraglich ist jedoch, ob die Mitgliedstaaten bereit und gewillt sind, ihre nationalen Unternehmen für die Konsolidierung der industriellen Verteidigungsbasis der EU aufzugeben. Um mehr Mittel für den Verteidigungssektor zu generieren, rät Draghi, die von der Europäischen Investitionsbank und der EU-Taxonomie vorgegebenen Beschränkungen aufzuheben – ein Vorschlag, der zeigt, dass dieser Bericht nicht vor provokativen Vorstößen zurückscheut.

Es muss eine völlig neue Form der Zusammenarbeit geben.

Zu den besonders kontroversen Themen des Berichts gehört die Finanzierung: Um die darin genannten Ziele zu erreichen, braucht es zusätzliche Investitionen von mindestens 750 bis 800 Milliarden Euro pro Jahr. Das sind mindestens 4,4 Prozent des BIP der Europäischen Union. Zum Vergleich: Die Investitionen im Rahmen des Marshallplans beliefen sich auf ein bis zwei Prozent des BIP in den Empfängerländern. Dieser Finanzbedarf lässt sich nicht allein mit Privatkapital decken; die Stärkung der Kapitalmarktunion wäre nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Laut Draghi muss als nächster Schritt unbedingt die Emission gemeinsamer Schuldtitel folgen – aufbauend auf den Erfahrungen mit dem Wiederaufbaufonds *Next Generation EU*. Dafür müssen die Finanzminister bereit sein, die Integration weiter voranzutreiben und in die Zukunft der Union zu investieren.

Es muss eine völlig neue Form der Zusammenarbeit geben. Kann Draghis Vision ein Weckruf sein? Jubel ist in den Mitgliedstaaten seit der Veröffentlichung des Berichts bislang nicht ausgebrochen. Das mag verständlich sein, denn die politische Koordinierung auf EU-Ebene verlangt von den Mitgliedstaaten, dass sie einen Teil ihrer Macht abtreten. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben. Ursula von der Leyen wird ihren Vorschlag für die Ressorts und die Zusammensetzung der neuen Kommission am kommenden Dienstag dem Europäischen Parlament in Straßburg vorstellen. Draghis Bericht ist eine Einladung an die Regierenden. Am Ende bleibt es jedoch den Mitgliedstaaten überlassen, welchen Weg sie einschlagen wollen: Reformen und weitere Integration – oder der langsame und stetige Niedergang Europas.

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Sidonie Wetzig, Brüssel

Sidonie Wetzig ist politische Referentin bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigung.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/was-europa-braucht-europas-scheideweg-weckruf-fuer-die-eu-prophezeiung-aus-bruessel-botschaft-an-die-eu-7771/?utm_campaign=de_40_20240913&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Stolperstein Staatsanleihen. Europa bemüht sich um den Abbau von Hindernissen für die Finanzintegration. Doch die Zersplitterung der Staatsanleihenmärkte bleibt ein Problem

Von Peter Bofinger

Wirtschaft und Ökologie 10.09.2024



Europa bemüht sich um den Abbau von Hindernissen. Doch die Zersplitterung der Staatsanleihenmärkte bleibt ein Problem. *picture alliance / Stephan Persch / perschfoto*

Die Vollendung der Europäischen Kapitalmarktunion steht derzeit hoch auf der Agenda der europäischen Politiker. So stellten Emmanuel Macron und Olaf Scholz in einem gemeinsamen Gastbeitrag für die *Financial Times* fest: „Wir müssen das volle Potenzial unserer Kapitalmärkte ausschöpfen. Zu viele Unternehmen, die nach Wachstumsfinanzierung suchen, wenden sich über den Atlantik hinweg an andere Märkte. Zu viele europäische Ersparnisse werden im Ausland investiert, anstatt in die vielversprechenden Start-ups und Scale-ups Europas zu fließen.“ Auch in den Beschlüssen des Europäischen Rates, des ECB Governing Council sowie im Letta-Bericht wird der Kapitalmarktunion eine zentrale Bedeutung für die europäische Wettbewerbsfähigkeit beigemessen. Bei den im Grundsatz einleuchtenden Forderungen nach einer Vertiefung der Kapitalmarktunion stellt sich unmittelbar die Frage, wie groß die noch bestehenden Hindernisse für die Finanzströme sind. Denn bereits seit dem 1. Juli 1990, mit dem Eintritt in die erste Stufe der Währungsunion, wurden sämtliche Kapitalverkehrsbeschränkungen innerhalb der EU abgeschafft. Hierfür bieten die regelmäßig von der EZB erstellten Indikatoren zur „preisbasierten“ und „mengenbasierten“ finanziellen Integration eine gute Grundlage. Diese Indikatoren reichen von null (vollständige Fragmentierung) bis eins (vollständige Integration). Der preisbasierte Indikator misst die Unterschiede bei den Renditen von Vermögenswerten zwischen den Ländern, zum Beispiel die länderübergreifende Standardabweichung bestimmter Zinssätze. Er fasst zehn Indikatoren

für Geld-, Anleihe-, Aktien- und Retailbanking-Märkte zusammen. Der mengenbasierte Indikator aggregiert Daten zu grenzüberschreitenden Beständen verschiedener Anlageklassen (zum Beispiel Anleihen oder Aktien) in verschiedenen Sektoren und umfasst fünf Indikatoren für die gleichen Marktsegmente mit Ausnahme des Retailbanking.

Von Mitte der 1990er Jahre bis 2006 erreichte die Finanzmarktunion ein sehr hohes Niveau. Der preisbasierte Indikator kam schon sehr nahe an den Wert von eins, der eine perfekte Integration signalisiert. Die Finanzkrise hat diese Entwicklung, die nicht ohne Probleme gewesen war, gestoppt und wieder zu einer stärkeren Segmentierung der Finanzmärkte innerhalb der Währungsunion geführt. Grundsätzlich eröffnen die bestehenden Regelungen also ein hohes Maß an finanzieller Integration innerhalb Europas. Im Letta-Bericht wird die finanzielle Fragmentierung Europas wie folgt begründet: „Ein besorgniserregender Trend ist die jährliche Abwanderung von rund 300 Milliarden Euro an Ersparnissen europäischer Familien von den EU-Märkten ins Ausland, hauptsächlich in die amerikanische Wirtschaft, aufgrund der Fragmentierung unserer Finanzmärkte.“ Bei diesem Betrag handelt es sich um den Leistungsbilanzüberschuss Europas.

Die Finanzkrise hat wieder zu einer stärkeren Segmentierung der Finanzmärkte innerhalb der Währungsunion geführt.

Angesichts der zentralen Faktoren, mit denen man Salden in der Leistungsbilanz erklären kann (Unterschiede im Wirtschaftswachstum, Wechselkurse, Lohnkosten), erscheint es schon etwas naiv, wenn man diese auf Hemmnisse für innereuropäische Finanzströme zurückzuführen versucht. In Anbetracht des bereits erreichten, hohen Maßes an Finanzmarktintegration ist daher zu fragen, inwieweit von den jetzt diskutierten Maßnahmen noch ein qualitativer Sprung zu erwarten ist. Bei den derzeit diskutierten Vorschlägen geht es vor allem um drei Bereiche. So soll der Markt für die Verbriefung von Bankkrediten wiederbelebt werden. Die *Securitisation* hat bei der Finanzkrise der Jahre 2007/08 eine unrühmliche Rolle gespielt. Sie ermöglicht es Banken, Kredite aus ihrer Bilanz zu nehmen und diese in gebündelter und verbrieft Form an Investoren zu verkaufen. Problematisch ist dabei, dass damit für die Banken ein Anreiz geschaffen wird, weniger sorgsam bei der Auswahl ihrer Kreditnehmer zu sein, da sie die Möglichkeit haben, die Kredite an Dritte zu veräußern. Wenn jetzt diskutiert wird, [die regulatorischen Anforderungen für diese Instrumente zu lockern](#), muss man darauf achten, dass die damit verbundenen *Moral Hazard*-Probleme nicht erneut geweckt werden. Der oft gehörte Vergleich, dass der US-Markt für Verbriefungen um ein Vielfaches größer ist als der europäische, sollte differenziert betrachtet werden: Der Großteil der US-Verbriefungen betrifft private Immobilienkredite, die durch quasi-staatliche Institutionen wie [Fannie Mae](#) und [Freddie Mac](#) garantiert sind. Beim Vergleich mit den übrigen US-Verbriefungen liegt Europa aufgrund seiner [Fokussierung auf Pfandbriefe](#) sogar [vor den Vereinigten Staaten](#).

Insgesamt spricht nichts dagegen, noch bestehende Hemmnisse für die finanzielle Integration in Europa zu reduzieren.

Die finanzielle Integration in Europa soll zudem durch eine europäische Harmonisierung des Insolvenzrechts vorangetrieben werden. Das mag hilfreich sein für den Markt für Verbriefungen. Für Investoren, die Aktien erwerben oder sich an Start-ups beteiligen möchten, dürfte das Insolvenzrecht nicht im Vordergrund stehen. Es schützt die Gläubiger, nicht aber die Aktionäre oder in anderer Form am Eigenkapital beteiligte Investoren. Zudem soll „ein einfaches und effektives grenzüberschreitendes Anlage- und Sparprodukt für alle“ entwickelt werden. Die [EZB erhofft sich](#) davon ein „unfreezing“ eines Teils der unproduktiven Einlagen der Haushalte im Euroraum. Die Haushalte des Euroraums könnten ihre

Ersparnisse innerhalb der Bankenunion effizienter anlegen und als Kleinanleger aktiver an den Kapitalmärkten teilnehmen. Doch die privaten Haushalte können schon seit 1991 ihre Ersparnisse ungehindert in allen Mitgliedstaaten investieren. Mit Instrumenten wie *Exchange Traded Funds* (ETFs) beispielsweise auf den EuroStoxx 50 oder den Stoxx Europa 50 können sie sich in diversifizierter Form an Aktiengesellschaften im Euroraum beziehungsweise der gesamten EU beteiligen. Insgesamt spricht nichts dagegen, noch bestehende Hemmnisse für die finanzielle Integration in Europa zu reduzieren. Aber man sollte nicht glauben, dass es sich dabei um einen Game-Changer handelt, der wesentliche realwirtschaftliche Impulse auslösen wird. Erstaunlicherweise wird bei der Diskussion über die Kapitalmarktunion in der Regel ein Bereich ausgespart, bei dem tatsächlich ein qualitativer Sprung möglich wäre. [Wie der Letta-Report feststellt](#), leidet der Kapitalmarkt des Euroraums darunter, dass der Markt für Staatsanleihen nach wie vor national segmentiert ist. Es fehlt ihm also die Tiefe und damit die Liquidität des Marktes für US-Staatsanleihen, der diese für internationale Investoren, insbesondere auch für Notenbanken besonders attraktiv macht. Dies führt auf einen Vorschlag, der vor vielen Jahren von [Jacques Delpla und von Jakob von Weizsäcker](#) in die Diskussion gebracht wurde: „Die Länder des Euroraums sollten ihre Staatsverschuldung in zwei Teile aufteilen. Die ersten Teile, bis zu 60 Prozent des BIP, sollte als ‚Blaue Anleihen‘ mit vorrangigem Status gemeinsam und gesamtschuldnerisch von den teilnehmenden Ländern garantiert werden. Alle darüber hinausgehenden Schulden sollten als rein nationale ‚Rote Anleihen‘ mit nachrangigem Status ausgegeben werden.“ Auch wenn der Vorschlag nicht ohne Probleme ist – insbesondere die Vorstellung, dass für die *red bonds* ein Insolvenzrisiko bestehen soll – könnte damit grundsätzlich ein großer integrierter europäischer Kapitalmarkt für sichere Assets geschaffen werden. Dessen Vorteile werden von der [EZB wie folgt beschrieben](#): „Sichere Anlagen spielen eine zentrale Rolle für die finanzielle Widerstandsfähigkeit und Stabilität. Eine breitere Verfügbarkeit sicherer Anlagen, auch auf EU-Ebene, würde die geldpolitische Transmission erleichtern, die Finanzierung öffentlicher Güter in der EU unterstützen und die finanzielle Stabilität und Integration fördern.“ Wie [NextGenerationEU](#) zeigt, könnte natürlich auch durch eine gemeinsame Finanzierung von Investitionsprojekten in Europa ein größerer Markt für sichere Anlagen geschaffen werden, der den ökologischen und technologischen Wandel in Europa fördert. Insgesamt leidet die Diskussion über eine Europäische Kapitalmarktunion darunter, dass sie den Anschein erweckt, dass mit kleinteiligen institutionellen Änderungen ein qualitativer Sprung gegenüber dem schon erreichten, sehr hohen Maß an Kapitalmarktintegration erreicht werden könne. Demgegenüber blendet sie in der Regel aus, dass der entscheidende Nachteil Europas gegenüber den Vereinigten Staaten in der Fragmentierung der Märkte für Staatsanleihen besteht.



Peter Bofinger, Würzburg

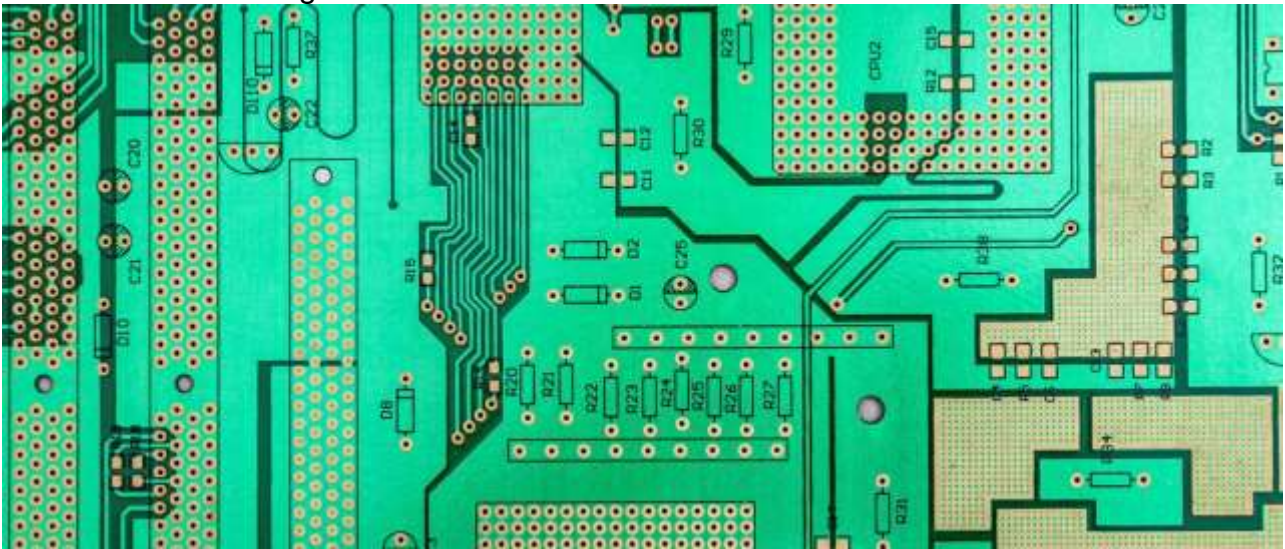
Peter Bofinger lehrt an der Universität Würzburg als Professor für Volkswirtschaftslehre. Von März 2004 bis Ende Februar 2019 war er Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/stolperstein-staatsanleihen-7751/?utm_campaign=de_40_20240910&utm_medium=email&utm_source=newsletter

05) Viel Zuckerbrot, wenig Peitsche. Europa treibt den Ausbau der Halbleiterindustrie derzeit massiv voran. Subventionen sollten jedoch an nachhaltige Fertigung geknüpft werden

Von Julia Hess

Wirtschaft und Ökologie 03.09.2024



Schafft es Europa, eine grüne Chipindustrie aufzubauen? - *picture alliance / Zoonar | Anatolijs Jascuks*

[Read article in English](#)

Was haben zwölf Millionen europäische Haushalte, Europas Chemieindustrie und die deutsche Landwirtschaft gemeinsam? Richtig, es sind die hohen Treibhausgas-Emissionen. Alle drei Bereiche haben in den vergangenen fünf Jahren mehr als 50 Millionen Tonnen Treibhausgase ausgestoßen – nicht gemeinsam, wohlgemerkt, sondern jeder für sich. Dass diese Emissionen die Klimakrise dramatisch verschärfen, liegt auf der Hand, und immerhin wird darüber in der Öffentlichkeit und auf politischer Ebene seit Jahren diskutiert.

Weitaus weniger bekannt ist aber, dass sich schon bald ein Klimasünder ähnlichen Kalibers dazugesellen dürfte: [die europäische Halbleiterindustrie](#), deren Ausbau von der EU und einigen Mitgliedstaaten massiv vorangetrieben wird. Mit ihren energieintensiven Prozessen, umweltschädlichen Chemikalien und ihrem hohen Wasserverbrauch droht sie zu einem echten Hindernis auf dem Weg Europas in eine grüne Zukunft zu werden. Die gute Nachricht: Auch in der Chipindustrie ist es möglich, technologischen Fortschritt konsequent mit Umwelt- und Klimaschutz zu verbinden. Damit das gelingt, müssen wir allerdings unverzüglich und vorausschauend handeln – und einen sehr genauen Blick auf die Besonderheiten der Halbleiterfertigung werfen.

Mehr als vier Jahre ist es her, dass der damalige EU-Kommissar für den Binnenmarkt Thierry Breton auf der Hannover Messe erstmals öffentlich die [strategische Relevanz von Halbleitern](#) hervorhob und massive Investitionen in die europäische Halbleiterfertigung

ankündigte. Seitdem ist viel passiert. Besonders das im [europäischen Chip-Gesetz](#) festgeschriebene Ziel, bis 2030 mindestens 20 Prozent der globalen Halbleiterfertigung in Europa stattfinden zu lassen, ist in den Köpfen hängen geblieben und wird zu jedem symbolischen Spatenstich aufs Neue kontrovers diskutiert.

An Begründungen, warum dieser massive Ausbau nötig ist, mangelt es nicht. Da fallen zum einen oft Schlagworte wie Stärkung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit und der wirtschaftlichen Sicherheit in geopolitisch dynamischen Zeiten. Immer wieder ist auch die Rede davon, dass die Halbleitertechnologie ein Schlüssel für die sogenannte *Green Transition* sei; allerdings beschränkt sich die Förderung hier vor allem auf kleinere Forschungs- und Entwicklungsprojekte.

Der Ausbau der Halbleiterfertigung wird wegen seiner hohen Emissionen der europäischen Klimaneutralität im Wege stehen.

All das mag zutreffen, doch über einen der wichtigsten Aspekte wird auffallend wenig gesprochen: Der Ausbau der Halbleiterfertigung wird wegen seiner hohen Emissionen der europäischen Klimaneutralität im Wege stehen, wenn wir nicht jetzt die Weichen für eine grünere Produktion stellen. Je länger das Problem politisch ausgeblendet wird, desto größer wird es, zumal es sich nicht von heute auf morgen lösen lässt.

Was tief an der Wurzel fehlt, ist eine europäische Halbleiterstrategie mit umsetzbaren Zielen, die Umwelt- und Klimapolitik von vorneherein konsequent mitdenkt. Europa wird es nicht gelingen, der erste klimaneutrale Kontinent zu werden und technologische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, wenn beides – die sogenannte *twin transition* – nicht zusammen betrachtet wird. Eine Strategie, die beides gleichermaßen im Blick behält, würde der technologischen Wettbewerbsfähigkeit nicht nur nicht schaden, sondern Europa im besten Fall sogar einen Standortvorteil verschaffen.

Doch wie kann das gelingen? Blicken wir zunächst einmal auf die Besonderheiten des Fertigungsprozesses. Halbleiter sind winzig, technisch hochkomplex und werden vielfältig eingesetzt, je nach Funktion in unserer digitalisierten Welt – ein moderner Prozessor im Smartphone hat wenig mit dem Leistungshalbleiter zum Laden eines E-Autos gemeinsam. Als Basistechnologie hängt das Überleben zahlreicher Sektoren von ihnen ab; zugleich sind Chips der Motor des technologischen Fortschritts.

Die Stärken des europäischen Halbleiterökosystems sind ähnlich komplex und vielfältig. Europäische Unternehmen sind vielfach Marktführer oder haben sogar Monopolstellungen – in den Zulieferermärkten zum Beispiel im Bereich Maschinen und Fertigungsanlagen sowie Chemikalien. Wenn es darum geht, den Einsatz von Wasser oder Energie zu reduzieren oder alternative Chemikalien zu entwickeln, die einen geringeren ökologischen Fußabdruck haben, ist das Potenzial dementsprechend groß.

Europa könnte mit grüneren Fertigungstechnologien vorangehen und so zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Europa könnte mit grüneren Fertigungstechnologien vorangehen und so zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Emissionen in der europäischen Produktion würden reduziert und in der Folge würde sich langfristig ein globaler Wettbewerbsvorteil entwickeln. Das alles wird nicht von heute auf morgen passieren. Alternativen für Ewigkeitschemikalien und fluorierte Gase werden sogar noch ein Jahrzehnt auf sich warten lassen, wenn wir jetzt handeln. Hierfür braucht es deutlich höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung und in die richtige Infrastruktur.

Europäische Unternehmen sind außerdem marktführend in den Bereichen Sensorik, Automobilchips und Leistungshalbleiter, um nur einige Beispiele zu nennen. Vor dem Hintergrund der amerikanisch-chinesischen Technologierivalität und des KI-Booms wurde zuletzt viel über „modernste“ und „cutting-edge“-Chips mit kleinsten Strukturbreiten gesprochen, die zum Beispiel neue Smartphone- oder Servergenerationen leistungsfähiger machen. Doch gerade bei diesen Chips handelt es sich in den meisten Fällen nicht um Wegbereiter des grünen Wandels.

Dafür sind vielmehr Halbleiter mit größeren Strukturbreiten unersetzlich, die sich nicht wegen ihrer Rechenleistung, sondern aufgrund unterschiedlichster physikalischer Eigenschaften auszeichnen. Ein Beispiel sind Leistungshalbleiter auf der Basis von Galliumnitrid (GaN), die anstelle von Silizium unter anderem in Wechselrichtern für Photovoltaikanlagen oder der Ladeinfrastruktur für elektrische Fahrzeuge zum Einsatz kommen. Trotz hoher Markt-Eintrittsbarrieren holen chinesische Unternehmen in diesen Bereichen immer weiter auf.

Damit Europa hier auch langfristig wettbewerbsfähig bleibt und seine Führungsposition weiter ausbauen kann, braucht es verstärkte politische Aufmerksamkeit und zielgerichtete Investitionen, die über kleine Forschungs- und Entwicklungsprojekte hinausgehen. Dass dieser Fokus bislang fehlt, zeigt der jüngste Fall des belgischen Unternehmens BelGaN: Obwohl dieses junge Unternehmen mit seiner GaN-Technologie einen wichtigen Beitrag zur Elektromobilität und zur Energiewende leisten könnte, musste es Anfang August [Insolvenz](#) anmelden.

Wettbewerbsfähigkeit und ökologische Nachhaltigkeit schließen sich nicht aus.

Die zweite Säule des *EU Chips Act*, die Subventionierung der Halbleiterfertigung, die es in Europa so bisher nicht gab, ist der wichtigste Treiber für den Ausbau der Chipproduktion, einzelne Bauvorhaben werden mit zweistelligen Milliardenbeträgen unterstützt – viel Zuckerbrot, wenig Peitsche. Hier gibt es die bisher ungenutzte Möglichkeit, diese hohen Subventionen an Minimal-Anforderungen zu knüpfen, um Unternehmen zu möglichst nachhaltiger Fertigung zu verpflichten. Dieser Ansatz könnte zum Beispiel den kontinuierlichen Ausbau lokaler erneuerbarer Energien umfassen. Auch könnte festgeschrieben werden, dass der hohe Wasserverbrauch durch einen festgelegten Anteil an Wasserrecycling ausgeglichen wird. Denkbar wäre auch, dass ein bestimmter Anteil der Investitionen in die Erforschung und Entwicklung nachhaltigerer Halbleiter fließen muss.

Auch wenn es wie eine Binsenweisheit klingt: Um das Nachhaltigkeitsproblem in der Chipfertigung zu lösen, ist ein ganzheitlicher Ansatz nötig, der Aspekte der wirtschaftlichen und nationalen Sicherheit, geopolitische und ökonomische Abhängigkeiten, das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit und den Umwelt- und Klimaschutz gleichermaßen in den Blick nimmt. Nur so lassen sich politische Initiativen entwickeln, die nicht einem Teil der Ziele zuwiderlaufen. Ein Beispiel ist das [Green CHIPS Program](#) des Bundesstaats New York, das öffentliche Finanzierung daran knüpft, dass sozial-ökologische Standards eingehalten und nachhaltige Fertigung gefördert wird. In Europa hingegen kollidiert der Ausbau der Halbleiterfertigung mit dem Vorhaben, Ewigkeitschemikalien wie PFAS zu verbieten. Diese fehlende Koordination ließe sich überwinden, indem internes Wissen nicht nur erweitert, sondern auch mit anderen geteilt wird.

Angesichts einer Vielzahl internationaler Krisen waren die politischen Maßnahmen der letzten Jahre oft reaktiv und einseitig auf wirtschaftliche Sicherheit ausgerichtet. Das mag im Einzelfall verständlich gewesen sein, hat aber dazu geführt, dass das Klima- und

Umweltproblem im Chipsektor massiv vernachlässigt wurde. Es ist höchste Zeit, dass sich das ändert. Jetzt ist Weitsicht gefragt. Eine langfristig angelegte Halbleiterstrategie, die auf Europas „grünen“ Stärken aufbaut und klare Rahmenbedingungen für eine nachhaltigere Produktion schafft, kann die Kosten der *Green Transition* senken und Europa als Technologie- und Klimaschutzvorreiter positionieren. Wettbewerbsfähigkeit und ökologische Nachhaltigkeit schließen sich nicht aus – doch um beides zu verbinden, müssen die Weichen schon jetzt gestellt werden.



Julia Hess, Berlin

Julia Hess ist Senior Policy Researcherin zum Thema Global Chip Dynamics bei der Denkfabrik interface.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/viel-zuckerbrot-wenig-peitsche-7746/?utm_campaign=de_40_20240903&utm_medium=email&utm_source=newsletter

06) Aus alten Fehlern lernen. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Bosniens nach dem Krieg dauert bereits drei Jahrzehnte. Was kann die EU in der Ukraine besser machen?

Von Vesna Bojicic-Dzelilovic

Europa 26.08.2024



Fast 30 Jahre nach den Friedensverhandlungen ist Bosnien und Herzegowina nach wie vor politisch und wirtschaftlich instabil. Gelingt es -*picture alliance / Antonio Pisacreta/ROPI*

Zahlreiche Initiativen sollen die Ukraine dabei unterstützen, sich von den Auswirkungen der russischen Invasion zu erholen. Das sollte auch Anlass sein, die Debatte über den Umfang

der internationalen Hilfe und ihre tatsächliche Wirkung in von Konflikten betroffenen Ländern neu zu beleben. Mitte der 1990er Jahre, als die Zahl der bewaffneten Konflikte weltweit zunahm, waren sich die meisten Menschen einig, dass diese Länder vor besonderen Herausforderungen stehen und gezielte Unterstützung benötigen. Diese Sichtweise hat aber nicht zu einer wesentlichen Änderung in der Praxis der internationalen Zusammenarbeit geführt. Stattdessen blieb und bleibt der Ansatz fest in der neoliberalen Vision von Frieden und Entwicklung verankert – trotz zahlreicher Beweise, wie etwa aus Bosnien und Herzegowina, dass dieser Ansatz nicht funktioniert. Angesichts des voraussichtlichen Ausmaßes des Wiederaufbaus in der Ukraine ist es dringend nötig, die internationalen Unterstützungsansätze für konfliktbetroffene Länder zu überdenken.

Keine Frage: Die Ausgangslage für den Wiederaufbau nach dem Krieg in Bosnien und Herzegowina in den 1990er Jahren unterschied sich in vielerlei Hinsicht von der [heutigen Situation in der Ukraine](#): Bosnien und Herzegowina war mit seinen damals vier Millionen Einwohnern bevölkerungsmäßig winzig, seine Wirtschaft überschaubar und exportorientiert und die geostrategische Bedeutung im Vergleich zu der der Ukraine gering. Vor allem aber war die Art des bewaffneten Konflikts anders. Bosnien und Herzegowina sah sich der Aggression seiner Nachbarn Serbien und Kroatien gegenüber. Das Resultat des Bürgerkrieges in den Jahren 1992 bis 1995 war eine hart umkämpfte und sehr spezielle Art der Staatlichkeit, die auch die Bedingungen für die Zusammenarbeit mit internationalen Geldgebern und die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit prägte. Die Ukraine hingegen hat seit einigen Jahrzehnten kontinuierlich eine eigene Regierung und Führung.

Beide Staaten haben post-totalitäre Transformationen durchlaufen, Krieg erlebt und streben den Beitritt zur Europäischen Union an.

Trotz dieser Unterschiede teilt Bosnien und Herzegowina mit der Ukraine aber einige Ähnlichkeiten: Beide Staaten haben post-totalitäre Transformationen durchlaufen, Krieg erlebt und [streben den Beitritt zur Europäischen Union an](#). Ebenso erleb(t)en beide die Probleme einer [massiven Deindustrialisierung](#). In Bosnien und Herzegowina war die Deindustrialisierung eine Folge der kriegsbedingten Zerstörung. In der Ukraine ist sie das Ergebnis eines drei Jahrzehnte andauernden ökonomischen Wandels weg von einer zentralen Planwirtschaft. In beiden Ländern war und ist der Wiederaufbau nach dem Krieg daher im Wesentlichen eine Frage der wirtschaftlichen Transformation und des Strukturwandels – mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit wiederzubeleben und eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung zu bewirken. Diese Ziele werden insbesondere im Zusammenhang mit dem EU-Beitrittsprozess vorangetrieben. Die EU wird zweifellos ein wichtiger externer Akteur für die Ukraine sein. Bis zu einem gewissen Grad spielt sie diese Rolle bereits in Form der [Ukraine-Fazilität](#) und im Programm [Reform Matrix](#) der ukrainischen Regierung als Teil des Wiederaufbauprozesses. Das bedeutet auch, dass nun gründlich und ehrlich diskutiert werden muss, ob die EU den richtigen politischen Ansatz verfolgt, um die ökonomischen und entwicklungspolitischen Herausforderungen in Konfliktländern zu bewältigen. 30 Jahre nach Unterzeichnung der Friedensverträge ist Bosnien und Herzegowina nach wie vor politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich instabil. Die Wirtschaftsleistung ist so bescheiden wie unbeständig, die Außenhandelsbilanz ist nach wie vor unausgewogen und die Arbeitslosenquote bleibt unverändert hoch. Die beschränkten wirtschaftlichen Perspektiven und die politische Instabilität führen zu einem Massenexodus; [einige sprechen](#) von einem „Entvölkerungsdesaster“, durch das die Bevölkerung auf unter drei Millionen Einwohnerinnen und Einwohner gefallen ist.

Die Unterstützung der EU war anfangs an strenge politische Bedingungen für Wirtschaftsreformen geknüpft.

Das Ergebnis der wirtschaftlichen Umstrukturierung, die nach von außen vorgegebenen Plänen und Prioritäten durchgeführt wurde, ist eine dienstleistungsdominierte Wirtschaft (64,4 Prozent des BIP). Die bosnische Industrieproduktion ist hingegen geschrumpft. Die kriegsbedingte Deindustrialisierung wurde während des Wiederaufbaus nur teilweise rückgängig gemacht (das verarbeitende Gewerbe macht derzeit noch 13,9 Prozent des BIP aus). Eine solche geschrumpfte Produktionsbasis führt auch zu einer eher schmalen Steuerbasis. Das wiederum schränkt die Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen ein, obwohl diese als Folge des Krieges noch relativ umfassend, aber auch sehr spezifisch sind. So gibt es beispielsweise verhältnismäßig hohe Sozialausgaben für die direkt vom Krieg betroffene Bevölkerung. Die internationale Hilfe wurde zunächst im Rahmen eines internationalen Protektorats geleistet: Der international ernannte Hohe Repräsentant hat nach wie vor die oberste Exekutivgewalt. Auf nationaler Ebene war die Aussicht auf einen möglichen EU-Beitritt die dominierende externe Kraft, die die Politik bestimmte. Die Unterstützung der EU war anfangs an strenge politische Bedingungen für Wirtschaftsreformen geknüpft. Doch aufgrund politischer Widerstände wurden diese nur teilweise und selektiv umgesetzt, was den wirtschaftlichen Wandel beeinträchtigte und in einigen Fällen Spannungen in der Bevölkerung verursachte. Im Jahr 2015 verabschiedete die Regierung von Bosnien und Herzegowina die sogenannte [Wirtschaftsreformagenda 2015–2018](#), die sich am sogenannten EU-Acquis orientierte, dem zentralen Rahmenwerk für Wirtschaftsreformen im Zuge der Beitrittsbemühungen. Die Umsetzung der Agenda führte jedoch zu Misserfolgen bei der Privatisierung einiger der größten Unternehmen in Bosnien und Herzegowina sowie zur faktischen Einführung eines intransparenten Systems von Leistungen für Kriegsveteranen. Diese Erfahrung zeigt einen Mangel an Sensibilität und Verständnis seitens der Geldgeber für die Situation in einer Nachkriegsgesellschaft.

Die Privatisierung in Bosnien und Herzegowina hat in erster Linie dazu gedient, die wirtschaftlichen Interessen der politischen Eliten zu schützen.

Die Privatisierung in Bosnien und Herzegowina hat in erster Linie dazu gedient, die wirtschaftlichen Interessen der politischen Eliten zu schützen. Gleichzeitig ermöglichte sie es der Regierung, den schwierigen Umstrukturierungsprozess und die Verantwortung für die damit verbundenen sozialen Kosten weitgehend zu umgehen. Reformen der Verteilung von Sozialleistungen waren zutiefst politisch motiviert – schließlich waren Kriegsveteranen die wichtigste Wählergruppe für die jeweiligen ethnisch-nationalen Parteien. Solche kleinteiligen Reformen konnten im Rahmen der internationalen Vorgaben mit dem Argument priorisiert und gerechtfertigt werden, man handle steuer- und schuldenpolitisch nachhaltig. Umfassendere entwicklungs- und sozialpolitische Auswirkungen wurden hingegen heruntergespielt. Insgesamt wurde den spezifisch-kriegsbedingten Problemen in Bosnien und Herzegowina nur unzureichend Beachtung geschenkt. Dazu gehörten das Ausmaß und die Art der wirtschaftlichen Schäden und der Vertreibung, die massive Zerstörung von Produktionsanlagen und Infrastruktur, der demografische Wandel aufgrund großer Bevölkerungsverschiebungen und Abwanderung sowie der fortschreitende Zerfall von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Institutionen, kulturellen Normen und Wertesystemen. Wie in Studien nachgewiesen wurde, lassen international fabrizierte und unterstützte Wirtschaftsumstrukturierungsmodelle und deren Prioritäten nur begrenzten politischen Spielraum für eine alternative Wirtschaftspolitik. In Bosnien und Herzegowina wurde dieses Problem durch die ohnehin schwache Regierungsführung in der Nachkriegszeit noch verschärft.

Dennoch: In der tristen Wirtschaftslandschaft des Nachkriegslandes gibt es auch Bereiche, in denen sich die lokale Wirtschaft erholt hat und floriert. Es sind meist die Orte, an denen im und über den Krieg hinaus ein gewisses Maß an Produktionskapazitäten aufrechterhalten werden konnte – entweder durch eine Umstellung der Produktion auf militärische Güter,

durch die Rettung eines Grundgerüsts der früheren Produktionsstätten oder schlicht durch den gezielten Schutz der Anlagen vor Verfall und Beschädigung. Ebenfalls entscheidend für den Erfolg war das Zurückgreifen auf das vorhandene lokale Wissen, auf die Erfahrung und die Kompetenzen der Unternehmen sowie die Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden und zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich mit wirtschaftlichen Themen befassen. Diese Partnerschaften halfen dabei, die Möglichkeiten, die durch internationale Hilfe entstanden, gezielt zu nutzen, wenn dies tatsächlich die Bedürfnisse der lokalen Wirtschaft zu befriedigen schien. So wurden beispielsweise mithilfe internationaler Unterstützung lokale Entwicklungsgesellschaften gegründet, die Zugang zu Geschäfts- und Entwicklungsmöglichkeiten sowie zu auf die lokalen Bedürfnisse abgestimmter technischer Hilfe boten. Diese lokale Dynamik unterschied sich deutlich von den nationalen Debatten, bei denen politische Prioritäten zwischen den Geldgebern und den ethnisch-nationalen Parteien in Bosnien und Herzegowina regelrecht ausgehandelt wurden.

Wenn die Ukraine EU-Mitglied werden soll, wie werden sich die notwendigen Wirtschaftsreformen auf die wirtschaftliche Situation der Ukraine auswirken, und welche Folgen hat das wiederum für die EU?

Mit Blick auf die Ukraine ist es für einen erfolgreichen Wiederaufbau dementsprechend von entscheidender Bedeutung, dass die Regierung, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft noch während des Krieges Partnerschaften auf lokaler Ebene aufbauen und pflegen. Sie sollten bereits jetzt an einer gemeinsamen wirtschaftlichen Vision arbeiten, was mit dem Wiederaufbau erreicht werden soll, und dann die Kompetenzen entwickeln, diese Vision mit internationaler Unterstützung in Zukunft umzusetzen. Die Nutzung lokaler Stärken ist der entscheidende Teil dieser Strategie. Die ukrainische Regierung sollte außerdem Lehren aus den Erfahrungen anderer ehemals sozialistischer Länder ziehen, die der Europäischen Union beigetreten sind – allen voran, dass der Beitrittsprozess das Wirtschaftswachstum für *eine gewisse Zeit* unterstützen kann. Die wirtschaftliche Erholung nach dem Krieg und die internationale Wettbewerbsfähigkeit erfordern jedoch entschlossenes Handeln und Führung im eigenen Land über einen *längeren* Zeitraum. Dafür muss die Unterstützung durch externe Partner sorgfältig und strategisch geschickt verhandelt werden.

Die Europäische Union sollte alles, was sie jetzt zur Unterstützung der Ukraine unternimmt, bereits im Hinblick auf eine höchstwahrscheinlich politische Lösung des Krieges und deren Auswirkungen auf den zukünftigen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Status der Ukraine betrachten. Hinter allem steht die große Frage: Wenn die Ukraine EU-Mitglied werden soll, wie werden sich die notwendigen Wirtschaftsreformen auf die wirtschaftliche Situation der Ukraine auswirken, und welche Folgen hat das wiederum für die EU? Für die EU und die internationale Gemeinschaft sollte es eine ernüchternde Erfahrung sein, dass es erst einer russischen Aggression in der Ukraine bedurfte, um die Union aufzurütteln und den [Beitrittsprozess von Bosnien und Herzegowina](#) fast 30 Jahre nach Kriegsende zu beschleunigen. In Bezug auf die Ukraine muss Brüssel in seinem Umgang mit den Problemen und Bedürfnissen des Landes ebenfalls mehr Sensibilität und Verständnis für die Konfliktsituation zeigen. Die EU sollte auf die Stärken der Ukraine aufbauen und zeitnah aktiv werden, um sicherzustellen, dass ihre Unterstützung für den Wiederaufbau nach dem Krieg wirklich effektiv wird.

Aus dem Englischen von Tim Steins



Vesna Bojicic-Dzelilovic

Dr. Vesna Bojicic-Dzelilovic ist Co-Direktorin der *UN Business Security and Human Rights Initiative* sowie Forscherin in der Abteilung *LSE Global Governance* an der *London School of Economics and Political Science*.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/aus-alten-fehlern-lernen-7727/?utm_campaign=de_40_20240827&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 85 – E 139)

01) Welche Einheit? Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 630-02

3. Oktober 2024

49. Jahrgang



Welche Einheit?

Es ist der 3. Oktober 1990, 19:00 Uhr, New York City. In Deutschland endete am 30. September die Sommerzeit, in den USA erst im November. Es sind also nur fünf und nicht sechs Stunden Zeitunterschied zwischen Berlin und New York. Es findet gerade das 160^{te} Projekt von Paper Press Studienreisen statt, einem Teil der Vereinsaktivitäten des Paperpress e.V., der 2015 mit der laufenden Nummer 322 eingestellt wurde.

14 Erwachsene, einschließlich zwei Projektleiter, waren zwischen dem 1. und 14. Oktober 1990 in New York und Washington, D.C., unterwegs, besuchten alles, was man in den beiden Metropolen gesehen haben muss, und führten bei verschiedenen Institutionen Gespräche über die allgemeine politische Lage. Im Mittelpunkt stand natürlich die Wiedervereinigung. Nachdem ich im September eine andere Gruppe von uns in San Francisco und Los Angeles begleitet hatte, stieß ich am 1. Oktober auf die in New York.

Unser Projektleiter **Bernd Puhmann** hatte sich einen besonderen Gag ausgedacht. Er hing die DDR-Flagge in sein Hotelzimmer, gut sichtbar mit Hammer und Zirkel. Um 19:00 Uhr drehte er sie um, und zu sehen war nur noch schwarz-rot-gold, die nunmehr gemeinsame Flagge des wiedervereinten Deutschlands. Der Festakt am Reichstag wurde sogar im US-Fernsehen mit einer Meldung bedacht. Danach machten wir uns auf den Weg zum **Hard Rock Café**, das sich damals noch in der 57th Street, unweit unseres Hotels, befand, bevor es zum Times Square umzog.

Bei unseren Reisen in die USA Anfang der 1990er Jahre hatten wir stets leichtes Übergewicht, denn in den Koffern befanden sich Steine der Berliner Mauer. Diese verteilten wir als preiswerte Souvenirs an unsere amerikanischen Gastgeber. Bei einer Studienreise in den Süden der USA 1991 besuchten wir u.a. Nashville, die Hauptstadt von Tennessee. Wir wurden von einem Abgeordneten durch das Parlamentsgebäude geführt und machten zuerst Station im Repräsentantenhaus. Wir saßen artig auf den Zuschauerplätzen. Der Abgeordnete informierte den Sprecher des Hauses über unsere Anwesenheit, die er sofort kundtat. Und dann standen tatsächlich alle Abgeordneten auf und applaudierten uns zu, als hätten wir die Mauer zum Einsturz gebracht. Die Gruppe bestand ausschließlich aus West-Berlinern, die so gar

keinen Anteil am Fall des Antifaschistischen Schutzwalls hatten, außer, dass sie interessiert zuschauten. Anschließend ging es in den Senat, wo ich kurz vor einem Herzinfarkt stand, als mich der Sprecher bat, etwas zu sagen, und dass bei meinen schmalen Englischkenntnissen. Es gelang mir mehr aus Angst als Begabung, dennoch die wegweisenden Sätze zu sprechen, dass dieser Stein der Berliner Mauer ein Symbol des Ende des Kommunismus ist. Applaus. Teilnehmer dieser Gruppe war u.a. auch der spätere Regierende Bürgermeister **Michael Müller**, der mich trotzdem nicht zu seinem Redenschreiber ernannte.

Natürlich haben wir die Wiedervereinigung **Michail Gorbatschow** zu verdanken, aber auch dem US-Präsidenten **George Bush sen.** Ohne die beiden wäre die Geschichte anders verlaufen. Nicht vorstellbar, wenn Putin schon Präsident gewesen wäre und die DDR lieber als Satellitenstaat hätte behalten wollen.

Es ist so gekommen, wie es gekommen ist. Heute sehen wir uns Dokumentationen vom Fall der Mauer 1989 und der Wiedervereinigung 1990 an und fragen uns betrübt, wo ist sie hin, die Euphorie? Die Liste ist lang, auf der steht, warum die Einheit bis heute nicht vollendet ist. Eklatantestes, aber nicht einziges Beispiel ist, dass es bis zu diesem Jahr gedauert hat, ehe die Renten in Ost und West angeglichen wurden.

Politisch ist die Lage zwischen Ost und West angespannt. Von Anfang an setzten die so genannten neuen Bundesländer auf CDU und SPD und auf Westimporte wie **Bernhard Vogel** oder **Kurt Biedenkopf**. In Brandenburg übernahm der Kirchenmann **Manfred Stolpe** das Ruder. Heute behauptet sich die SPD noch immer in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, auch wenn es ihr ebenso schwerfällt wie der CDU in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Bedrängt werden sie von einer rechtsextremen, in Teilen faschistischen Partei und einer Privatveranstaltung von **Sarah Wagenknecht** und **Oskar Lafontaine**. Letzteres Bündnis für Regierungsbildungen benötigt, um die AfD zu verhindern.

Heute ist der *Tag der deutschen Einheit*, ein Feiertag. Sorry, mir ist nicht nach Feiern zumute, auch wenn wir in einem Land leben, dem es trotz allem immer noch sehr gut geht. Aber genau das steht auf dem Spiel, mehr denn je. Sorgen muss man sich nicht nur um den „Wohlstand“ machen, sondern vor allem um unsere Demokratie. Wir sollten die Zeit genießen, bevor es schlimmer wird.

Ed Koch

1

02) Das bisschen Haushalt. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 630-01

2. Oktober 2024

49. Jahrgang

Das bisschen Haushalt

Früher, als alles besser war, erbrachte „der Staat“ direkt mit „eigenem“ Personal alle möglichen Leistungen, vor allem im Sozial- und Jugendbereich. Nach und nach stahl er sich aus der Verantwortung und übertrug die Aufgaben an freie Träger. Im Laufe der Jahre hat sich eine große Trägerlandschaft in Berlin entwickelt, die sich um alles kümmert, wozu „der Staat“ selbst keine Lust mehr hat. Es ist doch auch viel schöner, nur noch das Geld verteilen zu müssen und die Arbeit anderen zu überlassen.

Die Überheblichkeit, mit der „der Staat“ freien Trägern oft gegenübertritt, ist unangemessen und teilweise auch übergriffig. Freie Träger, die letztlich gesellschaftliche Aufgaben erfüllen, kommen sich häufig wie Bittsteller vor.

„Das Partnerschaftsprinzip zwischen öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe ist nicht nur eine wünschenswerte Norm, es kennzeichnet in besonderer Weise die demokratische Verfasstheit des Achten Sozialgesetzbuches infolge der deutschen Geschichte. Das Gesetz stellt es deshalb nicht in das Belieben der staatlichen Akteure, sondern verpflichtet sie dazu. Staatliche Institutionen agieren kooperativ mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Trägern, um jugend- und sozialarbeiterische Aufgaben wahrzunehmen.“ Fachverband Jugendarbeit Brandenburg

Wer jemals in einem Antragsverfahren steckte, um beispielsweise Projekte für Kinder und Jugendliche durchführen zu können, weiß, wovon hier geschrieben wird. Besonders gern spielt „der Staat“ das Spiel der Anschubfinanzierung oder das der Sondermaßnahmen. Da wird beispielsweise für eine Wochenendöffnung von Jugendfreizeiteinrichtungen ein Betrag für eine befristete Zeit zur Verfügung gestellt. Folglich werden Honorarkräfte angeheuert, die auch am Wochenende dafür sorgen sollen, dass die Kids nicht auf den U-Bahnhöfen herumhängen.

Und dann kommt die Stunde der Wahrheit. Das Ende des Programms und der freundliche Hinweis, dass man nun, bleiben wir beim Beispiel Wochenendöffnung, diese aus dem ohnehin kargen regulären Budget finanzieren soll.

Als Kai Wegner mit seiner Schwarz-Roten Koalition startete, hatte ich eine gewisse Sympathie für diese Neuauflage der so genannten „Großen Koalition“, vor allem, weil dieser Grüne und Linke nicht mehr angehörten. Diese verhaltene Euphorie schmilzt von Tag zu Tag wie ein Eis in der Herbstsonne dahin. Was

stellt diese Koalition bloß mit dem Haushalt an? Sie kriegen es nicht hin und verfallen in das altbekannte Notbremsemuster mit dem Titel „Haushaltssperre.“

Nun ist es wieder mal so weit. „Der Koalitionsausschuss von CDU und SPD hat am Sonntagabend erste Beschlüsse gefasst, um das Haushaltsloch von drei Milliarden Euro für 2025 zu schließen. So hat die Runde um den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU) und die beiden Fraktionsvorsitzenden Dirk Stettner (CDU) und Raed Saleh (SPD) sowie die Senatsmitglieder Stefan Evers (CDU, Finanzen), Cansel Kiziltepe (SPD, Soziales) und Franziska Giffey (SPD, Wirtschaft) den Verwaltungen verboten, jetzt schon Geld für 2025 fest zuzusagen.“, meldet die Berliner Morgenpost am 30. September. Interessant, dass die für den Bereich Jugend und Familie zuständige Senatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) nicht mit am Tisch saß. Gerade aus ihrem Bereich werden sehr viele Projekte betroffen sein.

„Behörden dürfen vorerst keine Förderbescheide etwa an freie Projektträger für das kommende Jahr ausstellen oder Verträge abschließen, die mit Kosten für das Land verbunden sind.“ Alle Projekte sind mit Kosten verbunden. Das heißt für viele Projektträger, dass sie ihren Honorarkräften für 2025 keine Zusage auf Weiterbeschäftigung machen dürfen. Dass diese Menschen von dem Geld leben, scheint für den Senat nebensächlich zu sein.

Aber nicht nur das: „Für die Jahre 2025 bis 2027 stehen nach der Koalitionsrunde zudem eine Reihe von finanzpolitischen Nullrunden im Raum. Das heißt, das bisher vorgesehene Wachstum der Ausgaben wird es nicht geben, alle müssen mit den gleichen Summen wie 2024 auskommen. Real bedeutet dies angesichts steigender Kosten und Inflation jedoch eine Kürzung.“

Die Sache wird aber noch schlimmer, entnehmen wir der Berliner Morgenpost: „Die Koalitionäre haben sich weiterhin geeinigt, mit den Kürzungsbeschlüssen für 2025 auch Vorgaben über das Absenken von Standards zu machen, um langfristig Geld zu sparen. Dabei geht es etwa um weniger großzügige Sozialleistungen, weniger luxuriöse Beschaffungen etwa von Schienenfahrzeugen oder weniger Räume in neu zu bauenden Schulen.“ Bei Thema Standards fragt man sich, welche Standards? Weniger Räume in Schulen bauen zu wollen, ist angesichts des steigenden Bedarfs eine wirklich innovative Idee. Aber, Frau Günther-Wünsch durfte an der Besprechung ja nicht teilnehmen.

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



André Schulze, der haushaltspolitische Sprecher der Grünen im Abgeordnetenhaus, sagt dazu: „Auch beim gestrigen Koalitionsausschuss haben sich CDU und SPD erneut darauf ausgeruht, das eigene Haushaltschaos ein weiteres Mal zu vertagen. Statt endlich die notwendigen Entscheidungen zu treffen und Klarheit über die Ausfinanzierung des Haushalts zu schaffen, wird von Senator Evers eine Haushaltssperre für den gesamten Haushalt für das Jahr 2025 verhängt und damit erneut eine riesige Unsicherheit über die Stadt gebracht.“

Wie bereits in der ersten Jahreshälfte sind freie Träger, Bezirks- und Senatsverwaltungen und die Berliner*innen mit der Planungs- und Verantwortungslosigkeit der Koalition konfrontiert. Projektzusagen erfolgen nicht, Mitarbeitende wissen nicht, ob sie am Jahresbeginn noch einen Job haben, und Planungen von Baumaßnahmen müssen ausgesetzt werden – mit weiteren Folgekosten für das Land Berlin. Dabei droht diese kurzfristige Politik insbesondere in der sozialen Infrastruktur bleibende Schäden zu hinterlassen.

Seit über einem Jahr fehlt es der Koalition an der politischen Entscheidungs- und Gestaltungskraft, um eine tragfähige Strategie für ihre Haushaltspolitik zu entwickeln. Stattdessen vergrößert sich das Haushaltschaos unter Federführung von Senator Evers immer weiter – mit der Haushaltssperre für 2025 als vorläufigem Höhepunkt. Bisher hatte Evers eine Haushaltssperre immer als Ultima Ratio bezeichnet, nun scheint die Disziplin im Senat nicht mehr anders herstellbar zu sein.

Es ist eine Bankrotterklärung dieser Koalition, dass sie nun erneut die ganze Stadt in finanzpolitische Geiselnhaft nimmt, weil sie selbst nicht handlungsfähig ist und in der Sommerpause ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat.

Statt einer Fortführung der schwarz-roten Hinterzimmerpolitik braucht es endlich eine öffentliche Debatte über die Ausgestaltung der Sparmaßnahmen und ihre Folgen für die Stadt. Daher fordern wir den Senat auf, unverzüglich einen Nachtragshaushalt ins parlamentarische Verfahren zu bringen und sich der Debatte im Abgeordnetenhaus zu stellen.“

Wir haben ja erlebt, wie das im Abgeordnetenhaus läuft. Wenn eine kritische Debatte gefordert wird, setzt man lieber ein Thema wie „100 Jahr IFA“ auf die Tagesordnung und suhlt sich in Erfolgen, die nicht die eigenen sind. Sollte also demnächst eine Aktuelle Stunde zur Haushaltssperre beantragt

werden, wird der Senat vermutlich lieber über die „Stadttrendite“ der Fußball Europameisterschaft sprechen wollen. „In diese Berechnung fließen beispielsweise Einnahmen von Hotels, Restaurants und dem Handel, aber auch gemessene Image- und Werbewerte und Investitionen in die städtische Infrastruktur ein.“ Davon können sich die freien Träger, die nicht wissen, ob sie 2025 weitermachen können, und vor allem deren Mitarbeitende nichts kaufen.

Viele freie Träger sind es gewohnt, die ersten Monate im Jahr vorfinanzieren zu müssen, beispielsweise bei der Zahlung der Raummieten, denn die Leistungsverträge und Zuwendungsbescheide tragen nicht das Datum 2. Januar, sondern eines, wenn schon der Frühling naht.

Wenn ein freier Träger in Turbulenzen geriete, weil er seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt, könnte sein Projekt verschwinden. Und dann? Dann gibt's eben ein Projekt weniger. Die teilweise vorhandene Empathielosigkeit der Verwaltung gegenüber freien Trägern ist erschreckend. Dabei nehmen sie doch nur die Aufgaben an Stelle „des Staates“ wahr.

Unter der Haushaltssperre werden also vor allem die Honorarkräfte der freien Träger leiden müssen. Der Umgang mit ihnen ist ohnehin abenteuerlich. So gibt es ein Rundschreiben der Senatsfinanzverwaltung vom 11. November 2019, worin die Vergütung der Tätigkeit von freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern empfohlen wird. Die Vergütungen von freien Mitarbeitern sind selbstverständlich steuerpflichtig, wäre ja auch gelacht, wenn „der Staat“, der mit einer Hand gibt, nicht gleich mit der anderen Hand wieder nimmt.

Bei allen möglichen Feierstunden, werden stets die Ehrenamtlichen, jene mit und ohne Honorar, von Politikern ob ihres Einsatzes gelobt. Dafür können sich diese nichts kaufen. Es ist tragisch, dass, wenn es um Kürzungen geht, sich immer zuerst der Blick auf freie Träger richtet. Die Beschäftigten der Kita-Eigenbetriebe habe sicherlich gute Gründe für ihre Streiks, ob sie angemessen sind, müssen andere beurteilen. Über die beim Staat Beschäftigten wachen die Gewerkschaften. Wer kümmert sich aber eigentlich um die tausenden freien Mitarbeiter, die am Tropf des Finanzsenators hängen? Ihren Streik organisiert niemand.

Ed Koch

03) Merci, Udo. Von Ed Koch



Merci, Udo



Screenshot WDR

Heute wäre **Udo Jürgens** 90 Jahre alt geworden, wenn er nicht nur drei Monate nach seinem 80sten, der mit einer großen TV-Gala gefeiert wurde, diese Welt verlassen hätte. Die Geburtstagsshow noch in Gedanken, traf die Nachricht über seinen unerwarteten Tod seine Millionen Fans wie ein Schock.

Jürgen Udo Bockelmann, wie **Udo Jürgens** ursprünglich hieß, und **Peter Alexander Neumayer**, den wir nur unter seinen ersten beiden Vornamen kennen, waren wohl die sympathischsten Österreicher, mit denen wir es in Deutschland zu tun hatten.

Über Jahrzehnte begeisterte uns **Udo Jürgens** mit seinen Liedern, zu denen die Kategorie Schlager so gar nicht passte. Ja, man konnte mitsingen und tanzen bei seinen Liedern, aber alle hatten einen Text, der eine Botschaft enthielt, auch bei „Bitte mit Sahne!“. Das „Ehrenwerte Haus“ ist heute so aktuell wie bei seinem Erscheinen 1975. In **Michael Kunze** hatte der Komponist **Udo Jürgens** den genialen Textschreiber gefunden. Für das wunderbare Lied „Was ich Dir sagen will“ schrieb **Joachim Fuchsberger** den Text.

In den Fernsehprogrammen von heute habe ich keine Würdigung des bedeutendsten deutschsprachigen Sängers gefunden. Schön, dass wenigstens der WDR sein Abendprogramm am Samstag **Udo Jürgens** widmete. Der Film: „*Merci, Udo: Songs für die Ewigkeit.*“ ist in der WDR-Mediathek abrufbar.

Bei den Liedern von **Udo Jürgens** lohnt es sich, auf den Text zu achten und sie zu diesem Zwecke mehrfach zu hören. Die Geschichte um das Lied „Ich war

noch niemals in New York“ zeigt einzigartig die unterbewusste Sehnsucht, aus dem Alltag auszubrechen und alles hinter sich zu lassen. Das Lied endet einsichtig, der Mann kehrt vom Zigarettenholen zurück zu Frau und Kind. Im richtigen Leben sind leider viele nicht zurückgekehrt.

Udo Jürgens hat Geschichte geschrieben und beispielsweise mit seinem Lied „Griechischer Wein“, das 1974 erschien, und an dessen Text wieder **Michael Kunze** neben **Donald Black** beteiligt war, das Thema Integration bis heute wachgehalten. Ein Thema, das uns mehr und mehr beschäftigt und unge löst bleibt.

Es war mir vergönnt, im Laufe der Jahrzehnte einige seiner Live-Konzerte mitzuerleben und ihm einmal Backstage bei einer Veranstaltung im RIAS zu begegnen. Was für ein Allüren freier und sympathischer Mensch. Am 26. März 2012 erlebte ich **Udo Jürgens** in der O₂ World mit seinem Programm „Der ganz normale Wahnsinn.“ Natürlich gab es bei seinen Shows immer die Medley-Blöcke mit seinen Hits von „17 Jahr, blondes Haar“ bis „Liebe ohne Leiden“. Aber auch viele Lieder, die bei den Rückblicken selten oder gar nicht vorkommen, wie der Titelsong „Der ganz normale Wahnsinn“, oder „Wer nie verliert, hat den Sieg nicht verdient“, oder „Heute beginnt der Rest Deines Lebens.“ Auch für die dunklen Momente im Leben hat Udo ein musikalisches Rezept: „Und immer immer wieder geht die Sonne auf!“

Nach dem Konzert am 26. März 2012 nahm mich mein Freund **Philipp** zur akustischen Abkühlung mit ins *Adagio* am Potsdamer Platz. Als wir den Club betraten, verließ **Udo Jürgens**, der natürlich schneller aus der O₂ World rauskam als wir, schon wieder den Club, an dem er übrigens beteiligt war. Die Musik hat ihm offenkundig nicht zugesagt. Wir hatten zumindest noch kurz Gelegenheit, uns für das Konzert bei ihm zu bedanken.

Als ich 2015 66 Jahre alt wurde, schenkten mir meine Freunde **Andrea** und **Chris** eine selbstgebrannte CD mit Udos größten Erfolgen. Natürlich befindet sich darauf auch das Lied „Mit 66 Jahren“. Das erste Stück ist jedoch „Lieb Vaterland“, das ich für sein wichtigstes Werk halte. Als es 1971 mit dem Text von **Eckart Hachfeld** erschien, gab es in der ARD eine Sondersendung, in der der Kulturkritiker **Walter Schmieding** und der Journalist **Gerd Ruge** die beiden Urheber des Liedes, Jürgens und Hachfeld ins Kreuzverhör nahmen. Das war von journalistischer Seite her betrachtet, eine peinliche Veranstaltung für Schmieding und Ruge.

1



Lieb Vaterland

*Du hast nach bösen Stunden
Aus dunkler Tiefe einen Weg gefunden*

Ich liebe dich

*Das heißt ich hab dich gern
Wie einen würdevollen alten Herrn*

*Ich kann dich nicht aus heißem Herzen lieben
Zu viel bist du noch schuldig uns geblieben
Den Platz am Licht den allen du verließest
Die dürfen Auserwählte nur genießen*

*Lieb Vaterland magst ruhig sein
Doch schlafe nicht auf deinen Lorbeeren ein
Die Jugend wartet auf deine Hand
Lieb Vaterland*

*Lieb Vaterland, wofür soll ich dir danken?
Für Versicherungspaläste oder Banken?
Atomkraftwerke für die teure Wehr
Wo Schulen fehlen, Lehrer und noch mehr*

*Konzerne dürfen maßlos sich entfalten
Im Dunkeln stehn die Schwachen und die Alten
Für Krankenhäuser fehlen dir Millionen
Doch das Geschäft mit Schwarzgeld zu lohnen*

*Lieb Vaterland magst ruhig sein
Die Großen sperren ihre Herzen ein
Die Kleinen stehen wieder mal am Rand
Lieb Vaterland*

*Lieb Vaterland, wofür soll ich dich preisen?
Zu früh schon zählt ein Mann zum alten Eisen
Wenn er noch Arbeit will, du stellst ihn kalt
Als Aufsichtsrat sind Greise nicht zu alt
Lieb Vaterland, magst ruhig sein
Doch schlafe nicht auf deinen Lorbeeren ein
Die Jugend wartet auf deine Hand
Lieb Vaterland*

Nur, weil wir inzwischen alle Atomkraftwerke abgeschaltet haben, ist die Systemkritik heute nicht weniger berechtigt als 1971.

Das Leben von **Udo Jürgens** wird in dem Buch und Film „Der Mann mit dem Fagott“ eindrucksvoll beschrieben. Schade, dass der Film anlässlich seines 90sten Geburtstages nicht wiederholt wird. Drei unserer Leser dürfen sich aber über eine DVD mit Udos letztem Konzert in Zürich am 7. Dezember 2014, zwei Wochen vor seinem Tod, freuen. E-Mail bitte an die bekannte Adresse.

Für viele Jahrzehnte hervorragender Lieder, die alles überdauern werden, bleibt nur zu sagen übrig: Merci, Udo.

Ed Koch

2

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Matthias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: FIEREG Druckcenter www.fierereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und Personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

Hier zwei Lied-Fassungen, aufgerufen bei „youtube“. Die Texte sind nicht gleich!

1971

<https://www.youtube.com/watch?v=xPDxP2ASy44>

1998

<https://www.youtube.com/watch?v=R2HsEY9JFyc>

04) KW 39 (23. bis 29.09.2024). Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-33

29. September 2024

49. Jahrgang

KW 39



Jeden Tag werde ich von **Civey** zu allen möglichen Themen befragt. Beispielsweise: „Wird der Rücktritt der Doppelspitze aus **Ricarda Lang** und **Omid Nouripour** Ihrer Einschätzung nach den Grünen langfristig eher helfen oder eher schaden?“ 38,1% eindeutig helfen, 15,8% eher helfen, 28,9% haben keine Meinung, 6,6% eher schaden, 10,6% eindeutig schaden. Was sagt uns das? Glaubt wirklich jemand, dass diese Rücktritte den Grünen helfen werden? Erstaunlich, wie schnell sich zwei Nachfolger gemeldet haben.

Wer die Grünen leitet, ist relativ unwichtig. Eine andere Umfrage geht aber an die Grundfesten der Meinungsfreiheit und Vielfalt. Es geht um den **öffentlich-rechtlichen Rundfunk** (ÖRR), der, so der einleitende Satz zur Civey-Umfrage, „schon länger in der Kritik steht und nicht mehr zeitgemäß sein soll.“ Was ist zeitgemäß? **TikTok**, **X** und der ganze andere Irrsinn der asozialen Medien?

Nur weil die nachfolgende Generation nicht die Muße hat, sich 45 Minuten lang eine tiefgreifendere Dokumentation anzuschauen, durch die sie etwas lernen könnte, oder nicht in der Lage ist, eine Stunde lang dem Meinungsaustausch bei Maischberger zuzuhören, kann doch nicht behauptet werden, dass der ÖRR nicht mehr zeitgemäß sei. Der Autor dieses Beitrages nutzt ausschließlich den ÖRR und erspart sich die Grausamkeiten der privaten Programme.

Nach langer Zeit habe ich mal wieder, aus Studienzwecken, in der letzten Woche „**tv total**“ mit **Sebastian Pufpaff** bei **ProSieben** gesehen. Pufpaff war einmal ein recht guter Comedian. Was er allerdings in dieser Sendung ablieferte, war unter aller Sau. Was bekommt das Publikum dafür, dass es lacht? Dummliche und platte Witze ohne Ende. Höhepunkt der Sendung: irgendwer hält eine Rede im Sitzen und bewegt sich dabei häufig ein wenig auf und ab. Jeweils zwischen den Auf und Abs fügt Pufpaff Furze ein und lacht sich dabei scheckig. Was für eine Zumutung.

Nach langer Zeit habe ich mal wieder, aus Studienzwecken, in der letzten Woche „**tv total**“ mit **Sebastian Pufpaff** bei **ProSieben** gesehen. Pufpaff war einmal ein recht guter Comedian. Was er allerdings in dieser Sendung ablieferte, war unter aller Sau. Was bekommt das Publikum dafür, dass es lacht? Dummliche und platte Witze ohne Ende. Höhepunkt der Sendung: irgendwer hält eine Rede im Sitzen und bewegt sich dabei häufig ein wenig auf und ab. Jeweils zwischen den Auf und Abs fügt Pufpaff Furze ein und lacht sich dabei scheckig. Was für eine Zumutung.

Civey trägt weitere Argumente gegen den ÖRR vor: „Kritisiert wurde beispielsweise die schleppende Digitalisierung oder der Mangel an modernen Inhalten.“ Was? Die zahllosen Dokumentationen zu allen

möglichen aktuellen Fragen der Zeit sprechen eine andere Sprache. Natürlich darf in der Auflistung der „Skandal rund um die ehemalige RBB-Intendantin **Patricia Schlesinger**“ nicht fehlen. Gäh...

Anlass der Umfrage war, dass in dieser Woche „die Rundfunk-Kommission der Bundesländer Reformpläne bekannt“ gegeben hat, „die eine umfangreiche Programm-Kürzung beinhalten. Demnach sei geplant, 20 Hörfunkwellen und vier bis fünf der zehn Fernseh-Spartenkanäle zu streichen.“ Ob es wirklich 69 Radiowellens geben muss, weiß ich nicht. In einem Bundesstaat müssen aber alle Regionen mit ihren Themen vorkommen. So lange niemand auf die Idee kommt, aus **radioeins**, **88,8** und **InfoRadio** ein Programm zu machen, kann man über alles andere reden.

Was die Fernsehsender betrifft, so werden **arte**, **3sat**, **Kinderkanal**, **Phoenix** oder **ZDF neo** genannt. Hat sich von denen, die diese Sender streichen wollen, jemals das hervorragende Programm angeschaut? Kann man in dieser Zeit wirklich auf ein Qualitätsprogramm wie dem **Kinderkanal** verzichten? **Phoenix** ist der wichtigste Demokratiekanal, den es gibt. Wo anders kann sich der interessierte Bürger live anschauen, was Rechtsextreme veranstalten, wenn sie nur die kleine Möglichkeit bekommen, mittels eines Alterspräsidenten die parlamentarische Demokratie ins Lächerliche zu ziehen, siehe Thüringen in dieser Woche.

Dazu an dieser Stelle einen Einschub. Im Erfurter Landtag konnte miterlebt werden, was die AfD anstellen kann, wenn man ihr die Gelegenheit dazu lässt. Wer der Meinung ist, der AfD könne der repräsentativ höchste Posten im Land überlassen werden, sollte sich in der Phoenix Mediathek die Sitzung noch einmal in Ruhe ansehen.

Ja, es ist eine ebenso alte wie gute Tradition, dass die stärkste Fraktion den Parlamentspräsidenten stellen darf. Es ist auch eine gute Tradition, dass das älteste Mitglied des Parlaments die konstituierende Sitzung leitet. Das ist, wie sich zeigt, mit Leuten nicht möglich, die die freiheitliche-demokratische-parlamentarische Grundordnung abschaffen wollen. Man muss also zur Abwehr die Geschäftsordnungen anpassen, obwohl das ein sehr schwerwiegender Eingriff ist. Der Bundestag hatte längst beschlossen, dass nicht das an Lebensjahren älteste Mitglied die erste Sitzung leitet, sondern derjenige, der am längsten im Parlament sitzt. Die AfD rekrutiert offenbar in Seniorenheimen ihre Abgeordneten, um die Funktion des Alterspräsidenten besetzen zu können.

1



Und erst recht kann man keinem AfD-Politiker das Amt des Parlamentspräsidenten übertragen. Deshalb wurde die Tradition in Thüringen zurecht gebrochen und gerichtlich bestätigt.

Zurück zum ÖRR. Im Frühjahr haben mehrere Mitarbeitende des ÖRR Reformvorschläge zur Stärkung von Vielfalt und Demokratie unterbreitet. „Wir vermissen den Fokus auf unsere Kernaufgabe: Bürgern multiperspektivische Informationen anzubieten.“ Einschaltquoten dürften nicht die Programmgestaltung beeinflussen, lautet eine Forderung. Andernfalls drohe eine populistische Ausrichtung der Kultur- und Bildungsangebote, was den Bildungsauftrag des ÖRR gefährde. Zur Abbildung von Meinungsvielfalt sollten zudem die Beitragszahlenden beim Programm einbezogen werden. Die Initiatoren betonen ferner die Wichtigkeit des Lokaljournalismus, denn „Kultur in ihrer breiten Vielfalt ist ein wichtiger Baustein und Ausdruck der demokratischen Gesellschaft.“

So ganz verstehe ich diese Selbstkritik nicht. In den Regionalprogrammen wird aus jedem Kiez und von jeder Kuhbläke berichtet, und ständig werden die Zuschauer in alle möglichen Formate eingebunden. Wenn sich in irgendeiner Kleinstraße Berlins die Bürger über Verwaltungsvermögen aufregen, kommt sofort **Ulli Zelle** mit seinem Ü-Wagen und sorgt für Ordnung. Im **ZDF-Länderspiegel** gibt es den „**Hammer der Woche**“, der aufzeigt, was Verwaltungen in der Lage sind für Unsinn anzurichten. Häufig helfen diese Beiträge zur Verbesserung der Situation.

Nach der Einleitung kommt **Civey** zum Kern der Umfrage. „Wie bewerten Sie die Pläne der Rundfunkkommission der Länder, im Zuge einer Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks 20 Hörfunkwellen und vier bis fünf Fernseh-Spartenkanäle zu streichen?“ Sehr positiv 42,6%, eher positiv 13,8%, eher negativ 10,5% und sehr negativ 18,2%. Ich frage mich, ob diejenigen, die sich an der Abstimmung beteiligt haben, jemals einen Blick auf die Programme von **arte**, **3sat** oder **Phoenix** geworfen haben. Das schlechte Ergebnis hat m.E. mit dem von bestimmten Seiten geschürten Hass auf die freien Medien zu tun, die als „**Lügenpresse**“ verleumdet werden, weil sie schonungslos hinter die faschistischen Kulissen einer bestimmter Parteien schauen.

Nicht am Programm, sondern am Drumherum könnte man sparen. Ob die Intendantengehälter das Problem sind, weiß ich nicht. Gute Leute müssen gut bezahlt werden, jedenfalls nicht schlechter als die private Konkurrenz. Es ist gut, dass ARD und ZDF im Wechsel die Morgen- und Mittagsmagazine senden.

Andere Synergien gäbe es bestimmt auch. Ein royales Ereignis in Großbritannien muss nicht von ARD und ZDF parallel übertragen werden. Bundestagsdebatten müssen nicht gleichzeitig in der ARD und bei Phoenix laufen, es reicht die Übertragung bei Phoenix. Auch in der Wahlberichterstattung könnten ARD und ZDF besser zusammenarbeiten.

Die Regionalprogramme haben eine wichtige Funktion. Die Abendprogramme der Dritten sind jedoch häufig unerträglich, wie oft denn noch die „30 schönsten Hits von ABBA“ oder der „**Schlagerboom**“?

ARD®

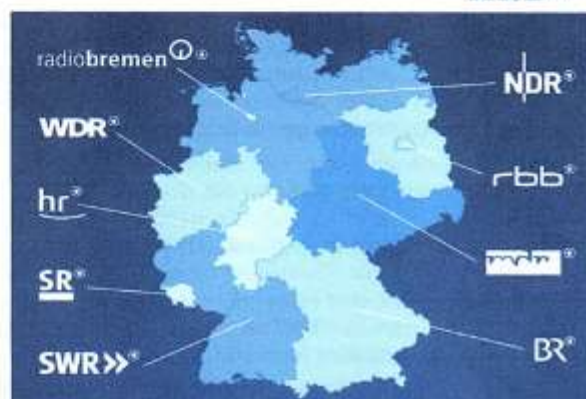


Abbildung: Wikipedia – Martin Kraft

Müssen es unbedingt neun Landesrundfunkanstalten sein? Warum gehört nicht **Radio Bremen** längst zum **NDR**, von wo es doch ohnehin fast das ganze Programm übernimmt. Warum haben der **Saarländische** und der **Südwest-Rundfunk** noch nicht fusioniert? Warum gehören **Westdeutscher** und **Hessischer Rundfunk** nicht zusammen? Im **NDR** sind Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern vertreten. Das muss doch auch mit Hessen und NRW möglich sein.

Und auch beim **rbb** bin ich zu einem Kompromiss bereit, der da heißen könnte, Fusion mit dem **Mitteldeutschen Rundfunk**. Was heißt hier „**Mitteldeutsch**“? **rbb** und **MDR** sollen sich gefälligst analog zu den anderen Himmelsrichtungen **Ostdeutscher Rundfunk** nennen. Mit Rücksicht auf die Österreicher muss man den Sender ja nicht **ORF** nennen, **ODR** ginge auch. Das Geld gehört ins Programm, nicht in die Verwaltung, deshalb finde ich den geplanten Verkauf des rbb-Gebäudes am Theodor-Heuss-Platz den richtigen Schritt in die richtige Richtung.

Ed Koch

05) Politiker* / innen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-32

28. September 2024

49. Jahrgang

Politiker*_/innen

Kein Mensch aus einer anderen Berufsgruppe steht derart unter Beobachtung wie Politiker. Nicht nur die Medien sind ihnen gegenüber gnadenlos, sondern auch die Bürger. Wenn einem irgendetwas nicht passt, sind die Schuldigen leicht ausgemacht. Es sind die Politiker, die dafür sorgen, dass...und damit ständig in unser Leben eingreifen.

Zuerst muss einmal die Frage gestellt werden, ob Politiker überhaupt ein Beruf ist. Bei einem Blick auf die beliebtesten Ausbildungsberufe steht Kraftfahrzeugmechatroniker an erster Stelle, gefolgt von Kaufleute für Büromanagement, Verkäufer, Fachinformatikerinnen, Medizinische Fachangestellte, Kaufleute im Einzelhandel, Industriekaufleute, Elektroniker, Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, was **Robert Habeck** freuen dürfte, und Zahnmedizinische Fachangestellte. Das klingt doch sehr gut. Bei den Frauen werden noch Hotelfachfrau, Friseurin und Steuerfachangestellte zusätzlich genannt.
Quelle: AUBI plus

Politiker ist kein Ausbildungsberuf, was aber dringend erforderlich wäre. Irgendetwas studiert zu haben, am liebsten Jura, reicht nicht aus. Rhetorikkurse wären sehr hilfreich, um die Verständlichkeit zu verbessern. Den beiden zurückgetretenen Grünen-Vorsitzenden wurde immer wieder vorgehalten, nichts gelernt und keine Ausbildung abgeschlossen zu haben. Diesen Vorwurf muss sich auch der SPD-Generalsekretär **Kevin Kühnert** anhören. Dass er trotzdem sehr gut reden und politische Zusammenhänge verständlich darstellen kann, ist vermutlich Talent, was nicht erlernbar ist.

Was veranlasst einen Menschen dazu, in die Politik zu gehen? Sich gesellschaftlich engagieren zu wollen, ist ebenso löblich wie erforderlich. Der Schritt hin zum Berufspolitiker, ist dann aber nochmal eine ganze andere Geschichte. Die Bezirksverordnetenversammlungen werden gern als Probestübungsstätte für höhere Aufgaben angesehen. Die Tätigkeit gilt offiziell als ehrenamtlich, wird aber mit einer Aufwandsentschädigung von 937,50 Euro, plus Sitzungsgelder, vergütet, steuerfrei. Ehrenämter, für die man knapp 1.000 Euro bekommt, sind eher selten.

Aus der BVV heraus stehen den Amateurpolitikern viele Wege nach oben offen. Zum Beispiel Bezirksstadtrat, was hauptberuflich gut 8.000 Euro im Monat einbringt. Ein Abgeordneter erhält derzeit 7.249 Euro, die zu versteuern sind, zusätzlich Mittel für das

Wahlkreisbüro und bis zu drei Mitarbeiter, was Arbeitsplätze, wenn auch nur temporär schafft. Man kann als Politiker gut verdienen, solange das Mandat dauert, und dann? Der zu erbringende Zeitaufwand schreckt viele Interessenten ab, es gibt aber immer genügend, die es machen wollen, sonst wären ja die Nominierungsversammlungen der Parteien langweilig.

Politiker leisten unbestritten eine sehr aufwendige Arbeit, können es aber eben nicht allen recht machen. Jede Entscheidung für etwas, schränkt andere ein. Eine hundertprozentige Zufriedenheit kann also nie erreicht werden. In der Liste der Berufsgruppen, zu denen wir am meisten Vertrauen haben, stehen Politiker an letzter Stelle, mit 14 Prozent, noch hinter Banker (40%), Journalisten (38%) und Versicherungsvertreter (23%). Am meisten Vertrauen haben wir zu Feuerwehrleuten (96%).
Quelle: Mensch, Erde. Dr. Eckart von Hirschhausen

Es ist natürlich falsch anzunehmen, dass Politiker ihr Tun danach ausrichten, wie sie die Bürger am besten ärgern können. Dass Politiker oft abgehoben erscheinen, mag im Einzelfall stimmen, sage aber niemand, dass man sie nicht erreichen und sprechen könne.



Foto: Ed Koch

In der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses gibt es ein Format, das „**Fraktion vor Ort**“ heißt. In regelmäßigen Abständen touren die Abgeordneten durch ihren Wahlkreis und suchen Kontakt zu den Bürgern. Am gestrigen Freitag war **Lars Rauchfuß** in seinem Kiez unterwegs, ab 10:00 Uhr stand er für Gespräche zur Verfügung, klingelte an den Haustüren, um sich persönlich vorzustellen, informierte sich zwischendurch bei dem Bildungsträger „**inab**“ über Angebote für Kinder und Jugendliche und stand ab 16:00 Uhr für Fragen und Anregungen in Alt-Mariendorf bei **Eis Hennig** zur Verfügung.



Beim Verlassen des U-Bahnhofs traf man auf eine lange Schlange von Menschen, die ihren Blick auf bunte Luftballons an einem Restaurant gerichtet hatten. Wie sich schnell herausstellte ging es um die Eröffnung eines wahrhaft seltenen kulinarischen Angebots in Berlin. Ein Döner-Laden ging an den Start und hatte dazu irgendeinen Rapper eingeladen, der T-Shirts versteigerte.

Eis Hennig befindet sich gegenüber, ohne Luftballons und mit überschaubarem Andrang. Mehr als Gesprächsangebote machen, kann man ja schließlich nicht. Nach dem verheerenden Versuch von **Raed Saleh** bei **Kurt Krömer**, SPD-Werbegeschenke einzusetzen, gab es bei **Lars Rauchfuß** nicht einmal einen Kugelschreiber und T-Shirts wurden auch nicht verlost. Sogar das Eis musste man selbst bezahlen, was keinen der Teilnehmenden überforderte, Karamell und Rum Traube, da kommt kein Döner mit. Vor dem großen Fenster sah man Jugendliche mit den in Fladenbrot eingepacktem Grillfleisch kleckern vorbeiziehen. Kein schöner Anblick.

Hinter der Scheibe bei leckerem Eis ging es um die Fragen, die die Bürger in Tempelhof bewegen. Natürlich stand die Randbebauung auf dem Tempelhofer Feld ganz oben auf der Liste. Eine Dame, die sich dagegen aussprach, konnte den SPD-Abgeordneten nicht überzeugen und dieser auch nicht die Bürgerin. So ist das nun mal. Mein Einwurf, dass diese Diskussion überflüssig sei, denn gäbe es einen neuen Volksentscheid, würde dieser wieder durchfallen und alles bliebe, wie es ist. *Und für den vom Senat angestrebten internationalen Ideenwettbewerb müssen wir drei Millionen Euro ausgeben*, kritisierte die Dame. Da fielen allen gleich bessere Verwendungsmöglichkeiten ein.

Beim Thema Radwege habe ich mich sicherheitshalber nicht eingemischt, denn die anderen finden diese toll, obwohl es Lücken im System gibt. Auch wenn **Lars Rauchfuß** nicht einer Fee gleich, alle Wünsche erfüllen kann, so stellte er dennoch die Frage danach. Eine Teilnehmerin wünschte sich, dass ihre E-Mails an die Grüne Verkehrsstadträtin aus Tempelhof-Schöneberg von dieser beantwortet würden. **Und damit leiten wir galant zu dem Thema über, das die Bewohner dieser Stadt am meisten nervt, die Verwaltung.** Ja, es gibt Stadträte, die Mails zügig beantworten, es gibt aber eben auch die vielen anderen, die erheblich zur Politikverdrossenheit beitragen.

Am Donnerstag trafen sich die Mitglieder des Ausschusses für Mobilität und Verkehr. Am Anfang scheiterte, mal wieder, die Wahl des Vorsitzenden.

Die AfD hat das Vorschlagsrecht, ihr Kandidat erhielt zwei der 18 Stimmen, also leitete der Vize-Vorsitzende der CDU die Sitzung.



Schwerpunktmäßig ging es um den Wirtschaftsverkehr in Berlin, wozu Vertreter der Fuhrpark-Innung, der IHK, der BSR, des Kurier-, Express- und Postdienstes sowie der DHL, vertreten durch **Andreas Schwager**, Projektmanager für nachhaltige Transport-Zustellungen, eingeladen wurden.

Schwager hat mit seinem Team ein Solarboot auf die Spree gebracht, das in einem Pilotprojekt Pakete transportiert, wir berichteten mehrfach darüber. Am 10. Dezember 2019 hat der Berliner Senat als erstes Bundesland die Klimanotlage erkannt. *„Der Wirtschaftsverkehr muss einen entscheidenden Beitrag zur Reduzierung der klimawirksamen Emissionen leisten. Hierzu werden neue Modelle zur Verkehrsreduzierung im Wirtschaftsverkehr und zur Umstellung auf lokal emissionsfreie Antriebe gefördert.“* So der Plan. Diejenigen, die den Wirtschaftsverkehr in Berlin betreiben, tun ihr Möglichstes, das Hauptproblem ist aber, durch die Stadt zu kommen und Lieferungen zuzustellen. Die Probleme, die beispielsweise die BSR bei der Müllentsorgung hat, sind eklatant. Sie schafft sich schon schmalere Fahrzeuge an, um durchzukommen, der Weg in die Häuser zu den Müllbehältern ist aber oft versperrt.

Transportmöglichkeiten auf den Berliner Gewässern sind weitestgehend noch ungenutzt. Ein Solarboot löst das Problem nicht, zwei wären schon besser und eines Tages noch viele weitere. Die Senatsverwaltung und DHL sind sich einig darüber, die Rahmenbedingungen zu verbessern und haben einen Kooperationsvertrag abgeschlossen. Und an dieser Stelle wird wieder ein Hauptproblem Berlins sichtbar: Die Zuständigkeit der Bezirke. *„Solarbetriebene DHL-Packstationen sollen an Haltepunkten der Solar-schiffe entlang der Wasserstraßen auf öffentlichem Raum aufgestellt werden. Genehmigungen dafür wurden am 15. und 22. April 2024 in den Bezirken Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Treptow-Köpenick beantragt.“* Bisher: **„KEINE ANTWORT DER BEZIRKE.“** In allen drei Bezirken liegt die Zuständigkeit für das Ressort Verkehr bei Grünen Stadträten. Die Annahme, dass sich besonders Grüne um grüne Projekte bemühen, scheint falsch zu sein.

Ed Koch

06) Alternative Perspektiven. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-31

27. September 2024

49. Jahrgang

Alternative Perspektiven

In dieser Woche ging es in den Talk-Formaten bei **Louis Klamroth**, **Markus Lanz**, **Maybrit Illner** und **Sandra Maischberger** wieder hoch her. Maischberger hat für ihre Talk-Show am Mittwoch sogar den Deutschen Fernsehpreis bekommen.



Foto: Ed Koch

In den Sendungen ging es um den Niedergang der deutschen Autoindustrie, der für den Klimaschutz nicht viel bedeuten wird, aber natürlich auch um die Kriege, deren schreckliche Bilder wir tagtäglich zu sehen bekommen. Und, als wenn das nicht alles traurig genug wäre, zerlegen sich auch noch die Grünen immer weiter.

Dankbar sind die Grünen Regierungsvertreter für den Rücktritt der Parteiführung, ermöglicht er doch einen Neuanfang. Über diese Dankbarkeit kann man sich nur wundern. Was nützen neue Gesichter an der Parteispitze, wenn diejenigen, die für den Abwärtstrend verantwortlich sind, im Regierungsamt bleiben. All das wurde in dieser Woche rauf und runter diskutiert, und natürlich durfte **Sahra Wagenknecht** nicht fehlen, die etwas süffisant über ihre Begegnungen mit den Parteichefs von Sachsen, Thüringen und Brandenburg sprach, die mit ihr eine Koalition bilden müssen, um eine Regierung auf die Beine zu stellen. Wagenknecht genießt die Rolle der Königsmacherin sichtlich, und im fernen Saarland springt **Oskar Lafontaine** als „Queen's husband“ wie Rumpelstilzchen vor Freude hin und her.

Nebenbei bemerkt: Es gab in dieser Woche einmal Talk mit Klamroth, zweimal Maischberger, dreimal Lanz und einmal Illner. Im Kern erfuhren wir nichts Neues. Alles hatte man schon einmal gehört, bloß eben noch nicht von jedem. Es wird also Zeit für alternative Perspektiven.

Und für diese sind unsere Kabarettisten zuständig. Heute Abend um 22:30 Uhr im ZDF wird uns **Oliver Welke** die Welt erklären, wie sie wirklich ist. Noch schöner ist aber Live-Kabarett. Und zu dem lädt **Arnulf Rating** am **Sonntag, dem 6. Oktober 2024, um 15:30 Uhr**, in das **Theater der Wühlmäuse** am Theodor-Heuss-Platz mit seinem Soloprogramm **tagesschauer** ein.



Auf seine knallharte und wortgewaltige Analyse der jüngsten Landtagswahlen und der politischen Lage im Allgemeinen darf man gespannt sein.

Der **tagesschauer** ist die stets aktuelle Reaktion von **Arnulf Rating** auf die täglichen Duschen in den Zeiten der Generaldebatte. Ein satirischer Parforceritt entlang der medialen Schlagzeilen. Sicher ist nur eins: In dieser unsicher gewordenen Welt überlebt man nur mit Humor. Denn das ist bekanntlich der Knopf, an dem wir drehen können, bevor uns der Kragen platzt.

Mit Tempo und hohem Unterhaltungswert brilliert hier eine der dienstältesten scharfen Zungen des Landes. Der letzte der legendären **3 Tornados**, der auf der Bühne steht. Sein Maßstab ist der gleiche wie damals bei den Tornados. Unterhaltung mit Haltung. Der Anspruch bleibt: die Menschen oben mit erweitertem Bewusstsein und unten mit nasser Hose aus dem Theater zu entlassen.



Tickets 25,50 – 31,50 Euro
Karten-Telefon (030) 30 67 30 11,
E-Mail karten@wuehlmaeuse.de, online
www.wuehlmaeuse.de
Alle Infos im Netz unter: www.rating.de

Zusammenstellung und Einleitung: Ed Koch
Quelle: Ines Schilgen PR Management

07) Ende des Grünen Traums. Von Ed Koch



Ende des Grünen Traums

Der Bundesvorstand der Grünen ist zurückgetreten, **Annalena Baerbock, Robert Habeck, Cem Özdemir, Lisa Paus, Steffi Lemke** und **Claudia Roth** bleiben im Amt. Es wird also lediglich auf der Vorstands-, nicht aber auf der Regierungsebene neue Gesichter geben. Das kann sich alles noch ändern, denn in die Sache ist eine gewisse Dynamik gekommen.

Am späten Abend meldete das **ZDF**, dass auch der Vorstand der Grünen Jugend zurücktritt. Nicht nur das, seine Mitglieder treten auch aus der Partei aus. „Die Entscheidung zum Parteiaustritt sei bereits ‚in den letzten Wochen‘ getroffen worden, also noch vor dem Rücktritt des Parteivorstands am Mittwoch, schrieben die Bundessprecherinnen **Svenja Appuhn** und **Katharina Stolla**.“

„Wir merken, dass unsere inhaltlichen, aber auch strategischen Vorstellungen von Politik immer weiter auseinander gehen - und glauben, dass es mittelfristig keine Mehrheiten in der Partei für eine klassenorientierte Politik gibt, die soziale Fragen in den Mittelpunkt rückt und Perspektiven für ein grundsätzlich anderes Wirtschaftssystem aufzeigt“, heißt es in dem Schreiben der Grünen Jugend.

Es kommt noch schlimmer, denn „Wir werden uns danach aufmachen, einen neuen, dezidiert linken Jugendverband zu gründen“, so die zehn Vorstandsmitglieder. Dauerhaft sei nicht möglich, gleichzeitig Teil einer Partei zu sein und für eine grundsätzlich andere Politik zu werben, als die eigene Partei umsetzt, schreibt der Vorstand an die Parteispitze. *zdf*

In der aktuellen INSA-Umfrage vom 23. September rutschen die Grünen erstmals unter der 10-Prozent-Marke mit 9,5. Bei der Bundestagswahl 2021 waren es 14,8 Prozent. Der beste Wert wurde im Juli 2022 mit 23 Prozent gemessen.

Immerhin sind die Grünen in zehn Bundesländern recht erfolgreich und konfliktfrei an den Regierungen beteiligt: **Baden-Württemberg** (19%), **Bremen** (11,9%), **Hamburg** (21%), **Niedersachsen** (11%), **Nordrhein-Westfalen** (14%), **Rheinland-Pfalz** (10%), **Schleswig-Holstein** (16%) und **Sachsen** (5,1%). Aus den Landesregierungen in **Brandenburg** (4,1%) und **Thüringen** (3,2%) müssen sich die Grünen im September verabschieden. In **Bayern** (10%), **Berlin** (15%) und **Hessen** (13%) stehen die Grünen noch recht gut da, wenn auch ohne Regierungsbeteiligung. Im **Saarland** (8%), **Mecklen-**

burg-Vorpommern (5%) und **Sachsen-Anhalt** (4%) liegen sie unter der 10-Prozent-Marke.



Viel dramatischer sieht die Lage bei der FDP aus. Der Liberale Traum scheint auch ausgeträumt zu sein. 3,5 Prozent würde die Partei von **Walter Scheel** und **Hans-Dietrich Genscher** erreichen, wenn jetzt Wahlen stattfänden. Nur in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ist die FDP an Landesregierungen beteiligt. Sie bewegt sich zwischen 7% in Baden-Württemberg und 0,8% in Brandenburg.

Konsequenzen sind bei der FDP bislang nicht zu erkennen, abgesehen von kryptischen Äußerungen des Parteivorsitzenden **Christian Lindner**.

Dass die Ampel-Koalition eigentlich am Ende ist, lässt sich nicht mehr schönreden. Dennoch, sie muss ihren Job zu Ende bringen. Was brächten Neuwahlen im Frühjahr, sechs Monate vor der regulären Wahl? Und was würde kurzfristig besser werden mit **Friedrich Merz**, der in allen Umfragen hinter **Markus Söder** und **Hendrik Wüst** liegt?

Wie ein Lacher an der falschen Stelle oder ein schlecht kommuniziertes Heizungsgesetz heutzutage die politische Landschaft verändern kann, ist unglaublich, aber wahr.

Ed Koch

Die angegebenen Werte basieren auf den aktuellen Umfragen bzw. Wahlergebnissen.

08) min + din. Von Ed Koch



min + din

Nicht zu verwechseln mit „Yin und Yang“, wo es um „einander entgegengesetzte und dennoch aufeinander bezogene duale Kräfte geht“, min + din steht für ein und dasselbe, für **Minden**. Der Legende nach kämpften im achten Jahrhundert die heidnischen Sachsen gegen die Eroberung und die Christianisierung des Frankenkönigs **Karl der Große**. Ein „*Quellenwunder*“ bekehrte Sachsenherzog **Widukind** zum Christentum. In seiner Burg am Weserufer kam es zum Friedensschluss. „*Diese Burg soll nun min und din (mein und dein) sein*“, bot **Widukind** an, worauf **Karl der Große** erwiderte: „*So trage sie auch den Namen Min-din.*“ 798 wurde dann Minden erstmals urkundlich erwähnt. Wie schön, dass es solche Geschichten gibt.



977 verlieh, was keine Sage ist, **Kaiser Otto II.** Minden das Markt-, Münz- und Zollrecht. In der Alten Münze befindet sich heute ein griechisches Restaurant. **Heinrich der Löwe** heiratete 1168 im Mindener Dom **Mathilda zu England**.



Ob dieser Souvenirladen daran erinnert, ist eher unwahrscheinlich, vielmehr dürfte es eine Erinnerung daran sein, dass Westfalen nach dem Zweiten Welt-

krieg bis zur Gründung der Bundesrepublik 1949 britische Besatzungszone war. Eine Erinnerung an die schwedische Besetzung Mindens von 1634 bis 1650 ist nicht zu sehen. Kein IKEA in Minden.

Minden hat auch eine Geschichte mit unserer Region, denn im Westfälischen Frieden von 1648 wurde die Stadt dem Kurfürsten von Brandenburg zugesprochen. 1806 wird Minden von den Franzosen besetzt und dem Königreich Westphalen zugeschlagen. Restaurants mit französischer Küche gibt es einige in Minden. 1813 wird Minden von Preußen zurückerobert.



1847 wurde die Köln-Mindener Eisenbahn eröffnet, bis zum 29. September 1968 dauerte es allerdings, bis erstmals ein elektrischer Zug durch den Bahnhof Minden fuhr. Davon, dass er angehalten hat, steht nichts auf der Gedenktafel am Bahnhof. Heute halten, nicht alle Züge, aber derzeit auch ein ICE in Minden, und immer wieder der IC nach Amsterdam.

Apropos Bahn, sorry, muss sein. Ängstlich schaue ich immer kurz vor Fahrtantritt auf den DB Navigator. Mitteilung: Ihr Zug fällt aus. Gerade noch die Schnappatmung abgewendet, erscheint die nächste Meldung: Nicht der ICE 548, sondern der Ersatzzug ICE 2948 fährt heute. Was mich besonders beeindruckt hat, war die automatische Änderung der Sitzplatzreservierung. Der Zug fuhr am Hauptbahnhof pünktlich ab und kam in Minden pünktlich an. Und, was bei Ersatzzügen nicht immer funktioniert, das Bord-Bistro war voll funktionsfähig. So geht's auch.



Am 10. November 1938 wurde die am 24. März 1865 eingeweihte Mindener Synagoge durch einen Brand zerstört. Die Abbruchkosten musste die jüdische Gemeinde übernehmen. Der Abriss der Ruine fand



unter den Augen der deutschen Bevölkerung und unter der politischen Führung der Nationalsozialisten statt. Die heutige Synagoge wurde 1958 neben dem Grundstück der ehemaligen Synagoge erbaut. Damit war Minden eine der ersten Städte in Deutschland, in denen nach dem Zweiten Weltkrieg wieder eine Synagoge eingeweiht wurde. Wikipedia

Heute leben 84 Menschen jüdischen Glaubens in Minden.

Bei Luftangriffen zwischen 1943 und 1945 wurden Teile der Innenstadt zerstört.



Das Alte Rathaus (Hintergrund) ist seit 1260 Sitz des Rats der Bürger, später des Magistrats und der Stadtverwaltung. Sein Laubengang stammt aus dem 13. Jahrhundert und hat die Kriegszerstörungen des Zweiten Weltkriegs überstanden. 1978 wurde das neue Rathaus (rechts im Bild) eröffnet. „Hübsch hässlich“ würde **Heinz Rühmann** sagen.

Durch eine Gemeindereform 1973 und die damit verbundene Eingliederung von 13 Gemeinden und vier Gemeindeteilen wächst die Einwohnerzahl von 54.000 auf heute 83.100.

Durch Minden führte mich, nicht zum ersten und sicherlich nicht zum letzten Male, **paperpress**-Leser **Karl-Heinz Ochs**. Ausgenommen in Minden sehen wir uns regelmäßig in Neuhardenberg bei **Klaus Hoffmanns** Sängertreffen. Ochs stammt aus dem rund zehn Kilometer entfernt liegenden Petershagen, wohnt aber seit 1970 in Minden. Der gelernte Industriekaufmann und Betriebswirt ist seit 52 Jahren Mitglied der SPD und mischt in der Stadt mit. Viele Berufsjahre verbrachte er bei **Heisterholz**, wo seit 1873 Ziegel gebrannt werden. „Weltweit die besten“, sagt **Karl-Heinz Ochs**. Bei dem Unternehmen waren auch schon sein Großvater und Vater tätig. Später hat er sich als Medienschaffender selbständig ge-

macht und das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ unterstützt. 2011 hat er den Verein „Minden für Demokratie und Vielfalt“ gegründet. In dieser Zeit hat er viele Gedenkstättenfahrten nach Theresienstadt organisiert. Lange Zeit hat er eine Publikation mit dem Titel „dit und dat“ herausgegeben, was ein wenig wie das Stadtmotto klingt.



An den Stufen zur Marienkirche, Valeria Casselmann und Karl-Heinz Ochs.

In der Kaffeerösterei „kofi“ (www.trinkkofi.de – Hufschmiede 9 – sehr empfehlenswert!) trafen wir **Valeria Casselmann**. Sie ist Ortsbürgermeisterin Innenstadt, mit rund 11.000 Einwohnern der größte Bezirk in Minden. Ein Rathaus oder eigenes Büro hat sie nicht. „Wo ich bin, ist mein Büro!“ Sie ist viel unterwegs, jeder kennt und grüßte sie. Die Tätigkeit der Ortsbürgermeister besteht vornehmlich in der Lobbyarbeit nach innen und außen. Sie muss aufpassen, dass der Stadtrat nicht an ihr vorbei entscheidet, sondern sie vorgibt, was in ihrem Bezirk vonnöten ist.

Valeria Casselmann sammelte ihre ersten politischen Erfahrungen bei den Piraten, das schult ungemain. 2019 ist sie in die SPD eingetreten. 56 Mitglieder umfasst der Mindener Stadtrat, stärkste Fraktion ist die **SPD** mit 21 Sitzen, gefolgt von der **CDU** mit 15, **Grüne** neun, **AfD** drei, **Linke**, **FDP** und die **Mindener Initiative** je zwei, sowie **Wir für Minden** und **Bürger Bündnis Minden** je einen Sitz. Der Bürgermeister wird direkt gewählt, seit 2015 ist das der Sozialdemokrat **Michael Jäcke**.

Ortsbürgermeisterin ist ein Ehrenamt. Gelernt hat **Valeria Casselmann** Groß- und Außenhandelskauffrau bei Ford, wo sie die erste weibliche Autoverkäuferin war. Trotz Renteneintritt im August, arbeitet sie



weiter, und zwar in der Textilbranche bei **Walbusch**. Da gibt's die Herrenhemden ohne Knopf am Hals, sehr angenehm. Dass sie etliche weitere Funktionen hat, die sich aus ihrer politischen Tätigkeit ergeben, versteht sich von selbst.



Beim Rundgang durch Minden kommt man an gepflegten und weniger gepflegten Fassaden vorbei und sieht, dass sich auch hier Nachbarn nicht überreden lassen, ihren Teil des Hauses mit frischer Farbe zu versehen.



Der Weg führt an vielen Kneipen vorbei, die leider geschlossen sind. **Valeria Casselmann** sieht einen Grund im veränderten Freizeitverhalten der Menschen. Man geht nicht mehr so oft in Kneipen und Restaurants. Beim Fachkräftemangel in der Gastronomie müsse man auch fragen, wie mit dem Personal umgegangen wird. Wenn ein Gastwirt stolz darauf ist, seinen Mitarbeitern Mindestlohn zu zahlen, dann hat er einiges nicht verstanden, nämlich die Silben *Min-dest*. Aber, es gibt natürlich auch geöffnete Lokalitäten, wenn auch nicht an jedem Tag, aber das

ist inzwischen auch in Berlin üblich, dass sich viele wieder auf den Ruhetag besinnen.



Gut wohnen kann man in Minden im **Victoria Hotel**, das vermutlich so heißt, um nicht mit **Vico Torriani's Hotel Victoria** verwechselt zu werden. In dem Hotel direkt am Markt, befindet sich ein Restaurant mit kroatischer Küche, empfehlenswert.



Minden liegt auf mehreren Ebenen, was das Spaziergehen etwas anstrengend macht. Nach einem Rundgang mit **Karl-Heinz Ochs** am Vormittag, war ein weiterer am Abend geplant. Hängengeblieben sind wir im spanischen **La Cantina** bei gutem Weißwein und warmen und kalten Tapas. Es gäbe noch so viel zu sehen, verspricht mein Stadtführer. Somit ist klar, der nächste Besuch muss stattfinden, und dann gibt's wieder ein paar Eindrücke mehr aus Minden in Ostwestfalen, an der Weser, die wir uns dann genauer betrachten werden.

Bis dahin empfehlen wir die beiden Bände „*Mindener Geheimnisse*“, herausgegeben vom **Mindener Tageblatt**, einer unabhängigen, in Privatbesitz befindlichen Zeitung. *min* und *din*, Minden ist für alle da.

Ed Koch
(auch Fotos)

09) Am Ziel vorbei. Der Bundestag arbeitet an einer Resolution zur Bekämpfung von Antisemitismus. Doch israelische Menschenrechtsorganisationen warnen vor dem Entwurf

Von Jessica Montell

Naher Osten/Nordafrika 24.09.2024



„We deserve better leaders“ – Kritik an der israelischen Regierung darf nicht als Antisemitismus abgetan werden, zumal wenn sie von Israelis kommt.- *picture alliance / Sipa USA | Matan Golan*

Seit dem Massaker, das die Hamas am 7. Oktober im vergangenen Jahr an der israelischen Bevölkerung verübt hat, erleben wir eine massive Zunahme antisemitischer Rhetorik und antisemitischer Vorfälle. Das ist eine beunruhigende und gefährliche Entwicklung – weltweit und auch in Deutschland. Die deutsche Regierung hat eine moralische Verpflichtung, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Deshalb ist es notwendig und begrüßenswert, wenn die Bundesregierung und der Bundestag klar und entschieden auf diese Entwicklung reagieren und eindeutig Stellung beziehen.

Im Bundestag arbeiten die Partner der Ampelkoalition gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion seit Monaten an einer Resolution zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland. Frühere Fassungen dieser Resolution haben nicht nur bei [Rechtswissenschaftlern](#) und [Kunstschaffenden](#), sondern auch bei Menschenrechtsorganisationen wie der unsrigen heftige Kritik hervorgerufen. Ein [veröffentlichter Entwurf](#) dieser Entschließung löst bei mir und bei anderen israelischen Menschenrechtsorganisationen Besorgnis aus, weil er eine repressive Stoßrichtung hat und für Spaltung sorgt. Das liegt vor allem daran, dass er Antisemitismus mit Kritik an Israel verwechselt. Als jüdische Israelin, die sich aktiv in der israelischen Zivilgesellschaft engagiert und sich berechtigt und in der Pflicht sieht, die eigene Regierung zu kritisieren, weise ich diese Gleichsetzung mit Nachdruck zurück.

Diese Verquickung von Antisemitismus und Israelkritik ist so weit gefasst, dass sie sogar auf Juden und Israelis in Deutschland zutrifft, die zum Beispiel die Behandlung der Palästinenser durch die israelische Regierung kritisieren. Jüdische Vertreter des öffentlichen Lebens in Deutschland sahen sich veranlasst, in einem [offenen Brief](#) den Resolutionsentwurf zu kritisieren, der paradoxerweise der Vielfalt des jüdischen Lebens in Deutschland womöglich schadet, statt sie zu schützen.

Der Kern des Problems ist, dass die Resolution auf der umstrittenen Antisemitismus-Arbeitsdefinition der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (*International Holocaust Remembrance Alliance*, IHRA) aufbaut. Sie macht diese Definition zum entscheidenden Maßstab für die Regulierung und Zuweisung öffentlicher Mittel – mit weitreichenden nachteiligen Folgen für Wissenschaft, Kunst und Zivilgesellschaft in Deutschland, aber auch für die Arbeit und Zusammenarbeit zwischen deutschen Organisationen und ihren ausländischen Partnern vor Ort. Bundestag und Bundesregierung haben sich 2017 die IHRA-Definition zu eigen gemacht. In der Folge wurde diese Definition Gegenstand heftiger Kontroversen und wird in der Wissenschaft intensiv diskutiert. Führende internationale Antisemitismusforscher (darunter viele Israelis) haben Alternativdefinitionen erarbeitet – unter anderem die [Jerusalemener Erklärung zum Antisemitismus](#). Daher stellt sich die Frage: Wieso ergreift der Bundestag in einem wissenschaftlichen Streit Partei für eine Seite? Warum ist der Entwurf nicht offen für Entwicklungen in der akademischen Diskussion und geht auf andere Definitionen gar nicht ein?

Die Sorge über die Auswirkungen, die sich durch die Verwendung der Antisemitismus-Definition der IHRA ergeben können, ist keineswegs bloße Theorie.

Die Sorge über die Auswirkungen, die sich durch die Verwendung der Antisemitismus-Definition der IHRA ergeben können, ist keineswegs bloße Theorie. In den vergangenen Jahren haben wir erlebt, dass diese Definition taktisch genutzt wird, um Zwang auszuüben. Die israelische Regierung setzt sie als Waffe ein, um öffentlich artikulierten Widerspruch gegen ihre rechtswidrige und schädliche Politik zum Schweigen zu bringen. Die Liste derer, die wegen ihrer Äußerungen zur Palästinenserpolitik der israelischen Regierung oder ihres Verhaltens gegenüber dieser Politik als Antisemiten abgestempelt wurden, ist sehr lang und umfasst sogar den [Internationalen Strafgerichtshof](#) (IStGH), dessen Chefankläger [Karim Khan](#) und die [Vereinten Nationen](#). Kürzlich schmähte Israels Außenminister Israel Katz den EU-Außenbeauftragten und spanischen Sozialisten [Josep Borrell](#) als „Antisemiten und Israelhasser“ und warf ihm vor, er führe „eine Hasskampagne gegen Israel, die Erinnerungen an die schlimmsten Antisemiten der Geschichte weckt“. Diverse Gruppen, die sich international schützend vor die israelische Regierung stellen und Kritik an ihrer Menschenrechtsbilanz zum Schweigen bringen wollen, nutzen die IHRA-Definition fortwährend und in zynischer Weise. Mithilfe dieser Definition haben sie Mitglieder des [Irischen Parlaments](#) als Antisemiten gebrandmarkt, weil sie einen Boykott von Erzeugnissen aus den Siedlungsgebieten ins Spiel gebracht hatten; sie haben die Regierungen der [Niederlande](#) und Schwedens antisemitisch genannt, weil sie palästinensische Menschenrechtsorganisationen finanziell unterstützen; und sie haben dem [Europäischen Gerichtshof](#) Antisemitismus vorgeworfen, nachdem er geurteilt hatte, dass Produkte aus israelischen Siedlungsgebieten als solche gekennzeichnet werden müssen.

In Israel nutzen rechte Parlamentarier die Definition der IHRA, um etablierte Menschenrechtsgruppen und zivilgesellschaftliche Organisationen zu delegitimieren und sie nach Möglichkeit von ihren [internationalen Finanzierungsquellen abzuschneiden](#). Im März 2023 [bezeichnete](#) der Likud-Abgeordnete Ariel Kellner zum Beispiel *Breaking the Silence* als „antisemitische Organisation“, die „Soldatinnen und Soldaten der israelischen Streitkräfte verunglimpft und als Nazis darstellt“. Und weiter: „Mal lässt sie die Ritualmordlegende wiederaufleben, mal misst sie moralisch mit zweierlei Maß. Beides fällt unter die internationale Definition von Antisemitismus.“ *Breaking the Silence* ist eine gemeinnützige israelische Organisation, die Übergriffe im Zusammenhang mit der israelischen Besetzung der Palästinensergebiete aufdeckt und das Ziel hat, die Besatzung zu beenden. Alle Beschäftigten und Mitglieder der Organisation sind ehemalige israelische

Seite E 101 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Soldaten (und Juden). Wie lächerlich es ist, eine solche Organisation als antisemitisch zu bezeichnen, liegt auf der Hand. Allen sollte klar sein, dass hier ein israelisches Regierungsmitglied auf zynische Weise versucht, die Organisation mit möglichst niederträchtigen Anschuldigungen zu diskreditieren. Allein die Tatsache, dass der Knesset-Abgeordnete Ariel Kellner sich zur Untermauerung dieser Anschuldigungen auf die „internationale Definition von Antisemitismus“ berufen kann, zeigt deutlich, wie problematisch diese Definition ist.

Die Kernaufgabe von Menschenrechtsorganisationen in aller Welt wird mitunter auf das *Naming and Shaming* verkürzt – also darauf, Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und öffentlich anzuprangern, um Aufmerksamkeit zu erregen und die Verantwortlichen zu zwingen, diese Rechtsverstöße abzustellen. Diese Arbeit ist überall auf der Welt notwendig und wichtig. Im israelisch-palästinensischen Kontext ist sie essenzieller als je zuvor vor dem Hintergrund, dass seit elf Monaten in Gaza ein brutaler Krieg geführt wird, dass in Israel eine ultranationalistische Regierung an der Macht ist und Extremisten die Annexion des Westjordanlands und die Zwangsenteignung der dort lebenden Palästinenser vorantreiben.

Damit sie ihre Arbeit machen können, müssen sich Menschenrechtsorganisationen frei äußern können.

Damit sie ihre Arbeit machen können, müssen sich Menschenrechts-Organisationen frei äußern können, zumal sie mitunter sehr schwerwiegende Vorwürfe erheben. Das heißt nicht, dass wir unsererseits gegen Kritik abgeschirmt werden müssen. Das lässt natürlich genügend Raum, um unsere Erkenntnisse infrage zu stellen und mit unseren Bewertungen nicht einverstanden zu sein. Fakten können unzutreffend sein. Interpretationen können ihre Schwachstellen haben. Manche mögen uns für fehlgeleitet oder naiv halten. Das alles ist legitim. Aber die Meinungsabweichungen in diesen Fragen als antisemitisch abzustempeln, ist unverantwortlich und darf nicht sein. Mit solchen politisch motivierten Anschuldigungen sollen diejenigen, die Missstände zur Sprache bringen, zum Schweigen gebracht werden, damit man sich mit der eigentlichen Kritik nicht auseinandersetzen muss. Durch diese Anschuldigungen gerät der Begriff „antisemitisch“ zur Farce – und das schadet den aufrichtigen Bemühungen, den ganz realen Antisemitismus zu bekämpfen.

Aus diesen Gründen warnen 15 israelische Menschenrechtsgruppen und zivilgesellschaftliche Organisationen – meine Organisation [HaMoked](#) ist eine von ihnen – in einer [gemeinsamen Erklärung](#) vor der Resolution, über die der Bundestag derzeit berät. Bei dieser Warnung geht es unter anderem auch um unsere Möglichkeiten, unsere Kernaufgabe mit deutscher Unterstützung wahrzunehmen: Wir befürchten, dass die Resolution des Bundestags, sollte sie auf der Grundlage des Entwurfs verabschiedet werden, instrumentalisiert wird, um die finanzielle Unterstützung aus Deutschland für unsere Menschenrechtsarbeit unter Beschuss zu nehmen und einzuschränken und im weiteren Sinne unserer Zusammenarbeit mit der deutschen Zivilgesellschaft die Grundlage zu entziehen. Dies würde Schmutzkampagnen befeuern und die vielen komplexen Herausforderungen, die wir in der aktuellen Eskalationssituation ohnehin schon zu bewältigen haben, noch weiter verschärfen.

Wie wir in unserer [Erklärung](#) betonen, begrüßen wir, dass die Bundesregierung sich ausdrücklich zur Bekämpfung des Antisemitismus bekennt, und ermutigen den Bundestag, eine auf Inklusivität und Universalität abzielende Resolution zu verabschieden. Wir ermuntern ihn, eine Resolution zu verabschieden, die unserer Menschenrechtsarbeit nicht potenziell schadet, sondern sie schützt und unterstützt. Alle Versuche, auf Basis der IHRA-

Seite E 102 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Definition finanzielle Zuwendungen an Bedingungen zu knüpfen, sollten aus dieser Resolution gestrichen werden – und der Kampf gegen Antisemitismus sollte inklusiv und in einen universellen Kampf gegen Rassismus in jeglicher Form eingebettet werden.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld



Jessica Montell

Jessica Montell ist seit 2017 Geschäftsführerin der israelischen Menschenrechtsorganisation *HaMoked*. Zuvor leitete sie *B'Tselem*, das israelische Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/am-ziel-vorbei-1-7795/?utm_campaign=de_40_20240924&utm_medium=email&utm_source=newsletter

10) Häuslebauer sucht Wutbürgerin. Lassen wir uns bei der Debatte ums Klima in die Irre führen? Davon sind Eversberg und Co. überzeugt. Sie warnen vor einer unheilvollen Allianz

Von Claudia Detsch

Aus meinem Bücherschrank 24.09.2024



picture alliance/ZumaPress/Sachelle BabbarFällt leider hinten runter: Beim Streit um die Anpassung an den Klimawandel geht es nicht um Werte, sondern um einen Klassenkonflikt



Dennis Eversberg, Martin Fritz, Linda von Faber, Matthias Schmelzer (2024): „Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt: Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation“, Campus.

Noch eine Studie zum Verhältnis der Deutschen zur Klimapolitik? Braucht es das wirklich? Ja! Wir müssen reden. Und vor allem müssen wir besser verstehen, wo wir eigentlich stehen. Denn die Beziehung zwischen den Deutschen und dem Klima gestaltet sich zunehmend komplizierter. Das ist schlecht, denn der Druck wächst von beiden Seiten. Die Temperatur steigt. Aber das Misstrauen gegenüber konkreter Klimapolitik ebenfalls. Eine ungünstige Melange, die schnell ungemütlich werden kann. Entsprechend wollen Dennis Eversberg, Martin Fritz, Linda von Faber und Matthias Schmelzer mit ihrem Buch *Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt: Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation* Licht ins Dunkel bringen – und eine eindringliche Warnung aussprechen.

Zur Beruhigung in aufgewühlten Zeiten trägt die Lektüre nicht bei. Zwar könne klimapolitisch von einer Aufspaltung in zwei gegensätzliche bis feindliche Lager nicht die Rede sein. Gleichzeitig warnen die Autorinnen und Autoren vor der Gefahr einer großen Allianz, die sich derzeit unter opportunistischer Mitwirkung liberal-konservativer Kräfte anbahnen könnte. Auch mit Blick auf die Methode handelt es sich nicht eben um eine leichtfüßige Urlaubslektüre, eher um ein Schmankerl für Soziologinnen und Soziologen. Beim Lesen läuft man mitunter Gefahr, den Überblick über die diversen Achsen und Spektren des deutschen Sozialraums zu verlieren. Doch bei aller komplexer Methodenverliebtheit sind die Schlussfolgerungen erfrischend deutlich. Die Deutschen erzählen sich selbst nur zu gerne die Geschichte des willigen Klimavorreiters in der Welt. De facto sei man hierzulande aber deutlich distanzierter gegenüber klimapolitischen Maßnahmen als in einer Vielzahl von Ländern mit vergleichbarer Ausgangslage.

Die zentrale These des Buches: Der große Konflikt um die sozial-ökologische Transformation ist nicht einfach ein Streit um unterschiedliche Werte oder Vorstellungen. Er ist ein handfester Klassenkonflikt. Wenn sozio-ökonomisch bedingte Spannungen und Gegensätze auch mit gegensätzlichen Mentalitäten einhergehen, dann werden Interessengegensätze auch als solche wahrgenommen und führen zum Streit, so die Autorinnen und Autoren. Eversberg und Co. verorten in der deutschen Gesellschaft drei große Spektren: das öko-soziale Spektrum, das konservativ-steigerungsorientierte Spektrum und das defensiv-reaktive Spektrum. Das Ergebnis ihrer empirischen Untersuchung ist eine Landkarte des sozial-ökologischen Klassenkonflikts in der deutschen

Seite E 104 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Bevölkerung, die sowohl vertikale (sozial zwischen oben und unten) als auch horizontale Klassenunterschiede abbildet (ideologisch-kulturelle Unterschiede zwischen materiell-eigentumsbasiertem und „postmateriell“-bildungsbasiertem Status).

Für die Autorinnen und Autoren liegt der Ursprung des Konflikts im Wirtschaftssystem.

Für die Autorinnen und Autoren liegt der Ursprung des Konflikts im Wirtschaftssystem – und damit tief eingegraben in der DNA der europäischen Gesellschaft, die auf Steigerungszwängen beruhe. Am augenfälligsten wird dies in der Wachstumslogik des kapitalistischen Wirtschaftens – so weit, so im Einklang mit gängigen Post-Wachstums-Apologeten. Der Zwang zum Wachstum ist bei Eversberg und Co. aber nicht auf das Wirtschaftssystem beschränkt. Er ist eingewoben in die Geschichte der europäischen Gesellschaften. Wissenschaft, Staatlichkeit, selbst Aufklärung und Emanzipation seien Ausdruck des Zwangs zur immer weiteren Ausdehnung. Wenn aber die Latte der Ursachenforschung so hoch liegt, so muss einem beim Ausmaß des nötigen Wandels schwindelig werden. Hier ist die Klimakrise nur ein Symptom, das zudem ohne einen radikalen Kurswechsel nicht zu lindern ist.

So greift in den Augen der Autorinnen und Autoren der Verweis auf die allgemeine Veränderungsmüdigkeit, wie etwa im Bestseller [Triggerpunkte von Mau und Co.](#) beschrieben, zu kurz. Die Situation scheint ihnen viel ernster. Teile der Gesellschaft reagierten auf die Schilderung einer nötigen Veränderung mit der Abkehr von ebenjenen Institutionen, die sich in diese Richtung äußern. Sie antworteten mit schleichendem Rückzug und dem Verlust von Vertrauen in Institutionen und Gesellschaft. Entsprechend steht für Eversberg und Co. beim klassischen Verteilungskonflikt weniger die ungleiche Verteilung von Reichtum im Zentrum. Sie verweisen vielmehr darauf, dass in wachsendem Maße die ungleiche Verteilung von Vertrauen und Misstrauen, von Identifikation und Ablehnung bedeutsam sei: aus ihrer Sicht eine potenziell brandgefährliche Nahrung für nachhaltigen Staatsverdruss.

Entsprechend sind hier die Öko-Sozialen auch nicht aus dem Schneider. Auch sie leisten einen Beitrag zur aktuellen Zuspitzung, wenn auch zumeist aus hehren Motiven heraus. Schlicht die Erkenntnisse der Klimaforschung ins Feld zu führen und auf breite Erkenntnis zu warten, das verfange nicht – im Gegenteil. Denn es handele sich nun mal um abstraktes Wissen, das über komplexe gesellschaftliche Institutionen und Verfahren gewonnen werde. Wenn aber das Vertrauen in diese Institutionen erodiert ist, dann kann man auf die Erkenntnis lange warten. Hier wird deutlich, wo es bei den Appellen der Klimabewegten seit Langem klemmt. Das Buch warnt vor einer gesellschaftlichen Spaltung zwischen konkret-erfahrungsbasierten und abstrakt-wissenschaftlich-technologisch vermittelten Weltzugängen. Deshalb äußern die Autorinnen und Autoren scharfe Kritik daran, einen bestimmten Weg als alternativlos zu umreißen. Wer die Ziele vorher festlege, der schließe eine demokratische Debatte aus. Ohnehin plädieren sie für mehr Dialogbereitschaft auch auf Seiten der Klimabewegten.

Dieser Verteilungskonflikt rund ums Vertrauen ist der Auffassung der Autorinnen und Autoren nach noch stark unterbelichtet. Denn in der öffentlichen Debatte vorherrschend sei derzeit der Veränderungskonflikt, ausgetragen als Disput um Kosten und Lasten des klimaneutralen Wandels. In der öffentlichen Debatte würden zwei entgegengesetzte Gruppen auf die Bühne gestellt: eine städtisch-akademische Klientel mit hohen transformativen Ambitionen bei gleichzeitig geringer sozialer Sensibilität einerseits und überforderte einfache Leute mit gutem Willen, aber materiellen Sorgen und Ängsten vor zu schnellem Wandel andererseits. Diese Debatte um Reichweite und Kosten in Kombination

mit dem gängigen Anwurf der beiden klar umrissenen Lager ist für das Autorenteam eine Nebelkerze. Die eigentliche Blockade rühre anderswo her: von der Verteidigung privater Eigentumsinteressen sowie der wirtschaftlichen Macht und der Hoheit von Investitions- und Produktionsentscheidungen, die sich die Elite nicht nehmen lassen wolle. Wer nun die geschilderte Zuspitzung immer weiter treibe – abgehobene Grüne auf der einen, einfaches, darbendes Volk auf der anderen Seite –, der leite nicht nur in die Irre, sondern spiele insbesondere ein gefährliches Spiel um Demokratieverdruss und Staatsabkehr.

Im Lager der Zündler verorten Eversberg und Co. auch jene, die im konservativsteigerungsorientierten Spektrum die Klimapolitik auf wachstums- und technologiezentrierte Strategien engführten. An dieser Stelle allerdings stolpert man etwas über die mangelnde tagesaktuelle Evidenz. Die hier skizzierten Liberalen mögen sich zwar selbst in der Rolle der „technologieoffenen“ Modernisierer gefallen. Wer sich etwa die verbissene Attacke gegen das Verbrenner-Aus anschaut, der sieht hier allerdings nur schwerlich die technologische Avantgarde *par excellence* am Werk. Diese Technologieoffenheit kommt ausgesprochen verstaubt daher.

Ohnehin geraten die Mentalitätszuteilungen teils etwas holzschnittartig. So verorten die Autorinnen und Autoren im rechten (Obacht, es geht hier um die rechte Achse in ihrem sozialen Koordinatensystem, nicht zwangsweise um die politische Verortung) oberen Sozialraum Eigenheimbesitz auf dem Land, Landwirtschaft und Handwerk. Links dagegen finden sich durch eher hohe Bildungsabschlüsse und Mietverhältnisse in der Stadt geprägte Mentalitätstypen. Nun taugt ein hoher Bildungsabschluss neben einer vorteilhaften Erbschaft immer noch am ehesten für den Erwerb von Eigenheim. Wo also verorten sich hier etwa gut ausgebildete Eigenheimbesitzende? Zudem blenden sie damit einen zentralen Motor aktueller Umrüstungsstrategien schlicht aus: die Aufwertung des materiellen Eigentums. Die Schere verläuft hier zunehmend nicht zwischen Mietenden und Besitzenden, sondern zwischen Besitzenden mit dem nötigen Kleingeld zur energetischen Sanierung und solchen ohne.

Der Warnung vor einer möglichen Bildung einer brandgefährlichen Allianz verschiedener Spektren tut das keinen Abbruch. Aktuell strahlen sowohl Entfremdungs- und Entmächtigungserfahrungen als auch anti-gesellschaftliche Affekte in der unteren Hälfte des Sozialraums breit aus. Dies biete ein Einfallstor ins konservativ-steigerungsorientierte Spektrum hinein – und damit in die Mitte der Gesellschaft. Ein Rechtsschwenk etablierter Parteien könnte hier entsprechend mit Erfolg rechnen. Ohnehin entfaltet die eindringliche Warnung vor einer dauerhaften Allianz zwischen konservativ-steigerungsorientierten und defensiv-reaktiven Mentalitäten im Buch die stärkste Wirkung – nämlich das größte Unbehagen.

Die Verantwortung wird in den letzten Jahren viel zu sehr von Unternehmen und Branchen weg auf den Einzelnen abgewälzt.

Was also schlagen die Autorinnen und Autoren vor? Angelehnt an die Warnung vor einer möglichen breiten Allianz warnen sie davor, den Kostenaspekt übermäßig zu betonen, schüre dies doch die Gefahr eines Bündnisses zwischen Besitzinteressen und anti-gesellschaftlichen Aspekten. Sie empfehlen stattdessen den Ausbau der sozialen Infrastruktur sowie gemeinwohlorientierter, lokal selbstverwalteter Formen, etwa der Energieversorgung. Dieser lokal verankerte Ansatz abseits von Konzernprofiten ist zweifelsohne ein Schlüssel für die Akzeptanz der Bevölkerung vor Ort. Allerdings drängt sich beim Blick in die Praxis durchaus der Eindruck auf, dass die Beteiligten hier eher die eigene sichere Energieversorgung mitsamt Wertzuwachs fürs Eigentum und die Kommune

vor Augen haben als den Angriff aufs Großkapital. Dass das Autorenteam stärker die struktur- als die verhaltensorientierte Perspektive betonen wollen, ist allerdings aller Ehren wert. Die Verantwortung wird in den letzten Jahren viel zu sehr von Unternehmen und Branchen weg auf den Einzelnen abgewälzt. Der Kampf am Buffet oder am Flugschalter ist als Schlachtplatz bedeutsamer als die internationalen Finanzmärkte oder die Rohstoffbörse. Die entscheidenden Stellschrauben aber sind Letztere.

Die von den Autorinnen und Autoren als Dreh- und Angelpunkt ausgemachte Umverteilung lässt sich nicht anzweifeln. Hier haben sie nicht nur die Umverteilung von oben nach unten im Blick, sondern auch die von privat zu öffentlich-gemeinwohlorientiert. Mehr vom Selben in Form technologischer Lösungen, marktbasierter Steuerinstrumente und wissenschaftlich-pädagogischer Aufklärung führe in eine Sackgasse. Sie plädieren dagegen für einen weitreichenden Umbau der sozialen Arbeitsteilung und der Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Gleichwohl erkennen sie aber an, dass es dafür kaum konkrete Politikvorschläge gibt. Es bräuchte zunächst neue Allianzen im linken und unteren Sozialraum. Die aber sind nicht in Sicht. Unklar bleibt entsprechend, wer hier treibende Kraft sein sollte.



Claudia Detsch, Berlin

Claudia Detsch leitet das FES-Kompetenzzentrum für Klima und soziale Gerechtigkeit mit Sitz in Brüssel. Zuvor war sie u.a. als Chefredakteurin des *IPG-Journals* in Berlin und als Leiterin der *Nueva Sociedad* in Buenos Aires tätig.

https://www.ipg-journal.de/aus-meinem-buecherschrank/artikel/haeuslebauer-sucht-wutbuergerin-7791/?utm_campaign=de_40_20240924&utm_medium=email&utm_source=newsletter

11) Ein bitterer Sieg. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-26

23. September 2024

49. Jahrgang

Ein bitterer Sieg

Darüber, dass die SPD, Dank **Dietmar Woidke**, die Wahl in Brandenburg gewonnen hat, kann man sich freuen. Über alle anderen Begleiterscheinungen wohl kaum, womit auch gemeint ist, dass Woidke sein Direktmandat um sieben Stimmen verpasst hat.

Die Rechtsextremen haben eine Sperrminorität im Landtag erreicht, mit der sie viel verhindern können, zum Beispiel Verfassungsänderungen und die Wahl von Verfassungsrichtern. Den Landtag auflösen können sie wenigstens nicht.

Die AfD sei die Zukunft, rief einer ihrer Chefs euphorisch ins Mikrofon. Leider scheint er recht zu haben. Schaut man sich an, welche Altersgruppen SPD und AfD gewählt haben, kann einem übel werden.

16-24-jährige	SPD 19	AfD 32	Prozent
25-34-jährige	SPD 20	AfD 34	Prozent
35-44-jährige	SPD 24	AfD 34	Prozent
45-59-jährige	SPD 29	AfD 33	Prozent
60-69-jährige	SPD 36	AfD 29	Prozent
über 70	SPD 50	AfD 17	Prozent

Quelle: rbb 24

Woidke und die SPD verdanken ihren Sieg also den Rentnern. Die Jugend in Ostdeutschland stellt ein großes Problem dar. Wo sind die demokratischen Lehrer und Sozialarbeiter, die das wieder reparieren können? Auf die Eltern scheint kein Verlass zu sein, und auf die Großeltern scheinen die Jungen nicht zu hören.

Bitter ist auch, mit dem Bündnis Wagenknecht/Lafontaine koalieren zu müssen, denn allein haben SPD und CDU nur 44 der 88 Sitze im Landtag. Wie soll das bloß weitergehen?

Die Linke hat sich aus dem Landtag verabschiedet, die FDP wurde regelrecht pulverisiert und auch die Grünen sind zur Randgruppe in Brandenburg geworden. Das Brandenburger Ergebnis kann nicht gesamtdeutsch hochgerechnet werden, denn hier erreicht nach der aktuellen Umfrage von INSA vom 21. September die Union 32 Prozent, SPD 15, Grüne zehn, AfD 20 und BSW zehn Prozent. FDP und Linke bleiben unter fünf Prozent. Eine Ampel-Koalition wird es nie wieder geben, sie sollte aber den Wählerauftrag bis September 2025 erfüllen. **Olaf Scholz** sollte seiner SPD einen letzten Liebesdienst erweisen und den Weg für einen besseren Kandidaten freimachen.

Ed Koch

1

12) Chapeau. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-25

22. September 2024

49. Jahrgang

Chapeau

Anfang des Jahres lag die SPD in Umfragen bei 17 Prozent, die AfD bei 28. Noch am 19. September wurden der AfD 28 und der SPD 27 Prozent vorausgesagt. Die erste Hochrechnung um 18:27 Uhr sieht die SPD nun bei 31,8 und die AfD bei 29,2 Prozent. Unter Vorbehalt, denn bis zum amtlichen Endergebnis dauert es noch eine Weile.

Zu verdanken ist diese unglaubliche Aufholjagd **Dietmar Woidke**, der alles auf eine Karte setzte und die klare Ansage machte, nur Ministerpräsident bleiben zu wollen, wenn die SPD die Wahl gewinnt. Woidke hat die Wahl nicht wegen, sondern trotz Scholz gewonnen. **Olaf Scholz** verschafft das ein wenig Luft, was der Partei allerdings nicht helfen wird.

Die Werte für die Rechtsextremen sind beängstigend. Beschämend ist, dass die beiden anderen Ampel-Parteien abgeschmiert sind. Die FDP taucht gar nicht mehr in der Liste auf, die Grünen haben noch eine Chance über den Gewinn eines Direktmandats in Fraktionsstärke ins Parlament einziehen zu können.

Friedrich Merz hat die erste Schlappe seiner Kanzlerkandidatur erlitten. So, wie es aussieht, geht die CDU noch hinter dem BSW durchs Ziel, 11,6 zu 12 Prozent.

Dem AfD-Chef fiel nichts Besseres ein, als in einem ersten Statement die öffentlich-rechtlichen Medien zu beschimpfen und zu kritisieren, dass sich Sachsens CDU-Ministerpräsident **Michael Kretschmer** für Woidke ausgesprochen hat.

Wie auch immer, Chapeau, Herr Woidke.

Ed Koch

13) KW 38 (16. bis 22.09.2024). Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-24

22. September 2024

49. Jahrgang

KW 38

Wie jämmerlich war das denn, als das Abziehbild des bayerischen Löwen vor die Presse trat und mal wieder nur den Ansager spielen durfte. Überließ der von Ambitionen durchdrungene **Markus Söder** 2020 die Kanzlerkandidatur **Armin Laschet**, musste er jetzt verkünden, dass es **Friedrich Merz** macht. Hatte Söder 2020 und erneut 2024 wirklich geglaubt, dass einem Bayern die Kanzlerkandidatur angetragen werden würde, gegen den mächtigen Landesverband der CDU von Nordrhein-Westfalen? So dumm kann man doch eigentlich nicht sein, oder doch?

Von der Nominierung 2020 bis zur Wahl im September 2021 zeigte sich Söder als schlechter Verlierer und tat alles, um Laschet zu schaden. Dass Laschet dann noch bei der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal während einer Rede des Bundespräsidenten unbekümmert lachte, brach ihn im übertragenen Sinne das Genick. **Olaf Scholz** verdankt seine Kanzlerschaft **Markus Söder** und einem Lacher von **Armin Laschet**. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man darüber lachen.

Zum „Kanzler der Herzen“ erkor der damalige CSU-Generalsekretär **Markus Blume** seinen Chef. Und als dann Söder Laschet unterlag, zitierte Blume **Paulchen Panther**: „Heute ist nicht alle Tage, ich komme wieder, keine Frage“. Und als er dann wiederkam, endete das Drama nicht mit „*venit vidit et vicit*“ (Er kam, sah und siegte), sondern mit dem erneuten „*venit vidit et perdidit*“ (Er kam, sah und verlor). Söder kann sich nur mit dem Spruch des Mannes trösten, dessen Abbildung großformatig in seinem Jugendzimmer hing: **Franz Josef Strauß**: „Es ist mir doch egal, wer unter mir Kanzler wird“.

Quelle: Akademie für politische Bildung Tutzingen

Joachim-Friedrich Martin Josef Merz soll also im September 2025 Bundeskanzler werden und **Olaf Scholz** ablösen. Merz wäre dann 70 Jahre alt und hat außer der Erfahrung, wie man viel Geld verdienen kann, keine Expertise im Regieren und Leiten einer Behörde. Naturtalente brauchen das wohl nicht. Allein die Vorstellung, diesen arroganten Selbstdarsteller vier Jahre lang ertragen zu müssen, bereitet mir Schmerzen, könnte es doch angesichts meines eigenen hohen Alters der letzte Bundeskanzler sein, den ich erlebe. Der Schmerz allerdings, noch ein Jahr mit **Olaf Scholz** leben zu müssen, ist nicht viel geringer. Aber, vielleicht erledigt sich das heute Abend, denn in Brandenburg wird gewählt.

Dietmar Woidke setzt alles auf eine Karte, auf seine. Geht seine SPD als zweite durchs Ziel, tritt er nicht wieder als Ministerpräsident an. Die AfD liegt knapp vor Woidkes SPD. Verlöre Woidke müsste nicht nur er, sondern auch Scholz gehen.

Am Freitag wurden im ZDF-Morgenmagazin die Spitzenkandidaten vorgestellt. **Hans-Christoph Berndt** ist der Chef des rechtsextremen Verdachtsfall AfD Brandenburg. Was dieser Mann in dem Interview von sich gegeben hat, spottet jeder Beschreibung und muss alle Menschen, die noch einen Rest von Demokratie in ihrem Kopf bewegen, abschrecken. Er spricht sich gegen den „Regenbogenkult“ aus, dessen Ziel es ist, auf die Probleme dieser Community aufmerksam zu machen und um Akzeptanz zu bitten. *Christopher-Street-Day-Paraden* sind bunte und fröhliche Veranstaltungen, die ein freies und tolerantes Land auszeichnen. Die AfD legt keinen Wert darauf. Lieber schwarz mit Glätze als bunt mit Zopf.

Dass „Globalistische Eliten“ ein antisemitischer Code ist, weiß Berndt angeblich ebenso wenig wie Höcke „Alles für Deutschland“ für einen Werbeslogan hält. „Digitalgeräte“, also Laptops und Tablets, haben in Grundschulen, nach Ansicht von Berndt, nichts zu suchen. Was ist das für eine hinterwäldlerische Sicht? Zurück zu „Tafel und Kreide!“. Das nennt man Fortschritt. Was noch? Volksfeste nur für Volksdeutsche, na klar. Woran soll das festgemacht werden, am Personalausweis, den auch mein türkischer Änderungs Schneider hat, oder doch lieber Gesichtskontrolle am Eingang? Die AfD will ein anderes Land, intolerant und mit beschränkten Freiheiten. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist den Rechtsextremen ohnehin ein Dorn im Auge, weil er ständig das entlarvt, was diese Ewig-Gestrigen vorhaben.



Ja, die Performance der Ampelparteien, aber auch die der Union, ist nicht berauschend. Aber, sie stehen für die Demokratie, die wir uns in 75 Jahren aufgebaut, die uns Frieden und – wenn auch ungerecht verteilt – Wohlstand gebracht hat. Wer all das auf Spiel setzen will, kann Rechtsaußen

wählen, darf sich aber über die Konsequenzen später nicht aufregen. Wie schlimm es um weite Teile unserer Jugend steht, wird anschaulich und ausführlich im SPIEGEL dargestellt. Wer hat versagt? Die Eltern, die Schulen, die Gesellschaft? Ja, sie alle haben ihren Anteil an diesem Elend.

Ed Koch

14) Grüße aus der schönsten Landeshauptstadt. Von Ed Koch



Grüße aus der schönsten Landeshauptstadt

Bestünde die Möglichkeit, von der Spree übers Wasser bis zum Baggersee des EUREF-Campus Düsseldorf zu gelangen, könnte der *Mercedes-Slogan*, in leicht abgewandelter Form, „Zu Wasser, zu Lande und aus der Luft“, hier wiederbelebt werden.



Der Baggersee ist die Energiequelle des Campus und hat keinen Anschluss zum Rhein. Zu Lande ist der Standort mit Auto, Bus und Bahn, und aus der Luft leicht zu erreichen, liegt er doch direkt an der Autobahn, am Bahnhof und am Flughafen Düsseldorf.



Dort, wo der Maurer das Loch gelassen hat, wird der Übergang vom Bahnhof direkt auf den Campus möglich sein.



Weithin sichtbar ist der grüne Gebäudekomplex des Düsseldorfer EUREF-Campus.



Spatenstich am **27. August 2021** mit dem damaligen Ministerpräsidenten von NRW, **Armin Laschet**, Düsseldorfs Oberbürgermeister **Stefan Keller** und EUREF-Gründer **Reinhard Müller**.



Grundsteinlegung am **14. Oktober 2022** mit dem neuen Ministerpräsidenten **Hendrik Wüst**.



Richtfest für den ersten Bauabschnitt und Einweihung der vom Berliner Gasometer nach Düsseldorf transportierten WM-, später Jauch- und jetzt EUREF-Kuppel am **16. Juni 2023**.



Und heute Mittag nun, am **20. September 2024**, das Richtfest, „Kick-off“ genannt, für den zweiten Bauabschnitt.

Wer sich den Zeitplan vom Spatenstich über die Grundsteinlegung bis zu den Richtfesten anschaut, weiß, dass er nicht in Berlin sein kann. Aber, in der schönsten und offenkundig schnellsten Landeshauptstadt der Bundesrepublik, Düsseldorf. Davon sind nicht nur die Vize-Ministerpräsidentin **Mona Neubaur** und OB **Dr. Stephan Keller** überzeugt, sondern auch das Berliner EUREF-Team um Chefarchitekt **Johannes Tücks**. Warum das in Düsseldorf so gut klappt, verdeutlicht das Foto: Die Grüne und der Christdemokrat ziehen am selben Strang.

In dem insgesamt dreiteiligen Gebäudeensemble am Flughafen Düsseldorf werden Unternehmen, Start-ups sowie Einrichtungen aus Wissenschaft und Forschung mit 4.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im engen Austausch an Projekten aus Energie, Mobilität und Nachhaltigkeit arbeiten.

Zum Richtfest waren zahlreiche Gäste aus Berlin angereist. Die Promidichte aus Düsseldorf war aber geradezu spektakulär. Neben **Mona Neubaur** und **Dr. Stephan Keller** gaben sich auch Landtagspräsident **André Kuper**, die Düsseldorfer Bürgermeister **Clara**

Gerlach und **Josef Hinkel**, alle vier Düsseldorfer Bundestagsabgeordnete, **Thomas Jarzombek** (CDU), **Andreas Rimkus** und **Zanda Martens** (beide SPD) und **Sara Nanni** (Grünen), die Ehre.



Jörg Philippi-Gerle (l.) Standortleiter des Campus Düsseldorf, begrüßt Landtagspräsident **André Kuper** (CDU).



EUREF-Vorstände **Reinhard Müller** und **Karin Teichmann** mit **Mona Neubaur** und **Dr. Stephan Keller**.

Wer noch? **Gregor Berghausen**, Hauptgeschäftsführer IHK Düsseldorf, **Stefan Gierse** und **Iris Bruckhaus** (Schneider Electric), **Markus Holzke** (SPIE), **Frank Theobald** (Klüh), **Lars Redeligx** (Airport Düsseldorf), **Julien Mounier** und **Charlotte Beissel** (Stadtwerke Düsseldorf), **Matthias Jacob** (Implenia). Auch dabei, die Vertreter des EUREF-Talent Campus, **Dr. Yves Gensterblum**, **Martin Faulstich**, die Professorin **Ellen Enkel** sowie die Professoren **Andreas Löschel** und **Martin Ruess**.

Weil es sommerlich warm war, hieß das Trend-Getränk des Tages nicht Altbier, sondern „Pulle“. Das ist die neue Limonade, Bioqualität aus klimaneutraler Landwirtschaft, die es am Campus in Düsseldorf jetzt immer zu genießen gibt. Neben Nudeln und frischen



Salaten, gab es – wenig originell – vermutlich als Gruß aus Berlin, Currywurst. Beim nächsten Fest vielleicht mal Düsseldorfer Spezialitäten wie „Senfrostbraten“, „Halve Hahn“ oder „Himmel un Ähd“.

Zukunftsort und Talent-Campus

Den Startschuss gab die landeseigene **NRW. Energy4Climate**, die am 1. Juli rund 1.000 Quadratmeter Fläche im vierten Stock des Campus-Gebäudes übernahm. Die Landesgesellschaft für Energie und Klimaschutz ist ein Beispiel für die führenden Energieakteure, die dort angesiedelt werden und unterschiedliche Kompetenzen und Branchenhintergründe aus Energie und Technologie kombinieren.

Ab September beginnt der französische Weltkonzern **Schneider Electric** mit der Übernahme von Flächen im Umfang von 10.000 Quadratmetern, sowie der Multitechnik-Dienstleister **SPIE** mit 8.000 Quadratmetern. Beide verlagern mit diesem Umzug ihre Deutschlandzentralen nach Düsseldorf. Sukzessive folgen zahlreiche weitere Unternehmen, die bereits Mietverträge unterschrieben haben. Eine Besonderheit des Campus ist die enge Zusammenarbeit zwischen Industrie und Hochschulen: In Kooperation mit der Universitäts-Allianz Ruhr sowie der Hochschule Düsseldorf und unter Beteiligung der auf dem EUREF-Campus ansässigen Unternehmen, wird aktuell ein Studien- und Weiterbildungsangebot entwickelt, das fünf Masterstudiengänge im Bereich Energie und Mobilität umfasst.

Ziel des EUREF-Campus Düsseldorf

Mit dem EUREF Campus Düsseldorf entsteht in Nordrhein-Westfalen ein Reallabor der Energie- und Mobilitätswende. Innovationen rund um die Themen Energie, Klimaschutztechnik, Umweltschutz und Mobilität werden von den angesiedelten Unternehmen und Einrichtungen entwickelt, erforscht und in Showrooms präsentiert. Mit der Eröffnung des neuen Campus werden die bereits bestehenden Arbeitsbeziehungen der Unternehmen intensiviert. Vorbild dieses grünen Innovationscampus ist der bereits existierende EUREF-Campus Berlin, an dem einige der in Düsseldorf beteiligten Unternehmen ebenfalls Standorte unterhalten.

Baufortschritt in drei Phasen

Der erste Bauabschnitt mit 39.000 Quadratmetern Mietfläche ist voll vermietet. Ein besonderes Highlight ist der Innenhof rund um die EUREF-Kuppel, die wie schon in Berlin als Eventlocation genutzt wird. Auch der Konferenzbereich im ersten Obergeschoss ist eindrucksvoll. Der zweite Bauabschnitt mit

30.000 Quadratmetern Mietfläche ist im Rohbau fertiggestellt und soll 2025 den Nutzern übergeben werden. Der dritte Bauteil, der Mobility Hub, ist als Erprobungs- und Gründungs-Plattform konzipiert. Der dritte Bauabschnitt mit 18.500 Quadratmetern Fläche ist für 2026 geplant. Die Feier am 20. September wird also nicht die letzte gewesen sein.



Reinhard Müller: „Die Liste der Start-ups, Einrichtungen und Weltkonzerne, die Mietverträge unterschrieben haben, ist das Who is Who der Smartesten und Besten. Wir sind davon überzeugt, dass unser Standort einen Beitrag zur Stadtentwicklung und zur Strahlkraft der Region leisten kann.“

Mona Neubaur: „Dort, wo Menschen zusammenkommen, sich interdisziplinär austauschen und offen miteinander diskutieren, entstehen neue, wegweisende Ideen. Der EUREF-Campus in Düsseldorf ist so ein Ort: Ein Möglichkeitsraum, in dem innovative Konzepte für eine nachhaltige Zukunft und die klimaneutrale Transformation unseres Industriestandorts, unseres Energiesystems und unserer Mobilität entwickelt werden.“

Dr. Stephan Keller: „Mit dem EUREF-Campus entsteht in Düsseldorf ein Vorzeigeprojekt der Energie- und Mobilitätswende. Wir freuen uns darauf, dass schon bald die Partnerunternehmen hier Aktivitäten und Kooperationen entfalten werden. Das Konzept unterstützt außerdem die Strategien der Stadt Düsseldorf in Sachen Energiewende und Smart City. Darum hat die städtische Wirtschaftsförderung den Ansiedlungsprozess aus voller Überzeugung von Anfang an begleitet und gefördert.“

Zusammenstellung, Kommentierung und Fotos: Ed Koch
Quelle: EUREF AG

15) Einstürzende Altbauten / Was noch? Weitere schlechte Nachrichten! Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-16

12. September 2024

49. Jahrgang

Einstürzende Altbauten

Wenn heute um 11:00 Uhr der schrille Alarmton auf unserem Handy erschallt, obwohl die Klingel abgeschaltet ist, können wir beruhigt weitergehen, denn es ist nur eine Probe. Es sei denn, wir stehen vor einer Brücke, hören den Ton, denken an Dresden

Hat der Einsturz der Carolabrücke etwas mit Newtons Gravitationsgesetz zu tun, „wonach alle Körper mit einer Masse in Kraftwirkung zueinanderstehen. Die Körper werden dabei mit derselben Kraft gegenseitig angezogen.“ Hat die Kraft der Elbe die Brücke an sich gezogen? Eine Band ähnlichen Namens, nämlich die „**Einstürzenden Neubauten**“ sangen einst: „Ist Newtons Gravitätlichkeit natürliches Gesetz? Natürlich nicht, eher ein Verbrechen.“

Kürzlich sagte mir jemand, dass er **paperpress** nur noch lese, wenn er schlechte Laune bekommen will, weil wir nur noch darüber berichten, was alles schief läuft und schlecht ist. Für unsere Kulturtipps trifft dies ja wohl nicht zu. Ansonsten ist die Kritik berechtigt.

Meckern wir weiter. Im Jubiläumsjahr unseres Landes wird deutlich, dass nach dem Wiederaufbau und Wirtschaftswunder das neu Errichtete nicht in dem Maße gepflegt wurde, wie es erforderlich gewesen wäre. Ob Schiene oder Autobahn, Straßen und Brücken, alles bröckelt vor sich hin. Über die Schulen wollen wir gar nicht erst reden, da wird einem teilweise übel. Wie hoch ist eigentlich der Sanierungsstau in unserem Land? Die Schuldenbremse ist unverrückbar, da sind sich Union und FDP einig. Man denke an die nächsten Generationen. Das ist sehr rücksichtsvoll. Was haben aber die künftigen Bewohner unseres Landes davon, wenn sie in ihren Städten, die aus guten Gründen häufig an Flüssen liegen, nicht mehr die Brücken überqueren können, weil sie die Vorgängergeneration hat einstürzen lassen?

Allein die Vorstellung, dass hunderte Kilometer Wasserleitungen unter unseren Straßen verlaufen, die so alt sind wie unser Land, teilweise sogar noch älter, ist mehr als beunruhigend. Gerade ist erst wieder ein Rohr geplatzt, ausgerechnet am Verkehrsknotenpunkt Schloss- Ecke Grunewaldstraße am Rathaus Steglitz. Der heutige Alarmruf sollte ein Weckruf für die Politik sein, endlich die notwendigen Sanierungen vorzunehmen, bevor wir wieder mit Fähren unsere Flüsse überqueren müssen. Wer bezahlt dann den Ferryman? Gilt das Deutschland- oder unser 29-Euro-Ticket?

Was noch? Weitere schlechte Nachrichten!

Es liegt nicht allein am Alter, dass ich nicht mehr alles verstehe. Die Gewerkschaften wollen Arbeitsverbesserungen für die Beschäftigten in den städtischen Kitas. Das ist löblich. Der Senat behauptet, dass er sich in einer Tarifgemeinschaft befindet und das gar nicht allein entscheiden kann. Keine Ahnung, wer recht hat.

Der **Tagesspiegel** schreibt: „Die Beschäftigten der öffentlichen Kitas sängen mit ihren Streiks für einen Entlastungstarifvertrag offenbar an ihrem eigenen Stuhl. Der Arbeitskampf führt zu Millionenverlusten bei den 282 Kitas der Eigenbetriebe, weil immer mehr Eltern ihre Kinder aufgrund des Dauerstreiks ab- oder erst gar nicht anmelden. Zynisch könnte man sagen, dass ver.di so über Umwegen für die geforderte Entlastung sorgt. Tatsächlich könnten jedoch bald Kündigungen drohen. Der nächste Kita-Warnstreik ist für Donnerstag angekündigt.“

Wenn Sie also heute einen Urlaubstag nehmen mussten, um auf Ihr Kind zu Hause aufzupassen, können Sie ja mal schon googeln, ob es Alternativen zu Ihrer Kita gibt. Wäre es nach CDU und FDP gegangen, hätten die fünf Kita-Eigenbetriebe erst gar nicht gegründet werden dürfen. Der damalige FDP-Abgeordnete **Mirco Dragowski** nannte die Eigenbetriebe abschätzig „*Kita-Kombinate*“. Gegen den Willen von CDU und FDP hat der damalige Rot-Rote-Senat mit dem Regierenden Bürgermeister **Klaus Wowereit** und Bildungssenator **Klaus Böger** 2002 beschlossen, nicht alle, sondern etwa Zweidrittel der Kita-Plätze an freie Träger zu übertragen. Das verbleibende Drittel wurde auf fünf Eigenbetriebe aufgeteilt. Eine gute und richtige Entscheidung, denn die Eltern müssen auch die Wahl haben, sich für eine städtische Kita entscheiden zu können.

Dass die Eigenbetriebe bezüglich der finanziellen Ausstattung vom Senat ziemlich stiefmütterlich behandelt wurden, steht auf einem anderen Blatt. Die Eigenbetriebe haben sich durchgesetzt und bieten eine hohe Betreuungsqualität. Dass die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten immer noch verbessert werden können, ist unbestritten. Die jetzigen Streiks werden nach Lage der Dinge nichts verbessern, weil der Adressat falsch ist. Die Situation der Eigenbetriebe und der Eltern wird sich allerdings weiterhin verschlechtern. Vielleicht schauen die Gewerkschaften heute um 11 Uhr auf ihr Handy und wachen auf.

Ed Koch

16) Showtime. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-15

11. September 2024

49. Jahrgang

Showtime

Heute vor 35 Jahren öffnete Ungarn seine Grenzen zu Österreich. Darauf hatten tausende von DDR-Bürgern gewartet. Sie nutzen Österreich allerdings nur als Transitland zur Bundesrepublik. Transparente mit „**Refugees Welcome!**“ mussten nicht an der Grenze ausgerollt werden, denn Bürger des souveränen Staates DDR waren für die BRD Deutsche wie sie. Niemand musste Asyl beantragen, den Personalausweis der DDR konnte man problemlos in einen der BRD umtauschen.

Ungebremste Einwanderung ist vorbei, ebenso die Zeit offener Grenzen, denn seit vielen Jahren kommen Menschen aus Krisen- und Kriegsgebieten nach Deutschland und überfordern die Möglichkeiten der Aufnahme, vor allem aber die der Integration. Unter denen, die zu uns gekommen sind, befinden sich immer wieder Menschen, die schwere Straftaten verüben. Auch wenn der prozentuale Anteil sehr gering im Gegensatz zu den Anständigen ist, wiegen Mord- und Terroranschläge dieser Menschen schwer. Wenigen ist es gelungen, die ernsthaft Hilfesuchenden und auch die längst Integrierten zu diskreditieren.

Viele integrierte Einwanderer, die inzwischen einen deutschen Pass haben und hier mit ihren Familien leben und arbeiten, werden zunehmend schräg angeschaut, angequatscht, bepöbelt und unter Generalverdacht gestellt. Die Toleranz und Weltoffenheit, auf die gerade wir Berliner immer so stolz gewesen sind, ist niedergestochen worden.

Darüber, dass illegale Migration gestoppt und verhindert werden muss, herrscht Konsens. Zurückweisen, Abschieben, nicht ins Land lassen, ist allerdings nur im Einvernehmen mit den Ländern möglich, aus denen diese Menschen kommen. Österreich und Polen haben deutlich gemacht, dass sie aus Deutschland keinen zurück in ihr Land lassen, während der Möchtegern-Kanzlerkandidat aus Bayern meint, dass sich dieses Problem lösen lasse. Da wird er wohl lange warten können.

Gestern nun haben sich die Ampel-Parteien und die Union getroffen, um gemeinsame Wege auszuloten, wie man die illegale Migration stoppen kann. Nach allem, was man von diesem Treffen gehört, gesehen und gelesen hat, bestand bei der Union wenig Neigung auf ein gemeinsames Ergebnis. Zu groß wäre die Gefahr gewesen, dass dies die geschwächte Ampel als Erfolg verkaufen könnte. Es sieht sehr danach aus, dass sich die Union schon vorher einig war, das

Treffen scheitern zu lassen und damit das Thema bis zur Wahl 2025 am Kochen zu halten. „*It's Showtime!*“

Showtime ist heute auch um 09:00 Uhr im Bundestag, wenn der so genannte Kanzlerhaushalt beraten wird. Dabei geht es nicht um den Etat des Bundeskanzleramtes, sondern um eine Generalabrechnung mit der Regierung. **Friedrich Merz** hat als erster Redner den Aufschlag und **Olaf Scholz** wird erwidern. Auch wenn Merz vermutlich wieder in seine Beleidigungskiste greifen wird, aus der heraus er vor einem Jahr den Satz kreierte: Scholz sei ein „*Klempner der Macht*“, kann man davon ausgehen, dass sich der Schlagabtausch heute in einigermaßen vertretbaren und nicht strafrelevanten Bahnen abspielen wird. Dass der Gescholtene mit „*Ich bin stolz auf dieses Lob.*“ antwortete, zeugt von einer gewissen Debattekultur und davon, dass man nicht alles so ernst nehmen sollte, was die Opposition aus der Werkzeugkiste holt.

Ganz anders in den USA, wo sich letzte Nacht **Kamala Harris** und **Donald Trump** zum Rededuell trafen. Lügen und Beleidigungen gehören bei Trump dazu, ein Mensch ohne jeden Anstand. Bis heute sieht er nicht ein, 2020 die Wahl gegen **Joe Biden** deutlich verloren zu haben. Mit dem Sturm aufs Kapitol am 6. Januar 2021 hat er natürlich auch nichts zu tun, obwohl er nachweislich seine Anhänger aufrief, zum Parlamentsgebäude zu ziehen. Trump lebt in einer Parallelwelt auf einem großen Goldplatz. Und dort befinden sich auch geistig seine Anhänger, die immerhin die Hälfte der Bevölkerung der USA repräsentieren.

Für mich ist **Kamala Harris** eindeutig die Siegerin dieses Schlagabtausches in den Kategorien Anstand, Souveränität und Ziele. Über einen Sieg von Harris würde sich die freie Welt freuen, bei einem Sieg von **Donald Trump** am 5. November würden im Kreml die Korken der Flaschen des gleichnamigen Sprudelwassers knallen. Dem Diktatfrieden für die Ukraine wären mit Trumps Sieg Tür und Tor geöffnet. Und was die Einwanderung in unser Land betrifft, sollte sich jeder, dem es egal ist, ob die Ukraine ein Satellitenstaat Russland wird, vor Augen halten, wie viele Millionen Ukrainer dann die Flucht nach Westeuropa antreten würden. Daran gemessen, ist unser jetziges Migrationsproblem eher harmlos.

Heute vor 23 Jahren fanden die Terroranschläge in New York und Washington, D.C. statt. Ein Datum, das die Welt zum Schlechten hin verändert hat.

Ed Koch

1

17) Ist der SPD noch zu helfen? Von Ed Koch



Ist der SPD noch zu helfen?

Da es überall nachzulesen ist, dass ich 30 Jahre lang Mitglied der SPD war, von 1968 bis 1998, hat es keinen Sinn, dies abstreiten zu wollen. Auch, dass ich danach, wenn auch zunehmend unter Schmerzen, diese Partei immer wieder gewählt habe, ist bekannt. Ich erspare Ihnen die Auflistung, warum die SPD für mich die einzig wählbare Partei ist. Die CDU respektiere ich, nicht aber den populistischen Anhänger in der Union, die Berlin-Hasser der CSU. Die CDU hat das Land aus der Nachkriegsdepression in Freiheit und Wohlstand geführt.

Die Verdienste von **Helmut Kohl** um die deutsche Einheit sind ebenso unbestritten wie der Umstand, dass diese ohne **Willy Brandt** nicht möglich gewesen wären. Es war erfreulich zu sehen, wie diese beiden Kontrahenten, die sich in Fernsehdebatten nichts geschenkt haben, im Alter, sagen wir mal, zueinandergelungen sind. So soll, so muss es unter Demokraten sein.

Natürlich hat auch **Angela Merkel** ihre Verdienste, und was ihr heute angekreidet wird, zum Beispiel die Flüchtlingspolitik oder der Atomausstieg u.v.a.m., hat sie stets in Koalitionen mit der SPD (2005-2009, 2013-2021) und der FDP (2009-2013) veranstaltet. In unserem Nachbarland Frankreich sind derzeit übrigens 56 Kernkraftwerke an 18 Standorten in Betrieb. Ohne die Ampel in Schutz nehmen zu wollen, sind die Aufräumarbeiten aus 16 Jahren Merkel beachtlich. Wenn sich die SPD allerdings hinstellt und das beklagt, kann man nur grinsen, denn sie war jahrelang willfähriger Steigbügelhalter der Kanzlerin.



Screenshot ZDF

Zurück zur SPD. Gestern Abend war **Olaf Scholz** zu Gast beim ZDF-Sommerinterview. Als Kulisse wurde das Einstein-Haus im brandenburgischen Caputh gewählt. Sie wissen, **Albert Einstein**, das ist der mit

der **Relativitätstheorie**, die etwas anderes als die **Realitätstheorie** ist, mit der **Olaf Scholz** so seine Probleme hat. Seinen Rücktritt hat er erwartungsgemäß nicht verkündet, sondern seine durchaus vorhandenen Erfolge aufgelistet.



Screenshot ZDF

Ob er seine Gangart angesichts der Umfragewerte ändern werde, wollte die Leiterin des ZDF-Hauptstadtstudios Berlin, **Diana Zimmermann**, wissen. Keine Antwort. Auch nicht dazu, dass Brandenburgs Ministerpräsident **Dietmar Woidke** lieber Wahlkampf ohne Scholz macht. Woidke werde, so Scholz, die Zustimmung bekommen, die er verdient. Ein typischer Scholzomat-Satz.

Zu seinen größten Erfolgen zählt Scholz, dass während der Energiekrise, ausgelöst durch Putins Eroberungskrieg gegen die Ukraine, die Lichter in Deutschland nicht ausgegangen sind. Er habe die „größte Wende in der Geschichte der Migrationspolitik der letzten zehn/zwanzig Jahre“ auf den Weg gebracht. Das ist alles beeindruckend, bloß nicht für 85 Prozent der Wähler und Teilnehmer an Umfragen.

Schon einmal ist es ihm gelungen von einer schlechten Ausgangslage im Juni 2021 mit 14 Prozent, auf 25,7 Prozent im September 2021 zu klettern. Damals lag die Union im Juni bei 28 Prozent und ging im September mit 24,1 Prozent als Zweiter durchs Ziel. Heute steht die Union bei 33 und die SPD bei 15 Prozent. Das ist nicht der einzige Unterschied. 2021 bot die Union bei der Suche nach ihrem Kanzlerkandidaten ein verheerendes Bild, während sich die SPD geräuschlos auf Scholz verständigt hatte. Hinzu kam, dass der Unions-Kandidat dann noch an der falschen Stelle lachte. Das waren die 1,6 Prozent, die der Union letztlich am Sieg fehlten. Heute sieht die Sache etwas anders aus, wenngleich es wieder zu einem medianwirksamen Zweikampf mit **Markus Söder** kommen könnte, der der Union schadet. Die Frage wird wieder sein, wer an welcher Stelle falsch lacht. Ob es aber Scholz gelingt, 18 Prozent aufzuholen, darf bezweifelt werden.



Wenn man wissen will, ob der SPD noch zu helfen ist, muss man diesen Mann fragen. **Hans-Georg Lorenz**, Klardenker der SPD. Er schreibt:



Die Wahlen in Thüringen und Sachsen haben die SPD dort zu einer Splitterpartei geschrumpft. Das hat die SPD aber keineswegs erschüttert. Man feiert, nicht an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert zu sein!! Es wird zu Veränderungen in der Migrationspolitik kommen, die maßgeblich von der SPD betrieben werden. Dies ist auch Erfolg einer rechtsradikalen Partei, deren Wahlsieg die demokratischen Parteien zum zügigen Umlenken veranlasst. Foto: Ed Koch

Die SPD will die Bevölkerung zurückgewinnen, indem sie „ihre politischen Ziele“ durchsetzt – auch gegen den Widerstand der Koalitionspartner. Dann müsste die SPD klare und überzeugende Ziele präsentieren können. Das ist aber nicht der Fall! – jedenfalls nicht in den Problemfeldern, die aktuell wahlentscheidend waren:

Ausländer- und Migrationspolitik

Die SPD hat nicht einmal das Ziel ihrer Ausländerpolitik festgelegt: Strebt sie die Integration der Migranten an, oder reicht ihr ein „friedliches Nebeneinander der Kulturen“? Für beide Positionen plädieren jeweils starke Kräfte innerhalb der SPD. Wahrscheinlich wird man sich auf das Ziel „Integration“ einigen. Das wird – wieder einmal – eine hohle Wortklausel. Denn die Voraussetzungen für eine Integration im eigentlichen Wortsinn sind in absehbarer Zeit nicht zu schaffen. Es fehlt an Wohnungen, Schulen, Lehrern und Betreuern, und an für Migranten geeigneten Ausbildungsplätzen. Und es müsste eine Höchstzahl von Migranten ermittelt werden, denen man solche Voraussetzungen schaffen kann. Eine solche Festlegung ist in der SPD nicht zu erreichen!

Friedenspolitik

Auch hier ist die SPD tief gespalten. Viele Mitglieder vertreten eine traditionelle SPD-Position, die der offiziellen widerspricht, die auf Kriegstüchtigkeit Deutschlands und materieller Unterstützung kriegerischer Auseinandersetzungen ausgerichtet ist. Diese tiefe Kluft wird sich in der Auseinandersetzung mit dem BSW, das die traditionelle Friedens- und Ostpolitik der SPD teilweise vertritt, in aller Härte deutlich werden.

Europapolitik

Frankreich und Deutschland strebten seit Adenauer nach einer eigenständigen Position Europas – die jetzige Bundesregierung setzt ganz auf die Interessen der USA. Das hat Auswirkungen: Die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland, die der Verfügungsgewalt der USA unterstehen, macht diese Kursänderung deutlich und bewegt die Öffentlichkeit.

Ergebnis

Die SPD hat ihre Ziele noch längst nicht auf Tauglichkeit geprüft und der Wirklichkeit angepasst. Teilweise hat sie noch nicht einmal die Mehrheitsfähigkeit wichtiger Ziele innerhalb der Partei getestet. Daher beschränkt sie sich auf Bekundungen – und schadet damit ihrer Glaubwürdigkeit. Aber selbst dann, wenn die SPD in diesen Fragen eine klare Position und überzeugende Umsetzungsstrategien darböte, könnte sie diese nicht umsetzen, weil ihre derzeitigen Koalitionspartner sich verweigern würden. Die Grünen könnten eine glaubwürdige Integrationspolitik und deren Folgen nicht mittragen, die FDP ebenfalls nicht, wengleich aus anderen – nämlich finanziellen – Gründen. In der Friedenspolitik steht es ähnlich. Damit liefe die angekündigte Überzeugungsstrategie auf die Entscheidung hinaus: Bruch der Koalition oder weiterhin Verzicht auf eine unverwechselbare sozialdemokratische Position. Diese Entscheidung ist zwischenzeitlich gefallen: Es geht weiter wie bisher!

Was tun?

Arbeit an einer klaren sozialdemokratischen Position zu den entscheidenden Problemen, deren wichtigstes gar nicht diskutiert wird: Die SPD muss auch deutlich machen, dass sie nicht nur ein Herz für Leistungsempfänger hat. In der Industrie deuten sich zurzeit erhebliche Umwälzungen an, die für die Arbeitnehmerschaft zu gravierenden Einschränkungen führen können. Die SPD muss beweisen, dass sie nach wie vor deren starker Partner ist und in den Parlamenten Entscheidungen verhindert, die zu deren Lasten gehen. Auswirkungen auf die nächsten Wahlen hätte das nicht, könnte aber – wenn es gelänge – auf mittlere Sicht helfen.

Eine regionale Politik betreiben, die sich tatsächlich um die konkreten Sorgen der Bürger kümmert. Das nimmt der AfD den Nimbus der selbsternannten „Kümmerer Partei“. So kann die SPD das eine oder andere Prozent bei kommenden Wahlen erringen. Berauschend ist das nicht – denn es ist ein steiniger Weg, der vor der Partei liegt!

Ed Koch

18) Personalfragen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-11

7. September 2024

49. Jahrgang

Personalfragen

Wer sich in dieser Woche die spätabendlichen Talk-Shows angesehen hat, kann nicht mit guter Laune ins Wochenende gehen. In Sachsen und Thüringen würde eine Koalition von CDU und BSW die Christdemokraten förmlich zerreißen. Es gibt sehr gute Gründe, nicht mit dem von **Oskar Lafontaine** im Hintergrund gesteuerten BSW zusammenzuarbeiten. Viele in der CDU scheinen damit aber kein Problem zu haben, wohl aber in Thüringen mit der Partei von **Bodo Ramelow**, weil es einen Grundsatzbeschluss gibt, der eine Zusammenarbeit mit der Linken ausschließt.

In Brandenburg hat der amtierende Ministerpräsident **Dietmar Woidke** tatsächlich angekündigt, dass er sich zurückziehen werde, wenn die AfD vor der SPD am 22. September durchs Ziel läuft. Vermutlich wegen dieser Drohung hat die SPD drei Punkte seit der letzten Umfrage vor einem Monat zugelegt, auf jetzt 23 Prozent, die AfD aber auch, aktuell 27 Prozent. Wenn Woidke dabei bleibt, kann man schon jetzt tschüss sagen. Was ist das für eine Haltung? SPD, CDU und Grüne könnten ihre Koalition fortsetzen, sie kämen auf 46 Prozent, AfD und BSW auf 42. Aber vielleicht findet Herr Woidke nach der Wahl eine Ausrede und er bleibt doch Ministerpräsident. Die Partei muss nur laut genug rufen.

Bei offenem Fenster schläft derzeit **Markus Söder**, damit er den Ruf der Union nicht überhört, diesmal doch Kanzler werden zu sollen. Was waren das für einträchtige Bilder von **Friedrich Merz** und **Markus Söder**, als sie an einem See spazieren gingen und sich ewige Freundschaft schworen. Gemeinsam wollen sie die K-Frage beantworten, wenn es so weit ist. Nun, es ist so weit. Söders Aussagen sind mehrdeutig, einerseits das ständig Betonen, wie toll der Job des Bayern-MP ist, andererseits der Hinweis, dass er auch für höhere Aufgaben geschaffen sei. Merz kann sich darauf einstellen, dass er Söder nicht so schnell loswird, wie seinerzeit **Armin Laschet** Söder losgeworden ist. Söder liegt beim ZDF-Politbarometer derzeit mit 29 zu 23 Punkten vor Merz, bei den Anhängern der Union 32 zu 31. Bei der Frage nach den wichtigsten Politikern im Land liegt Söder auf Platz 2, Merz auf Platz 3.

Völlig unnötig verkündet Söder andauernd seinen inneren Unvereinbarkeitsbeschluss, nie mit den Grünen eine Koalition bilden zu werden. Nach dem neuesten Politbarometer des ZDF würde es dazu auch

nicht reichen, 33 und 11 sind zu wenig. Aber 33 und 15 Prozent würden für eine Schwarz-Rote Koalition reichen. In einem Jahr kann sich noch viel ändern. Eines scheint aber fast unmöglich zu sein, nämlich, dass sich die Zustimmungswerte für **Olaf Scholz** verbessern. Beim Politbarometer liegt er auf Platz 7, nur Lindner (FDP), Wagenknecht (BSW) und Weidel (AfD) sind noch unbeliebter.

23 Prozent der Befragten stehen (noch) fest an Scholz Seite, darunter **Saskia Esken**, **Lars Klingbeil** und **Kevin Kühnert**, die ständig behaupten, Scholz sei die unverrückbare Nummer Eins. In einem Interview mit der **Berliner Morgenpost** vom 5. September wurde Parteichef **Lars Klingbeil** die Frage gestellt: „Sind Sie wie **Karl Lauterbach** der Meinung, **Olaf Scholz** sei der beste Bundeskanzler, den Deutschland je hatte?“ **Lars Klingbeil**: „Ich bin froh, dass **Olaf Scholz** unser Bundeskanzler ist. Er trägt in diesen Zeiten eine große Verantwortung.“ **Morgenpost**: „Das klingt jetzt deutlich weniger euphorisch als bei Lauterbach ...“ **Klingbeil**: „Ich bin Niedersachse, Euphorie ist nicht unsere Stärke. Und wissen Sie: Ich bin auch wegen **Willy Brandt** damals in die SPD eingetreten. Zwischen unseren vier SPD-Kanzlern will ich mich gar nicht entscheiden müssen.“

74 Prozent der Befragten sprechen sich eindeutig gegen Scholz aus. Selbst bei den Anhängern der SPD gibt es inzwischen eine knappe Mehrheit von 32 zu 31 Prozent gegen Scholz. Immer häufiger wird die Frage gestellt, wann Scholz den Biden macht. Ein Jahr vor der Wahl wäre der richtige Zeitpunkt.

Beste Gelegenheit, seinen Rückzug anzukündigen wäre morgen Abend um 19:10 Uhr im **ZDF-Sommerinterview**. Der Wechsel zu **Boris Pistorius** könnte sehr schnell erfolgen. Grüne und FDP müssten natürlich mitspielen. Vielleicht würde es auch der Ukraine helfen, wenn Pistorius das Sagen hätte. Schaut man sich gegenwärtig die Situation in der Ukraine an, dann scheint die Lage aussichtslos zu sein. Putin muss nicht verhandeln, die Zeit ist auf seiner Seite. Und solange die Ukraine die in Russland liegenden Abschussrampen nicht durch Langstreckenraketen zerstören kann, wird Tag für Tag die Ukraine mehr vernichtet. Wer für die Einstellung der Waffenlieferung an die Ukraine ist, liefert das Land Putin aus. Und dann sollten sich alle fragen, welches Land das nächste ist, das Putin „*Heim ins Reich*“ holen wird.

Ed Koch

19) Wie geht's der Energiewende? Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-05

3. September 2024

49. Jahrgang

Wie geht's der Energiewende?

Der Klimawandel schreitet unaufhaltsam voran, zu stoppen ist er kaum noch, aber vielleicht ein wenig aufzuhalten oder zu verzögern. Dazu ist eine Energiewende unverzichtbar.

Stephan Kohler (1952-2020) gilt als „Vater der Energiewende“. Er war von 2006 bis 2014 Chef der Deutschen Energie Agentur (DENA). Noch in seiner Funktion bei der DENA entwickelte er mit **Reinhard Müller** das Energie-Konzept des **EUREF-Campus**, der bereits 2014 die Klimaziele der Bundesregierung für 2045 erreicht hatte. In den letzten Jahren seines Lebens kümmerte sich Kohler von seinem Büro auf dem EUREF-Campus aus um die Energiewende. Und dort befindet sich auch die Zentrale der **GASAG-Gruppe**, die sich um die Energiewende-Fachkräfte von morgen kümmert.



Eröffnung des Ausbildungszentrums der GASAG-Gruppe mit (v.l.n.r.): Maik Wortmeier, Geschäftsführer der NBB; Ellna Graf, NBB-Auszubildende; Dr. Cordelia Koch, Bezirksbürgermeisterin von Pankow; Senatorin Cansel Kiziltepe; Claudia Rathfux, Geschäftsführerin der NBB; Georg Friedrichs, Vorstandsvorsitzender der GASAG.
Fotos: GASAG / Buddy Bartelsen.

Mit Senatorin **Cansel Kiziltepe** haben der Vorstandsvorsitzende der GASAG, **Georg Friedrichs**, und der Vorsitzende der Geschäftsführung der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg, **Maik Wortmeier**, zum Start des Lehrjahres 2024 ein modernes Ausbildungszentrum in Berlin-Weißensee in Betrieb genommen. Der Großteil der aktuell rund 100 Auszu-

bildenden und dual Studierenden der GASAG-Gruppe war ebenfalls anwesend. Nach nur einem Jahr Bauzeit und einer Investition von zwei Millionen Euro erwerben hier nun die technischen Auszubildenden ihre Grundqualifikationen, bevor sie in den operativen Bereich der NBB wechseln. Die Eröffnung des Ausbildungszentrums ist ein wichtiger Teil der Ausbildungsinitiative der GASAG-Gruppe, um zukünftige Fachkräfte zu gewinnen und längerfristig an das Unternehmen zu binden.



Auszubildende und dual Studierende der GASAG-Gruppe mit der Senatorin, der Bezirksbürgermeisterin von Pankow, dem Geschäftsführer und der Geschäftsführerin der NBB sowie dem Vorstandsvorsitzenden der GASAG.

Cansel Kiziltepe: „Die GASAG-Gruppe investiert in die Zukunft: in die eigenen Fachkräfte von morgen, in die beruflichen Perspektiven der jungen Menschen. Und letztlich auch in die Stabilität unserer Gesellschaft. Das neue Ausbildungszentrum ist sichtbar und beeindruckender Ausdruck einer Haltung, die ich mir von viel mehr Unternehmen wünsche. Denn anders als die GASAG-Gruppe bilden in Berlin neun von zehn Unternehmen gar nicht aus. Über 3.000 jungen Menschen haben keinen Ausbildungsplatz bekommen können. Im Bündnis für Ausbildung haben wir uns darum das Ziel von mindestens 2.000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen gesetzt. Und wir arbeiten auch daran, ein Azubiwerk in Berlin zu gründen. Denn die jungen Menschen brauchen nicht nur eine gute, qualifizierende Ausbildung, sondern auch eine bezahlbare Wohnung. Wir stellen uns unserer Verantwortung für die junge Generation. Die GASAG auch. Herzlichen Dank dafür!“

Georg Friedrichs: „Nach einer beachtlich kurzen Bauzeit von einem Jahr können wir nun das neue Ausbildungszentrum eröffnen. Die Investition in die Ausbildungswerkstatt ist auch gleichzeitig eine Investition in die nächste Generation an Fachkräften für die Energiewende. Denn für den Ausbau der



Infrastruktur der Zukunft brauchen wir viele kluge Köpfe und Hände. Eine Verstärkung der betrieblichen Ausbildung ist einer der Schlüsselfaktoren für das Gelingen der Berliner Energiewende."

Das neue Ausbildungszentrum ist mit über 700 Quadratmetern fast doppelt so groß wie die bereits bestehende Werkstatt in der Gustav-Adolf-Straße. Die neuen Kapazitäten ermöglichen die Ausbildung der technischen Azubis, dual Studierenden, Schülerpraktikanten und -praktikantinnen der GASAG-Gruppe sowie die Werkstattausbildung für Verbundpartner wie Stadtwerke und Rohrbauunternehmen.

Maik Wortmeier: *"Ich freue mich, das Ausbildungszentrum offiziell an die Auszubildenden zu übergeben. Die umfangreiche und hochwertige Ausstattung, die klimaneutrale Energieversorgung und die großzügige Ladeinfrastruktur tragen zu einer guten Ausbildungsqualität bei. Die erweiterte Kapazität ermöglicht noch spezifischere Schulungen. Ein wichtiger Faktor für die Gewinnung von potenziellen Fachkräften, damit wir das Netz auf dem Weg zur Transformation, weg vom Erdgas hin zu Biomethan und Wasserstoff, fit machen können. Um Akzeptanz für die Energieberufe aufzubauen, suchen wir schon frühzeitig über die Schulen Kontakt zu jungen Menschen."*

Im klimaneutral versorgten Ausbildungszentrum werden die Azubis an modernsten Werkzeugen auf ihre künftigen Berufe vorbereitet. An Werkbänken mit Bohrmaschinen, an Dreh- und Biegemaschinen, Fräsen, E-Schweißanlagen, an Rohrkreissägen sowie Biege- und Säulenbohrmaschinen werden die Auszubildenden unter fachlicher Betreuung zum selbständigen Arbeiten und Lernen angeleitet. Auch Schweißerinnen und Schweißer erhalten in dem Zentrum zukünftig ihre Ausbildung. Dies ermöglichen Schweißkabinen, welche ein risikoarmes Arbeiten gewährleisten.

Das Ausbildungszentrum wurde unter Berücksichtigung neuester Klimastandards gebaut. 198 Photovoltaik-Module und eine Wärmepumpe versorgen den Neubau mit 90.000 Kilowattstunden grüner Energie pro Jahr. Mittels Batteriespeicher können bis zu 30 Kilowattstunden Solarstrom gespeichert werden, die unter anderem die E-Ladesäulen auf dem Gelände versorgen. Durch großzügige Dachfenster und eine zeitgemäße Ausstattung wird den Auszubildenden das Umfeld geboten, in dem sie sich ganz auf ihre Arbeit fokussieren können.

Im Tiefbau wurden 230 Meter Wasserrohre, 50 Meter Abwasserrohre und 135 Meter Stromkabel vergraben. Insgesamt kommen in dem neuen Ausbildungszentrum 800 Meter Rohrleitungen zusammen. Zudem wurden im gesamten Gebäude energiesparende LEDs eingebaut und auf dem Gelände um die Werkstatt 30 E-Ladesäulen errichtet. Ein großer Teil des Ausbaus erfolgte dabei in Eigenleistung durch die Auszubildenden. So konnten sie ihr erlerntes Wissen praxisnah anwenden und gleichzeitig den Grundstein für zukünftige Ausbildungsjahrgänge legen.

Elina Graf, Auszubildende: *"Wenn man selbst an so einer Investition für die eigene Zukunft und auch die Zukunft nachfolgender Azubi-Generationen mitwirkt, wächst die Identifikation mit dem Unternehmen und dem Beruf. So ein Projekt – das schweißt zusammen. Das schweißt auch Auszubildende und Ausbilder zusammen. Das ist nicht nur ein Ausbildungszentrum, das ist UNSER Ausbildungszentrum. Weil wir eben vieles selbst gemacht haben."*

In der GASAG-Gruppe werden jährlich bis zu 25 technische Azubis sowie insgesamt 14 dual Studierende und kaufmännische Azubis ausgebildet. Das neue Ausbildungszentrum bietet jungen Menschen die Möglichkeit, eine handwerkliche Ausbildung im Bereich der Anlagenmechanik, konkret der Rohrsystemtechnik, in exzellenter Qualität zu erhalten. Dies bescheinigt der GASAG-Gruppe auch die Industrie und Handelskammer (IHK) mit ihrem Siegel, das alle drei Jahre an vorbildliche Ausbildungsbetriebe vergeben wird.

Der erfolgreiche Abschluss befähigt die Azubis für den Bau und die Instandhaltung des Gas- und Wärmenetzes der NBB. Darüber hinaus absolvieren in dem Zentrum die dual Studierenden der Energie- und Gebäudetechnik ihr Praktikum sowie die Auszubildenden der SHK ihre Lehre in den Bereichen Sanitär, Heizung, Klempnererei und Klima. Die GASAG-Gruppe legt großen Wert auf eine engmaschige Ausbildungsbetreuung, in der die Lehrlinge vom ersten Tag an in alle Prozesse involviert und zum selbständigen Arbeiten angeleitet werden. Um die Mobilität der technischen Auszubildenden zu gewährleisten, übernimmt die GASAG-Gruppe zudem die Kosten für den Führerschein.

Quelle: GASAG
Einleitung: Ed Koch

20) Die CDU sitzt in der Falle. Von Ed Koch



Die CDU sitzt in der Falle

So ist das, wenn man Unvereinbarkeitsbeschlüsse fasst und dann feststellen muss, dass sie hinderlich sind. Wenn in Thüringen CDU (23), BSW (15) und SPD (6) koalieren, fehlt diesem Bündnis eine Stimme, denn 44 hätte man, 45 würden bei 88 Sitzen im Landtag gebraucht.

Während man mit dem BSW offenbar wenig Probleme hat, steht die Brandmauer zur Linken fest, wie einst die Berliner Mauer, ehe sie am 9. November 1989 zusammenbrach.

Mit **Sahra Wagenknecht**, die deutlich machte, dass sie zwar nicht bei jeder kleinteiligen Koalitionsrunde mitreden, aber das letzte Wort sprechen wolle, gibt es keine Berührungspunkte. *„Im Frühsommer 1989 trat sie der SED bei, um nach eigenen Angaben den in der Sackgasse steckenden Sozialismus umzugestalten und Opportunisten entgegenzutreten. Die gleichzeitige Wende und friedliche Revolution in der DDR betrachtete und bezeichnete sie als Konterrevolution. Von 1991 bis 2010 war Wagenknecht Mitglied der Leitung der vom Bundesamt für Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuften Kommunistischen Plattform (KPF), eines Zusammenschlusses orthodox-kommunistisch orientierter Mitglieder und Sympathisanten innerhalb der Partei, und blieb dies auch nach der Verschmelzung von WASG und PDS. Ihre damals vertretene ‚positive Haltung zum Stalinismusmodell‘ bewertete der Parteivorstand als unvereinbar mit den Positionen der PDS.“* Wikipedia

Gerhard Schröder würde sie vermutlich eine „lupenreine Demokratin“ nennen. Auf der anderen Seite das Gegenmodell **Bodo Ramelow**, dessen Partei **Die Linke** von Seiten der CDU als Koalitionspartner nicht in Frage kommt.

„Bodo Ramelow wuchs als Sohn eines aus Kricheldorf bei Salzwedel stammenden Lebensmittelkaufmanns auf. Er beendete 1971 die Hauptschule mit dem Hauptschulabschluss. In Gießen erlernte er in den Jahren 1971 bis 1974 den Beruf zum Kaufmann im Einzelhandel. An der kaufmännischen Berufsaufbauschule in Marburg erwarb Ramelow 1975 die Mittlere Reife und 1977 die kaufmännische Fachhochschulreife.

Von 1981 bis 1990 war Ramelow Gewerkschaftssekretär in Mittelhessen, von 1990 bis 1999 Landesvorsitzender der Gewerkschaft HBV (heute ver.di) in Thüringen, wo er unter anderem beim Arbeitskampf

im Kallwerk Bischofferode mitwirkte, und von 1992 bis 1999 Aufsichtsratsvorsitzender der Wohnungsbaugenossenschaft Zukunft eG in Erfurt. Im Januar 1997 gehörte er zu den Initiatoren und Erstunterzeichnern der ‚Erfurter Erklärung‘, eines Aufrufs von knapp 40 Künstlern, Intellektuellen, Gewerkschaftern und Politikern für mehr soziale Gerechtigkeit und einen Politikwechsel durch engere Zusammenarbeit von SPD, Grünen und PDS.“ Wikipedia

Die Thüringer CDU hat zwar Ramelows Minderheitsregierung toleriert, koalieren möchte sie jetzt aber nicht mit ihm. Unterschwellig läuft das Gerücht, dass man auf Übertritte von der Linken zum BSW hoffe und dadurch eine Mehrheit erlange. Kann man ernsthaft erwarten, dass sich beispielsweise **Bodo Ramelow** dem Bündnis von Frau Wagenknecht-Lafontaine anschließt? Das ist doch keinem zuzumuten. Ramelow zeigt sich offen, die angestrebte Koalition zu unterstützen, vielleicht dulden er und die Linke zur Abwechslung mal einen CDU Ministerpräsidenten.

Wenn man schon genauso viel Angst vor den Linken wie vor den Rechten hat, sollte mit denen gesprochen werden, die sich in Koalitionen mit der Linken befunden haben. Ein Blick nach Berlin würde helfen. **Klaus Wowereit** führte von 2002 bis 2006 und von 2006 bis 2011 eine rot-rote Koalition, in der die Stadt nicht unterging, obwohl die Linke, damals noch PDS, den Wirtschaftssenator stellte. Wowereit kam mit den Linken gut zurecht. In den folgenden rot-grünen Koalitionen hatten **Michael Müller** und **Franziska Giffey** die geringsten Probleme mit den Linken, denn auf sie konnte man sich verlassen. Dass dieses Bündnis 2023 zu Ende ging, lag nicht an den Linken, sondern an den Grünen.

Wir empfehlen zum Thema „hart aber fair“ von gestern Abend.

<https://www1.wdr.de/daserste/hartaberfair/sendungen/triumph-fuer-afd-und-bsw-wie-veraendern-diese-wahlen-das-land-100.html>

Sehr empfehlenswert ist auch die Dokumentation über den Weg von den Skinheads zur AfD, zeigt er doch anschaulich, dass Rechtssein kein Problem in Ostdeutschland erst nach der Wiedervereinigung, sondern schon in der DDR war, die sich so stolz als antifaschistischen Staat sah, ein eklatantes Beispiel für Selbsttäuschung.

<https://www.zdf.de/dokumentation/terra-x-history/im-osten-ganz-rechts-von-den-skinheads-zur-afd-100.html>

Ed Koch

21) Aus dem Jammertal. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-03

2. September 2024

49. Jahrgang

Aus dem Jammertal

Nein, damit sind nicht ostdeutsche Bürger gemeint, auch Wessis können jammern. Den ganzen Vormittag habe ich damit verbracht, mir Zusammenfassungen über die Nachwehen der Wahlen in Sachsen und Thüringen anzuschauen. Wichtigste Erkenntnis: Nachrechnen lohnt sich. In Sachsen wurde das Ergebnis korrigiert, was immer eine höchst vertrauensbildende Maßnahme ist. Gibt's schon Verschwörungstheorien auf X?

In Sachsen erhalten CDU und AfD je einen Sitz weniger, SPD und Grüne je einen mehr, wodurch die AfD die so genannte Sperrminorität verliert, kann also bei Entscheidungen, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern, nicht mehr blockieren. In Thüringen hat die AfD diese Sperrminorität erreicht, und kann damit viel Schaden anrichten, wenn es um wichtige Gesetze oder zum Beispiel um die Ernennung von Verfassungsrichtern geht. Die Wahl eines Ministerpräsidenten muss man auch erst einmal hinbekommen.

Ein ungeschriebenes Gesetz ist die Wahl des Parlamentspräsidenten mit einem Mitglied der stärksten Fraktion. Es ist kaum vorstellbar, dass ein AfD-Abgeordneter Landtagspräsident wird. Trotz vieler Versuche ist es der AfD im Bundestag nicht gelungen, einen ihr zustehenden Vize-Präsidenten gewählt zu bekommen.

Gestern Abend sagte **Oliver Welke** bei der Aufzeichnung des Podcasts „Kalk & Welk. Die fabelhaften Boomer Boys“ im Haus des Rundfunks, „In Thüringen leben zwei Millionen Menschen. Der Rest ist Wald. Thüringen braucht keinen Ministerpräsidenten, sondern einen Förster.“

Zum Abschneiden der SPD in Sachsen und Thüringen haben sich viele bedeutende Funktionäre der Partei geäußert, weil sie gefragt wurden. Ungefragt äußerten sich bei beiden Landesvorsitzenden der Berliner SPD **Nicola Böcker-Giannini** und **Martin Hikel**.

In ihrem Statement wurde viel gejammert: „Die Sozialdemokratie hat in Sachsen und Thüringen unter schwierigen Rahmenbedingungen, der in der Debatte oftmals bestimmt war durch die populistischen Ränder, einen engagierten Wahlkampf geführt. Umso mehr war es uns als SPD Berlin ein Anliegen, mit unseren Mitgliedern die Genossinnen und Genossen vor Ort zu unterstützen. Deshalb waren wir regelmäßig mit den engagierten Kandidierenden beider Bundesländer bei unterschiedlichen Aktionen aktiv.“ Ob ausgerechnet Repräsentanten aus Berlin hilfreich

im Wahlkampf sein können, darf bezweifelt werden. Es hat ja auch nichts genutzt.

„Die gute Nachricht ist: Die SPD ist nach diesem kämpferischen Wahlkampf wieder in beiden Landtagen vertreten – ein wichtiges Signal! Denn es braucht eine starke SPD für stabile politische Verhältnisse.“ Pfeifen in den Wäldern Sachsens und Thüringens. Sachsen: 7,3%, -0,4 zu 2019, Thüringen: 6,1%, -2,1% zur vorangegangenen Wahl.

Die SPD sei ein Garant dafür, „dass es im Wandel sozial zugeht.“ Die SPD ist ohnehin gut dafür, den Sozialstaat gegen die Union und FDP zu verteidigen. Das kriegen die dummen Wähler entweder nicht mit, oder es ist ihnen egal.

Das Ergebnis, meinen die beiden Berliner SPD-Chefs, sei „ein gutes Signal für die Wahl in Brandenburg.“, wo der SPD 20 Prozent vorausgesagt werden, 6,2% weniger als 2019. **Dietmar Woidke** sollte auf jegliche Wahlhilfe verzichten, vor allem auf die des Bundeskanzlers. Als Drohung kann verstanden werden, dass die Berliner SPD „alles dransetzen wird“, „unsere Nachbarn im Wahlkampf weiterhin kräftig zu unterstützen.“ Hört lieber auf den großen britischen Philosophen **Paul McCartney**, der schon 1968 sagte: „Let it be, let it be, let it be, let it be. Whisper words of wisdom, let it be.“

Es folgt in der Stellungnahme von Böcker-Giannini und Hikel die Auflistung der Gründe, warum alles so schlimm gelaufen ist. AfD und BSW sind schuld. „Dazwischen war es für die wahlkämpfende SPD schwierig, mit dem eigenen Profil zwischen den eher weltpolitisch geprägten Debatten durchzukommen.“

Anstatt über sich selbst nachzudenken, schaut man auf Grüne und FDP, deren noch schlechtere Ergebnisse ein „Warnzeichen“ seien. Offenbar für die Ampel, denn dieser wird empfohlen, „jetzt von Stopp wieder auf Fortschritt zu schalten.“ „Dafür ist die Regierung angetreten und das erwarten die Menschen überall im Land nun auch.“ Der berühmte Brandenburger Philosoph **Bernhard-Viktor Christoph-Carl von Bülow** würde dazu sagen: „Ach was!“

Von Erwartungen an **Olaf Scholz** ist bei den Berliner SPD-Häuptlingen wenig zu lesen, aber: „Von der FDP im Bund erhoffen wir uns im Interesse des ganzen Landes nun, dass sie ihre Blockade bei einer Lockerung der Schuldenbremse aufzugeben, um die notwendigen Investitionen zu ermöglichen und keine Zukunftsbremse zu manifestieren.“ „Howgh. Ich habe gesprochen.“ (Winnetou 1-3).

Ed Koch

1

22) Zweidrittelmehrheit gegen AfD. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-02

2. September 2024

49. Jahrgang

Zweidrittelmehrheit gegen AfD

In Thüringen haben 67,2 Prozent nicht die AfD gewählt, in Sachsen 69,1 Prozent. Man sollte das Ergebnis der beiden Landtagswahlen auch mal so sehen.

Das Gerede, dass eine so erfolgreiche Partei wie die als gesichert rechtsextrem geltende AfD nun an den Landesregierungen in Sachsen und Thüringen beteiligt werden muss, ist blanker Unsinn. Aus der deutschen Geschichte heraus kann eine Partei wie die AfD nicht an der Macht beteiligt werden. Wozu das führen kann, steht in den Geschichtsbüchern.

Die demokratischen Kräfte sind aufgerufen, jenseits der Rechtsextremen Regierungen zu bilden. Dass dazu in Sachsen die Partei von **Sahra Wagenknecht** und ihrem Flüsterer **Oskar Lafontaine** gebraucht werden wird, finde ich zum Kotzen.

Die Rufe nach Konsequenzen für die Ampel sind natürlich berechtigt, denn die Koalitionsparteien sind abgeschmiert. Die SPD mit 7,3 bzw. 6,1 Prozent ist zur Randgruppe geworden. Die Grünen retten sich knapp in Sachsen über die Fünf-Prozent-Hürde, in Thüringen sind sie mit 3,2 Prozent untergegangen. Völlig weg vom Fenster ist die FDP.

Wem empfehlen wir also den sofortigen Rücktritt? Kandidat Nr. 1 ist FDP-Chef **Christian Lindner**. Nr. 2: **Olaf Scholz** sollte sich ein Beispiel an **Joe Biden** nehmen. Nicht nur in Hamburg, auch in Berlin sagt man Tschüss. Nr. 3: Und auch bei den Grünen wird es Zeit, sich zu verabschieden. Es war so gut gemeint, das Heizungsgesetz von **Robert Habeck**, aber selten ging etwas so nach hinten los, wie dieses Vorhaben. Von feministischer Außenpolitik haben die Menschen ebenso genug, wie von Grüner Verkehrspolitik. Genau in einem Jahr wird ein neuer Bundestag gewählt. Letzte Möglichkeit für die Ampel, ihre Leuchtmittel neu einzustellen und zu putzen.

Die Prognose für Brandenburg, wo am 22. September gewählt wird, sagt voraus, dass 76 Prozent nicht die AfD wählen werden. Knapp könnte es eine Mehrheit demokratischer Parteien auch jenseits des BSW geben. Insgesamt gesehen kann man feststellen, dass die Vorhersagen ziemlich genau das Ergebnis getroffen haben. In den nächsten Tagen werden uns die schlaunen Leute unseres Landes erklären, warum es so gekommen ist, wie es gekommen ist und wer Schuld hat.

Ed Koch

1



KW 35 ein kleiner Rückblick von Ed Koch

Klare Ansage

Nachrichtensprecherin **Susanne Daubner**, die es in stoischer Ruhe, ohne vom Text abzuweichen, ertragen hat, dass in einer Live-Sendung jemand um sie herum das Studio säuberte und „Guten Morgen“ sagte, und die sich selbst einmal vor Lachen kaum halten und nur schwerlich weitersprechen konnte, hat jetzt selbst für ein kräftiges Schmunzeln gesorgt. Zum Schluss der **tagesthemen** am Mittwoch kündigte sie ein Interview in der nachfolgenden Sendung **Maischberger** mit Finanzminister **Christian Lindner** an, und sagte ergänzend: „Und auch, wenn Sie den Fernseher gleich ausschalten sollten: Sie sind jederzeit bestens informiert auf tagesschau.de.“ Ich habe mich daran gehalten, abgeschaltet und vermutlich nichts versäumt.

Neu-Berliner



Foto: Zoo Berlin

Zwei Neu-Berliner sind im Zoo zur Welt gekommen. Die beiden Panda-Mädchen haben einen Migrationshintergrund. Dass sie die deutsche Staatsbürgerschaft verliehen bekommen, ist ausgeschlossen. Ein Aufenthaltsrecht haben sie aber. Die Abschiebung in ihr Heimatland China ist jedoch unvermeidlich – wie schon bei ihren Brüdern Pit und Paule (August 2019 geboren, Dezember 2023 abgeschoben). Sie haben sich nichts zu Schulden kommen lassen, sind aber halt Eigentum der Volksrepublik. Die Eltern von Pit und Paule und der beiden Panda-Babys bleiben uns aber als Leihgabe erhalten.

Die jungen Pandas werden in ihrem Abschiebegehwahrsam im Zoo gut versorgt, und nicht nur das, sie dürfen auch arbeiten und Geld verdienen. Ihre Arbeit

besteht darin, gut auszusehen und den ganzen Tag über Bambus zu knabbern. Wer ihnen dabei zuschauen möchte, muss Eintritt bezahlen. Tageskarte online 16 €, Kasse 25 €, Kinder online 7,50 €, Kasse 12,50 €, ermäßigt online 9 €, Kasse 14 €. Wir wünschen den beiden eine gute Zeit in Berlin.

Geflasht



Screenshot ZDF

Das schönste Fernseherlebnis in dieser Woche war für mich die Eröffnungsfeier der Paralympics. Was für ein Statement, sich nicht mit Beeinträchtigungen abzufinden, sondern gerade deshalb etwas daraus zu machen. Wer die Wettkämpfe verfolgt, kommt aus dem Staunen nicht raus und ist geflasht davon, was die Sportler in der Lage sind zu leisten.

Die Paralympics sollten weltweit auch ein Zeichen dafür setzen, behinderten Menschen das Leben in der Stadt und auf dem Land so leicht wie möglich zu machen. Dazu gehören neben zu hohen Bordsteinkanten beispielsweise auch Zugänge zu Bahnhöfen. Während die Angaben für die S-Bahnhöfe sehr konkret sind, von 168 sind 160 barrierefrei, ist auf der Internetseite der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen nur zu erfahren, dass von den 173 U-Bahnhöfen mittlerweile „viele“ barrierefrei sind. Es gibt offenbar noch viel zu tun.



Screenshot ZDF

Es macht etwas her und sieht gut aus, ist doch aber mehr als überflüssig, Kampfjets über die Stadt donnern zu lassen und die Nationalfarben Frankreichs in den Himmel zu malen. Überflüssig sind zu einem großen Teil auch die Redebeiträge der Kommentatoren. Entweder man bietet eine Übertragung für Sehbehin-



derte an und erklärt alles, was gerade passiert, oder man lässt für Menschen ohne Einschränkungen Bild und Ton einfach für sich sprechen.



Screenshot ZDF

Ich muss nicht gesagt bekommen, dass jetzt die deutsche Mannschaft einzieht, wenn ich sie deutlich sehen und an der Flagge erkennen kann. Dass dies Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** und seine Frau **Elke Bündenbender** sind, muss mir niemand erzählen. Besonders übel habe ich den Kommentatoren genommen, dass sie bei der wunderbaren Tanz Performance zu der Musik von **Maurice Ravel's Bolero**, zum Einzug der olympischen Flamme, irgendetwas Überflüssiges sagen mussten. Kann man nicht einfach mal die Fresse halten und die Zuschauer Musik und Bilder genießen lassen?

Die Minute der Wahrheit

Heute um 18:00 Uhr findet die Minute der Wahrheit statt, wenn die Prognosen zu den Wahlen in Sachsen und Thüringen verkündet werden. Wenn es Sie interessiert, wie Prognosen und Hochrechnungen zustande kommen, empfehlen wir diesen Beitrag des MDR:

<https://www.mdr.de/medien360g/medienwissen/faq-wahlen-prognose-hochrechnung-100.html>

Für Parteien, die um die Fünf-Prozent-Marke liegen, könnte es bis zum Ergebnis ein langer Abend werden. Die SPD, die einen wesentlichen Beitrag zur Einheit Deutschlands leistete, steht in Sachsen und Thüringen heute bei sieben Prozent. Während es den Grünen mit sechs Prozent in Sachsen gelingen könnte, in den Landtag einzuziehen, sieht es in Thüringen mit vier Prozent nicht gut aus. Keine Sorgen muss sich die FDP machen. In Sachsen scheiterte sie schon 2019 mit 4,5 Prozent, in Thüringen waren es fünf Prozent, mit denen sie es sogar für ein paar Tage zum Ministerpräsidenten schaffte. Jetzt können ihre Werte kaum noch gemessen werden.

Zurück aus dem Urlaub



Foto: Ed Koch

Für viele Mariendorfer schlug am Freitag die glücklichste Stunde des Sommers. **Radi ist wieder da!** Seit dem 5. August befand sich das beliebte kroatische Restaurant im Urlaub. 24 Tage ohne Puszta- und Potpourri-Platte, Cevapcici, Pljeskavica und Raznjici, dazu die scharfen Zwiebeln und der süße Ketchup, gekrönt mit einem oder zwei Julischka, ein Horror für meine Hausärztin, aber das schönste Gefühl für mich. Wie konnten wir Mariendorfer diese schwere Zeit überstehen?

Normalerweise öffnet Radi um 11:30 Uhr seine Pforte. Zur Wiedereröffnung am 30. August erst um 17:00 Uhr. Natürlich war ich pünktlich, also 15 Minuten vor der Zeit. Schon ein paar Stunden früher hatte ich telefonisch reserviert, was sich **Bei Radi** immer empfiehlt.

Selten habe ich gesehen, in welcher Windeseile sich ein Restaurant füllen kann, mit glücklichen Gesichtern, aus denen es schallte: „*Schön, dass Ihr wieder da seid.*“ Auch 24 Tage können eine Ewigkeit sein. Kurz nach 17:00 Uhr waren fast alle Plätze draußen und drinnen belegt.

Eröffnet wurde **Bei Radi** am 21. Juli 1978 von **Radovan (Radi) Nakić**. Heute leitet sein Sohn **Marijo** mit seinem Familien-Team das Restaurant. Die Herzlichkeit der Team-Mitglieder ist ein wichtiger Grund, immer wieder in den Westphalweg 28, unweit des gleichnamigen U-Bahnhofs, zu kommen. Eine Besonderheit muss noch erwähnt werden. Neben der kroatischen und internationalen Speisekarte werden immer wieder Saisonprodukte angeboten, ob gegenwärtig Pfifferlinge, oder davor Spargel, dann die Wildspezialitäten und zum Höhepunkt des Jahres der Gänsebraten. Es sind kulinarische Highlights, die in der Küche entstehen. Alle Infos unter:

<https://beiradi.com/> - Reservierungen 705 39 05.
Kommen Sie gut und gesund durch die KW 36.

24) Wildkräuter für alle. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-28

30. August 2024

49. Jahrgang

Wildkräuter für alle



Nicole-Kristina David-Ulbrich hat sich einen Namen mit dem Projekt „Kekse für alle!“ gemacht. Sie hat Bücher mit ausgefallenen Rezepten veröffentlicht, siehe

<https://www.keksefueralle.de/>

Weihnachten ist näher als wir denken, deshalb sollte man sich schon jetzt mit den Rezepten eindecken und Probebacken in der eigenen Küche veranstalten. Zu kaufen gibt es die Kekse nicht, auch nicht im Online-Handel, was natürlich schade ist. Dass der Autor dieses Beitrages die Kekse von NKDU wärmstens empfehlen kann, vor allem die herzhaften, liegt daran, dass er ein paar Probeexemplare kosten durfte.

Die Lebensweisheiten der kreativen Backkünstlerin gefallen genau so gut, wie die Kekse selbst: „Lass Dir Zeit. Immer einen Keks nach dem anderen.“, „Kekse machen nicht dick, sie ziehen nur die Falten glatt.“ oder: „Egal, wie viele Kekse Du isst, Schuhe passen immer.“

Wildkräuter für Alle
**Wildkräuter
für Alle**
nahrhaft und lecker



man sie in wunderbare Speisen wandelt. Das Buch ist kein Bestimmungsbuch, doch finden sich zu 23

Nach den Keksen beschäftigt sich die Diplom Psychologin, Fachkraft für Kräuter und Gewürzkunde und staatlich zertifizierte Kräuterpädagogin, nun mit Wildkräutern.

„Wildkräuter für alle – nahrhaft und lecker“ ist ein zauberhaftes Kleinod zu wilden Kräutern und den genussreichen Momenten, die man sich gönnen kann, wenn

Pflanzen, illustriert mit schwarz-weiß-Zeichnungen, kurze, informative und auch amüsante Pflanzenportraits.

Hier werden die Pflanzen vorgestellt, was in ihnen an Inhaltsstoffen ist, wofür sie genutzt werden. Kleine Anekdoten machen die wilden Kräuter sympathisch lebendig. Die Rezepte sind spannend und reichen von der klassischen Brennnesselsuppe über frittierte Löwenzahnknospen bis hin zum Vogelmieresalat. Und das waren nur die Vorspeisen.

Bei den Hauptspeisen finden sich Gnocchi mit Wildkräutern, mit Wildkräuterfrischkäse gefüllte Putenrouladen oder eine Giersch-Tarte. Die Süßspeisen brillieren mit Holunderbeerenmousse, Ebereschen-Tiramisu und Kornelkirschenkäseküchlein.

Natürlich gibt es auch was zum Backen: Giersch-Polenta-Brot oder Wildkräuterbrötchen mit dem passenden Sauerampfer-Dip oder einer Weißdornbeerenkonfitüre. Wer die wilden Kräuter lieber in flüssiger Form mag, wird bei den Smoothies, Kräuterpunchen und Likörsideen fündig. Für die Liebhaber des Herzhaften gibt es auch noch Kräutersenf, -salz, -öl und -essiginspirationen. Und die Abenteurer können sich an „schwarzen Nüssen“, HagebuttenChutney oder Eichelkaffee probieren.

Wilde Kräuter sind so vielseitig lecker gesund und es macht mehr als nur Spaß, sich damit kulinarisch das Leben anzureichern. Quelle: Pressemitteilung der Autorin

Das Buch kostet 14,90 Euro zzgl. 2 Euro für den Versand und kann bestellt werden unter info@isata.de. Weitere Infos unter www.isata.de. Natürlich verlosen wir zwei Bücher, mit persönlicher Widmung der Autorin. E-Mail an paperpress@berlin.de

Gedruckt wurde das Buch wieder beim **PIEREG Druckcenter** in Marienfelde.

Unter

<https://www.isata.de/veranstaltungen>

bietet **Nicole-Kristina David-Ulbrich** auch Führungen an, zum Beispiel am 4., 5. und 6. September 2024 im Ostseebad Zinnowitz, oder am 4. und 7. September 2024 im Ostseebad Koserow, falls Sie gerade in Mecklenburg-Vorpommern Urlaub machen oder es noch planen.

Damit Sie am Wochenende schon mal etwas ausprobieren können, finden Sie im Anhang, mit freundlicher Genehmigung der Autorin, schon zwei Rezepte, den *Baumblätter Salat* und die *Brennnessel Frischkäsebällchen*. Guten Appetit.

Ed Koch

Baumblätter

Salat

1 Doppelhandvoll sehr junge Birken-,
Buchen- oder Eichenblätter
200 g Käse (Gouda oder Emmentaler)
100 g Weintrauben
50 g Walnüsse (gehackt)
1 Lauchzwiebel

Für's Dressing
2 EL Öl
Saft einer Zitrone
1 EL Apfelsaft
1 TL Honig
Salz

1. Lauchzwiebel waschen, in dünne Ringe schneiden, Käse in kleine Würfel schneiden (1 cm Kantenlänge), Trauben waschen und halbieren.
2. Die Baumblätter waschen, trockentupfen und grob hacken, alles miteinander vermischen.
3. Aus dem Öl, Zitronen- und Apfelsaft mit dem Honig eine Marinade rühren, mit Salz abschmecken (lieber ein bisschen süßer, die Blätter sind bitter) und mit dem Salat vermischen.
4. Mindestens eine Stunde gut durchziehen lassen.

Brennnessel

Frischkäsebällchen

1 Doppelhandvoll frische Brennnesselblätter (jung)
½ Knoblauchzehe oder 50 g Knoblauchstraube
200 g Frischkäse
etwas Zitronensaft, Salz, Pfeffer

1. Brennnesseln blanchieren, abtropfen und abkühlen lassen. Knoblauchzehe schälen und mit der Knoblauchpresse zerdrücken oder Knoblauchstraube waschen und trocken tupfen.
2. Alle Kräuter fein hacken, ein Drittel der Kräuter beiseite stellen. Die restlichen Kräuter mit (dem Knoblauch und) dem Frischkäse vermischen. Mit Zitronensaft, Salz und Pfeffer abschmecken.
3. Kleine Kugeln formen und in den beiseite gestellten Kräutern in einem tiefen Teller wälzen, so dass die Frischkäsebällchen rundum von Kräutern bedeckt sind.

Serviertipp:

Käsebällchen mit Zahnstocher auf rote oder gelbe Paprikaschiffchen setzen (Paprikaschote längs in acht gleiche Teile schneiden).

25) Das Verhängnis nimmt seinen Lauf. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-27

29. August 2024

49. Jahrgang

Das Verhängnis nimmt seinen Lauf

Zwei Tage vor den Abstimmungen in Sachsen und Thüringen hat das ZDF die aktuellen Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen veröffentlicht. Die politische Lage unterscheidet sich in beiden Nachbarbundesländern „weiterhin deutlich.“

„Während in Sachsen die jetzige Regierung aktuell mit einer knappen Mehrheit rechnen könnte und die AfD auf Platz zwei liegt, wird die AfD in Thüringen wohl deutlich stärkste Partei.“ **Sachsen:** Die CDU käme auf 33 und die AfD auf 30 Prozent. Die Linke wäre mit vier Prozent nicht mehr im Landtag vertreten, **Grüne** und **SPD** jeweils sechs Prozent, das **BSW** genauso stark wie beide Ampelparteien zusammen, also zwölf Prozent. Die **FDP** verschwindet in der Rubrik „Andere“.

„Neben der Fortsetzung der Regierung aus CDU, Grünen und SPD gäbe es auch eine genauso knappe Mehrheit für ein Bündnis aus CDU und BSW. Reichen würde es auch für eine Koalition aus CDU und AfD, die wurde von der CDU aber ausgeschlossen.“ 24 Prozent der Befragten würden noch nicht wissen, „wen oder ob sie wählen wollen.“

70 Prozent wünschen sich eine weitere Amtszeit von Ministerpräsident **Michael Kretschmer** (CDU). Für den AfD-Spitzenkandidaten **Jörg Urban** sprechen sich nur 15 Prozent aus.

Thüringen: Hier dürfte, wenn nicht noch ein Wunder geschieht, das Verhängnis seinen Lauf nehmen. „Die **Linke**, vor fünf Jahren noch stärkste Partei, käme jetzt nur noch auf 13 Prozent. Mit deutlichem Abstand stärkste Partei wäre die **AfD** mit 29 Prozent, gefolgt von der **CDU** mit 23 Prozent und dem **BSW** mit 18 Prozent. Die **SPD** könnte sechs Prozent erreichen, die **Grünen** würden mit vier Prozent den Einzug in den Landtag verpassen.“ Auch in Thüringen spielt die FDP keine Rolle mehr, die immerhin einmal für drei Tage den Ministerpräsidenten stellte.

Das Schlimme an der Thüringer Situation ist, dass es eine knappe Mehrheit für eine Koalition aus CDU, BSW und SPD geben könnte. Eine Koalition mit dem BSW wäre eine Katastrophe, weil Thüringen dann vom Saarland aus mitregiert werden würde. Andere Rechenbeispiele will man gar nicht anstellen, denn AfD und CDU sowie AfD und BSW hätten jeweils auch eine Mehrheit. Genauso abenteuerlich ist die Vorstellung, CDU, BSW und Linke würden eine Koalition

bilden. In Thüringen wissen angeblich 29 Prozent der Befragten noch nicht, wen sie wählen sollen, oder ob sie lieber zu Hause bleiben.

Die favorisierten Ministerpräsidenten passen nicht zu den vorausgesagten Prozenten ihrer jeweiligen Parteien. 39 Prozent wünschen sich, dass der Linke **Bodo Ramelow** Ministerpräsident bleibt. Die Werte für seine Partei geben das nicht her. Für den CDU-Mann **Mario Voigt** sprechen sich 21 Prozent aus und für **Björn Höcke** nur 15 Prozent.

Ratlos lässt einen das heute Abend ausgestrahlte Magazin **Monitor** zurück.

<https://www.ardmediathek.de/video/monitor/monitor-vom-29-08-2024/das-erste/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcmlEtZTADMDI3NGYtMjcwZS00ZmQlLWFjODMtNWRRIN-mJmYmYyOTc0>

Der Beitrag „Jung, cool, rechtsextrem: Warum die AfD bei den Jungen zulegt“ ist erschütternd. Um ein Selfie mit dem Faschisten Höcke zu bekommen, stellen sich Jugendlichen brav in eine Reihe, Jungen wie Mädchen. Und Lehrer berichten von ihrem fast vergeblichen Kampf gegen den Rechtsextremismus. Höcke wird wie ein Popstar gefeiert.

„Immer mehr junge Menschen wählen die AfD – vor allem in Ostdeutschland. Bei Schülerwahlen kommt die AfD dort mancherorts auf über 50 Prozent. **MONITOR**-Reporter waren in Sachsen und Thüringen unterwegs, um zu erfahren, warum vor allem in Kleinstädten die Jugend immer weiter nach rechts rückt – und wie sich die Stimmung in Schulen, Vereinen und Jugendzentren verändert.“ *Quelle: WDR*

Das Abdriften ihrer Kinder nach rechts wollen oder können deren Eltern nicht verhindern. In dem **Monitor**-Beitrag wird über den **Christopher Street Day** in Plauen berichtet. Was für einen Gegensatz. Auf der einen Seite die bunte Vielfalt der Teilnehmenden am CSD, die volle Lebensfreunde verbreiten, auf der anderen die in schwarz gekleideten, kurz geschorenen, dumpf brüllenden Höcke-Fans.

Wie passt es da ins Bild, dass die Mittel für die **Bundeszentrale für politische Bildung** in diesem Jahr um 20 Millionen Euro gekürzt wurden? Im Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und FDP „politische Bildung und Demokratieförderung als zentrale Aufgaben hervorgehoben.“ Der Vertrag scheint das Papier nicht wert zu sein, auf dem er steht. Das Verhängnis nimmt seinen Lauf, und später will niemand schuld gewesen sein.

Ed Koch

26) Kein Zutritt für Geflüchtete. Von Ed Koch



Kein Zutritt für Geflüchtete



Screenshot ZDF

Während die schönste Stadt der Welt gestern Abend eine grandiose Eröffnungsveranstaltung der Paralympischen Spiele präsentierte, bei der sich friedlich vereint 4.500 Sportler aus 180 Ländern treffen, um ihre Leistungen zu messen, beschäftigt sich heute das Parlament des Landes Brandenburg in einer Sondersitzung mit den „politischen Konsequenzen aus dem Anschlag in Solingen.“

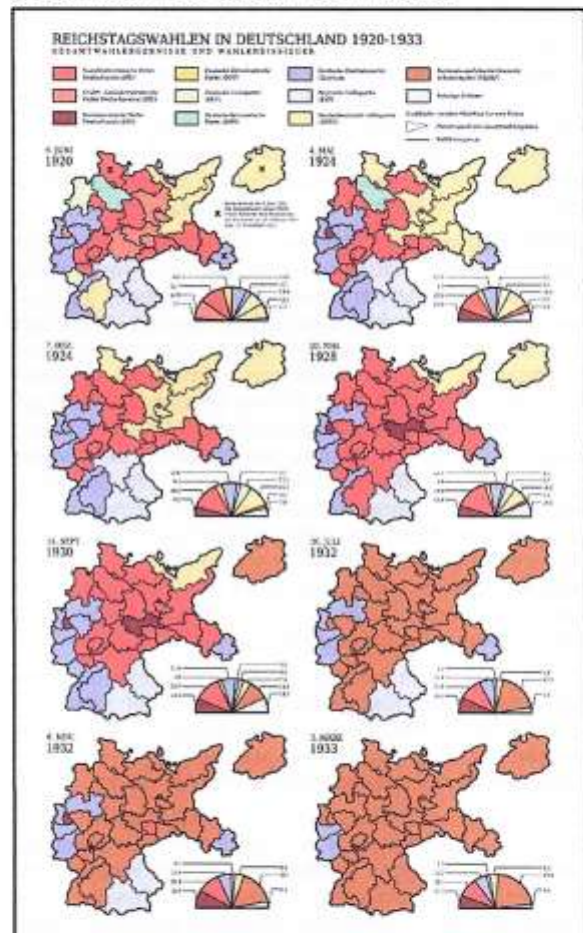
Beantragt die Sondersitzung die rechtsextreme AfD. „Sie fordert unter anderem, Flüchtlingen zu verbieten, öffentliche Veranstaltungen zu besuchen.“, meldete heute Morgen das **InfoRadio** des **rbb**.

Die AfD weiß natürlich, dass der SPD-Fraktionsvorsitzende **Daniel Keller** recht hat, wenn er diesen Vorschlag als grundgesetzwidrig kritisiert. „**CDU-Generalsekretär Gordon Hoffmann** spricht von menschenverachtenden Vorschlägen. Er wirft der AfD vor, den Anschlag zu missbrauchen, um rechtsextreme Ideologie zu verbreiten.“ Diese Bedenken sind der AfD egal, weil es ihr nur um ihre Fremdenfeindlichkeit geht.

Es müsse etwas getan werden, sagte der CDU-Politiker **Jens Spahn** bei **Markus Lanz**, bevor die AfD 70 Prozent bekommt. Richtig. Gesetze anwenden und durchsetzen. Wenn nach einem gescheiterten Versuch, den späteren Attentäter von Solingen abzuschieben, keine weiteren unternommen wurden, dann haben wir auch ein Problem mit unseren Sicherheitsbehörden. Das man ihn nicht angetroffen habe, ist eine ziemlich dünne Ausrede. Wo und wie habe man denn nach ihm gesucht?

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass eine rechtsextreme Partei nicht 70 Prozent der Wählerstimmen benötigt, um ein Land in den Abgrund zu führen. Am 6. November 1932 fand die letzte demokratische Wahl der Weimarer Republik statt. Die NSDAP erhielt 33,1

Prozent, 4,2 Prozent weniger als bei der Wahl vom Juli desselben Jahres. Weil aber keine Regierungsbildung zustande kam, ernannte Reichspräsident **Paul von Hindenburg** am 30. Januar 1933 **Adolf Hitler** zum Reichskanzler. Die nächste Wahl am 5. März 1933 fand unter Verhältnissen statt, wie man sie heute zum Beispiel aus Russland kennt. Gegenkandidaten waren weitestgehend entsorgt worden. Angeblich bekam die NSDAP 43,9 Prozent.



Quelle: Wikipedia Alexander Altenhof

Diese Karte zeigt anschaulich, wie die Weimarer Republik ab 1930 mehr und mehr in der braunen Nazi-Scheiße versinkt. Ob unsere Demokratie wehrhaft genug ist, um eine Wiederholung der Geschichte zu verhindern, darf zumindest kritisch hinterfragt werden.



Was waren das gestern Abend für wunderbare Bilder von Sportlern, die ihrer körperlichen Beeinträchtigung zum Trotz artistische Leistungen vorführten, zu denen andere mit allen Gliedmaßen nicht in der Lage wären.

Die Überlebenschancen in Hitler-Deutschland waren für behinderte Menschen gering. Im Zweiten Weltkrieg wurde auch in den zu erobernden Ländern mit ihnen kurzer Prozess gemacht. So wurde zum Beispiel in der psychiatrischen Anstalt von Kursk, einem Gebiet, das gegenwärtig Schlagzeilen im Verteidigungskampf der Ukraine gegen Russland macht, das Personal der Anstalt gezwungen, 1.500 „nicht arbeitsfähige Insassen zu töten.“ „400 Menschen verhungerten, etwa 600 wurden durch Giftspritzen getötet. Die Überlebenden wurden in mindestens fünf Massenerschießungen bis Herbst 1942 ermordet.“

Adolf Hitler hätte Paralympics, falls es sie 1936 schon gegeben hätte, nie eröffnet. Die Traumbilder von Reichsdeutschen waren große, blonde, blauäugige Männer, die eigens gezüchtet wurden. Dass sich die Naziführung angesichts ihres eigenen Erscheinungsbildes solche Menschen wünschte, ist verständlich. Der einhodige Führer umgab sich mit einem hinkenden Propagandaminister (*Goebbels hatte einen Klumpfuß und wurde wegen seiner relativ geringen Körpergröße von Gegnern des NS-Systems, aber auch von Rivalen in den eigenen Reihen, spöttisch nachgedunkelter Schrumpfermane genannt*), und dem übergewichtigen Morphinisten Göring, der zwischenzeitlich zwangsweise in die Psychiatrie eingewiesen wurde. Er hatte wohl Glück, dass er 1942 nicht in Kursk in Behandlung war. Quelle: Wikipedia

Ja, ich weiß, man macht sich über die Leiden anderer Menschen nicht lustig. Es geht hier aber nicht um andere Menschen, sondern um Monster, die Millionenfach unschuldige Menschen wegen ihres Glaubens oder ihrer Behinderung ermordet haben.

Ob sich Verbrechen, wie sie im „**III. Reich**“ stattfanden, wiederholen könnten, wenn Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier Björn Höcke** zum Bundeskanzler ernannt, ist eher unwahrscheinlich. Sollte die AfD in eine Machtposition kommen, kann man sich aber ausrechnen, was das bedeuten würde, für die Demokratie, für die unabhängigen Medien und die Justiz, für die freie Kultur und vielem mehr.

Vor allem aber dürfte Schluss mit der verhassten Erinnerungskultur sein. „*Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte*“, sagte der Mann mit der

Windhund-Krawatte **Alexander Gauland** 2018 beim Bundeskongress* der AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative im thüringischen Seebach. Damals war Gauland Partei- und Fraktionsvorsitzender der AfD. Quelle: Deutsche Welle

„*In Deutschland hat es in den vergangenen fünf Jahren mehr als 1.000 rechte Vorfälle in Gedenkstätten gegeben. Das haben Recherchen des Deutschlandradios ergeben. Bei den meisten Taten handelt es sich um Sachbeschädigungen. Alarmierend sei vor allem die niedrige Aufklärungsquote, heißt es. Bundesweit werden demnach weniger als zehn Prozent der Fälle aufgeklärt. Den Angaben zufolge haben fast 94 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen die deutsche Staatsangehörigkeit. Rund 87 Prozent sind männlich.*“ Quelle: InfoRadio rbb

„*In Thüringen hat der Leiter der NS-Gedenkstätten, Wagner, Morddrohungen erhalten. Hintergrund dürfte ein Brief sein, in dem er der AfD vor der anstehenden Landtagswahl eine Verharmlosung der Nazi-Verbrechen vorgeworfen hatte. Der Stiftungsdirektor der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora hat nach einem Brief an die Thüringer Wählerinnen und Wähler Drohungen erhalten. Sein Bild sei in der Gedenkstätte Mittelbau-Dora auf eine Todesmarschstele geklebt worden, schrieb **Jens-Christian Wagner** auf X. Die Stele erinnert an die Opfer der Todesmärsche aus den Lagern des KZ-Komplexes Mittelbau-Dora.*“ Quelle: tagesschau

Der sich verbreitende Hass auf alles Fremdländische nimmt zu und wird pauschalisiert. Wer kann schon einen Asylanten mit oder ohne Bleiberecht, von einem Einwanderer mit deutschem Pass unterscheiden? Unser Land würde ohne Einwanderer zusammenbrechen. Von der Gastronomie bis zum Pflegedienst sind wir auf Zuwanderung angewiesen, vor allem auch im Osten Deutschlands.

Terrorakte wie in Solingen müssen durch ein besseres Sicherheitssystem verhindert werden. Für den Satz: „*Es gibt hundertausendfache Beispiele für eine gelungene Integration*“, bedankte sich gestern Abend ein Leser. Es müsste eigentlich „*millionenfach*“ heißen. Ein anderer schrieb: „*Leider läuft in diesem Land viel schief und wegschauen und Schönreden hilft nicht mehr. Aber Ihr wogen Gutmenschen wollt das nicht wahrhaben oder sehen. Wenn wir so weitermachen, endet es in einer Katastrophe.*“ Woke beschreibt, ein „*wachsame*“ Bewusstsein für mangelnde soziale Gerechtigkeit und Rassismus. Ich bekenne mich zum Wokismus.

Ed Koch

27) Warum wählt der Osten anders? Die Unterschiede zwischen Ost und West sind immer noch enorm. Drei Punkte stechen besonders heraus, sagt der Soziologe Steffen Mau

Von Robert Reißmann

Aus meinem Bücherschrank 29.08.2024



Herrscht in den „neuen“ Bundesländern ein anderes Demokratieverständnis vor als in den „alten“? - *picture alliance / dpa | Ralf Hirschberger*



Steffen Mau(2024): „Ungleich vereint
Warum der Osten anders bleibt“, Suhrkamp.

Nach den anstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg werden sich viele wahrscheinlich wieder fragen: Warum wählt der Osten anders? Nach der Europawahl im Juni war der Umriss der ehemaligen DDR ziemlich klar zu erkennen auf den Deutschlandkarten mit den Wahlergebnissen. Die ostdeutschen Wahlkreise waren

mehrheitlich blau eingefärbt. Die Frage, warum das so ist, treibt auch den Soziologen Steffen Mau um. Kürzlich hat er einen schmalen Band zum Thema vorgelegt: *Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt.*

Manchem wird bereits aufstoßen, dass hier von „dem Osten“ die Rede ist. Schließlich wählt im September nicht „der Osten“ – wie man gerade häufig zu lesen bekommt –, sondern drei („neue“) Bundesländer. Ist dieses Reden über den Osten als Ganzen nicht schon Teil des Problems? Wird er damit nicht erst zu dem gemacht, was dann als Abweichung von der westdeutschen Norm kritisiert werden kann? Denn dabei werde die Vielgestaltigkeit der fünfeinhalb ostdeutschen Bundesländer verleugnet. In den Köpfen bleibe dann die Vorstellung eines einheitlichen Blocks hängen – mit den üblichen unschönen Attributen. Frei nach [Dirk Oschmann](#): „Erfindet“ sich also der Westen den Osten so, wie er ihn braucht: um selbst besser auszusehen? Steffen Mau relativiert: Am Ende gelte eben beides zugleich: „Die innere Diversität Ostdeutschlands ist größer als oft vermittelt.“ Aber: „Ost und West unterscheiden sich weiterhin, und diese Diskrepanzen dürfen nicht einfach weggewischt werden.“

Von einer Erfindung des Ostens könne daher keine Rede sein, so Mau. Er vertritt zunächst die These, dass „der Osten“ in vielerlei Hinsicht tatsächlich anders sei und dies in absehbarer Zukunft auch bleiben werde. Lange Zeit sei das oberste Ziel der Politik die Angleichung des Ostens an den Westen gewesen. Diese implizite Norm offenbart sich in der regelmäßig geäußerten Verwunderung, dass so und so viele Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer diese und jene Unterschiede bestünden. Von „Aufholjagd“ und der „Angleichung der Lebensverhältnisse“ war und ist die Rede. Heute müssen wir feststellen, so Mau, dass die Erwartung einer vollständigen Angleichung nicht realistisch ist (abgesehen davon, dass sie nicht in allen Bereichen wünschenswert ist). Die Unterschiede seien auf sehr unterschiedliche Vorgeschichten zurückzuführen: besonders, aber nicht nur auf die der DDR und der „Wende“- und Transformationszeit. Die Gegenwart trage immer die Spuren der Vergangenheit, niemand existiere ohne Prägungen und Erfahrungen. Schon allein deshalb verbiete es sich zu erwarten, andere sollten so werden wie man selbst. Die deutsche Einheit, so Mau, war eine Mesalliance zweier recht ungleicher Partner. „Aus asymmetrischen Vorbedingungen der Wiedervereinigung sind heute recht hartnäckige Ungleichheitsverhältnisse geworden.“

Für weite Teile der „neuen“ Bundesländer gilt: Industrie ist anderswo.

Von welchen Unterschieden reden wir hier? Mau führt drei Beispiele genauer aus: Sozialstruktur, Demografie, Kultur. Der erste Punkt betrifft die *Wirtschaft*, das heißt die „sozialstrukturelle Unterprivilegierung“ des Ostens. Um nur eine von vielen Kennzahlen zu nennen: Das Vermögen der Haushalte ist in Westdeutschland doppelt so hoch, nur zwei Prozent der gesamtdeutschen Erbschaftssteuer werden in Ostdeutschland (ohne Berlin) gezahlt. Kein Wunder, dass dies mit Enttäuschung einhergeht: Als 1989 das Politbüro in die Wüste geschickt worden war und man sich 1990 aktiv und mehrheitlich für den schnellen Beitritt zur Bundesrepublik entschied, wollte man die westdeutschen Verhältnisse importieren. Man wollte also verbreiteten Wohlstand, sichere Industriearbeitsplätze mit Tarifbindung – all das ist auch versprochen worden. Heute jedoch arbeiten 30 Prozent der Ostdeutschen im Niedriglohnssektor und die ostdeutschen Länder sind Schlusslichter bei der Tarifbindung. Für weite Teile der „neuen“ Bundesländer gilt: Industrie ist anderswo.

Frappierend und erschreckend sind die *demografischen* Unterschiede. Kurz gefasst: Ostdeutschland schrumpft, Westdeutschland wächst – und das übrigens nicht erst seit dem Fall der Mauer. Dieser hat der Abwanderung aus dem Osten jedoch einen starken Schub

gegeben, zu der noch ein beispielloser Geburteneinbruch von über 50 Prozent kam. Dass es mehrheitlich junge und gut ausgebildete Menschen waren, die ihrer Heimat den Rücken kehrten, konnte nicht ohne wirtschaftliche und kulturelle Folgen bleiben. Eine ostdeutsche Besonderheit ist darüber hinaus der Männerüberschuss, weil es mehrheitlich Frauen waren, die im Westen ihr Glück suchten – und noch immer suchen. In manchen Altersgruppen und Gegenden nimmt dies erschreckende Ausmaße an: Bei den 20- bis 29-Jährigen etwa kommen in manchen thüringischen Landkreisen über 130 Männer auf 100 Frauen. Logischerweise habe dies Folgen bis hin zu Männlichkeitsnormen und Gewaltneigung, so Mau. Jüngere Studien würden zudem einen Zusammenhang mit antidemokratischen, fremdenfeindlichen und rechten Einstellungen herstellen. Nicht nur für Ostdeutschland, sondern auch für andere schrumpfende Gesellschaften gelte: „Die Befürchtung des ‚quantitativen‘ Bedeutungsverlusts und der Majorisierung [der Übervorteilung] durch andere stärkt eine Wagenburgmentalität, verringert Offenheit, die man so gut gebrauchen könnte.“ Ein Teufelskreis.

Wirtschaftliche und demografische Einblicke ermöglichen erste Antworten auf die Frage, warum „der Osten“ anders wählt.

Diese wirtschaftlichen und demografischen Einblicke ermöglichen erste Antworten auf die Frage, warum „der Osten“ anders wählt. Vor allem die ökonomische Enttäuschung, die vielerorts ausbleibende Entwicklung scheint ein plausibler Grund für eine größere Bereitschaft, Protest und radikalere Alternativen zu wählen. Dieser Zusammenhang gilt schließlich nicht nur für Ostdeutschland: „Wirtschaftlich schwache Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, Überalterung und einem geringeren Bildungsgrad sind auch im Westen AfD-anfälliger“, zeigt Mau. Allerdings sei das „Stadt-Land-Gefälle“ im Osten noch deutlich größer.

In Ostdeutschland komme ein weiterer wichtiger Punkt hinzu: Der dritte Unterschiede-Komplex, den Mau genauer ausleuchtet, ist die *politische Kultur*. Für die häufig beklagte Feststellung, die Ostdeutschen seien mit dem demokratischen System nicht ausreichend vertraut geworden, gebe es Gründe, die nicht nur in die undemokratische DDR zurückreichen, sondern auch maßgeblich in die Zeit des Umbruchs. Nach der „demokratischen Urerfahrung der Ostdeutschen“ – nach dem Sturz der SED – währte die Phase demokratischer Selbstwirksamkeit tragischerweise nur kurz. Auf die Selbstermächtigung sei – „freiwillig und sehenden Auges“ – die Selbstentmachtung gefolgt durch die Weichenstellung in Richtung schnelle Einheit.

Jetzt sei die DDR „inkorporiert“ worden, „ohne größere Berücksichtigung der dort gewachsenen Strukturen und Mentalitäten“. Mehr noch: Man bemühte sich, basisdemokratische Experimente oder neue und unkonventionelle Formen der Partizipation wie etwa die Runden Tische zurückzudrängen. Sie galten schlichtweg als nicht kompatibel und dysfunktional. „Die Angst vor Eigen- oder Sonderstrukturen oder vor möglichen Rückwirkungen auf die Bundesrepublik-West war erheblich“, schreibt Mau. Der weitere Einigungsprozess sei im „Autopilotmodus“ verlaufen. Einmal getroffene Regelungen galten als sakrosankt, Mitwirkung und Mitgestaltung seien unerwünscht gewesen. „Viel zu wenig haben die Verantwortlichen damals daran gedacht, dass man den Einsatz und die Selbstwirksamkeitserfahrungen der Ostdeutschen selbst braucht, um die Demokratie mit Leben zu füllen.“ Mau interpretiert deshalb den Übergang von der friedlichen Revolution zur deutschen Einheit als „*ausgebremste Demokratisierung*“.

Noch heute herrsche in den „neuen“ Bundesländern ein anderes Demokratieverständnis vor als in den „alten“. Vor allem gegenüber der Parteiendemokratie gebe es Vorbehalte, die

unter anderem auf die Erfahrungen zurückzuführen seien, die man mit der SED und ihren Blockflöten machen musste. Die Befreiung 1989 war eine Befreiung *von* diesen Parteien. Die „Bonner Parteien“ hätten es dann nur bedingt geschafft, im Osten Fuß zu fassen. Sie haben dort bis heute deutlich weniger Mitglieder und können die Rolle nicht spielen, die die Parteiendemokratie für sie vorsieht: Laut Mau stellen sie keine verlässliche Verbindung her zwischen Politik und Bevölkerung. Die Kommunikation zwischen „oben“ und „unten“ sei gestört. Statt der Parteidominanz wünsche man sich in Ostdeutschland eine stärkere Berücksichtigung des „ursprünglichen und direkten Volkswillens“, etwa in Form plebiszitärer Einbindung.

Steffen Mau bleibt nicht bei der Analyse stehen, sondern unterbreitet am Ende seines Buches einen Vorschlag.

Wie also könnte die Verbindung zwischen Politik und Bevölkerung gestärkt werden? Steffen Mau bleibt nicht bei der Analyse stehen, sondern unterbreitet am Ende seines Buches einen Vorschlag. Aus den ostdeutschen Besonderheiten ergebe sich, dass der politische Raum anders gedacht und gestaltet werden muss. „Womöglich ist Ostdeutschland sogar dazu prädestiniert, ein *Labor der Partizipation* zu werden“, glaubt Mau. Konkret schlägt er vor, vermehrt auf Bürgerräte zu setzen. Sie könnten helfen, Populismus einzudämmen, weil sie „das Volk“ elementar beteiligen: Eine zufällig zusammengesetzte und heterogene Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern tauscht sich intensiv aus über politische Fragen und findet im besten Fall zu einer gemeinsamen, ausgewogenen Position. Diese Position könnte eine größere allgemeine Akzeptanz erlangen als Gesetze, die „von denen da oben“ erdacht worden sind. Insofern könnten oder sollten „Bürgerräte die repräsentative Demokratie nicht ersetzen, sondern ergänzen“.

Die Themenpalette in *Ungleich vereint* ist deutlich größer. Was hier nur angedeutet werden kann: Der Autor beschäftigt sich nicht nur mit ostdeutscher Identität und mit dem vergleichsweise milde ausfallenden „ostdeutschen 1968“, sondern auch mit konkreten politischen Konstellationen, Problemlagen und Aussichten. All das ist über weite Strecken spannend, informativ und zumeist gut lesbar. Empfehlenswert ist das Buch übrigens nicht nur für Ostdeutsche. Zwar ist es zunächst eine spezifisch ostdeutsche Situation: Die Schwäche der demokratischen Repräsentation hat in den 1990er Jahren im Osten ein Gelegenheitsfenster für rechtsextreme Akteure geöffnet. Wo das aber hinführen könnte, wenn diese Akteure Regierungsverantwortung übernehmen sollten, können wir anderswo längst beobachten: in Ungarn, in Italien, bis vor kurzem in Polen. Mau erinnert auch daran: „Die AfD ist eine gesamtdeutsche Partei“, wenn auch in Ostdeutschland besonders erfolgreich. Die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg werfen auch einen Schatten auf den Westen.



Robert Reißmann, Leipzig

Robert Reißmann ist freier Lektor und Übersetzer für Leichte und einfache Sprache. Er ist im Netzwerk Leichte Sprache aktiv. Er hat Literaturwissenschaft, Soziologie und Politikwissenschaft studiert

Seite E 134 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

https://www.ipg-journal.de/aus-meinem-buecherschrank/artikel/warum-waehlt-der-osten-anders-7740/?utm_campaign=de_40_20240830&utm_medium=email&utm_source=newsletter >

28) Er ist wieder da. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-25

28. August 2024

49. Jahrgang

Er ist wieder da

Wenn man eine Zeitlang nichts von **Thilo Sarrazin** gehört hat, ist es so sicher wie das berühmte Amen in der Kirche, dass der Mann über einem neuen Buch sitzt. So ist es. Nun kann, wer will, es für 26 Euro erwerben.



Nachdem er 2010 prognostizierte, dass sich Deutschland abschaffen werde, geht er es diesmal etwas kleiner an: „Deutschland auf der schiefen Bahn“, heißt das Werk.

Kurzportrait aus der **FAZ**: „Migranten hätten ein höheres Gewaltpotential, schuld am Klimawandel sei das Bevölkerungswachstum außerhalb Europas – und Merkel verantwortete den Aufstieg der AfD.“

Beim dritten Versuch ist es zehn Jahre nach dem Erscheinen von „Deutschland schafft sich ab“ der SPD gelungen, Sarrazin aus der Partei zu werfen. Jetzt rechnet er mit seinen Ex-Genossen ab, vier Tage vor wichtigen Wahlen in Sachsen und Thüringen, wo die SPD kurz vor der Einzugs Klausel ins Parlament bei jeweils sechs Prozent steht.

Am Ende der Buchvorstellung am 27. August, im Haus der Bundespressekonferenz äußerte er noch einen Wunsch: „Wenn ich der SPD eines wünschen darf, dann ist es, dass sie bei den bevorstehenden Landtagswahlen krachend verliert und ein interner Machtwechsel unvermeidbar ist. Solange diese Partei weiter an der Macht bleibt, wird sich nichts ändern.“
Quelle: Berliner Zeitung

Das ist, was Sachsen und Thüringen betrifft, fast schon Leichenschändung.

In der Buchbeschreibung des Verlags heißt es: „Deutschland, immer noch ein starkes Land in der Mitte Europas, befindet sich seit Jahren in einem relativen Niedergang: Arbeit lohnt sich für viele nicht mehr, Millionen kulturfremde Einwanderer strömen in die sozialen Sicherungssysteme. Die Explosion der Sozialausgaben überwuchert die öffentlichen Haushalte. Der Staat zeigt sich überfordert: Eine Reform der Asyl- und Migrationspolitik gelingt seit Jahren nicht. Die Bundeswehr ist blank und nicht fähig zur

Landesverteidigung. Die Bürokratie nimmt immer mehr zu. Die Digitalisierung stockt, das Steuersystem ist leistungsfeindlich. Eine utopische Klimawende gefährdet die Grundlagen des Wohlstands. Thilo Sarrazin zeigt in seinem neuen Buch, wie alle diese Faktoren zusammenhängen. Er entwirrt das komplexe Gewebe, beschreibt, was sich nicht mehr ändern lässt, und zeigt auf, welchen Weg eine zukunftsgerichtete Politik gehen müsste.“

Von der Demokratischen Partei der USA bekomme ich regelmäßig E-Mails, die mit „Holy Cow“ beginnen, womit eine besondere Freude oder auch Entsetzen ausgedrückt werden soll. Nichts anderes fällt mir ein, wenn ich lese, was Sarrazin schreibt. Machen wir es uns bitte nicht zu einfach, und wischen Sarrazins Thesen vom Tisch, nur weil wir ihn sauber halten wollen.



Was für ein Trubel, vor und in der Bundespressekonferenz, als Sarrazin am 30. August 2010 „Deutschland schafft sich ab“ vorstellte. Im Pressepulk vor der Tür erklärte **Michel Friedman**, was er von dem Buch und Sarrazin halte, wenig bis gar nichts.



Im Saal stellte Sarrazin sein Buch vor und beherrschte damit tagelang die Schlagzeilen.

„Bereits in der Einleitung seines neuen Buchs fackelt Sarrazin nicht lange,“ schreibt **Sophie-Marie Schulz** in einem Artikel,

der in der **Berliner Zeitung** gestern erschienen ist. „Deutschland befinde sich in einem desolaten Zustand und die von ihm prognostizierten Szenarien hätten sich nicht nur bewahrheitet, in der Realität seien sie noch deutlich drastischer ausgefallen. Allem voran die Migration.“



Und weiter schreibt die Autorin: *„Damals ging Thilo Sarrazin davon aus, dass jährlich 50.000 Migranten in Deutschland ankommen und langfristig bleiben werden. Diese Prognose sei falsch gewesen, schreibt er heute, denn mittlerweile habe sich die ‚kultur-fremde Einwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten und aus Afrika‘ auf einem ‚stabilen Niveau von jährlich 200.000 bis 400.000 eingependelt‘.“*

Sarrazin analysiert die *„drängenden Themen unserer Zeit“*. *„Neben der Migration wird die bundesdeutsche Finanz- und Klimapolitik behandelt. Menschenrechte, Friedenspolitik, Meinungsfreiheit, Demokratie und Wohlstand werden angerissen und zuweilen auch im Detail behandelt.“*

Kernstück seines Werkes ist und bleibt die Migration *„der Kulturkampf der Gegenwart“*. Sollte die *„beständige massenhafte Zuwanderung“* nicht auf absehbare Zeit durch einen massiven Grenzschutz eingedämmt werden, dann könnten die *„Textur und innere Verfasstheit bis zur Unkenntlichkeit verändert werden“*, beschreibt die Autorin Sarrazins Aussagen bei der Buchvorstellung.

„Deutsche Traditionen und kulturelle Eigenheiten“ werden zunehmend *„überfremdet.“* Wenn es, wie in meinem Ortsteil, nur noch Dönerbuden und keine Currywurststände mehr gibt, dürfte das Sarrazins These bekräftigen. Natürlich spielte auch das Terroranschlag von Solingen eine Rolle bei der Buchpräsentation. *Das Attentat habe bewiesen, dass „Integrationserfolge gar nicht vorhanden sind, auch nicht nach Jahren“*. Das ist nun definitiv falsch. Es gibt hunderttausendfache Beispiele für eine gelungene Integration, wenn auch nicht Assimilation, was ein Unterschied ist. Angleichung hieße Aufgabe der kulturellen Identität, und diese muss man von den Einwanderern nicht verlangen, solange sie nicht in Konflikt mit unseren Gesetzen stehen.

Nicht Sarrazin mit seinem Erstlingsbuch aus dem Jahre 2010 habe der AfD zum Aufstieg verholfen, sondern: *„Die Bundeskanzlerin Merkel hat zum Aufstieg der AfD beigetragen.“* Seiner Meinung nach sollten sich Politiker nicht an der AfD abarbeiten und mit den Problemen befassen, die die AfD groß gemacht haben. Wenn genauso weitergemacht wird wie bisher, wird sich der Niedergang beschleunigen. *Die drängendste politische Handlung, die von der Bundesregierung vollzogen werden müsste, ist nach Einschätzung des Ex-Politikers die Verschärfung der Grenzkontrollen.* *Quelle: Berliner Zeitung*

Zusammenstellung, Kommentierung und Fotos: Ed Koch

29) Völlig inakzeptabel. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-24

27. August 2024

49. Jahrgang

Völlig inakzeptabel

„Machen wir unsere Demokratie kaputt?“ ist der Titel einer sehenswerten ARD-Dokumentation, die gestern Abend ausgestrahlt wurde und in der Mediathek abrufbar ist.

<https://www.ardmediathek.de/video/machen-wir-unsere-demokratie-kaputt/machen-wir-unsere-demokratie-kaputt/ard/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLm-RiL21hY2hibi13aXltdWSzZXJl-WRlBW9rcmF0aWUta2FwdXR0LzIwMjQ1MDgtMjZmJmJm-TUjTUjVWg>

Die Antworten von einigen Bürgern, die in dieser Dokumentation zu Wort kommen, sind absolut inakzeptabel. Wie kann man der Ansicht sein, dass Deutschland keine Demokratie sei? Nur 52 Prozent sind mit unserer Demokratie zufrieden, 54 im Westen und 41 im Osten. Gerade im Osten müsste man sich doch gut daran erinnern können, was eine Diktatur ist, und was diese von der Demokratie unterscheidet. Hier eine nicht vollständige Auswahl:

	Demokratie	Diktatur
Freies und geheimes Wahlrecht	Ja	Nein
Freie Meinungsäußerung	Ja	Nein
Unabhängige Medien	Ja	Nein
Unabhängige Justiz	Ja	Nein
Freie Wahl des Bildungswesens	Ja	Nein
Aufenthaltsbestimmungsrecht	Ja	Nein
Freies Reisen	Ja	Nein
Restriktionsfreie Religionsausübung	Ja	Nein

Die Corona-Pandemie wird immer wieder als Zeitenwende bezeichnet, wo die Demokratie zur Diktatur wurde. Richtig ist, dass sehr viele Fehler gemacht wurden und der Staat in einer Überreaktion seines Schutzauftrages für die Bürger über das Ziel hinausgeschossen ist. Aber vielleicht macht sich von den Kritikern mal jemand die Mühe, sich mit den Maßnahmen in Diktaturen zu beschäftigen. Da wurden die Pandemie-Maßnahmen restriktiv durchgesetzt, vorbei an den ohnehin nicht vorhandenen Bürgerrechten. Im Gegensatz zu Diktaturen werden bei uns die staatlichen Eingriffe untersucht und bewertet.

Viele Menschen fühlen sich nicht gehört, nicht ernst genommen und nicht mitgenommen. Demokratie ist eine aktive Staatsform, in die man sich nicht nur einbringen kann, sondern auch sollte. Diktatur ist der einfachste Weg, um durchs Leben zu kommen. Man hält den Mund, ist damit zufrieden, seinen Urlaub in vorgeschriebenen staatlichen Ferienanlagen zu ver-

bringen und legt keinen Wert auf Vielfalt im Warenangebot, der Kultur und Literatur. Es ist halt anstrengend, Bücher lesen zu können, die sich mit anderen Ansichten als der der Staatsführung beschäftigen. Eine Meinung vorgegeben zu bekommen, ist einfacher, als eine eigene Meinung entwickeln zu müssen.

Zwar sind nur 52 Prozent mit der Demokratie in Deutschland zufrieden, aber 87 Prozent halten sie für eine gute Regierungsform, sogar Anhänger der AfD (77%) und des BSW (75%) sehen das so.

In Deutschland gibt es eine so genannte „repräsentative Demokratie“. Deutschland hat eines der besten Wahlsysteme der Welt, wo sich im Parlament die prozentuale Verteilung der politischen Konzepte widerspiegelt. In einer Demokratie wird das umgesetzt, was die Mehrheit beschlossen hat. Wem das nicht passt, kann sich an die zahlreichen Gerichte in unserem Land wenden. Nicht selten hat die unabhängige Justiz Maßnahmen der Mehrheitsmeinung zugunsten von Minderheiten korrigiert. Wenn aber die Mehrheit der frei gewählten Abgeordneten etwas beschließt, was auch vor Gericht Bestand hat, dann muss der Bürger, der eine andere Meinung vertritt, sich damit abfinden. In einer Diktatur hat er überhaupt nicht die Möglichkeit, ein Gericht anrufen zu können. In einer Diktatur bekommt er vorgeschrieben, was für ihn gut zu sein hat. Basta.

Erinnern wir an unser Grundgesetz: In Artikel 21 heißt es: „(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.“ Das Grundgesetz gilt für alle in unserem Land und ist nicht verhandelbar, auch wenn es im Laufe der letzten 75 Jahre immer mal wieder verändert oder korrigiert wurde, was nur mit einer Zweidrittelmehrheit des Bundestages und Bundesrates möglich war.

Wer sich also einbringen will in unsere Demokratie, tut dies am besten über die Mitgliedschaft in einer Partei. Ja, es dauert lange, ehe man sich durch die berüchtigte „Ochsentour“ in eine Position gebracht hat, aus der heraus man mitentscheiden kann. Mitentscheiden kann man auch schon als „kleines“ Parteimitglied in den untersten Gremien, wo Anträge für Parteitage beschlossen werden. **Helmut Kohl** trat mit 16 Jahren in die CDU ein und war mit 39 Jahren Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. 23 Jahre sind eine lange Zeit, in der er politisch nicht untätig war. **Klaus Wowereit** trat mit 19 Jahren in die SPD ein und wurde mit 31 Jahren Bezirksstadtrat in Tempelhof-Schöneberg, musste aber bis zu seinem 48sten



Lebensjahr warten, um Regierender Bürgermeister von Berlin zu werden. Aber auch er war zwischen durch politisch nicht untätig. Wer es will und wer Ausdauer hat, kann in diesem Lande politisch etwas bewegen.

Es kommt also ganz wesentlich auf die Parteien an, wobei durch Volksentscheide, die immer häufiger als Ersatz für parlamentarische Prozesse in Anspruch genommen werden, der „einfache“ Bürger etwas erreichen oder verhindern kann, wie zum Beispiel dringend benötigten Wohnraum.

In der ARD-Dokumentation wird angesprochen, dass in vielen ländlichen Gegenden gar keine Möglichkeit mehr besteht, mit Parteienvertretern ins Gespräch zu kommen, geschweige denn in eine Partei einzutreten. Das ist ein kaum zu lösendes Problem, weil in diesen Gegenden einfach zu wenig Menschen leben. Wenn es aber Rechtspopulisten gelingt, in den kleinsten Gemeinden ihre Parteifahne auf dem Marktplatz aufzustellen, dann fragt man sich, in welcher Ecke sich die Demokraten verstecken.

Die Gefahr, die von rechten Parteien ausgeht, deren Führer man Faschisten nennen darf, scheint vielen nicht klar zu sein. „Nicht einmal fünf Monate liegen zwischen den letzten Wahlen der Weimarer Republik und ihrem endgültigen Niedergang. Am 6. November 1932 vereinen die Nationalsozialisten ein Drittel aller Wählerstimmen auf sich. Am 24. März 1933 verabschieden sie das Ermächtigungsgesetz – den endgültigen Sargnagel für die junge Demokratie.“, heißt es in einem Beitrag, der am 22. August im **Tagesspiegel** erschien.

<https://www.tagesspiegel.de/wissen/wenn-die-afd-starkste-kraft-werden-wurde-zerfallt-das-demokratische-haus-12231509.html>

Natürlich ist die Bundesrepublik mit ihrer 75-jährigen Geschichte nicht vergleichbar mit der kurzlebigen Weimarer Republik, Sorgen machen muss man sich dennoch. Erinnern wir noch einmal an das Grundgesetz, Artikel 21:

„(2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.“ Das ist eindeutig. Eine rechtsextreme Partei wird aber, so widersinnig es klingen mag, durch unsere Grundgesetz geschützt, denn ein Parteienverbot zu erwirken, ist fast unmöglich. In dem Tagesspiegel-Artikel können Sie nachlesen, wie

es der AfD, vielleicht sogar im Bündnis mit dem BSE, gelingen könnte, unsere Demokratie nach ihren Vorstellungen umzubauen. Ob damit dann die Wutbürger zufrieden wären, darf bezweifelt werden.

Schauen wir uns doch um, was in Ländern passiert, in denen die Rechten an die Macht gekommen sind. Zuerst knöpft man sich die Justiz und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor. Weiter geht es bei Institutionen wie der Bundes- und den Landeszentralen für politische Bildung. Einen besonderen Augenmerk richten die Rechten auf die Kultur. In den Niederlanden will die neue rechtspopulistische Regierung zum Jahresende fünf Jugendorchestern die Mittel streichen. Die Freiheiten, die unser System garantiert, sollten wir nicht aufs Spiel setzen. Der Appell wird allerdings verhallen, was wir am Sonntag in Sachsen und Thüringen erleben werden.

Für die ARD-Dokumentation wurde die Frage gestellt, „Was ist aktuell die größte Gefahr für die Demokratie in Deutschland?“

Rechtsextremismus, Rechtspopulismus	30%
Falsche Politik, Abgehobenheit von Politikern	18%
Migration	9%
Kriege	5%
Populismus und Extremismus allgemein	5%

Quelle: Infratest dimap

Populisten wie **Alice Weidel**, **Björn Höcke** und **Sahra Wagenknecht**, die man getrost in einem Zuge nennen darf, kann man nicht ausweichen. Der Wähler hat entschieden und diese Leute in ihre für die Demokratie gefährdenden Positionen gebracht. Die Auseinandersetzung mit ihnen im Bundestag ist anstrengend, aber möglich, weil die demokratische Mitte die Mehrheit bildet, wie im ganzen Land.

Was ist aber in den Kommunen los, wo Politik nicht im Elfenbeinturm des Plenarsaals, schön abgeschirmt, stattfindet, sondern direkt am Bürger? Ist es dort überhaupt möglich, die AfD zu ignorieren? In der Dokumentation sagt ein Bürgermeister, dass er mit den Vertretern der AfD natürlich zusammenarbeite, zum Wohle der Gemeinde, schließlich sei diese Partei nicht verboten. Tagtäglich finden auf der untersten Ebene der Politik in den Gemeinden Abstimmungen statt, wo sich die Vertreter der demokratischen Parteien, einschließlich der Unabhängigen, mit denen der AfD in der Annahme oder Ablehnung von Projekten einig sind. Wo eine Ampel hin muss, muss eine Ampel hin, was allein nicht deshalb abgelehnt werden kann, weil die AfD dafür ist.



Interessant ist, dass es immer mehr unabhängige, parteilose Bürgermeister und Landräte gibt. Gleich im Anschluss an die ARD-Dokumentation wurde „hart aber fair“ gesendet. Thema: Solingen. In der Sendung trat der jüngste Bürgermeister von Brandenburg auf, **Luca Piwodda** aus Gartz (Oder) auf.

<https://www.ardmediathek.de/video/hart-aber-fair/vor-den-wahlen-demokratie-in-gefahr/das-erste/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcmtEtNzZjZDczZmUtYWwNmMy00MWNILT-gzMGQlODhYJFhYzgzZTQy>



Foto: Luca Piwodda

Der 24-jährige Piwodda ist Mitglied der **Partei des Fortschritts PdF**. Ein Praktikum bei einem SPD-Abgeordneten hat ihn offenbar nicht überzeugt, den Sozialdemokraten beizutreten, sondern ist lieber eines von 302 Mitgliedern der 2020 in Köln gegründeten Kleinstpartei geworden, die wie ein Dateiformat klingt. „Wir haben keine Zeit für politische Tagträume“, sagt der junge Rathauschef und meint damit den Umgang mit der AfD in seiner Gemeinde im Nordosten der Uckermark, in der 1730 1.650 Menschen lebten und aktuell 2.452 gemeldet sind.

Die Stadtverordnetenversammlung besteht aus 16 Mitgliedern aus acht Parteien, darunter fünf unabhängige. Das kann man Vielfalt nennen. Der AfD-Verordnete repariert gerade auf eigene Kosten den Stadtbrunnen. „Das hat er auch schon gemacht, bevor er für die AfD kandidierte, da kann ich ihm doch jetzt nicht sagen: Du machst nicht mehr mit.“, erklärt der Bürgermeister bei „hart aber fair“ und beklagt den „Kontrollverlust der Parteien auf dem Land.“

Die Bürger wenden sich von den etablierten Parteien ab und gründen lieber ihre eigenen Bündnisse. Das ist doch gelebte Demokratie, oder nicht?

Zum Schluss noch einmal zum Thema Meinungsfreiheit. „Kann man in Deutschland seine Ansichten und Meinungen aussprechen, ohne dadurch ernsthafte

persönliche Nachteile zu haben?“ 59 Prozent sagen Ja, 37 Prozent Nein. Auch das ist völlig inakzeptabel und widerspricht der gelebten Praxis, vor allem in den so genannten „sozialen Medien“, in denen jeder jeden Blödsinn verbreiten kann. Wenn jemand jemanden beleidigt, verunglimpft oder bedroht, dann ist das durch die freie Meinungsäußerung natürlich nicht gedeckt, sondern strafbar. Das sollte man nicht verwechseln. Und wenn ich an die Wand des Betriebes, in dem ich arbeite, in großen Lettern schreibe, dass der Firmeninhaber ein Arschloch ist, muss ich mich nicht wundern, auf der Liste mit den Beförderungen und Gehaltserhöhungen nicht aufzutauchen.

Wenn andererseits zu sehen ist, was Gewerkschaftszeitungen im öffentlichen Dienst alles folgenlos über die Vorgesetzten in den Behörden ungesühnt schreiben dürfen, dann kann es nicht so schlimm sein mit den Nachteilen.

Fazit: Gibt es nicht. Die etablierten Parteien müssen sich anstrengen, nicht unterzugehen. Mehr kann man ihnen nicht raten. Die Ampel-Parteien in Sachsen und Thüringen stehen am Abgrund und könnten am Sonntag einen Schritt weiter sein.

Hilft Alkohol?

Ja, aber. Wobei sich schlechte Wahlergebnisse auch nicht schön saufen lassen. Am 6. September beginnt wieder die „heute-show“. Vorab haben sich **Fabian Köster** und **Lutz van der Horst** mit dem Thema Alkohol in einem „heute-show-spezial“ beschäftigt. Natürlich unter Mitwirkung des Lieblingsgastes **Karl Lauterbach**.

<https://www.zdf.de/comedy/heute-show/heute-show-spezial-vom-23-august-2024-100.html>



Höhepunkt der Sendung ist ihr Auftritt am „Ballermann“ mit dem neuen Sommerhit „Keinen im Tee.“ Verfügbar auf **youtube**.

Genießen wir die Demokratie, solange es sie noch gibt.

Ed Koch

01) Das kommt davon. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-29

25. September 2024

49. Jahrgang

Das kommt davon

Wenn Bürger befragt werden, kann das Ergebnis nur denen gefallen, die sich mehrheitlich mit ihrer Ansicht durchgesetzt haben, die Unterlegenen schützen den Kopf ob der Dummheit der anderen.

Ein langjähriger **paperpress**-Leser und politischer Wegbegleiter schrieb mir kürzlich: „...und will die Gelegenheit nutzen, einfach mal Danke zu sagen für deine Arbeit - fast immer kann ich deine Meinungen mittragen (bis auf die Tempelhofverehrung 😊).“

Grundsätzlich haben sich meine Positionen nicht verändert: 1. Ein Flughafen ist ein Flughafen. 2. Und wenn nicht mehr, dann wenigstens eine erträgliche Randbebauung. Gewisse Bedenken, wie die verkehrliche Anbindung aussehen kann, hatte ich von Anfang an. Der Tempelhofer Damm entlang dem Flugfeld ist tagsüber jetzt schon dicht.

Das Thema Randbebauung ist längst nicht vom Tisch. Beim Volksentscheid am 25. Mai 2014 haben von den 2.491.365 abstimmungsberechtigten Berlinern 1.149.145 (46,1 %) teilgenommen, wovon wiederum 739.124 (29,7 % der Wahlberechtigten) für die Gesetzesinitiative der Initiatoren der Volksabstimmung stimmten. Man muss kein Rechenkünstler sein, um zu erkennen, dass weder 46,1, und erst recht nicht 29,7 Prozent eine Mehrheit sind. Darum geht's aber nicht, denn, es siegt immer die Mehrheit derer, die sich beteiligt haben. Wenn sich von 100 Personen 50 an einer Abstimmung beteiligen, und von denen 26 dafür und 24 dagegen sind, haben 26 die Sache entschieden. Jeder Verein ist klug beraten, in seiner Satzung festzulegen, dass bei Abstimmungen immer die anwesenden Mitglieder und nicht alle Vereinsmitglieder gemeint sind, und, dass die Versammlungen immer beschlussfähig sind, egal, wie viele teilnehmen. So können, bleiben wir bei der Zahl 100, acht von zwölf anwesenden Mitgliedern, also 2/3, den Verein auflösen. So funktioniert Demokratie. Denn, **Demokratie ist nur für die da, die mitmachen**. Wer nicht mitmacht, darf sich über das Ergebnis nicht beschweren.

Nach zehn Jahren und vielleicht neuen Erkenntnissen, zum Beispiel, weil die Wohnungsnot größer geworden ist, könnte man einen neuen Volksentscheid veranstalten, um zu klären, ob, welche Mehrheit auch immer, für oder gegen die Randbebauung ist. Stattdessen gab es einen „Dialogprozess“ zur Bebauung des Tempelhofer Feldes. Am 21. und 22. September trafen sich ausgeloste Teilnehmer zur

Dialogwerkstatt. „Eine deutliche Mehrheit der Anwesenden 150 Teilnehmenden“ (wieviel das auch immer gewesen sein mögen) sprach sich gegen eine Randbebauung des Tempelhofer Feldes aus.

„Stattdessen bevorzugten die meisten eine Weiterentwicklung der verschiedenen Nutzungen wie etwa Kultur-, Bildungs- und Sportangebote. Von zehn sogenannten Entwicklungsperspektiven für das Feld, die von den Teilnehmern die meiste Unterstützung erhielten, sieht keine eine Randbebauung vor.“

Welchen Sinn diese Dialogwerkstatt haben soll, wenn das Ergebnis ohnehin unwichtig ist, erschließt sich einem nicht. „Die Dialogwerkstätten hatten nicht das Ziel, über Pro oder Contra abzustimmen“, teilte Stadtentwicklungssenator **Christian Gaebler** (SPD) dem **Tagesspiegel** mit. An den Plänen für einen internationalen Ideenwettbewerb will der Senator festhalten.

Das ganze Verfahren ist zum Scheitern verurteilt. Auch wenn es nur 150 Leute sind, die um ihre Meinung gebeten wurden, so kann man diese nicht einfach in die Tonne treten. Dann hätte man erst gar nicht fragen sollen.

Dass die Opposition den Beteiligungsprozess als Farce kritisiert, ist verständlich. Dass aber die Linke SPD und CDU unterstellt, „den Profiten der Baulobby verpflichtet“ zu sein ist ebenso überzogen wie die Aussage vom BUND, es handele sich um „von Ideologie getriebenen Bebauungspläne“.

Seröser äußert sich Grünen-Fraktionschef **Werner Graf**, wenn er darauf hinweist, „dass die Bebauung des Feldes Berlins Wohnungsmarktprobleme nicht lösen werde.“ Lösen nicht, aber an Stelle entlasten. **Christian Gräff** von der CDU unterstreicht, dass es bei den Dialogwerkstätten „nicht um die Frage, ob gebaut wird, sondern darum, was“, ging. Diesen Auftrag haben die Teilnehmenden wohl nicht verstanden.

Gräff. „Es gelte weiterhin der Koalitionsvertrag, der die Randbebauung vorsieht. Man wolle sich außerdem nicht auf die Empfehlungen einer kleinen Gruppe verlassen.“ Tja, Herr Gräff, Sie haben das System auch nicht verstanden. **Demokratie ist nur für die da, die mitmachen**. Die Gruppengröße ist nicht entscheidend. Ganz offenkundig wurden die Teilnehmenden am „Dialogprozess“ verarscht. Der nächste Volksentscheid geht genauso in die Hose wie der erste. Also: Let it be!

Ed Koch

Quellen: Tagesspiegel / Bürgerrat

02) Unterwegs in Deutschland. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-27

23. September 2024

49. Jahrgang

Unterwegs in Deutschland

Das Deutschlandticket ist eine tolle Sache. Nicht nur, weil man mit den Regionalzügen quer durchs Land fahren kann, ist das Kärtchen nützlich, auch im ÖPNV aller anderen Städte und Regionen. Sich an einem Automaten in Hamburg oder München ein Tages- oder Touristenticket ziehen zu wollen, erfordert eine spezielle Ausbildung. Den Weg über den Automaten kann man sich sparen und gleich in den Bus oder die Bahnen einsteigen.

49 Euro ist ein mehr als fairer Preis, und auch 59 sind vertretbar. So viel soll das Deutschlandticket ab 2025 kosten. Das sagt sich leicht für jemand, der gerade eine gute Rentenerhöhung bekommen hat. Für viele Menschen sind aber 10 Euro viel Geld. Nicht im ganzen Land, aber zumindest in den Tarifbereichen A und B gilt in Berlin das 9-Euro-Sozialticket, vorerst bis Ende 2025. Das ist gerecht. Das Berliner 29-Euro-Ticket, das auch nur für A und B gilt, dürfte längerfristig keine Zukunft haben.

Oda Hassepaß, verkehrspolitische Sprecherin der Grünen im Abgeordnetenhaus, sagt: *„Das Deutschlandticket ist ein voller Erfolg – es bringt mehr Menschen in die öffentlichen Verkehrsmittel, stärkt das Gemeinwohl und leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.“* Ist das wirklich so?

„Das Ziel des 49-Euro-Tickets war von Anfang an klar: Es soll möglichst vielen Menschen den Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr erleichtern, soziale Teilhabe stärken und klimafreundliche Mobilität für alle erschwinglich machen.“

Das ist alles nicht verkehrt, doch habe ich gewisse Zweifel, was den Umstieg vom eigenen Auto auf den ÖPNV betrifft. 11,2 Millionen Deutschlandtickets gibt es, nur knapp acht Prozent davon sind an neue Kunden gegangen, alle anderen hatten schon vorher Monatskarten und sind von diesen auf das preiswertere Modell umgestiegen. Quelle: SWR aktuell 01.05.2024

Der Autor dieses Beitrages hat keinen Führerschein, noch nie gehabt, und ist demzufolge häufig mit dem ÖPNV unterwegs, wird aber auch nicht selten von freundlichen Menschen im Auto mitgenommen. Wie sehr genießt er es, im Auto zu sitzen, selbst im Stau zu stehen, anstatt in Bussen oder Bahnen unterwegs sein zu müssen. Die Nutzung des ÖPNV in Berlin schwankt zwischen Abenteuer und Zumutung, anders als beispielweise in Hamburg. Warum sollte in Berlin jemand von seinem Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, höchstens aus Parkplatznot

am Zielort. Andere Gründe kann es nicht geben. Warum war heute um 10:45 Uhr der M76 so voll, als wäre Berufsverkehr? Das ist doch eigentlich eine Zeit, in der nur Rentner unterwegs sein dürften.



Fotos: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Am letzten Freitag lud die Grüne Tempelhof-Schöneberger Verkehrsstadträtin und Fahrrad-Lobbyistin **Dr. Saskia Ellenbeck** zum Radeln auf dem zugewinkelten Tempelhofer/Mariendorfer Damm ein. Als wäre der Fahrradweg nicht breit genug, versammelten sich erst einmal die Teilnehmer auf dem Gehweg.

Ginge es nur darum, den Fahrradfahrenden mehr Sicherheit auf den Straßen zu geben, wäre die Sache in Ordnung. Es geht aber um Ideologie und den Kampf gegen das Auto, ohne die Menschen zu berücksichtigen, die weder mit dem Fahrrad und schwerlich mit dem ÖPNV unterwegs sein können. Klientelpolitik macht noch keine Verkehrswende und bringt dem Klimaschutz wenig Punkte.

Es hilft nichts, eine Verkehrssenatorin der CDU zu haben, wenn die meisten Verkehrsstadträte in den Bezirken den Grünen angehören. Gegenwärtig geht es in Berlin mal wieder um eine Verwaltungsreform, vermutlich 75.0. Bleibt zu hoffen, dass im Rahmen dieser Reform den Bezirken nicht noch mehr Rechte zugesprochen werden.

Ed Koch

1

03) Diesmal stimmte alles beim Festival der Riesendrachen



paperpress

seit 1976



Nr. 629-23

21. September 2024

49. Jahrgang

Diesmal stimmte alles beim Festival der Riesendrachen

Mal schien die Sonne und der Wind wollte nicht wehen, mal wehte der Wind ohne Sonne, und geregnet hatte es auch schon. Am 21. September, beim elften Fest der Riesendrachen von STADT UND LAND, stimmte alles: Sonne und Wind.



Fotos in dieser Spalte: STADT UND LAND / City-Press

Batman, Bart Simpson und Raumschiffe schwebten zwischen allerlei bunten Fischen, Rochen, Oktopoden, Hunden und Fröschen durch die Luft. Erneut mehr als 100.000 Besucherinnen und Besucher ließen sich diese Bilder am Himmel über der Stadt nicht entgehen und besuchten das elfte STADT UND LAND-Festival der RIESENDRACHEN am Samstag.



Ab 11:00 Uhr war das Tempelhofer Feld geöffnet, rund 80 professionelle Drachepiloten ließen über den ganzen Tag ihre handgefertigten RIESENDRACHEN in die Luft steigen, darunter etliche Welt- und Europameister. Viele Kinder und Familien ließen eigene Drachen steigen und sorgten dafür, dass rund 2.000 Drachen während des Festivals über dem Feld schwebten. Die Schirmherrschaft hatte der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** übernommen, auf dem Foto mit den beiden SUL-Geschäftsführern **Natascha Klimek** und **Ingo Malter**.

Nicht nur in der Luft, sondern auch am Boden gab es viel zu sehen. Ein buntes Rahmenprogramm mit viel Musik und Unterhaltung sorgte für zusätzliche gute Laune. Der Kinderzirkus Cabuwazi, die Ballett- und Tanzschule Balancé, Hüpfburgen und eine große Drachenausstellung aus Italien und ein abwechslungsreiches Showprogramm rundet das Familienfest ab.



Unter den Gästen waren auch Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** und die Vorstandssprecherin der EUREF AG, **Karin Teichmann**.

Kai Wegner: „Das Festival der Riesendrachen gehört zu Berlin wie auch das Tempelhofer Feld. Das Fest ist in den vergangenen Jahren eine Berliner Tradition geworden, die Familien und vor allen Kinder nicht missen möchten. In diesem Jahr feiern wir mit dem Riesendrachenfest auch das 100-jährige Bestehen der Wohnungsbaugesellschaft ‚Stadt und Land‘, wozu ich herzlich gratuliere. Unsere landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften geben tausenden Berlinerinnen und Berlinern ein bezahlbares Zuhause, sie sind verlässliche Partner und engagieren sich auch gesellschaftlich – in der Nachbarschaft, im Sport und in der Kultur. Mit dem Fest der Riesendrachen zeigt sich einmal mehr das Potenzial des Tempelhofer Feldes für Familien, Kultur und Wohnen.“



Neuköllner auf dem Tempelhofer Feld: **Prof. Bodo Manegold** gehörte von 1980 bis 2001 dem Bezirksamt Neukölln an, ab 1995 als Bürgermeister, und **Katharina Chmielecki** und **Andie Kraft** aus der *paperpress*-Crew, die in Neukölln wohnen. Fotos in dieser Spalte: Ed Koch

In diesem Jahr gab es getrennte Ein- und Ausgänge, so dass sich niemand ins Gehege kam. Das Konzept hat sich bewährt. Der Verkehr auf dem Tempelhofer Damm kam angesichts der vielen Besucher dennoch zum Erliegen.

Quelle: STADT UND LAND

04) Der blaue Montag. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-21

17. September 2024

49. Jahrgang

Der blaue Montag

Es ist Kleinkunst vom Allerfeinsten mit allen Spielarten, die dieses Genre zu bieten hat. Zum 220sten!!! Male lädt **Arnulf Rating**, das letzte dem Kabarett treu gebliebene Mitglied der legendären **Drei Tornados**, am Montag, dem 7. Oktober 2024, ab 20:00 Uhr, in das Theater der Wühlmäuse am Theodor-Heuss-Platz ein. **Arnulf Rating** hat an der Kasse zwei Tickets für **paperpress**-Leser hinterlegt. Wer sie abholen möchte, melde sich bitte bei uns.

paperpress@berlin.de

Bis zum Freitag teilen wir mit, wer die Karten gewonnen hat. Alle anderen bitten wir, Tickets zu kaufen und die große Kleinkunst unserer Stadt zu unterstützen. Eine Unterstützung, die Spaß macht und Freude bereitet.



Foto: www.rating.de

Arnulf Rating hat wieder ein buntes und abwechslungsreiches Programm zusammengestellt.

René Sydow



Er balanciert in seinem Programm zwischen literarischen Texten und scharfer politischer Satire. Er seziert unsere gesellschaftliche Wirklichkeit, die Kulturszene, die Wirtschaft, die Parteienlandschaft – seine Skalpelle sind das Wortspiel und die literarische Anspielung.

GlasBlasSing

Europas Flaschenmusik-Marktführer: Vier Musiker, zwei Kisten Leergut und genau ein Ziel: Gute Musik. Halbwegs gefüllte Flaschen aus dem Getränkemarkt von nebenan bringen frischen Wind ins traditionelle Liedgut: mit Wasserspender-Bassdrum und Flach-

manninoff, mit Jelzin-Orgel oder ihrer »Cokecaster« getauften Flaschengitarre rücken sie den großen Melodien der Welt auf die Pelle.



Volker Maria Maier



Laserjonglage – einen echten Wow-Effekt hält der Laserman bereit. Laserstrahlen werden perfekt musiksynchron gebogen, zerteilt und frei im Raum bewegt. Kraftvolle Musik und eine einzigartige Präsentation zeichnen die Show aus. Alle Physikalischen Gesetze werden durchbrochen... Zauberei... Technik... Trick?

Lesebühnen-Star Spider

mit einem extra für die Show gefertigten aktuellen Beitrag

Für **Andreas »Spider« Krenzke** ist die Sprache nicht kurzretender Selbstzweck. Er sammelt Beobachtungen, staffelt und ballt sein Material aus der puren Lust an der besessenen, präzisen Beobachtung. Er holt aus, lässt sich Zeit. Er bleibt beim Surfen nicht stehen.

Barbara Thalheim

Schon zu Beginn ihrer Karriere in den 70er Jahren füllt **Barbara Thalheim** Säle, als sie mit »ihrem« Streichquartett, vier Studenten der Musikhochschule



»Hanns Eisler«, durch das kleine Land tingelt, das die Springer-Pressenoch mit Gänsefüßchen versieht.



Die Fünf Künstler haben jetzt wieder zusammengefunden und bilden zum Tag der Republik (7. Oktober) die Band des Abends.

Franziska Traub



In ihrer neuen One-Women-Show wirft sie einen Blick hinter die Kulissen ihrer imposanten „Weltkarriere“. Wie hat alles angefangen? Wo waren die ersten Auftritte? Wie kam sie zum Zirkus, oder zum Varieté und vor allem die Frage, wie kam sie ins Fernsehen? Sie berichtet über all die Höhenflüge, die Fettnäpfchen, die Tiefpunkte und über das Scheitern und das Wiederaufstehen.

Cosmo



Lassen Sie sich entführen auf eine Reise in die Welt der Mentalkunst. Eine Welt, in der Ihre Gedanken die Hauptrolle spielen, in der Ihre Logik und Vernunft völlig auf den Kopf gestellt werden. Der Kitzel der Ungewissheit schafft ein unvergessliches Erlebnis.

- Der 221. Blaue Montag am 2. Dezember 2024
- Der 222. Blaue Montag am 3. Februar 2025
- Der 223. Blaue Montag am 7. April 2025
- Der 224. Blaue Montag am 2. Juni 2025
- Der 225. Blaue Montag am 6. Oktober 2025
- Der 226. Blaue Montag am 1. Dezember 2025

Marcelini und Konrad A.



Er hängt seit 1950 als Wappentier im Deutschen Bundestag. So viele Jahre in der aktiven Politik tätig zu sein, hinterlässt natürlich seine Spuren. Die Fähigkeiten des Tierpsychologen Marcelini haben sich herumgesprochen und aus diesem Grund ist Konrad für eine kurze Auszeit zu ihm gekommen. Er kann endlich einmal aussprechen, was ihm auf der Seele brennt, und er plaudert aus dem Nähkästchen der Bundepolitik – streng vertraulich natürlich!

Linda Sander



Mit dem wilden und leidenschaftlichen Act hat die Künstlerin sich auf dem artistischen Markt behauptet. Verschiedene Fassungen mündeten in ein atemberaubendes, qualitativ hochwertiges und ergreifendes Gesamtkunstwerk. Abwechselnd treten Kraft und Dynamik wunderschönen sanften Bewegungen gegenüber.

Infos und Tickets unter

<http://www.der-blaue-montag.de/>

Zusammenstellung und Einleitung: Ed Koch

Die Fotos wurden von den Künstlerinnen und Künstlern zur Verfügung gestellt

Der nächste paperpress-Newsletter erscheint am 22. September 2024

05) Hinter den Fassaden. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-20

16. September 2024

49. Jahrgang

Hinter den Fassaden

„Wer die Vergangenheit nicht kennt, ist dazu verurteilt, sie zu wiederholen.“ Dieser Satz des spanischen Philosophen **George Santayana** (1863-1953) mahnt eindringlich, das Gedenken an die Vergangenheit nicht zu vergessen. Es wird viel dafür getan, in den Medien, in der Literatur, durch die Landeszentralen für politische Bildung und durch freie Träger, die sich des Themas angenommen haben. Dass in den Schulen die Aufarbeitung der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 ausreichend thematisiert wird, darf jedoch bezweifelt werden.

Wir leben heute, 79 Jahre nach Ende der Naziherrschaft, in einer Zeit, in der eine faschistische Partei Zulauf erhält, die „endlich diesen irren Schuldskult aus Deutschland verbannen“ will. „Die Partei fordert, dass endlich Schluss ist - Schluss mit dem Erinnern an die deutschen Verbrechen, an den Holocaust.“

Quelle: NDR Panorama

Tempelhof, von 1920 bis 2000 eigenständiger Berliner Bezirk, mit den Ortsteilen Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade, wurde häufig als „Kulturwüste“ verspottet. Kulturelle Aktivitäten, bis hin zur Erinnerungskultur, fanden eher im Kleinen statt. Ende der 1970er Jahre begannen Jugendliche in einer städtischen Freizeiteinrichtung am Mariendorfer Damm, sich mit der Geschichte der Nazi-Herrschaft zu beschäftigen. Unterstützt wurden sie von zwei Zeitzeugen, die wegen ihres Widerstands gegen die Naziherrschaft zeitweise im KZ Sachsenhausen einsaßen. Da beide aus dem kommunistischen Widerstand kamen, war allein diese Tatsache dem damals konservativ verwalteten Jugendamt suspekt.

Emil Ackermann (1902-1997) war kurz nach dem Krieg Pressesprecher des Bezirksamtes Tempelhof. Aufgrund seines politischen Hintergrunds allerdings nicht lange. Der beginnende „Kalte Krieg“, bei dem aus Verbündeten Gegner wurden, weil der Westen wie der Osten das zertrümmerte Deutschland nach ihren Vorstellungen wieder aufbauen wollten, stand dem im Wege. Das Ergebnis kennen wir: Seit 1949 die von den Westalliierten getragene Bundesrepublik Deutschland, und 1949 bis 1990 der sowjetische Bruderstaat Deutsche Demokratische Republik.

Auch **Wolfgang Szepanskys** (1910-2008) Beginn im neuen Deutschland als Lehrer währte nicht lange. Auch ihm wurde seine kommunistische Vergangenheit zur Last gelegt und ausgerechnet von einem Schulrat in Tempelhof entlassen, der sich im so ge-

nannten Dritten Reich einen Namen als glühender Verfechter der Nazi-Ideologie gemacht hat. Während viele Ex-Nazis schnell wieder eingewaschen in die neue Gesellschaft integriert wurden, sah das bei Menschen mit kommunistischem Hintergrund anders aus. Man sah die kommunistischen Widerstandskämpfer als größere Bedrohung an als diejenigen, die **Adolf Hitler** willfährig hinterhergelaufen sind.

Für die Jugendlichen in ihrer Mariendorfer Freizeistätte war es vor allem wichtig, mit zwei authentischen Widerstandskämpfern zusammenzuarbeiten. Das umfangreichste und intensivste Projekt, das gemeinsam gestaltet wurde, war und ist die Rundfahrt zu Stätten des Naziterrors und Widerstands in Tempelhof. Der Ausgangsgedanke war, herauszufinden, was sich hinter den Fassaden der Gebäude in Tempelhof zwischen 1933 und 1945 abgespielt hat. Nach intensiven Recherchen kamen viele Gräueltaten der Nazis ans Licht, vor allem aber auch die Aktivitäten des Widerstands von Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Protestanten und Katholiken.



Am 14. September 1980 fand die erste Rundfahrt statt, an der auch **Wolfgang Szepansky** und **Emil Ackermann** teilnahmen. Mit dabei war auch der Jugendliche **Uwe Januszewski**, der federführend das

Konzept der Rundfahrten entwickelt hatte. Fast auf den Tag genau, am 15. September 2024, begleitete er, wie bei allen anderen zuvor, auch die 69ste Rundfahrt. Nach dem Tod der beiden Zeitzeugen erklärt er allein, was an den 37 Stationen durch die vier Ortsteile damals geschehen ist.



Unter den 45 Teilnehmenden der Fahrt befanden sich auch der SPD-Abgeordnete **Lars Rauchfuß** (Mitte) sowie die SPD-Bezirksverordnete **Manuela Harling** und ihr Mann Jens.

In der Rückschau auf die 44 Jahre Geschichte der Rundfahrt muss festgestellt werden, dass es vor allem die Sozialdemokraten in der Tempelhofer Kommunalpolitik waren, die das Projekt unterstützten. Erinnerung ist lediglich die Teilnahme eines CDU-Bezirksverordneten in viereinhalb Jahrzehnten.

1



Veranstaltet werden die Rundfahrten vom Paper Press e.V. in Kooperation mit der Initiative Stolpersteine an der B 96 e.V. Den wesentlichen Anteil daran, dass die Fahrten kostenlos angeboten werden können, hat die **Bruno-und-Else-Voigt-Stiftung**.



Die Zeitreise beginnt am Flughafen Tempelhof, einem der Nazibauten für die „Ewigkeit“.



Gleich um die Ecke befand sich das KZ-Columbiahaus, an das heute nur noch eine Stele gegenüber des alten Standorts erinnert, die auf Initiative des früheren Volksbildungsstadtrats von Tempelhof, **Klaus Wowereit**, errichtet wurde.

Weiter geht's vorbei an einem Gewerkschaftshaus des Druckerverbands an der Dudenstraße. Es steht exemplarisch dafür, in welcher Geschwindigkeit die Nazis nach der Machtübernahme alles vernichteten, was ihrer Ideologie im Wege stand.

In der Methfesselstraße, die von der Dudenstraße abgeht, befand sich eine Brauerei, an deren Wand der Malergeselle und Mitglied des kommunistischen Jugendverbands **Wolfgang Szepansky** am 11. August 1933 schrieb: „Nieder mit Hitler! KPD lebt! Rotfront!“ Obwohl er mit dem Fahrrad noch wegfahren wollte, wurde er gefasst und in das KZ Columbiahaus

zum Verhör gebracht. Heute erinnert eine Gedenktafel an die „Tat.“

Weiter geht es vorbei am Folterkeller der SA an der General-Pape-Straße am Bahnhof Südkreuz bis zum Rathaus Tempelhof. Die Grundsteinlegung fand am 20. April 1936, dem Geburtstag von **Adolf Hitler**, mit einem großen Festakt statt.



Der Bau ist Zeugnis der nationalsozialistischen Bauweise mit Ornamenten in Hakenkreuzform, einer Ehrenhalle, einem Glockenturm mit großem Balkon über dem Eingang. Dieser so genannte Führerbalkon wurde in den sechziger Jahren im Rahmen der Neugestaltung des Eingangsbereichs mit einem Erweiterungsbau abgerissen. 1945/46 befand sich im Eingangsbereich eine Gedenktafel für die Kämpfer gegen Faschismus und Krieg mit dem Titel „Die Toten Mahnen“. Die mit vielen Namen versehene Tafel wurde im Rahmen des *Kalten Krieges* zwischen Ost und West entfernt. So viel zum Thema Erinnerungskultur.

Die Fahrt führt vorbei an vielen Stationen, wo hinter den Fassaden Widerstand geleistet wurde und wo die Nazierrschaft ihre dreckige Fratze zeigte, nicht zuletzt am Beispiel des Ullsteinhauses. 1934 wurde die jüdische Verleger-Familie Ullstein gezwungen, ihr Unternehmen zu verkaufen. 1937 verdrängt das NS-Regime den Namen Ullstein aus der Öffentlichkeit.

Auch das Eckener-Gymnasium in Mariendorf ist geschichtsträchtig. Die Aula in der Schule benutzten beide Arbeiterparteien und ihre Organisationen für kulturelle Veranstaltungen. Hier trug **Erich Weinert** seine Gedichte vor, traten **Ernst Busch** und **Hans Eisler** auf. In der Zeit der Weimarer Republik zeigten Arbeiter-Theater-Gruppen hier ihre Programme. Am 18. Juni 1945 konstituierte sich in der Aula der Jugendausschuss Tempelhof, den man als Vorläufer für alle späteren Jugendorganisationen ansehen kann.



Neben dem Flughafen und dem Rathaus Tempelhof gibt es noch ein weiteres monumentales Bauwerk, ausgerechnet eine Kirche. Die Martin-Luther-Gedächtniskirche in Mariendorf wurde zwischen 1933 und 1935 gebaut und ist innen mit nationalsozialistischer Symbolik „verzieren“, was dazu führte, dass sie heute nicht mehr als Gotteshaus dienen darf.

Weiter geht es durch Marienfelde vorbei an Widerstandsnestern im Fritz-Werner-Werk und dem Werk der Daimler Benz AG bis zu einem Zwangsarbeiterlager an der Benzstraße.



Am Bornhagenweg in Lichtenrade befand sich zwischen 1943 und 1945 ein Außenlager des KZ Sachsenhausen, wo Häftlinge aus verschiedenen Nationen gefangen gehalten wurden. Sie mussten Zwangsarbeit in Berliner Betrieben und Privathaushalten leisten und wurden auch zu Bombenentschärfungen herangezogen. An das Lager erinnert heute ein Mahnmal, das auf Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof 1987 aufgestellt wurde. Eine in den Himmel ragende Bahnschiene wird von einem Sockel aus Granit und Marmor gehalten. Die Schiene symbolisiert den Transport der Häftlinge nach Auschwitz. „Erinnern und nicht vergessen“ steht auf dem Sockel zum Gedenken an die Opfer.

Foto: Uwe Januszewski und Ruth Zantow von der Projektgruppe Lichtenrade in der Berliner Geschichtswerkstatt, legten ein Blumengebinde am Mahnmal nieder. **Ruth Zantow** begleitete die Fahrt durch Lichtenrade. Nach rund drei Stunden, vorbei an weiteren bemerkenswerten Orten, wo Widerstand geleistet wurde, endet die Fahrt immer dort, wo für Berlin der Zweite Weltkrieg und damit die Naziherr-

schaft endeten, am Haus Schulenburgiring 2 in der Nähe des Flughafens Tempelhof. In diesem Haus befanden sich im April 1945 zwei Stäbe der Sowjetarmee. Vom Erdgeschoss aus leitete General Tschuikow von der 8. Gardearmee und von der 1. Etage aus General Katukow von der 1. Panzerarmee die Kämpfe, die nur noch im Zentrum Berlins tobten.



Dr. Lea Hartung berichtete vor dem Haus über die historischen Abläufe. In der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1945 wurde der deutsche Infanteriegeneral Krebs in dieses Haus gebracht, um über die Feuer-einstellung zu verhandeln. General Krebs verweigerte die bedingungslose Kapitulation. Er bemühte sich vergebens General Tschuikow zu einem gemeinsamen Kampf gegen die Westalliierten zu gewinnen. Er zog unverrichteter Dinge ab. Am Morgen des 2. Mai 1945 wurde dann General Weidling, Befehlshaber der Verteidigung Berlins, in dieses Haus gebracht.



Der General unterzeichnete dann den folgenden Kapitulationsbefehl:

„Am 30. April um 4.45 Uhr beging der Führer Selbstmord und ließ uns, die wir ihm den Treueeid leisteten, allein. Laut Befehl des Führers solltet ihr den Kampf um Berlin fortführen, trotz Mangel an schweren Waffen und Munition, trotz der aussichtslosen Position, die den Kampf eindeutig sinnlos macht. Jede weitere Stunde des Kampfes vergrößert die schweren Leiden der Zivilbevölkerung Berlins. Jeder der im Kampf um Berlin fällt, bringt ein unnötiges Opfer. Im Einvernehmen mit dem Oberkommando



der sowjetischen Truppen fordere ich euch auf, den Kampf unverzüglich einzustellen". Dieser Befehl wurde in der Innenstadt verteilt und verlesen. Damit endete eine knappe Woche vor der bedingungslosen Kapitulation in Karlshorst, in Tempelhof am 2. Mai 1945 der Krieg in Berlin.



Anders als dies noch 1980 der Fall war, musste sich der Bus an vielen Hindernissen vorbeischlängeln. An einigen Stationen war wegen Bauarbeiten ein Aussteigen nicht möglich.

Die Fahrt zeigt deutlich, wie schwer man es sich, auch auf kommunaler Ebene, mit der Erinnerungskultur macht. Lange hat es gedauert, ehe **Wolfgang Szepansky** und seine Frau **Gerda** eine Würdigung im Bezirk erfahren haben. Herausgekommen ist eine sandige Promenade am Teltowkanal.

Ein Beispiel ist auch die Geschichte von **Eva-Maria Buch**, die am 31. Januar 1921 zur Welt kam und bei ihren Eltern im Hochfeilerweg in Mariendorf wohnte. Sie studierte als gläubige Katholikin Sprach- und Dolmetscherwesen an der Lehranstalt der Ursulinen in Kreuzberg. Sie arbeitete als Buchhändlerin. Aus religiöser Überzeugung wandte sie sich gegen die Verbrechen der Nazis. Aktiv wurde sie, als sie den Kommunisten **Wilhelm Guddorf** kennenlernte. Als Mitglied der Schulze-Boysen-Harnack Widerstandsgruppe übersetzte sie Aufrufe und Informationen in französischer Sprache, die illegal an Zwangsarbeiter in Rüstungsbetrieben verteilt wurden.

Am 11. Oktober 1942 wird sie zuhause verhaftet. Nach ein paar Tagen kann sie wieder nach Hause und sollte der Gestapo als „Lockvogel“ für den flüchtigen Guddorf dienen. Als dieser in der elterlichen Wohnung anrief, gelang es Eva-Maria ihn zu warnen. Guddorf wurde jedoch ein paar Tage später verhaftet und zusammen mit Eva-Maria Buch vor Gericht gestellt. Zusammen mit elf weiteren Angeklagten wurden sie zum Tode verurteilt. Guddorf wurde am 13. Mai 1943 im Zuchthaus Plötzensee enthauptet. Eva-Maria Buch erlitt am 5. August 1943 das gleiche Schicksal, nachdem eine Begnadigung von Hitler am 21. Juli 1943 abgelehnt wurde.

Ihren Mut bewies die 22-jährige auch vor Gericht. Als sie vom Richter gefragt wird, ob sie ihre Freunde zur Anklage gebracht hätte, wenn sie deren staatsfeind-

liche Aktionen erkannt hätte, sagte sie: „Nein, dann wäre ich ja so niederträchtig und verdorben, wie Sie mich hier hinstellen möchten.“

Nach jahrelanger politischer Auseinandersetzung, insbesondere mit der bezirklichen CDU, konnten die Initiatorinnen des **Tempelhofer Frauenmärzes** durchsetzen, dass der Bezirk die Hauptstelle der Bibliothek in der Götzstraße nach Eva-Maria-Buch benannte. Heute erinnert auf Initiative des **Vereins Stolpersteine an der B 96 e.V.** ein Stolperstein vor ihrem Elternhaus an Eva-Maria Buch.

Ihr Abschiedsbrief an die Eltern vom 5. August 1943 ist erhalten geblieben:

*Meine liebsten beiden, geliebte Eltern!
Ich habe mich so sehr gefreut über Euren Brief, den ich gestern noch erhielt, den allerletzten Gruß von Euch. Nun heißt es tapfer sein. Wir müssen uns jetzt trennen. Meine beiden, Ihr, dass ich Euch diesen ärgsten Kummer nicht ersparen konnte! Aber es ist doch alles gut so, wie es kam. Es war so ein unseliger Zwiespalt in mir, das Erleben der letzten Monate brachte die Lösung.*

Nun ist alles Ruhe und Freude. Meine Gedanken waren schließlich wieder ganz bei Euch. Eure Treue hat mich tief gerührt. Tausend Dank dafür und für alle Liebe, die Ihr mir gabt. Ich war sehr, sehr froh in der letzten Zeit. Verzeiht mir, mein Mamale, mein Vaterle. So vieles muss nun auf immer unausgesprochen bleiben, ich muss tief in Eurer Schuld bleiben und hätte doch gern noch wiedergutmacht. Aber gelt, wir gehören zusammen, und ich bleibe immer in Eurer Mitte. –

So lieb hab' ich Euch, so lieb und möchte Euch küssen und streicheln und trösten. Grüßt mir alle lieben Menschen! Auf ein frohes Wiedersehen im anderen Leben. Wartet ab in Geduld, bis auch Ihr gerufen werdet.

Bis zum letzten Atemzuge, Eure Putte

Wer Interesse an dem Rundfahrtplan mit der Beschreibung der einzelnen Stationen hat, sende uns bitte eine Mail. Wir senden Ihnen die Unterlagen gern zu.

Die 70ste und damit Jubiläumsrundfahrt findet, so der Plan, anlässlich des 50-jährigen Bestehens von paperpress im September 2026 statt.

Ed Koch

Fotos: **Marlies Königsberg**
Quelle: Manuskript der Rundfahrtstationen

06) KW 37 (09. bis 15.09.2024) – Einfach mal „sorry“ sagen. Von Ed Koch



KW 37

Einfach mal „sorry“ sagen



Foto: Ed Koch

Zuerst möchten wir **Kai Wegner** zur Vollendung seines 52sten Lebensjahres gratulieren. Wie seine Vorgänger **Klaus Wowereit** und **Michael Müller** hat er die Berliner Verwaltung nicht davon überzeugen können, zeitnahe Termine beim **Bürgeramt** einzurichten. Seine kecke Zusage bei der Amtsübernahme im April 2023, bis Jahresende dafür zu sorgen, dass es innerhalb von 14 Tagen Termine gibt, musste er zurückziehen. Bis heute ist das Versprechen nicht eingelöst worden. Etwas verklausuliert hat Wegner wenigstens sorry gesagt.

Aber, es gibt auch Erstaunliches zu berichten. Aus Tempelhof, wo das Bürgeramt von Wegners Parteifreund **Matthias Steuckardt** verantwortet wird. Ein Mitbürger seines Bezirks hatte dreifach Pech. Schlaganfall, beim Hinfallen den Arm gebrochen und beim Aufenthalt im Krankenhaus den Personalausweis geklaut, inklusive Geldbörse mit 80 Euro. Ein persönliches Erscheinen beim Bürgeramt war nicht möglich, weil der Betroffene noch nicht wieder laufen und die Wohnung verlassen kann. Steuckardt arrangierte einen Besuch der Polizei beim mehrfach Geschädigten. Zwei Beamte brachten alle erforderlichen Unterlagen mit, die unterschrieben werden mussten, fuhren damit zum Bürgeramt, wo der Ausweis erstellt wurde, und lieferten diesen rund zwei Stunden später bei ihm ab, nicht ohne ein paar freundliche Worte zu wechseln. Was soll man sagen? So macht Verwaltung Spaß!

Gegendarstellungen sind für jedes Medium unangenehm, obwohl irren doch so menschlich ist. Viele Medien meinen allerdings, dass kühn behauptet die Recherche ersetzt. So lasen wir in dieser Woche: „Im Tagesspiegel Checkpoint von Mittwoch, den 04.09.2024 heißt es: „... Hoffest beim Regierenden

Bürgermeister ... Gegen 22:30 haben es dann auch Iris Spranger und ihr Mann Jörg Stroedter geschafft ... und steuern schnurstracks den Stand der Spielbank an.'



Beim Hoffest 2023 – Foto: Ed Koch

Hierzu stellen wir fest: Wir trafen bereits gegen 19.30 Uhr beim Hoffest ein und steuerten auch nicht den Stand der Spielbank an. Vielmehr haben wir den Stand der Spielbank nicht aufgesucht.“
Berlin, 09.09.2024

Iris Spranger und Jörg Stroedter

Da fragt man sich natürlich, ob wenigstens die folgende Meldung aus dem Checkpoint stimmt: „Kurz vor Mitternacht leert sich langsam der Außenbereich. An einem Tisch sitzen noch **Klaus Wowereit** und **Antje Kapek** zusammen. Die frühere Fraktionsvorsitzende der Grünen prophezeit dem Ex-Regierenden Bitt-Demos vor seiner Wohnung, auf dass er 2026 nochmal antreten möge.“ Oder haben Kapek und Wowereit die Meldung einfach nicht gelesen oder ignoriert? Wie auch immer, unter der Gegendarstellung fehlt ein ganz entscheidendes Wort: Sorry! Warum kann man sich für einen Fehlgriff nicht entschuldigen. Muss man sich so verhalten wie **Donald Trump**?

Wer müsste im nächsten Fall „Sorry“ sagen? „Je 241 Euro Bußgeld mussten Klima-Aktivistinnen der **Letzten Generation** für Straßenblockaden zahlen. Das Oberverwaltungsgericht hat nun in einem Fall entschieden, dass das rechtswidrig ist. Das Urteil könnte für Berlin teuer werden.“, meldete der **rbb**.

„Wie eine Gerichtssprecherin dem **rbb** am Freitag bestätigte, wurde in einem Fall die Gebühr zu Unrecht erhoben, weil der Bescheid auf eine falsche Rechtsgrundlage gestützt war. Es ging um die Zahlung von 241 Euro für eine Straßenblockade, bei der der Betroffene von der Straße losgelöst und weggetragen wurde.“



Dieser Fall sage aber noch nichts über andere Gebührenbescheide aus, so die Gerichtssprecherin. Sollten diese allerdings mit der gleichen Begründung ergangen sein, wären auch sie rechtswidrig. Der Verein ‚Rückendeckung für eine aktive Zivilgesellschaft‘, der nach eigenen Angaben die Verwaltungsklage auf den Weg brachte, rechnet nun damit, dass das Land Berlin rund 300.000 Euro an Aktivisten der ‚Letzten Generation‘ zurückzahlen muss.“ Quelle: RadioEins 13.09.24

Vermutlich wird sich auch beim folgenden Fall niemand entschuldigen. Die **Berliner Morgenpost** berichtete über ein **Neubauprojekt in Schöneberg**, das durch das übliche Verwaltungshandeln acht Jahre lang bis zur Fertigstellung gebraucht hat. „Wie viele Krisen müssen überstanden werden, um bezahlbaren Wohnraum in Berlin zu schaffen?“ Gestern fand in der Gotenstraße 46 die Einweihungsfeier statt, an die kaum noch jemand geglaubt hatte.

„2016 wurde in Berlin beschlossen, das Gebiet zwischen den S-Bahnhöfen Südkreuz und Schöneberg, auch Schöneberger Linse genannt, weiterzuentwickeln und zu bebauen. Der Plan sah den Bau tausender Wohnungen sowie zahlreicher Büro- und Gewerbeflächen vor. Eines der Grundstücke innerhalb der Schöneberger Linse wurde vom Berliner Senat an das Genossenschaftsprojekt **Blaue Insel eG** vergeben – sie erhielt den Zuschlag für die Planung und den Bau auf dem Grundstück.“

Soweit der Plan. Es folgten ein vom Abgeordnetenhaus verursachter Baustopp in dessen Folge sich die Kosten erhöhten. „Als eines der ersten Projekte sollte die **Blaue Insel eG** die neue Genossenschaftsförderung des Senats in Anspruch nehmen können. Das Problem: Die ausgezahlte Summe war viel niedriger als ursprünglich vom Berliner Senat angekündigt. Das zweite Problem: Bis zum Abschluss des Fördervertrags sollten 22 Monate vergehen. Also wieder warten. Der Baubeginn verzögerte sich erneut und durch den Krieg in der Ukraine und die Inflation wurde Bauen deutlich teurer. Die Verzögerung des Baubeginns sollte die Genossenschaft am Ende eine sechsstellige Summe kosten, auf der sie allein sitzen blieb.“

Und bevor es dann losgehen konnte, hatten sich zwischenzeitlich die Brandschutzregelungen verändert. So gibt es auf der einen Seite des Hauses schöne Balkone, die die Bewohner nicht nutzen dürfen. „Nicht einmal ein Blumenkasten darf dort stehen.“ Der Grund: „Im Falle eines Feuers, soll die Feuerwehr dort ihre Leitern anlegen können. Geplant war dies aber eigentlich für die andere Seite des Hauses,

zur Straße hin, wo keine Balkone installiert wurden. Hier kann die Feuerwehr aber nicht ihre Leitern anlegen, weil dort eine Baustelle ist, die seit Jahren keine mehr sein sollte, aber noch für mindestens zwei Jahre eine bleiben wird.“ „Trotz aller Widrigkeiten konnten mittlerweile alle 50 Wohnungen bezogen werden, 37 davon als Genossenschaftswohnung und 13 davon als Sozialwohnung.“ Dit is Berlin.



Screenshot Phoenix

Ob die Abgeordneten entschuldigt fehlten, wissen wir nicht. Das Interesse an den **Haushaltsberatungen** im Bundestag war in dieser Woche überschaubar. Lediglich beim Thema Migration bemühten sich ein paar mehr Volksvertreter in den Plenarsaal.

Nicht entschuldigen musste sich in dieser Woche der Ministerpräsident Brandenburgs **Dietmar Woidke** für seine Entscheidung, **Olaf Scholz** nicht im Wahlkampf auftreten zu lassen. Von der Ausgangslage für die SPD im Mai mit 19 Prozent, steht Woidkes Partei jetzt bei 26 Prozent, nur noch einen Punkt hinter der AfD. Die CDU ist in derselben Zeit von 19 auf 16 Prozent abgerutscht. Woidke könnte es also knapp schaffen, als Erster durchs Ziel zu laufen.

Woidke erhielt unerwarteten Zuspruch aus Sachsen. CDU-Ministerpräsident **Michael Kretschmer** hat sich nämlich für einen Wahlerfolg von **Dietmar Woidke** ausgesprochen. Er verwies auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit beider Länder. Das sagte Kretschmer vor dem Hintergrund des aktuellen Kopf-an-Kopf-Rennens zwischen AfD und SPD zehn Tage vor der Brandenburg-Wahl am Freitag dem **Tagesspiegel**: „Ich wünsche mir, dass **Dietmar Woidke** gewinnt, am Ende den Kopf vorne haben wird. Und ich bin mir sicher, dass das genauso werden wird.“ Für diese Aussage muss sich Kretschmer wahrlich nicht entschuldigen.

Kommen Sie gesund durch die KW 38, und, wenn Sie sich mal irren, sagen Sie bitte einfach „sorry!“

Ed Koch

07) Halb und Halb. Von Ed Koch



Halb und Halb



Zuerst die gute Nachricht. Da man diese Stadt, dieses Land und diese Welt nur noch im Suff ertragen kann, verlosen wir sechs Mampe Shots zur Aufheiterung der einsetzenden Herbstdepression.

paperpress@berlin.de

Keine Angst, wir geben die Kontaktdaten nicht an Ihre Krankenkasse weiter.

Nun zu dem, was wir in dieser Woche in einem Beitrag von **Lukas Kuite** in der **Berliner Zeitung** gelesen haben. „Deutschland ist kaputt“: Berliner Unternehmen Mampe will in Thailand produzieren. Berlins ältester Spirituosenhersteller Mampe verliert in der Hauptstadt nur Geld und ist genervt von der „lähmenden Bürokratie“.

<https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/berliner-unternehmen-mampe-will-in-thailand-produzieren-fi.2245296>

„Mampe ist ein deutscher Spirituosen-Hersteller, dessen Ursprünge auf die Entwicklung des Magenbitters Bittere Tropfen im Jahr 1831 zurückgehen. Von 1890 bis ca. 1980 genoss die Marke einen hohen Bekanntheitsgrad. Zur wirtschaftlichen Hochzeit des Unternehmens wurden 70 Sorten Liköre, Weinbrände und andere Spirituosen in über 11.000 Verkaufsstellen vertrieben.“ Diese Zeiten sind zwar vorbei, aber Mampe gibt es immer noch. Früher war es in Berlin üblich, nach einem guten Essen im Restaurant einen Mampe Halb und Halb zu bestellen, heute bekommt man einen Ramazzotti, Ouzo oder Julischka angeboten.

Alle Artikel sind online bestellbar, viel schöner ist es natürlich, den Hofladen Am Tempelhofer Berg 6 in Kreuzberg zu besuchen, montags bis freitags von 10 bis 18 Uhr. www.mampe.de

Kleine Unternehmen sind auf Zuneigung und Zuwendung ihrer Freunde angewiesen. Mampes Freunde dürfen sich „Steinhaber“ nennen. Sie erwerben symbolisch einen Stein in der großen Wand, auf den dann eine Platte mit dem Namen des Spenders angebracht wird. Die Steinhaberschaft gibt es ab 99 Euro. „Neben der jährlichen Einladung zur STEINACHTS-FEIER erhält jeder STEINHABER 15% Einkaufsrabatt

in unseren Shops. Und natürlich eine wertig gemachte Urkunde für zu Hause.“



Der Stein des Autors befindet sich etwa im roten Kreis.
Foto: Andie Kraft

Die Geschichte der Likörfabrik hat viele Hochs und Tiefs erlebt, aber irgendwie fanden sich immer wieder Idealisten, die mit Mut und Energie weitermachten. Das Problem des Unternehmens ist aber nicht die Nachfrage, sondern die Stadt Berlin. „Wir bauen gerade Produktions- und Lagerhallen in Marzahn auf, am Pyramidenring 10 für Mampe und für das DDR-Museum.“, berichten die Geschäftsführer **Tom Hölzner** und **Quirin Graf Adelman** der Berliner Zeitung. „Man habe anderthalb Jahre auf einen Wasseranschluss gewartet. Das müsse man sich mal vorstellen: „Wir sind in der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland und in Marzahn, mitten im Urbanismus und im Gewerbegebiet. Und bekommen anderthalb Jahre keinen Wasseranschluss. Das ist doch krank!“ Zuvor habe man über ein Jahr darauf gewartet, einen Stromanschluss zu bekommen und zwei Jahre für die Baugenehmigung gebraucht. Woran liegt das? „Die Leute arbeiten nicht in der Baubehörde, und da fängt es eben an: Die Kombination zwischen wachsender Bürokratie und sinkender Verwaltungsleistung trotz immer mehr Beschäftigten im Öffentlichen Dienst.“ „Da fragt man sich schon, ob man in Deutschland als Unternehmer überhaupt noch willkommen ist.“

Die Alternative heißt Thailand. Dort will Mampe demnächst produzieren und seine Liköre anbieten. „Die Thailänder sind hungrig, die haben Bock zu wachsen.“ Treffen wir uns also demnächst in Bangkok und vielleicht noch in Berlin. Eben Halb und Halb.

Ed Koch

08) Dekarbonisierung. Bitte weiterlesen! Von Ed Koch



Dekarbonisierung

Bitte weiterlesen!

Die Überschrift ist das Wichtigste an jedem Artikel. Sie entscheidet darüber, ob man weiterliest. Vielleicht würden wir den Klimawandel ernster nehmen, wenn die Begriffe handlicher wären. „Die Welt am Abgrund! Wir müssen handeln!“ So müsste eigentlich die Überschrift lauten. Nähern wir uns also der Frage, ob und wenn ja, wie diese Welt noch zu retten ist.

Dabei spielt die Reduzierung der CO₂-Emissionen eine existenzielle Rolle. Und Dekarbonisierung bedeutet genau das, nämlich den Schadstoffausstoß zu reduzieren, „mit dem langfristigen Ziel, sektorübergreifend keine Treibhausgasemissionen mehr auszustoßen. Im Begriff Dekarbonisierung steckt das Wort ‚Karbon‘, das für Kohlenstoff steht.“

Und noch ein Satz aus dem Lexikon zum Merken: „Kohlenstoff gelangt im Wesentlichen durch die Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Erdgas und Erdöl in die Atmosphäre und treibt den Klimawandel durch den Treibhauseffekt an. Über die Verringerung der Emissionen trägt die Dekarbonisierung direkt dazu bei, die Erderwärmung einzudämmen und langfristige klimatische Veränderungen abzuschwächen. Das globale Klimaziel besteht darin, die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.“

Dankenswerterweise gibt es Unternehmen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, dieses Ziel zu erreichen. Noch ist also die Welt nicht verloren. Darüber diskutierten am 12. September rund 600 Fachleute im Gasometer des Schöneberger **EUREF-Campus SPIE**. Gastgeber war die französische Gesellschaft **SPIE**. Das Unternehmen beschäftigt rund 18.000 Mitarbeitende in Deutschland, Österreich, Polen, Ungarn, der Slowakei und Tschechien. Allein in Berlin sind 864 Mitarbeitende und 71 Auszubildende tätig.

SPIE ist ein modernes, innovatives Unternehmen mit einer langen beeindruckenden Geschichte, nachzulesen bei Wikipedia. Die Buchstaben SPIE bedeuten „Société Parisienne pour l'Industrie Electrique“ (Pariser Gesellschaft für die Elektroindustrie) und wurde 1900 zur Weltausstellung in Paris gegründet, um die Métro Paris zu elektrifizieren.

„Das Unternehmen bietet heute technische Dienstleistungen rund um die Planung, Errichtung, Betrieb und Instandhaltung im Rahmen der Energiewende sowie der digitalen Transformation seiner Kunden an. Die SPIE Gruppe bündelt die Aktivitäten in:

Dienstleistungen in der Mechanik und Elektrotechnik, Dienstleistungen für Informationstechnik und Kommunikationstechnik, Technisches Facility Management sowie Energieübertragungs- und Verteilungsdienstleistungen.“



Pariser Métro um 1930 – Foto: Wikipedia

SPIE sorgt auf dem EUREF-Campus Berlin für das technische Facility Management. Und in diesem Jahr zieht SPIE auf den neuen **EUREF-Campus Düsseldorf**.



„Der EUREF-Campus unterstreicht wie kaum ein anderer Ort die Ausrichtung von SPIE als starken Partner für den Klimaschutz und die Digitalisierung. Denn als größter klimaneutraler Campus Nordrhein-Westfalens wird er schon zur Fertig-

stellung die CO₂-Ziele der Bundesregierung für das Jahr 2045 erfüllen. Wir versprechen uns hier viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit und des Austauschs mit Akteuren aus Unternehmen, Start-ups, Wissenschaft und Forschung. Dienstleistungen für eine kohlenstofffreie Wirtschaft sind das Kerngeschäft von SPIE. Deshalb verstehen wir uns als Teil der Lösung für eine nachhaltige Zukunft. Der EUREF-Campus Düsseldorf unterstreicht wie kaum ein anderer Ort diese Ausrichtung von SPIE.“, sagt **Markus Holzke**, Geschäftsführer von SPIE Deutschland & Zentraleuropa.

Mit dem Format „SPIE on tour“ ist das Unternehmen bundesweit unterwegs, um seine Dienstleistungen bestehenden und neuen Kunden vorzustellen. Am 12. September stand Berlin auf dem Tourneepplan, und als Location wurde natürlich der EUREF-Campus in Schöneberg ausgewählt.



In Vorträgen wurden u.a. folgende Themen behandelt: „Lösungen für eine klimafreundliche und digitale Zukunft“, „Nachhaltigkeit in der Immobilienwirtschaft“, „Digitalisierung als Treiber der Energiewende“, „Vom Windkraftwerk ins Übertragungsnetz“, „Trends im Kommunikationsbereich - was treibt den Wandel wirklich an?“ und „Mobilfunk heute und in Zukunft.“

In Berlin ist SPIE u.a. für die **Berliner Energie und Wärme BEW, 50Hertz, Vattenfall, Siemens**, das **Pergamon Museum, Stromnetz Berlin** und den **EUREF-Campus** tätig. Ganz aktuell hat das **Auswärtige Amt** vorzeitig den Vertrag für die nächsten fünf Jahre verlängert. *Bereits seit knapp 20 Jahren ist SPIE für das Außenministerium tätig und verant-*

wortet das Technische Facility Management für nahezu alle gebäudetechnischen Anlagen der Immobilie, in der rund 3.000 Personen arbeiten.“



Über so viel Zuspruch freut sich besonders der CEO und Chairman der SPIE-Gruppe **Gauthier Louette**.

Auf den 186.000 Quadratmetern des Ministeriums sorgt SPIE neben dem reibungslosen Betrieb der Gebäudeleittechnik für die Wartung, Inspektion und Instandsetzung der raumlufttechnischen Anlagen, der Heizungs-, Sprinkler-, Tür-, Kälte-, Aufzugs-, Netzersatz-, Elektro- und Sanitäranlagen sowie der Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik.

Dafür steht ein 21-köpfiges Team des Multitechnik-Dienstleisters rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr zur Verfügung.



Die EUREF-Vorstände **Karin Teichmann, Reinhard Müller** und **Kevin Hauert** sind SPIE dankbar dafür, dass auf dem Campus in Berlin alles so gut funktioniert. Vor allem aber freuen sie sich darüber, in einer Woche das Richtfest und die Eröffnung des EUREF-Campus Düsseldorf feiern zu können, wo schon ein paar Bäume gepflanzt wurden.



Fotos: Ed Koch – Düsseldorf: EUREF

Ed Koch

09) Drachen über Tempelhof



paperpress

seit 1976



Nr. 629-14

10. September 2024

49. Jahrgang

Drachen über Tempelhof



Foto: STADT UND LAND

Das laute „Go“ von **Martina Mayr** ist weithin zu hören, wenn das **Team 4-Line** mit ihren Drachen auf dem Tempelhofer Feld übt. Das muss auch so sein, denn sie hat in dem Viererteam den Hut auf, alle hören und reagieren auf ihr Kommando.

Beim 11. STADT UND LAND-Festival der RIESENDRACHEN am **Samstag, dem 21. September 2024**, will die Gruppe mit ihren Revolution-Drachen zeigen, was den Formationsflug so aufregend macht. Zwischen **11:00 und 20:00 Uhr** werden rund 80 professionelle Drachenpiloten ihre selbstgenähten RIESENDRACHEN in die Luft steigen lassen.



Facebook Team 4-Line

„Bis zu zwölf Monate vergehen bis wir eine neue Kür-Choreografie so gut gemeinsam fliegen können, dass wir sie öffentlich zeigen. Ein Jahr Übung für eine vierminütige Darbietung“, schildert **Tina Mayr** den Prozess, der hinter einer Aufführung steckt. Die Drachen, so genannte Revolution-Drachen, weil sie den Drachenlenksport revolutioniert haben, sind alle selbstgebaut. Die 2,65 Meter hohen Fluggeräte mit 36 Metern Leinenlänge sind ultraleicht, damit sie

auch bei schwierigen Windbedingungen den Drachenpiloten gehorchen und passend zur Musik beeindruckende Bilder an den Himmel zaubern.

Seit zehn Jahren fliegt Tina, wie sie alle nennen, mit ihren drei Teammitgliedern **Stephie, Andy und Roman** gemeinsam. Auf Drachenfestivals im ganzen Land oder auf ihrem Übungsgelände, dem Tempelhofer Feld. „Die Fläche bietet uns alles, was wir brauchen, und hat geniale Windverhältnisse. Ich kenne keinen Platz mitten in einer Stadt, der für Drachenflieger derart optimale Bedingungen bietet, wie das Tempelhofer Feld“, schwärmt **Tina Mayr**. Die Vorfreude auf das größte Familienfest Berlins im September ist schon heute beim **Team 4-Line** genauso groß wie die Riesendrachen.

Erwachsene und Familien mit Kindern sind herzlich eingeladen, beim 11. STADT UND LAND-Festival der RIESENDRACHEN ihre eigenen Drachen mitzubringen und fliegen zu lassen. Ein buntes Rahmenprogramm mit viel Musik und Unterhaltung rundet das Familienfest ab. Für ausreichend Essen und Getränke wird ebenfalls gesorgt.



Quelle: STADT UND LAND

Der Haupteingang Tor 10 ist vom Tempelhofer Damm am besten über den U-Bahnhof Paradenstraße, Ausgang Peter-Strasser-Weg, zu erreichen.

10) KW 36 (02. bis 08.09.2024) – Maybe we could. Von Ed Koch



KW 36 ein persönlicher Rückblick von Ed Koch

Maybe we could

Nach einigen Voraufführungen fand gestern Abend im Europa-Center die Premiere des neuen Programms der **Stachelschweine** statt. Gleichzeitig wurde das 75jährige Bestehen des Traditionskabarets gefeiert.



Mit „*Ich hab´ noch einen Tesla in Berlin*“ ist **Frank Lüdecke** und **Sören Sieg** ein genialer Blick in die Zukunft Berlins des Jahres 2029 gelungen. An vielen Stellen blieb einem das Lachen im Halse stecken, weil man sich leider sehr gut vorstellen kann, dass aus der Fiktion Realität werden könnte, vielleicht noch nicht in fünf Jahren, aber in absehbarer Zeit wohl doch. *Fotos: Ed Koch*

Sahra Wagenknecht ist Bundeskanzlerin und im Hinterkopf hört man **Hildegard Knef** singen „*Von nun an gings bergab.*“ „*Das Käsebrötchen kostet 14 Euro, BASF und Bayer sind nach Asien ausgewandert, VW und BMW gehören zu Tesla. Die Kreditwürdigkeit der Bundesrepublik wurde auf BB heruntergestuft, die Steuern gehen zur Hälfte für Zinszahlungen drauf.*“ Was **Elon Musk** und **Tesla** damit zu tun haben, sollten Sie durch einen Besuch bei den Stachelschweinen herausfinden.

<https://diestachelschweine.de/spielplan>

Seit **Caroline** und **Frank Lüdecke** zum 70sten Jubiläum 2019 das Kabaretttheater **Die Stachelschweine** mit dem 83sten Programm „*Viel Tunnel am Ende des Lichts übernommen haben*“, konnte der Autor dieses Beitrages alle Programme miterleben. In der Tradition der Kabarett-Gründer **Rolf Ulrich**, **Alexander Welbat**, **Klaus Becker** und **Joachim Teege** geben sich auch **Frank Lüdecke** und **Sören Sieg** besonders viel Mühe bei den Titeln ihrer Programme, zum Beispiel: „*Überall ist besser als*

nichts!“ oder „*Steglitz, wir haben ein Problem.*“ Das neue Programm trägt die laufende Nummer 90. Alle bisherigen Programme des Autorenteams waren Kabarett vom Feinsten. Mit „*Ich hab´ noch einen Tesla in Berlin*“ ist den beiden allerdings ihr Masterpiece gelungen. Jede Szene ein Knaller, keine Zeit zum Luftholen, Schlag auf Schlag tauchen wir in das Berlin des Jahres 2029 ein und erleben geradezu erschütterter mit, was aus dieser Stadt, aus diesem Land unter der Regierung von **Sahra Wagenknecht** geworden ist. **Das muss man gesehen haben!**



Ein Programm kann vom Text, der Musik, der Choreografie und der Technik noch so gut sein, es nutzt alles nichts, wenn diejenigen fehlen, die das Werk auf die Bühne bringen. Das Ensemble mit **Santina Maria Schrader**, **Mirja Henking** und **Sebastian Stert** ist grandios. Neben ihrer schauspielerischen, gesanglichen und tänzerischen Leistung ist auch ihr Organisationstalent beachtlich. Immer wieder müssen sie die Bühne und sich selbst von einer Szene zur anderen umdekorieren und in eine neue Rolle schlüpfen. Es ist immer etwas ungerecht, wenn man aus drei Hervorragenden einen besonders hervorhebt, aber **Santina Maria Schrader** als **Sahra Wagenknecht** und **Franziska Giffey** ist brillant und umwerfend komisch.

Was für ein toller Abend im Europa-Center. **Rolf Ulrich** und **Wolfgang Gruner** und alle früheren Stachelschweine wären begeistert. Zu wünschen wäre dem Theater, dass es weiterhin so gut besucht ist wie zur Premiere, bei der sich viele über ihre Freikarte gefreut, aber sicherlich den Gegenwert gespendet haben werden. Bei der Premiere von „*Steglitz, wir haben ein Problem*“ bestand die Vize-Bürgermeisterin von Steglitz-Zehlendorf, **Cerstin Richter-Kotowski**, darauf, ihr Ticket zu bezahlen. Vorbildlich. So halten wir es selbstverständlich auch. Die spannende Geschichte der Stachelschweine ist nachzulesen unter

https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Stachelschweine

**KW 36** *ein persönlicher Rückblick von Ed Koch***Maybe we could**

Nach einigen Voraufführungen fand gestern Abend im Europa-Center die Premiere des neuen Programms der **Stachelschweine** statt. Gleichzeitig wurde das 75jährige Bestehen des Traditionskabarets gefeiert.



Mit „*Ich hab´ noch einen Tesla in Berlin*“ ist **Frank Lüdecke** und **Sören Sieg** ein genialer Blick in die Zukunft Berlins des Jahres 2029 gelungen. An vielen Stellen blieb einem das Lachen im Halse stecken, weil man sich leider sehr gut vorstellen kann, dass aus der Fiktion Realität werden könnte, vielleicht noch nicht in fünf Jahren, aber in absehbarer Zeit wohl doch. *Fotos: Ed Koch*

Sahra Wagenknecht ist Bundeskanzlerin und im Hinterkopf hört man **Hildegard Knef** singen „*Von nun an gings bergab.*“ „*Das Käsebrötchen kostet 14 Euro, BASF und Bayer sind nach Asien ausgewandert, VW und BMW gehören zu Tesla. Die Kreditwürdigkeit der Bundesrepublik wurde auf BB heruntergestuft, die Steuern gehen zur Hälfte für Zinszahlungen drauf.*“ Was **Elon Musk** und **Tesla** damit zu tun haben, sollten Sie durch einen Besuch bei den Stachelschweinen herausfinden.

<https://diestachelschweine.de/spielplan>

Seit **Caroline** und **Frank Lüdecke** zum 70sten Jubiläum 2019 das Kabaretttheater **Die Stachelschweine** mit dem 83sten Programm „*Viel Tunnel am Ende des Lichts übernommen haben*“, konnte der Autor dieses Beitrages alle Programme miterleben. In der Tradition der Kabarett-Gründer **Rolf Ulrich**, **Alexander Welbat**, **Klaus Becker** und **Joachim Teege** geben sich auch **Frank Lüdecke** und **Sören Sieg** besonders viel Mühe bei den Titeln ihrer Programme, zum Beispiel: „*Überall ist besser als*

nichts!“ oder „*Steglitz, wir haben ein Problem.*“ Das neue Programm trägt die laufende Nummer 90. Alle bisherigen Programme des Autorenteam waren Kabarett vom Feinsten. Mit „*Ich hab´ noch einen Tesla in Berlin*“ ist den beiden allerdings ihr Masterpiece gelungen. Jede Szene ein Knaller, keine Zeit zum Luftholen, Schlag auf Schlag tauchen wir in das Berlin des Jahres 2029 ein und erleben geradezu erschüttert mit, was aus dieser Stadt, aus diesem Land unter der Regierung von **Sahra Wagenknecht** geworden ist. **Das muss man gesehen haben!**



Ein Programm kann vom Text, der Musik, der Choreografie und der Technik noch so gut sein, es nutzt alles nichts, wenn diejenigen fehlen, die das Werk auf die Bühne bringen. Das Ensemble mit **Santina Maria Schrader**, **Mirja Henking** und **Sebastian Stert** ist grandios. Neben ihrer schauspielerischen, gesanglichen und tänzerischen Leistung ist auch ihr Organisationstalent beachtlich. Immer wieder müssen sie die Bühne und sich selbst von einer Szene zur anderen umdekoriieren und in eine neue Rolle schlüpfen. Es ist immer etwas ungerecht, wenn man aus drei Hervorragenden einen besonders hervorhebt, aber **Santina Maria Schrader** als **Sahra Wagenknecht** und **Franziska Giffey** ist brillant und umwerfend komisch.

Was für ein toller Abend im Europa-Center. **Rolf Ulrich** und **Wolfgang Gruner** und alle früheren Stachelschweine wären begeistert. Zu wünschen wäre dem Theater, dass es weiterhin so gut besucht ist wie zur Premiere, bei der sich viele über ihre Freikarte gefreut, aber sicherlich den Gegenwert spendet haben werden. Bei der Premiere von „*Steglitz, wir haben ein Problem*“ bestand die Vize-Bürgermeisterin von Steglitz-Zehlendorf, **Cerstin Richter-Kotowski**, darauf, ihr Ticket zu bezahlen. Vorbildlich. So halten wir es selbstverständlich auch. Die spannende Geschichte der Stachelschweine ist nachzulesen unter

https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Stachelschweine



Screenshot WDR

Nichts geht über einen Live-Kabarett-Abend. Dafür aber extra nach Köln zu reisen, von wo die **Mitternachtsspitzen** und die **heute-show** kommen, ist vielleicht etwas zu aufwendig. Wozu hat man einen Fernsehapparat?

Am Freitagabend liefen die **Mitternachtsspitzen** im WDR zu einer ungewöhnlichen Zeit, um 20:15 Uhr, und mit ungewöhnlicher Länge von 90 Minuten. Gastgeber **Christoph Sieber** bot **Jonas Greiner, Urban Priol, Herrn Schröder, Ralf Senkel, Simone Solga, Karen Dahmen, Michael Hatzius, Martin Maier-Bode** sowie den Musikern **Peter Brings, Eko Fresh, Tobi Hebbelmann** und **Till Menzer** die Bühne im **Alten Wartesaal** am Kölner Dom. Ein sehr abwechslungsreiches Programm, und für **Christoph Sieber** typisch, auch mit nachdenklichen Texten.

Natürlich war der Auftritt von **Urban Priol** einer der Höhepunkte im Programm, besonders gelungen die Szene, in der ein Ortsverein der SPD ums Überleben kämpft. Angelehnt an den berühmten Spruch von **Barack Obama** „*Yes, we can!*“ geben sich die Kölner SPD Genossinnen und Genossen bescheidener:

„Maybe we could!“



Screenshot ZDF

Um 22:40 Uhr meldete sich am Freitag auch die **heute-show** aus der Sommerpause zurück. Endlich erklärt uns **Oliver Welke** wieder, wie die Lage wirklich ist. Beide Sendungen in den Mediatheken.

11) Berlin ist Wein



paperpress

seit 1976



Nr. 629-10

6. September 2024

49. Jahrgang

Berlin ist Wein

Das ist kein Slogan aus der neuen Image-Kampagne des Senats, sondern ein Hinweis auf eine Traditionsveranstaltung am südlichsten Zipfel Berlins, die heute beginnt.



Es ist das älteste und für viele auch die schönste Berliner Veranstaltung ihrer Art: das legendäre Lichtenrader Wein- und Winzerfest rund um den idyllisch gelegenen Dorfteich. Vom 6. bis 8. September 2024 präsentieren zum 37. Mal rund 20 kleine, selbst vermarktende Familienweingüter sich und ihre in alter Winzertradition hergestellten Weine.

Zauberhaftes Kunsthandwerk und das Live-Unterhaltungsprogramm, bei dem sich Musiker am Dorfteich mitten unter die Gäste mischen, sind weitere Highlights. Nur eine Woche nach dem Weinbrunnen können Weingenießer im Gespräch mit den Genusshandwerkerinnen erneut viel über die Entstehung der guten Tropfen an Mosel, Rhein oder Nahe erfahren.

„Weinfreundlich, weingeneigt, mit dem Weine befreundet“

Claudia Scholz und Stefan Piltz, die den Verein Family & Friends gegründet haben, ist es ein großes Anliegen, vinophile Feste (Definition s.o.) als Orte der Begegnung und des Genusses zu gestalten. In Kombination mit Kunsthandwerk schaffen sie bis zu zwölfmal im Jahr Erlebniswelten für Menschen in ihrer unmittelbaren Berliner Nachbarschaft. Im Austausch mit den Menschen, die Kunst und Kulinarik erschaffen und präsentieren, wird immer wieder deutlich, dass hinter jedem Kunstwerk, hinter jeder Flasche Wein eine persönliche Geschichte steht - von Menschen mit Erfahrung, Leidenschaft und dem

Wunsch, den Kunstinteressierten und Gästen mit ihren Produkten eine gute Zeit zu bereiten.

Diesmal dabei sind neben der Winzerfamilie Koch die Weingüter Berg, Zehnthof Eller, Münzenberger, Jakob Lang, Henricl, Kost und Holdenried aus Deutschlands größtem Weinanbaugebiet Rheinhessen. Aus der Pfalz die Weingüter Pau und Fritz Kohl, von der Mosel die Weingüter Kurt Müller und Sauerwein, von der Nahe die Weingüter Lersch und Ökonomierat August E. Anheuser, die Odenwälder Winzergenossenschaft von der Hessischen Bergstraße, aus der Pfalz das Weingut Sommer, aus Österreich die Weingüter Eifenhof und Wandl sowie das Weingewölbe Berlin. Mehr zu einigen der anwesenden Weingüter, ihren Weinen und Speisevorschlägen erfahren Sie auf der Website <https://www.family-and-friends-ev.de/>



Für Musik und Unterhaltung sorgt die „Jazzpolizei“ - sie ist als Marching Band zu Fuß unterwegs. Ausgerüstet mit Megafon, Banjo und Sousaphon mischt sie sich direkt unter die Gäste. Auf der Kunstmeile präsentieren rund 40 Töpfer, Mode- und Schmuckdesigner, Maler und andere Kreative ihre Werke.

Wann: Freitag von 14 bis 23 Uhr; Sonnabend von 12 bis 23 Uhr; Sonntag von 11 bis 20 Uhr.

Wo: Berlin Lichtenrade, Alt-Lichtenrade
Alt-Lichtenrade, 12309 Berlin am Dorfteich

Stadtplan: <https://goo.gl/maps/Fq8TSE8dQXL2>

ÖPNV: S-Bhf Schichauweg und Lichtenrade, X76, X 83, 175, 275

Quelle und Fotos: family and friends

Wir wünschen Ihnen ein genussreiches Wochenende bei strahlendem Sonnenschein im Süden Berlins.

12) Freundliche Reaktionen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-09

5. September 2024

49. Jahrgang

Freundliche Reaktionen

WENN WIR NIX AUF
DIE REIHE KRIEGEN,
WARUM STEHEN DANN
ALLE SCHLANGE?

BERLIN 

© Agentur DOJO für Partner für Berlin GmbH / Senatskanzlei Berlin |

Der **Checkpoint-Newsletter** des Tagesspiegels hat die neue Imagekampagne Berlins, die heute gestartet ist, nicht zur Kenntnis genommen. Auch der Bund der Steuerzahler sagt bislang nichts.

Im **Tagesspiegel** hingegen ist ein sehr freundlicher Kommentar von **Daniel Böldt** zu lesen, der sich auch mit den Kosten beschäftigt: „Der erste Reflex des idealtypischen Berliners ist natürlich: Pfff, muss dit sein? Gefolgt von: Wat kostet der Spaß denn? Die zweite Frage ist leicht zu beantworten. 800.000 Euro (rund 0,002 Prozent des Haushalts) zahlte das Land Berlin, um sich selbst in Szene zu setzen. Das Netzwerk ‚Berlin Partner‘ gab nochmal 700.000 Euro obendrauf.“

Die Frage, ob man die Stadt „amtsmäßig bewerben müsse“, beantwortet Böldt mit „Nein, muss man natürlich nicht. Allerdings fallen einem auch zig andere Projekte ein, auf die Berlin in der Vergangenheit noch viel eher hätte verzichten können: das 29-Euro-Ticket, die Verlängerung der A100, die wahllose Sperren irgendwelcher (Friedrich-)Straßen.“

Der „gewollt ironische Anspruch“ bringe „auch eine Fallhöhe mit sich. An der BVG lässt sich etwa sehr gut beobachten, dass eine lustige Social-Media-Arbeit schnell schal wirken kann, wenn die U-Bahnen nicht fahren, wie sie sollen.“

„Das Schönste an Berlin ist, wenn man wieder hier ist“, heißt einer der Slogans. Eigentlich ja, aber dann liest man wieder Meldungen wie diese aus der letzten Nacht: „Bei einer Schießerei ist im Berliner Ortsteil Schöneberg ein 42-jähriger Mann getötet worden, zwei weitere im Alter von 42 und 44 Jahren wurden verletzt. Der Vorfall ereignete sich in der Nacht zum

Donnerstag, gegen 1 Uhr, wie Feuerwehr, Polizei und Staatsanwaltschaft mitteilen. Einer der Männer erlitt schwere Verletzungen, der zweite leichte. Der dritte Mann wurde vor Ort erfolglos reanimiert.“

Quelle: Berliner Zeitung

Vielleicht ist das einer der Gründe, weshalb **Harald Schmidt** schon im Juni 2022 sagte: „Wenn ich in Berlin zu tun habe, übernachtete ich in Hannover.“

Die **Berliner Zeitung**, wie die **taz**, haben die Kampagne bislang nicht zur Kenntnis genommen.



© Agentur DOJO für Partner für Berlin GmbH / Senatskanzlei Berlin |

Die **BZ** stellt die Frage: „Is dit Berlin auf witzig oder nur peinlich?“ „Hat die Hauptstadt das überhaupt nötig?“ „Berlin ist eine starke Marke. Aber auch eine Marke muss kontinuierlich gepflegt werden“, sagt der Regierende **Kai Wegner**.

„So frech will Berlin für sich werben“, schreibt die **Berliner Morgenpost**. „Herausgekommen ist eine sehr textlastige Kampagne. Wer nicht lesen kann, wird kein einziges der Plakate verstehen. Viele Slogans nehmen der Stadt zugesprochenen Schwächen auf und machen daraus einen Wortwitz. So soll etwa während des Berlin Marathons mit folgender Textzeile geworben werden: ‚In Berlin läuft vielleicht nicht immer alles rund, aber dafür die besten der Welt.‘ Viel Eingeständnis steckt auch in diesem Slogan ‚Wenn wir nix auf die Reihe kriegen, warum stehen dann alle Schlange?‘“

Die Realität sieht immer anders aus, als uns Image-Kampagnen das Bild von Städten suggerieren wollen. Das ist in New York, London, Paris und Rom nicht anders. Alle halten sich für die tollsten Städte der Welt. Sieht man hinter die bunten Kulissen, schaut es anders aus. Das Beste ist, man bleibt vor den Kulissen.

Ed Koch

13) Das Image Berlins. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 629-08

5. September 2024

49. Jahrgang

Das Image Berlins

Auf dem Hoffest hatte der Regierende Bürgermeister noch nichts verraten. **Kai Wegner** erwähnte nur, dass der Ruf Berlins im Süden Deutschlands nicht besonders gut sei, wir aber dafür international der **Place to be** schlechthin sind, vor München, Frankfurt und Hamburg. Um das Ansehen Berlins bundesweit genauso attraktiv erscheinen zu lassen, wie es international schon ist, startet der Senat heute eine Imagekampagne.

„Ziel ist es, das Gemeinschaftsgefühl der Stadt zu stärken und national für Berlin zu werben. Mit verschiedenen Botschaften spricht die Kampagne selbstironisch die Herausforderungen der Stadt an und stellt die Vorteile als international renommierter Standort für Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft heraus.“

Die Pressemitteilung trägt den Vermerk:

Sperrfrist 5. September 2024

Wir haben uns heute Nacht extra den Wecker gestellt, um vor dem Erscheinen des **Tagesspiegel-Newsletters Checkpoint** diesen Beitrag zu veröffentlichen. Denn dort wird es vermutlich den üblichen Spott geben, gepaart mit einer Stellungnahme des **Bundes der Steuerzahler**, der die bekannten Fragen nach Kosten/Nutzen stellt.



„16 verschiedene Motive erscheinen ab dem 5. September auf 1.500 Flächen in Berlin, in Printanzeigen und Online-Medien. Die Motive adressieren unterschiedliche Themen - von Nachbarschaft über Kultur, Bildung, Mobilität und Vielfalt bis zu Großevents. Einige Botschaften werden in englischer, türkischer und arabischer Sprache im Stadtbild zu sehen sein, um die fremdsprachigen Communities der Stadt anzusprechen. Weitere Motive werden auf Polnisch, Russisch und Ukrainisch über den @wir.berlin-Kanal

ausgespielt. Die Kampagne ist nicht auf Berlin beschränkt, sondern wird in rund zehn deutschen Städten sichtbar sein.

HIER ZIEHEN
BAYERN DIE LEDER-
HOSEN AUS.

Unter anderem in **München** (besonders wichtig!), Stuttgart und Köln (hoffentlich auch in **Frankfurt** und **Hamburg**) mit eigenen Botschaften, die selbstironische Verbindungen zwischen den Städten und Berlin herstellen.“ Anmerkung: Es müsste heißen: „Wir ziehen den Bayern die Lederhose aus!“

„Ziel ist es, das Gemeinschaftsgefühl der Stadt zu stärken und national für Berlin zu werben. Mit verschiedenen Botschaften spricht die Kampagne selbstironisch die Herausforderungen der Stadt an und stellt die Vorteile als international renommierter Standort für Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft heraus.“

WAS WELTREISE?
EINMAL RINGBAHN
UND DU HAST
ALLES GEGEHEN.

BERLIN

Anmerkung: Trifft zu, wenn S41 und S42 wirklich rundherum fahren.

Kai Wegner: „Berlin ist eine starke Marke. Aber auch eine Marke muss kontinuierlich gepflegt werden. International hat Berlin eine hohe Anziehungskraft, aber national gibt es leider immer noch Vorbehalte oder Klischees über Berlin. Wir wollen deshalb mit der Kampagne für Berlin als Stadt der Freiheit, Internationalität, Vielfalt und Solidarität werben. Wir räumen mit manchen Klischees auf, strahlen Zuversicht aus und stärken den Zusammenhalt in unserer Stadt, der gerade in diesen herausfordernden Zeiten so wichtig ist.“

Die Senatskanzlei setzt die Kampagne gemeinsam mit Berlin Partner um. 33 Unternehmen aus dem Berlin-Partner-Netzwerk bringen zusätzliche Medialeistungen ein, um eine hohe Sichtbarkeit zu erreichen.“

Dr. Stefan Franzke, Geschäftsführer von Berlin Partner: „Nichts beschreibt Berlin besser als Berlin sich selbst - und das bringt diese neue Imagekampagne zum Ausdruck. Was Berlin ausmacht, das

1

Impressum: paperpress - seit 1976 - paperpress ist ein Projekt des Paper Press Vereins für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch - Mathias Kraft - Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press - Postfach 42 40 03 - 12082 Berlin - E-Mail: paperpress@berlin.de - Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de

paperpress erscheint kostenlos - Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de - Textarchiv: www.paperpress.org

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



wissen die Berlinerinnen und Berliner am besten. Durch die Unterstützung des starken Berlin-Partner-Netzwerks konnten zudem Ressourcen gebündelt und durch Sachleistungen zu fast 100 Prozent verdoppelt werden."



ECHTE
SCHWABEN
ZIEHEN UM.

BERLIN

Anmerkung: Im Prenzlauer Berg gibt es auch so tolerante Berliner, die sich wünschen, dass die Schwaben wieder dorthin zurückziehen, von wo sie hergekommen sind.

Den Etat für die Kampagne hat die Berliner Agentur **Dojo** im Dezember 2023 nach einer europaweiten Ausschreibung gewonnen. **Dominic Czaja**, CEO von Dojo (offenbar nicht verwandt oder verschwägert mit Mario (CDU) und Sebastian (FDP), oder?): „Als Berliner Agentur ist es für uns eine besondere Ehre, das Bild unserer Stadt mit einer Kampagne bereichern zu dürfen. Es ging uns dabei vor allem darum, eine Tonalität zu bestimmen, die nicht nach Werbung, sondern nach Berlin klingt - ehrlich, selbstbewusst und ein bisschen selbstironisch.“

TIERPARK GIBT'S.
ZOO GIBT'S AUCH.
UND ZIRKUS IST
SOWIESO JEDEN TAG.

BERLIN

Von Berlinchen nach Berlin

Eine 15-minütige Mockumentary (fiktive Filme, die vortäuschen, reale Ereignisse zu dokumentieren) im Internet www.entdeckeberlinchen.de (äußerst sehenswert mit einem Gastauftritt von Kai Wegner) ein dazugehöriger Trailer in den Yorck-Kinos und im Radio haben vorab auf die Kampagne eingestimmt. Darin versuchen zwei „Zugezogene“ Berlin nach Berlinchen zu bringen und stellen fest: „Berlin ist nur Berlin in Berlin.“

Von Berlinchen aus startet die Kampagne nun in Berlin, national und digital: Dort stellt die Kampagne unter dem Motto „Faces of Berlin“ auf dem Stadtmarketingkanal [@wir.berlin](https://www.instagram.com/wir.berlin) engagierte Menschen, Vereine und Initiativen aus Berlin vor. Im Winter 2024/2025 wird eine Charity-Aktion mit dem Schwerpunkt Obdachlosigkeit den Abschluss der Kampagne bilden.

Berlinchen gibt es wirklich und ist ein Ortsteil der Stadt Wittstock/Dosse im brandenburgischen Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Bis zum 25. Oktober 2003 bildete der Ort eine eigene Gemeinde. Berlinchen liegt im Nordosten der Gemeinde Wittstock/Dosse, etwa 5 km südlich der Landesgrenze zu Mecklenburg-Vorpommern. Herzengute, emphatische und weitoffene 202 Einwohner, siehe Mockumentary.

Wikipedia

1.100.000 EHRENÄMTER.
VON WEGEN UNS IST
NICHT MEHR ZU HELFEN.

BERLIN

Alle Motive der Kampagne unter www.berlin.de/rbmskzi/service/corporate-design/imagekampagne-1481279.php

Ich freue mich auf die Reaktionen der Hauptstadt- und auf die erste „heute-show“ nach der Sommerpause am Freitag, dem 6. September, um 22:40 Uhr im ZDF. Und was sagen Sie?

Ed Koch

14) Ausbildungsmesse mit „Kick“



Ausbildungsmesse mit „Kick“

Am 6. September 2024 findet auf Initiative des UnternehmensNetzwerks Motzener Straße e.V. und in Kooperation mit dem Lichtenrader BC 25 die zweite „Ausbildungsmesse mit Kick“ statt. Dazu erwarten die Initiatoren ab 9.00 Uhr auf dem Sportplatz Halke Zeile in Lichtenrade rund 1.200 Schülerinnen und Schüler aus den 9. und 10. Klassen der Carl-Zeiss-Oberschule, der Theodor-Haubach-Schule, der Solling-Schule und der Gustav-Heinemann-Oberschule zu Berufsinformationen und Wettkampf.



Unternehmen des Industriegebietes geben wieder Einblicke in ihre Firmen und stellen ihre Ausbildungs- und Praktikumsangebote vor. Bei einem Fußballturnier spielen Mannschaften aus den Schulen, dem Sportverein und neu auch eine Azubi-Mannschaft aus dem Industriegebiet um die von der Netzwerk-Firma BarteltGlasBerlin GmbH & Co.KG hergestellten Pokale. Das Technische Hilfswerk (THW) unterstützt wieder mit seinem Ortsverband Tempelhof und wirbt für seine Jugendarbeit.

Die stellvertretende Vorsitzende des Unternehmensnetzwerk, **Julia Geburzi-Horn** und die Leiterin der Geschäftsstelle des Netzwerks, **Gabriele Isenberg-Holm**, organisieren bereits im 13. Jahr die gemeinsame Ausbildungsinitiative des Netzwerks. 2024 bieten 22 Firmen insgesamt 123 Ausbildungsplätze in 34 Ausbildungsberufen an!

„Die Ausbildungsmesse letztes Jahr war ein großer Erfolg. Wir möchten dieses Format gerne fest etablieren und sind dem Lichtenrader BC dankbar für die Kooperation“ sagt **Julia Geburzi-Horn**, geschäftsführende Gesellschafterin der BarteltGlasBerlin GmbH & Co.KG. „Besonders freut uns, dass sich weitere Schulen an der Messe beteiligen. Waren es im

letzten Jahr rund 450 Schülerinnen und Schüler, haben sich die Schülerzahlen dieses Jahr verdreifacht.“

Gunther Bethke, 1. Vorsitzender des Lichtenrader BC 25 e.V. „Wir sind im Interesse unserer Jugendlichen daran interessiert, dass es einen reibungslosen Übergang von der Schule in das Berufsleben gibt. Daher begrüßen wir die Initiative des Netzwerks, frühzeitig Angebote für eine Ausbildung in der Nachbarschaft zu machen. Die Kombination mit einem Fußball-Turnier schafft Anreize und neue Verbindungen, die auch für uns als Verein wichtig sind“.

Tobias Dollase, Bezirksstadtrat in Tempelhof-Schöneberg für Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur: „Das hier nun schon zum zweiten Mal gemachte Angebot, Schule, Sport und Ausbildung gemeinsam mit den Unternehmen zu präsentieren, begrüße ich sehr und freue mich über das große Interesse bei den beteiligten Schulen sowie den Schülerinnen und Schülern“.

Das Gewerbe- und Industriegebiet Motzener Straße liegt in südlicher Stadtrandlage, unmittelbar an der Landesgrenze zu Brandenburg und gehört zu den größten Arealen dieser Art in Berlin. Der Standort weist die höchste Industriequote der drei bezirklichen Industriegebiete auf: Insgesamt sind rund 200 Betriebe mit gut 5.000 Beschäftigten auf dem Gelände tätig. Davon gehören knapp die Hälfte der Betriebe und rund 80 Prozent der Beschäftigten zum „Produzierenden Gewerbe“. 60 dieser Betriebe mit ca. 2.500 Beschäftigten gehören zu der seit 2005 bestehenden Standortinitiative Unternehmens-Netzwerk Motzener Straße e.V. Das Netzwerk finanziert sich aus den Mitgliedsbeiträgen der Partnerunternehmen, fördert den Erfahrungsaustausch und organisiert Aus- und Weiterbildungsaktivitäten. Der Lichtenrader BC 25 gehört mit über 750 Mitgliedern und seinen vielen ehrenamtlichen Helfern zu einem der größten Fußballvereine im Süden Berlins.

Quelle und Foto: Unternehmens-Netzwerk Motzener Straße e.V.

15) Am Hofe von König Kai. Von Ed Koch



Am Hofe von König Kai



Zum 22sten Male fand das Berliner Hoffest rund ums Rote Rathaus statt. Es ist das größte Netzwerktreffen der Stadt mit rund 4.500 Gästen, darunter Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport, Medien sowie viele Ehrenamtliche, die sich um die Stadt verdient gemacht haben. Alles in allem eine sinnvolle Veranstaltung. Gastgeber ist der jeweilige Regierende Bürgermeister. Vor der Wiedervereinigung fand in der Vertretung Berlins in der Übergangshauptstadt Bonn das so genannte „Laubenpieperfest“ statt.

Zum Ritual der Veranstaltung gehört, dass sich der Bund der Steuerzahler über die Kosten aufregt. Rund eine Million kostet das Fest, etwa 80.000 Euro davon zahlt der Regierende Bürgermeister aus seinem Etat. Immerhin werden ein paar Tausend Euro inzwischen dadurch gespart, dass die Einladungen nicht mehr per Post, sondern nur noch per E-Mail versandt werden.



Am Stand der STADT UND LAND, Regierender Bürgermeister Kai Wegner, die Geschäftsführer der Wohnbauten-Gesellschaft Ingo Malter (l.) und Natascha Klimek, und der Geschäftsführer von Berlin Partner Stefan Franzke.

Die Aufregung des Bundes der Steuerzahler zielt vor allem darauf ab, dass sich unter den 100 Kooperationspartnern und Sponsoren auch die landeseigenen

Betriebe Berlins befinden und Standmieten bezahlen. Die **Berliner Morgenpost** listete auf, welches Unternehmen wie viel zum Hoffest beisteuerte. Der Beitrag der 20 Landesunternehmen beläuft sich insgesamt auf 253.250 Euro. Dass die Landesunternehmen am Berliner Netzwerktreffen teilnehmen müssen, dürfte unbestritten sein.

Die Unternehmen werden nicht allein aus Steuern finanziert, sondern erwirtschaften Geld. Zu jedem Unternehmen gehört eine Marketingabteilung, die nicht nur für ein gutes Image, sondern auch dafür zu sorgen hat, dass es in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Die landeseigenen Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag für die Stadtgesellschaft, indem sie sich als Sponsoren bei Veranstaltungen für Familien, Kinder und Jugendliche engagieren. Das wird zum Glück nicht vom Bund der Steuerzahler kritisiert. Nichts anderes ist das Hoffest, ein Sponsoring für die Stadtgesellschaft.

Darüber, dass beim Hoffest auch gut bezahlte Politiker von Speisen und Getränken profitieren, sollte man auch mal hinwegsehen und nicht zu kleinlich denken. Berlin ist schließlich eine tolerante Stadt, wie **Kai Wegner** bei seiner Begrüßung sagte und das Motto der anwesenden Ehrenbürgerin Berlins **Margot Friedländer** zitierte: „Mensch sein!“ Ob man Wegners Aussage, Berlin sei die „geilste Stadt der Welt“ bedenkenlos unterschreiben kann, lassen wir einmal dahingestellt.

Während sich die meisten Gäste zu benehmen wussten, glaubte leider der eine oder andere Politiker gleicher als die gleichen zu sein. So bestand eine Abgeordnete, die ich noch nie gesehen und noch nichts gehört hatte, am Eingang darauf, ihre Tasche mit reinzunehmen, die deutlich über das vorgeschriebene Maß DIN A 4 hinausging. Der Weg zur Garderobe war ihr offenbar zu weit und so begann sie eine Diskussion mit den Sicherheitskräften, die sie leider gewann und ihre Tasche mithinein nehmen durfte.

Zwei andere Geschichten entnehmen wir dem **Taggesspiegel-Checkpoint**: „...haben zwei Ex-Senatorinnen Schwierigkeiten, hereingelassen zu werden. Als **Astrid Busse** (früher Bildung) endlich an der Kontrolle angekommen ist, hat sie keinen Ausweis dabei. Ihr energischer Hinweis, sie sei doch eine frühere Senatorin, hilft am Ende. **Katja Kipping** (früher Soziales) hat zwar einen Ausweis mit, aber keine Einladung bekommen. Eine Mitarbeiterin der Senatskanzlei nimmt sie kurzerhand als ihre Begleitung mit rein.“ Tja. Da fehlen einem die Worte.

Alle Fotos: Ed Koch



Während auf dem abgesperrten Rathaus Vorplatz gefeiert wurde, demonstrierten draußen Vertreter von freien Trägern, die an die ihnen versprochene Hauptstadtzulage erinnerten, die Beschäftigte des öffentlichen Dientes bekommen, freie Träger allerdings nicht. Das ist ungerecht. Dass man deshalb die Gäste des Hoffestes mit „da feiern die Reichen“ beschimpfen musste, war überflüssig.

Am Wetter gibt's ja immer etwas zu meckern, diesmal war es zu heiß. Über die angebotenen Speisen kann ich Ihnen nichts verraten, weil ich grundsätzlich bei solchen Veranstaltungen immer vorher etwas essen gehe und satt erscheine. Für was auch immer stelle ich mich nicht in einer endlosen Schlange an. Bei einigen Gästen sah es allerdings so aus, als hätten sie tagelang vorher nichts gegessen und den großen Hunger mitgebracht.

Kai Wegner räumte ein, dass der Ruf Berlins vor allem im Süden des Landes nicht besonders gut sei. Ich weiß nicht, ob in Berlin vieles besser funktioniert als in München, aber Wegner versprach, dies **Markus Söder** erklären zu wollen. International hingegen genieße Berlin ein hohes Ansehen. Mit der Internationalität Berlins können Frankfurt, München und Hamburg nicht mithalten. Was München betrifft, stimme ich Wegner zu, aber Hamburg?

Berlin sei und bleibe die Stadt der Vielfalt. In Berlin gäbe es keinen Platz, um internationale Konflikte auszutragen. Leider spricht die Realität eine andere Sprache. Alle Konflikte dieser Welt werden auf Berlins Straßen thematisiert, geschützt durch das Recht auf Demonstrationsfreiheit. Wenn allerdings das Existenzrecht Israels durch pro-palästinensische Fanatiker in Frage gestellt wird, müssen solche Versammlungen auch mal verboten werden.

Da unsereins altersgemäß das Fest nach zwei Stunden wieder verlässt, weil man in dieser Zeit alle getroffen, gesprochen, die Hand geschüttelt oder nur zuwinken konnte, denen man begegnen wollte, habe

ich das Ende nicht mitbekommen. Und das spielte sich im Rathauskeller ab, wo traditionell eine Diskothek aufgebaut wird.

Ein **Tagesspiegel**-Redakteur blieb bis zum Ende und berichtet: „Das Hoffest beim Regierenden Bürgermeister endete gestern Nacht um kurz nach 2:00 Uhr abrupt und mit Empörung: Der DJ hatte im Rathauskeller die Originalfassung des von Rechtsextremisten mit einem rassistischen Refrain entstellte Lied ‚L'amour toujours‘ aufgelegt. Vereinzelt Buh-Rufe, Kreuzbergs Ex-Bürgermeisterin **Monika Herrmann** und andere Party-Gäste verlassen unter Protest die Senatsdisco. Der DJ sagt: ‚Das ist ein guter Song, den lasse ich mir von Nazis nicht kaputt machen.‘ Doch die Tanzfläche bleibt leer und um zehn nach zwei ist die Party vorbei. Oben steht **Monika Herrmann** rauchend im Hof und schimpft: ‚Das geht gar nicht. Kai kann nichts dafür, der ist schon weg. Aber was soll das?!‘“

Die Fläche vor dem Rathaus ist da schon leer und die Aufräumarbeiten beginnen. Aber, der Tagesspiegel lässt seine Leute bis zum bitteren Ende vor Ort. Und so beobachten sie, dass an „einem Tisch noch **Klaus Wowereit** und **Antje Kapek** sitzen. Die frühere Fraktionsvorsitzende der Grünen prophezeit dem Ex-Regierenden Bitt-Demos vor seiner Wohnung, auf dass er 2026 nochmal antreten möge.“ Da fragt man sich schon, wie viel Alkohol im Spiel gewesen sein muss, wenn sich die Grünen **Klaus Wowereit** zurückerwünschen.

Das Schlusswort geht an den Gastgeber: „Berlin ist die internationale Metropole in Deutschland und zieht zahlreiche Menschen aus der ganzen Welt an. Diese Internationalität, die Vielfalt, die Toleranz und der Zusammenhalt zeichnen Berlin, die Stadt der Freiheit, aus. Berlin wäre ohne seine große internationale Gemeinschaft nicht das, was es heute ist – und genau das stellen wir in den Mittelpunkt.“

Unsere Gäste beim Hoffest haben sich in den vergangenen Monaten auf vielfältige Art und Weise für Berlin eingesetzt. Sie alle machen Berlin jeden Tag ein Stück besser. Viele Menschen engagieren sich, aber immer mehr Berlinerinnen und Berliner erleben leider auch Hass und Ausgrenzung. Deshalb geht heute Abend ein besonders großer Dank an diejenigen, die sich jeden Tag für die Werte einsetzen, die das Zusammenleben in unserer Stadt prägen: für Freiheit, Offenheit, Toleranz und ein friedliches Zusammenleben.“

Ed Koch

16) September Highlights / Stachelschwein Riesendrache und LÜÜL.
Die Stachelschweine werden 75!



paperpress

seit 1976



Nr. 628-29

31. August 2024

49. Jahrgang

September Highlights
Stachelschweine
Riesendrachen
und LÜÜL

Die Stachelschweine werden 75!



Im Jubiläumsprogramm 75 Jahre Stachelschweine: „Ich hab' noch einen Tesla in Berlin“ wird eine Zukunftsvision des Jahres 2028 erzählt: Die neue Bundeskanzlerin **Sarah Wagenknecht** und ihr Vizekanzler **Boris Pistorius** geraten zunehmend unter Druck, weil die Staatsverschuldung unaufhaltsam voranschreitet.

Das Käsebrötchen kostet 14 Euro. BASF und Bayer sind nach Asien ausgewandert, VW und BMW gehören zu Tesla. Die Kreditwürdigkeit der Bundesrepublik wurde auf BB herabgestuft, die Steuern gehen zur Hälfte für Zinszahlungen drauf.

Da hat Vizekanzler Pistorius eine Idee. Mit einer einzigen Maßnahme, so rechnet er vor, kann Kanzlerin Wagenknecht alle ihre Wahlversprechen finanzieren: Rente ab 55, kostenloser öffentlicher Verkehr und Mietendeckel auf dem Stand von 1989. Es ist der Geheimplan Berlin. Die Hauptstadt soll als Tafelsilber Deutschlands verkauft werden. Ein bekannter Entwickler von Elektroautos und Inhaber eines Mikroblogging-Dienstes schlägt sofort zu... Von nun an kann nichts mehr schiefgehen! Doch dann geht doch alles schief...

Das Jubiläumsprogramm der STACHELSCHWEINE bietet temporeiches, aktuelles und hinter sinniges

Kabarett mit viel Musik: Zum 75. Jubiläum legen die STACHELSCHWEINE ein Programm vor, das schwarzen Humor elegant mit Berliner Gelassenheit verknüpft. Wenn alles in Panik gerät, wissen wir: Niemand hat die Absicht Berlin zu verkaufen!

Es spielen: Santina Maria Schrader, Mirja Henking, Sebastian Stert.

Buch: Frank Lüdecke, Sören Sieg

Regie: Frank Lüdecke

Musik: Luca Fazioli

Arrangements: Martin Rosengarten

Tickets:

<https://diestachelschweine.de/programm/produktion/jubilaeumsprogramm-75-jahre>

Termine:

Öffentliche Probe: 4. September 2024

Tickets auf allen Plätzen 17 Euro

Voraufführungen am 5. und 6. September 2024

Tickets 28 bis 39 Euro

Premiere am 7. September 2024

Tickets 29 bis 42 Euro

Jeweils ab 20:00 Uhr

Danach fast täglich im Programm.

Theater im Europa-Center

Für die Voraufführungen am 5. und 6. September 2024 verlosen wir je zwei Tickets. Interessenten bitte melden unter paperpress@berlin.de

Das Kabarett Theater Die Stachelschweine ist das älteste Berliner Kabarett und das zweitälteste in ganz Deutschland. Es wurde im Herbst 1949 in dem Künstler- und Studentenlokal Badewanne unweit der Berliner Gedächtniskirche als Schauspielerkollektiv gegründet. Der Name Stachelschweine ist angelehnt an eine Zeitschrift der 1920er Jahre, Das Stachelschwein, deren Herausgeber der Schriftsteller und Kabarettist Hans Reimann war.

Die ganze spannende Geschichte der Stachelschweine ist nachzulesen bei Wikipedia.

https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Stachelschweine

Festival der Riesendrachen

Am 21. September 2024

von 11:00 bis 20:00 Uhr

auf dem Tempelhofer Feld

Ein 15 Meter großer Star Wars Millennium Falke und eine 18 Meter große Star Trek USS Enterprise werden beim Festival der RIESENDRACHEN über dem Tempelhofer Feld schweben. **Jean Paul Maurin** aus



Frankreich bringt seine großen Fluggeräte mit. Seit 25 Jahren ist er Drachendesigner und hat sich auf Science-Fiction-Schiffe spezialisiert.

Zwischen 11:00 und 20:00 Uhr werden unter den rund 80 professionellen Drachepiloten auch einige Teams aus dem Ausland ihre selbstgenähten RIESENDRACHEN in die Luft steigen lassen.

Aus Belgien reisen **Karin** und **Roger Stevens** an. Das Drachenflieger-Ehepaar besucht seit vielen Jahren Drachenfeste in ganz Europa. Was sie sehen, regt sie zu neuen Ideen für ihre Stabdrachen an, die sie mit Applikationstechnik herstellen. „Viele kleine Teile ergeben am Ende einen großen Drachen“, erklären sie.



Foto: Thaitan-Kite-Team /STADT UND LAND

Das Thaitan-Kite-Team aus Thailand besteht aus vier Mitgliedern und reist aus Bangkok nach Berlin. Große, bunte Fische, ein 20-Meter großer regenbogenfarbener Bonbon und ein riesiger junger Hund (Foto) gehören zu den vielen unterschiedlichen Drachen, die das Team unter anderem steigen lassen wird.



Erwachsene und Kinder sind herzlich eingeladen beim 11. STADT UND LAND-Festival der RIESENDRACHEN ihre eigenen Drachen mitzubringen und fliegen zu lassen. Ein buntes Rahmenprogramm mit viel Musik und Unterhaltung runden das Familienfest ab. Für ausreichend Essen und Getränke wird ebenfalls gesorgt. Der Eintritt ist frei.

Quelle und Fotos: STADT UND LAND



Mensch & Musik:

Ab jetzt wieder einmal monatlich im Al Hamra: Mensch & Musik / LÜÜL & Gast. Das schon mal ausgefallene Treffen mit dem begnadeten Liedermacher **Bastian Bandt** wird nachgeholt! Der Mann berührt und bewegt, und darum geht's! Er hat zudem eine ungewöhnliche Biografie, wie ich im Gespräch anlässlich der Bardenale feststellen konnte. Ein interessanter Musiker, und ich freu mich, dass es im September mit ihm klappt.



Donnerstag, 19.9., 19:30 Uhr Al Hamra
 Mensch & Musik mit Bastian Bandt
 Freitag, 27.9., 19:30 Uhr - Zebrano-Theater
 Samstag, 28.9., 20:00 Uhr - Wabe
 Cathrin Pfeifer mit dem 30-jährigen Bandjubiläum ihres Trios Trezoulé, Trio Fado und vielen weiteren Gästen (Duo)

Alle Infos unter: <https://luul.de/>

Österreich (Seiten E 167 – E 173)

01) Hält das Brandmäuerchen? Nach dem Sieg der rechten FPÖ könnte es in Österreich zu einer Dreierkoalition kommen. Es sei denn, die konservative Volkspartei kippt noch um

Von Barbara Tóth

Europa 30.09.2024



Weder Volkstribun noch Charismatiker: Herbert Kickl und seine FPÖ konnten die Wahl dennoch deutlich gewinnen.- *picture alliance / Alex Halada*

In Wien war das Ergebnis natürlich erwartet worden und richtig geschockt war am Ende niemand mehr. Dafür braucht es die internationalen Schlagzeilen, welche die historische und politische Dimension des eindeutigen Wahlsiegs der FPÖ am Sonntag als das bezeichnen, was es ist: eine Zäsur (*Neue Zürcher Zeitung*) und ein „Rechts-Knall“ (*Bild*).

29 Prozent, die FPÖ wurde bei der österreichischen Nationalratswahl so stark wie noch nie. Ihr Parteichef Herbert Kickl, alles andere als ein Volkstribun und Charismatiker, toppte damit das bislang beste Ergebnis Jörg Haiders aus dem Jahr 1999 mit knapp 27 Prozent. Haider gilt als *Role Model* aller gegenwärtigen Rechtspopulisten in Europa. Kickl hingegen begann seine Karriere als Redenschreiber und galt bis dato eher als Stratege im Hintergrund denn als *Front Runner*.

Diesen klaren Sieg kann Kickl jedoch niemand nehmen. Egal, ob er ihn in eine Regierung führt oder in die Opposition: Das Momentum liegt bei ihm. „Unsere Hand ist ausgestreckt“, flötete er am Wahlabend, „an jede Partei“. Eins ist klar: Die Nationalratswahl 2024 ist voller historischer Superlative – im positiven wie negativen Sinne – und markiert die Zeitenwende in die Dritte Republik.

Wie groß wäre der Erfolg erst gewesen, wenn die FPÖ einen Charmeur als Spitzenkandidat gehabt hätte? Das ist auch schon die erste Lehre aus dem österreichischen „Rechts-Knall“: Das autoritäre, tendenziell undemokratische Anti-Eliten-Protestprojekt FPÖ nährt sich mittlerweile aus sich heraus, sie ist nicht mehr so stark abhängig von einer Führerpersönlichkeit. Sie ist endgültig zur eigentlichen „Volkspartei“ Österreichs geworden, mit solider Stammwählerschaft quer durch alle Milieus und Geschlechter. Nur im urbanen Umfeld schwächelt sie.

Seite E 168 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

SPÖ-Chef Andreas Babler wollte seine Partei mit herzhaftem Linkspopulismus beleben.

Den ersten Platz im Jahr 1999, als Jörg Haider die FPÖ so richtig groß machte, errang noch die SPÖ. Nur ein Vierteljahrhundert später sind die Machtverhältnisse umgekehrt. Die Sozialdemokratie ist nur mehr Dritte und mit knapp 21 Prozent am historischen Tiefpunkt. SPÖ-Chef Andreas Babler wollte seine Partei mit herzhaftem Linkspopulismus beleben, gelungen ist es ihm nicht. Er kam gerade noch über die psychologisch wichtige 20-Prozent-Marke. Der Austro-Sozialismus reüssierte immer dann, wenn er mittiger und gemäßigter auftrat als andere sozialdemokratische Parteien in Europa. Bablers Links-Kurs blieb unbedankt.

Paradoxerweise konnte das Arbeiterkind Babler mit seinem an Didier Eribon angelehnten und stark von autobiografischen Anekdoten aufgeladenen Duktus vom „Stolz“, den er der Arbeiterschaft zurückgeben will, bei seiner Zielgruppe, der Arbeiterschaft, nicht punkten. Direkt von der FPÖ holte die SPÖ so gut wie keine Stimmen (lediglich 29 000 ihrer 1,03 Millionen Wählerinnen und Wähler). Gewonnen hat sie vor allem in urbanen Bezirken, in denen die „Bobos“ leben, die gebildete, weltoffene, linke Bourgeois-Bohème, die gerne Grün wählt, aber diesmal taktisch zur SPÖ wechselte.

Die mächtige Wiener SPÖ-Landespartei hat schon im Vorfeld der Wahlen durchblicken lassen, dass sie das Experiment Babler lieber früher als später beenden würde. Ganz so einfach wird das jedoch nicht. Babler hat eine [Statutenänderung](#) durchgebracht, die eine Direktwahl des Parteivorsitzenden durch die Basis vorsieht. Wer ihn gegen seinen Willen abmontieren will, muss zuerst eine Art Volksbegehren innerhalb der SPÖ organisieren. Wenn zehn Prozent aller Parteimitglieder dafür unterschreiben, kann der Parteivorstand einen Gegenkandidaten nominieren. Antreten kann dann auch jede oder jeder, der 1 500 Unterschriften für sich sammelt. Dann wird abgestimmt, bekommt keiner eine Mehrheit, gibt es eine Stichwahl.

Fazit: Eine Sozialdemokratie, die sich in Flügelkämpfen verstrickt und nicht jemanden aus der Mitte, sondern vom Rand aufs Schild hebt, schafft es nicht, sich als starke Alternative zum Rechtspopulismus aufzustellen. Das Framing Bablers durch seine Gegner als „extrem“, nämlich „linksextrem“, schlug durch. Vielleicht wäre ein moderater Spitzenkandidat doch die bessere Wahl gewesen. Vom Glauben, den Rechtspopulisten direkt Wählerinnen und Wähler abspenstig machen zu können, muss man sich zumindest in Österreich besser verabschieden.

Vielleicht wäre ein moderater Spitzenkandidat doch die bessere Wahl gewesen.

Das musste auch die ÖVP spüren, die am vergangenen Sonntag ihren historisch größten Verlust erlebte. Gerade einmal 19 000 Wählerinnen und Wähler wechselten von der FPÖ direkt zur ÖVP, und das, obwohl ihr Parteichef Karl Nehammer voll auf den Kanzlerbonus setzte und gleichzeitig „blaue Parolen“ zu den dominanten Themen Sicherheit und Migration kopierte, wenn auch in etwas verdaulicherem Ton.

Autosuggestion bis zum Schluss half am Ende dann eben doch nicht. Noch bei der ÖVP-Wahlkampf-Abschlussveranstaltung am Freitag war von einem „Fotofinish“ nach einer „Aufholjagd“ die Rede. Aber das auch von Umfragen befeuerte Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen ÖVP und FPÖ gab es wohl nie. Mit 26 Prozent landete die ÖVP eindeutig abgeschlagen auf dem zweiten Platz. Sattete elf Prozent weniger als noch 2019 und der Absturz von Platz 1. Dass Karl Nehammer den Sebastian-Kurz-Boost nicht kriegen würde, war immer klar. Anders als in der SPÖ ist die Loyalität in der Partei zu ihm derzeit jedoch noch ungebrochen.

Und jetzt? Kickl ist der Sieger – aber gleichzeitig auch wieder nicht, da niemand mit ihm koalieren will. Nicht einmal die ÖVP, die zwar keine Koalition mit seiner Partei, aber mit ihm als Person im Vorfeld dezidiert ausgeschlossen hat. Er habe sich während der Pandemie „radikalisiert“ und sei ein Sicherheitsrisiko für die Demokratie. Es gibt also ein „Brandmäuerchen“ in Österreich, das die Form einer Dreierkoalition aus ÖVP, SPÖ und den liberalen Neos annehmen könnte. ÖVP und SPÖ könnten sich – Stand Montagabend – zwar auch mit einer „arschnappen“ Mehrheit von 93 der 183 Mandaten im Parlament zusammenraufen und eine Art MiGroKo (Mittelgroße Koalition) gegen den selbsternannten VoKaKi (Volkskanzler Kickl) schmieden. Wahrscheinlicher scheint, dass sich ÖVP und SPÖ dazu die Unterstützung der gestärkten Neos (neun Prozent) nehmen – und nicht die der abgestraften Grünen (acht Prozent), mit denen die ÖVP bis dato in einer unbefriedigenden kleinen Koalition regiert hat.

Willkommen in der Welt der Dreierkoalition, Österreich! Kanzler Nehammer müsste sich dann aber schon eine scharfe Reformagenda zulegen, um nicht als Kanzler einer Koalition der Verlierer dazustehen. [Viele Visionen, viel Gestaltungswille hat er bis jetzt nicht gezeigt.](#)

Nicht auszuschließen ist, dass die ÖVP am Ende nicht doch ihr „Mit-Kickl-sicher-nicht“-Dogma über Bord wirft und zu dem Schluss kommt, dass man mit dem „Sicherheitsrisiko“ Kickl als Juniorpartner könnte, sofern ihr die FPÖ zum Beispiel die machtpolitisch essentiellen Ressorts Finanz, Innen und Justiz überlässt. Aus der österreichischen Industrie war bereits vor der Wahl eine deutliche Empfehlung für ein blau-schwarzes wirtschaftsliberales Projekt zu hören gewesen. Der Präsident der Industriellenvereinigung Georg Knill hält [die SPÖ unter Babler für „standortschädlich“.](#)

Somit ist der Wahlkampf geschlagen, die Machtkämpfe beginnen aber erst. Das mit der Dritten Republik mag übertrieben klingen. Aber wenn man als Fundament der Zweiten Republik Österreich die Große Koalition, die Konkordanzdemokratie, den Interessenausgleich zwischen den beiden einstigen Großparteien SPÖ und ÖVP annimmt, dann ist all das spätestens mit dieser Nationalratswahl zerbröselt.



Barbara Tóth, Wien

Barbara Tóth ist Buchautorin und Journalistin. Sie ist leitende Redakteurin des Magazins *Falter* in Wien und schreibt über Politik, Medien und Zeitgeschichte.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/haelt-das-brandmaeuerchen-7809/?utm_campaign=de_40_20241001&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Kult der Grausamkeit. Das Gift des Autoritären ist tief in die Gesellschaften eingedrungen. Auch in Österreich liegen die Rechtsextremen vor der Nationalratswahl vorn

Von Robert Misik

Europa 05.09.2024



FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl im Rahmen der „Mit Euch gegen das System“-Tour in Wien.- *picture alliance / APA / Christian Bruna*

In der deutschsprachigen Welt begann pünktlich mit dem Septemberbeginn die Wahlsaison. Und die Nerven liegen blank. Bei den Regionalwahlen in Thüringen und Sachsen erreichte die ultrarechte AfD über 30 Prozent, in Thüringen wurde sie sogar stärkste Partei. Wenngleich erwartet, treffen die Schockwellen ins Mark.

Die Bedeutung geht über periphere Regionalwahlen weit hinaus. Die regierende Ampelkoalition in Berlin weiß sich nicht mehr zu helfen und schleppt sich in das letzte Jahr der Regierungsperiode. Währenddessen können Ultrarechte – in Wahrheit kaum mehr camouflierte Naziparteien – relative Mehrheiten erringen. Ende September stehen nun auch in Österreich Wahlen bevor. Und die rechtsextreme Freiheitliche Partei (FPÖ) rangiert in praktisch allen Umfragen auf Platz 1, gefolgt von den Konservativen (ÖVP) und den Sozialdemokraten.

Die gewohnte Nachkriegsordnung aus gemäßigten Parteien – die sich an der Regierung abwechseln –, mit liberaler Demokratie, Pluralismus, Medien- und Kunstfreiheit ist überall in einen Abwehrkampf verstrickt, der immer verzweifelter wird.

Die ultrarechten Parteien sind längst keine Wahlbewegungen mehr, die man als „rechtspopulistisch“ verharmlosen könnte; sie haben sich gerade in den vergangenen Jahren dramatisch selbst radikalisiert. Hatte man vor gar nicht allzu langer Zeit noch allgemein dem Urteil angehangen, die radikalen Rechtsparteien müssten sich mäßigen, um eine Chance auf Mehrheiten zu erlangen, so ist dies heute nicht mehr der Fall. Ja, man kann sogar sagen: Das Gegenteil ist heute der Fall. Je mehr Radikalität, je mehr Polarisierung und Hass, je irrer an der Eskalationsschraube gedreht wird, umso größer ist der Erfolg der

Seite E 171 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Rechtsparteien. Über die Brandbeschleuniger der sozialen Medien schüren sie Ressentiments und Verbitterung bei ihrem Publikum; und das Publikum, das immer mehr außer Rand und Band gerät, wirkt wiederum auf die Parteien zurück.

In Österreich kündigt die FPÖ in ihrem Wahlprogramm die Homogenisierung des Volkes an.

Die Thüringer Wählerinnen und Wähler machten eine Partei zur Nummer 1, deren Frontmann offen ankündigt, dass es „wohltemperierte Grausamkeit“ brauche, etwa um Migranten wieder aus Deutschland zu vertreiben. Er ist gerichtlich verurteilt worden, weil er „Alles für Deutschland“ zu brüllen pflegt, die verbotene Parole der NSDAP-Sturmabteilung (SA). In Österreich kündigt die FPÖ in ihrem Wahlprogramm die Homogenisierung des Volkes an, da kulturelle und ethnische Ausdifferenzierung und Heterogenität schlecht für die Nation seien. Selbst ein Plebiszit über die Einführung der Todesstrafe hält ihr Kandidat für das Amt des Bundeskanzlers, Herbert Kickl, für eine überlegenswerte Sache. Bei ihren Kundgebungen versteigt sich die Partei immer mehr in Gewaltsprache. Die rechtsextreme Kampfgruppe der „Identitären“, die vor allem mit Verschwörungstheorien wie der vom „Großen Austausch“ Panik schürt, hat an vielen Stellen den Apparat der Partei faktisch übernommen.

Spitzenfunktionäre der Partei – auch FPÖ-Regierungsfunktionäre wie die stellvertretende Landeshauptfrau von Salzburg – [zeigen unverhohlen das White Supremacy-Handzeichen](#). Parteichef Herbert Kickl prahlt damit, er trage den Vorwurf des „Rechtsextremismus“ wie einen Orden. Die Europapolitiker der Partei meinten unlängst, das weibliche Führungstrio der Europäischen Union seien drei „Hexen“, die man „die Peitsche spüren lassen“ werde. Der Wiener Landeschef der FPÖ will die Armee gegen Migranten einsetzen – nicht an den Grenzen, sondern in den Straßen der Hauptstadt. „Demokratiefeindlicher und offen nationalsozialistischer kann eine Rhetorik nicht sein“, so eine Künstlerpetition rund um die Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek und den Regiestar Milo Rau in der vergangenen Woche.

Das Gift des Autoritären ist tief in die Gesellschaften eingedrungen. Der Extremismus ist laut und dominant, und viele haben sich daran gewöhnt. Das Abnormale wird als normal akzeptiert. Man baut sich Lebenslügen. Zum Beispiel: So schlimm wird es schon nicht kommen. Oder: Dass die Wählerinnen und Wähler faschistischer Parteien einfach reale Sorgen hätten (etwa vor Migration und der damit einhergehenden Jugendkriminalität oder vor islamistischem Terror) oder dass sie einfach frustriert seien vom politischen System. Auch ökonomische und soziale Abstiegs Erfahrungen von Teilen der Arbeiterschaft werden als Ursache genannt. Vieles davon ist keineswegs falsch, aber die Darstellung der rechtsextremen Wählerinnen und Wähler als Menschen, die aus rational nachvollziehbaren Gründen extremistische Parteien wählen, schön den Blick auf die Realität. Gerne wird angenommen, dass die Menschen einfach auf die Lügen und Fakenews der rechten Agitatoren hereinfließen. Als wären diese Wähler bloß verführte, etwas dumme, infantile Leute, die nicht wissen, was sie tun. Die quasi irrtümlich zu Wählern faschistischer Parteien werden.

Das Gift des Autoritären ist tief in die Gesellschaften eingedrungen.

Aber die ultrarechten Parteien haben längst ein eingeschworenes Wählerpublikum, das genau das will, was es bekommt. Die Soziologen Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey haben das Resonanzmilieu genau durchleuchtet. Der Typus, der sich angezogen fühlt, ist der des „konformistischen Rebellen“. Wichtige Einsichten in diese Sozialfigur verdanken wir übrigens schon der legendären Studie über den „autoritären Charakter“ von Theodor W.

Adorno und anderen Forschern der „kritischen Theorie“. Das Individuum wird ausschließlich im Gegensatz zur Gesellschaft definiert. Lläuft etwas schief, ist es schnell gekränkt und gibt dem Staat und der Elite die Schuld.

An sich gesunde Machtskepsis eskaliert ins destruktive „Dagegensein“, in antiautoritäres Rebellentum mit Autoritarismus, Führerkult und der Lust daran, Schwächere zu quälen. Bei dem Typus finden sich „zahlreiche Merkmale der autoritären Persönlichkeit“, wie etwa „autoritäre Aggression, Kraftmeierei, Destruktivität, Zynismus“. Eine „paranoide Beziehung zur Außenwelt“ sowie Gleichgültigkeit und Kälte gegenüber anderen Individuen sind Eigenschaften des autoritären Charaktertyps, wie etwa der Forscher Leo Löwenthal vor beinahe 90 Jahren feststellte.

Lügen die Frontleute, dass sich die Balken biegen, jubelt das Publikum. Nicht, weil es die Lügen nicht erkennen würde, sondern weil die jubelnden Mitläufer die Unverfrorenheit bewundern. Sie wären gerne auch so. Die französische Theoretikerin und Psychiaterin Cynthia Fleury hat unlängst mit einer Untersuchung über tief sitzende Verbitterung für großes Aufsehen gesorgt. Sie entdeckt ein „in das Ressentiment verliebte Subjekt“, das sich immer weiter in seine Verbitterung hineinsteigert, von der autoritären Propaganda immer mehr getriggert wird, und einen „Verlust der Urteilsfähigkeit“ erleidet. Sie spricht gar von einer „Verbitterungsstörung“.

Auch die Lust an Gewaltsprache und Obszönität weiß Fleury zu interpretieren: „Eine der explizitesten und hörbarsten Manifestationen des Ressentiments ist der obszöne Gebrauch der Sprache. (...) Man muss zuschlagen, den anderen verletzen, und da man dies nicht mit körperlicher Gewalt erreichen kann, geht es darum, die Sprache als Gewalt einzusetzen. (...) Heutzutage ist ein solches Auskotzen in sozialen Netzwerken quasi ständig möglich.“ Da wird „aufgeräumt“, aus dem Weg geschafft, man geil sich an der Fantasie auf, die anderen endlich „zum Schweigen“ zu bringen.

Es wird jedenfalls Zeit, damit aufzuhören, sich in die Tasche zu lügen. Wir haben es nicht mit Parteien zu tun, die – „populistisch“ – bloß ein wenig radikal tun, um Aufmerksamkeit und Erfolg zu generieren. Und wir haben es nicht nur mit gutwilligen, frustrierten Leuten zu tun, die diese Parteien irrtümlich wählen. Wie Sigmund Freud schon 1921 in *Massenpsychologie und Ich-Analyse* feststellte, befeuert die Agitation eine regressive Lockerung der Selbstkontrolle und einen legitimierten Verlust von Über-Ich-Funktionen. Das Publikum steigert sich in selbst verstärkende Affekthandlungen, entwickelt Impulse von Grausamkeit und Feigheit, schaukelt sich hoch. Wir sind mit faschistischen Massenparteien konfrontiert, die nach der Macht greifen, und mit einer Anhängerschaft, der der Kult der Grausamkeit, eine Sprache der Verachtung und eine Rhetorik der Gewalt einen Lustgewinn verschafft. Oder einfacher gesagt: Menschen, die unter anderen Umständen gute Leute sein könnten, verwandeln sich in Bestien.

Dieser Artikel ist eine gemeinsame Veröffentlichung von Social Europe und dem IPG-Journal.



Robert Misik, Wien

Seite E 173 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Robert Misik lebt und arbeitet in Wien als Journalist und Autor. Zuletzt erschien von ihm: *Putin. Ein Verhängnis: Wie Wladimir Putin Russland in eine Despotie verwandelte und jetzt Europa bedroht.*

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/kult-der-grausamkeit-7753/?utm_campaign=de_40_20240906&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Südtirol (Seiten E 174 – E 183)



01) Sensationelle Filmdokumentation über den Auftragsmord an Luis Amplatz



300 begeisterte Gäste bei der Film Premiere „Luis Amplatz-Im Labyrinth von Leben und Tod“ in Gries



Am 7. September 2024 lud die Schützenkompanie „Major Josef Eisenstecken“ Gries in das Kulturheim Gries, um anlässlich des 60. Todestages eines Mannes zu gedenken, der einerseits die Kompanie mitbegründete, andererseits auch Gründungsmitglied des Befreiungsausschusses Südtirol (BAS) und als Aktivist für das Selbstbestimmungsrecht Südtirols eintrat.



Am 7. September 2024 fand eine außerordentliche Filmvorführung vor 300 Zusehern statt. Der Saal des Kulturheimes Gries in Bozen konnte die Besucher kaum fassen. (Bild UT24)

Für diesen Einsatz um seine geliebte Heimat und deren Menschen musste **Luis Amplatz** mit seinem Leben büßen. Er wurde am 7. September 1964 auf der Brunner Mahder oberhalb von Saltaus im Auftrag Italiens ermordet.

Als die Grieser Kommandantschaft die Idee vor 18 Monaten aufgriff, einen kleinen Film über den Freiheitskämpfer Luis Amplatz zum 60. Todestag zu gestalten, mussten die Akteure rasch erkennen, dass sie über sein kurzes Leben eigentlich nur ganz wenig wussten. Viele ungeklärte Fragen tauchten auf. Fragen, denen sie nachgehen mussten.

Wer nämlich heute in Südtirol oft mit verständnislosem Kopfschütteln die Vehemenz der Minderheitenkonflikte in weiten Teilen Europas verfolgt, der vergisst allzu leicht, wie gespannt die Atmosphäre noch vor wenigen Jahrzehnten auch in Südtirol war: 25.000 Soldaten beherrschten Mitte der 1960er Jahre das Bild. Anschläge, Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und menschenrechtswidrige Folterungen waren an der Tagesordnung.

Dargestellt wurden die Attentate jener Jahre oft als Verzweiflungstat einer kleinen Gruppe deutschtümelnder Patrioten und Rechtsextremisten, die versuchten, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Kaum jemand bemühte sich um eine differenziertere Sichtweise.



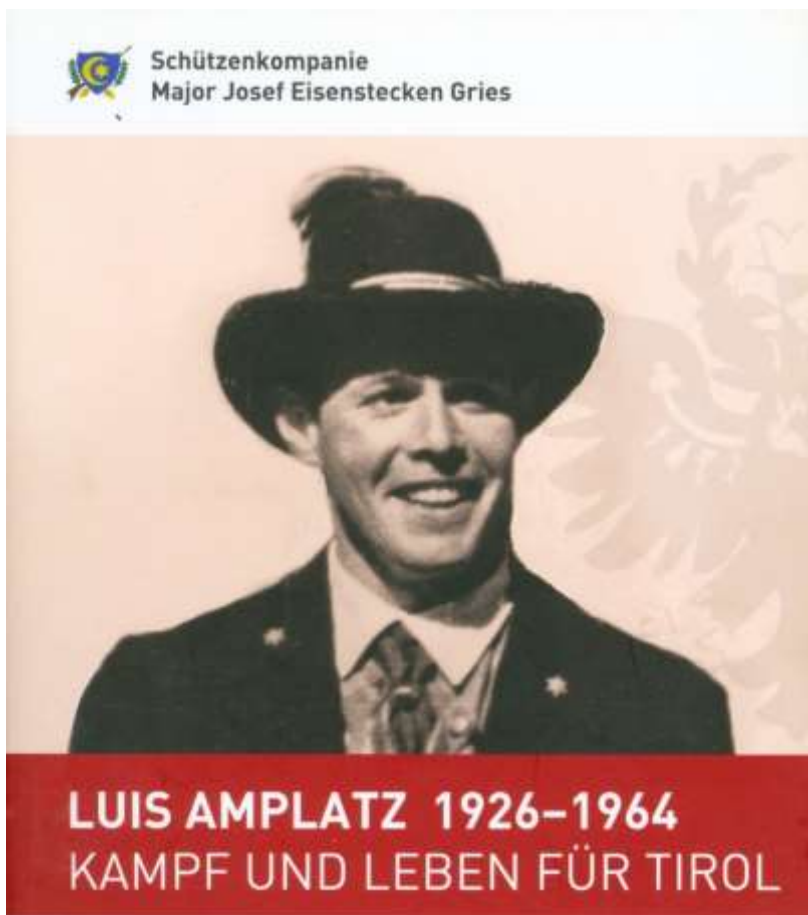
Werner Neubauer, Mitglied der Schützenkompanie Gries, bei seiner Ansprache. (Bild UT24)

Seite E 176 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Es war dem **Regisseur und Drehbuchautor Werner Neubauer** deshalb ein besonderes Anliegen – mit einem Abstand von rund 60 Jahren seit dem gewaltsamen Tod des Luis Amplatz – der heutigen Jugend zu vermitteln, welchen nachhaltigen Eindruck die damaligen Ereignisse in Südtirol auf die europäische Öffentlichkeit damals machten und welche Beunruhigung sie zur Zeit des 'Kalten Krieges' in der Nato auslösten.

Die Schützenkompanie Gries will mit der präsentierten Film-Dokumentation Diskussionen auszulösen und bietet deshalb allen Schützenbezirken die Präsentation des Filmbeitrages mit anschließender Diskussion an.

Die Dokumentation über das Leben des Luis Amplatz, welche in Zusammenarbeit mit dem „Filmwerk Kaltern“ gestaltet wurde, soll deutlich die Ursachen und die Entstehung gewaltsamer Minderheitenkonflikte und den Zündstoff, den diese Probleme in sich bergen, aufzeigen. Damit greift sie ein Thema auf, dessen Aktualität gerade heute wieder weit über die Grenzen Südtirols hinausreicht.



Bereits vor 10 Jahren hatte die Schützenkompanie Gries eine Gedenkschrift für Luis Amplatz herausgegeben, deren Verfasser ihr Mitglied Werner Neubauer war, der ehemalige österreichische Nationalratsabgeordnete und FPÖ-Südtirolsprecher.

Die filmische Dokumentation wurde vom Publikum begeistert aufgenommen. Besonders bislang unveröffentlichte Filmaufnahmen, die erstmals gezeigt wurden, boten einen seltenen Einblick in die private Seite von Luis Amplatz. Aber genauso spannend waren die vielen Zeitzeugenberichte, die den Menschen Luis Amplatz nachzeichneten.

Landeshauptmann a.D. Luis Durnwalder brachte es in seiner Ansprache in Gries auf den Punkt, wenn er sagte:

Seite E 177 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

„Die Autonomie ist für die Menschen wichtig, sie wurde aber nicht geschaffen, damit es uns gut geht, sondern, damit wir als Minderheit in einem fremden Staat überleben.“

Eine Autonomie ist keine Selbstverständlichkeit, vielmehr muss dieses Recht immer wieder aufs Neue verteidigt werden, damit dereinst wie Luis auch wir sagen können:

„Freund, grüß' mir die Heimat, die ich mehr als mein Leben geliebt!“

Dokumentation: Lebenslauf von Luis Amplatz

1926 wurde Luis Amplatz als Sohn eines armen Wein- und Obstbauern in Gries bei Bozen geboren. In der faschistisch ausgerichteten Schule weigerte sich der junge Bub, die Uniform der faschistischen Jugendorganisation Balilla anzuziehen. Er wurde deshalb mehrfach verprügelt.



Luis Amplatz im Alter von 15 Jahren. (Bild: Archiv Neubauer)

In der Faschistenzeit hisste der junge Amplatz mehrfach Tiroler Fahnen an den waghalsigsten Orten wie Hochstromleitungen und Felsen.

Nach dem Krieg machte er sich verdient um den Wiederaufbau des Südtiroler Schützenwesens und wurde 1959 Gründungsmitglied der Schützenkompanie Gries und bekleidet die Charge eines Fahnenleutnants.



Luis Amplatz mit Marketenderinnen bei der neu gegründeten Schützenkompanie Gries im Jahre 1959. (Bild: Archiv Neubauer)

Seite E 178 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

1952 heiratete er Anna Valtingoier und wurde Vater von drei Kindern. Als Kleinbauer bearbeitete er in der Kaiserau sein kleines Obstgut.

1957 nahm er an der Großkundgebung in Sigmundskron teil, auf der Silvius Magnago die Autonomie für Südtirol forderte und zahlreiche Teilnehmer auf Transparenten und Tafeln für die Selbstbestimmung eintraten.

Luis Amplatz hisste unter dem Jubel der 35 000 Teilnehmer die verbotene weiß rote Tiroler Landesfahne. Diese wurde damals von den Carabinieri als Zeichen des „Aufruhrs“ verfolgt und nach Möglichkeit beschlagnahmt.



Bild links: Luis Amplatz entrollt die Tiroler Fahne Bild rechts: Selbstbestimmungsförderung.

1959 hängte er an seinem Haus in Moritzing bei Gries eine große rot-weiße Fahne an dem Dachgiebel auf und darunter ein Bild mit einem roten Tiroler Adler und der Aufschrift „Hoch Tirol!“ Er wurde angezeigt und zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt,

1961 wurde Luis Amplatz in der Schützenkompanie Gries zum Oberjäger gewählt.



Luis Amplatz (vorne im Bild) mit seiner Schützenkompanie

Seite E 179 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Er schloss sich dem Befreiungsausschuss Südtirol (BAS) an und nahm noch vor der „Feuernacht“ an zahlreichen Anschlägen teil, die sich gegen Einrichtungen des italienischen Staates und faschistische Denkmäler richteten. Er war von den Carabinieri mehrmals verdächtigt, verhaftet, vielfach verhört und mangels jeglicher Beweise wieder freigelassen worden. Im Mai 1961 musste er dann doch nach Österreich fliehen.



Luis Amplatz im Exil in Österreich

In der Folge ging er immer wieder zusammen mit Kameraden wie Georg Klotz und Peter Kienesberger heimlich über die Grenze, um Anschläge gegen Strommasten und andere Sachwerte des Staates zu verüben.



Luis Amplatz im Einsatz.

Seite E 180 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Es gelang dem italienischen Geheimdienst, einen in Österreich angeheuerten Agenten in seinen Kreis einzuschleusen, welcher Luis Amplatz am 7. September 1964 in einer Almhütte auf der Brunner Mahder oberhalb von Saltaus heimtückisch durch mehrere Schüsse im Schlaf ermordete.



In dieser Almhütte wurde Luis Amplatz ermordet

Luis Amplatz wurde am 10. September 1964 auf dem Oberauer Friedhof in Bozen begraben. **Mehr als 20 000 Menschen gaben ihm das letzte Geleit. Das war ein öffentliches Bekenntnis.**



Letzter Abschied von Luis Amplatz



Gedenken auf der Brunner Mahder

Einladung zur **GEDÄCHTNISFEIER** zum **60. TODESTAG** von **LUIS AMPLATZ**

Am Sonntag,
den **08.09.2024** • 11 Uhr
auf den Brunner Mahdern
oberhalb von Saltaus



Einladung des Südtiroler Heimatbundes (SHB)

Am 8. September 2024 fand auf den Brunner Mahdern oberhalb von Saltaus im Passeiertal eine Gedenkfeier für Luis Amplatz statt.



Bild SHB

Das Internetportal UT24 berichtete darüber

<https://www.unsertirol24.com/2024/09/09/gedenkfeier-60-todestag-von-luis-amplatz/>:

„Die Gedenkfeier, zu der alle Teilnehmer einen eineinhalb Stunden langen steilen Bergpfad bezwingen mussten, war vom Südtiroler Heimatbund, Bezirk Meran-Burggrafenamt und den Schützenkompanien St. Martin in Passeier und der Schützenkompanie Riffian organisiert worden. Die Veranstaltung fand neben der Almhütte statt, in der der Grieser Schützenleutnant und Freiheitskämpfer Amplatz am 7. September vor 60 Jahren ermordet wurde, berichtet der Obmann des Südtiroler Heimatbundes, Roland Lang, in einer Aussendung.

Gottesdienst und Grußworte

Das Gedenken wurde durch einen Feldgottesdienst, zelebriert von **Pater Christoph Waldner**, begonnen. Musikalisch wurde die Messfeier von der Musikkapelle Saltaus begleitet. Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch den **Bezirksobmann des Südtiroler Heimatbundes (SHB) Sepp Mitterhofer** folgten die Grußworte von SHB-Landesobmann Roland Lang.“

Die Gedenkrede hielt **Gudrun Kofler, Abgeordnete zum Tiroler Landtag** und Enkelin des Freiheitskämpfers Jörg Klotz. Die Heldenehrung nahm **Elmar Thaler vor, ehemaliger Landeskommandant des Südtiroler Schützenbundes**. Die Ehrenformation der Schützenkompanie St. Martin in Passeier und Riffian feuerte eine Ehrensalve ab.



Vor dem Gedenkmarterl (v. l. n. r.): Gudrun Kofler, Sepp Mitterhofer, Elmar Thaler.
(Bild SHB)

Autor [suedtirolinfo](https://www.suedtirolinfo.it/) Veröffentlicht am [20. September 2024](https://www.suedtirolinfo.it/)

E. g) Ostmitteleuropa

Seiten E 184 – E 134

P o l e n (Seite E 184)

Keine Berichte

Seite E 185 zum AGOMWBW-Rundbrief N Nr. 852 vom 03.10.2024

Tschechien (Seite E 185)

Keine Berichte

Ukraine (Seiten E 186 – E 119)

01) Frieden durch Stärke. Die Ukraine kämpft für ihre Freiheit. Doch um einen dauerhaften Frieden zu sichern, braucht sie internationale Unterstützung und Sicherheitsgarantien

Von Anders Fogh Rasmussen & Andriy Yermak

Außen- und Sicherheitspolitik 26.09.2024



Training von ukrainischen Soldatinnen: Doch wie groß ist das Engagement der internationalen Gemeinschaft? - *picture alliance/AA/Ercin Erturk*

Der russische Präsident Wladimir Putin bestreitet das Recht der Ukraine auf Souveränität und ist seit 2014 zweimal in das Land eingefallen. Glücklicherweise wurden seine Bemühungen, das Land zu unterjochen, durch den Mut des ukrainischen Volkes vereitelt. Nach zweieinhalb Jahren erbitterter Verteidigung ihrer Heimat ist mehr als deutlich geworden, dass sich die Ukrainer der russischen Tyrannei niemals unterwerfen werden. Trotz ihrer Widerstandskraft geht Putins brutaler Angriffskrieg weiter. Sollten die Verbündeten der Ukraine nicht die nötige Entschlossenheit zeigen, könnte sich der Konflikt über Jahre hinziehen und die Stabilität in Europa gefährden. Zudem bedroht ein zunehmend militaristisches Russland nicht nur die Ukraine, sondern die ganze Welt – mit potenziell katastrophalen Folgen. Russlands Krieg hat bereits weltweit Schockwellen ausgelöst, die Energie- und Lebensmittelpreise in die Höhe getrieben und die nukleare Sicherheit gefährdet.

Durch die Verletzung grundlegender Prinzipien des Völkerrechts hat Russland die globale Ordnung ins Wanken gebracht. Um den Frieden zu sichern, müssen die Verbündeten der Ukraine Putin zu verstehen geben, dass er die Bedingungen für ein Kriegsende nicht diktieren kann. Das lässt sich erreichen, indem weltweit Unterstützer für ein Friedensabkommen gewonnen werden, das auf den Grundprinzipien des Völkerrechts beruht, das die Position der Ukraine auf dem Schlachtfeld stärkt, das ihr langfristige Sicherheitsgarantien gewährt und das einen klaren Weg zum NATO-Beitritt aufzeigt.

Seite E 187 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Während Putin darauf abzielt, den Krieg in die Länge zu ziehen, bemüht sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj aktiv um einen dauerhaften Frieden. In diesem Sommer versammelte er Vertreter aus mehr als 90 Ländern in der Schweiz, um für seine Zehn-Punkte-Friedensformel zu werben, die neben dem vollständigen Rückzug Russlands auch die Stärkung der nuklearen Sicherheit und die Bewältigung der Umweltauswirkungen des Konflikts vorsieht. Globaler Druck wird entscheidend sein, um eine Einigung zu erzielen. Allerdings erfordert ein dauerhafter Frieden auch starke Sicherheitsgarantien.

Es ist an der Zeit, dass die Verbündeten alle verbleibenden Beschränkungen in Bezug auf die gelieferten Waffentypen und die Art ihres Einsatzes aufheben.

Da Russland wiederholt durch seine Verstöße gegen internationale Abkommen und durch großflächige Kriegsverbrechen seine Missachtung für das Völkerrecht und die grundlegenden Menschenrechte unter Beweis gestellt hat, kann der Frieden nicht allein auf Putins Versprechen beruhen. Der Ausgang des Krieges wird davon abhängen, inwieweit die Ukraine in der Lage ist, sich selbst zu verteidigen. Die unmittelbare Priorität besteht darin, die Position der Ukraine auf dem Schlachtfeld zu stärken. Da russische Raketen und Drohnen weiterhin Zivilisten im ganzen Land töten, wobei die meisten Angriffe von russischem Gebiet ausgehen, hat die Ukraine jedes Recht, Langstreckenwaffen einzusetzen, um diese Ziele zu treffen, und in Russland einzudringen, um weitere Angriffe zu verhindern. Schränkt man die Möglichkeiten der Ukraine hierzu ein, benachteiligt sie das im Kampf massiv.

Die ukrainischen Streitkräfte haben wiederholt bewiesen, dass sie die vom Westen gelieferten Waffen wirksam und verantwortungsbewusst einsetzen können. Es ist an der Zeit, dass die Verbündeten alle verbleibenden Beschränkungen in Bezug auf die gelieferten Waffentypen und die Art ihres Einsatzes aufheben. Neben der sofortigen Unterstützung müssen sich die Verbündeten jedoch auch dazu verpflichten, der Ukraine so lange wie nötig militärische Ausrüstung und finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Ukraine hat im Rahmen des von uns mitverfassten Kiewer Sicherheitspakts bereits langfristige Sicherheitsgarantien von mehr als 30 Ländern erhalten. Jetzt ist es an der Zeit zu beweisen, dass diese Garantien Substanz haben.

Die NATO-Staaten müssen entschlossen handeln und der Ukraine einen Weg zur Mitgliedschaft anbieten.

In den kommenden Monaten werden wir uns darauf konzentrieren, sicherzustellen, dass die Garantien halten, was sie versprechen. Das bedeutet, ihre Umsetzung zu überwachen, aufkommende Bedrohungen zu bewerten und sicherzustellen, inwieweit die Sicherheitsbedürfnisse der Ukraine mit der umfassenderen Verteidigungsstrategie Europas im Einklang stehen.

Um zu verhindern, dass Putin einen Frieden zu seinen Bedingungen diktiert, braucht es mehr als nur Sicherheitsgarantien. Die Verbündeten der Ukraine sollten ihre Unterstützung ausweiten, indem sie beispielsweise ukrainische Streitkräfte im Land ausbilden und zivile Auftragnehmer oder spezialisierte Militärteams zur Reparatur beschädigter Ausrüstung vor Ort entsenden. Nachbarstaaten könnten einen erweiterten Luftverteidigungsschild über der Westukraine errichten, um ankommende russische Raketen und Drohnen abzufangen und so das Leben der Zivilbevölkerung zu schützen und es der Ukraine zu ermöglichen, ihre Luftverteidigungssysteme wieder an die Front zu verlegen.

Jeder dieser Schritte wird die Position der Ukraine in künftigen Verhandlungen zweifellos stärken. Letztlich jedoch kann Frieden und Sicherheit in Europa langfristig nur durch die

Aufnahme der Ukraine in die NATO gewährleistet werden. Die Ukraine in der Grauzone zwischen Russland und dem Bündnis zu belassen, würde nur zu weiterer Instabilität, Aggression und Gewalt führen. Die NATO-Staaten müssen entschlossen handeln und der Ukraine einen Weg zur Mitgliedschaft anbieten. Auch wenn das nicht bedeutet, dass die Ukraine dem Bündnis von heute auf morgen beitreten wird, wäre eine solche Zusage ein deutliches Signal an Putin, dass sein Krieg den letztlichen Beitritt der Ukraine nicht verhindern kann.

Angesichts von Putins stark militarisierten und zunehmend revanchistischen Russlands müssen die Ukraine und ihre Verbündeten die alte römische Maxime *si vis pacem, para bellum* beherzigen: „Wenn du Frieden willst, bereite dich auf Krieg vor“. Das ukrainische Volk hat in den vergangenen zweieinhalb Jahren seine unerschütterliche Entschlossenheit bewiesen, seine Freiheit zu verteidigen. Doch um einen dauerhaften Frieden zu erreichen, muss die internationale Gemeinschaft den Mut und die Kraft aufbringen, diesen Frieden zu unterstützen und zu bewahren.

© Project Syndicate

Aus dem Englischen von Jan Doolan



Anders Fogh Rasmussen

Anders Fogh Rasmussen ist Berater bei Goldman Sachs. Von 2001 bis 2009 war er Ministerpräsident Dänemarks und anschließend bis 2014 Generalsekretär der NATO.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/frieden-durch-staerke-7792/?utm_campaign=de_40_20240926&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) „Das Volk bekommt neue Gesichter zu sehen“. Büroleiter Felix Hett über den Kabinettsumbau in der Ukraine, den Rücktritt von Außenminister Kuleba und die Stimmung in der Bevölkerung

Interviews. Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis

06.09.2024



Steht mit seiner Regierung vor gewaltigen Herausforderungen: Ukraines Präsident Wolodymyr Selenskyj.- *j.picture alliance / Zumapress | Ukraine Presidency.*

Die Fragen stellte [Nikolaos Gavalakis](#).

Wolodymyr Selenskyj baut diese Woche seine Regierung um. Mehr als die Hälfte der ukrainischen Kabinettsmitglieder werden ausgetauscht. Was steckt dahinter?

Gerüchte um eine Regierungsumbildung gab es in Kiew schon seit vielen Monaten. Präsident Selenskyj hat bereits im Frühjahr von einem notwendigen „Reboot“ der staatlichen Institutionen gesprochen. Die eigentlich für Oktober 2023 und Frühjahr 2024 geplanten Parlaments- und Präsidentenwahlen konnten unter Kriegsrecht nicht stattfinden. Die turnusgemäße Erneuerung des politischen Personals ist damit ausgeblieben. Nun sollen die angekündigten Rotationen die fehlenden Wahlen mindestens teilweise kompensieren, das Volk bekommt neue Gesichter zu sehen. Auf der individuellen Ebene können Rücktritte auch persönliche Gründe haben: Ein Ministerjob in Kriegszeiten ist extrem kräftezehrend. Die Ukraine steht nach den verheerenden russischen Angriffen der letzten Tage auf Energieinfrastruktur, Bildungseinrichtungen und zivile Ziele vor einem sehr schweren Herbst und Winter. Selenskyj hat davon gesprochen, sein Team benötige „neue Energie“. In Kiew wird gemutmaßt, dass neben Effektivität und Effizienz die Loyalität zum Präsidenten das Hauptkriterium für die Neubesetzungen ist.

Unter anderem muss auch Außenminister Dmytro Kuleba sein Amt räumen. Was erhofft sich Selenskyj von einem Wechsel auf dem Posten des Chefdiplomaten?

Kuleba war als Außenminister im In- und Ausland anerkannt. Über inhaltliche Differenzen mit Selenskyj ist wenig bekannt. Grund für die Entlassung könnte die Konkurrenz zwischen Außenministerium und Präsidialbüro sein. So sei Kulebas starke Medienpräsenz dem Präsidenten ein Dorn im Auge gewesen. Kulebas Nachfolger wird wenig überraschend dessen bisheriger Stellvertreter Andriy Sybiha, der erst im April aus dem Präsidentenbüro

ins Außenministerium gewechselt war. Schon damals gab es Gerüchte über einen baldigen Ministerwechsel. Traditionell hat der ukrainische Präsident eine wichtige Rolle in der Außenpolitik. Selenskyj und sein Büroleiter Andriy Jermak haben Kuleba in den vergangenen Monaten immer weiter an den Rand gedrängt. Mit einem Politikwechsel ist jedoch nicht zu rechnen.

Welche Herausforderungen kommen in den nächsten Monaten auf die neue Regierung zu?

Die Herausforderungen für die teilerneuete Regierung bleiben gigantisch: Neben den Kriegsanstrengungen ist hier in erster Linie die Sicherung der Energieversorgung vor dem Winter zu nennen. Auf internationalem Parkett geht es um die weitere militärische und finanzielle Unterstützung. Gleichzeitig muss die heimische Wirtschaft am Leben erhalten und die ukrainische Waffen- und Munitionsproduktion angekurbelt werden, damit die absolut kritische Abhängigkeit von externer Unterstützung abnimmt.

Parallel will die Ukraine im Zuge des EU-Beitrittsprozesses ein anspruchsvolles Reformprogramm umsetzen.

Parallel will die Ukraine im Zuge des EU-Beitrittsprozesses ein anspruchsvolles Reformprogramm umsetzen. Dass angesichts dieser Vielzahl an komplexen Baustellen nicht alles perfekt laufen kann, liegt in der Natur der Sache. Ob allerdings Personalwechsel – die primär erstmal die Abläufe in den Ministerien durcheinanderwirbeln – zumindest kurz- bis mittelfristig mehr schaden als nützen, ist eine Frage, die von der ukrainischen Regierung sicherlich intensiv mit den westlichen Partnern diskutiert worden ist.

Putins Truppen rücken im Osten des Landes weiter vor. Die Ukraine konnte zuletzt wiederum in Kursk sowie durch [Drohnenangriffe auf russischem Territorium](#) Erfolge erzielen. Wie ist die Stimmung derzeit in der ukrainischen Bevölkerung?

Das ist eine schwierige Frage: Persönliche Eindrücke sind wie immer sehr selektiv. Ich nehme einerseits große Erschöpfung, andererseits starken Durchhaltewillen wahr. Es gibt natürlich Umfragen, aber die sind unter Kriegsbedingungen mit einem hohen Konformitätsdruck auch nicht ganz unproblematisch. Aus ihnen war Anfang des Sommers sinkendes Vertrauen in Regierung, Parlament und Präsident abzulesen – Letzteres kommend von einem sehr hohen Niveau. Daneben war eine wachsende Bereitschaft zu Verhandlungen mit Russland zu verzeichnen, [um den Krieg zu beenden](#). Der Regierungsumbau wird in den Sozialen Medien eher kritisch und mit viel Skepsis kommentiert. Die Kursk-Offensive hat sicherlich Hoffnungen geweckt, dass die Ukraine im Krieg das Blatt noch einmal wenden kann. Allerdings kann dieser Effekt auch schnell wieder verpuffen, wenn der russische Vormarsch im Donbass weitergeht.



Felix Hett

Felix Hett leitet die Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Ukraine und der Republik Moldau. Zuvor war er Leiter des Regionalbüros Südkaukasus.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/das-volk-bekommt-neue-gesichter-zu-sehen-7758/?utm_campaign=de_40_20240906&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Der Vermittler, der mit allen kann. Der Besuch des indischen Premiers Modi in der Ukraine zeigt: Beim Thema Verhandlungen kommt man am Globalen Süden nicht vorbei

Von Alexandra Sitenko

Außen- und Sicherheitspolitik 27.08.2024



Will vermitteln, wenn Russland und die Ukraine bereit dafür sind: Der indische Premier Modi besucht Selenskyj in Kiew.- picture alliance / SvenSimon / ThePresidentialOfficeU

Der Krieg in der Ukraine hat mit dem [ukrainischen Vorstoß](#) auf das russische Territorium Anfang August eine überraschende Wende erlebt. Während die ukrainischen Streitkräfte bei ihrer Offensive in der russischen Region Kursk vorrücken, ist die russische Armee im Donbass auf dem Vormarsch. Der ukrainische Präsidentenberater [Mykhailo Podolyak erklärte zwar](#), der Einmarsch in der Oblast Kursk ziele unter anderem darauf ab, die Russische Föderation davon zu überzeugen, in einen fairen Verhandlungsprozess einzutreten. Moskau allerdings schließt seit der Kursk-Offensive zumindest öffentlich jegliche Verhandlungen mit Kiew aus.

Nichtsdestotrotz scheinen diplomatische Aktivitäten weiterzulaufen. Ein Indiz dafür ist der am 23. August erfolgte Besuch des indischen Premierministers Narendra Modi in der Ukraine, anderthalb Monate nach seinem [Besuch in Moskau](#). Am Tag vor seinem Eintreffen in Kiew hatte er bei Polens Premierminister Donald Tusk in Warschau auf diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges gedrängt und die Unterstützung Indiens zugesagt. Gegenüber dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj bekräftigte er, dass der Weg zu einer Lösung nur über Dialog und Diplomatie gefunden werden könne. Modi versicherte, dass Indien bereit sei, bei allen Friedensbemühungen eine aktive Rolle zu spielen.

Im Gegensatz zu Indien haben die anderen großen BRICS-Mitglieder China, Brasilien und Südafrika bereits jeweils eine Friedens- oder Vermittlungsinitiative auf den Weg gebracht.

Auf der einen Seite spiegelt diese Ankündigung Indiens konsequente Haltung zu Russlands Krieg in der Ukraine wider. Bereits am Rande des Gipfeltreffens der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit in Usbekistan im September 2022 hatte Modi zum russischen Präsidenten Wladimir Putin gesagt, die heutige Zeit sei keine Ära des Krieges. Damit hatte er angedeutet, dass Neu-Delhi Putins Invasionsentscheidung für falsch hielt, ohne Russland ausdrücklich zu verurteilen. Denn Russland ist für Indien ein langjähriger und sehr wichtiger außenpolitischer und wirtschaftlicher Vertrauenspartner. Bei seinem jüngsten Moskau-Besuch blieb der indische Premierminister dieser Linie treu, indem er darauf hinwies, dass ein Friedensdialog nicht inmitten von Bomben geführt werden könne und dass [auf dem Schlachtfeld keine Konfliktlösung möglich](#) sei.

Auf der anderen Seite ist Modis Aussage in Kiew insofern bezeichnend, als dass der indische Premierminister sich konkret bereit erklärte, die mehrmals deutlich artikulierte Position seines Landes nun tatkräftig diplomatisch vorantreiben zu wollen. Im Gegensatz zu Indien haben die anderen großen BRICS-Mitglieder China, Brasilien und Südafrika bereits jeweils eine Friedens- oder Vermittlungsinitiative auf den Weg gebracht, allerdings ohne spürbaren Erfolg.

Mehrere Staaten des sogenannten Globalen Südens haben sich seit Februar 2022 bei der [Suche nach einem Ausweg aus dem Krieg in der Ukraine](#) hervorgetan. Den Auftakt machte Indonesiens Präsident Joko Widodo, der sich im Sommer 2022 im Rahmen einer Vermittlungsinitiative sowohl mit Putin als auch mit Selenskyj traf. Eine Aufnahme von Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine hat er nicht erreicht, er konnte aber Berichten zufolge darauf hinwirken, dass Putin sich bereit erklärte, einen [Seeweg für ukrainische Weizenexporte](#) zu öffnen. Die Gewährleistung der Nahrungsmittel- und Energiesicherheit soll neben den sicherheitspolitischen Konsequenzen des Konflikts für die Asien-Pazifik-Region und seine Auswirkungen auf den G20-Gipfel 2022 in Indonesien [im Vordergrund](#) gestanden haben.

Der brasilianische Staatschef Lula da Silva übernahm den Staffelpstab nach seinem Amtsantritt im Januar 2023 und kündigte an, eine [internationale Friedensinitiative](#) starten zu wollen. Kurz darauf reiste er nach Peking, um diese mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping zu besprechen. Doch seine harschen Äußerungen über die Mitverantwortung der USA und des ukrainischen Präsidenten Selenskyj für den Kriegsausbruch waren für eine Vermittlerrolle Brasiliens eher kontraproduktiv.

Schließlich haben sich sieben afrikanische Staats- und Regierungschefs, angeführt von Südafrika, Mitte Juni 2023 im Rahmen einer [afrikanischen Friedensmission](#) mit den Präsidenten der Ukraine und Russlands getroffen. Einen Durchbruch in Richtung Verhandlungen konnten sie ebenfalls nicht erreichen: Russland blieb bei seiner Forderung nach Anerkennung der 2014 und 2022 annektierten ukrainischen Territorien, während die Ukraine auf einem Rückzug russischer Truppen von seinem gesamten Territorium als Bedingung für die Aufnahme von Verhandlungen bestand.

Seit Anfang 2024 haben die Vereinigten Arabischen Emirate bereits sechs Kriegsgefangenenaustausche zwischen Russland und der Ukraine vermittelt.

Letztendlich war den aufstrebenden Mittelmächten des Globalen Südens trotz mehrerer Initiativen bisher kein großer diplomatischer Durchbruch im Krieg in der Ukraine gelungen. Doch im kleineren Format konnte beispielsweise das neue BRICS-Mitglied Vereinigte Arabische Emirate wichtige Vermittlungserfolge erzielen: Seit Anfang 2024 hat das Land bereits sechs Kriegsgefangenenaustausche zwischen Russland und der Ukraine vermittelt.

Seite E 193 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.2024

Zuletzt am ukrainischen Unabhängigkeitstag, dem [24. August](#), also bereits nach Beginn der ukrainischen Offensive auf dem russischen Territorium. Der Nachbar Saudi-Arabien hat vor einem Jahr die zweite Friedenskonferenz zwischen den westlichen Ländern, der Ukraine und einigen Ländern des Globalen Südens ausgerichtet und wird als Organisator einer zukünftigen Konferenz gehandelt.

Alle genannten Beispiele zeigen: Der Einsatz von Staaten, die sowohl mit Moskau als auch mit Kiew und dem Westen diplomatisch auf gutem Fuß stehen und die Russlands Aggression im Rahmen der UN verurteilten, sich aber Wirtschaftssanktionen gegen Moskau nicht angeschlossen haben, hat das Potenzial, kumulativ in einem Ausweg aus dem Krieg zu münden. Das Verhalten des Globalen Südens mag widersprüchlich erscheinen, ist es bei näherem Hinsehen jedoch nicht. Vielmehr handelt es sich um einen rationalen Ansatz, um in den turbulenten Gewässern einer multipolaren Welt zu navigieren, ohne nationale Interessen zu gefährden und sich außenpolitische Optionen zu verschließen. Die Länder versuchen, sich langfristig zu positionieren und eine bedeutende Rolle in der zukünftigen Friedens- und Sicherheitsarchitektur zu spielen.

Das Verhalten des Globalen Südens mag widersprüchlich erscheinen, ist es bei näherem Hinsehen jedoch nicht.

Indiens Agieren steht zum einen symbolisch für das des Globalen Südens insgesamt. Dessen Länder spüren die negativen geopolitischen und ökonomischen Auswirkungen des Krieges durchaus und können deswegen auch nicht indifferent bleiben. Während seiner [G20-Präsidentschaft hat Neu-Delhi](#) die Belange des Globalen Südens explizit in den Mittelpunkt seiner Agenda gestellt. Im Gegensatz zu den anderen großen regionalen Akteuren wie Brasilien, Südafrika oder Saudi-Arabien weist Indien darüber hinaus eine Reihe von Merkmalen auf, die seine Erfolgchancen als Vermittler deutlich erhöhen könnten.

Zu nennen sind da vor allem Indiens ökonomisches und sein diplomatisches Gewicht. Als fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt ist es ein wertvoller Handels- und Wirtschaftspartner, sowohl für Moskau und Kiew als auch für Washington und die EU. Zu allen diesen Akteuren unterhält Neu-Delhi außerdem enge politische Beziehungen und genießt im Westen viel mehr Vertrauen als China. Aufgrund seiner engen ökonomischen Verbindung mit der EU, die Indiens wichtigster Handelspartner ist, hat Neu-Delhi ferner ein Interesse an einem stabilen Europa, das in der Lage ist, sich um seine Sicherheit zu kümmern. Dafür braucht es auch ein konstruktives Verhältnis zu Russland – die Notwendigkeit einer Balance deutete der indische Premierminister im Juli 2024 an, als er zuerst Moskau und anschließend Wien besuchte.

Modi ist in einer einzigartigen Position, um als Vermittler zu fungieren.

Mit Russland weist Indien seit Jahrzehnten ein Niveau der strategischen Partnerschaft auf, das sonst, bis auf China, kein anderes Land hat. Das gibt Neu-Delhi erhebliche Einflussmöglichkeiten auf Moskau, zumal Russland Indien braucht, um seine wachsende Abhängigkeit von China auszugleichen. Somit ist Indien aktuell für Russland wie für den Westen unverzichtbar. Das versetzt Modi in eine einzigartige Position, um als Vermittler zu fungieren. Seine Besuche in Moskau und in Kiew mit einem Abstand von sechs Wochen zeugen davon, dass er sich dieser Position bewusst ist. Beide Reisen waren wahrscheinlich vor längerer Zeit geplant gewesen und sind weniger ein außenpolitischer Schnellschuss. Allerdings wollte Modi den Beginn seiner neuen Amtszeit abwarten.

Es ist allerdings nicht davon auszugehen, dass Neu-Delhi sofort aktive Vermittlungsschritte unternimmt. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Indiens diplomatischer Ansatz von den bisherigen Initiativen Brasiliens oder der afrikanischen Länder. Der indische Premierminister hat klargemacht, dass sein Land nichts erzwingen wolle; er sei bereit zu helfen, wenn Russland und die Ukraine miteinander reden wollen. Auch das ist Neu-Delhis konsequente Haltung. Beispielsweise hat Indien auf dem im Juni 2024 abgehaltenen [Friedensgipfel in der Schweiz](#) das abschließende gemeinsame Kommuniqué nicht unterzeichnet und darauf bestanden, dass alle Parteien (also auch Russland) anwesend sein müssten. In Kiew hat Modi den ukrainischen Präsidenten direkt aufgefordert, Gespräche mit Russland zu führen. Aktuell scheinen sich Russland und die Ukraine jedoch zunächst militärische Erfolge auf dem Schlachtfeld sichern zu wollen.

Schließlich ist zu erwähnen, dass Modis Besuch in Kiew sich nicht darauf beschränkte, Wege aus dem Krieg zu besprechen. Vielmehr wurde der Ausbau der Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen wie etwa Handel, Landwirtschaft, Pharmazie, Verteidigung, Wissenschaft und Technologie erörtert. Beide Staatschefs kamen darin überein, alle Möglichkeiten auszuloten, um die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen nicht nur wieder auf das Niveau von vor dem Konflikt zu bringen, sondern sie weiter auszubauen und zu vertiefen.

Aus europäischer Sicht ist es zudem wichtig, dass Modi und Selenskyj übereinkamen, die Möglichkeit einer [Beteiligung indischer Unternehmen am Wiederaufbau der Ukraine](#) nach dem Krieg „in geeigneter Weise“ zu prüfen. Ob diese Vorhaben mit konkreten Schritten und Angeboten untermauert werden, bleibt abzuwarten. Doch die getroffenen Vereinbarungen sind bereits ein Zeichen dafür, dass Indien trotz allem Vertrauen in eine Entwicklung in Richtung Frieden in der Ukraine hat und die Ukraine als einen soliden Kooperationspartner für die Zukunft betrachtet. Das sind günstige und notwendige Voraussetzungen für ein stärkeres indisches Engagement bei der dringenden Suche nach einem Ausweg aus dem verheerenden Krieg.



Alexandra Sitenko, Berlin

Dr. Alexandra Sitenko ist unabhängige Politikberaterin und Wissenschaftlerin. Sie beschäftigt sich mit Fragen der globalen Friedens- und Sicherheitsordnung, der Geopolitik in Eurasien und den Beziehungen zwischen Russland und dem Globalen Süden.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/der-vermittler-der-mit-allen-kann-7735/?utm_campaign=de_40_20240827&utm_medium=email&utm_source=newsletter

R u s s l a n d (Seiten E 195 – E 199)

01) Grünes Schlupfloch. Der Druck auf die russische Zivilgesellschaft ist riesig, doch für Umweltaktivismus bleibt ein kleiner Spielraum – noch

Von Angelina Davydova

Wirtschaft und Ökologie 13.09.2024



Schlechte Luft in Jekaterinburg: Die viertgrößte Stadt Russlands ist damit nicht allein.
picture alliance/dpa/TASS/Donat Sorokin

Umweltthemen bleiben ein wichtiges Feld für zivilgesellschaftliche Akteure in Russland – auch während des Krieges in der Ukraine und dem Versuch des Regimes, zivilgesellschaftliche Strukturen einzuschränken und zu kontrollieren, indem es internationalen Umwelt-NGOs die Arbeit im Land verbietet und regional tätige Aktivisten drangsaliert. Lokale „grüne“ Gruppen sind durchaus erfolgreich dabei, gewisse Umweltprobleme anzusprechen und zu lösen. Vor allem aber sind sie wichtig für die Stärkung der zerrütteten zivilgesellschaftlichen Strukturen des Landes. Der russische Staat reagiert darauf, indem er die größten Bewegungen unterdrückt oder versucht, ihre Interessen zu übernehmen und zu instrumentalisieren.

Im Russland der Vorkriegszeit spielten [Umweltaktivismus](#) und Stadtpolitik eine wichtige Rolle. Die entsprechenden Bewegungen weckten die Hoffnung, dass sie zu einer Basis für einen wirklich erfolgreichen demokratischen Übergang des Landes werden könnten. Nach dem Beginn der vollumfänglichen russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022 legten die meisten Umweltgruppen ihre Aktivitäten zunächst auf Eis. Doch nach einigen Monaten wurden viele regionale und nationale Umweltkampagnen wieder aufgenommen – und es entstanden neue. Dafür gibt es mehrere Gründe.

Dennoch scheint es auch im heutigen Russland Raum für Protest zu geben – wenn dieser sich auf nicht-kriegsbezogene Themen bezieht.

Seit Beginn des Krieges sind nahezu alle öffentlichen Antikriegsäußerungen und Proteste höchst gefährlich geworden. Mehr als 1 000 Menschen wurden rechtlich belangt und mehr als 300 inhaftiert, [so die Beobachtungsstelle OVD-Info](#). Dennoch scheint es auch im heutigen Russland Raum für Protest zu geben – wenn dieser sich auf nicht-kriegsbezogene Themen bezieht. In vielen Fällen geht es dabei um lokale Umweltprobleme, die schon vor dem Krieg meist als „unpolitisch“ angesehen wurden: Luft- und Wasserverschmutzung, Zugang zu Informationen über die lokale Umweltsituation, Abriss von Stadtparks und anderen Grünflächen, Schutz von Naturschutzgebieten, Abfallwirtschaft (einschließlich Verschmutzung durch Mülldeponien oder Pläne zum Bau von Verbrennungsanlagen) und umweltschädigende Unternehmen.

Gleichzeitig wirkt das Befassen mit lokalen Umweltproblemen in den meisten Teilen Russlands wie eine Form der (vermeintlichen) Normalisierung im Alltagsleben. Dies verstärkt das Gefühl, der Krieg finde „weit weg“ statt. Gruppen mit unterschiedlichen politischen Ansichten (diejenigen, die die Maßnahmen der Regierung unterstützen; diejenigen, die klandestin gegen sie protestieren; oder auch diejenigen, die es vorziehen, überhaupt nicht über den Krieg nachzudenken) müssen immer noch ihrem täglichen Leben nachgehen – und sie zeigen sich häufig besorgt über die unmittelbare Umweltsituation in ihrer unmittelbaren Umgebung. Viele der lokalen Kampagnen richten sich direkt gegen korrupte Regierungsbeamte oder umweltverschmutzende Unternehmen. Die Aktivistinnen und Aktivisten appellieren an den Präsidenten oder an Parlamentsabgeordnete und fordern Unterstützung für ihre Sache. Diese Aktionen werden von den Behörden oft als „echte“ russische Basisbewegungen betrachtet, die nicht von „ausländischen Kräften“ beeinflusst werden und daher unpolitisch sind.

Umweltaktivisten werden aber auch wegen ihres Antikriegs- oder sonstigen politischen Engagements belangt.

Doch auch solche Gruppen werden hin und wieder bekämpft, ihre Anführer aus der Region oder dem Land vertrieben und rechtlich verfolgt. Fachleute der *Environmental Crisis Group* [schätzen](#), dass es im Jahr 2023 in 36 Regionen Russlands mindestens 156 Repressionsfälle gegen Umweltschützer gegeben habe: „Insgesamt wurden dabei im Laufe des Jahres über 174 Öko-Aktivisten und 29 Umweltverbände (15 Organisationen und 14 Initiativgruppen) unter Druck gesetzt, 32 Aktivisten wurden körperlich angegriffen, zehn neue Strafverfahren wurden eingeleitet, fünf Aktivisten wurden zu Strafen verurteilt (eine Geldstrafe und vier Bewährungsstrafen).“ In diesen Statistiken ist allerdings nur der reine Umweltaktivismus enthalten. Umweltaktivisten werden aber auch wegen ihres Antikriegs- oder sonstigen politischen Engagements belangt. Weitere Daten des Medienprojekts [Important Stories](#) zeigen, dass in den zwei Jahren des Krieges fast 500 Umweltfachleute und -aktivisten strafrechtlich verfolgt wurden, mehr als 70 ausdrücklich wegen ihrer Antikriegsposition. Fünf Personen mussten für längere Zeiträume in Haft.

Doch die Umweltgruppen können auch Erfolge verzeichnen: Die *Environmental Crisis Group* zählte im Jahr 2023 [mehr als 70 erfolgreiche Kampagnen](#) in ganz Russland. In einigen Fällen haben lokale Umweltproteste sogar zu Veränderungen in den Regionalregierungen geführt. Schon vor dem vollumfänglichen Krieg gab es Kritik an diesen Kampagnen. Demnach würden viele Gruppen von der Regierung als „Ventil“ geduldet, um den „Druck der Unzufriedenen abzulassen“. Die Protest-Energie verpuffe vielerorts und werde nicht in politische Aktionen umgewandelt. Diese Kritik gilt auch heute noch. Wenn diese Basisbewegungen sich wirklich professionalisieren und eine größere politische und soziale Wirkung entfalten wollen – die möglicherweise sogar die Grundlage für den dringend

Seite E 197 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.202

benötigten politischen Wandel bilden kann –, müssen sie ihre Aktionen politisieren. Unter den gegenwärtigen restriktiven Bedingungen in Russland kann dies natürlich überaus schwierig sein.

In den vergangenen Jahren gab es zahlreiche Versuche staatlicher Akteure, die Umweltthematik zu instrumentalisieren und zu kapern.

Eine weitere Professionalisierung wird auch dadurch erschwert, dass viele professionelle Akteure, darunter internationale NGOs wie *Greenpeace*, der WWF und *Bellona*, als „unerwünschte“ Organisationen eingestuft wurden und ihre Tätigkeit in Russland einstellen mussten (auch wenn ihre Ex-Angestellten in Russland in einigen Fällen neue Umweltorganisationen gegründet haben). In den Vorkriegsjahren halfen professionelle Fachleute, Anwälte und Kommunikationsspezialisten der internationalen Groß-NGOs oft den lokalen russischen Basisbewegungen, indem sie kostenlose Rechtshilfe leisteten, Medien- und öffentliche Informationskampagnen organisierten sowie Lobbyarbeit auf unterschiedlichen politischen Ebenen betrieben. Diese Unterstützung ist nun weg. Es gibt nur noch sehr wenige kritische unabhängige Anwälte, die bereit sind, (insbesondere kostenlos) Umweltaktivisten zu unterstützen, oder unabhängige Medien, die sich trauen, über die jeweiligen Fälle zu berichten.

Es gibt freilich Ausnahmen. So versuchen einige russische Umweltexperten und Anwälte (sowohl in Russland als auch im Ausland) immer noch, Gruppen in den Bereichen zivilgesellschaftliche Umweltexpertise, Umweltkampagnen oder bei Gerichtsverfahren zu unterstützen. Derzeit gibt es beispielsweise eine Sammelklage von Klimaaktivisten und Fachleuten, einschließlich Vertretern einiger indigenen Communitys, gegen die russischen Behörden sowohl [vor russischen](#) als auch vor [internationalen Gerichten](#). Die Klägerinnen und Kläger kritisieren, die aktuelle Klimapolitik des Landes entspreche nicht den Vorgaben des Pariser Klimaabkommens, dem Russland nach wie vor angehört. Russlands Klimagesetzgebung stehe daher nicht im Einklang mit den internationalen Klimaschutzziele und dem Wohlergehen der eigenen Bevölkerung.

In den vergangenen Jahren gab es zahlreiche Versuche staatlicher Akteure, die Umweltthematik zu instrumentalisieren und zu kapern. Dies geschieht oft in Form der Schaffung von eigenen (man könnte sagen: falschen) „Nichtregierungsorganisationen“ oder der Unterstützung von Gruppierungen, die einen regierungsfreundlichen Standpunkt vertreten. Dazu gehören Arbeitsgruppen wie die [Narodni Front](#), die Umweltbewegung [Ökosystem](#), der sogenannte [Club der jungen Naturschützer](#) im Rahmen der auf Initiative von Präsident Putin gegründeten Jugendbewegung [Dwisenije perwych](#), die [Ekamolodeschka](#) (Öko-Jugend) und Stiftungen wie [Kompas](#) oder [Natur und Mensch](#). Auch wenn es den meisten dieser Organisationen an der Professionalität und dem Fachwissen unabhängiger Umweltexperten mangelt, so haben sie doch den Wettbewerbsvorteil, dass sie einfachen Zugriff auf Tausende Menschen und vor allem Jugendliche haben, bei denen sie für einen „sicheren, staatlich anerkannten Umweltaktivismus“ werben können. Das führt sogar dazu, dass diese Art von Aktivismus von vielen Menschen in diversen Regionen Russlands durchaus auch als Einstiegsmöglichkeit gesehen wird, um im Staatssystem Karriere zu machen. Einige der Regierung nahestehende Berater haben darüber hinaus empfohlen, regionale Behörden sollten mit den „echten“ Basis-Umweltbewegungen zusammenarbeiten, sie somit einhegen und kooptieren, statt sie zu bekämpfen.

Innerhalb des Landes hat sich in den meisten Basis-Umweltgruppen und -kampagnen eine unausgesprochene Übereinkunft herausgebildet, nicht über die politische Situation im Land zu diskutieren.

Nach dem Beginn der Invasion in der Ukraine haben viele Umwelt- und Klimaexperten, Aktivisten und Journalisten Russland verlassen. Die Umweltbewegung ist somit gespalten in diejenigen, die im Land geblieben sind, und diejenigen, die ihre Arbeit von außerhalb Russlands aus fortsetzen. Innerhalb des Landes hat sich in den meisten Basis-Umweltgruppen und -kampagnen eine unausgesprochene Übereinkunft herausgebildet, nicht über die politische Situation im Land zu diskutieren, auch wenn es von Zeit zu Zeit immer noch zu hitzigen internen politischen Debatten kommen mag. Insgesamt halten die Gruppen im Exil und in Russland Kontakt zueinander, treffen sich manchmal (meist online, sehr viel seltener offline in Drittländern), organisieren (teils geheime) Schulungen und Veranstaltungen zum Kompetenzaufbau, tauschen Informationen aus und versuchen generell, sich gegenseitig zu unterstützen. Die Fachleute und Aktivisten außerhalb Russlands führen (auch in Zusammenarbeit mit internationalen NGOs) [Recherchen](#) durch, betreiben [Lobbyarbeit](#) und pflegen internationale Kontakte. Einige Gruppen befassen sich auch speziell mit den Umwelt- und Klimaauswirkungen des Krieges in der Ukraine. Diejenigen, die in Russland tätig sind, arbeiten weiterhin mit der breiten Öffentlichkeit zusammen, engagieren sich in der Umwelt-Lobbyarbeit, stellen vor Ort Expertise zur Verfügung und unterstützen Aktivisten in Gerichtsverfahren.

„Die von Alexej Nawalny ins Leben gerufene und geleitete politische Bewegung hat dazu beigetragen, Umweltfragen in Russland in den Vordergrund zu rücken – und hätte eine Schlüsselrolle für künftigen Fortschritt spielen können, wenn der Oppositionspolitiker nicht gestorben wäre,“ kommentierten [russische Experten und Aktivisten im Exil](#) nach dem Tod des Politikers Mitte Februar 2024. Allerdings sehen die meisten *politischen* Oppositionsgruppen, die außerhalb Russlands tätig sind, die Umweltagenda nicht als vordringlich an und integrieren sie nicht in ihre Programme oder Visionen für ein zukünftiges Nachkriegsrußland.

Der Aufbau einer politischen Opposition oder die Entwicklung politischer Kräfte aus regionalen Basisbewegungen heraus ist unter den derzeitigen repressiven Bedingungen in Russland äußerst schwierig. Ob lokale Protestgruppen eine Professionalisierung und Institutionalisierung vorantreiben und somit den Grundstein für künftige starke zivilgesellschaftliche und (potenziell) politische Strukturen legen können, bleibt vorerst eine offene Frage. Es ist trotzdem weiterhin von entscheidender Bedeutung, diese Entwicklungen zu beobachten, internationale Kontakte und Interaktionen zu pflegen sowie kritische Stimmen inner- und außerhalb Russlands zu unterstützen.

Aus dem Englischen von Tim Steins



Angelina Davydova, Berlin

Angelina Davydova ist Umwelt- und Klimajournalistin. Außerdem ist sie Co-Moderatorin des Podcasts *The Eurasian Climate Brief* und Umweltprojektkoordinatorin bei Dialogue for Understanding e. V (Berlin). Sie ist auch Fellow des Denkfabriks Institute for Global Reconstitution (Berlin).

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/gruenes-schlupfloch-7768/?utm_campaign=de_40_20240913&utm_medium=email&utm_source=newsletter

01) New Kids on the Block. Zentralasien wird geopolitisch immer wichtiger. Bundeskanzler Scholz sucht die Kooperation

Von Alexandra Sitenko

Außen- und Sicherheitspolitik 19.09.2024



Zentralasien entwickelt sich zunehmend zu einer Mittelmacht. Berlin sucht die Nähe. -picture alliance/dpa/Michael Kappeler

Das Interesse an Zentralasien erlebt eine Renaissance in der europäischen und deutschen Außenpolitik. Schon 2007 und 2019 wurden umfangreiche Strategien verabschiedet, doch das Engagement zwischen den beiden Regionen kam eher zögerlich voran. Nun aber ergreift Berlin die Initiative und etabliert das Format „Z5+Deutschland“ – eine Partnerschaft mit einer Region, die in der deutschen Außenpolitik bisher einmalig ist. Die erste Sitzung in diesem Format fand im September 2023 in Berlin statt, als die Staatschefs der fünf Länder Zentralasiens von Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier empfangen wurden. Das zweite Treffen kam diese Woche in der kasachischen Hauptstadt Astana zustande. Auch wenn Deutschland bereits in der Vergangenheit die treibende Kraft hinter der europäischen Annäherung an Zentralasien war, scheint es aktuell entschlossener denn je zu sein, die Beziehungen zu dieser Region strategisch auszubauen. Das hat zum einen mit drängenden sicherheitspolitischen Fragen, zum anderen mit langfristig angelegten außenpolitischen Zielen zu tun.

Bei der Lösung aktueller sicherheitspolitischer Fragen spielen insbesondere die größten Länder der Region, Usbekistan und Kasachstan, eine zentrale Rolle, mit deren Staatschefs Olaf Scholz sich bilateral getroffen hat. Das mit Usbekistan geschlossene Migrationsabkommen soll unter anderem der Rückführung von Straftätern aus Deutschland nach Afghanistan dienen, ohne dass Berlin direkten Kontakt mit den radikalislamischen Taliban aufnehmen muss. Diese Funktion würden in diesen Fällen die usbekischen Behörden übernehmen. Es ist nicht auszuschließen, dass die Kooperation zwischen Deutschland und Zentralasien in Bezug auf Afghanistan zukünftig auf weitere Themen und Bereiche ausgeweitet werden kann.

Usbekistans Nachbar Kasachstan ist für die Bemühungen um die Beendigung der russischen Aggression in der Ukraine von Relevanz. Erst kürzlich, am 8. September sprach

sich der Bundeskanzler in einem ZDF-Interview dafür aus, eine diplomatische Lösung im Krieg in der Ukraine anzustreben und sagte, es sei an der Zeit, aus der Kriegssituation zu einem Frieden zu kommen. Er fügte hinzu, dass eine [neue Friedenskonferenz](#), diesmal mit Beteiligung Russlands, organisiert werden sollte. Beim Treffen mit dem kasachischen Präsidenten Qassym-Schomart Toqajew in Astana fiel dessen Meinung zum Konflikt im Vergleich zu bisherigen Statements besonders prononciert aus. Unmissverständlich äußerte er, dass [Russland militärisch nicht besiegt werden könne](#). Eine weitere Eskalation des Krieges würde daher zu irreparablen Folgen für die gesamte Menschheit und vor allem für alle Länder führen, die direkt oder indirekt in den russisch-ukrainischen Konflikt verwickelt seien. Er rief dazu auf, [alle Friedensinitiativen](#) sorgfältig zu prüfen, und unterstützte den Friedensplan Chinas und Brasiliens.

Kasachstans stellvertretender Außenminister Roman Vassilenko kündigte die Bereitschaft seines Landes an, zur Lösung des Konflikts beizutragen und auch als Mediator zu fungieren, wenn beide Kriegsparteien das wünschten.

Eine derart deutliche Aussage Toqajews zeigt, dass eine weitere Eskalation in der Ukraine in Astana als äußerst gefährlich eingeschätzt wird und Kasachstan, das eine 7 600 Kilometer lange Grenze zu Russland hat, ernsthafte Sorgen bereitet. Bemerkenswert ist, dass Kasachstans stellvertretender Außenminister Roman Vassilenko drei Tage vor der Ankunft des Bundeskanzlers in Kasachstan in einem [DW-Interview](#) die Bereitschaft seines Landes angekündigt hatte, zur Lösung des Konflikts beizutragen und auch als Mediator zu fungieren, wenn beide Kriegsparteien das wünschten. „Wir gehen davon aus, dass unsere Dienste in Zukunft benötigt werden könnten, deshalb nehmen wir eine zurückhaltende Position ein“, fügte er hinzu. Ob Astanas außenpolitisches Gewicht allein für [eine Vermittlerrolle](#) ausreichen würde, sei dahingestellt. Als Moderator oder Ausrichtungsort für Gespräche käme Kasachstan durchaus infrage, nachdem es bereits als Plattform für Syrien-Verhandlungen fungiert hat; in Almaty hat außerdem im Mai 2024 ein Treffen zwischen den Außenministern Aserbaidschans und Armeniens stattgefunden.

Obgleich die Positionen Deutschlands und Kasachstans darin übereinstimmen, dass der Krieg möglichst bald beendet werden müsse, sind Unterschiede bei der Beurteilung der aktuellen Lage und der optimalen Lösungswege augenfällig – wahrscheinlich einer der Gründe, warum eine ursprünglich geplante gemeinsame Pressekonferenz Berichten zufolge von kasachischer Seite abgesagt wurde. Eine wichtige Zusage gab es im Bereich der Energiekooperation: Kasachstan ist nach Norwegen und den USA bereits jetzt der drittgrößte Öllieferant Deutschlands und ist bereit, die Lieferungen nach Deutschland, die allerdings über die *Druschba*-Pipeline und somit das russische Territorium fließen, weiter aufzustocken. Insgesamt passieren circa 90 Prozent des kasachischen Erdöls das Territorium Russlands und bedürfen somit Moskaus Kooperationsbereitschaft – ein weiterer Grund für Astanas vorsichtige Positionierung.

Der Besuch des deutschen Bundeskanzlers könnte außerdem dazu beitragen, Weichen für eine aktivere EU-Zentralasien-Strategie zu stellen. Im Januar dieses Jahres forderte das Europäische Parlament die EU auf, ihre [diplomatische Strategie](#) gegenüber Zentralasien vor dem Hintergrund großer globaler Umbrüche zu überdenken. Betont wird die strategische Bedeutung der Region in Bezug auf Sicherheit, Konnektivität, die Diversifizierung der Energie- und Ressourcenversorgung, Konfliktlösung und die Aufrechterhaltung der multilateralen, regelbasierten internationalen Ordnung.

Der jüngste Besuch von Olaf Scholz spiegelt eine zunehmende Kontinuität der deutschen Politik gegenüber der zentralasiatischen Region wider.

Der jüngste Besuch von Olaf Scholz spiegelt eine zunehmende Kontinuität der deutschen Politik gegenüber der zentralasiatischen Region wider. Er bekräftigt die Verbindlichkeit der im September 2023 beschlossenen strategischen Partnerschaft (eine privilegierte Form zwischenstaatlicher Beziehungen) mit Zentralasien, wobei der Schwerpunkt auf Energie, Wirtschaft, Klima und Umwelt gelegt wird. Bei der grünen Energie und Industrie sind die Chancen für eine langfristige Zusammenarbeit besonders aussichtsreich. Deutschland und die EU sind mittel- bis langfristig auf den Import von Ökostrom und von grünem Wasserstoff angewiesen. Zentralasien verfügt über erhebliche Ressourcen an Wind- und Solarenergie, die erschlossen werden müssen. Der deutsche Investor und Projektentwickler Svevind Energy plant in Kasachstan die Realisierung eines Großprojekts zur Produktion von grünem Wasserstoff unter Nutzung der Wind- und Sonnenenergie.

Der turkmenische Präsident Serdar Berdymukhamedov betonte beim Z5+1-Treffen in Astana die Stärkung von Partnerschaften mit deutschen Unternehmen im Energie- und Infrastrukturbereich und wies darauf hin, dass solche Projekte nicht nur zur wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch zur regionalen Stabilität beitragen würden. Der usbekische Präsident Shavkat Mirziyoyev schlug auf dem Gipfel die Etablierung eines „Energiedialogs“ zwischen den zentralasiatischen Ländern und Deutschland vor.

Positiv gesehen wird auch das Bestreben Deutschlands, eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe anzubieten.

Ein weiterer Faktor, der die strategische Partnerschaft bestimmt, ist der Zugang zu kritischen Rohstoffen. Zentralasien verfügt über bedeutende Reserven an Metallen wie Titan, Kupfer, Kobalt, Wolfram, Uran und Lithium. Deutschland und die EU haben bereits eine Rohstoffpartnerschaft mit Kasachstan und Usbekistan vereinbart. Da Zentralasien einen erheblichen Bedarf an Technologien und Investitionen hat, ist das in Astana diskutierte Kooperationsmodell „Investitionen und Technologien im Austausch für Rohstoffe“ für diese Länder besonders attraktiv. Und Deutschland wird als ein Akteur wahrgenommen, der hohe Standards im Bereich der Innovation setzt und für Qualität und Zuverlässigkeit bekannt ist. Positiv gesehen wird auch das Bestreben Deutschlands, eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe anzubieten, angelehnt an das Prinzip der fairen Konkurrenz unter allen regionalen Akteuren, so wie die deutsche Botschafterin in Kasachstan es neulich [erklärte](#). Aktuell plant das Unternehmen HMS Bergbau geologische Erkundungen für den Bau einer Lithiumverarbeitungsanlage in Ostkasachstan – eines der ersten konkreten Investitionsprojekte im Umfang von 500 Millionen US-Dollar. Es wird von deutschen Firmen erwartet, dass sie ihre Präsenz auch in anderen Ländern Zentralasiens verstärken.

Und schließlich ist da die Entwicklung der Verkehrs- und Logistikinfrastruktur, die eines der Hauptthemen des diesjährigen Gipfels war. Der Ausbau des Mittleren Korridors zwischen Zentralasien, China und der EU, der über das Kaspische Meer und den Kaukasus verläuft und für den Transport von Industriegütern, fossilen Energieressourcen und langfristig auch von grüner Energie bestimmt ist, ist sowohl für Zentralasien als auch für Deutschland von zentraler Bedeutung. Doch der Korridor ist infrastrukturell noch unterentwickelt und würde eine signifikante Erhöhung des Verkehrsaufkommens nicht stemmen können. Deutschland hat nun bekanntgegeben, im Rahmen der *Global Gateway*-Initiative zehn Milliarden Euro in die Entwicklung dieser Route unter Umgehung Russlands und Irans investieren zu wollen.

Es sieht danach aus, als sei Deutschland auf dem Weg, seine Präsenz in Zentralasien im Rahmen der strategischen Partnerschaft dauerhaft und sichtbar zu etablieren. Die Vereinbarung von über [66 Investitionsprojekten](#) in Höhe von 55 Milliarden US-Dollar allein

mit Kasachstan hört sich beeindruckend an. Doch eine strategische Partnerschaft impliziert mehr als die Ankündigung von ambitionierten Investitionsprojekten und die Ausrichtung eines großen Gipfels einmal im Jahr. Analytisch-wissenschaftlich bedeutet strategische Partnerschaft eine langfristige multidimensionale Zusammenarbeit, die auf kompatiblen Interessen und Vertrauen beruht. Das heißt, es bedarf eines stetigen politischen Dialogs auf hohem Niveau, eines engen kulturellen und gesellschaftlichen Austauschs und einer ähnlichen Sichtweise auf regionale und globale Geschehnisse. Letzteres – das zeigt etwa die Positionierung zum Krieg in der Ukraine – ist noch deutlich ausbaufähig.

Um mit den Entwicklungen in einer geopolitisch immer wichtiger werdenden Region Schritt halten zu können, bedarf es schließlich einer kontinuierlichen journalistischen [Berichterstattung aus der Region](#), die gegenwärtig nicht ausreichend stattfindet. Aktuell klafft in diesem Bereich eine große Lücke, zumal die Meldungen sowohl der Deutschen Presseagentur als auch von ARD/ZDF aus deren Moskauer Büros erfolgen. Dabei zeigen die Entwicklungen der letzten drei Jahre und auch der Deutschland-Zentralasien-Gipfel in Astana: Als eine Region, die sich zunehmend zu einer Mittelmacht entwickelt und eine ambitionierte Nachbarschafts- und Sicherheitspolitik betreibt, sollte Zentralasien europäisch eine aktivere Beachtung finden.



Alexandra Sitenko, Berlin

Dr. Alexandra Sitenko ist unabhängige Politikberaterin und Wissenschaftlerin. Sie beschäftigt sich mit Fragen der globalen Friedens- und Sicherheitsordnung, der Geopolitik in Eurasien und den Beziehungen zwischen Russland und dem Globalen Süden.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/new-kids-on-the-block-1-7785/?utm_campaign=de_40_20240920&utm_medium=email&utm_source=newsletter

S e r b i e n (Seite E 204)

Keine Berichte

Frankreich (Seiten E 205 bis E 210)

01) Brandgefährliches Spiel. Um die Linke von der Regierung zu halten, ignoriert Macron den Wählerwillen und wirbt um die Rechte. Frankreichs Demokratie steckt tief in der Krise

Von Adrienne Woltersdorf

Europa 10.09.2024



picture alliance/dpa/Sina Schuldt

Wer hätte ahnen können, dass nach dem hart erkämpften Sieg des Linksbündnisses bei den vorgezogenen Parlamentswahlen die weit abgeschlagenen Konservativen nun von der Schwäche des Macron-Lagers profitieren? Sie machen jetzt gemeinsame Sache mit Marine Le Pens rechtsextremem *Rassemblement National*. Die Entwicklungen der letzten Woche sind so schwindelerregend, dass es schwerfällt, Worte für das zu finden, was man im Élysée-Palast des Präsidenten nun fabriziert hat. Alternative Fakten? Demokratie-Raub? Ein Rechts-Coup? Wochenlang hat Präsident Emmanuel Macron keine Eile gehabt, eine neue Regierung zu ernennen. Er hatte sich rundheraus geweigert, die Kandidatin des Linksbündnisses, Lucie Castets, zur Premierministerin zu ernennen, wie es korrekte demokratische Praxis gewesen wäre. Mit der Ernennung Michel Barniers hat er nun alles auf den Kopf gestellt, wofür die französischen Wählerinnen und Wähler sich ausgesprochen hatten.

Denn mit Barnier regiert nun ein Vertreter der französischen Rechtskonservativen *Les Républicains* – einer Partei, die bei den vorgezogenen Parlamentswahlen nur als fünftstärkste Partei abgeschnitten hat und lediglich 41 von 577 Sitzen erlangte. Die europakritischen Republikaner hatten sich im Zuge der Wahlen dem aktiven Kampf gegen die Rechtsextremen, der sogenannten republikanischen Front, verweigert. Noch bitterer ist, dass Barnier nur „unter Aufsicht“ des rechtsextremen *Rassemblement* wird regieren können, denn tatsächlich ist es Marine Le Pen, die das Schicksal der Regierung Barnier nun in den

Seite E 206 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.202

Händen hält. Der *Rassemblement*, der bei den Wahlen mit 123 Sitzen in der Nationalversammlung zwar stärkste Partei wurde, ist angesichts der linken und zentristischen Bündnisse jedoch nur dritte Kraft in der französischen Demokratie.

Barniers Regierung muss unweigerlich bei jedem Vorhaben um die Unterstützung des *Rassemblement* werben.

Barniers Regierung, die es mit einem Parlament zu tun haben wird, das dem Präsidenten gegenüber zu zwei Dritteln feindlich eingestellt ist, muss unweigerlich bei jedem Vorhaben um die Unterstützung des *Rassemblement* werben. Dieser hat in Aussicht gestellt, Barnier „nicht gleich“ abwählen zu wollen, sondern ihn zu „prüfen“. Aus den Reihen des rechtsextremen Bündnisses hieß es am Wochenende unmissverständlich: „Wenn Barnier der kleine Telegrafist von Macron ist, wählen wir ihn ab!“ Die düpierten Wahlsieger, das Linksbündnis *Nouveau Front Populaire*, kündigten schon am Tag der Nominierung an, ein Misstrauensvotum gegen Barnier anzustreben. Die linken Bündnispartner verfügen zusammen mit 192 Sitzen über eine relative Mehrheit in der *Assemblée*.

Insofern benötigt Barniers Regierung stets die Unterstützung des *Rassemblement National*, um zu überleben. Barnier, der schon etliche hohe politische Ämter innehatte, der unter anderem Minister und EU-Kommissar war und zuletzt für die EU die Brexit-Verhandlungen führte, muss sich im Klaren darüber sein, dass er eine gewisse Distanz zu Macron aufbauen muss, auch wenn manche ihn als enttäuschten Macronisten sehen. Denn Le Pens Unterstützung wird zweifelsohne ihren Preis haben. „Wir wollen klare Kursänderungen sehen“, kündigte Le Pen bereits an. Barnier dürften gewisse Kompromisse nicht allzu schwerfallen. Am Tag seiner Ernennung riefen linke Medien in Erinnerung, dass Barnier im Nominierungswettbewerb seiner Partei zu den Präsidentschaftswahlen 2022 viele bereits mit Forderungen schockierte, nach denen sich Frankreich „frei machen müsse“ vom vertraglichen Korsett der EU. Barnier bezog sich dabei auf die Migrationspolitik und hatte damals sogar einen Einwanderungsstopp via Moratorium gefordert.

Le Pens Unterstützung wird zweifelsohne ihren Preis haben.

Macron scheint es bei allem Taktieren vor allem darum gegangen zu sein, dass nach den für ihn vernichtenden Parlamentswahlen sich nun keine Regierung daran macht, sein neoliberales Projekt rückabzuwickeln, wie die Linke es bei Renten und Sozialausgaben vorhat. Mit dem 73-jährigen Barnier hat er folgerichtig seinen perfekten Kandidaten gefunden: erfahrener Verhandler, Technokrat, rechtskonservativ und vor allem loyal, ohne neuerliche persönliche Ambitionen auf das Präsidentenamt. Barnier selbst hatte sich vor Jahren im Kampf um Frankreichs Renteneintrittsalter für die Rente ab 65 ausgesprochen – auch damit liegt er auf Macrons Linie. Ob mit Barnier nun in Frankreich der Konservatismus sein Comeback feiert und der Macronismus ein Ende findet, darüber werden vielleicht die anstehenden Ernennungen der Minister etwas verraten.

Im frustrierten linken Bündnis leckt man sich die Wunden. Dort geht es zunächst auch darum, das wohlfeile Narrativ der „Schuld“ abzuwehren. Geschickt hatte Macron es in den letzten Wochen verstanden, es stets so aussehen zu lassen, als sei die Linke aufgrund ihrer inneren Spannungen selbst schuld daran, dass sie nicht regieren könne. Dabei hatte er – in autoritärer Lesart der Verfassung seine Rollenkompetenz überschreitend – alles getan, um die Linke von der Regierung fernzuhalten. Dass er dazu Verfassungsrechtler gegen sich aufbringt, Wählerwillen ignoriert und sogar aktiv um das Wohlwollen der Rechtsextremen wirbt, illustriert das Ausmaß der Krise der französischen Demokratie. Barnier, so viel ist klar, wird sich auf einem sehr schmalen Grat vorantasten müssen und eventuell bald abstürzen.



Adrienne Woltersdorf, Paris

Adrienne Woltersdorf leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris. Sie war Leiterin der Stabsstelle Kommunikation der FES und des Büros für Regionale Kooperation in Asien mit Sitz in Singapur sowie des FES-Büros in Afghanistan. Vorher hatte sie acht Jahre lang für die *taz* aus Washington und Berlin berichtet.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/brandgefaehrliches-spiel-7764/?utm_campaign=de_40_20240910&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Rien ne va plus. Frankreich steht still. Kurz nachdem eine rechtsradikale Regierung verhindert wurde, sieht Macron den politischen Gegner im linken Lager

Von Adrienne Woltersdorf

Europa 30.08.2024 |



Muss in seinem Ärmel dringend noch ein Ass finden: Macron gehen die Optionen aus.-
picture alliance/Reuters/Johanna Geron

Es geht ein Witz um in Frankreich: Emmanuel Macron, Frankreichs Staatspräsident, habe die Sportstars bei den Olympischen Spielen in Paris deshalb so lange umarmt, um nicht wieder regieren zu müssen. Die freudvoll-elegante Olympia-Choreografie und die Hochleistungen der französischen Athletinnen und Athleten kontrastieren aufs Merkwürdigste mit einer politischen Führung, die sich halsstarrig und reflexhaft immer tiefer in den eigenen Widersprüchen verstrickt. Verwirrender kann das Bild, das Frankreich gegenwärtig von sich darbietet, kaum mehr werden. Rund zwei Wochen nach dem von

Seite E 208 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.202

Macron angeordneten „Olympia-Frieden“ und knapp zwei Monate nach den vorgezogenen Neuwahlen zum Parlament sind die [Schicksalsfragen des Landes ungeklärt](#). Der Präsident hat weder Eile, einen Premierminister zu ernennen, noch ist er bereit, die von der linken Opposition vorgeschlagene Kandidatin Luci Castets zur Regierungschefin zu ernennen. Was soll das alles?

Pariser Feuilletonisten, selten um intellektuelle Sinnstiftung verlegen, verlieren die Orientierung. Ist das Land nun in einer Krise der Politik oder in einer Krise der Institutionen? Antworten suchen manche in den literarischen Neuerscheinungen des Herbstes, in denen Romanciers wie Aurélien Bellanger nicht zum ersten Mal versuchen, den Mann an der Staatsspitze wenigstens literarisch – oder banaler: psychologisch – festzunageln. In *Les Derniers jours du Parti socialiste* („Die letzten Tage der Sozialistischen Partei“, September 2024) nennt Bellanger den kaum fiktionalisierten Präsidenten den „Prinzen der Unentschiedenheit“ und einen „Taschenspieler seiner selbst“.

Doch zunächst zurück zu den Fakten: Macron selbst hatte, ohne je eine plausible Erklärung dafür zu liefern, die Europawahl zu einer Art Referendum über seine Regierung umgedeutet. Noch vor der Bekanntgabe des Endergebnisses ordnete er Neuwahlen zum französischen Parlament an – mit der kürzesten von der Verfassung erlaubten Frist. [Bekanntlich ging das für Macron desaströs aus](#). Die Nation hielt wochenlang den Atem an, als es so aussah, als könnten die Rechtsextremen um Marine Le Pen erstmals die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung erlangen. Nur Frankreichs Mehrheitswahlssystem und der disziplinierte und unermüdliche Wahlkampf des Ad-hoc-Linkenbündnisses *Nouveau Front Populaire* bewirkten [Le Pens knappes Scheitern](#). Die Wählerinnen und Wähler belohnten den Heroismus der linken Front und machten das Bündnis – bestehend aus Sozialisten, *La France insoumise* (den „Unbeugsamen“), Grünen und Kommunisten – zur stärksten Fraktion, gefolgt von Macrons *Ensemble*-Bündnis und schließlich als drittem Lager von dem der Rechtsextremisten.

Macron hatte schon im Wahlkampf massiv versucht, das Linksbündnis zu spalten.

Seitdem: *Rien ne va plus* – Nichts geht mehr in der französischen Politik. Das dramatisch geschrumpfte Macron-Lager bemüht sich um Schönfärberei. „Niemand hat die Wahl gewonnen“, wiederholen sie ein ums andere Mal und schriller noch, dass die größte Gefahr für Frankreichs Politik seitens der linkspopulistischen *La France insoumise* drohe, der „Unbeugsamen“ um Jean-Luc Mélenchon. Und hier beginnen die Dinge einfach verrückt zu werden. Vielen ist Mélenchons egozentrischer Politikstil ein Graus. Doch seine Partei, die sich für faire Demokratie und Rechtsstaat einsetzt, als größere Gefahr als den rechtsextremen, faschistoiden, rassistischen und antisemitischen *Rassemblement* darzustellen, ist kaum nachvollziehbar. Macron hatte schon im Wahlkampf massiv versucht, das Linksbündnis zu spalten, und drohend um die Mitarbeit der *Parti Socialiste* geworben. Er lehnte jeglichen Dialog mit *La France insoumise* ab, ebenso jegliche Regierung, an der die „Unbeugsamen“ beteiligt sind. Diese Woche dann folgte seine Weigerung, Lucy Castets, die Kandidatin des noch immer vereinten Linksbündnisses, zur Premierministerin zu ernennen.

Darf er das? Es scheint, als könnten nur noch Verfassungsrechtler Ordnung in das selbstgezimmerter Chaos bringen. Nein und ja, lautet deren Antwort. Laut Verfassung gibt es keine Frist, innerhalb derer der französische Präsident eine neue Regierung ernennen muss. Gegenwärtig regiert die abgewählte Vorgängerregierung unter Gabriel Attal als geschäftsführende Regierung. Ein Umstand, der in wenigen Wochen in eine Verfassungskrise führen könnte – oder auch nicht. Macron redet seit einer Woche hinter

verschlossenen Türen mit Parteichefs und Fraktionsvorsitzenden. Seine Zukunft sieht er offenkundig nur in einem Bündnis von rechten Republikanern bis hin zur *Parti Socialiste*. Eine Formation, die gerade eben über die notwendige Zahl an Abgeordneten verfügen würde, um die absolute Mehrheit im Parlament zu erlangen – unter seiner politischen Führung natürlich. Doch die Sozialisten haben dies bislang stets abgelehnt und bleiben dem Linksbündnis treu. Das Resultat ist eine schier unauflösbare Pattsituation.

Die Linke wirft Macron wütend Demokratieverweigerung vor.

Hier liegt der Anteil an der Krise, der politisch zu deuten ist: ein Präsident und seine Fraktion, die nicht akzeptieren, dass sie von den Wählerinnen und Wählern in zwei Wahlen und drei Wahlgängen abgewählt wurden. Die Linke wirft Macron wütend Demokratieverweigerung vor. Sie kann aber ihrerseits nicht überzeugend erklären, warum sie weiterhin strikt darauf besteht, als regierende Fraktion mit Castets an der Spitze – allerdings und nur mit einer relativen Mehrheit im Parlament – ausschließlich ihr Programm umsetzen zu wollen. Dort beginnt die Krise der Institutionen, in der sich Frankreichs Fünfte Republik befindet. Einige Verfassungsrechtler bezweifeln, dass der Präsident (in seiner Rolle als Garant der institutionellen Stabilität) sich anmaßen sollte, sich zum Richter über die Zukunftschancen einer künftigen Regierung zu machen. Macrons Begründung, Castets nicht zu ernennen, fußt darauf, dass diese Regierung keine solide Mehrheit hat und quasi gleich mit Misstrauensanträgen gestürzt werden könnte. Doch damit verweigert er dem Parlamentarismus auch die Chance, sich selbst zu beweisen. Es wirkt, als sehe er sich zeitgleich als Richter und auch als Partei.

Nathalie Tehio, die Vorsitzende der französischen Liga für Menschenrechte, hält daher mit Kritik nicht zurück. „Macron führt sich auf, als hätte es keine Wahlen und keinen klaren Wählerwillen gegeben.“ Er sollte sich tatsächlich staatsmännisch verhalten und die Kandidatin der Mehrheitsfraktion ernennen – alles andere sei dann Sache des „parlamentarischen Spiels“. Ihrer Meinung nach möchte Macron jedoch weiterhin alle Macht in Händen halten und scheue dabei nicht davor zurück, die Verfassung von 1958 zunehmend autoritär zu lesen. „Es ist schlicht nicht mehr legitim, so zu tun, als sei nichts passiert“, wettet Tehio. Demokratie, das ist Gewaltenteilung und Rechtsstaat. „Heute sind wir in einem System angekommen, welches nicht mehr konform ist mit der Idee, die wir uns von Demokratie gemacht haben. Der Gesellschaftsvertrag ist gebrochen.“

Auswege aus Frankreichs Krise werden verzweifelt gesucht. Kein Wunder, dass der Druck auf die Sozialisten im Parlament und innerhalb der Partei täglich steigt. Sollten sie nicht besser nachgeben und das Linksbündnis verlassen, um das unwürdige Patt zu beenden und gemeinsam mit dem Macron-Lager zu regieren? Einige nicht einflusslose Stimmen in der Partei fordern vom Parteivorsitzenden Olivier Faure den Austritt aus der *Nouveau Front Populaire*. Der bekannte sich jüngst noch einmal solidarisch zum Linksbündnis. Den Sozialisten stehen heikle Tage bevor. Egal wie man sich am Ende positioniert, es wird folgenschwere Konsequenzen haben für die Linke und für Frankreich.



Adrienne Woltersdorf, Paris

Seite E 210 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.202

Adrienne Woltersdorf leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris. Sie war Leiterin der Stabsstelle Kommunikation der FES und des Büros für Regionale Kooperation in Asien mit Sitz in Singapur sowie des FES-Büros in Afghanistan. Vorher hatte sie acht Jahre lang für die *taz* aus Washington und Berlin berichtet.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/rien-ne-va-plus-7744/?utm_campaign=de_40_20240830&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Großbritannien (Seiten E 211 bis E 214)

01) Kein Beliebtheitswettbewerb. Die Stimmung auf dem Labour-Parteitag ist zunächst schlecht. Dabei hat die unpopuläre Starmer-Regierung in den ersten Monaten einiges geleistet

Von Michèle Auga

Zukunft der Sozialdemokratie 26.09.2024



Die Zustimmungsrate von Keir Starmer liegt wenige Monate nach Amtsbeginn nur noch bei 24 Prozent. Auf dem Parteitag gab er sich dennoch kämpferisch. - *picture alliance / newscom | Hugo Philpott*

Als Keir Starmer am 27. August im Rosengarten der Downing Street vor die Presse trat, war das [Chaos der rechtsextremen Schlägertruppen](#) erst wenige Wochen her. Er hatte die Krise mit Bravour gemeistert, die Wortführer saßen bereits hinter Gittern und die Erinnerung an den fulminanten Wahlsieg vom 4. Juli war noch frisch. Nun wartete das politische London auf erste Hinweise wie *Labour* den „Wandel“ nun auf den Weg bringen wolle. Was jedoch folgte, war eine Blut-und-Schweiß-Rede, die die Medien verwundert zurückließ und [seine Zustimmungswerte seit Juli um 45 Prozentpunkte](#) sogar unter die des *Tory*-Vorsitzenden Sunak fallen ließ.

War der Rosengarten nicht bewusst für einen positiven Auftritt gewählt worden? Alle erinnerten sich doch noch an Johnsons Lockdown-Partys, die genau hier stattgefunden hatten. *Labour* dagegen hatte Hoffnung versprochen. Vor der eigentlich perfekten Kulisse duftender Blumen sprach ein Premier mit düsterer Miene: „Wenn ein Bauwerk im Innersten verrottet ist, kann man es nicht einfach überdecken. Man kann nicht daran herumfuschen. [...] Man muss die ganze Sache [an] der Wurzel anpacken. [...] Denn was passiert sonst? Die Fäulnis kehrt zurück. [...] Ich muss ehrlich zu Ihnen sein: Die Dinge sind schlimmer, als wir uns jemals vorgestellt haben.“ Was wollte der Premier mit dieser Ansage erreichen? Chris Mason, politischer Kommentator bei der BBC, rückte seine schwarze Brille zurecht, ein untrügliches Zeichen dafür, dass ihm etwas nicht logisch erschien. Die Lage war doch

Seite E 212 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.202

bekannt. „Und offen gesagt“, fuhr Starmer fort, „die Dinge werden schlimmer werden, bevor sie besser werden.“ „Doom and gloom“ – „Untergang und Verderben“ – lauteten am nächsten Tag die Schlagzeilen.

Die Vereinfachung komplexer Sachverhalte drohte sich in Liverpool auf dem Parteitag fortzusetzen. Die Stimmung unter den Delegierten war mies. Obwohl man allen Grund zum Feiern hatte, knallten keine Sektkorken und flogen keine Luftballons in das Dach des Konferenzentrums. Stattdessen regnete es unablässig und die durchnässten Delegierten mussten sich wiederholt auf Reden einstellen, die die Herausforderungen allein als das Ergebnis von 14 Jahren konservativer Regierungsführung darstellten (was nicht falsch ist), aber die im Land tief verankerten ideologischen Grundlagen verleugneten, die über Jahrzehnte zu diesen Problemen beigetragen hatten. Kraftvolle Bilder von Fäulnis und Niedergang eröffneten also auch den Parteitag.

Pippa Crerar vom *Guardian*-Podcast fragte sich, weshalb die Stimmung nur so „strange“ sei, so seltsam. Die Presse hatte sich über angeblich nicht angemeldete Spenden an Starmer hergemacht, das Gehalt seiner obersten Spitzenbeamtin war plötzlich Stadtgespräch und die Ankündigung der Finanzministerin Rachel Reeves, die Energiepreisunterstützung für Rentner nur noch nach Bedarfsprüfung auszuzahlen, hatte für massiven Ärger gesorgt. Die Rosengartenrede Starmers hatte kein Narrativ geschaffen, dass der britischen Bevölkerung helfen würde, nach der seit Jahren anhaltenden Krise noch einmal den Atem anzuhalten, bis der angekündigte Wandel in fünf bis zehn Jahren eventuell eintreten würde.

Ein erster ehrlicher Schritt wäre, die Mitschuld an Jahren zerstörerischer neoliberaler Politik einzuräumen.

Stattdessen verlor auch Rachel Reeves, die für den kommenden Haushalt harte Entscheidungen in den Bereichen Soziales und Steuern versprochen hatte, 36 Punkte auf der Popularitätsskala. Zwar vermuten die Briten bei *Labour* hinsichtlich der meisten Themen noch immer Kompetenz, in Fragen der Wirtschaft hat sie ihren Zehn-Punkte-Vorsprung jedoch verloren. Ein Drittel der Befragten ist der Meinung, dass die Regierung offen mit den Herausforderungen des Landes umgeht, aber mehr als die Hälfte denkt, dass es der Regierung nicht gelungen sei, „Optimismus zu verbreiten“. „Warum“, so die Podcasterin, „kommuniziert Starmer nicht mit einer Vision? Ja, es wird harte Entscheidungen geben, aber verlasst Euch darauf, es wird sich lohnen!“

Ein erster ehrlicher Schritt wäre, die Mitschuld an Jahren zerstörerischer neoliberaler Politik einzuräumen, die dazu beigetragen hatte, das Land in seinen derzeitigen Zustand zu bringen. Wenn man von „verrotteten Fundamenten“ spricht, würde es vielleicht helfen, sich ehrlich zu machen und zuzugeben, dass die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sowie die De-Regulierung der Finanzmärkte auch unter Tony Blair als zeitgemäß galt. Starmer, von dem seine Berater sagen, er möge keine „Visionen“, sondern sei ein Macher, möchte vielleicht eine alternative Politik umsetzen, bislang hat er sich aber kaum bemüht, seine düsteren Ankündigungen mit nachvollziehbaren Beispielen auszumalen. Vielleicht konnte man noch keinen Champagner öffnen, aber ein Pint Bier hätte man sich schon verdient.

Denn keine 100 Tage sind vergangen und die Partei kann bereits auf eine beeindruckende Liste verweisen, obwohl die eigentliche parlamentarische Arbeit wegen der vorgezogenen Wahlen noch gar nicht wirklich begonnen hat. Das Unterhaus wird nach der Sommerpause, der traditionellen *King's Speech* und den Parteitagern erst am 7. Oktober zusammentreten.

Seite E 213 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 852 vom 03.10.202

Erst am 30. Oktober wird die Finanzministerin ihren Haushalt vorlegen können und das Regierungsprogramm konkrete Formen annehmen. Dennoch konnte bereits vieles auf den Weg gebracht werden.

Eine neue nationale Arbeitsagentur soll ab sofort nicht mehr von London aus, sondern in den Kommunen für Jobs sorgen. Dank Frühstücksclubs in allen öffentlichen Schulen werden Kinder aus sozial schwachen Familien ab April endlich nicht mehr hungrig im Unterricht sitzen. Die Gemeinderäte wurden verpflichtet, sofort Wohnbau- und Wachstumspläne zu erstellen. Die privatisierten Eisenbahnbetriebe werden wieder in öffentliches Eigentum überführt. Nur Tage nach dem Amtsantritt einigte man sich mit den Eisenbahngewerkschaften auf eine Lohnvereinbarung, die die jahrelangen Störungen im Bahnverkehr durch Streiks sofort beendet hat und von Pendlern erleichtert zur Kenntnis genommen wurde. Auch die Assistenzärzte beendeten ihren Ausstand, sodass sofort wieder mehr Termine im Gesundheitssystem NHS frei wurden.

Für die neu gegründete staatliche Agentur *Great British Energy* (GBE) ist mit dem ehemaligen Siemens-UK-CEO Jürgen Maier, ein Chef gefunden worden. GBE soll saubere Energieprojekte entwickeln, zur Wertschöpfung des Landes beitragen und Tausende von guten Arbeitsplätzen schaffen. Schon in wenigen Jahren soll Energie für britische Haushalte billiger werden.

Der Verweis auf die „arbeitenden Menschen“ blieb der rote Faden in Starmer's Rede.

Angela Rayner nutzte in Liverpool als Erstes die Gelegenheit für eine Stimmungsaufhellung: Erste Schritte zur Umsetzung des Vorhabens *Make Work Pay* seien eingeleitet. Unter tosendem Applaus verkündete sie, dass in einer neuen Praxis des Sozialen Dialogs Regierung, Gewerkschaften und Unternehmensverbände ab sofort gemeinsam an einem Tisch säßen. Das Beenden ausbeuterischer Null-Stunden-Verträge und der Praxis von *fire and rehire* sowie die Einführung grundlegender Rechte – wie Anspruch auf Elternurlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung – würden bereits im Oktober als Gesetzespaket eingebracht. Und last but not least: Die Anti-Streik-Gesetzgebung der *Tories* seit 2010 werde zu Beginn der kommenden Sitzungsperiode aufgehoben.

Die wichtigste Aussage des Parteitags verkündete jedoch Finanzministerin Rachel Reeves: „Es wird keine Austeritätspolitik mehr geben“, rief die erste weibliche Schatzmeisterin Englands in 800 Jahren den Abgeordneten zu. Reeves habe in ihrer Rede, so die *Financial Times*, „erstmals Flexibilität für mehr staatliche Schulden für zukunftsweisende Projekte angedeutet“. Außerdem könne man – so die FT – leichte Veränderungen an der „britischen Schuldenbremse“ erwarten, ohne wie Liz Truss 2022 „die internationalen Finanzmärkte zu verschrecken“. Reeves begann endlich, das Narrativ zu wenden: Die Pläne der Regierung würden „ein Ende der niedrigen Investitionen einläuten, die den Niedergang gefördert hatten“.

Diese Einsicht mochte auch Starmer motiviert haben, dem es am Ende der Konferenz gelang, sich zwischen den Zeilen auch an *Reform UK*-Wähler zu wenden, die Nigel Farage's rechtspopulistische Partei mit fünf Sitzen ins Unterhaus katapultiert hatten. Authentisch und glaubhaft vermittelte er, dass er um die Sorgen der Menschen wisse, die das Vertrauen in die Politik verloren haben, also der Generation von Briten, deren Kindern es erstmals schlechter ergeht als ihnen selbst. Der Verweis auf die „arbeitenden Menschen“ blieb der rote Faden in Starmer's Rede. Seine Regierung werde das verloren gegangene Vertrauen wiederherstellen. Ja, es gehe um ein Langzeitprojekt, aber der Wandel habe bereits

begonnen. Endlich gebe es wieder eine Industriestrategie, einen Zehn-Jahres-Plan für den NHS, eine Ausweitung der Dezentralisierung, eine Wiederherstellung der Arbeitnehmerrechte und die Zusage für mehr Lehrer in den Schulen sowie eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche. Die Transformation zu einer grünen Wirtschaft müsse dort stattfinden, wo alte Arbeitsplätze verloren gegangen waren und so werde die GBE selbstverständlich in Aberdeen angesiedelt werden, wo Anfang der 1970er Jahre erste Ölfelder in der Nordsee erschlossen wurden.

Das Vereinigte Königreich werde auch seine internationale Verantwortung wahrnehmen, was er in New York bei der UN-Generalversammlung wiederholen werde. Und ja, Migration benötige Kontrolle, aber Rassismus werde nicht mehr toleriert.

Die Fraktion mit ihrer Mehrheit von 158 Sitzen wird alle Vorhaben ohne Widerstände durchwinken können. Das „brüchige Großbritannien“, wie Starmer es in Liverpool nannte, wird die Gewinne und Verluste der massiven wirtschaftlichen, demografischen und sicherheitspolitischen Veränderungen auf einem langen, harten Weg ausgleichen müssen. Wie im Rosengarten hätte der Premier auch in Liverpool in einer populistischen Lüge von diesen Problemen ablenken und auf ein Lied von glorreichen Zeiten umschwenken können. Er hat sich entschieden, dies nicht zu tun. „Schwere Entscheidungen“ ist nun zu einer Art Klischee geworden, das Zustimmungswerte in den Keller rasen lässt. „Ich lege keinen Wert darauf, beliebt zu sein“, so Starmer. Aufbau von Vertrauen und Glaubwürdigkeit brauche Zeit. Er konzentriere sich darauf, eine klare Vision für die Zukunft zu präsentieren, anstatt nach Popularität zu heischen.



Michèle Auga, London

Michèle Auga leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung im Vereinigten Königreich und Irland. Zuvor leitete sie die Referate Subsahara-Afrika und Westeuropa/Nordamerika der FES in Berlin sowie die FES-Büros in Mali, den Palästinensischen Gebieten und bei den Vereinten Nationen in New York.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/zukunft-der-sozialdemokratie/artikel/kein-beliebtheitswettbewerb-7799/?utm_campaign=de_40_20240926&utm_medium=email&utm_source=newsletter